europäisches
forum für
migrationsstudien
(efms) ®

Vielfaltsmonitor

Studie zum Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt in Deutschland

März 2017

Bericht an die Bertelsmann Stiftung

Susanne Bartig

Wolfgang Bosswick

Friedrich Heckmann

europäisches forum für migrationsstudien
Institut an der Universität Bamberg
Katharinenstraße 1
D-96052 Bamberg
Tel 0951-932020-0
Fax 0951-932020-20
efms@uni-bamberg.de
http://www.efms.de

Indem ein großes Reich sich stromabwärts hält,
wird es die Vereinigung der Welt.
Es ist das Weibliche der Welt.
Das Weibliche siegt immer
durch seine Stille über das Männliche.
Durch seine Stille hält es sich unten.
Wenn so das große Reich sich unter das kleine stellt,
so gewinnt es dadurch das kleine Reich.
Wenn das kleine Reich sich unter das große stellt,
so wird es dadurch von dem großen Reich gewonnen.
So wird das eine dadurch, daß es sich unten hält, gewinnen,
und das andere dadurch, daß es sich unten hält, gewonnen.
Das große Reich will nichts anderes
als die Menschen vereinigen und nähren.
Das kleine Reich will nichts anderes
als sich beteiligen am Dienst der Menschen.
So erreicht jedes, was es will;
aber das große muß unten bleiben.
Laotse. Tao Te King, 61; ca. 150 v.Chr. Übersetzung 1911 durch Richard Wilhelm

Danksagung

Die vorgelegte Arbeit wurde wesentlich durch die engagierte wie konstruktiv kritische Begleitung und Beratung seitens des wissenschaftlichen Beirats und seitens Prof. Friedrich Heckmanns unterstützt. Mein besonderer Dank gilt der Mitautorin Susanne Bartig, die mit Gründlichkeit, Genauigkeit und analytischer Kraft nicht nur die Bewältigung der methodologischen Herausforderungen und Leitung der umfassenden Recherche zu den Ländermaßnahmen leistete, sondern sich auch wesentlich bei der inhaltlichen Auswertung der Datenfülle zu den Bundesländern einbrachte.

Besonders danken möchte ich auch der Bertelsmann Stiftung; ihre finanzielle Unterstützung sowie ihr großzügiges und geduldiges Engagement unter Leitung von Herrn Ulrich Kober haben dieses Projekt erst möglich gemacht. Herr Dr. Orkan Kösemen hat als Projektmanager die über drei Jahre laufende Arbeit auch inhaltlich befruchtend begleitet und dabei mit viel Geduld und guten Ideen zu dem vorgelegten Ergebnis beigetragen. Dafür sei Ihm sehr herzlich gedankt.

Bamberg, im März 2017 Wolfgang Bosswick

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung ... 11

2 Konzeptioneller Ansatz ... 15

3 Methodisches Vorgehen ... 23

3.1 Situationsanalyse ... 23
3.2 Maßnahmenanalyse ... 37
3.3 Erhebung der integrationspolitischen Ausgaben ... 39

4 Länderberichte ... 41

4.1 Baden-Württemberg ... 41
4.1.1 Strukturdaten des Landes ... 41
4.1.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 42
4.1.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 48
4.1.4 Kurzfazit ... 58
4.2 Bayern ... 60
4.2.1 Strukturdaten des Landes ... 60
4.2.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 60
4.2.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 67
4.2.4 Kurzfazit ... 74
4.3 Berlin ... 76
4.3.1 Strukturdaten des Landes ... 76
4.3.2 Integrationsrelevante Strukturen des Landes ... 76
4.3.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 84
4.3.4 Kurzfazit ... 97
4.4 Brandenburg ... 99
4.4.1 Strukturdaten des Landes ... 99
4.4.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 99
4.4.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 107
4.4.4 Kurzfazit ... 116

4.5 Bremen 118
4.5.1 Strukturdaten des Landes 118
4.5.2 Integrationsrelevante Strukturen 118
4.5.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 125
4.5.4 Kurzfazit 132
4.6 Hamburg 135
4.6.1 Strukturdaten des Landes 135
4.6.2 Integrationsrelevante Strukturen 135
4.6.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 142
4.6.4 Kurzfazit 151
4.7 Hessen 153
4.7.1 Strukturdaten des Landes 153
4.7.2 Integrationsrelevante Strukturen 153
4.7.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 161
4.7.4 Kurzfazit 169
4.8 Mecklenburg-Vorpommern 172
4.8.1 Strukturdaten des Landes 172
4.8.2 Integrationsrelevante Strukturen 172
4.8.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 177
4.8.4 Kurzfazit 184
4.9 Niedersachsen 186
4.9.1 Strukturdaten des Landes 186
4.9.2 Integrationsrelevante Strukturen 186
4.9.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 194
4.9.4 Kurzfazit 203
4.10 Nordrhein-Westfalen 205
4.10.1 Strukturdaten des Landes 205
4.10.2 Integrationsrelevante Strukturen 205
4.10.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse 214
4.10.4 Kurzfazit 224
4.11 Rheinland-Pfalz 226
4.11.1 Strukturdaten des Landes 226
4.11.2 Integrationsrelevante Strukturen 226

© efms 2016

4.11.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 237
4.11.4 Kurzfazit ... 245
4.12 Saarland ... 247
4.12.1 Strukturdaten des Landes ... 247
4.12.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 247
4.12.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 253
4.12.4 Kurzfazit ... 261
4.13 Sachsen ... 263
4.13.1 Strukturdaten des Landes ... 263
4.13.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 263
4.13.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 270
4.13.4 Kurzfazit ... 278
4.14 Sachsen-Anhalt ... 280
4.14.1 Strukturdaten des Landes ... 280
4.14.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 280
4.14.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 287
4.14.4 Kurzfazit ... 295
4.15 Schleswig-Holstein ... 297
4.15.1 Strukturdaten des Landes ... 297
4.15.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 297
4.15.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 304
4.15.4 Kurzfazit ... 312
4.16 Thüringen ... 314
4.16.1 Strukturdaten des Landes ... 314
4.16.2 Integrationsrelevante Strukturen ... 314
4.16.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse ... 320
4.16.4 Kurzfazit ... 327

5 Typologie der Länder ... 329

5.1 Vorgehen bei der Typologisierung der Länder anhand der Situation ... 329
5.2 Vorgehen bei der Typologisierung der Länder anhand der Maßnahmen ... 333

6 Fazit ... 338

6.1 Cluster 1: Die großen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik ... 339
6.2 Cluster 2: Die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage ... 343
6.3 Cluster 3: Die neuen Bundesländer ... 346
6.4 Cluster 4: Die europäisierten alten Bundesländer in Grenzregionen ... 351
6.5 Cluster M1: Alte Bundesländer mit lang präsentem Migrantenanteil ... 356
6.6 Cluster M2: Die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage ... 358
6.7 Cluster M5: Südliche neue Bundesländer und saarländische Grenzregion ... 359
6.8 Cluster M3, M4 und M6: Die Sonderfälle ... 361

7 Schlussbemerkung ... 365

8 Anhang ... 369

8.1 Dokumentation der Situationsindikatoren ... 369
8.1.1 Kultur und öffentliche Präsenz ... 369
8.1.2 Bildung und Erziehung ... 375
8.1.3 Medien ... 379
8.1.4 Rechtsstatus und Einbürgerung ... 380
8.1.5 Politische Repräsentanz ... 382
8.1.6 Wohlfahrt und Gesundheit ... 384
8.1.7 Erwerbsleben ... 386
8.1.8 Wohnen und Wohnumfeld ... 388
8.1.9 Sicherheit und Prävention ... 392
8.1.10 Bürgerschaftliches Engagement ... 395
8.2 Dokumentation der Länderdatensätze (Rohwerte) ... 397
8.3 Integrationspolitische Ausgaben der Bundesländer ... 407
8.4 Auflistung der Maßnahmen ... 424
8.4.1 Kultur und öffentliche Präsenz ... 424
8.4.2 Bildung und Erziehung ... 428
8.4.3 Medien ... 438
8.4.4 Rechtsstatus und Einbürgerung ... 443
8.4.5 politische Repräsentanz ... 458
8.4.6 Wohlfahrt und Gesundheit ... 459
8.4.7 Erwerbsleben ... 464
8.4.8 Sicherheit und Prävention ... 469
8.4.9 Bürgerschaftliches Engagement ... 486

© efms 2016

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen von Umgang mit Vielfalt und ihre Systematik 18

Abbildung 2: Zusammensetzung des composite indicators am Beispiel der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* 33

Abbildung 3: Umgang mit Vielfalt in Baden-Württemberg 48

Abbildung 4: Umgang mit Vielfalt in Bayern 67

Abbildung 5: Umgang mit Vielfalt in Berlin 84

Abbildung 6: Umgang mit Vielfalt in Brandenburg 107

Abbildung 7: Umgang mit Vielfalt in Bremen 125

Abbildung 8: Umgang mit Vielfalt in Hamburg 142

Abbildung 9: Umgang mit Vielfalt in Hessen 161

Abbildung 10: Umgang mit Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern 177

Abbildung 11: Umgang mit Vielfalt in Niedersachsen 194

Abbildung 12: Umgang mit Vielfalt in Nordrhein-Westfalen 214

Abbildung 13: Umgang mit Vielfalt in Rheinland-Pfalz 237

Abbildung 14: Umgang mit Vielfalt im Saarland 253

Abbildung 15: Umgang mit Vielfalt in Sachsen 270

Abbildung 16: Umgang mit Vielfalt in Sachsen-Anhalt 287

Abbildung 17: Umgang mit Vielfalt in Schleswig-Holstein 304

Abbildung 18: Umgang mit Vielfalt in Thüringen 320

Abbildung 19: Typologisierung der Ländersituationen mit Clusteranalyse 331

Abbildung 20: Typologisierung der Maßnahmenprofile auf Landesebene mit Clusteranalyse 336

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht 27

Tabelle 2: Min-Max-Transformation am Beispiel der Zufriedenheit mit der Wohnung 34

Tabelle 3: Beispiel für die Bildung eines Indikators aus mehreren Variablen 35

Tabelle 4: Beispiel für die Bildung des Composite Indicators in der Dimension „Wohnen und Wohnumfeld“ 36

Tabelle 5: Integrationspolitische Ausgaben in Baden-Württemberg 2014/2015 46
Tabelle 6: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Baden-Württemberg 59
Tabelle 7: Integrationspolitische Ausgaben in Bayern 2014/2015 65
Tabelle 8: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Bayern 75
Tabelle 9: Integrationspolitische Ausgaben in Berlin 2014/2015 81
Tabelle 10: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Berlin ... 98
Tabelle 11: Integrationspolitische Ausgaben in Brandenburg 2014/2015 105
Tabelle 12: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Brandenburg 117
Tabelle 13: Integrationspolitische Ausgaben in Bremen 2014/2015 124
Tabelle 14: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Bremen134
Tabelle 15: Integrationspolitische Ausgaben in Hamburg 2014/2015 140
Tabelle 16: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Hamburg 152
Tabelle 17: Integrationspolitische Ausgaben in Hessen 2014/2015 159
Tabelle 18: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Hessen 171
Tabelle 19: Integrationspolitische Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern 2014/2015 ... 176
Tabelle 20: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Mecklenburg-Vorpommern 185
Tabelle 21: Integrationspolitische Ausgaben in Niedersachsen 2014/2015 192
Tabelle 22: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Niedersachsen 204
Tabelle 23: Integrationspolitische Ausgaben in Nordrhein-Westfalen 2014/2015..... 211
Tabelle 24: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Nordrhein-Westfalen 225
Tabelle 25: Integrationspolitische Ausgaben in Rheinland-Pfalz 2014/2015..... 235
Tabelle 26: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Rheinland-Pfalz 246
Tabelle 27: Integrationspolitische Ausgaben im Saarland 2014/2015..... 251
Tabelle 28: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für das Saarland 262

© efms 2016

Tabelle 29: Integrationspolitische Ausgaben in Sachsen 2014/2015 268

Tabelle 30: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Sachsen 279

Tabelle 31: Integrationspolitische Ausgaben in Sachsen-Anhalt 2014/2015 285

Tabelle 32: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Sachsen-Anhalt..... 296

Tabelle 33: Integrationspolitische Ausgaben in Schleswig-Holstein 2014/2015..... 302

Tabelle 34: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Schleswig-Holstein..... 313

Tabelle 35: Integrationspolitische Ausgaben in Thüringen 2014/2015 318

Tabelle 36: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Thüringen 328

Tabelle 37: Cluster 1 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen 342

Tabelle 38: Cluster 2 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen 346

Tabelle 39: Cluster 3 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen 350

Tabelle 40: Cluster 4 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen 354

Tabelle 41: Übersicht der Situationsindikatoren (CI-Werte/Rang) der Bundesländer nach Clustern gruppiert..... 355

Tabelle 42: Cluster M1 – relativer Maßnahmenindikator (MI/Rang) nach Dimensionen ... 356

Tabelle 43: Cluster M2 – relativer Maßnahmenindikator (MI/Rang) nach Dimensionen .. 358

Tabelle 44: Cluster M5 – relativer Maßnahmenindikator (MI/Rang) nach Dimensionen .. 359

Tabelle 45: Sonderfälle Cluster M3, M4 und M6 361

Tabelle 46: Übersicht der relativen Maßnahmenindikatoren (MI-Werte/Rang) der Bundesländer nach Clustern gruppiert 363

Tabelle 47: Ländergruppen: Clusterzugehörigkeit der Situationsbeschreibung nach Clusterbildung gemäß relativem Maßnahmenindikator (MI) 364

Tabelle 48: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Baden-Württemberg 407

Tabelle 49: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Bayern..... 409

Tabelle 50: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Berlin..... 410
Tabelle 51: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Brandenburg.. 411
Tabelle 52: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Bremen..... 412
Tabelle 53: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Hamburg 413
Tabelle 54: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Hessen..... 414
Tabelle 55: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Mecklenburg-Vorpommern 415
Tabelle 56: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Niedersachsen416
Tabelle 57: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Nordrhein-Westfalen 417
Tabelle 58: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Rheinland-Pfalz 418
Tabelle 59: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Saarland 419
Tabelle 60: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Sachsen 420
Tabelle 61: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Sachsen-Anhalt 421
Tabelle 62: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Schleswig-Holstein..... 421
Tabelle 63: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Thüringen..... 423

© efms 2016

1 Einleitung

Die vorliegende Studie, die in Zusammenarbeit mit und durch Förderung der Bertelsmann Stiftung vom *europäischen forum für migrationsstudien* (efms) erstellt wurde, entwickelt einen so genannten Vielfaltsmonitor für die einzelnen Bundesländer in Deutschland. Der Vielfaltsmonitor bezieht sich auf den Umgang öffentlicher Institutionen (Verwaltung, Körperschaften, Regionalverbände von gemeinnützigen Organisationen und Vereinigungen) mit aus Migrationsprozessen entstandener ethnischer und religiöser Vielfalt in den deutschen Bundesländern. Basis des Vielfaltsmonitors sind verfügbare und neu erhobene fundierte Daten, die den Zeitraum 2010 bis März 2015 abdecken[1].

Damit spiegelt der Vielfaltsmonitor die Situation vor dem starken Ansteigen der Aufnahme von Flüchtlingen bis etwa Mitte 2015 wider. Die aktuelle Entwicklung der Fluchtmigration nach Deutschland stellt eine große Herausforderung an die Integrationspolitik in Deutschland dar. Zu ihrer Bewältigung sind die Erfahrungen und vorhandenen Kompetenzen aus der bisherigen Integrationsarbeit wesentlich. Dabei spielen die Bundesländer mit ihrer föderalen Zuständigkeit in vielen wichtigen Bereichen eine zentrale Rolle, wie auch die Zusammenarbeit landesweiter Einrichtungen mit lokalen Akteuren und der Bundesebene.

Migration war in der Menschheitsgeschichte immer auch ein Motor für Veränderung und Innovation, eine Herausforderung an die Aufnahmegesellschaften in ihrer traditionellen Verfasstheit, die Konflikte und Entwicklungsanstrengungen mit sich brachte. Ein kompetenter Umgang mit dieser Herausforderung, der in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten im internationalen Vergleich in vielen Bereichen relativ gut gelungen ist, hat immer auch die Chancen für Entwicklungsschübe zum Wohl der gesamten Gesellschaft.

Deutschland hat in den sieben Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine tiefgreifende demographische Veränderung erfahren; die erste große Herausforderung bestand in der Integration von 11 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen direkt nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in ein umfassend zerstörtes Land. Die Arbeitsmigration ab den fünfziger Jahren mit dem folgenden Familiennachzug betraf besonders die Ballungsgebiete, wirkte sich aber auch in ländlichen Gebieten aus. Ab den achtziger Jahren wurde in Deutschland zunehmend die Migration aus außereuropäischen Herkunftsregionen bedeutsam, auch damals schon zu einem erheblichen Teil aus der Aufnahme von Flüchtlingen. Heute liegt der Bevölkerungsanteil an Wohnbürgern[2] mit Migrationshintergrund in Deutschland bei etwa 20%[3], obwohl Deutschland bis zur ersten rot-grünen Regierung (1998-2005) konsequent ablehnte, sich als Einwanderungsland zu betrachten. Die aus der faktischen

[1] Informationen zu den verwendeten Daten können dem Kapitel zum methodischen Vorgehen entnommen werden (Kapitel 3).

[2] Auf die Verwendung der weiblichen Form wird im Folgenden zur Verbesserung der Lesbarkeit verzichtet.

[3] Statistisches Bundesamt (2015): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014.* Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

Einwanderungssituation entstandene gesellschaftliche Vielfalt durch Migration ist ein bedeutsamer Teil der Alltagsrealität geworden.

In der Auseinandersetzung mit dieser sozialen Realität hatte sich das Konzept der Integration eingewanderter Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft als Konsens herausgebildet. Integration wurde oft als Minderheits-Mehrheitsverhältnis betrachtet, das aber zunehmend durch die Veränderung einer ehemals als ethnisch und religiös weitgehend homogen verstandenen Mehrheit durch eine faktische heterogene Vielfalt der ansässigen Bevölkerung in Frage gestellt wurde. Vor allem in Ballungsräumen, aber zum großen Teil auch im ländlichen Raum, ist diese Vielfalt in der Alltagswirklichkeit der Menschen offensichtlich.

Daher sind Innovationsprozesse in gesellschaftlichen Institutionen, die die tatsächliche Vielfalt ihrer Klientel und Mitarbeiter konstruktiv aufgreifen können, zunehmend wichtig. Zentrale Begriffe sind interkulturelle Öffnung und Qualifizierung, Teilhabe, Willkommens- und Anerkennungskultur sowie der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt.

Diese Innovationsprozesse sind in ihrer Dynamik und Ausgestaltung selbst vielfältig, komplex und sehr variabel. Ein Vielfaltsmonitor, der diese Prozesse und ihre zentralen Tendenzen abbilden will, muss daher einen breiten Ansatz verfolgen und Unterschiede in den Prozessen und sich ändernden Relevanzen einzelner Schwerpunktbereiche berücksichtigen. Zudem ist die Datenlage für diese Bereiche noch unzureichend.

Um für diese komplexe Aufgabenstellung eine sinnvolle und systematische Herangehensweise zu entwickeln, wurde für die Untersuchung das Konzept der Lebensqualität in einer vielfältigen Gesellschaft zugrunde gelegt. Dieser Ansatz bezieht sich auf die Lebenswirklichkeit der Menschen und greift die Perspektive von erfolgreichen Integrationsprozessen auf, so dass systematische Unterschiede nach ethnischer oder religiöser Herkunft bei der Teilhabe in der Gesellschaft verschwinden müssen; dies wäre eine Leistung der zugewanderten Gruppen und Personen sowie der Aufnahmegesellschaft und ihrer Institutionen. Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung in demokratisch und republikanisch verfassten Gesellschaften ist letztendlich die Verbesserung der Lebensqualität aller in ihr lebenden Menschen. Ein positiver Umgang mit ethnischer Vielfalt ist im Interesse der gesamten Gesellschaft, nicht nur der Einwanderer.

Die Indikatoren dieses Vielfaltsmonitors beruhen daher auf der Analyse der Unterschiede in der Lebensqualität zwischen einheimischen, lang ansässigen Menschen und solchen mit Migrationshintergrund, bezogen auf einzelne Dimensionen. Die Indikatoren sollen eine strukturierte und intersubjektive Charakterisierung der Situation hinsichtlich des gesellschaftlichen Umgangs mit Vielfalt in den einzelnen Bundesländern bieten. Ergänzt werden sie durch Berichte zur politischen, konzeptionellen und organisatorischen Verfasstheit der Integrationspolitik in den einzelnen Bundesländern, und zu relevanten Maßnahmen und wichtigen Projekten auf Landesebene, die für die Entwicklung eines fruchtbaren Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt aus Migration bedeutsam sind; damit soll auch eine Charakterisierung der Entwicklungen und Innovationsprozesse in den einzelnen Bundesländern ge-

© efms 2016

leistet werden. Die Informationen und Daten des Vielfaltsmonitors sind auf der begleitenden Internetseite *vielfaltsmonitor.de* transparent aufgeschlüsselt zugänglich und ermöglichen so tiefergehende oder spezifische Analysen, die über den Rahmen dieses Berichts hinausgehen.

Der vorliegende Vielfaltsmonitor will die Besonderheiten sowie speziellen Stärken und Schwächen der einzelnen Bundesländer in dem untersuchten Politikbereich aufzeigen. Zweck dieser Analyse ist das Herausarbeiten der spezifischen Herausforderungen, Kompetenzen und Ressourcen in den einzelnen Bundesländern, und ein Umschreiben der Erfahrungen der Länder, guter wie schlechter. Ein Gesamtranking der Bundesländer ist – auch aus methodischen Gründen - daraus nicht direkt ableitbar[4], wohl aber eine Nutzung der vielfältigen Erfahrungen und Herangehensweisen aus den einzelnen Ländern in den jeweiligen Dimensionen für den Transfer und Erfahrungsaustausch.

Die vorgelegte Analyse ist für jedes Bundesland in thematische Abschnitte gegliedert:

- Das *Länderprofil* ist eine Darstellung der Kenndaten, aber auch der Besonderheiten des Landes, der Verfasstheit und Prozesse im jeweiligen Politikbereich,
- *die Situationsanalyse* beschreibt auf der Grundlage quantitativer Daten zur Lebensqualität den Umgang mit Vielfalt aus Migration in den relevanten Dimensionen, wobei als Kriterium der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund verwendet wird, nicht der allgemeine Stand des Bundeslands in der jeweiligen Dimension,
- und der *Maßnahmenbericht* besteht aus einer Auswahl landesweiter Maßnahmen, die in den jeweiligen Dimensionen für die Entwicklung eines kompetenten Umgangs mit Vielfalt aus Migration relevant sind.

Abschließend wird eine Typologie der Bundesländer für ihren Umgang mit Vielfalt anhand der einzelnen Indikatorvariablen der Situationsanalyse sowie ihres Profils bei entsprechenden Maßnahmen vorgelegt. Diese Typologie macht Gemeinsamkeiten zwischen bestimmten Bundesländern, aber auch die Vielfalt und die unterschiedlichen Ansätze der einzelnen Länder im Umgang mit dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung in einer Querschnittsanalyse über alle Länder deutlich. Für diesen Umgang mit Vielfalt aus Migrationsprozessen liegt eine überwältigende Fülle an Erfahrungen, Kompetenzen und Initiativen auch auf der Ebene der Länder vor; jedes Land zeigt spezifische Stärken und Schwächen in den vielfältigen Bereichen, die für eine gute Lebensqualität seiner Bewohner und derer mit Migrationshintergrund unter ihnen relevant sind.

[4] Der Untersuchungsgegenstand des Vielfaltsmonitors ist extrem komplex. Die Analyse anhand der zehn Dimensionen von Lebensqualität ermöglicht eine Typologie der Länder und kann damit die jeweiligen Stärken und Schwächen der einzelnen Länder und die möglichen damit zusammenhängenden Faktoren herausarbeiten. Eine Reduzierung auf ein vereinfachtes zusammenfassendes Ranking wäre dieser Komplexität gegenüber nicht angemessen und böte keinen Erkenntniswert für Transfer und Weiterentwicklung.

Der Vielfaltsmonitor will dazu beitragen, diesen vielfältigen Reichtum an konkreten Erfahrungen und Kompetenzen auf Landesebene für die Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben besser nutzbar zu machen.

Letztendlich macht er aber auch die enorme Vielfalt unter den einzelnen Bundesländern in Deutschland deutlich, die in der ihrer jeweils besonderen Ausprägung der einzelnen Bundesländer mit der neuen Vielfalt aus Migrationsprozessen der letzten 60 Jahre interagiert. In diesen oft sehr unterschiedlichen Bedingungen ist eine Fülle an Erfahrungen gewachsen, die einen Austausch und eine vergleichende Betrachtung lohnenswert machen.

Die Erstellung des Vielfaltsmonitors wurde durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Diesem Beirat gehörten an: Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, Dr. Susanne Worbs und Dr. Andreas Wüst. Der Beirat hat in verschiedenen Stadien des Projekts Vorschläge zu Struktur, Inhalt und zum methodischen Vorgehen unterbreitet. Nach Ansicht des Beirats ist mit dem Vielfaltsmonitor eine gute Annäherung an den Status quo in den Bundesländern und im Bundesländervergleich gelungen. Die Verantwortung für die Endfassung des Berichts trägt das efms Bamberg. Das efms und die Bertelsmann Stiftung bedanken sich bei den Mitgliedern des Beirats für ihre hilfreiche Unterstützung.

© efms 2016

2 Konzeptioneller Ansatz

Der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt wird als ein Sonderfall allgemeiner gesellschaftlicher Prozesse von Inklusion – aktive Angebote zur Teilhabe in der Gesellschaft und ihrer Institutionen – verstanden. *Inklusion* bezieht sich auf die Eingliederung in gesellschaftliche Systeme, *Kohäsion* auf die „Zustände" des Systems. Inklusion ist eine wesentliche Voraussetzung für Kohäsion. Insbesondere die Abwesenheit von Ausgrenzungen aufgrund von Merkmalen, die ein Betroffener nicht ablegen kann oder will, also die Abwesenheit von Diskriminierung, ist eine wichtige Komponente des konstruktiven Umgangs mit Vielfalt. Neben sozioökonomischer Sicherheit und Selbstbestimmung sind soziale Inklusion und soziale Kohäsion zentrale Grundfaktoren der Lebensqualität[5].

Die methodologische Diskussion der DG Social Cohesion am Council of Europe zum Konzept der Lebensqualität benennt eine Reihe von Bereichen, die für die Lebensqualität im Allgemeinen, und hier für den gedeihlichen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt aus Migration im Speziellen relevant sind. Diesen Bereichen können konkrete Indikatoren, Maßnahmen und Prozesse zugeordnet werden.

Der Begriff der Lebensqualität wird in verschiedenen Kontexten verwendet; die in seinem Zusammenhang angeführten Indikatoren reichen von Kennzahlen materiellen Wohlstands einerseits zu subjektiven Einschätzungen des eigenen individuellen Wohlbefindens andererseits. Das hier verwendete Konzept von Lebensqualität bezieht sich auf das „Wohlbefinden" der gesamten Gesellschaft und geht auf das pragmatische Konzept des Australian Bureau of Statistics (ABS) von 2001 zurück[6], das in den Folgejahren auch zum internationalen Vergleich von Lebensqualität über Staaten hinweg verwendet wurde. Eine wichtige Rolle in der Diskussion ist die Bedeutung von Lebensqualität für soziale Inklusion und Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen zur Lösung von Konflikten und Bewältigung von Herausforderungen; die Diskussion befasste sich mit der Ebene der Nationalstaaten bis zu lokalen Gemeinden. Die konkrete Operationalisierung kann pragmatisch sein und ist zwangsläufig kontextabhängig: „Assuming that the *meaning* of quality of life is a local and political matter – rather than a universal, abstact and apolitical or academic one – may enhance the quality of people's life."[7]

Die Social Cohesion Development Division am Council of Europe hat diese Diskussion aufgegriffen und für Praxisanwendungen methodologisch diskutiert. Der Ansatz des vorgelegten Vielfaltsmonitor bezieht sich auf den besonderen Bereich der aus Migration entstandenen ethnischen und religiösen Vielfalt; daher wurde das von der DG Social Cohesion vorgelegte

[5] Council of Europe (2005): *Concerted Development of Social Cohesion Indicators. Methodological Guide.* Strasbourg: CoE Publishing, Social Cohesion Development Division, S. 36.

[6] Rapley, M. (2003): *Quality of Life Research: A Critical Introduction.* London: Sage, S. 32ff.

[7] a.a.O., S. 45

Konzept[8] so modifiziert, dass sich integrationspolitische Dimensionen und der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt aus Migration konzeptionell und methodologisch konkretisieren lassen.

Anhand dieser methodologischen Diskussion und der untersuchten Quellen aus Literatur und Praxis lassen sich unter Berücksichtigung von theoretischer Konsistenz, Anschlussfähigkeit zur internationalen Diskussion sowie Datenlage und Operationalisierbarkeit zehn relevante Dimensionen identifizieren und gemäß der Faktoren für Lebensqualität systematisch anordnen. Diese Dimensionen leiten die Analyse des Vielfaltsmonitors und sind sowohl für die Situationsbeschreibung wie auch für die Analyse der Maßnahmen und ihrer vermuteten Wirkungen relevant. Sie decken das gesamte Spektrum der für einen gesellschaftlichen Umgang mit Vielfalt relevanten Bereiche im Rahmen verfügbarer Datenquellen strukturiert ab:

- *Kultur und öffentliche Präsenz*: Diese Dimension betrifft sowohl den Umgang mit Vielfalt im kulturellen Leben und im öffentlichen Diskurs, wie auch die Offenheit für und Realisierung von aktiver Teilhabe durch Wohnbürger mit Migrationshintergrund oder aus anderen Kulturen. Unterbereiche sind die Akzeptanz von Vielfalt in sozialen Verkehrskreisen, Akzeptanz von religiöser Vielfalt in der Öffentlichkeit, Assimilationserwartung der Mehrheitsbevölkerung, und Vielfalt in Berufsfeldern des öffentlichen und kulturellen Lebens; bei den Maßnahmen die interkulturelle Öffnung des Kulturbetriebs und Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz verschiedener Kulturen.
- *Bildung und Erziehung*: Diese Dimension umfasst den gleichberechtigten Zugang zu und Förderung in Bildungseinrichtungen als Auszubildender oder Lehrender, und die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vielfalt bei der Vermittlung von Inhalten und Entwicklung der pädagogischen Methoden, auch hinsichtlich des sozialen Umfeldes. Unterbereiche sind Bildungserfolg, Ausbildungserfolg und interkulturelle Öffnung der Berufe im Bereich Bildung und Erziehung; bei den Maßnahmen eine Verbesserung des Zugangs zu Bildungsangeboten und eine gleichberechtigte Teilhabe, interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen und deren Vernetzung, sowie Verbesserung des Zugangs zu Ausbildungsangeboten und einer gleichberechtigten Teilhabe.
- *Medien*: Diese Dimension bezieht sich einerseits auf den Zugang zu Information in den Medien (fremdsprachliche und herkunftslandbezogene Informationen), andererseits aber auch auf die Inhalte und Darstellung von Vielfalt in den Medien sowie die aktive Teilhabe bei der Produktion und Gestaltung von Medieninhalten und Informationen sowie Präsenz in der Medienpolitik. Die Unterbereiche stellen Vielfalt in den Medien und der Medienpolitik der öffentlich-rechtlichen Länderanstalten dar; bei den Maßnahmen die interkulturelle Öffnung der Medien und vielfaltsbezogene Medieninhalte.

[8] Council of Europe (2005): *Concerted Development of Social Cohesion Indicators. Methodological Guide.* Strasbourg: CoE Publishing, Social Cohesion Development Division, S. 49ff; Council of Europe (2010): *Migrants and their descendants: Guide to policies of the well-being of all in pluralist societies.* Strasbourg: CoE Publishing, DG Social Cohesion, 81ff.

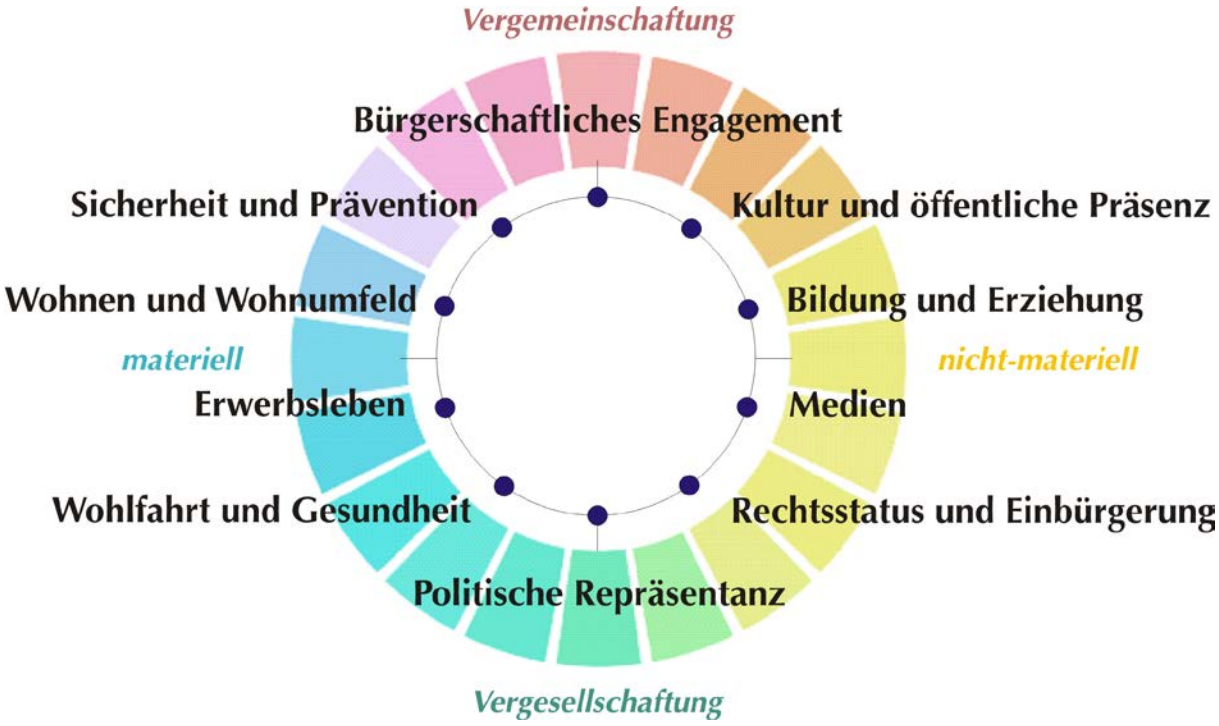
© efms 2016

- *Rechtsstatus und Einbürgerung*: Diese Dimension bezieht sich auf den rechtlichen Status und auf die Verwaltungspraxis im Umgang mit Klienten mit Migrationshintergrund. Diversitätsmanagement in den relevanten Verwaltungen ist ebenfalls Bestandteil dieser Dimension. Die Unterbereiche beziehen sich auf die Realisierung des Einbürgerungspotentials, Offenheit bei der Einbürgerungspraxis und Unterbringung wie Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge; bei den Maßnahmen die Förderung von Einbürgerungen, Unterstützung von Flüchtlingen, und Maßnahmen einer Willkommens- und Anerkennungskultur.
- *Politische Repräsentanz*: Diese Dimension betrifft die aktive Teilhabe im politischen Bereich, an den res publica im weiten Sinne: Kandidatur und öffentliche Ämter, Positionierung in den politischen Parteien und politisch aktiven Institutionen. Unterbereiche sind die politische Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund und die Akzeptanz von Vielfalt bezüglich politischer Repräsentanz; bei den Maßnahmen die Förderung des politischen Engagements und Stärkung der politischen Bildung.
- *Wohlfahrt und Gesundheit*: Diese Dimension umfasst die gleichberechtigte Teilhabe von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund an Wohlfahrtsleistungen und Gesundheitsvorsorge wie –wiederherstellung. Dies beinhaltet Diversitätsmanagement in den relevanten Institutionen. Unterbereiche sind die Teilhabe an Leistungen des Gesundheitssystems, soziale Sicherung und Interkulturalität der Gesundheitsdienste; bei den Maßnahmen die Verbesserung des Zugangs zu Leistungen des Gesundheitssystems und der sozialen Sicherung sowie eine interkulturelle Öffnung der Sozial- und Gesundheitseinrichtungen.
- *Erwerbsleben*: Diese Dimension betrifft die Verringerung systematischer Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen alteingesessenen Bevölkerungsteilen und Wohnbürgern mit Migrationshintergrund. Unterbereiche sind Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt, interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Benachteiligungserfahrungen im Erwerbsleben; bei den Maßnahmen die Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und Förderung der gleichberechtigten Teilhabe, zielgruppenspezifische Arbeitsmarktmaßnahmen und interkulturelle Öffnung der Arbeitgeber und Verwaltungen.
- *Wohnen und Wohnumfeld*: Diese Dimension bezieht sich auf die Wohnqualität, die interkulturelle Kompetenz der Wohnwirtschaft und die adäquate Gestaltung des Wohnumfelds (öffentliche Räume, Umgang mit Segregation, Raumentwicklung, öffentlicher Nahverkehr). Unterbereiche sind die Zufriedenheit mit der Wohnsituation, gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt und Vielfalt im Wohnumfeld.
- *Sicherheit und Prävention*: Diese Dimension betrifft – gemäß der Fragestellung der Studie nur migrationsbezogen - die Prävention von xenophoben Taten und Radikalisierungsprozessen, die Bearbeitung von Diskriminierungsfällen, sowie Kompetenz und Schulung der zuständigen Behörden hinsichtlich gesellschaftlicher Vielfalt und Diversity Management in den relevanten Institutionen. Unterbereiche sind politisch rechtsmotivierte Gewalttaten sowie deren Aufklärungsanteil, und Diskriminierungserfahrungen; bei

den Maßnahmen Prävention, Intervention und diesbezügliche Länderprogramme, Vernetzungsaktivitäten sowie die Einrichtung spezifischer Stellen.

- *Bürgerschaftliches Engagement*: Diese Dimension umfasst die gleichberechtigte Teilhabe auf dem Engagementmarkt und folglich die interkulturelle Öffnung der Strukturen des Ehrenamtes. Unterbereiche sind die interkulturelle Öffnung des Engagementmarktes und die Akzeptanz gegenüber Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement; bei den Maßnahmen die Förderung und Anerkennung des Engagements von Migranten und die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migranten durch freiwilliges Engagement.

Abbildung 1: Dimensionen von Umgang mit Vielfalt und ihre Systematik



Quelle: eigene Darstellung

In Anlehnung an die Lebensbereiche, die in der methodologischen Analyse des CoE zu Indikatoren für sozialen Zusammenhalt aufgeführt sind[9], lassen sich einzelne Dimensionen für den Umgang mit Vielfalt zum einen anhand eher materieller und nicht-materieller Dimensionen und zum anderen anhand der klassischen Kategorien Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung nach Max Weber und Ferdinand Tönnies anordnen: Vergemeinschaftung umfasst örtlich (Nachbarschaft, Kommune) und geistig bezogene persönliche soziale Interaktionen (Freundschaften, gemeinsame Interessen und Überzeugungen); Vergesellschaftung bezieht sich auf soziale Interaktionen, die von Nutzenerwägungen und Transaktionen geprägt sind. Diese Idealtypen spannen ein Kontinuum auf, in dem sich die einzelnen Dimensionen systematisch anordnen lassen.

[9] Council of Europe (2005): *Concerted Development of Social Cohesion Indicators. Methodological Guide.* Strasbourg: CoE Publishing, Social Cohesion Development Division, S. 79.

© efms 2016

Diese Systematik dient auch dazu, einzelne Dimensionen analytisch zu konkretisieren; so bezieht sich die Dimension Sicherheit und Prävention im Kontext Lebensqualität auf einen Sicherheitsbegriff, der innerstaatlich den Schutz des Individuums und seiner Menschenwürde in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Bereichsspezifische Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung sind in jeder Dimension als Kriterium für Lebensqualität zugeordnet; Prävention von Diskriminierung und Antidiskriminierungsmaßnahmen als Querschnittsaufgaben wie auch der repressive Bereich bei fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten sind jedoch bei Sicherheit und Prävention verortet.

Die Systematik soll schließlich auch die Operationalisierung der Dimensionen unterstützen, die für belastbare Ergebnisse folgende Bedingungen erfüllen müssen:

- *Konsistenz*: Die identifizierten Dimensionen müssen die soziale Realität im Umgang mit Vielfalt auf den verschiedenen Ebenen beschreiben können. In einem systematischen Zusammenhang definiert, sollten sie möglichst klar abgrenzbare Aspekte darstellen und gemeinsam alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen Umgangs mit Vielfalt aus Migration abdecken, und damit das Kriterium der *Validität* berücksichtigen. Sie sollten sich möglichst wenig überlappen; spezifische Bereiche gesellschaftlichen Umgangs mit Vielfalt, die für mehrere Dimensionen relevant sind, sollten anhand der Dimensionen sinnvoll analytisch trennbar sein.
- *Anschlussfähigkeit*: Die Dimensionen sollen den Stand der Diskussion auf europäischer und internationaler Ebene berücksichtigen, über den deutschsprachigen Raum hinaus gut kommunizierbar sein, und eine Verknüpfung zu Untersuchungen im Ausland durch einen kompatiblen analytischen Ansatz ermöglichen.
- *Machbarkeit*: Die Dimensionen müssen aus zugänglichen Datenquellen operationalisierbar sein. Die Bildung eines Indikators für die einzelne Dimension muss sich auf eine ausreichende Zahl von qualitativen und quantitativen Datenquellen stützen können, um Probleme der Datenverfügbarkeit und Aussagekraft einzelner Indikatoren möglichst zu kompensieren. Weiterhin sollen sie auch über den Zeitverlauf die zugrunde liegenden Dimensionen möglichst stabil abbilden.

Kriterien der Lebensqualität für die Dimensionen

Wie bereits zu Beginn des Kapitels erwähnt, hat das verwendete Konzept von Lebensqualität einen starken Bezug zu sozialer Inklusion und Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen zur Lösung von Konflikten und Bewältigung von Herausforderungen[10]. Es geht weniger um einen engen Begriff von verbesserter Servicequalität gesellschaftlicher Institutionen, als um die Förderung von gesellschaftlichem Vertrauen durch sinnhafte und nachvollziehbare Führung sowie durch erweiterte Möglichkeiten für Bürger, an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilhaben zu können. Lebensqualität für das Individuum in den einzelnen Dimensionen (Lebensbereichen), wie auch die Bedeutung der Lebensqualität für die Stabilität moderner Gesellschaften können daher auch anhand von vier Kriterien analysiert werden, die für alle Dimensionen und für entsprechende Maßnahmen relevant sind[11]:

- *Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung:*

  Gleichheitbehandlung bei der Rechtsausübung, ohne die ein nachhaltiger Beitrag des Rechtssystems zur Befriedung pluraler Gesellschaften aus Mangel an Legitimität gefährdet wäre;

- *Würde und Anerkennung:*

  Respekt gegenüber Individuen als menschliche Wesen, ihrer Eigenständigkeit und besonderen Ausdrucksformen als Grundlage pluralistischer und offener Rechtsstaaten;

- *Autonomie und persönliche Entwicklung:*

  Selbstbestimmung in und Möglichkeit der persönlichen, familiären und beruflichen Entwicklung, die Voraussetzungen für Wahlmöglichkeiten jedes Individuums zur Beeinflussung seines Lebens und seiner Selbstverwirklichung;

- *Teilhabe und Engagement:*

  als zentrale Voraussetzung eines kollektiven und individuellen Einflusses auf gesellschaftliche Entscheidungen, ohne den Gesellschaften ihre Dynamik und Erneuerungskapazität einbüßen.

Diese Kriterien sind in allen Lebensbereichen für die Lebensqualität im Allgemeinen - aber auch für den konstruktiven Umgang mit Vielfalt aus Migration im Speziellen - wichtig. Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Prävention von Konflikten, und sind somit auch für die Stabilität der Gesamtgesellschaft relevant[12]. Eine Situationsbeschreibung anhand der einzelnen Dimensionen für den konstruktiven Umgang mit Vielfalt sollte diese Kriterien berück-

[10] Rapley, M. (2003): *Quality of Life Research: A Critical Introduction.* London: Sage, S. 45.

[11] Council of Europe (2005): *Concerted Development of Social Cohesion Indicators. Methodological Guide.* Strasbourg: CoE Publishing, Social Cohesion Development Division, S. 49.

[12] Council of Europe (2005): *Concerted Development of Social Cohesion Indicators. Methodological Guide.* Strasbourg: CoE Publishing, Social Cohesion Development Division, S. 25.

© efms 2016

sichtigen; sie sind auch für die Evaluation von Maßnahmen, die auf einzelne oder mehrere Dimensionen von Lebensqualität in einer vielfältigen Gesellschaft zielen, relevante Qualitätskriterien. Schließlich sind Veränderungen der Situation, als Folge von gezielten Politiken und Maßnahmen und/oder durch unabhängige Einflussfaktoren bewirkt, anhand dieser Kriterien zu beurteilen.

Differenzierungen für die Dimensionen

Die verschiedenen Dimensionen des Umgangs mit Vielfalt und ihr Bezug zum Konzept der Lebensqualität wurden zunächst analytisch in Unterbereiche differenziert; einzelne mögliche Datenquellen wurden diesen Unterbereichen zugeordnet. Bei der Auswahl der Datenquellen wurde sowohl eine Abdeckung aller identifizierten Unterbereiche wie auch die Vermeidung von ungleichgewichtig hoher Einbeziehung eines einzelnen Unterbereichs in den zusammengefassten Indikator für die Dimension (CI – Composite Indicator) angestrebt.

Zudem können die Daten zur Situationsbeschreibung und zur Maßnahmenanalyse auf verschiedenen Ebenen verortet sein. In der Situationsbeschreibung wurden bei der Auswahl von Datenquellen drei Ebenen berücksichtigt:

- Ebene des Individuums und der interpersonalen Beziehungen (Mikro)
- Ebene von Organisationen und Institutionen (Meso) und
- Ebene der Gesamtgesellschaft (Makro).

Auf der *Mikro*-Ebene des Individuums meint konstruktiver Umgang mit Vielfalt aus Migration offene, möglichst vorurteilsfreie Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Menschen anderer ethnischer Zugehörigkeit, anderen Aussehens oder anderer Religion als der eigenen Gruppe. Rassistische, ethnozentrische oder nativistische Haltungen sind Barrieren der Integration.

Die *Mikro*-Ebene umfasst auch interpersonale Beziehungen in zwei Personen- oder Kleingruppeninteraktionen; für diese bedeutet konstruktiver Umgang mit Vielfalt die prinzipielle Offenheit und Bereitschaft, Kommunikation aufzunehmen, Beziehungen „auf Augenhöhe" einzugehen, Hilfe anzubieten und natürlich, nicht zu diskriminieren. Beziehungsbereitschaft benötigt bestimmte soziale Techniken, damit aus der Bereitschaft eine Beziehung werden kann. Das heißt auch, den anwesenden Fremden in die Kommunikation des jeweiligen Verkehrskreises einzuführen und aufzunehmen. Daher waren auf der *Mikro*-Ebene *einstellungsbezogene* Daten und *handlungsbezogene* Daten zu berücksichtigen und entsprechend einzubeziehen.

Auf der *Meso*-Ebene von Organisationen und Institutionen, deren Mitgliedschaft mit bestimmten materiellen oder immateriellen Ressourcen verbunden ist, bedeutet konstruktiver Umgang mit Vielfalt zunächst einmal offene Regelungen und Praktiken des Mitgliedschaftserwerbs und der Entfaltung neuer Mitglieder in der Organisation. Diese sind natürlich kontextabhängig sehr unterschiedlich. Aber Offenheit allein reicht häufig nicht aus: Es müssen

pro-aktive Praktiken ergriffen werden, um z. B. einen unterrepräsentierten Anteil von Migranten in politischen Parteien oder Vereinen zu erhöhen oder überhaupt erst zu einem relevanten Anteil werden zu lassen.

Andere Organisationen sind Service Organisationen, wie z.B. Verwaltungen. Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen bedeutet auch den oben genannte Mitgliedschaftserwerb, d. h. die Besetzung von Stellen; der andere zentrale Aspekt von Umgang mit Vielfalt in Organisationen ist die Erbringung von Dienstleistungen der Verwaltung, die auf die Bedürfnisse der neuen Klienten eingehen. Auch die Verkehrsformen mit den neuen Bürgern gehören direkt dazu, vor allem auf den Behörden, die unmittelbar mit den Migranten zu tun und über ihre Anliegen zu entscheiden haben. Besonders wichtig ist dies auf den Ausländerbehörden. Nicht-Diskriminierung als ein weiteres Element von Vielfalts- und Willkommenskultur in Organisationen heißt weiterhin zum einen, dass formale Regeln, d.h. die Statuten der Organisation nicht diskriminieren, zum anderen, dass auch herrschende Praktiken dies nicht tun.

Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene (*Makro*) sind Einbürgerungen als Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft von Staat und Nation ein wichtiger Aspekt. Vor der Einbürgerung sind aber rechtlich und materiell faire und verstehbare Einreise- und Aufenthaltsbedingungen, und nach der Einreise der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu materiellen und sozialen Leistungen für die Integration Einzelner und von Familien relevant. Schließlich ist für Vielfalt auch Platz und Anerkennung für die Kultur der Zuwanderer in der Gesellschaft wichtig. Die eigene Kultur in der Fremde wieder zu finden hilft dem Fremden, dass er sich dort zu Hause fühlen kann. Das ist nicht zu verwechseln mit einer Minderheitenpolitik für nationale Minderheiten und bedeutet keineswegs die Aufgabe der Vorstellung von Integration als auch kulturellem Annäherungsprozess.

Diese Diskussion der Ebenen bezieht sich auf die soziale Realität des Umgangs mit Vielfalt, somit auf die Situationsbeschreibung. Dies ist von der Ebene, auf der sozialpolitische Maßnahmen konzipiert und umgesetzt werden, zu trennen. Für diese Studie war für die Betrachtung der sozialpolitischen Maßnahmen vorrangig die *Meso*-Ebene relevant, der die Aktivitäten der Landesregierungen und nicht-staatlicher Institutionen und Organisationen in den einzelnen Bundesländern zuzuordnen sind. Maßnahmen, die direkt auf der individuellen oder interpersonellen Ebene (*Mikro*) ansetzen, sind auf Landesebene in der Regel nicht möglich, und Maßnahmen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (*Makro*) meist außerhalb der Länderkompetenzen. Allerdings können und sollen diese Maßnahmen auf der *Meso*-Ebene meist auch auf den beiden anderen Ebenen wirken; für die Situationsbeschreibung und Einschätzung der Ergebnisse der Maßnahmen sind daher die beiden anderen Ebenen ebenfalls relevant.

Die konkrete Operationalisierung dieses Konzepts für den Vielfaltsmonitor wird in dem folgenden methodologischen Kapitel kurz dargestellt, bevor Befunde zu den einzelnen Bundesländern folgen.

© efms 2016

3 Methodisches Vorgehen

Der Vielfaltsmonitor zielt darauf ab, den Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in Deutschland zu operationalisieren und zu messen. Um ein intersubjektiv nachvollziehbares Instrument zu erstellen, wurden auf der Grundlage des Konzepts der Lebensqualität zehn zentrale Dimensionen identifiziert, die den gegenwärtigen Stand im Umgang mit Vielfalt anhand ausgewählter quantitativer sowie qualitativer Indikatoren abbilden. Allerdings gilt es hierbei zu berücksichtigen, dass es sich beim „Umgang mit Vielfalt" um ein komplexes, mehrdimensionales Konstrukt handelt. Demnach ist der Vielfaltsmonitor als Versuch einer adäquaten Messung zu verstehen, der Einschränkungen (z.B. aufgrund der Datenlage) aufweist und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Neben einer Situationsbeschreibung, die die Ausgangssituation der einzelnen Bundesländer in den jeweiligen Dimensionen darlegt, erfolgt zudem eine Darstellung der integrationspolitischen Maßnahmen der Länder im Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt. Demzufolge besteht eine wesentliche Besonderheit des Vielfaltsmonitors – im Vergleich zu bisherigen Integrationsindikatorenberichten – darin, dass neben dem quantitativen Teil zur Beschreibung der dimensionsspezifischen Situation überdies der tatsächliche Umgang der Regeleinrichtungen bzw. öffentlichen Institutionen mit Vielfalt skizziert wird. In den folgenden Abschnitten wird das dem Vielfaltsmonitor zugrunde liegende methodische Vorgehen der Situations- und Maßnahmenanalyse näher erläutert. Anschließend wird das Vorgehen zur Erhebung der integrationspolitischen Ausgaben der Länder, die Bestandteil der Ausführungen zu den integrationsrelevanten Strukturen des jeweiligen Länderberichts sind, dargestellt.

3.1 Situationsanalyse

Die Situationsbeschreibung spiegelt die unterschiedlichen Ausgangssituationen der einzelnen Bundesländer in den jeweiligen Dimensionen wider und bezieht sich folglich auf die soziale Realität im gesellschaftlichen Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in Deutschland. Bei der Situationsanalyse handelt es sich um eine dimensionsspezifische Betrachtung von quantitativen Indikatoren, die den Umgang mit Vielfalt möglichst adäquat repräsentieren sollen. Um ein Instrument zur Messung des gesellschaftlichen Umgangs mit Vielfalt zu entwickeln, wurden zunächst die konzeptionellen Grundlagen erarbeitet. Durch die Konkretisierung des zugrunde liegenden Verständnisses von Vielfalt anhand des Konzepts der Lebensqualität wurden zehn Dimensionen identifiziert (siehe Kapitel 2), die den Rahmen zur Darstellung des komplexen Konstrukts bilden.

Da es sich bei dem Konzept der Lebensqualität um ein nicht direkt messbares, mehrdimensionales Phänomen handelt, müssen geeignete Indikatoren für die Analysen ausgewählt werden; d.h. „solche empirischen Sachverhalte, die 1.) direkt wahrnehmbar oder feststellbar

sind und die 2.) eindeutige Hinweise auf den nicht direkt erfahrbaren Sachverhalt liefern“[13]. Soziale Indikatoren als eine spezifische Indikatorenform bezeichnen dabei „statistische Maßzahlen, die eine quantitative Abbildung gesellschaftlich bzw. gesellschaftspolitisch relevanter Sachverhalte darstellen“[14]. Neben objektiven Lebensbedingungen kann es sich dabei auch um subjektiv wahrgenommene und bewertete Lebensumstände handeln[15].

Um die einzelnen Dimensionen hinlänglich zu erfassen, wurden jeweils mehrere Einzelindikatoren zur Beschreibung einer Dimension ausgewählt: „Jeder Indikator ist für sich genommen nur eine teilweise Operationalisierung eines Begriffs. Die Verwendung mehrerer Indikatoren erhöht die Chance, Messungenauigkeiten zu verringern und so den gemeinten, ‚wahren' Sachverhalt eher abzubilden“[16]. Die Einzelindikatoren der jeweiligen Dimensionen werden in einem letzten Schritt zu dimensionsspezifischen **composite indicators** zusammengefasst: „A composite indicator (…) is an aggregate of all dimensions, objectives, individual indicators and variables used“[17]. Neben der Möglichkeit komplexe, multidimensionale Phänomene gebündelt darzustellen, besteht ein weiterer Vorteil der Verwendung von composite indicators darin, dass sie „provide the big picture. They can be easier to interpret than trying to find a trend in many separate indicators. They facilitate the task of ranking countries on complex issues“[18]. Allerdings führt die Bildung von Durchschnittswerten aus den Einzelindikatoren zur Erstellung der dimensionsspezifischen composite indicators zu einer Erkenntnisreduktion. Um diesen Informationsverlust zu vermeiden, werden für jede Dimension auch die für das Bundesland markanten Ergebnisse der Einzelindikatoren vorgestellt. Des Weiteren gehen alle Einzelindikatoren gleichwertig in die Bildung des composite indicators ein. Es erfolgt demnach keine Gewichtung einzelner Indikatoren um eine Überschätzung der entsprechenden Kennziffern zu vermeiden. Nachfolgend werden die einzelnen Schritte zur Erstellung der dimensionsspezifischen composite indicators der Situationsanalyse näher dargestellt.

---

[13] Kromrey, H. (2009): *Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung.* Stuttgart: Lucius und Lucius, 11. Auflage, S. 182.

[14] Glatzer, W. (2002): Soziale Indikatoren. In: Endruweit, G. & Trommsdorff, G. (Hrsg.): *Wörterbuch der Soziologie.* Stuttgart: Lucius und Lucius, 2. Auflage, S. 225.

[15] Ebd., S. 226.

[16] Kromrey, H. (2009): *Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung.* Stuttgart: Lucius und Lucius, 11. Auflage, S. 184.

[17] OECD (2008): *Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and User Guide.* Paris, S. 51. URL: http://www.oecd.org/std/42495745.pdf [Stand: 04.01.2016]

[18] Saisana, M. und Tarantola, S. (2002): *State-of-the-art Report on Current Methodologies and Practices for Composite Indicator Development.* European Commission, Joint Research Centre, Ispra, Italy, S. 5. URL: http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.402.5612&rep=rep1&type=pdf [Stand: 04.01.2016]

© efms 2016

Auswahl dimensionsspezifischer Indikatoren

Die **konzeptionelle Identifizierung** von möglichen Indikatoren erfolgte in Orientierung an den Leitprinzipien der einzelnen Dimensionen. Auf der Grundlage der Dimensionsbeschreibungen wurden in einem ersten Schritt Dokumentenanalysen durchgeführt, die einen Überblick über einschlägige Integrationsindikatoren ermöglichten. Ferner wurden anhand der dimensionsspezifischen Leitsätze weitere themenrelevante Indikatoren durch theoretische Überlegungen erarbeitet.

Anschließend erfolgte eine **Durchsicht potentieller Datenquellen** nach verwendbaren Variablen zur Abbildung einzelner Indikatoren. Bei der Auswahl der Datenquellen bestand das wesentlichste Kriterium darin, dass eine ländervergleichende Analyse der interessierenden Variablen nach einer Differenzierung des Migrationshintergrundes realisierbar war. Infolgedessen konnten für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors potentiell relevante Datensätze wie zum Beispiel der Freiwilligensurvey, die Allgemeine Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder internationale Umfragedaten wie der European Social Survey nicht berücksichtigt werden. Die ausgewählten Datensätze wurden im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Indikatoren, die aus den theoretischen Überlegungen resultierten, gesichtet. Des Weiteren wurden die bestehenden Datenquellen dahingehend analysiert, ob ihnen weitere relevante Variablen zur Beschreibung der Situationsindikatoren entnommen werden können.

Insbesondere das Kriterium der Repräsentativität bei ländervergleichenden Analysen führte zu einem Ausschluss potentiell relevanter Datensätze. Aus diesem Grund wurde das Institut *infratest dimap* mit der Erhebung von Daten beauftragt, die die Einstellung der Aufnahmegesellschaft gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt in einzelnen Lebensbereichen erfassen. Zudem wurden bei theoretisch hergeleiteten Indikatoren, die nicht durch Variablen aus den vorhandenen Umfragestatistiken abgedeckt werden konnten, zum einen Anfragen bei den zuständigen Ämtern/Institutionen nach dem Datenzugang gestellt und zum anderen eigene Erhebungen durchgeführt.

Eine zentrale Funktion des Monitorings besteht darin, anhand einer begrenzten Anzahl von Indikatoren einen überschaubaren, nachvollziehbaren Stand des Untersuchungsgegenstands zu liefern. Nach einer Zusammenstellung der möglichen, themenrelevanten Indikatoren wurde demnach eine **Indikatorenreduktion** durchgeführt, indem primär nach dem Kriterium der Augenscheinvalidität (face validity) eine engere Auswahl von Kennziffern erfolgte. Für jeden Indikator wurde geprüft, inwiefern dieser eine geeignete messbare Größe darstellt, um die für den Indikator relevante Dimension im Hinblick auf die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors adäquat zu operationalisieren: Leistet der Indikator einen Beitrag zur Beschreibung der Ausgangssituation bezüglich des Umgangs mit ethnischer und religiöser Vielfalt in der jeweiligen Dimension? Neben einer internen Abstimmung der an der Entwicklung des Vielfaltsmonitors direkt beteiligten Wissenschaftler wurde die reduzierte Auswahl der Situationsindikatoren in enger Abstimmung mit dem wissenschaftlichen Beirat in einem iterativen

Prozess mehrmals modifiziert. Tabelle 1 kann ein Überblick über die ausgewählten Indikatoren und entsprechenden Variablen der einzelnen Dimensionen, einschließlich der Datenquellen, entnommen werden.

Insgesamt gilt es in Bezug auf die Auswahl der dimensionsspezifischen Indikatoren zu berücksichtigen, dass die Datenverfügbarkeit ein wesentliches Selektionskriterium darstellt. Mit Ausnahme der Variablen zur Messung der Einstellung der Mehrheitsbevölkerung, die aus einer in Auftrag gegebenen Erhebung resultieren sowie einzelnen Variablen, die entweder aus Anfragen bei den zuständigen Institutionen oder eigenen Erhebungen hervorgehen, wurden bereits vorhandene Indikatoren den Dimensionen zugeordnet. Demzufolge liegt eine wesentliche Einschränkung des Vielfaltsmonitors darin, dass teilweise eine Orientierung an verfügbaren Daten und nicht am konkreten Informationsbedarf erfolgte.

© efms 2016

Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht

Dimension	Indikator	Variable	Datenquelle
1. Kultur und öffentliche Präsenz	1.1 Akzeptanz von Vielfalt im persönlichen Umfeld	Anteil der Mehrheitsbevölkerung mit regelmäßigen, privaten Kontakten zu Personen mit MH[19] in Relation zum Anteil der Bevölkerung mit MH im jeweiligen Bundesland	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
		Anteil der Mehrheitsbevölkerung ohne regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit MH, die gegenüber dem Kontakt zu Personen mit MH positiv eingestellt sind	
	1.2 Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum	Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der öffentlichen Sichtbarkeit von Moscheen in Deutschland	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
	1.3 Akzeptanz von kultureller Vielfalt	Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderung	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
	1.4 gleichberechtigte Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen	Regelmäßiger Besuch kultureller Veranstaltungen nach MH (Differenz)[20]	SOEP (2013)
	1.5 Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	Anteil der Erwerbstätigen in darstellenden und unterhaltenden Berufen mit MH in Relation zur Bevölkerung mit MH im jeweiligen Bundesland	Zensus (2011)
2. Bildung und Erziehung	2.1 Bildungserfolg	Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss nach MH (Differenz)	Zensus (2011)
		Personen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife nach MH (Differenz)	
	2.2 Ausbildungserfolg	Personen ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss nach MH (Differenz)	Zensus (2011)
		Personen mit einem Fachhoch- /Hochschulabschluss nach MH (Differenz)	

[19] Migrationshintergrund (MH)

[20] Differenz aus dem Anteil der Personen ohne MH an der Bevölkerung ohne MH und dem Anteil der Personen mit MH an der Bevölkerung mit MH in dem jeweiligen Bundesland

© efms 2016

Fortsetzung Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht

Dimension	Indikator	Variable	Datenquelle
2. Bildung und Erziehung	2.3 Diskriminierungserfahrungen in der Schule	Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft in der Schule	IAB-SOEP Migration Sample (2013)
	2.4 Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	Anteil der Erwerbstätigen in lehrenden und ausbildenden Berufen mit MH in Relation zur Bevölkerung mit MH im jeweiligen Bundesland	Zensus (2011)
3. Medien[21]	3.1 Vielfalt in der Medienpolitik	Anteil der Rundfunkratsmitglieder mit MH in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	Eigene Erhebung (2015)[22]
	3.2 Vielfalt in den Medien	Anteil der Moderatoren mit MH in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	Eigene Erhebung (2015)
	3.3 Vielfalt in der Mediendarstellung	Anteil der Mehrheitsbevölkerung, die durch die mediale Darstellung einen Eindruck von Leben und Alltag der Personen mit MH erhält	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
4. Rechtsstatus und Einbürgerung	4.1 Einbürgerungspotential	Anteil der Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht an den Drittstaatsangehörigen insgesamt	Genesis Online-Datenbank: Ausländerstatistik (2014)
		Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	Statistisches Bundesamt (2016)
	4.2 Einbürgerungspraxis	Anteil der Einbürgerungen mit Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit von Drittstaatsangehörigen an den Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen insgesamt	Genesis Online-Datenbank: Einbürgerungsstatistik (2014)

[21] Einbezogene Landesrundfunkanstalten: BR (Bayern), SWR (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz), RBB (Berlin, Brandenburg), Radio Bremen (Bremen), NDR (Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), HR (Hessen), MDR (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), SR (Saarland), WDR (Nordrhein-Westfalen)

[22] Die Daten wurden zum einen anhand des onomastischen Verfahrens und zum anderen durch eine tiefergehende Hintergrundrecherche der potentiellen Personen mit Migrationshintergrund erhoben.

© efms 2016

Fortsetzung Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht

Dimension	Indikator	Variable	Datenquelle
4. Rechtsstatus und Einbürgerung	4.3 Leistungen für Asylbewerber	Anteil dezentral untergebrachter Asylbewerber (Wohnungsquote)	Statistisches Bundesamt: Asylbewerberleistungen (2016)
		Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern von Asylbewerberleistungen	
5. politische Repräsentanz	5.1 Vielfalt in den Landesparlamenten	Anteil der Landtagsabgeordneten mit MH an allen Landtagsabgeordneten in Relation zur Bevölkerung mit MH	Eigene Erhebung (2015)
	5.2 Interkulturelle Öffnung der politischen Parteien	Anteil der Landtagskandidaten mit MH an allen Landtagskandidaten in Relation zur Bevölkerung mit MH	Eigene Erhebung (2015)
	5.3 gleichberechtigte Teilhabe im politischen Bereich	Politische Aktivität nach MH (Differenz)	SOEP (2013)
	5.4 Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Repräsentanz	Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Repräsentanz von Personen mit MH	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
6. Wohlfahrt und Gesundheit	6.1 gleichwertige Einschätzung des Gesundheitszustandes	Subjektive Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes nach MH (Differenz)	SOEP (2013)
	6.2 gleichwertige Einschätzung der sozialen Sicherung	Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung nach MH (Differenz)	SOEP (2012)
	6.3 Interkulturalität im Gesundheitssystem	Anteil der Erwerbstätigen in medizinischen Gesundheitsberufen mit MH in Relation zur Bevölkerung mit MH	Zensus (2011)
7. Erwerbsleben	7.1 Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	Erwerbstätigenquote nach MH (Differenz)	Integrationsmonitoring der Länder (2013)
	7.2 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes	Anteil der Personen mit MH im öffentlichen Dienst in Relation zur Bevölkerung mit MH	Mikrozensus (2010)
	7.3 Arbeitsmarktbezogene Diskriminierungserfahrungen	Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche	IAB-SOEP Migration Sample (2013)

© efms 2016

Fortsetzung Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht

Dimension	Indikator	Variable	Datenquelle
7. Erwerbsleben	7.3 Arbeitsmarktbezogene Diskriminierungserfahrungen	Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft am Arbeitsplatz	IAB-SOEP Migration Sample (2013)
8. Wohnen und Wohnumfeld	8.1 gleichwertige Einschätzung der Wohnsituation	Zufriedenheit mit der Wohnung nach MH (Differenz)	SOEP (2013)
	8.2 gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt	Eigentümerquote nach MH (Differenz)	Mikrozensus (2010)
		Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) nach MH (Differenz)	Mikrozensus (2010)
		Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei der Wohnungssuche	IAB-SOEP Migration Sample (2013)
	8.3 Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Personen mit MH im Wohnviertel	Umfrage Vielfaltsmonitor (2015)
9. Sicherheit und Prävention	9.1 PMK-rechts Gewalttaten	Anteil der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl	Landeskriminalämter / Verfassungsschutzberichte der Länder
		Aufklärungsanteil der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten	
	9.2 Diskriminierungserfahrungen	Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei der Polizei	IAB-SOEP Migration Sample (2013)
		Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei Ämtern und Behörden	
		Anteil der Personen mit erfahrener Benachteiligung aufgrund der Herkunft im Alltag	
	9.3 Einschätzung der Sicherheit bzgl. Ausländerfeindlichkeit	Grad der Besorgnis bzgl. Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland bei Personen mit MH	SOEP (2013)

© efms 2016

Fortsetzung Tabelle 1: Indikatoren- und Variablenübersicht

Dimension	Indikator	Variable	Datenquelle
10. Bürgerschaftliches Engagement	10.1 Interkulturelle Öffnung des Engagementmarktes	Regelmäßige Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten nach MH (Differenz)	SOEP (2013)
	10.2 Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement	Einstellung der Mehrheitsbevölkerung bzgl. der Ermutigung der Personen mit MH zum bürgerschaftlichen Engagement	IAB-SOEP Migration Sample (2013)

© efms 2016

Datenaufbereitung

Bei den verwendeten Daten handelt es sich im Wesentlichen um Sekundärdaten, die sowohl aus repräsentativen Umfragedaten als auch aus amtlichen Statistiken entnommen worden sind. Für einzelne Situationsindikatoren wurden zudem Primärdaten in die Analysen einbezogen.

Die Analysemöglichkeiten wurden durch die bedingte Vergleichbarkeit der verschiedenen Strukturen der einzelnen Datenquellen jedoch begrenzt. So liegen den Auswertungen Variablen mit unterschiedlichen Stichproben, Grundgesamtheiten und Skalenniveaus zugrunde. Für die Datenaufbereitung wurden demnach deskriptive Analysen durchgeführt: Während für ordinal skalierte Variablen Ländermittelwerte gebildet wurden, um sie von der Individual- auf die Länderebene zu aggregieren, wurden für dichotome Variablen die absoluten Häufigkeiten verwendet. Bei einzelnen Variablen erfolgte zudem eine Gegenüberstellung der Ergebnisse nach dem Migrationshintergrund, in dem die Differenz des Anteils der Personen mit und ohne Migrationshintergrund gebildet wurde.

Da den Variablen zudem unterschiedliche Maßeinheiten zugrunde liegen, wurde zur Vergleichbarkeit der Indikatorenwerte die **Minimum-Maximum-Transformation**[23] als Standardisierungsverfahren ausgewählt: „Normalisation is required prior to any data aggregation as the indicators in a data set often have different measurement units“[24]. Mit dieser Standardisierungsmethode werden die Indikatorenwerte mit Kennzahlen zwischen 0 und 10 abgebildet[25], wobei die Zuordnung in Orientierung an den Extremwerten erfolgt. Demnach erhält das Bundesland mit der schlechtesten Ausprägung den niedrigsten Skalenwert von 0 (Minimalbewertung), während dem Land mit der besten Ausprägung der höchste Skalenwert von 10 zugewiesen wird (Maximalbewertung). Infolge des Standardisierungsverfahrens sind die transformierten länderspezifischen Werte jeweils in Relation zu den Transformationswerten der anderen Bundesländer zu interpretieren.

[23] Die Min-Max-Transformation weist gegenüber der z-Standardisierung mehrere, für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors relevante Vorteile auf. Zum einen werden mit diesem Vorgehen die einzelnen Indikatoren auf einer Skala bewertet, wobei sich die Zuordnung der Werte an den realen Abständen zwischen den Bundesländern orientiert. Zum anderen besitzt dieses Standardisierungsverfahren den Vorteil, dass „could widen the range of indicators lying within a small interval, increasing the effect on the composite indicator more than the z-score transformation“ (OECD 2008: 28). Allerdings besteht ein wesentlicher Nachteil der Min-Max-Transformation in dessen Empfindlichkeit gegenüber Ausreißern (ebd.). Zudem werden Unterschiede zwischen den Bundesländern tendenziell eher überschätzt. Ein Vergleich der Min-Max-Transformation und der z-Standardisierung belegt, dass die Standardisierungsverfahren zu ähnlichen Ergebnissen führen. Allerdings ergeben sich punktuelle Unterschiede in der Rangfolge der Länder.

[24] OECD (2008): *Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and User Guide.* Paris, S. 27. URL: http://www.oecd.org/std/42495745.pdf [Stand: 04.01.2016]

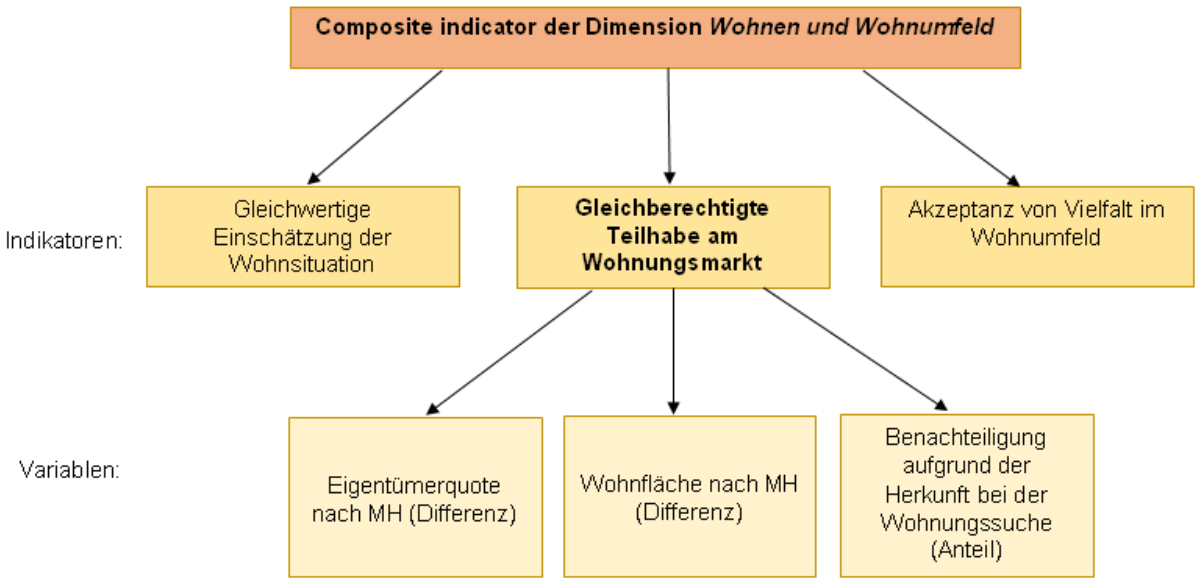
[25] Da die länderspezifischen Werte teilweise nahe beieinander liegen, wurden die transformierten Skalenwerte der einzelnen Variablen mit zwei Dezimalstellen in die Analysen einbezogen.

© efms 2016

Bildung der dimensionsspezifischen composite indicators

Jede Dimension wird durch mehrere Einzelindikatoren operationalisiert. Beispielsweise wird die Dimension „Wohnen und Wohnumfeld“ anhand von drei Indikatoren dargestellt: „gleichwertige Einschätzung der Wohnsituation“, „Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld“ und „gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt“. Einzelne Indikatoren einer Dimension setzen sich zudem aus mehreren Variablen zusammen. Der Indikator „gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt“ wird neben der „Eigentümerquote“ sowie der „Wohnfläche“ zudem durch die Variable zur Messung der herkunftsbedingten Benachteiligungserfahrungen bei der Wohnungssuche generiert. In Abbildung 2 ist die der Zusammensetzung des composite indicators zugrunde gelegte Struktur anhand des beschriebenen Beispiels der Dimension „Wohnen und Wohnumfeld“ grafisch dargestellt.

Abbildung 2: Zusammensetzung des composite indicators am Beispiel der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld*



Quelle: eigene Darstellung

Die einzelnen Indikatoren werden anhand messbarer Größen – Variablen – operationalisiert. Der Indikator „gleichwertige Einschätzung der Wohnsituation“ resultiert aus der Zufriedenheit mit der Wohnung, die im Sozio-oekonomischen Panel erhoben wird. Da es sich um eine ordinal skalierte Kennzahl (0=ganz und gar unzufrieden, 10= ganz und gar zufrieden) handelt, wurden die Mittelwerte für die jeweilige Bevölkerungsgruppe (mit/ohne Migrationshintergrund) in den einzelnen Bundesländern gebildet. In Thüringen liegt der entsprechende Mittelwert unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 7,98 leicht höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (7,85). Demzufolge sind Migranten in Thüringen tendenziell zufriedener mit ihrer Wohnung als die Mehrheitsbevölkerung.

Aus dem Mittelwertvergleich zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund resultiert für Thüringen eine Differenz von 0,13 (siehe Tabelle 2). Positive Vorzeichen

verweisen also auf eine höhere Zufriedenheit der Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung. In Schleswig-Holstein ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Mittelwerte mit -0,54 ein negativer Wert, d.h. Personen ohne Migrationshintergrund zeigen sich zufriedener mit ihrer Wohnung als Personen mit Migrationshintergrund. Die aus den Ländermittelwerten gewonnen Differenzen nach dem Migrationshintergrund bilden die Grundlage für die Min-Max-Transformation.

Tabelle 2: Min-Max-Transformation am Beispiel der Zufriedenheit mit der Wohnung

Bundesland	Mittelwertdifferenz nach Migrationshintergrund	Transformierter Wert	Rang im Ländervergleich
Baden-Württemberg	-0,31	6,86	9
Bayern	-0,22	7,35	7
Berlin	-0,48	5,95	11
Brandenburg	**0,27**	**10,00**	**1**
Bremen	**-1,58**	**0,00**	**16**
Hamburg	-0,5	5,84	12
Hessen	-0,79	4,27	15
Mecklenburg-Vorpommern	-0,06	8,22	3
Niedersachsen	-0,44	6,16	10
Nordrhein-Westfalen	-0,29	6,97	8
Rheinland-Pfalz	-0,14	7,78	4
Saarland	-0,5	5,84	12
Sachsen	-0,16	7,68	5
Sachsen-Anhalt	-0,19	7,51	6
Schleswig-Holstein	-0,54	5,62	14
Thüringen	0,13	9,24	2

Quelle: eigene Darstellung

In Brandenburg liegt die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei 0,27, womit das Bundesland die bestmögliche Ausprägung zugunsten der Migranten erreicht und demnach den Maximalwert von 10 erzielt (siehe Tabelle 2). Mit einer Mittelwertdifferenz von -1,58 weist Bremen den größten Unterschied in der Gegenüberstellung der Bevölkerungsgruppen zum Nachteil der Personen mit Migrationshintergrund auf. Folglich wird dem Bundesland der Minimalwert von 0 zugeordnet.

© efms 2016

Tabelle 3: Beispiel für die Bildung eines Indikators aus mehreren Variablen

Bundesland	Gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt - transformierte Werte der Variablen:			Indikator
	Eigentümer-quote	Wohnfläche	Benachteiligung Wohnungssuche	
Baden-Württemberg	5,03	3,98	1,07	3,36
Bayern	1,49	3,90	3,97	3,12
Berlin	10,00	4,83	0,18	5,00
Brandenburg	3,78	6,81	7,84	6,14
Bremen	6,17	0,00	0,00	2,06
Hamburg	7,81	3,74	4,61	5,39
Hessen	2,25	0,13	2,37	1,58
Mecklenburg-Vorpommern	0,00	6,80	10,00	5,60
Niedersachsen	4,38	0,82	2,37	2,52
Nordrhein-Westfalen	5,57	2,56	3,51	3,88
Rheinland-Pfalz	4,79	0,72	3,16	2,89
Saarland	3,95	1,82	8,40	4,72
Sachsen	3,56	10,00	1,57	5,04
Sachsen-Anhalt	1,62	9,47	5,04	5,38
Schleswig-Holstein	3,18	3,10	3,36	3,21
Thüringen	0,81	8,95	8,49	6,08

Quelle: eigene Darstellung

Der Indikator „gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt“ setzt sich aus mehreren Variablen zusammen. Vergleichbar mit dem Vorgehen bei der wohnungsbezogenen Zufriedenheit wird jeweils die Differenz zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund für die Eigentümerquote und für die durchschnittliche Wohnfläche gebildet. Die transformierten Werte der Variable „Benachteiligung bei der Wohnungssuche“ ergeben sich aus dem jeweiligen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft erlebte. Bei den Indikatoren, die aus mehreren Variablen generiert werden, wird der Durchschnittswert aus den transformierten Skalenwerten der einzelnen, dieser Subdimension zugeordneten Variablen gebildet (Vergleich Tabelle 3).

Tabelle 4: Beispiel für die Bildung des Composite Indicators in der Dimension „Wohnen und Wohnumfeld“

Bundesland	Transformationswerte der Einzelindikatoren			Composite Indicator	Rang
	Gleichwertige Wohnsituation	Gleichberechtigte Teilhabe Wohnungsmarkt	Akzeptanz Vielfalt im Wohnumfeld		
Baden-Württemberg	6,86	3,36	2,32	4,18	15
Bayern	7,35	3,12	8,33	6,27	5
Berlin	5,95	5,00	7,85	6,27	4
Brandenburg	10,00	6,14	8,95	8,36	1
Bremen	0,00	2,06	9,84	3,97	16
Hamburg	5,84	5,39	10,00	7,08	2
Hessen	4,27	1,58	6,82	4,22	14
Mecklenburg-Vorpommern	8,22	5,60	0,00	4,61	13
Niedersachsen	6,16	2,52	7,61	5,43	10
Nordrhein-Westfalen	6,97	3,88	8,74	6,53	3
Rheinland-Pfalz	7,78	2,89	7,23	5,97	7
Saarland	5,84	4,72	7,92	6,16	6
Sachsen	7,68	5,04	4,57	5,76	8
Sachsen-Anhalt	7,51	5,38	2,62	5,17	11
Schleswig-Holstein	5,62	3,21	6,01	4,95	12
Thüringen	9,24	6,08	1,53	5,62	9

Quelle: eigene Darstellung

Zur Berechnung des dimensionsspezifischen composite indicators wird nun der Durchschnittswert aus den transformierten Einzelindikatoren der jeweiligen Dimension gebildet (Vergleich Tabelle 4). In den Länderberichten werden die Auffälligkeiten des jeweiligen Bundeslandes in den einzelnen Dimensionen dargestellt: Hierzu wurden basierend auf den transformierten Kennzahlen Rangwerte vergeben. Für jeden Indikator werden die jeweils oberen und unteren 25% des Ländervergleichs in den Berichten beschrieben. Auf das Mittelfeld (die mittleren 50%) wird in den Ausführungen nicht näher eingegangen. D.h. jeweils vier Bundesländer sind in den oberen sowie unteren Rängen vertreten; 8 Länder sind dagegen dem Mittelfeld zuzuordnen.

© efms 2016

3.2 Maßnahmenanalyse

Neben der dimensionsspezifischen Situationsanalyse, die die Ausgangssituation im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in den einzelnen Bundesländern anhand ausgewählter Kernindikatoren darstellt, besteht ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Vielfaltsmonitors in einem Überblick über die integrationspolitischen Ländermaßnahmen. Eine Auswertung der integrationsbezogenen Länderaktivitäten ermöglicht eine Skizzierung des Ausmaßes an Interventionen zur Stärkung der Vielfaltskultur in den einzelnen Dimensionen.

Im Folgenden wird das Vorgehen zur Erhebung, Auswahl und Quantifizierung der dimensionsspezifischen Maßnahmen im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt auf der Meso-Ebene (Aktivitäten der Landesregierungen und der landesweit tätigen Nichtregierungsorganisationen) erläutert.

Erhebung der dimensionsspezifischen Ländermaßnahmen

Zunächst wurden die Aktivitäten der Länder in den jeweiligen zehn Dimensionen durch Internetrecherchen auf Seiten der Ministerien, Stiftungen und Wohlfahrtsverbände erhoben[26]. Sofern verfügbar, wurde nach näheren Informationen über die Maßnahmen auf den projekteigenen Internetseiten recherchiert. Für jede Dimension wurde eine Übersicht über die Länderaktivitäten erstellt, die folgende Aspekte umfasst: Projekttitel, Ziele und Aktivitäten der Maßnahme (kurze Projektbeschreibung), Zielgruppe, Förderzeitraum, Förderer sowie Projektträger. Diese strukturierte Bestandsaufnahme thematisch relevanter Maßnahmen wurde – sofern aus den Online-Recherchen unzureichende Informationen für die systematische Auswahl der Projekte vorlagen – durch telefonische und/oder elektronische Nachfragen vervollständigt. Wenn Projektträger nicht erreicht werden konnten bzw. keine Auskunft gaben, bestand keine Möglichkeit zur Prüfung der Relevanz der Maßnahme für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors, was zum Ausschluss des Projektes aus der Studie führte.

Auswahl der Ländermaßnahmen in den einzelnen Dimensionen

Die Auswahl der dimensionsspezifischen Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern erfolgte zum einen nach inhaltlichen und zum anderen nach formalen Kriterien. Im Hinblick auf die *inhaltliche Auswahl* der Maßnahmen stellten folgende Faktoren Kriterien für einen kompetenten Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt dar:

- Förderung der Erstintegration (Etablierung einer Willkommenskultur)
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen (Antidiskriminierung als Querschnittsaufgabe)
- Förderung einer positiven, akzeptierenden Grundhaltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber Vielfalt, einschließlich einer Steigerung der wechselseitigen Akzeptanz und des Abbaus von ethnischer Diskriminierung
- Förderung der interkulturellen Öffnung und der interkulturellen Kompetenz

[26] Einbezogene Wohlfahrtsverbände: AWO, Caritas, DRK, Diakonie und der Paritätische

Projekte, die der klassischen Migrationssozialarbeit zuzuordnen sind und sozialpolitische Maßnahmen, die sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund als Zielgruppe benennen, wurden in der Studie nicht berücksichtigt.

Ferner bestanden bei der Auswahl der dimensionsspezifischen Ländermaßnahmen im Wesentlichen drei *formale Kriterien*: (a) Es handelt sich um **landesweite** Maßnahmen, d.h. regionale Projekte sowie Bundesprogramme wurden aus den Analysen ausgeschlossen. Als landesweites Projekt galten in Stadtstaaten solche, die in mindestens zwei Stadtteilen durchgeführt werden. Bei Flächenstaaten galt als Richtwert für ein landesweites Projekt, dass es in mindestens drei kreisfreien Städten oder Landkreisen realisiert wird.

Neben dem Kriterium der landesweiten Projektumsetzung bestand eine weitere Voraussetzung bei der Auswahl einer Maßnahme in der finanziellen Förderung. Es wurden nur Projekte berücksichtigt, die entweder durch das **Land oder durch eine landesweit tätige Nichtregierungsorganisation unterstützt** werden. Demnach wurden Maßnahmen aus der Studie ausgeschlossen, die:

- ausschließlich bundesfinanziert sind.
- ausschließlich aus den Finanzierungsinstrumenten der Europäischen Union (EU) über einen minimalen Eigenanteil gefördert werden. Dies betrifft den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) der EU, welcher die bis 2013 laufenden Programme des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF), Europäischen Integrationsfonds (EIF) sowie den Europäischen Rückkehrfonds (RF) ersetzt.
- durch den Bund und den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden.

Dagegen wurden Maßnahmen in die Studie aufgenommen, die sich zwar durch den ESF finanzieren, aber bei denen eine Teilfinanzierung durch das Bundesland bzw. einer landesweit relevanten Nichtregierungsorganisation gegeben ist. Die Verwendung dieses Auswahlkriteriums begründet sich in der Zielsetzung des Vielfaltsmonitors: Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage danach, was die Landesregierung bzw. landesweit tätige Nichtregierungsorganisationen leisten, um die Vielfaltskultur in ihrem Bundesland zu stärken.

Das letzte, formale Auswahlkriterium stellte der **Förderzeitraum** dar: Da der Vielfaltsmonitor den aktuellen Stand des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt auf der Meso-Ebene abbilden soll, erfolgt eine Betrachtung von Projekten, die in den Jahren 2014 und/oder 2015 aktiv waren. Demzufolge werden beispielsweise auch Maßnahmen berücksichtigt, die zwar vor 2014 starteten, aber in dem entsprechenden Jahr fortgeführt wurden. Aufgrund des Redaktionsschlusses können nur Projekte aufgenommen werden, die spätestens im Oktober/November 2015 begannen.

Die inhaltlichen und formalen Kriterien der Maßnahmenauswahl implizieren zudem, dass folgende Aktivitäten des Landes nicht als Projekte aufgenommen wurden: einmalige Veranstaltungen, Studien, Informationsbroschüren, Zielvereinbarungen und Konzepte, Integrationspreise sowie Studiengänge.

© efms 2016

Quantifizierung der dimensionsspezifischen Ländermaßnahmen

Für jedes Bundesland wurden die ausgewählten Maßnahmen in den einzelnen Dimensionen aufsummiert, wobei **Schlüsselprojekte doppelt gewertet** wurden. Die Auswahl der Schlüsselprojekte erfolgte im Wesentlichen anhand von drei Kriterien: Die Maßnahme stellt entweder ein flächendeckendes Förder-/Landesprogramm dar oder weist einen Schwerpunkt in der Stärkung der Vielfaltskultur auf. Ferner gelten Maßnahmen als Schlüsselprojekte, wenn sie durch einen hohen Innovationsgrad, d.h. sich von bereits vorhandenen Projekten abheben, charakterisiert sind. In Bezug auf die Auswahl der Schlüsselprojekte gilt es darauf hinzuweisen, dass bei diesem Prozess eine gewisse Subjektivität der Forschenden nicht auszuschließen ist. Sofern ein Schlüsselprojekt mehrere Dimensionen betrifft, wurde es ausschließlich in der Dimension doppelt gewertet, zu der das Projekt den stärksten Bezug aufweist. In den einzelnen Länderberichten werden nur die identifizierten Schlüsselmaßnahmen näher beschrieben. Zur Quantifizierung der qualitativen Daten wurde demzufolge für jede Dimension ein additiv gewichteter Index für die einzelnen Bundesländer gebildet. Anschließend wurde der dimensionsspezifische Maßnahmenwert des Landes in Relation zu den Maßnahmenpunkten der anderen Bundesländer gesetzt. Die ländervergleichende Maßnahmenauswertung lässt demnach keine Rückschlüsse über die Qualität der Aktivitäten zu, sondern gibt lediglich einen Überblick über die Anzahl an Maßnahmen der Stärkung der Vielfaltskultur.

Exkurs: Erklärungen zur Maßnahmenauswahl einzelner Dimensionen

Für die Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* wurden keine Maßnahmen in der Studie berücksichtigt, da entsprechende Aktivitäten entweder auf Bundes- oder kommunaler Ebene durchgeführt werden.

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* werden neben den landesweiten Maßnahmen zur Förderung der Einbürgerung und der strukturellen Verankerung der Willkommenskultur zudem Aktivitäten zur Unterstützung von Flüchtlingen einbezogen. Darüber hinaus wurden übergeordnete Integrationsprogramme, die mehrere Dimensionen betreffen, ebenfalls in dieser Kategorie berücksichtigt. Der Grund hierfür besteht darin, dass die ganzheitlichen Programme den Integrationsprozess in einer Vielzahl von Dimensionen fördern sollen und demzufolge eine dimensionsspezifische Zuordnung nicht zielführend ist. Ferner benennen einzelne Integrationsprojekte ausländische Personen explizit als Zielgruppe der Intervention.

3.3 Erhebung der integrationspolitischen Ausgaben

Die finanziellen Ausgaben für integrationspolitische Aktivitäten der einzelnen Bundesländer werden im zweiten Abschnitt der Länderberichte (integrationsrelevante Strukturen) dargestellt. Hierfür wurden die Haushaltspläne sowie deren Nachträge für die Jahre 2014 und

2015 systematisch hinsichtlich integrationsbezogener Ausgabenposten[27] gesichtet und in einer Übersicht dokumentiert. Bei der gezielten Analyse der Länderhaushalte, die anhand von Schlagworten[28] erfolgte, wurden die Pläne aller Ministerien einbezogen. Anschließend wurde eine detaillierte Auflistung der vom efms identifizierten Fördervolumen für Projekte/Programme im Bereich Integration und Vielfalt an das jeweilige Landesministerium für Finanzen mit der Bitte versandt, die Angaben zu prüfen. Allerdings nutzten lediglich die Länder Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, Ergänzungen zu den laufenden Ausgaben für integrationsbezogene Investitionen der einzelnen Ministerien vorzunehmen.

Die aus diesem Auswertungsprozess gewonnenen landesspezifischen Daten bezüglich des Fördervolumens für Aktivitäten im Bereich Integration und Vielfalt werden den Gesamtausgaben des jeweiligen Landeshaushalts gegenübergestellt.

[27] Finanzielle Aufwendungen zur Stärkung ethnischer Minderheiten sowie Rückkehrförderungen wurden nicht berücksichtigt.

[28] Schlagwörter waren unter anderem: Migrant, Migration, Integration, integrieren, international, Zugewanderte, Zuwanderung, kulturell, Vielfalt, Willkommenskultur, Flüchtling, Asyl, Migrantenorganisationen, Qualifizierung, Diskriminierung, Toleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, rechte Gewalt, Ausland, Ausländer, Sprachkurse, Sprachförderung, Deutsch, Einwanderung, Eingewanderte, Einbürgerung.

© efms 2016

4 Länderberichte

Die folgenden sechzehn Länderberichte untergliedern sich jeweils in drei wesentliche Abschnitte: In einem ersten Teil werden die Strukturdaten des Landes, wie wirtschaftliche Kennzahlen (Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote) und bevölkerungsspezifische Größen (Einwohnerzahl, Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit, Herkunftsländer) dargestellt. Anschließend werden die integrationsrelevanten Strukturen des jeweiligen Landes beschrieben: Neben der institutionellen Ansiedlung der Migrations- und Integrationspolitik auf Landesebene wird überdies die Integrationsförderung auf kommunaler Ebene sowie – sofern vorhanden – die landesweite Vertretung von Zuwanderern skizziert. Zudem erfolgt eine Darlegung der Grundlagen und Schwerpunkte der Integrationspolitik des Landes, den integrationspolitischen Ausgaben sowie der Antidiskriminierungspolitik. Den Kern der Länderberichte stellen die Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in den zehn Dimensionen dar. Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse in einem kurzen Fazit prägnant zusammengefasst und insbesondere die Stärken und Schwächen des Landes in den für sie spezifischen Dimensionen herausgearbeitet.

4.1 Baden-Württemberg

4.1.1 Strukturdaten des Landes

Baden-Württemberg ist mit knapp 10,8 Millionen Einwohnern nach Nordrhein-Westfalen und Bayern das bevölkerungsreichste Bundesland[29]. Zudem ist es das flächenmäßig viertgrößte Land[30] und gehört wirtschaftlich zu den stärksten Bundesländern Deutschlands: Das Bruttoinlandsprodukt des Flächenlandes liegt mit 42.745 Euro je Einwohner über dem bundesweiten Durchschnitt von 37.099 Euro je Einwohner[31]. Baden-Württemberg weist zudem eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,3% gegenüber dem bundesweiten Vergleichswert von 7,1% auf. Die ausländische Bevölkerung ist dagegen mit einer Quote von 9,7% überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen; trotzdem besitzt Baden-Württemberg hier nach Bayern den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer (Deutschland: 16,6%)[32].

[29] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[30] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 15.01.2016]

[31] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[32] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

Von den rund 10,8 Millionen in Baden-Württemberg lebenden Personen haben knapp 3,0 Mio. Einwohner einen Migrationshintergrund. Das Land weist mit 28,0% den zweithöchsten Anteil an Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund unter den Flächenstaaten auf[33]. Der Anteil ausländischer Bevölkerung liegt mit 14,3% ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[34]. Die Hauptherkunftsländer der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Baden-Württemberg sind die Türkei (17,0%), Italien (11,5%) und Rumänien (6,6%)[35].

4.1.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.1.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

In der Legislaturperiode von 2011 bis 2016 wurde in Baden-Württemberg ein eigenständiges Ministerium für Integration eingerichtet, womit dem Thema eine besonders hohe politische Relevanz beigemessen wurde. Seit den Landtagswahlen im März 2016 verantwortet das Ministerium für Soziales und Integration unter anderem Grundsatzfragen der Integrationspolitik, interkulturelle Angelegenheiten, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen sowie die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit[36]. Dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration obliegen neben dem Aufenthalts- und Asylrecht migrationsspezifische Grundsatzfragen sowie die Aufnahme von Flüchtlingen[37].

Integrationsbeirat

Das Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg legt die Einrichtung eines Landesbeirats für Integration fest, welcher „die Landesregierung bei allen wesentlichen Fragen der Integrations- und Migrationspolitik [berät und unterstützt]“ (§9 Abs. 1 PartIntG BW) und durch eine Geschäftsstelle im zuständigen Ministerium institutionell verankert wird (§9 Abs. 4 PartIntG BW)[38].

---

[33] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[34] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[35] Ebd.

[36] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Ministerium/Internet-Organigramm_2016.pdf [Stand 23.08.2016]

[37] URL: http://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/Organigramm_IM_15082016.pdf [Stand 23.08.2016]

[38] Landtag Baden-Württemberg (2015): *Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg. Artikel 1 Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg* (PartIntG). Drucksache 15/7784. Stuttgart. URL: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15_7784_D.pdf [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Im Jahre 1998 wurde auf Initiative des damaligen Ausländerbeauftragten der *Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg* (LAKA) als Vertretungsorgan der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegründet. Die finanzielle Förderung der Arbeit des Landesverbandes ist im Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg geregelt (§10 Abs. 2 PartIntG BW). Der Landesverband agiert als gesetzlich legitimierter Gesprächspartner gegenüber landesweiten Institutionen wie dem Landtag bzw. relevanten Organisationen und bundesweiten Einrichtungen (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat)[39]. Neben der „Hinwirkung und Unterstützung der Bildung neuer Migrantenvertretungen" und der „Erarbeitung der Stellungnahmen zu politischen Themen" umfasst das Aufgabenspektrum des Landesverbandes unter anderem die „Fortbildung der Mitglieder der Migrantenvertretungen" sowie die „Ermöglichung eines Erfahrungs- und Informationsaustausches zwischen den Migrantenvertretungen"[40].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Die Möglichkeit zur Einrichtung kommunaler Vertretungen von Personen mit Migrationshintergrund (Integrationsausschüsse und Integrationsräte) „für Fragen, welche die Gestaltung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft und insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betreffen", ist im baden-württembergischen Partizipations- und Integrationsgesetz geregelt (§11 Abs. 1 PartIntG BW).

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Ein auf Landesebene relevanter Akteur im Bereich Integration ist die *Baden-Württemberg Stiftung*. Diese setzt sich für die Stärkung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes ein und konzentriert sich dabei auf Faktoren wie wirtschaftlicher Wohlstand, ökologische Modernisierung, lebendige Bürgergesellschaft, soziale sowie kulturelle Teilhabe und fördert im Schwerpunkt Integration eine Vielzahl von Modellprojekten (z.B. *Vielfalt gefällt! 60 Orte der Integration*)[41].

4.1.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Noch unter der vorletzten Landesregierung der CDU und FDP bis 2011 wurde 2006 ein Kabinettsausschuss Integration eingesetzt und 2008 ein Landesintegrationsplan *(Integration gemeinsam schaffen)* beschlossen, der zum einen die integrationspolitischen Grundsätze

[39] URL: http://www.laka-bw.de/content/wir-ueber-uns [Stand 15.01.2016]

[40] URL: http://www.laka-bw.de/content/ziele-und-aufgaben [Stand 15.01.2016]

[41] URL: http://www.bwstiftung.de/die-stiftung/die-stiftung/ [Stand 15.01.2016]

und Ziele des Landes Baden-Württemberg in acht Handlungsfeldern definiert und zum anderen die Maßnahmen zur Zielerreichung darstellt[42].

Im Jahre 2015 legte das Ministerium für Integration den *Nachhaltigkeitsbericht 2014* vor, der die wichtigsten Ziele und Maßnahmen der Integrationspolitik des Landes darlegt, um die Transparenz des politischen Handelns zu erhöhen. Für eine nachhaltige Entwicklung folgt das integrationspolitische Handeln zwei Leitsätzen:

- „allen Menschen im Land eine faire und gleiche Teilhabe sowie gleiche Chancen in der Gesellschaft zu eröffnen sowie
- die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt als Bereicherung anzuerkennen und jeglichen Formen von Ausgrenzungen effektiv entgegenzutreten“ [43].

Die Stärkung der kommunalen Integrationsstrukturen, die Bekämpfung von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung bilden zentrale Schwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Zudem bestehen in der Verbesserung der Teilhabechancen von Migranten auf dem Arbeitsmarkt, einer humanitären Flüchtlingspolitik sowie einer Förderung der Einbürgerung weitere, wesentliche Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie[44].

Die Grundlage der baden-württembergischen Integrationspolitik stellt das im Dezember 2015 in Kraft getretene *Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg* (PartIntG BW) im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg dar[45]. Das Gesetz verfolgt das Ziel, die „gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens über soziale und ethnische Grenzen hinweg zu verwirklichen und auf diese Weise das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sowie den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern“ (§2 PartIntG BW). Im baden-württembergischen Partizipations- und Integrationsgesetz werden unter anderem die integrationspolitischen Aufgaben und Ziele des Landes, insbesondere hinsichtlich der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung, definiert. Ferner erfolgt sowohl eine Stärkung der kom-

[42] Integrationsbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg (2008): *Integrationsplan Baden-Württemberg. „Integration gemeinsam schaffen“*. Stuttgart, S. 17 - 22. URL: http://www.esslingen.de/site/Esslingen-Internet/get/params_E-1965537850/9574109/Landesintegrationsplan%202008.pdf [Stand 15.01.2016]

[43] Ministerium für Integration (2015): *Nachhaltigkeitsbericht 2014*. Stuttgart, S. 16. URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/mfi/MFI/Abteilung3/Referat31/Nachhaltigkeitsbericht%20IntM/RZ_IntM_N-Bericht_final.pdf [Stand 15.01.2016]

[44] Ebd., S. 10f.

[45] Landtag Baden-Württemberg (2015): *Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg. Artikel 1 Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg* (PartIntG). Drucksache 15/7784. Stuttgart, S. 4. URL: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15_7784_D.pdf [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

munalen (Integrationsausschüsse und Integrationsbeauftragte) als auch der landesweiten Integrationsstrukturen (Landesbeirat für Integration). Die Landesregierung ist nach §15 PartIntG BW zudem dazu verpflichtet, dem Landtag in einem fünf-Jahresrhythmus einen Bericht über „die Anwendung des Gesetzes und den Stand der Integration insgesamt" vorzulegen.

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

Eine strukturelle Förderung der kommunalen Integrationspolitik des Landes Baden-Württemberg erfolgt im Rahmen der *Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration).* Neben der Etablierung einer kommunalen Ansprechstelle für Integration, dem Aufbau eines kommunalen „Netzwerks Integration" sowie der Erstellung eines kommunalen Integrationskonzepts werden unter anderem Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und die „Herausgabe eines Wegweisers für Migrantinnen und Migranten mit Informationen über wichtige Themen und lokale Angebote" durch das Integrationsministerium gefördert[46]. Darüber hinaus gewährt die Verwaltungsvorschrift integrationspolitischen Aktivitäten zur Stärkung der Elternbeteiligung am Bildungsweg ihrer Kinder und Initiativen zur Antidiskriminierung eine Förderung durch das Land[47].

Integrationsforschung

Eine Besonderheit des Landes Baden-Württemberg stellt die Förderung der Integrationsforschung als Grundlage einer „zielgerichteten Integrationspolitik" dar. Unter der grün-roten-Koalition (2011 bis 2016) wurde im Ministerium für Integration nicht nur ein Referat für Integrationsforschung verankert[48], sondern es wurden zudem zahlreiche Forschungsprojekte z.B. „Gelebte Vielfalt: Integration in Baden-Württemberg", „Toleranzgrenzen: Akzeptanz des muslimischen Kopftuchs", „Einbürgerungspraxis in Baden-Württemberg" durchgeführt[49]. Überdies konstituierte sich im Juni 2012 das *Netzwerk Integrationsforschung* Baden-Württemberg (Netzwerk IF) unter der Trägerschaft des Integrationsministeriums und des SWR International. Durch den Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Experten aus den Bereichen Migration und Integration soll der fachliche Austausch in regelmäßigen Tagungen angeregt und ein offener Dialog zwischen Wissenschaft, Politik sowie Medien ermöglicht werden. Darüber hinaus erfolgt durch das Netzwerk IF eine wissenschaftliche Be-

[46] Ministerium für Integration (2013): *Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration).* Stuttgart. URL: https://www.l-bank.de/lbank/download/dokument/207222.pdf [Stand 15.01.2016]

[47] Ebd.

[48] URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/mfi/MFI/Abteilung1/Allgemeines/Organigramm_IntM.pdf [Stand 15.01.2016]

[49] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/forschung-und-wissenschaft/studien-und-befragungen/ [Stand 15.01.2016]

ratung der Landesregierung[50]. Zudem wurde im Dezember 2013 der *Integrationsforschungspreis* durch das Ministerium für Integration verliehen, „um das Wissen über Integrationsprozesse zu erweitern und öffentlich bekannter zu machen“[51].

4.1.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[52]

Der Anteil der integrationspolitischen Ausgaben am Gesamthaushalt des Landes Baden-Württemberg lag 2014 mit 0,53% leicht über dem Bundesdurchschnitt, stieg jedoch in 2015 auf einen Wert von 1,75% - gegenüber dem ebenfalls gestiegenen Bundesdurchschnitt von 0,98% - stark an (Tabelle 5). Im Jahre 2015 wies Baden-Württemberg die im bundesweiten Vergleich zweithöchsten integrationspolitischen Aufwendungen in Relation zum Gesamthaushalt des Landes auf.

Tabelle 5: Integrationspolitische Ausgaben in Baden-Württemberg 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Baden-Württemberg	220,8 Mio.	41,8 Mrd.	0,53
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Baden-Württemberg	770,4 Mio.	44,0 Mrd.	1,75
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

4.1.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Baden-Württemberg verpflichtet sich in §5 Nr. 6a PartIntG BW Aktivitäten „zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ zu ergreifen[53]. Zudem fördert das Land im Rahmen der *Verwaltungsvorschrift Integration* Maßnahmen, die auf „die Stärkung des Zusammenlebens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die Erweite-

[50] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/forschung-und-wissenschaft/netzwerk-integrationsforschung/ [Stand 15.01.2016]

[51] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/forschung-und-wissenschaft/integrationsforschungspreis/ [Stand 15.01.2016]

[52] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 39).

[53] Landtag Baden-Württemberg (2015): *Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg. Artikel 1 Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg* (PartIntG). Drucksache 15/7784. Stuttgart, S. 3. URL: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15_7784_D.pdf [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

rung und Vertiefung der Teilhabe und Mitwirkung von Menschen mit Migrationshintergrund am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie die Bekämpfung ihrer Ausgrenzung durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“ abzielen[54].

Das *Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* stellt einen Zusammenschluss verschiedener Akteure und Institutionen dar, der „präventiv und intervenierend gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Bestrebungen“ vorgeht. „Es ist [dem Netzwerk] ein zentrales Anliegen, das Thema in Politik und Öffentlichkeit kompetent zu vertreten“[55].

Weiterhin unterstützt das Ministerium für Integration seit Juni 2013 die bei der Landesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) eingerichtete *Vernetzungs- und Anlaufstelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus*. „Diese Stelle hat die Aufgabe, die Projektarbeit von Vereinen, Verbänden und Organisationen in Baden-Württemberg zu vernetzen sowie Initiativen vor Ort zu beraten und zu unterstützen. Lokale Prozesse sollen aktiviert und die Bevölkerung sensibilisiert werden“ [56].

Im November 2012 trat das Bundesland der *Charta der Vielfalt*, einer „Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen“ bei [57]. Seit Juli 2013 ist das Land Baden-Württemberg zudem Mitglied der *Koalition gegen Diskriminierung*[58].

[54] Ministerium für Integration (2013): *Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration).* Stuttgart. URL: https://www.l-bank.de/lbank/download/dokument/207222.pdf [Stand 15.01.2016]

[55] URL: http://www.lago-bw.de/landesnetzwerk-fuer-menschenrechte.html [Stand 15.01.2016]

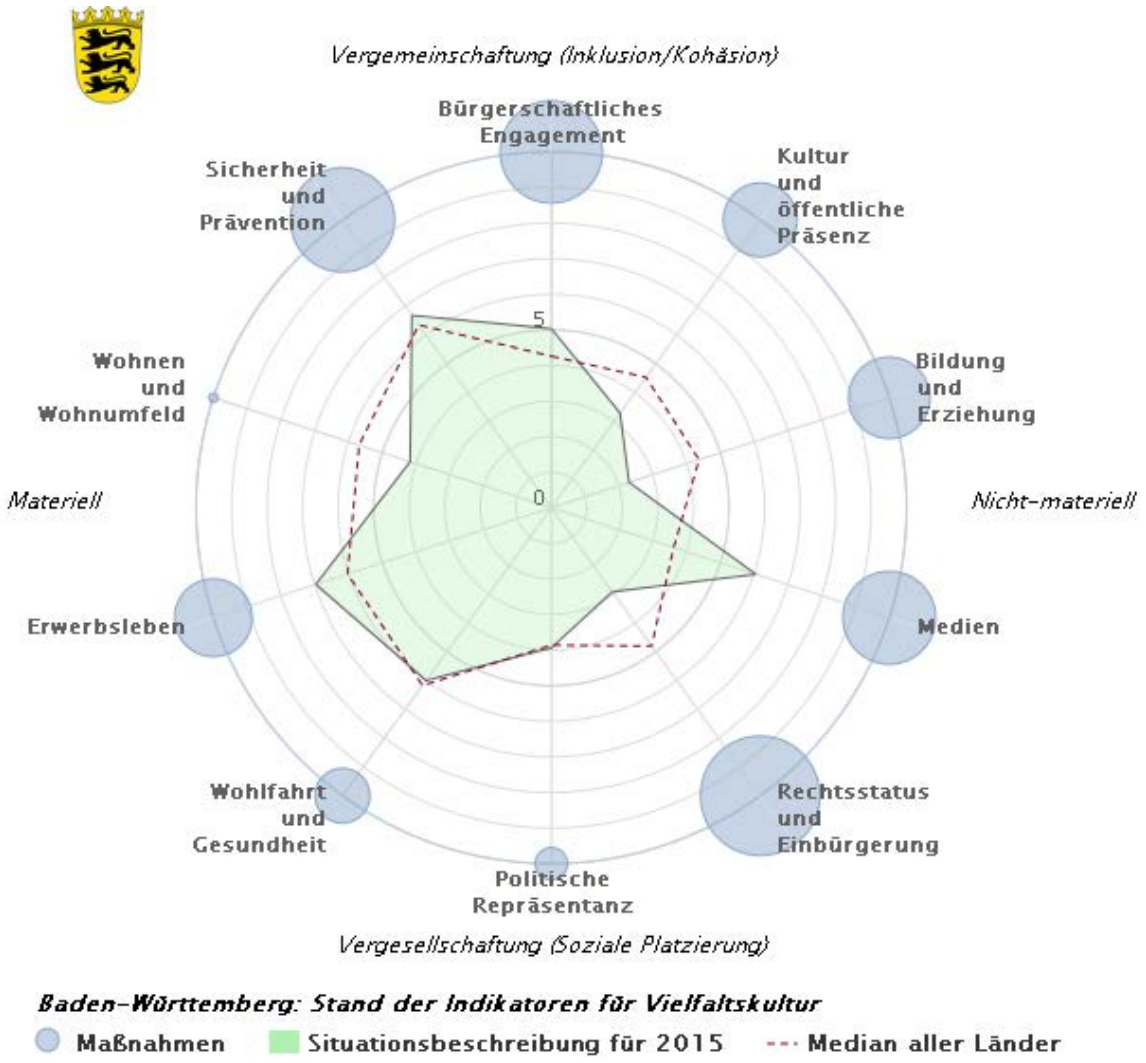
[56] URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Antidiskriminierung/Vernetzung [Stand 15.01.2016]

[57] URL: http://www.charta-der-vielfalt.de/charta-der-vielfalt/ueber-die-charta.html [Stand 15.01.2016]

[58] URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/1773006?QUERYSTRING=koalition+gegen+diskriminierung [Stand 15.01.2016]

4.1.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 3: Umgang mit Vielfalt in Baden-Württemberg



Quelle: eigene Darstellung

4.1.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Baden-Württemberg liegt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* mit einem composite indicator von 3,3 auf dem letzten Rang des bundesweiten Vergleichs (Median: 4,5).

Der Indikator zur Messung der Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt in persönlichen Verkehrskreisen lässt auf eine starke Polarisierung schließen: Während das Bundesland bezüglich des Vorhandenseins privater Kontakte zu Migranten den drittniedrigsten Transformationswert besitzt, erzielt Baden-Württemberg hinsichtlich der Einstellung bei Deutschen ohne persönliche Kontakte gegenüber derartigen Kontakten den vierten Rang

© efms 2016

aller Länder. Zudem rangiert Baden-Württemberg im Hinblick auf die Einschätzung der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderung seitens der Aufnahmegesellschaft im unteren Bereich des Ländervergleichs (Rang 14).

Bei zwei weiteren Einzelindikatoren dieser Dimension schneidet das Land im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt deutlich unterdurchschnittlich ab: Zum einen bei der Präsenz von Kulturschaffenden mit Migrationshintergrund (Rang 14) und zum anderen bei der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Rang 12).

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* erzielt Baden-Württemberg den zweiten Rang aller Länder. Als Schüsselprojekt wurden unter anderem die Projektlinien *Interkulturelle Kulturarbeit* und *Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen* im Rahmen des *Innovationsfonds Kunst* ausgewählt. Das Programm fördert Kunst- und Kulturprojekte, die den Dialog zwischen verschiedenen Kulturen hervorheben, Kooperationen und Vernetzungen ausbauen, eine Willkommens- und Anerkennungskultur vermitteln und partizipativ arbeiten, indem sie Möglichkeiten zur kulturellen Teilhabe und Qualifikation schaffen[59].

Ferner unterstützt das Landesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein Förderprogramm zur *interkulturellen Qualifizierung von Kultureinrichtungen*, in dessen Rahmen die interkulturelle Kompetenz von Kultureinrichtungen durch Schulungsangebote gestärkt werden soll. Durchgeführt werden die Schulungen vom Forum der Kulturen Stuttgart e.V. in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd[60].

4.1.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Sowohl bei der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife (höchster allgemeinbildender Schulabschluss) als auch bei dem Fachhoch-/Hochschulabschluss als höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss liegt Baden-Württemberg im unteren Bereich des Ländervergleichs (jeweils Rang 15). Demzufolge ist die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund - zum Nachteil der Migranten - in Bezug auf den Bildungs- und Ausbildungserfolg in Baden-Württemberg besonders hoch. Ferner liegt der Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden sowie ausbildenden Berufen zur Beschreibung der interkulturellen Öffnung bildungsbezogener Berufe am zweitniedrigsten.

[59] URL: https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-stellt-250000-euro-fuer-kulturprojekte-zur-integration-und-partizipation-von-fluechtlingen-ber-1/ [Stand 15.01.2016]

[60] URL: https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/foerderprogramm-zur-interkulturellen-qualifizierung-im-kulturbereich-ausgeschrieben-1/ [Stand 15.01.2016]

Insgesamt positioniert sich Baden-Württemberg in der Dimension *Bildung und Erziehung* mit einem composite indicator von 2,3 im unteren Bereich des Mittelfelds (Rang 12).

Maßnahmenanalyse

In der ländervergleichenden Analyse der bildungsbezogenen Maßnahmen rangiert Baden-Württemberg im Mittelfeld auf dem sechsten Platz. Aufgrund des hohen Innovationsgrades wurde das *Netzwerk für interkulturelles Lernen und Arbeiten an Schulen (NikLAS),* das durch das Landesministerium für Kultus, Jugend und Sport gefördert wird, als Schlüsselmaßnahme ausgewählt. Das Netzwerk strebt eine interkulturelle Öffnung von Schulen, eine Sensibilisierung für besondere Ressourcen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund sowie einen Austausch und Qualifizierungsmöglichkeiten für Personen mit und ohne Migrationshintergrund an. Es nimmt Aufgaben in der Beratung und Fortbildung von Lehrkräften und Schulen wahr[61].

4.1.3.3 Medien

Situationsanalyse

Baden-Württemberg erzielt in der Dimension *Medien* den zweithöchsten composite indicator. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die hohe Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung bezüglich einer angemessenen Darstellung der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in den Medien zurückzuführen (Rang 1).

Bei den weiteren Indikatorvariablen ist das Land in der gemeinsamen Landesrundfunkanstalt des SWR mit Rheinland-Pfalz gut positioniert: Der Anteil an Vertretern mit Migrationshintergrund im Rundfunkrat liegt mit 6,9% über dem mittleren Vergleichswert aller Länder; mit einem Anteil von 7,1% an Moderatoren mit Migrationshintergrund in öffentlich-rechtlichen Medien rangiert Baden-Württemberg ebenfalls im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Die Landesrundfunkanstalt des SWR weist nach Nordrhein-Westfalen (WDR) die zweithöchste Anzahl an Maßnahmen in der Dimension *Medien* auf. Als Schlüsselmaßnahme ist hier das Tagungsangebot des SWR Integrationsbeauftragten und der Fachredaktion SWR International *Medienforum Migration* zu nennen. Alle zwei Jahre wird auf der Fachtagung Medienschaffenden, Vertretern von Migrantenorganisationen, Politikern und Wissenschaftlern Raum für Erfahrungsaustausch und Diskussionen geboten[62]. Ein rein baden-württembergisches Schlüsselprojekt ist das *Medien! Elternmentoren Programm*, welches darauf abzielt, „Eltern zu informieren und zu qualifizieren, den Austausch über Medienfra-

[61] URL: http://www.schule-bw.de/entwicklung/schulentw/migrantenmachenschule/entwicklung/schulentw/niklas/ [Stand 15.01.2016]

[62] URL: http://www.swr.de/international/medienforum-migration-migration-und-medien/-/id=233334/nid=233334/did=14020332/g6humh/index.html [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

gen zu fördern, Medienkompetenz bei Eltern zu stärken [und] einen Beitrag zum präventiven Jugendmedienschutz zu leisten“[63]. Schließlich führt der SWR das Programm *News for Refugees* durch, das als Online-Plattform einerseits Orientierungshilfe für Flüchtlinge in der neuen Umgebung bzw. Kultur bietet und andererseits Nachrichten aus dem gesamten Südwesten unter anderem in Englisch, Deutsch, Arabisch und Farsi sendet[64].

4.1.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* rangiert Baden-Württemberg auf dem drittletzten Rang des bundesweiten Vergleichs. Während das Land bei dem Anteil an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht den höchsten Transformationswert erzielt, ist Baden-Württemberg bei den weiteren dimensionsspezifischen Einzelindikatoren im unteren Bereich des Ländervergleichs einzuordnen. So liegt das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential mit rund 2,0% unter dem deutschlandweiten Wert von 2,2% (Rang 14). Zudem ist die Einbürgerungspraxis hinsichtlich der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit von Drittstaatsangehörigen bei Einbürgerungen mit 28,1% deutlich restriktiver als im Vergleichswert aller Länder (37,3%)[65].

Darüber hinaus erzielt Baden-Württemberg den niedrigsten Transformationswert bei dem Indikator zur Messung der Leistungen für Asylbewerber: Das Flächenland weist mit einem Anteil von 16,7% dezentral untergebrachten Asylbewerbern nach der Erstaufnahme den niedrigsten Wert aller Bundesländer auf[66]. Schließlich liegt Baden-Württemberg bei den Net-

[63] URL: https://www.lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/LMZ/4_Programme/03_ElternMedienMentoren/flyer_emm.pdf [Stand 15.01.2016]

[64] URL: http://www.swr.de/international/refugees/-/id=16250052/pd8jk2/index.html [Stand 15.01.2016]; http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/nachrichten/detailseite/news/mehrsprachige-nachrichten-fuer-fluechtlinge/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=586baa7d29651c34f5e792f7f7dd5d00 [Stand 15.01.2016]

[65] Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass bei den Hauptherkunftsländern der Drittstaatsangehörigen in Baden-Württemberg eine Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung im Regelfall nicht möglich ist, da eine Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit meist ohne ernste Probleme möglich ist. Dennoch bleibt das bundesweit zweitniedrigste ausgeschöpfte Einbürgerungspotential auffällig.

[66] Bei der Unterbringung von Flüchtlingen setzt Baden-Württemberg auf Gemeinschaftsunterkünfte mit dem Argument, in Gemeinschaftseinrichtungen seien soziale Betreuungsmaßnahmen und Integrationshilfen effektiver zu erbringen als bei einer dezentralen Unterbringung; zudem böten sie Schutzräume. In den Ballungsräumen, in denen Flüchtlinge soziale Kontakte zu Landsleuten und gute Betreuungsangebote finden können, sei das Angebot am Wohnungsmarkt extrem knapp. Da aber einige triftige Argumente für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen sprechen, sofern diese gewünscht ist (weitgehende Selbstverantwortung und –verwirklichung, geringere Kosten, geringes Risiko deprivationsähnlicher Belastungen und resultierender Konflikte in der Lagersituation), wird in Übereinstimmung mit erfahrenen Praktikern der kommunalen Flüchtlingsbetreuung ein hoher Anteil an dezentraler Unterbringung von Flüchtlingen auf dem allgemeinen möglichst wenig segregierten Wohnungsmarkt als positiv und als Zeichen einer entwickelten Vielfaltskultur betrachtet.

toausgaben für Asylbewerberleistungen pro Empfänger auf dem vorletzten Rang des bundesweiten Vergleichs[67].

Maßnahmenanalyse

Bei den landesweiten Maßnahmen der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* weist Baden-Württemberg den dritten Rang im bundesweiten Vergleich auf. Eine Schlüsselmaßnahme stellt das Förderprogramm *Junge Flüchtlinge* der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg dar. „Im Rahmen dieses Förderprogramms sollen die Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit zur Unterstützung von Flüchtlingen ausgebaut werden. Dafür soll modellhaft erprobt, ausgewertet und dokumentiert werden, wie Angebote, die sich gezielt an junge Menschen in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge richten, als ‚Brücke' ins lokale Gemeinwesen wirken und zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Alltagsbewältigung von jungen Flüchtlingen beitragen können"[68]. Als weitere Schlüsselmaßnahme sind die *Pädagogischen Freizeitangebote für Kinder mit Fluchterfahrung* zu nennen, die in 28 Modellprojekten des Landes umgesetzt werden und „die auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Fluchterfahrung eingehen, ohne dabei defizitorientiert zu arbeiten. Der Fokus des Programms liegt auf der Weiterentwicklung der Fähigkeiten und Stärken der Kinder in einem spielerischen Rahmen"[69].

Die *Integrationsoffensive Baden-Württemberg* mit dem Leitgedanken „Das WIR gestalten – Teilhabe ermöglichen" stellt ebenfalls eine Schlüsselmaßnahme dar. Das Förderprogramm der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt die Träger „bei der Planung und Umsetzung ihrer Integrationsprojekte", in dem sie „fachlich beraten, finanziell unterstützt und bedarfsgerecht qualifiziert" werden[70]. Eine weitere Schlüsselmaßnahme ist das Programm *Vielfalt gefällt! 60 Orte der Integration* der Baden-Württemberg Stiftung und des Ministeriums für Integration. Im Rahmen des Programms wurden nachhaltige und innovative Modellprojekte unterstützt, die sich für Toleranz einsetzen, Begegnungsmöglichkeiten fördern und ein positives Bewusstsein für Vielfalt in der Gesellschaft stärken[71].

[67] Diese Zahl enthält alle freiwilligen Leistungen von Körperschaften landesweit, die nicht durch andere Kostenträger erstattet werden; bundesweit geregelte Pflichtleistungen und Erstattungen durch den Bund sind darin nicht enthalten.

[68] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderaufrufe/ [Stand 15.01.2016]

[69] URL: http://www.stiftung-kinderland.de/programme/programme-und-projekte/paedagogische-freizeitangebote-fuer-kinder-mit-fluchterfahrung/ [Stand 15.01.2016]

[70] URL: http://www.integrationsoffensive.de/files/Bildmaterial/PDFs/io-flyer_2011_fin_1.pdf [Stand 15.01.2016]

[71] URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/vielfalt-gefaellt-60-orte-der-integration/ [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

4.1.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von 3,9 positioniert sich Baden-Württemberg in der Dimension *politische Repräsentanz* im Mittelfeld des Ländervergleichs. Die Ergebnisse zeigen, dass das Land sowohl im Hinblick auf den Anteil an Landtagsabgeordneten (Rang 9) als auch an Landtagskandidaten (Rang 9) mit Migrationshintergrund im mittleren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs liegt.

Ferner rangiert Baden-Württemberg bei dem Indikator zur Messung der Akzeptanz der politischen Aktivität von Personen mit Migrationshintergrund seitens der Mehrheitsbevölkerung (Rang 9) und dem Indikator bezüglich der gleichberechtigten Beteiligung in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung des politischen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund ist das Land Baden-Württemberg dem mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs zuzuordnen. Allerdings wurden in dieser Dimension keine Schüsselprojekte identifiziert.

4.1.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* liegt Baden-Württemberg mit einem composite indicator von 6,0 im Mittelfeld des Ländervergleichs auf Rang zehn. Die Variablen zur Erfassung des Unterschieds zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes (Rang 9) sowie der sozialen Sicherung (Rang 7) weisen für Baden-Württemberg Werte im mittleren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs auf.

Bei dem Indikator zur Messung der Interkulturalität im Gesundheitssystem zeigt sich allerdings eine leichte Abweichung vom Mittelfeld: Baden-Württemberg liegt bei dem Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen auf dem zwölften Rang aller Länder.

4.1.3.7 Maßnahmenanalyse

In der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* positioniert sich Baden-Württemberg ebenfalls im mittleren Feld. Im Projekt *Islamische Krankenhausseelsorge*, welches als Schlüsselmaßnahme ausgewählt wurde, werden islamische Seelsorger ausgebildet, die in Krankenhäusern oder psychiatrischen Einrichtungen Patienten türkischer oder arabischer Herkunft betreuen. Durch

die Beherrschung einer zweiten Sprache sind die Seelsorger in der Lage, Sprachbarrieren zu überbrücken und vermittelnde Gespräche zu führen[72].

4.1.3.8 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Sowohl die erfahrene Diskriminierung am Arbeitsplatz (Rang 13) als auch die herkunftsbedingten Erfahrungen von Benachteiligungen bei der Arbeits-/ Ausbildungsplatzsuche (Rang 14) liegen in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hoch, wodurch sich das Land im unteren Feld des bundesweiten Vergleichs platziert. Demgegenüber ist die Situation hinsichtlich der interkulturellen Öffnung des Arbeitsmarktes sehr gut: Während die Erwerbstätigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund rund 78,7% beträgt, liegt diese bei Migranten knapp neun Prozentpunkte darunter (69,5%). Im Ländervergleich erreicht Baden-Württemberg mit dieser eher niedrigen Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund den zweithöchsten transformierten Skalenwert. Darüber hinaus zeigen die Auswertungen der Situationsanalyse, dass das Flächenland hinsichtlich der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes den vierten Rang belegt.

Insgesamt rangiert das Land Baden-Württemberg in dieser Dimension im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 6).

Maßnahmenanalyse

Die ländervergleichende Auswertung der Maßnahmen zur Förderung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im *Erwerbsleben* zeigt, dass sich Baden-Württemberg im oberen Bereich auf dem dritten Rang positioniert. Als besonders relevante Schlüsselmaßnahme ist das durch das Ministerium für Integration geförderte Programm *Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen* zu nennen. In dem Förderprogramm, das einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerbern leisten soll, geht es „um ein ineinander greifendes Bündel von Maßnahmen, das bestehende Angebote des Spracherwerbs und der beruflichen Erprobung eröffnet, Lücken schließt, den Akteuren bisher fehlende Informationen und Mittel bereitstellt, die Steuerungsfunktion der Stadt- und Landkreise stärkt sowie das synergetische Zusammenspiel in Netzwerken vor Ort fördert“[73].

Das identifizierte Schlüsselprojekt *Interkulturelle Kompetenzen - Qualifizierung für die Landesverwaltung* zielt unter anderem auf eine „Sensibilisierung für die Relevanz einer interkul-

[72] URL: http://www.mannheimer-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id=148%3Aislamische-seelsorge-sued-bw&catid=1%3Aaktuelle-nachrichten&Itemid=53 [Stand 15.01.2016]

[73] Ministerium für Integration (2015): *Integration von Flüchtlingen. „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen.* Stuttgart, S. 2f. URL: http://integrationsministerium-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/mfi/MFI/Abteilung3/Konzeption%20Integration%20Fl%C3%BCchtlinge%20Schlussfassung.pdf [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

turellen Öffnung der Landesverwaltung allgemein“ sowie das „Erkennen der Bedeutung der interkulturellen Dimension auch in der indirekten Arbeit als ‚Rechtsetzungs- und Steuerungsbehörde‘ für das Land und die Gesellschaft“ ab[74]. Eine Besonderheit der eintägigen Qualifizierungsmaßnahmen besteht darin, dass diese auf den Bedarf der jeweiligen Institution zugeschnitten sind. Durch die Erarbeitung eines Fallbeispiels wird den Mitarbeitern die Bedeutung der interkulturellen Öffnung im eigenen Arbeitsumfeld konkret veranschaulicht. Anhand dessen können etwaige Anknüpfungspunkte sowie notwendige Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung der interkulturellen Öffnung identifiziert werden[75]. Zudem wurde der *E-Learning-Kurs zur interkulturellen Kompetenz* als Schlüsselmaßnahme ausgewählt, der auf eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter in der baden-württembergischen Landesverwaltung abzielt, um das gesellschaftliche Miteinander und die persönliche Weiterentwicklung zu fördern. Im Rahmen des vierwöchigen Online-Kurses werden vier Module, zum Beispiel zu kulturtheoretischen Grundlagen und Barrieren der interkulturellen Kommunikation, bearbeitet[76].

4.1.3.9 Wohnen und Wohnumfeld

Das Land Baden-Württemberg liegt in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* hinsichtlich des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt auf dem vorletzten Rang des Ländervergleichs. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die hohen Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche und der geringen Akzeptanz der baden-württembergischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber Vielfalt im Wohnumfeld zurückzuführen. So haben 25,1% der befragten Personen mit Migrationshintergrund die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden zu sein, womit dieser Anteil über dem gesamtdeutschen Wert von 20,0% liegt (Rang 14). Im Hinblick auf die Akzeptanz der Befragten ohne Migrationshintergrund gegenüber ethnischer Vielfalt in der Nachbarschaft erreicht Baden-Württemberg - nach Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen - den drittniedrigsten Transformationswert aller Länder.

Bei den anderen Indikatorvariablen der Dimension bewegen sich die Werte Baden-Württembergs im Mittelfeld; bei der Eigentümerquote von Migranten im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund auf dem fünften Rang des bundesweiten Vergleichs.

---

[74] Ministerium für Integration (2014): *Land der Vielfalt – Land der Chancen. Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung Baden-Württemberg.* Stuttgart, S. 16f. URL: http://www.vielfalt-macht-karriere.de/fileadmin/storage/Downloads/IKOE_der_Landesverwaltung_BW_-_IntM.pdf [Stand 15.01.2016]

[75] Ministerium für Integration (2014): *Land der Vielfalt – Land der Chancen. Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung Baden-Württemberg.* Stuttgart, S. 16f. http://www.vielfalt-macht-karriere.de/fileadmin/storage/Downloads/IKOE_der_Landesverwaltung_BW_-_IntM.pdf [Stand 15.01.2016]

[76] URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Landesverwaltung [Stand 15.01.2016]

URL: http://www.elearning-politik.de/5999.html [Stand 15.01.2016]

4.1.3.10 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Baden-Württemberg weist die zweitniedrigsten registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten im Ländervergleich auf. Allerdings ist das Land bezüglich des Aufklärungsanteils der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 13).

Demgegenüber zeigen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels, dass der Grad an Besorgnis bezüglich der Ausländerfeindlichkeit und des Fremdenhasses in Deutschland bei den befragten Personen mit Migrationshintergrund im Ländervergleich relativ gering ist, womit Baden-Württemberg auf dem vierten Platz rangiert.

Insgesamt liegt Baden-Württemberg mit einem composite indicator von 6,7 gegenüber dem länderübergreifenden Medianwert von 6,4 auf dem siebten Rang im Mittelfeld.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der landesweiten Maßnahmen der Dimension *Sicherheit und Prävention* positioniert sich Baden-Württemberg im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs. Eine relevante Schlüsselmaßnahme stellt das durch die Baden-Württemberg Stiftung geförderte Projekt *Team mex - Mit Zivilcourage gegen Extremismus* in Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und mit Unterstützung des Landesamts für Verfassungsschutz dar. Das Projekt verfolgt das Ziel, für die Gefahren, die von extremistischen Bewegungen ausgehen, zu sensibilisieren. „Dazu gehört die Vermittlung demokratischer Werte ebenso wie die Förderung der politischen und sozialen Handlungskompetenzen für eine zivilcouragierte Haltung". Im Rahmen des Projekts sollen junge Menschen in ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber Propagandastrategien der rechtsextremistischen Szene gestärkt werden[77]. Eine weitere Schlüsselmaßnahme der Dimension besteht in dem Projekt *Lokal vernetzen, demokratisch handeln*. Die Landesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO) fördert in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung lokale Projekte, die sich gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit oder Antisemitismus und für demokratisches Denken und Handeln einsetzen[78].

4.1.3.11 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Baden-Württemberg erzielt in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* einen composite indicator von 5,0, womit das Land dem Mittelfeld der Länder zuzuordnen ist (Rang 7).

---

[77] URL: http://www.team-mex.de/3114.html [Stand 15.01.2016]

[78] URL: http://www.lago-bw.de/lokal-vernetzen-demokratisch-handeln.html [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

Sowohl bei dem Vergleich der ehrenamtlichen Beteiligung in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach dem Migrationshintergrund (Rang 7) als auch bezüglich der Akzeptanz gegenüber ethnischer und religiöser Vielfalt auf dem Engagementmarkt (Rang 6) – operationalisiert anhand der Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung zur Ermutigung von Migranten, sich ehrenamtlich zu engagieren – rangiert Baden-Württemberg im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Die Auswertungen der landesweiten Maßnahmen zeigen, dass Baden-Württemberg bezüglich der Anzahl von Projekten zur Förderung der Vielfaltskultur im *bürgerschaftlichen Engagement* den ersten Rang im deutschlandweiten Vergleich erzielt.

Eine interessante Schlüsselmaßnahme stellt das durch das Ministerium für Integration geförderte Projekt *MEMO-Management & Empowerment in Migrantenorganisationen* dar, das Migrantenorganisationen stärken sowie für mehr Teilhabechancen und Integration qualifizieren will. Das Projekt bietet Qualifizierungsmodule zu Vereinsrecht, Vereinsführung, Projektmanagement, Vereinsentwicklung und ehrenamtlicher Vereinsberatung an. Ferner werden Vereine bei der Kooperation mit anderen Akteuren im Gemeinwesen und bei der Wahrnehmung von Förderprogrammen unterstützt[79].

Zwei weitere landesweite Schlüsselaktivitäten stärken die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe: *Willkommen in Baden-Württemberg! Engagiert für Flüchtlinge und Asylsuchende* wird von der Baden-Württemberg Stiftung und dem Ministerium für Integration gefördert und zielt auf die Etablierung einer Willkommenskultur sowie auf die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge und Asylsuchende ab. Das Programm konzentriert sich schwerpunktmäßig auf das Engagement im Bereich Spracherwerb und Zugang zu Ausbildung oder Arbeit durch eine themenspezifische Qualifizierung von Ehrenamtlichen[80]. Das Schlüsselprojekt *Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe* zielt auf eine Kooperation aller für die lokale Flüchtlingshilfe relevanten Akteure (Flüchtlingsinitiativen, Vereine, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Kreise) in Bündnissen ab. Durch die Vernetzung sollen gemeinsame Projekte zur Integration von Flüchtlingen in den Kommunen initiiert werden, um deren Lebenssituation zu verbessern[81].

Eine letzte Schlüsselaktivität ist das Förderprogramm *Wir sind dabei - Integration durch soziales Engagement*, welches sich an Jugendliche verschiedener Herkunft richtete, um diese bei ihrem freiwilligen Engagement zu beraten, zu unterstützen und zu fördern. Im Vorder-

[79] URL: http://memo-bw.de/ [Stand 15.01.2016]

[80] URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/willkommen-in-baden-wuerttemberg-engagiert-fuer-fluechtlinge-und-asylsuchende/ [Stand 15.01.2016];

URL: http://www.bwstiftung.de/uploads/tx_news/Ausschreibung_Willkommen.pdf [Stand 15.01.2016]

[81] URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderaufrufe/ [Stand 15.01.2016]

grund des bereits abgeschlossenen Projekts standen niederschwellige Maßnahmen, die von den Teilnehmern selbst entwickelt und durchgeführt wurden. Weiterhin wurden im Rahmen des Programms die interkulturelle Öffnung von Trägern der Jugend- und Engagementarbeit sowie die Erschließung von Zugängen zu bürgerschaftlichem Engagement angestrebt[82].

4.1.4 Kurzfazit

Ein Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg stellt die Akzeptanz kultureller Vielfalt in sämtlichen Lebensbereichen dar[83]. Der vorhergehende Gliederungspunkt setzte sich mit der Frage auseinander, wie das Flächenland tatsächlich mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt umgeht. Baden-Württemberg erzielte in einem Großteil der Dimensionen in der Situationsanalyse - mit Ausnahme der Bereiche *Kultur und öffentliche Präsenz*, *Bildung und Erziehung*, *Rechtsstatus und Einbürgerung* sowie *Wohnen und Wohnumfeld* - gute Werte; als Schatten dieser positiven Ausgangssituation im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt sind jedoch die relativ hohen Raten berichteter Diskriminierung in den verschiedenen Lebensbereichen zu werten.

Als aktives Integrationsland zeigt sich Baden-Württemberg vor allem bei den Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur, bei denen das Flächenland durchgängig gute bis sehr gute Werte erreicht.

[82] URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/wir-sind-dabei-integration-durch-soziales-engagement/#c885 [Stand 15.01.2016]

[83] URL: http://www.nachhaltigkeitsstrategie.de/informieren/aktionsprogramme/nachhaltige-integration.html [Stand 15.01.2016]

© efms 2016

Tabelle 6: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Baden-Württemberg[84]

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**3,3** *16*	*2*
Bildung und Erziehung	**2,3** *12*	*6*
Medien	**6,1** *2*	*2*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**2,9** *14*	*3*
Politische Repräsentanz	**3,9** *8*	*6*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,0** *10*	*6*
Erwerbsleben	**7,0** *6*	*3*
Wohnen und Wohnumfeld	**4,2** *15*	
Sicherheit und Prävention	**6,7** *7*	*5*
Bürgerschaftliches Engagement	**5,0** *7*	*1*

Quelle: eigene Darstellung

[84] Die Zuordnung der Ampelfarben erfolgt bei der Situationsanalyse nach dem CI-Wert des Landes in der jeweiligen Dimension (<4: rot, 4-12:gelb, >12:grün). Für die Maßnahmen wird die Farbe nach dem Rang der Maßnahmenpunktzahl des Bundeslandes in der jeweiligen Dimension vergeben: Rang 1 bis 4 werden grün, die mittleren Ränge (Rang 5 bis 12) gelb, und die unteren Ränge (Rang 13 bis 16) durch die Farbe rot gekennzeichnet. Bei der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung ist zudem zu berücksichtigen, dass die Werte der Bundesländer teilweise nahe beieinander liegen. Demzufolge belegen in einzelnen Dimensionen mehrere Bundesländer einen gemeinsamen Rang. In diesen Fällen wurde der benachbarte Rangplatz nicht belegt.

4.2 Bayern

4.2.1 Strukturdaten des Landes

Bayern ist mit 70.550 Quadratkilometern das flächenmäßig größte[85] und mit rund 12,7 Millionen Einwohnern nach Nordrhein-Westfalen das zweitbevölkerungsreichste deutsche Bundesland[86]. Das Flächenland ist wirtschaftlich sehr stark: Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,1% weist Bayern den niedrigsten Wert aller Länder auf[87] und mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 43.092 Euro pro Einwohner liegt die wirtschaftliche Leistungskraft des Freistaats über dem deutschlandweiten BIP von 37.099 Euro je Einwohner[88]. Die gute Situation am bayerischen Arbeitsmarkt zeigt sich zudem dahingehend, dass Bayern mit 9,8% die niedrigste Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung besitzt (Deutschland: 16,6%)[89].

Von den rund 12,7 Millionen in Bayern lebenden Personen weisen rund 21,3% einen Migrationshintergrund auf[90]. Mit 12,4% liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in dem Freistaat leicht über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 11,2%. Personen mit türkischer (12,6%), rumänischer (7,5%) sowie polnischer Staatsangehörigkeit (6,6%) stellen die größten Herkunftsgruppen in Bayern dar[91].

4.2.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.2.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die Integrationspolitik ist im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Integration unter der Abteilung *Integration und Migration, Vertriebene, Europapolitik* angesiedelt[92]. Eine Aufwertung der Integrationspolitik in der laufenden Legislaturperiode wird nicht nur in der Namensgebung des Ministeriums deutlich, sondern auch in der 2014 eingerichteten Stabsstelle für die Asyl-, Integrations- und Zuwanderungsthematik im Ministeri-

[85] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 12.02.2016]

[86] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[87] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[88] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[89] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[90] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[91] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[92] URL: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/orgplan.pdf [Stand 12.02.2016]

© efms 2016

um[93]. Der Integrationsbeauftragte ist der Staatskanzlei zugeordnet; Angelegenheiten zum Ausländer- und Asylrecht liegen in der Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr[94].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Die bayerische Staatsregierung hat 2009 erstmals einen Integrationsbeauftragten berufen, der in ehrenamtlicher Funktion ressortübergreifend tätig ist[95]. „Die Staatsministerien beteiligen den Integrationsbeauftragten bei allen die Bereiche Migration und Integration berührenden Gesetzesvorhaben sowie anderen wichtigen Vorhaben. Das gilt in erster Linie für die vorrangig mit Integrationsfragen befassten Ressorts: Das Staatsministerium des Innern, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und das in Integrationsfragen federführende Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration“[96]. Die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten in der Staatskanzlei ist mit vier Personalstellen ausgestattet, verfügt jedoch neben den Ressourcen der Geschäftsstelle und einer Aufwandserstattung über keine gesonderten Mittel für eigene Initiativen. Der Integrationsbeauftragte berät die Staatsregierung, fungiert als Ombudsmann und hat unter anderem die Aufgabe, zu einer besseren Vernetzung der Integrationspolitik in Bayern beizutragen und eine erfolgreiche, zielorientierte Integrationspolitik des Freistaats zu unterstützen.

Im Jahre 2010 konstituierte sich der *Bayerische Integrationsrat*, der sich aus Vertretern der Politik und Verwaltung, verschiedener Ressorts der Staatsregierung, großen gesellschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften, Aktiven aus Migrantenverbänden sowie Einzelpersönlichkeiten mit Migrationshintergrund zusammensetzt. Die Mitglieder werden vom Integrationsbeauftragten der Staatsregierung berufen. Der Integrationsrat kann Ad-hoc-Gremien und Expertenausschüsse bilden, die Handlungsempfehlungen für die Staatsregierung erarbeiten[97].

Gremien zu integrationspolitischen Fragen wurden durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (interministerielle Arbeitsgruppen *Integration von Zuwanderern* und *Zwangsverheiratung*; *Forum Soziales Bayern*; *AK Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund*) und durch das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (*Runder Tisch zur Integration der Schülerinnen und Schüler*

[93] Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Integration vom 16.09.2014, URL: http://www.stmas.bayern.de//presse/pm1409-228.php [Stand 12.02.2016]

[94] URL: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/min/organisation/stmi_organisationsplan03_2016_gro%C3%9F.pdf [Stand 12.02.2016]

[95] URL: http://www.integrationsbeauftragter.bayern.de/ [Stand 12.02.2016]

[96] URL: http://www.integrationsbeauftragter.bayern.de/amt.html [Stand 12.02.2016]

[97] Pressemitteilung des Bayerischen Landtags vom 19.01.2010, URL: https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2010/bayerischer-integrationsrat-hat-sich-konstituiert-landtagspraesidentin-sagt-volle-unterstuetzung-zu/ [Stand 12.02.2016]

mit Migrationshintergrund; *Fachkommission zur Vorbereitung eines Erweiterungsfachs „Islamischer Religionsunterricht“*) gebildet[98].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Die *Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns* (AGABY) besteht seit 1993 und umfasst 22 Beiräte aus Städten und Gemeinden, in denen etwa 90% der Migranten Bayerns leben. Die Arbeitsgemeinschaft wird durch Projektförderungen vom Land unterstützt; eine institutionelle Förderung erfolgt nicht. Als Dachorganisation kommunaler Beiräte ist die Arbeitsgemeinschaft auch für Kommunen in Bayern beratend aktiv: „AGABY trägt durch die Koordination sowie den Erfahrungs- und Informationsaustausch zur Effizienz der Arbeit der kommunalen Beiräte bei und ermöglicht eine bessere Nutzung der Ressourcen einzelner Beiräte und Kommunen. Sie unterstützt die Gründung demokratisch gewählter Beiräte und die Überwindung ihrer Anfangsschwierigkeiten“[99].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Verbindliche Regelungen zur Bildung von kommunalen Beratungsgremien für Integration wie beispielsweise in Hessen sind in Bayern nicht vorhanden. Kommunale Vertretungen von Migranten können durch die Kommunen auf der Grundlage von Art. 23 Satz 1 der Bayerischen Gemeindeordnung[100] (Ortsrecht: Erlass von Satzungen) und Art. 32 Satz 1 BayGO sowie durch Landkreise nach Art. 29 Satz 1 der Landkreisordnung (Bildung von vorberatenden Ausschüssen) eingerichtet werden[101].

Die bereits erwähnte Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) engagiert sich für die kommunale Integrationsarbeit im Freistaat. In der Integrationspolitik des Landes wird sie jedoch kaum berücksichtigt. Einerseits konstatierte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration (Referat Integrationspolitik): „Grundsätzlich hat sich das Prinzip der Integration vor Ort im tagtäglichen Zusammenleben bewährt. Probleme mit der bestehenden Rechts- und Sachlage sind nicht bekannt. Eine Änderung der Regelungen ist nicht beabsichtigt“[102]. Demgegenüber

---

[98] Bayerischer Landtag (2011): *Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation „Integration von Migrantinnen und Migranten in Bayern“*. Drucksache 16/8479. München, S. 66. URL: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP16/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000003500/0000003655.pdf [Stand 12.02.2016]

[99] Flyer der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY), URL: http://www.agaby.de/Wir-ueber-uns.315.0.html [Stand 12.02.2016]

[100] Bayerische Staatskanzlei (1998): *Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998.* München. URL: http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayGO [Stand 12.02.2016]

[101] Bayerische Staatskanzlei (1998): *Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung – LkrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998.* München. URL: http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayLKrO [Stand 12.02.2016]

[102] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S 92.

© efms 2016

betonen Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft AGABY die Notwendigkeit rechtlich verbindlicher Regelungen zur Bildung von Kommunalvertretungen, empfehlen ein kommunales Ausländerwahlrecht sowie eine Struktur- statt bisheriger Projektförderung für eine landesweite Vernetzung der kommunalen Integrationsarbeit von Kommunen und Landkreisen[103].

4.2.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Bayern verfolgt offiziell einen normativen Ansatz in der Integrationspolitik: „Integration (…) [ist] (…) ein Vertrag auf Gegenseitigkeit. Hierzu hat die Aufnahmegesellschaft Orientierung und den Rechts- und Werterahmen vorzugeben, in den hinein Integration stattfinden kann. Die Staatsregierung schafft einerseits die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für Integration und unterstützt diesen Prozess durch gezielte Fördermaßnahmen. Gleichzeitig fordert sie gemäß dem Grundsatz des Förderns und Forderns Integrationsbemühungen ein, ohne damit aber Assimilierung zu verlangen. Vielmehr ist kulturelle Vielfalt erst auf der Grundlage des Rechts- und Werterahmens möglich, der unser Land prägt“ [104].

Schwerpunkte der integrationspolitischen Zielsetzungen wurden 2008 durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in dem 10-Punkte-Programm *Aktion Integration* formuliert: Frühkindliche Sprachförderung (Deutsch), Förderung von Bildung an bayerischen Schulen und Übertritt in berufliche Ausbildung, Integration durch Teilhabe, Ausbildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Anerkennung gelungener Integration, Einbürgerung, Koordination bayerischer Integrationspolitik und Integration auf lokaler Ebene[105].

In dem Mitte 2015 durch die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration vorgestellten Konzept *Zukunft Integration – Eckpunkte*, dass auf der Bayerischen Integrationskonferenz im November 2014 gemeinsam mit Experten vorbereitet wurde[106], werden neben den Schlüsselfaktoren der Integration – Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt – weitere Schwerpunkte als Eckpunkte der bayerischen Integrationspolitik genannt: (1) Umgang mit Vielfalt durch Qualitätsverbesserungen der Institutionen der Aufnahmegesellschaft und Information über Strukturen und Teilhabemöglichkeiten, (2) Förderung des ehrenamtlichen

---

[103] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S 92.

[104] Bayerischer Landtag (2011): *Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation „Integration von Migrantinnen und Migranten in Bayern“*. Drucksache 16/8479. München, S. 61f. URL: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP16/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000003500/0000003655.pdf [Stand 12.02.2016]

[105] Zehn-Punkte-Programm „Aktion Integration“ der Bayerischen Staatsregierung. Beschluss des Bayerischen Ministerrats vom 10. Juni 2008. URL: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/integration/10-punkte-programm.pdf [Stand 12.02.2016]

[106] URL: http://www.zukunftsministerium.bayern.de/integration/konzept/index.php [Stand 12.02.2016]

Engagements, (3) interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems, vor allem im Präventionsbereich, (4) Nutzung der Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund in gesellschaftlichen Institutionen, (5) Aufgeschlossenheit, Toleranz und Respekt gegenüber Migranten auch als Faktor für die Anwerbung Hochqualifizierter und (6) Wohnbauförderung für preisgünstigen Wohnraum in Ballungsgebieten[107].

Zudem wurde aufgrund des starken Flüchtlingszustroms im Oktober 2015 das neue Integrationskonzept *Zusammenhalt fördern, Integration stärken* von der bayerischen Staatsregierung beschlossen[108]. Das mehrjährige Sonderprogramm definiert sieben Schwerpunktbereiche: (1) Rechtsstaat, Verwaltung und Sicherheit, (2) Wohnen, (3) Sprache, (4) Bildung, (5) Arbeit, (6) Gesundheit, (7) Wertebildung und Leitkultur[109].

Im Rahmen der *Richtlinie für die Förderung der Integration von Personen mit Migrationshintergrund (Integrationsrichtlinie – IntR)* gewährt der Freistaat Bayern zudem Zuwendungen zur allgemeinen Migrationsberatung und Integrationsbegleitung sowie zu besonderen Maßnahmen, „die zur Stärkung des Integrationsprozesses beitragen“[110].

Integrationsmonitoring

In Bayern existierte bis zum Jahr 2015 noch kein regelmäßiges integrationspolitisches Monitoring auf Landesebene. Der Freistaat hat sich jedoch im Rahmen der länderübergreifenden Zusammenarbeit bereits in der Pilotphase an dem Projekt „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Integrationsministerkonferenz beteiligt[111]. Das länderübergreifende Monitoring erlaubt landesspezifische Auswertungen, auf deren Basis eine Studie zu einzelnen Indikatoren der Integration von Migranten in Bayern in Auftrag gegeben und publiziert wurde[112].

---

[107] Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration (2015): *Bayerisches Konzept Zukunft Integration – Eckpunkte.* München, S.15ff. URL: http://www.zukunftsministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/integration/zukunft_integration_eck.pdf [Stand 12.02.2016]

[108] URL: http://www.zukunftsministerium.bayern.de/integration/konzept/index.php [Stand 12.02.2016]

[109] URL: http://www.zukunftsministerium.bayern.de/integration/konzept/index.php [Stand 12.02.2016]

[110] Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2012): *Richtlinie für die Förderung der Integration von Personen mit Migrationshintergrund (Integrationsrichtlinie – IntR).* München. URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=11848&typ=RL [Stand 12.02.2016]

[111] 3. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren (2010): *Ergebnisse der Pilotstudie Indikatorenentwicklung und Monitoring 2005-2008 für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg.* Berlin und Düsseldorf. URL: https://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/ pilotstudie_bedingt_bf_.pdf?start&ts=1416487689&file=pilotstudie_bedingt_bf_.pdf [Stand 12.02.2016]

[112] Lutz, A. und Heckmann, F. (2010): *Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolische Maßnahmen.* München. URL: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/integration/bev_migrathg.pdf [Stand 12.02.2016]

© efms 2016

4.2.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[113]

Der Anteil der integrationspolitischen Ausgaben am Gesamthaushalt des Landes Bayern lag 2014 mit 0,79% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 0,44% und stieg im Jahr 2015 auf einen Wert von 0,90% an (Bundesdurchschnitt: 0,98%).

Tabelle 7: Integrationspolitische Ausgaben in Bayern 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Bayern	423,6 Mio.	53,4 Mrd.	0,79
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Bayern	460,9 Mio.	51,1 Mrd.	0,90
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Bayern, eigene Berechnungen

4.2.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Im Ministerrat des Landes wurde 2009 das *Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus* beschlossen, das eine Reihe von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in verschiedenen Handlungsfeldern formuliert[114].

Der Bayerische Jugendring hat in den Jahren 2002 bis 2004 mit einem landesweiten Projekt zur *Förderung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention von Rechtextremismus und Fremdenfeindlichkeit* die Entwicklung von demokratie-, toleranz- und gemeinsinnfördernden Konzepten und Modellen im Bereich der kommunalen Jugendarbeit in Bayern vorangetrieben. Ende 2007 wurde beim Bayerischen Jugendring die Landeskoordinierungsstelle *Bayern gegen Rechtsextremismus* eingerichtet, an der sich die Staatsregierung mit einem Kostenzuschuss beteiligt[115]. Die *Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus* (BIGE) betreibt zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung seit Mitte September 2009 das Internetportal www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de, in dem Informationen für Bürger, Organisationen, Schulen und Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Ein landesweites NGO-Netzwerk gegen Diskriminierung ist beispielsweise das *Netzwerk Rassismus- und*

[113] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 49).

[114] Bayerisches Staatsministerium des Innern (2009): *Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus beschlossen vom Ministerrat am 12. Januar 2009.* München. URL: https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/wissen/externes-material/Handlungskonzept%20Rechtsextremismus.pdf [Stand 12.02.2016]

[115] URL: https://www.lks-bayern.de/ [Stand 12.02.2016]

Diskriminierungsfreies Bayern e.V., das auf „die Sichtbarmachung und Bekämpfung von Rassismus und die Unterstützung von Personen, die Rassismus und Diskriminierung erfahren“ haben, abzielt[116].

Im Freistaat Bayern existiert jedoch weder eine landesweit agierende Antidiskriminierungsstelle noch ein Landesbeauftragter für diesen Bereich. Bayern hat bislang die Charta der Vielfalt nicht unterzeichnet. Zudem ist der Freistaat noch nicht der Koalition gegen Diskriminierung, welche unter der Federführung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes koordiniert wird, beigetreten[117].

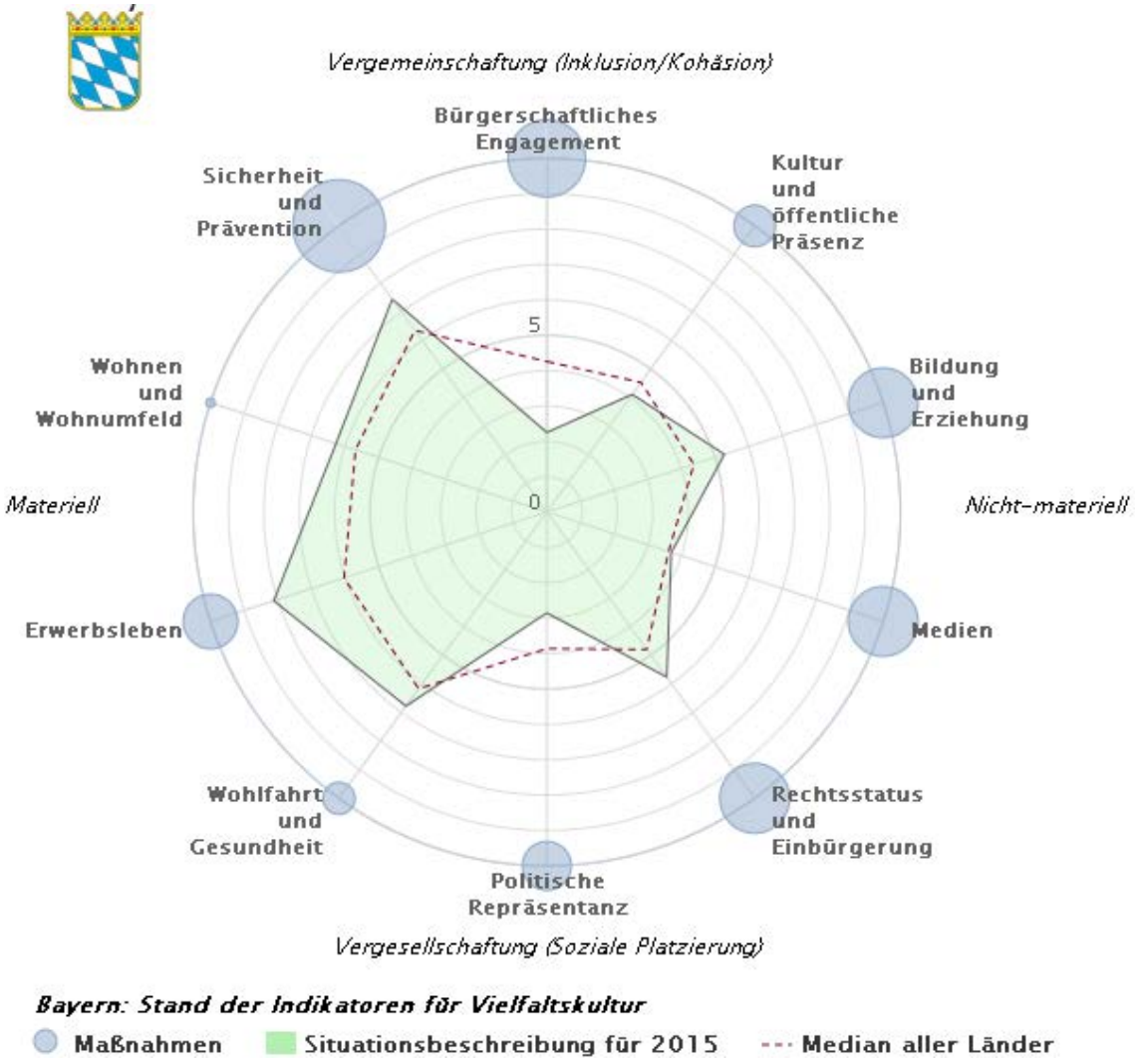
[116] URL: http://www.rassismusfreies-bayern.net/ [Stand 12.02.2016]

[117] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

© efms 2016

4.2.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 4: Umgang mit Vielfalt in Bayern



Quelle: eigene Darstellung

4.2.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Bayern liegt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* mit einem composite indicator von 4,1 im Mittelfeld aller Länder unter dem deutschlandweiten Median von 4,5 (Rang 11). Die einzige Auffälligkeit besteht in dem Indikator zur Messung der Akzeptanz von Vielfalt in persönlichen Verkehrskreisen: Im Vergleich mit dem Nachbarland Baden-Württemberg erzielt Bayern gute Werte bei der Einstellung der Mehrheitsbevölkerung ohne Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Migranten im sozialen Umfeld (Rang 5); allerdings schneidet das Flächenland bei dem Vorhandensein von privaten Kontakten unterdurchschnittlich ab und bildet das Schlusslicht im bundesweiten Vergleich.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der landesweiten Maßnahmen in dieser Dimension liegt Bayern im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Allerdings wurde mit dem Projekt *Künste, die die Welt bedeuten* eine Schlüsselmaßnahme zur Förderung des Austausches zwischen verschiedenen Kulturen identifiziert. Das kulturelle Bildungsprojekt mit Schwerpunkt Interkulturalität und Akzeptanz von kultureller Vielfalt führte Kulturprojekte in Schulen aller Schularten in ganz Bayern ergänzend zum Schulunterricht durch. In Workshops aller kulturellen Sparten arbeiteten Künstler mit Schülern zusammen[118].

4.2.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

In der Dimension *Bildung und Erziehung* liegt der Freistaat Bayern mit einem composite indicator von 5,3 über dem deutschlandweiten Medianwert (4,4) auf Rang sechs aller Länder. Eine differenzierte Betrachtung der Einzelindikatoren zeigt, dass Bayern die niedrigste Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss aufweist. Diese Rate ist bei der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte „nur" um 14,4% höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund; der Medianwert aller Länder liegt bei 19,0%. Bei dieser Variable schneiden neben Bayern die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Rheinland-Pfalz und das Saarland relativ gut ab.

Bezüglich des Mehranteils von Hochschulabsolventen unter Migranten gegenüber dem Anteil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund weist Bayern mit 6,7% ebenfalls einen guten Wert im Mittelfeld der Länder auf (Rang 6 bei einem Median von 4,0%)[119]. Bei den erlebten Diskriminierungserfahrungen von Migranten in der Schule liegt Bayern mit einem zustimmenden Wert von 15,2% unter den Befragten mit Migrationshintergrund im guten Mittelfeld (Rang 7 bei einem Median von 16,3%).

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Bildung und Erziehung* positioniert sich Bayern geringfügig unter dem Median aller Länder im mittleren Bereich. Das Schlüsselprojekt *WERTvoll MITeinander - Interkulturelle Bildung für ein gelingendes Zusammenleben* strebt an, für bayerische Schulen aller Schular-

[118] URL: http://www.stadtkultur-bayern.de/index.php/kuenste-die-die-welt-bedeuten2 [Stand 12.02.2016]

[119] Bei dem guten Abschneiden Bayerns im Bildungsbereich - besonders im Vergleich zu Baden-Württemberg - muss man jedoch berücksichtigen, dass Bayern von den alten Bundesländern das niedrigste Verhältnis von Ausländern aus der Türkei und Italien gegenüber den Ausländern aus den EU28-Staaten ohne Italien aufweist. Da bei diesen Herkunftsländern die Einbürgerungsneigung der Elterngeneration eher niedrig ist, und zwei Herkunftsländer aus unterschiedlichen Gründen (Italien: Pendelmigration; Türkei: Bildungsstand der Eltern) im Bildungsbereich vergleichsweise schlecht abschneiden, wirkt sich dies möglicherweise verzerrend aus.

© efms 2016

ten Instrumente zu entwickeln, mit denen ihre interkulturelle Schulentwicklung durch Vermittlung und Nutzung lokaler Netzwerke unterstützt werden kann. Die Aktivitäten umfassen externe Beratung der Schulen, individuelle Bedarfsanalysen, Intensivierung der Vernetzung von Schulen mit lokalen Partnern, interkulturelle Weiterbildung von Lehrkräften, Hinweise der Schulen auf verschiedene Integrationsmaßnahmen, Hilfestellungen bei der Akquise von Fördermitteln und Bereitstellung des im Projekt entwickelten Beratungsleitfadens. Das Projekt wird durch das Bayerische Kultusministerium und Spenden der Aktion *Sternstunden* des Bayerischen Rundfunks gefördert[120].

4.2.3.3 Medien

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von 3,7 rangiert Bayern im Ländervergleich im Mittelfeld auf Rang sieben gegenüber dem Median aller Länder von 3,6. Bei den einzelnen Indikatorvariablen fällt der Freistaat bezüglich der interkulturellen Öffnung der Medien auf; der Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund in der öffentlich-rechtlichen Medienanstalt Bayerischer Rundfunk liegt mit 5,7% unter dem deutschlandweiten Median von 6,2%. Bei dem Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund ist Bayern mit 6,4% im Mittelfeld über dem MDR und dem NDR einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Im Medienbereich weist Bayern eine Reihe kleinerer Projekte mit Bezug zur interkulturellen Öffnung auf, worunter jedoch kein besonders hervorzuhebendes Schlüsselprojekt fällt. Insgesamt positioniert sich der Freistaat in der Maßnahmenauswertung im Mittelfeld.

4.2.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt Bayern im Ländervergleich mit einem composite indicator von 5,8 auf Rang sechs (Median aller Länderwerte von 4,8). Hinsichtlich der einzelnen Indikatorvariablen hat der Freistaat mit 61,4% an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsstatus nach Baden-Württemberg einen guten zweiten Rang. Schlecht schneidet Bayern bei dem ausgeschöpften Einbürgerungspotential ab; hier liegt der Freistaat bundesweit auf dem letzten Rang. Bayern hatte langjährig eine sehr restriktive Einbürgerungspraxis[121], insbesondere bei der Beibehaltung der ursprünglichen Staatsanhörigkeit; diese Quote bei den Einbürgerungen war bis 2000 sehr niedrig. Bayern ist nach Sachsen zum Beispiel das letzte Bundesland, das im Regelfall bei der Einbürgerung von Kosovoalbanern noch eine durch das serbische Generalkonsulat bestätigte Bescheinigung über die

[120] URL: http://www.via-bayern.de/wertvoll-miteinander/ [Stand 12.02.2016]

Niederlegung der serbischen Staatsangehörigkeit fordert und Kosovaren nur bei Nachweis von zweijährigen erfolglosen Bemühungen ohne dieses Dokument einbürgert[122].

In Bezug auf die Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen pro Empfänger erzielt der Freistaat den zweiten Rang im bundesweiten Vergleich. Zudem liegt Bayern bei der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs auf dem sechsten Rang.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der Maßnahmen in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt Bayern im unteren Bereich des Ländervergleichs auf Rang dreizehn. Den Schwerpunkt der erhobenen Maßnahmen bilden Aktivitäten im Bereich der Flüchtlingsbetreuung.

4.2.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Bezüglich der politischen Repräsentanz von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund belegt Bayern mit einem composite indicator von 2,9 den drittletzten Rang vor Thüringen und Sachsen-Anhalt (Median 4,0). Dies ist vor allem auf die im Vergleich zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr niedrige Vertretung im bayerischen Landtag (Rang 12 vor Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) und auf die niedrige Vertretung durch Listenkandidaten mit Migrationshintergrund für den Landtag (vorletzter Rang vor Sachsen-Anhalt) zurückzuführen. Darüber hinaus ist die politische Aktivität von Personen mit Migrationshintergrund in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen im Vergleich zur bayerischen Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte deutlich niedriger (Rang 14). Demgegenüber ist die Akzeptanz der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte gegenüber der politischen Betätigung von Migranten recht hoch (Rang 6).

Maßnahmenanalyse

Die Maßnahmenanalyse zeigt, dass der Freistaat Bayern gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in der Dimension *politische Repräsentanz* einen Spitzenplatz im Ländervergleich besitzt. Das Schlüsselprojekt *Kommunale Integrationslandschaften: Modell partizipativer Strukturen in Bayern* der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) wird durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert und analysiert die Integrationsstrukturen in ausgewählten Kommunen, entwickelt Modelle für eine erfolgreiche partizipative Integrationslandschaft in Bayern, leistet Beratung und Begleitung einzelner Kommunen beim Aufbau

[121] siehe Bultmann, Peter Friedrich (1999): Lokale Gerechtigkeit im Einbürgerungsrecht, Berlin, 169ff.

[122] zur Problematik siehe z.B. das Urteil des Baden-Württembergischen VHG vom 24.9.2008 (13 S 1812/07).

© efms 2016

einer kommunalen Migrantenvertretung und arbeitet an der Weiterentwicklung und Optimierung vorhandener Organisationen von Migranten und Beiräten[123].

4.2.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* rangiert Bayern mit einem composite indicator von 6,8 hinsichtlich der Situation von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte im oberen Feld aller Länderwerte (Rang 4). Hinsichtlich der einzelnen Variablen zeigen sich keine Auffälligkeiten; sie liegen alle im Mittelfeld, wobei die Einschätzung von Menschen mit Migrationshintergrund zu ihrer Gesundheit deutlich über (Rang 7), die Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung etwas unter dem jeweiligen Median aller Länder liegt (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Eine Analyse der Maßnahmen im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* zeigt, dass Bayern hier relativ schlecht abschneidet und im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen ist. Zudem wurden in dieser Dimension keine Schlüsselprojekte zur interkulturellen Öffnung der Regeleinrichtungen der Sozial- und Gesundheitsdienste oder zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsleistungen identifiziert.

4.2.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Im Bereich *Erwerbsleben* positioniert sich Bayern mit einem composite indicator von 8,1 deutlich über dem Median aller Länder von 6,0 auf dem ersten Rang. Eine Betrachtung der einzelnen Indikatorvariablen zeigt, dass Bayern hinsichtlich der interkulturellen Öffnung des Arbeitsmarkts (Vergleich der Erwerbstätigenquoten von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund und Personen ohne Zuwanderungsgeschichte) den besten Wert aller Bundesländer erzielt. Dies mag jedoch auch durch den vergleichsweise hohen Anteil an EU-Bürgern unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beeinflusst sein. In Bezug auf die Inklusion im öffentlichen Dienst liegt Bayern auf dem zweiten Rang im Ländervergleich. Die bayerischen Befragten mit Migrationshintergrund berichten mit 17,3% überdurchschnittlich von Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz (Rang 11, Median aller Länder bei 14,8%). Im Nachbarland Baden-Württemberg ist dieser Wert wie auch die Diskriminierungserfahrung bei der Arbeitssuche deutlich höher; bei letzterem liegt Bayern mit 24,1% etwas unter dem Medianwert aller Länder von 25,4%.

[123] URL: http://www.agaby.de/Integrations-landschaften.762.0.html [Stand 12.02.2016]

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der Maßnahmen auf Landesebene rangiert Bayern im Mittelfeld des Ländervergleichs. Als Schlüsselmaßnahme wurde die Landesrichtlinie *Aktivierung und Grundqualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund* ausgewählt, die mit Mitteln des ESF und des Freistaates Bayern durch das *Zentrum Bayern Familie und Soziales* (ZBFS) umgesetzt wird. Ziel der Richtlinie ist es, die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern oder wiederherzustellen, ihre Integration in den Arbeitsmarkt sowie ihre Erwerbssituation dauerhaft zu verbessern. Über die Vergabe von Krediten an Projektträger wie zum Beispiel Bildungsinstitutionen, öffentliche Einrichtungen und Verbände sollen Langzeitarbeitslose mittels beruflicher Aktivierung in Verbindung mit sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen und berufsbezogener Qualifizierung unterstützt werden[124].

Auch die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium ins Leben gerufene Initiative *Work in Bavaria* nimmt eine Schlüsselfunktion ein. Diese zielt auf die Gewinnung von hochqualifizierten Fachkräften ab, die vor allem über die im Rahmen von Work in Bavaria stattfindenden Initiativen *Study and stay in Bavaria* und *Return to Bavaria* sowie über eine zentrale Informationsplattform erreicht werden soll[125].

4.2.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Der Freistaat Bayern ist mit einem composite indicator von 6,3 im Mittelfeld über dem Median aller Länder von 5,7 auf Rang fünf einzuordnen. Bei Betrachtung der einzelnen Variablen zeigt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild, das zu anderen Ländern im Mittelfeld deutliche Unterschiede aufweist. So liegt die Eigentümerquote bei Wohnbürgern mit Migrationshintergrund erheblich unter der von einheimischen Eigentümern (-25,0%, drittletzter Rang unter allen Bundesländern vor Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern). Hinsichtlich der Einstellung von Personen ohne Zuwanderungsgeschichte gegenüber Migranten in der Nachbarschaft schneidet Bayern mit dem fünften Rang vergleichsweise gut ab. Die anderen Variablen liegen im guten Mittelfeld.

4.2.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In dieser Dimension rangiert Bayern mit einem composite indicator von 7,4 gegenüber dem länderübergreifenden Medianwert von 6,4 auf Platz fünf im Mittelfeld. Bei der Betrachtung der Indikatorvariablen für die Dimension zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild. Der

[124] Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2014): *Förderhinweise „Aktivierung und Grundqualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen mit Migrationshintergrund“*. München. URL: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/esf/b9_aktion93_2014_2020.pdf; URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=12534 [Stand 12.02.2016]

[125] URL: http://www.work-in-bavaria.de/ueber-die-initiative/ [Stand 12.02.2016]

© efms 2016

Freistaat liegt bei der erlebten Diskriminierung von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund in Ämtern und Behörden mit 22,9% und im Alltag bzw. der Öffentlichkeit mit 20,5% unter den Medianwerten aller Länder jeweils auf Rang vier und bei dem Grad der Besorgnis hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit sogar auf dem dritten Rang im bundesweiten Vergleich. Allerdings ergibt sich bei den Diskriminierungserfahrungen von Bürgern mit Migrationshintergrund beim Kontakt mit Polizeibeamten mit 13,7% ein schlechter dreizehnter Rang vor Schleswig-Holstein, Berlin und Bremen.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention* positioniert sich Bayern im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Allerdings wurden in dieser Dimension keine Schlüsselprojekte identifiziert.

4.2.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Die Ausgangssituation bezüglich des *bürgerschaftlichen Engagements* durch und für Menschen mit Migrationshintergrund fällt in Bayern verhältnismäßig negativ aus. In dieser Dimension liegt der Freistaat mit einem composite indicator von 2,3 gegenüber dem länderweiten Medianwert von 4,3 auf dem vorletzten Rang vor Thüringen. Auf der Ebene der einzelnen Variablen liegt das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund als ehrenamtlich Aktive 7,4% unter dem Vergleichswert des Engagements von Personen ohne Zuwanderungsgeschichte (Rang 12); die Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem freiwilligen Engagement von Migranten ist mit dem vorletzten Platz nach Sachsen ebenfalls im Vergleich zu anderen Bundesländern negativ geprägt.

Maßnahmenanalyse

Bei den landesweiten Maßnahmen im Bereich des *bürgerschaftlichen Engagements* ist der Freistaat jedoch vergleichsweise aktiv und liegt im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs. Zwei der besonders hervorzuhebenden Projekte richten sich an Flüchtlinge. Die Maßnahme *Sprache schafft Chancen: Ehrenamtliche Sprachförderung für Asylbewerber* in Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) fördert und unterstützt ehrenamtliche Leiter von Deutschkursen und Initiativen oder Projekte von Freiwilligenagenturen, die Asylbewerbern die deutsche Sprache beibringen. Die ehrenamtlichen Deutschlehrer können über das Projekt an einer zweitägigen Schulung (Pädagogik, Didaktik, interkulturelle Sensibilisierung) sowie an Austauschtreffen teilnehmen; gefördert wird das Projekt durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration[126]. Die Initiative *EhrenamtskoordinatorInnen im Asylbereich auf kommunaler- und Landkreisebene* fördert hauptamtliche Koordinatorenstellen für Ehrenamtliche im Asylbereich an 14 Standorten in

[126] URL: http://www.lagfa-bayern.de/projekte-der-lagfa/sprache-schafft-chancen/ [Stand 12.02.2016]

Bayern; die Ehrenamtskoordinatoren fungieren als zentrale Anlaufstelle, sorgen für eine stärkere Vernetzung der Akteure, bieten Fortbildung und Supervision der Ehrenamtlichen und arbeiten an der Gewinnung und effizienten Vermittlung weiterer Ehrenamtlicher, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Das Projekt wird durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert[127].

Eine weitere Schlüsselmaßnahme für den Bereich *bürgerschaftliches Engagement* in Bayern stellt das Projekt *Empowerment & Partizipation - Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen in Bayern* dar. Im Rahmen von Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten sollte das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund gestärkt sowie ein Austausch befördert werden. Zielgruppen des von 2010 bis 2014 durchgeführten Projektes waren haupt- und ehrenamtlich Beschäftigte in der kommunalen Integrationsarbeit Bayerns[128].

4.2.4 Kurzfazit

Bayern hat eine vergleichsweise gut entwickelte integrationspolitische Struktur, die durch Institutionen einer Antidiskriminierungspolitik noch stärker ergänzt werden könnte. Mit dem Mitte 2015 durch die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration vorgestellten Konzept *Zukunft Integration – Eckpunkte* werden einige relevante Aspekte einer Vielfaltskultur erstmals explizit als politische Ziele aufgegriffen. Die Ergebnisse der Situationsanalyse zeigen, dass der Freistaat in fast allen Dimensionen solide positioniert ist. Die Analyse des Bereichs *politische Repräsentanz* zeigt, dass es in Bayern nur sehr wenige Politiker bzw. politisch tätige Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Durch bedarfsspezifische Maßnahmen wird jedoch versucht, diese Situation zu ändern. Das vergleichsweise gering ausgeschöpfte Einbürgerungspotential wird in Bayern weniger als Politikversagen gesehen, sondern viel mehr als Resultat einer Auffassung, dass Einbürgerung nicht ein Instrument, sondern der Abschluss der Integration sein sollte.

[127] URL: www.paritaet-bayern.de/fachinformationen/newsschutz-testseite/oeffentliche-detailseite/?no_cache=1&type=123&tx_ttnews%5Btt_news%5D=11665&cHash=3d7db41354a702cd12c9fc3840e187db&usg=AFQjCNFASTQl6lac0p84T0BRz7LWufxtKw&bvm=bv.109910813,d.d2s [Stand 12.02.2016]

[128] URL: http://partizipation-in-bayern.de/Projekt.503.0.html [Stand 12.02.2016]

© efms 2016

Tabelle 8: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Bayern

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,1** *11*	*11*
Bildung und Erziehung	**5,3** *6*	*10*
Medien	**3,7** *7*	*6*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,8** *6*	*13*
Politische Repräsentanz	**2,9** *14*	*1*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,8** *4*	*12*
Erwerbsleben	**8,1** *1*	*7*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,3** *5*	
Sicherheit und Prävention	**7,4** *5*	*8*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,3** *15*	*5*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.3 Berlin

4.3.1 Strukturdaten des Landes

Die Kultur- und Wissenschaftsmetropole Berlin ist nicht nur Bundesland, sondern auch Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (2015) von 35.627 Euro je Einwohner liegt die Wirtschaftsleistung des Landes Berlin unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (37.099 Euro je Einwohner)[129]. Zudem weist der Stadtstaat mit 12,6% die höchste Arbeitslosenquote im bundesweiten Vergleich auf (Deutschland: 7,1%). Fast ein Drittel (27,0%) der in Berlin lebenden Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist arbeitslos (Bundesdurchschnitt: 16,6%)[130].

Berlin ist mit rund 3,5 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Stadtstaat in Deutschland. 967.000 Einwohner besitzen einen Migrationshintergrund, womit mehr als ein Viertel (27,7%) der Berliner über eine Migrationsgeschichte verfügt[131]. Zudem liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung mit 16,4% in Berlin am höchsten[132]. Die häufigsten Herkunftsgruppen der Berliner Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen die Türkei (19,0%), Polen (6,9%) sowie Syrien (3,9%) dar[133].

4.3.2 Integrationsrelevante Strukturen des Landes

4.3.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Integrationspolitische Angelegenheiten sind in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen angesiedelt[134]. Durch die explizite Benennung von „Integration“ im Titel der Senatsverwaltung wird dessen politische Bedeutung hervorgehoben. Die Zuständigkeit für migrationsrelevante rechtliche Fragen (Ausländer-/Asylrecht, Staatsangehörigkeit sowie Einbürgerung) liegt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin[135]. Diese verantwortet zudem die *Stabsstelle für interkulturelle Angelegenheiten*, die „Fragen der Verknüpfung von Integrations- und Sicherheitspolitik, des friedlichen Zusammenlebens in Berlin, des interkulturellen Dialogs sowie der Antidiskriminierung“ bearbei-

[129] Statistische Ämter der Länder (2016): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015*. Reihe 1, Band 1.

[130] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[131] Statistisches Bundesamt (2016a): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015*. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[132] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[133] Ebd.

[134] URL: https://www.berlin.de/sen/aif/_assets/senaif/orgdiag_aif.pdf [Stand 13.01.2016]

[135] URL: http://www.berlin.de/sen/inneres/service/ueber-uns/organigramme/ [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

tet[136]. Des Weiteren wurde im August 2015 die Einrichtung eines landesweiten Koordinierungsstabs *Flüchtlingsmanagement* beschlossen, dessen Federführung bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales liegt. Der Koordinierungsstab setzt sich aus Mitarbeitern der einzelnen Berliner Senatsverwaltungen sowie aus Vertretern relevanter Bezirksämter zusammen[137].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Als erstes Bundesland etablierte Berlin im Jahre 1981 das Amt des Ausländerbeauftragten des Senats. 2003 erfolgte eine Umbenennung des Amtes zum *Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration*, welcher in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen angesiedelt ist. Diese Umbenennung sollte den Richtungswechsel der Berliner Zuwanderungsgestaltung verdeutlichen, die nicht nur eine Aufgabe der Asylpolitik sondern ein „gesellschaftspolitisches Anliegen aller Ressorts" darstelle[138]. Unter dem Leitsatz der Integration als Querschnittsaufgabe besteht die wesentlichste Funktion des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration in der Steuerung der Integrationspolitik in der gesamten Senatsverwaltung. Überdies bilden die Förderung von Migrantenorganisationen, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie beratende Tätigkeiten zu integrationsrechtlichen Angelegenheiten weitere Arbeitsschwerpunkte des Integrations- und Migrationsbeauftragten[139]. Ferner obliegt dem Amt die Geschäftsführung des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen, welcher sich im Oktober 2003 konstituierte, um den Einfluss von Personen mit Migrationshintergrund auf politische Prozesse zu stärken.

Der *Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen* konzipiert in Arbeitsgruppen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Berliner Migrations- und Integrationspolitik. Dem Beirat gehören neben Vertretern von Migrantenorganisationen, den verschiedenen Senatsverwaltungen sowie den Integrations-/Migrationsbeauftragten der Bezirke auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände an. Der Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen erhält seine gesetzliche Legitimation durch das Partizipations- und Integrationsgesetz des Stadtstaats (§6 PartIntG)[140].

---

[136] URL: http://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/interkulturelle-angelegenheiten/ [Stand 13.01.2016]

[137] URL: https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.350601.php [Stand 13.01.2016]

[138] Der Beauftragte des Senats von Berlin (2012): *Integrationspolitik in Berlin 2003 – 2012 – Ein Rückblick.* Berlin, S. 1. URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/dokus/rueckblick_2003_2012.pdf?start&ts=1442503243&file=rueckblick_2003_2012.pdf [Stand 13.01.2016]

[139] URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/service/ueber-uns/ [Stand 13.01.2016]

[140] Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2010): *Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin vom 15. Dezember 2010 (PartIntG).* Berlin.

Integrationspolitik auf der Bezirksebene

Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz regelt zudem integrationspolitische Aspekte auf der Bezirksebene wie die Ernennung einer/s *Bezirksbeauftragten für Integration und Migration* (§7 Abs. 1 PartIntG). Diese „geben Anregungen und unterbreiten Vorschläge zu Entwürfen von Anordnungen und Beschlussvorlagen sowie Maßnahmen der Bezirke, soweit diese Auswirkungen auf den Abbau von Integrationshemmnissen sowie die Förderung und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund haben“ (§7 Abs. 2 Satz 1 PartIntG). Darüber hinaus agieren die Integrationsbeauftragten der Berliner Bezirke als Ansprechpartner für Migranten und integrationsrelevante Vereine bzw. Initiativen (§7 Abs. 4 PartIntG).

Neben der gesetzlichen Regelung zur Ernennung einer/s Bezirksbeauftragten für Integration und Migration berechtigt das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz zudem zur Bildung von Integrationsausschüssen in den Bezirken (Artikel VIII PartIntG).

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Der im März 2007 gegründete Dachverband von Migrantenselbstorganisationen *Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.* (MRBB), welcher eine strukturelle Förderung im Rahmen des Berliner Partizipations- und Integrationsprogramms erhält, setzt sich für die Interessen der Personen mit Migrationshintergrund in Berlin sowie Brandenburg ein. Um die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten zu stärken, sensibilisiert der MRBB die Öffentlichkeit für Integrations- und Antidiskriminierungspolitik, wirkt bei der Beratung der öffentlichen Verwaltung mit und führt Workshops sowie Fachtagungen zu diesem Politikfeld durch[141].

4.3.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Jahr 2005 legte der Berliner Senat erstmals ein Integrationskonzept vor, welches 2007 unter dem Titel *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept – Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte* weiterentwickelt wurde. Neben einer Beschreibung der Berliner Integrationspolitik anhand von acht Handlungsstrategien, die mit spezifischen Handlungsfeldern sowie entsprechenden Leitprojekten vorgestellt werden, erfolgt darin eine Erläuterung der Ober- und Teilziele für die jeweiligen Strategien. Zur Messung des Zielsystems werden Integrationsindikatoren eingesetzt. Eine Handlungsstrategie des Integrationskonzeptes besteht im Ausbau der internationalen Anziehungskraft sowie im Sichtbarmachen der kulturellen Vielfalt der Einwanderungsstadt. Des Weiteren verfolgt das Land Berlin eine Integration von Migranten durch Bildung, der Teilhabe am Erwerbsleben sowie der interkulturellen Öffnung der Regeleinrichtungen. Integration durch Stärkung des sozialräumlichen Zusammenhalts und der Zivilgesellschaft bilden weitere Schwerpunkte der Berliner Integrationspolitik. Während die siebente Handlungsstrategie auf Integrationsperspektiven für

[141] URL: http://www.migrationsrat.de/ [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

Flüchtlinge abzielt, wird der Kooperation zwischen dem Berliner Senat und den Bezirken bezüglich einer erfolgreichen Integrationspolitik ein eigenes Kapitel in dem Konzept gewidmet[142]. Eine Besonderheit besteht in den regelmäßigen Umsetzungsberichten zum Integrationskonzept, die den *Berliner Integrationsmonitor* enthalten[143].

Die wesentliche Grundlage der Berliner Integrationspolitik stellt das im Dezember 2010 verabschiedete *Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin* (PartIntG) dar, womit der Stadtstaat als erstes Bundesland ein derartiges Gesetz beschloss. Das Partizipations- und Integrationsgesetz verfolgt das Ziel, „Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu geben" (§1 Abs. 1 PartIntG). Die interkulturelle Öffnung der im Geltungsbereich des Gesetzes liegenden Einrichtungen bildet einen wesentlichen Schwerpunkt des Partizipations- und Integrationsgesetzes. Neben einer angestrebten Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund (§4 PartIntG) wird der „Erwerb von und die Weiterbildung in interkultureller Kompetenz (…) durch Fortbildungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen" für alle Beschäftigten gesetzlich normiert (§3 PartIntG).

§8 PartIntG verpflichtet den Senat zur regelmäßigen (zwei-Jahresrhythmus) Berichterstattung über die Umsetzung der Gesetzesziele. So legte der Berliner Senat bereits den *Zweiten Bericht zur Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes des Landes Berlin* vor, in dem die Ergebnisse zur interkulturellen Öffnung der einzelnen Senatsverwaltungen, der Berliner Bezirke und Unternehmen mit Landesbeteiligung dargestellt werden[144].

Das Land Berlin fördert überdies im Rahmen des *Partizipations- und Integrationsprogramms* Projekte mit dem Ziel, „die politische Partizipation und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte unter Berück-

---

[142] Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2007): *„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken" Das Berliner Integrationskonzept. Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte.* Berlin, S. 6.
URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf?download.html [Stand 13.01.2016]

[143] Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2009): *Erster Umsetzungsbericht zum Berliner Integrationskonzept 2007-2009.* Berlin.

URL: https://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/umsetzungsbericht_ik_2007_bf.pdf [Stand 13.01.2016]

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Die Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2011): *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzepts 2007 für den Zeitraum 2009 bis September 2011.* Berlin.

URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/zweiter_umsetzungsbericht_ik_2009_bis_2011_.pdf [Stand 13.01.2016]

[144] Der Senat von Berlin (2015): *Zweiter Bericht zur Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes des Landes Berlin (PartIntG) gemäß §8 PartIntG.* Berlin. URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/integrationspolitik/zweiter_bericht_zur_umsetzung_des_partizipations_und_integrationsgesetzes_2012_2013.pdf [Stand 13.01.2016]

sichtigung der Vielfalt ihrer Lebenswelten zu verbessern sowie Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke zu stärken“[145].

Zudem reagierte der Berliner Senat im August 2015 auf die Herausforderungen infolge der steigenden Flüchtlingszahlen in den Jahren 2014 und 2015 mit einem *Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge*. In dem gesamtstädtischen Konzept werden verschiedene Handlungsfelder (zum Beispiel Wohnen und Unterbringung, Gesundheit, Bildung und Jugend) zur bedarfsgerechten Unterstützung von Flüchtlingen benannt und es erfolgt eine Darlegung der bereits vorhandenen sowie angestrebten Maßnahmen des Berliner Senats[146]. Eine Aktivität besteht beispielsweise in der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte im Januar 2016, um den Zugang zur medizinischen Versorgung für Flüchtlinge zu verbessern[147].

4.3.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[148]

Eine Analyse der Haushaltspläne der Jahre 2014 und 2015 der Berliner Senatsverwaltungen belegt, dass die integrationspolitischen Ausgaben des Stadtstaats an dessen Gesamtausgaben mit einem relativen Anteil von ca. 0,24% bzw. 0,25% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen (Tabelle 9). Im Jahre 2014 brachte der Berliner Haushalt rund 58,5 Millionen Euro für integrationspolitische Angelegenheiten auf, wodurch sich ein relativer Anteil von ca. 0,24% an den Gesamtausgaben des Stadtstaats ergibt. Während sich in den anderen Bundesländern die integrationspolitischen Ausgaben im Jahre 2015 relativ stark erhöhten, blieben die finanziellen Aufwendungen in Berlin mit rund 59,2 Millionen Euro auf dem bisherigen Niveau. Der Stadtstaat weist damit nicht nur den niedrigsten Anteil integrationspolitischer Ausgaben am Gesamthaushalt in 2015 auf, sondern auch die geringste relative Veränderung gegenüber dem Vorjahr 2014 trotz der im Bundesdurchschnitt höheren Gesamtausgaben in 2014 sowie 2015.

---

[145] Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2015): *Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration (Partizipations- und Integrationsprogramm 2016/2017). Förderrichtlinien.* Berlin, S. 1. URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektfoerderung/ [Stand 13.01.2016]

[146] Der Senat von Berlin (2015): *Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge.* Berlin. URL: https://www.google.de/#q=Versorgungs-+und+Integrationskonzept+f%C3%BCr+Asylbegehrende+und+Fl%C3%BCcht-linge+ [Stand 13.01.2016]

[147] Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.):*Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende und Flüchtlinge. Der Umsetzungsstand im Überblick der Bundesländer.* Gütersloh, Sachstand: Februar 2016. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_VV_Gesundheitskarte_Fluechtlinge_2016.pdf [Stand: 25.08.2016]

[148] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 50).

© efms 2016

Tabelle 9: Integrationspolitische Ausgaben in Berlin 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Berlin	58,5 Mio.	24,2 Mrd.	0,24
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Berlin	59,2 Mio.	24,2 Mrd.	0,25
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Berlin; eigene Berechnungen

4.3.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Bereits im Jahre 2005 etablierte der Berliner Senat eine Leitstelle gegen Diskriminierung aus ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen, welche im Zuge des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes 2007 zur *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* umbenannt worden ist. Die bei der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen angesiedelte Antidiskriminierungsstelle ist unter anderem für die „Entwicklung und Umsetzung von Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen" sowie der „Sensibilisierung von Gesellschaft, Verwaltung und Politik" zuständig[149]. Darüber hinaus fördert die Landesstelle für Gleichbehandlung präventive Maßnahmen und verantwortet die Weiterentwicklung der Beratungsinfrastruktur bei Diskriminierung.

Im März 2011 wurde der *Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung* vom Berliner Senat mit dem Ziel, „einen an konkreten Maßnahmen orientierten Beitrag der Berliner Verwaltung zur Bekämpfung von Rassismus und ethnischer Diskriminierung zu leisten" beschlossen[150]. In enger Abstimmung zwischen den Senatsverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen wurde ein Maßnahmenpaket erstellt, das den Schwerpunkt auf Antidiskriminierungsaktivitäten in den Berliner Senatsverwaltungen legt. Neben einer Bedarfsermittlung sowie einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Maßnahmen zielt der Landesaktionsplan zum einen darauf ab, die Senatsverwaltungen für Diskriminierungsstrukturen zu sensibilisieren und zum anderen, neue Maßnahmen zu konzipieren sowie umzusetzen[151].

[149] URL: https://www.berlin.de/lb/ads/ueber-uns/aufgaben-ziele/ [Stand 13.01.2016]

[150] Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (2011*): Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung mit Schwerpunkt auf den Arbeits- und Handlungsfeldern der Senatsverwaltungen*. Berlin, S. 3. URL: http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3969.pdf [Stand 13.01.2016]

[151] Ebd., S. 7.

Das Berliner Landesprogramm *Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus,* welches das Umsetzungsinstrument der gleichnamigen Landeskonzeption[152] bildet, zielt auf „die Stärkung und Weiterentwicklung einer Kultur der Anerkennung, der Antidiskriminierung, des Respekts und der Menschenwürde in Berlin“ ab[153]. Nach der Evaluation des Berliner Landesprogramms im Jahre 2010 wurden die Handlungsfelder entsprechend den Empfehlungen überarbeitet[154]. Im Rahmen des Programms erfolgt eine Förderung von Projekten, die sich in ihrer thematischen Ausrichtung an drei Handlungsfeldern orientieren: Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, Bildung und Jugend für Demokratie, Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum[155].

Eine weitere Aktivität des Landes Berlin gegen Diskriminierung stellt das *Berliner Beratungsnetzwerk* dar, in dem Experten „ihr Fachwissen in die Entwicklung von Konzepten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Land Berlin einbringen“[156]. Neben der fachlichen Begleitung der Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus besitzt das Beratungsnetzwerk zudem eine Austauschfunktion und dient der Abstimmung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Zur Beratung und Unterstützung von Personen mit Migrationsgeschichte, die Erfahrungen von Diskriminierung erlebt haben, wurde im Jahre 2003 das *Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin* (ADNB) durch den Türkischen Bund Berlin-Brandenburg e.V. (TBB) gegründet. Das interdisziplinäre Beratungsnetzwerk verfügt nicht nur über ein mehrsprachiges Beratungsangebot, sondern führt darüber hinaus Seminare und Workshops zur Antidiskriminierungsarbeit durch. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Empowerment für Personen mit Diskriminierungserfahrungen. Das Beratungsnetzwerk fungiert zudem als Ort des regelmäßigen

---

[152] Bei der Landeskonzeption *Demokratie. Vielfalt. Respekt.* handelt es sich um die Berliner Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als integriertes Querschnittskonzept.

[153] Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2012): *Leitlinien des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“*. Berlin, S. 3. URL: https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesprogramm/ [Stand 13.01.2016]

[154] DESI-Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (2010): *Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus*, Berlin. URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexpro/rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf?start&ts=1275393017&file=rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf [Stand 13.01.2016]

[155] Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2012): *Leitlinien des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“*. Berlin, S. 6ff.

[156] Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2012): *Leitbild des Berliner Beratungsnetzwerks für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.* Berlin.

© efms 2016

Austausches zwischen den in der Antidiskriminierungsarbeit relevanten Akteuren (Berater, Anwälte sowie Experten) und stärkt deren Zusammenarbeit[157].

Berlin trat im Februar 2011 als erstes Bundesland der im gleichen Jahr von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten *Koalition gegen Diskriminierung* bei. Das Land Berlin verpflichtet sich in der Absichtserklärung dazu, dem Diskriminierungsschutz größere Aufmerksamkeit zu widmen, die Bekämpfung von Benachteiligung zu verstärken und den Schutz vor Diskriminierung als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern[158]. Darüber hinaus unterzeichnete der Stadtstaat ebenfalls als erstes Bundesland im Dezember 2007 die *Charta der Vielfalt*, die eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und öffentlichen Institutionen darstellt[159].

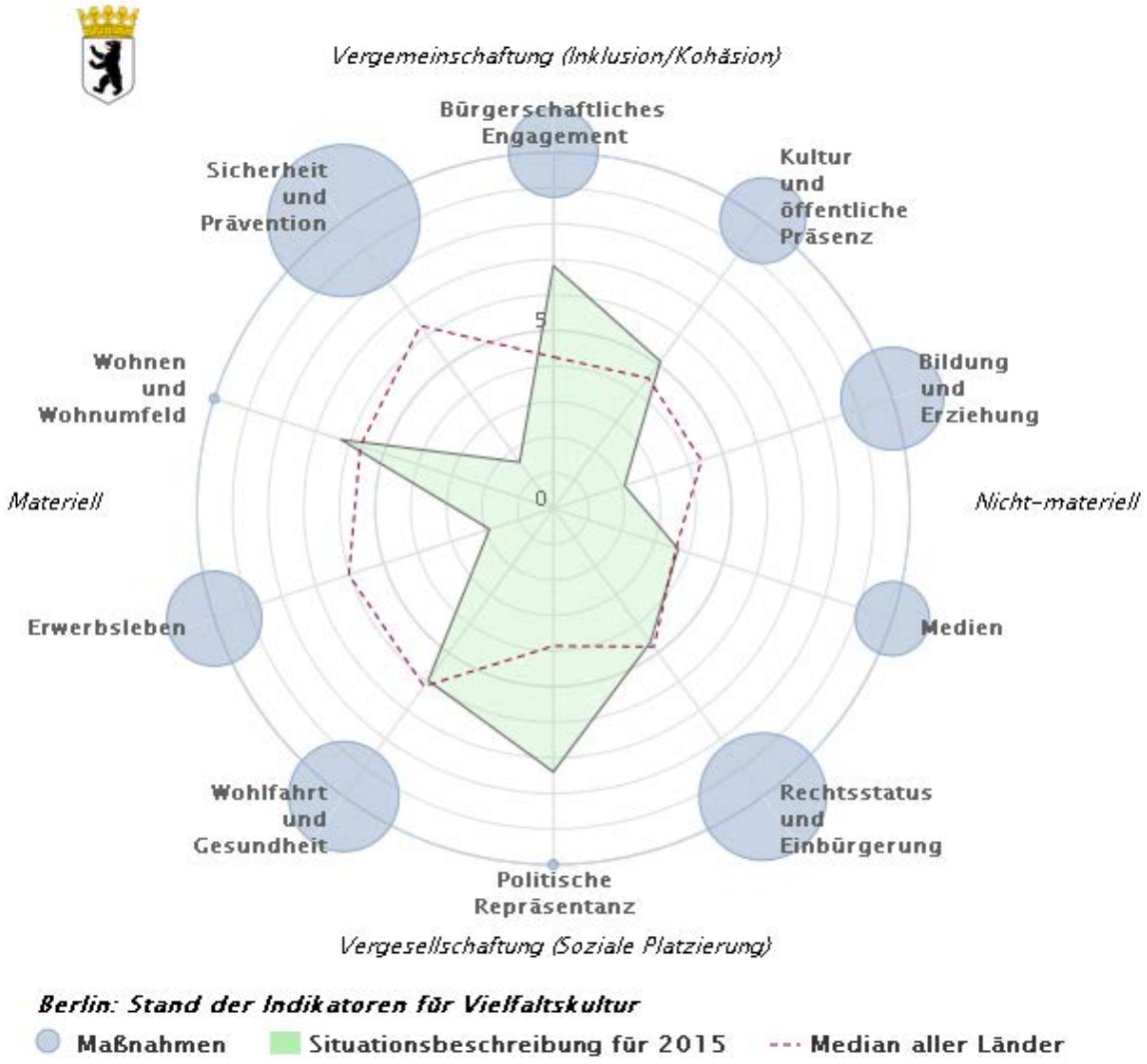
[157] URL: http://www.adnb.de/de/ [Stand 13.01.2016]

[158] URL: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/projekte/Absichtserklaerung_Berlin.html?nn=6572926 [Stand 13.01.2016]

[159] URL: http://www.charta-der-vielfalt.de/charta-der-vielfalt/ueber-die-charta.html [Stand 13.01.2016]

4.3.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 5: Umgang mit Vielfalt in Berlin



Quelle: eigene Darstellung

4.3.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Das Land Berlin erzielt in der Analyse der Ausgangssituation im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* mit einem composite indicator von rund 5,1 den vierten Rang im bundesweiten Vergleich.

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Indikatoren belegt, dass in dem Stadtstaat die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der aus Migrationsprozessen entstandenen ethnischen sowie religiösen Vielfalt besonders stark ausgeprägt ist. So sind fast drei Viertel (72,8%) der befragten Personen ohne Zuwanderungsgeschichte der Meinung, dass unsere

© efms 2016

Gesellschaft durch Einwanderungsprozesse bereichert worden ist. Mit dieser positiven Einstellung gegenüber Migrationsprozessen erreicht der Stadtstaat den dritthöchsten Transformationswert im Ländervergleich. Weiterhin zeigt sich für das Land Berlin ein positives Ergebnis bei dem Indikator zur Messung der gleichberechtigten Teilhabe von Migranten an kulturellen Veranstaltungen: Während 15,0% der Berliner ohne Migrationshintergrund regelmäßig Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen besuchen, liegt der Anteil unter der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte bei 20,1%. Mit einer Differenz von 5,1 Prozentpunkten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zugunsten der Migranten positioniert sich der Stadtstaat im bundesweiten Vergleich im oberen Länderfeld (Rang 3).

Während Berlin im Hinblick auf die interkulturelle Akzeptanz im öffentlichen Raum – operationalisiert anhand der Einstellung zur Sichtbarkeit von Moscheen – im Mittelfeld aller Länder einzuordnen ist (Rang 9), bildet der Stadtstaat nach Sachsen-Anhalt, Hessen und Hamburg das Schlusslicht bei dem Indikator zur Messung der Akzeptanz von Vielfalt im persönlichen Umfeld. Allerdings muss bei diesem Indikator eine differenzierte Betrachtung erfolgen: So ist das Land Berlin bezüglich des Vorhandenseins von regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund im oberen Mittelfeld auf dem sechsten Rang einzuordnen. Demgegenüber positioniert sich Berlin bei der Einstellung gegenüber Migranten im sozialen Umfeld seitens der befragten Mehrheitsbevölkerung ohne regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs auf Rang dreizehn.

Zudem belegen die Daten des Zensus 2011 eine im Ländervergleich niedrige ethnische und religiöse Vielfalt in Berufsfeldern des kulturellen Lebens. So rangiert der Stadtstaat hinsichtlich des Anteils an Beschäftigten in darstellenden und unterhaltenden Berufen mit Migrationshintergrund in Relation zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund im unteren Mittelfeld auf dem zwölften Rang.

Maßnahmenanalyse

Berlin erreicht die höchste Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz*. Den Schwerpunkt bilden Projekte, die auf eine Förderung des Austausches zwischen verschiedenen Kulturen zur Erhöhung der Akzeptanz von Vielfalt abzielen. Die vom Forscherteam identifizierten Schlüsselprojekte streben allerdings eine interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen sowie eine Förderung von Kulturschaffenden mit Migrationshintergrund an. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Legislaturperiode der SPD und CDU werden unter dem Aspekt der „Vielfalt in der Kultur“ die Berliner Kultureinrichtungen dazu aufgefordert, „kulturelle Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer programmatischen Arbeit, ihrer Publikumsentwicklung und ihrer Personalpolitik zu machen“[160].

[160] SPD Landesverband Berlin, CDU Landesverband Berlin (2011): *Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei*

Die Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten fördert Projekte von in Berlin lebenden Künstlern mit Migrationshintergrund, die sich mit bisher eher selten berücksichtigten interkulturellen Themen künstlerisch auseinandersetzen (*Projektförderung im Bereich interkulturelle Projekte*)[161]. Des Weiteren werden durch die *Werkstatt der Kulturen* „(Frei)Räume zur Kommentierung und Mitgestaltung laufender Diskurse und zur Gestaltung und Sichtbarmachung von Kunst- und Kulturproduktionen aus den unterschiedlichen künstlerischen und kulturellen Milieus der Stadt – unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiten von People of Color, Schwarzer Menschen und Angehöriger weiterer ethnischer oder kultureller Minderheiten“ geschaffen[162]. Berlinern aus unterschiedlichen Kulturen wird mit der *Werkstatt der Kulturen* eine Plattform für Kunst- und Kulturformen gegeben, um sich mit aktuellen (migrations)politischen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

4.3.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Während das Land Berlin eine positive Ausgangssituation im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* aufweist, zeigt sich für das Handlungsfeld *Bildung und Erziehung* ein konträres Bild: Lediglich der Indikator zur Operationalisierung der ethnischen und religiösen Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen liegt im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 7). Dagegen rangieren sowohl die Indikatoren zum Bildungs- und Ausbildungserfolg als auch der Indikator zur Messung von Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich unter dem deutschlandweiten Median.

Insbesondere bei den Daten zum Ausbildungserfolg bildet der Stadtstaat das Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Während 21,0% der Mehrheitsbevölkerung keinen beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss besitzt, liegt der Anteil unter den Migranten mit 48,2% mehr als doppelt so hoch. Damit weist Berlin die größte Differenz (27,2 Prozentpunkte) zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf. Darüber hinaus zeigt die Gegenüberstellung der Bildungsindikatoren, dass deutlich mehr Migranten als Personen ohne Migrationshintergrund (Differenz: 15,2 Prozentpunkte) keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besitzen (Rang 14). Des Weiteren liegt der Anteil herkunftsbedingter erfahrener Diskriminierung im schulischen Bereich mit 23,8% über dem deutschlandweiten Wert von 18,1%, womit Berlin den dreizehnten Rang belegt.

Deutschlands (SPD) und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) für die Legislaturperiode 2011 – 2016. Berlin, S. 63. URL: https://www.google.de/search?q=Berliner+Perspektiven+f%C3%BCr+starke+Wirtschaft,+gute+Arbeit+und+sozialen+Zusammenhalt.&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=_LnNVqSEC-eS6QT0_LLIDw [Stand 13.01.2016]

[161] URL: http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramme/interkulturelle-projekte/artikel.82020.php [Stand 13.01.2016]

[162] URL: http://www.werkstatt-der-kulturen.de/de/ueber_uns/ [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

Insgesamt besitzt das Land Berlin nach Bremen und Hamburg den drittniedrigsten composite indicator in der Dimension *Bildung und Erziehung* (Rang 14).

Maßnahmenanalyse

Berlin weist nach Bremen die zweithöchste Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Bildung und Erziehung* auf. Den Schwerpunkt bilden hierbei Aktivitäten, die auf eine Verbesserung des Zugangs zu beruflichen Ausbildungsangeboten abzielen. Diese Schwerpunktsetzung der Landesmaßnahmen stellt in Anbetracht der Situationsanalyse eine bedarfsgerechte Strategie dar.

Das Förderprogramm *Ausbildung in Sicht* verfolgt das Ziel, „Jugendliche zur Ausbildungsreife zu führen, indem schulische Defizite aufgeholt, der nachträgliche Erwerb eines Schulabschlusses ermöglicht sowie ein Beitrag zur sprachlichen Integration geleistet wird“[163]. In einem ersten Schritt werden hierzu Kompetenzen sowie Defizite der jungen Erwachsenen festgestellt, wobei die identifizierten Defizite anschließend in drei verschiedenen Qualifizierungsprojekten ausgeglichen werden sollen. Ein Projekt zur Erhöhung der Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besteht in der Überprüfung der angestrebten Berufswahl durch Praktika. Zudem erhalten die jungen Erwachsenen im Rahmen des Bausteins „Ausbildungsreife und Vermittlung“ ein Bewerbungstraining, um sie bei der Ausbildungsplatzsuche zu stärken. Jugendliche, die ihren Schulabschluss nachholen möchten, erhalten diese Möglichkeit ebenfalls in den Qualifizierungsprojekten des Programms („Ausbildungsreife und Schulabschluss“). Im letzten Baustein von *Ausbildung in Sicht* erfolgt eine Förderung des Spracherwerbs, eine Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, ein Bewerbungstraining und eine Hilfestellung zur beruflichen Orientierung. Dieses insgesamt differenzierte Angebot des Förderprogramms veranlasste das Forscherteam dazu, *Ausbildung in Sicht* als Schlüsselmaßnahme zu definieren.

Die Initiative *Berlin braucht dich!*, welche vom Beruflichen Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten e.V. koordiniert wird, zielt auf eine Erhöhung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, den Landesverwaltungen sowie den Betrieben mit Landesbeteiligung ab. *Berlin braucht dich!* stellt zugleich ein Netzwerk aus Schulen sowie Betrieben dar, die „den Zugang zu dualer Ausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund (…) verbessern und den Wert von Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt sichtbar (…) machen“ möchten[164]. Die von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderte Initiative bietet neben der Kampagnenarbeit zudem Betriebsbegegnungen, eine virtuelle Ausbildungsplatzbörse, ein Mentorenprogramm und Schnupper-/Betriebspraktika an. Im Rahmen der Initiative werden nicht nur Aktivitäten für Jugendliche mit Migrationshintergrund angeboten, sondern auch Schulen und Betriebe als Zielgruppen

[163] URL: http://www.spiconsult.de/inhalt/foerdern/ausbildung-in-sicht.html [Stand 13.01.2016]

[164] URL: http://www.berlin-braucht-dich.de/aktivitaeten/ [Stand 13.01.2016]

definiert: Eine „Berufsorientierungs-Tournee“ für Lehrer soll diesen Einblicke in die Betriebe und ihren Ausbildungsmöglichkeiten geben; Diversity-Trainings dienen zur Sensibilisierung und dem Abbau von Vorbehalten im Umgang mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund seitens der Ausbilder und Mitarbeiter der Ausbildungsbetriebe.

Der sieben-/neunmonatige Lehrgang *Ausbildungsvorbereitung öffentlicher Dienst – Polizei und Verwaltung* wird von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen finanziell gefördert und soll Jugendliche mit Migrationshintergrund auf die Anforderungen einer Ausbildung im öffentlichen Dienst vorbereiten. Der im Rahmen des Lehrgangs erfolgende Unterricht in Deutsch, EDV, Verwaltungsrecht, Geschichte, Politik sowie in den betreffenden Berufsbildern (Polizei, Verwaltung) soll zu einem erfolgreichen Abschluss der Auswahlverfahren sowie der Ausbildung der jungen Migranten beitragen[165].

4.3.3.3 Medien

Situationsanalyse

In der Dimension *Medien* ist das Land Berlin insgesamt dem Mittelfeld (Rang 8) zuzuordnen. Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Indikatoren der Dimension zeigt, dass der Stadtstaat, welcher in den Analysen durch die Landesrundfunkanstalt Berlin-Brandenburg (RBB) dargestellt wird, eine hohe Vielfalt in den Medien aufweist. So liegt der Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund mit rund 7,4% im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs. Bei den Indikatoren zur Messung der ethnischen und religiösen Vielfalt in der Medienpolitik – operationalisiert anhand der Rundfunkratsmitglieder mit Migrationshintergrund – sowie der Einschätzung der medialen Darstellung der Lebenssituation von Migranten seitens der Mehrheitsbevölkerung rangiert der Stadtstaat jeweils im Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Bei der ländervergleichenden Auswertung der Maßnahmen zur Förderung eines positiven Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt liegt der RBB im oberen Feld auf dem vierten Rang. Ein Schlüsselprojekt des RBB stellt der *Medienpreis für Vielfalt – AMIKO* dar, welcher Journalisten und Reporter auszeichnet, die sich in ihren Beiträgen insbesondere mit den Themen Diversity und Integration auseinandersetzen[166]. Des Weiteren zielt der RBB mit verschiedenen Praktikumskooperationen, beispielsweise mit dem Bildungswerk Kreuzberg,

[165] URL: http://www.bwk-berlin.de/berufsvorbereitung [Stand 13.01.2016]

[166] Rundfunk Berlin-Brandenburg (2015): *Zielvorgaben des RBB zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben 2015/2016 mit Bericht 2013/2014.* Berlin, S. 65. URL: https://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/rbb-zielvorgaben-2015-2016.pdf [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Deutsch-Russischen Forum e.V., auf eine Erhöhung des Anteils an Medienschaffenden mit Migrationshintergrund ab[167].

4.3.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Das Land Berlin weist bei dem Indikator zur Darstellung der Leistungen für Asylbewerber, der sich aus der „Wohnungsquote" sowie den „Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen" zusammensetzt, den zweiten Rang im Ländervergleich auf. Während der Anteil dezentral untergebrachter Asylbewerber mit 48,6% dem Mittelfeld zuzuordnen ist (Rang 10), bringt der Stadtstaat die höchsten Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern auf.

Ein eher negatives Bild ergibt die Betrachtung des Einbürgerungspotentials: Mit einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von 1,9% bildet das Land Berlin nach Bayern das Schlusslicht im Ländervergleich. Ein ähnliches Ergebnis zeigt der Indikator zur Operationalisierung der Einbürgerungspraxis: Der Anteil der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen mit Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit liegt in Berlin mit 30,1% deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 37,3%, womit der Stadtstaat dem unteren Mittelfeld zuzuordnen ist (Rang 12). Insgesamt rangiert das Land Berlin mit einem composite indicator von 4,6 in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* im mittleren Bereich aller Länder auf Rang neun.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der Anzahl landesweiter Maßnahmen der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* erreicht der Stadtstaat einen deutlich über dem deutschlandweiten Durchschnitt liegenden Wert und platziert sich auf dem zweiten Rang. Das Landesrahmenprogramm *Integrationslotsinnen und Integrationslotsen in Berlin*, das seit Oktober 2013 von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen gefördert wird, stellt eine Schlüsselmaßnahme zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund dar. Im Rahmen des Programms erfolgen der Einsatz sowie die Qualifizierung von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Integrationslotsen, die Migranten eine Hilfestellung geben und zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe der Zielgruppe beitragen[168]. Neben dem landesweiten Integrationslotsenprogramm stellt das *Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration* eine weitere zentrale Maßnahme zur Integrationsförderung von Migranten dar. Das Partizipations- und Integrationsprogramm fördert – wie bereits im Abschnitt 4.3.2.2 des Länderberichts skizziert – Projekte, die entweder auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund oder auf eine Stärkung

[167] Erhebung der Maßnahmen zum Umgang mit Vielfalt durch standardisierten Erfassungsbogen bei der Landesrundfunkanstalt des RBB.

der politischen Partizipation dieser hinwirken. Überdies erfolgt eine Unterstützung von Projekten, die insbesondere auf den Ausbau herkunftsübergreifender Kooperationen abzielen[169].

Den Schwerpunkt der dimensionsspezifischen Maßnahmen bilden landesweite Aktivitäten zur Unterstützung von Flüchtlingen. Besonders hervorzuheben sind die *Sofortmaßnahmen* des Landes Berlin in Höhe von drei Millionen Euro im Jahre 2015 *zur Umsetzung der im Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende sowie Flüchtlinge* genannten Aktivitäten, die auf eine Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und bedarfsgerechten Unterstützung der Flüchtlinge abzielen. So werden beispielsweise Maßnahmen zur Sprachförderung, zum Ausbau der Betreuung für Flüchtlingskinder, Angebote der kulturellen Bildung und Sportangebote für Flüchtlinge finanziell gefördert[170].

Das *Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge* verfolgt das Ziel, die medizinische sowie materielle Versorgung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie zum Beispiel unbegleitete Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, ältere Menschen, Personen, die Folter oder physische, psychische oder sexuelle Gewalt erlitten haben, sicherzustellen. Im Rahmen des von der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales geförderten Netzwerkes wurde ein „mehrstufiges Verfahren zur Ermittlung, Feststellung und Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge entwickelt, dass seit dem 1.Oktober 2009 Anwendung findet und kontinuierlich weiterentwickelt wird“[171].

Eine weitere Schlüsselmaßnahme der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* stellt aufgrund des hohen Innovationsgrads die Beratungsstelle *Wohnungen für Flüchtlinge – Beratung und Vermittlung* des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks dar. Diese begleitet und berät Flüchtlinge von der Wohnungssuche bis zur Vertragsunterzeichnung in mehreren Sprachen im Auftrag des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales. Zudem vermittelt die Beratungsstelle Wohnungen, die im Rahmen des Kooperationsvertrages „Wohnung für Flüchtlinge“ zur Verfügung gestellt werden[172]. Ferner bestehen in der Akquisition weite-

---

[168] URL: http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslots-innen/ [Stand 13.01.2016]

[169] Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (2015): *Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration (Partizipations- und Integrationsprogramm 2016/2017). Förderrichtlinien.* Berlin, S. 1. URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektfoerderung/ [Stand 13.01.2016]

[170] URL: http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2015/meldung.350676.php [Stand 13.01.2016]

[171] URL: http://www.migrationsdienste.org/projekte/abgeschlossene-projekte/bns2.html [Stand 13.01.2016]

[172] In dem Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge“ verpflichten sich die städtischen Wohnungsunternehmen jährlich 275 Wohnungen bereitzustellen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales (2011*): Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge (WfF)“*. Berlin, § 3 Artikel 1. URL: https://www.berlin.de/lageso/soziales/asyl-aussiedler/wohnungen-fuer-fluechtlinge/ [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

rer Wohnungen sowie im Aufbau eines ehrenamtlichen Netzwerkes, das Flüchtlinge bei der Wohnungssuche unterstützt, weitere Aufgaben der Beratungsstelle[173].

4.3.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Bezüglich der *politischen Repräsentanz* von Migranten besitzt das Land Berlin eine sehr positive Ausgangssituation. Mit einem dimensionsspezifischen composite indicator von 7,4 belegt der Stadtstaat den zweiten Rang im bundesweiten Vergleich. Diese Positionierung resultiert unter anderem aus dem im Ländervergleich hohen Anteil an Landtagskandidaten (Rang 3) und Landtagsabgeordneten (Rang 4) mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus erzielt das Land Berlin nach dem Saarland den zweithöchsten Transformationswert bei dem Indikator zur Messung der gleichberechtigten Teilhabe im politischen Bereich: Während sich 3,2% der Personen ohne Migrationshintergrund regelmäßig politisch in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen beteiligen, liegt der Anteil unter den Migranten mit 8,5% über 5 Prozentpunkte höher. Die Akzeptanz der Berliner Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Aktivität von Personen mit Migrationshintergrund als Gemeinderäte oder Abgeordnete rangiert im Mittelfeld aller Länder (Rang 7).

Maßnahmenanalyse

Neben Bremen, Hamburg, Hessen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden in Berlin keine relevanten Landesmaßnahmen zur Förderung der *politischen Partizipation* und der politischen Bildung von Personen mit Migrationshintergrund identifiziert, womit das Bundesland dem unteren Feld des bundesweiten Vergleichs zuzuordnen ist.

4.3.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von rund 6,0 positioniert sich das Land Berlin in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* im mittleren Feld des bundesweiten Vergleichs (Rang 11). Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die im Vergleich zu Berlinern ohne Zuwanderungsgeschichte positive Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes (Rang 1) und des sozialen Sicherungsnetzes (Rang 4) seitens der Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen.

Demgegenüber liegt der Stadtstaat bezüglich der Interkulturalität im Gesundheitssystem auf dem letzten Rang des Ländervergleichs, d.h. Berlin weist den niedrigsten Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf.

[173] URL: https://www.ejf.de/einrichtungen/migrations-und-fluechtlingsarbeit/fluechtlingsberatung-berlin.html [Stand 13.01.2016]

Maßnahmenanalyse

Das Land Berlin besitzt die höchste Anzahl identifizierter Maßnahmen für einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit*. Den Schwerpunkt der landesweiten Aktivitäten bilden Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu zielgruppenspezifischen Gesundheitsleistungen. Eine Schlüsselmaßnahme in diesem Bereich stellt die *Fachstelle Migration und Behinderung* des AWO Landesverbandes dar, die durch die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gefördert wird. „Auftrag und Ziel der Fachstelle ist es, Organisationen und Einrichtungen an der Schnittstelle Migration und Behinderung zum Abbau struktureller und einstellungsbedingter Barrieren zu ermutigen und Angebote zur Verfügung zu stellen, die Träger, Einrichtungen und Dienste dabei unterstützen“[174]. Das *kom▸zen* (*Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe*) zielt darauf ab, die Zugangsbarrieren der Migranten gegenüber der Altenhilfe zu identifizieren, mögliche Lösungsstrategien für diese Barrieren zu erarbeiten und entsprechende Fachdebatten anzuregen. Das Zentrum „fungiert als Brücke zwischen den Bereichen der Altenhilfe, Migration und der Öffentlichkeit und gibt Impulse zur Entwicklung und Förderung stabiler Netzwerke“[175]. Die *Organisations- und Qualitätsentwicklung zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen Berlins* stellt eine weitere Schlüsselmaßnahme der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* dar. Das Projekt strebt einerseits eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit sozialer Dienste bzw. Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände bezüglich einer kulturell sowie ethnisch vielfältigen Gesellschaft an und andererseits den Abbau von Zugangsbarrieren der Migranten gegenüber den Angeboten der Einrichtungen. Zur Erreichung der übergeordneten Ziele werden die Einrichtungen im Prozess der interkulturellen Öffnung intensiv begleitet, bedarfsorientierte Fortbildungen angeboten sowie der Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Fachgruppen angeregt[176].

4.3.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Die Ausgangssituation für Berliner mit Migrationshintergrund stellt sich in der Dimension *Erwerbsleben* als eher schwierig dar. Im Hinblick auf den Indikator „Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt“, der anhand der Gegenüberstellung der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund operationalisiert wird, liegt der Stadtstaat auf Rang dreizehn im bundesweiten Vergleich. Ein ähnliches Bild zeigen die Daten zur Messung der interkulturellen Öffnung im öffentlichen Dienst: Nach Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern besitzt das Land

[174] URL: https://www.awoberlin.de/Fachstelle-Migration-und-Behinderung-867182.html [Stand 13.01.2016]

[175] URL: http://www.caritas-berlin.de/beratungundhilfe/berlin/migration/komzen [Stand 13.01.2016]

[176] URL: http://www.diakonie-portal.de/arbeitsbereiche/existenzsicherung-integration/projekte/organisations-und-qualitaetsentwicklung-zur [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

Berlin den niedrigsten Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in Relation zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

Zudem weist Berlin die höchsten arbeitsmarktbezogenen Diskriminierungserfahrungen auf: 43,3% der befragten Berliner mit Migrationsgeschichte wurden aufgrund ihrer Herkunft bei der Arbeitssuche bzw. Ausbildungsplatzsuche benachteiligt, womit der Stadtstaat den letzten Rang im Ländervergleich erreicht. Darüber hinaus liegt der Anteil derer, die aufgrund ihrer Herkunft Erfahrungen von Benachteiligungen am Arbeitsplatz erlebten, mit 26,4% deutlich über dem deutschandweiten Wert von 16,6% (Rang 14).

Insgesamt besitzt das Land Berlin für die betrachtete Dimension den niedrigsten composite indicator und nimmt demzufolge den letzten Rang ein.

Maßnahmenanalyse

Das Land Berlin führt nach der Freien und Hansestadt Hamburg die meisten Maßnahmen zur Förderung eines kompetenten Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im *Erwerbsleben* durch. Einen Schwerpunkt bilden landesweite Aktivitäten, die Personen mit Migrationshintergrund auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Allerdings wurden bei den Projekten zur Förderung von Existenz-/Unternehmensgründungen der in Berlin lebenden Migranten keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

Besonders hervorzuheben ist das Projekt *ViVe – Vielfalt in der Verwaltung*, das von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung und dem Verein Eine Welt der Vielfalt Berlin e.V. durchgeführt wurde, um „die Verwaltung für Vielfalt zu sensibilisieren und Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt zu stärken“[177]. Neben einer Bestandsaufnahme über die Aktivitäten zur Förderung des Umgangs mit Vielfalt in den einzelnen Berliner Bezirken wurden zudem sogenannte Diversity-Teams in den Bezirken initiiert. Deren Aufgabe bestand darin, „im ersten Projektjahr Empfehlungen für Maßnahmen zum Umgang mit Vielfalt zu entwickeln und im zweiten Projektjahr deren Umsetzung zu begleiten“[178]. Einen weiteren Projektbaustein bildeten Workshops mit Vertretern von Interessensgemeinschaften zur Ermittlung der Bedarfe für eine vielfaltsgerechte Berliner Verwaltung. Darüber hinaus wurden Fortbildungen zum Thema Diversity für Verwaltungsmitarbeiter durchgeführt sowie das Netzwerk *Vielfalt und Chancengleichheit* weiterentwickelt, welches den Austausch von Strategien und Aktivitäten zur Förderung von Vielfalt ermöglicht. Das von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderte Modellprojekt *NIAnova* (Niedrigschwellige Integration und Aktivierung) des Vereins Reistrommel e.V. berücksichtigt Personen mit Migrationshintergrund, die keine bzw. geringe berufliche Erfahrungen besitzen.

[177] URL: http://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/diversity/vielfalt-in-der-verwaltung/vive-vielfalt-in-der-verwaltung/#Ziele [Stand 13.01.2016]

[178] URL: http://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/diversity/vielfalt-in-der-verwaltung/vive-vielfalt-in-der-verwaltung/#Ziele [Stand 13.01.2016]

Zur Aktivierung und nachhaltigen Integration der Zielgruppe werden unter anderem muttersprachliche Teamtrainings sowie kultursensible Einzelcoachings angeboten[179].

4.3.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Berlin erreicht in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* nach den Flächenländern Brandenburg sowie Nordrhein-Westfalen und dem Stadtstaat Hamburg den vierthöchsten composite indicator. Insbesondere die im Ländervergleich niedrige Differenz zwischen der Berliner Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in der Eigentümerquote gilt es hervorzuheben (Rang 1). Allerdings zeigt sich in Bezug auf die Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche ein negatives Bild: Nach dem Stadtstaat Bremen liegt der Anteil der befragten Berliner mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden sind, mit 27,6% am zweithöchsten. Hinsichtlich der vergleichenden Variable zur Wohnfläche (Rang 6), der Akzeptanz gegenüber Vielfalt im Wohnumfeld seitens der Mehrheitsbevölkerung (Rang 7) sowie der Gegenüberstellung der Zufriedenheit mit der Wohnsituation zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Rang 11) ist das Land Berlin im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen.

4.3.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Das Land Berlin bildet in der Dimension *Sicherheit und Prävention* das Schlusslicht des Ländervergleichs. So rangiert der Stadtstaat aufgrund des hohen Grads an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass seitens der Personen mit Migrationshintergrund im unteren Länderfeld (Rang 13). Zudem erzielt Berlin sowohl bei der politisch rechtmotivierten Kriminalität als auch bei den Diskriminierungserfahrungen der Berliner mit Migrationsgeschichte besorgniserregende Werte. Im bundesweiten Vergleich weist Berlin die höchste Anzahl registrierter, rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalttaten in Relation zur Bevölkerungsanzahl auf. Überdies besitzt der Stadtstaat nach Nordrhein-Westfalen und Sachsen den drittniedrigsten Aufklärungsanteil an Gewalttaten im Bereich politisch rechtsmotivierter Kriminalität.

Bei dem Indikator zur Operationalisierung der Diskriminierungserfahrungen, der sich aus den Einzelindikatoren zur Erfahrung von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft bei Polizei, Ämtern bzw. Behörden sowie im Alltag zusammensetzt, erreicht Berlin insgesamt den letzten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Neben der institutionellen Diskriminierung bei der Polizei (Rang 15) sowie in Ämtern und Behörden (Rang 16) ist die Alltagsdiskriminierung im Land Berlin im bundesweiten Vergleich am höchsten (Rang 16).

[179] URL: http://www.reistrommel-ev.de/projekte/bildung-und-teilhabe [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Im Gegensatz zur Situationsanalyse liegt Berlin bei den landesweiten Maßnahmen der Dimension *Sicherheit und Prävention* an der Spitze des Ländervergleichs. Neben dem bereits im Abschnitt 4.3.2.4 beschriebenen Landesprogramm *Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus* stellt das landesweite Förderprogramm der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft *Jugend-Demokratiefonds Berlin. Stark gemacht! – Jugend nimmt Einfluss* eine Schlüsselmaßnahme des Stadtstaats dar. Im Rahmen des Programmes werden Projekte gefördert, die „konkrete Ansätze für eine demokratische Gesellschaft [entwickeln], die durch Teilhabe an einem weltoffenen Zusammenleben geprägt ist und solche, die auf Ausgrenzungen und Diskriminierungen aufmerksam machen und ihnen entgegenwirken“[180]. Darüber hinaus wurde das Projekt *Hör mir zu! – Für Demokratie und Vielfalt – gegen Islamfeindlichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung* als Schlüsselmaßnahme definiert, welches zum einen die Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere der Islamfeindlichkeit und zum anderen das Engagement für Demokratie und Vielfalt in berufsbildenden Einrichtungen anregen soll. Im Rahmen eines Audit-Verfahrens werden nach einer Bestandsaufnahme mögliche Ziele definiert, Maßnahmen zur Zielerreichung konzipiert und umgesetzt[181]. Die Ausstellung *7x^{jung}* inszeniert in sieben Themenräumen die Lebenswelten von Jugendlichen mit Bezug zum Nationalsozialismus. Die „künstlerische Ausstellung, die Erfahrung von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung behandelt – und zeigt, was man dagegen tun kann“, wird von dem Berliner Verein *Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland* angeboten[182].

Als Schlüsselmaßnahme im Handlungsfeld der Intervention wurde die *Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt* ausgewählt, die auf eine Stärkung der Position der betroffenen Opfer, der öffentlichen Sensibilisierung für das Thema sowie der Offenlegung der Systematik im Vorgehen der Polizei abzielt. Dazu „befassen sich die Gruppen unter anderem mit der Polizeipraxis des Racial Profiling -, der Dokumentation und Aufklärung rassistischer Polizeiangriffe und -übergriffe sowie der Begleitung der Opfer und die Vermittlung zu Beratungsstellen“[183].

---

[180] Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (2013): *Förderrichtlinien der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Jugend-Demokratiefonds Berlin Stark gemacht! – Jugend nimmt Einfluss.* Berlin, S. 3. URL: http://stark-gemacht.de/de-wAssets/docs/archiv/JDF_Foerderrichtlinien_121217.pdf [Stand 13.01.2016]

[181] URL: http://osz-gegen-rechts.de/index.php?id=138 [Stand 13.01.2016]

[182] URL: http://www.gesichtzeigen.de/index.php/navigation/projekte/ansatz-7-x-jung/ [Stand 13.01.2016]

[183] URL: https://kop-berlin.de/ueber-kop [Stand 13.01.2016]

Das Projekt *Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse* verfolgt das Ziel, die kommunalen Akteure aus Politik, Verwaltung sowie Zivilgesellschaft im Umgang mit Rechtsextremen zu unterstützen. Zu den Projektaufgaben gehören unter anderem die Dokumentation und Analyse der rechtsextremen Aktivitäten in kommunalen Gremien sowie des Umgangs der demokratischen Verordneten mit den Strategien der Rechtsextremen. Überdies stellt die Beobachtung der „Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen auf das Gemeinwesen" eine weitere Projektaktivität dar[184]. Das *Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin* wurde ebenfalls als Schlüsselmaßnahme der Dimension *Sicherheit und Prävention* ausgewählt. Eine Besonderheit des Projektes besteht darin, dass neben der Dokumentation rechtsextremer Vorfälle auch niedrigschwellige Vergehen dokumentiert werden, um für Alltagsdiskriminierung auf der lokalen Ebene zu sensibilisieren[185].

4.3.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von 6,8 besitzt das Land Berlin nach Bremen die zweitbeste Ausgangssituation im Bereich des *bürgerschaftlichen Engagements*. Insbesondere die interkulturelle Öffnung des Berliner Engagementmarktes für Personen mit Migrationsgeschichte gilt es hierbei hervorzuheben: Während sich 23,5% der befragten Migranten regelmäßig in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ehrenamtlich betätigen, liegt der Anteil unter den Berlinern ohne Zuwanderungsgeschichte mit 11,4% deutlich darunter, womit das Bundesland den dritten Rang erzielt.

Maßnahmenanalyse

Neben der positiven Ausgangssituation für Personen mit Migrationshintergrund im *bürgerschaftlichen Engagement* ergibt sich ferner ein überdurchschnittlicher Wert bei den landesweiten Maßnahmen dieser Dimension (Rang 2). Eine Betrachtung der Landesaktivitäten belegt, dass die Förderung von Migrantenorganisationen den Berliner Schwerpunkt bildet. In diesem Zusammenhang wurde das Projekt *Partizipation – Bildung – Integration* als Schlüsselmaßnahme identifiziert, dass in Berlin und Hamburg durchgeführt wird. Im Rahmen des Projektes werden bedarfsorientierte Workshop- und Beratungsangebote für Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) angeboten. Diese sollen die MJSO beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Verbandsstrukturen unterstützen, um die Partizipation von MJSO in den Strukturen der Landesjugendringe zu stärken. Des Weiteren erfolgt eine Begleitung von Jugendverbänden im Prozess der interkulturellen Öffnung. Mit diesen Projektaktivitäten, die sowohl MJSO als auch Jugendverbände erreichen sollen, wird eine Kooperation zwischen

[184] URL: http://bvv.vdk-berlin.de/das-projekt [Stand 13.01.2016]

[185] URL: http://www.berliner-register.de/projektvorstellung-register [Stand 13.01.2016]

© efms 2016

den Zielgruppen angestrebt[186]. Eine weitere Schlüsselmaßnahme stellt das *Interkulturelle Kompetenzzentrum für Migrant_innenorganisationen in Berlin* (IKMO) dar, das von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin kofinanziert wird. „Das Projekt soll Migrant_innenorganisationen und ihre Vertreter_innen sowie ehrenamtlich Engagierte zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe befähigen; Kompetenzen der Organisationen fördern, stärken und ausbauen; sie miteinander und mit staatlichen Institutionen vernetzen; finanzielle Anreize zu Engagement setzen; und Handlungsempfehlungen für mehr Teilhabegerechtigkeit in Berlin entwickeln“[187].

4.3.4 Kurzfazit

Das Gesamtbild, das Berlin im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt bietet, ist von Gegensätzen geprägt: Einerseits besitzt der Stadtstaat entwickelte integrations- und diversitätsorientierte politische sowie institutionelle Strukturen, gute Werte in der Ausgangssituation bezüglich der Vielfaltskultur in den Bereichen *Kultur und öffentliche Präsenz, Wohnen und Wohnumfeld* sowie dem *bürgerschaftlichen Engagement* und eine hohe *politische Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund; andererseits zeigen sich hohe politisch rechtsmotivierte Gewalttaten und Diskriminierungen in verschiedenen Lebensbereichen. In den Dimensionen *Bildung und Erziehung* sowie *Erwerbsleben* rangiert Berlin ebenfalls auf den unteren Plätzen des Ländervergleichs. Allerdings wird mit einer Vielzahl von Maßnahmen diesen Tendenzen entgegengearbeitet. So gilt es insbesondere hervorzuheben, dass das Land Berlin in allen Dimensionen – mit Ausnahme der *politischen Repräsentanz*, bei der der Stadtstaat im unteren Feld einzuordnen ist – überdurchschnittliche Werte in der Maßnahmenanalyse zur Stärkung der Vielfaltskultur erzielt.

[186] URL: http://www.ljrberlin.de/partizipation-bildung-integration [Stand 13.01.2016]

[187] URL: http://www.club-dialog.de/de/interkulturelles-kompetenzzentrum-fuer-migrantinnenorganisationen-in-berlin-ikmo [Stand 13.01.2016]

Tabelle 10: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Berlin

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**5,1** *4*	*1*
Bildung und Erziehung	**2,1** *14*	*2*
Medien	**3,7** *8*	*4*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**4,6** *9*	*2*
Politische Repräsentanz	**7,4** *2*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,0** *11*	*1*
Erwerbsleben	**1,9** *16*	*2*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,3** *4*	
Sicherheit und Prävention	**1,6** *16*	*1*
Bürgerschaftliches Engagement	**6,8** *2*	*2*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.4 Brandenburg

4.4.1 Strukturdaten des Landes

Das im Nordosten Deutschlands gelegene Flächenland Brandenburg, das im Kern die Hauptstadt Berlin umschließt, stellt mit 29.654 Quadratkilometern das flächenmäßig größte Land in den neuen Bundesländern dar[188]. Im Jahre 2015 betrug das brandenburgische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 26.493 Euro je Einwohner, womit es deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 37.099 Euro je Einwohner einzuordnen ist[189]. Die Arbeitslosenquote des Flächenlandes liegt mit 9,7% über dem Bundesdurchschnitt von 7,1%. Eine differenzierte Darstellung der Arbeitslosenquote nach der Staatsangehörigkeit zeigt zudem, dass die ausländische Bevölkerung überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen ist: 22,8% der Brandenburger Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist arbeitslos (Bundesdurchschnitt: 16,6%)[190].

Von den rund 2,5 Millionen in Brandenburg lebenden Personen verfügen 145.000 Einwohner über einen Migrationshintergrund. Demnach liegt der Anteil an Personen mit Migrationsgeschichte an der Brandenburger Gesamtbevölkerung bei 5,9%, womit Brandenburg den höchsten Migrantenanteil unter den neuen Bundesländern aufweist[191]. Mit rund 3,6% besitzt das Flächenland einen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (11,2%) liegenden Anteil an Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit[192]. Die häufigsten Herkunftsländer stellen hierbei Polen (16,8%), Syrien (11,4%) sowie Russland (8,6%) dar[193].

4.4.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.4.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Integrations- und migrationsrelevante Themen bearbeiten in Brandenburg zwei Ministerien: Im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) sind die Bereiche *Zuwanderung, Integration* auf Referatsebene angesiedelt. Seit Januar 2015 ist in dem betreffenden Referat zudem die Geschäftsstelle für die *Koordinierungsstelle zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen* einge-

[188] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 04.01.2016]

[189] Statistische Ämter der Länder (2016): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015*. Reihe 1, Band 1.

[190] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[191] Statistisches Bundesamt (2016a): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015*. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[192] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[193] Ebd.

richtet. Diese agiert als zentraler Ansprechpartner für die Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte bei ressortübergreifenden asyl- und flüchtlingspolitischen Fragen[194]. Die Zuständigkeit für Ausländerangelegenheiten obliegt dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK), welches neben den rechtlichen Aspekten des Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts die Fachaufsicht der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) sowie die Geschäftsstelle der Härtefallkommission verantwortet[195].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Das Amt der *Integrationsbeauftragten*, welches seit 2007 unter diesem Titel im MASGF angesiedelt ist, wurde im Jahre 1991 als Ressort der Ausländerbeauftragten konstituiert. Damit ist Brandenburg nach Berlin, das bereits 1981 einen Ausländerbeauftragten (heute: Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration) berief, das Bundesland mit der zweitlängsten Amtsperiode einer derartigen Funktion. Das Tätigkeitsprofil der Brandenburger Integrationsbeauftragten umfasst unter anderem die „Beratung der Landesregierung in migrationspolitischen Angelegenheiten (…) [,die] Analyse und Entwicklung von Vorschlägen zum Abbau von Integrationshemmnissen im sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und administrativen Bereich, die Förderung der gesellschaftlichen Partizipation von Zuwanderern und Zuwanderinnen, die Förderung von Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie für interkulturelle Verständigung, der Abbau von Diskriminierungen“[196].

Am 28.03.2002 konstituierte sich in Brandenburg der *Landesintegrationsbeirat* als beratendes Gremium, dessen Mitglieder (Vertreter der Landesregierung, Verbände, Migrantenorganisationen sowie Kirchen) die Landesregierung in Integrationsfragen und insbesondere bei der Umsetzung des Landesintegrationskonzeptes unterstützen. Die Leitung des Beirates obliegt dem MASGF, deren Staatssekretärin die Mitglieder ernennt[197].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Auf Landesebene etablierte sich aus der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte für das Land Brandenburg im Jahre 2010 der *Migrations- und Integrationsrat* (MIR e.V.), welcher als landesweiter Zusammenschluss von Migranten(selbst)organisationen und Ausländer-, Integrations- bzw. Migrationsbeiräten agiert. Der Rat vertritt die Interessen der Brandenburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund und fördert deren gesellschaftliche Teilhabe. Dar-

[194] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/2016_01_22_organigramm_masgf.pdf [Stand 04.01.2016]

[195] URL: http://www.mik.brandenburg.de/media_fast/4055/MIK_Organigramm_20160127.pdf [Stand 04.01.2016]

[196] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.187975.de [Stand 04.01.2016]

[197] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.186686.de [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

über hinaus setzt sich der Migrations- und Integrationsrat gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung ein[198].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Die Brandenburger Kommunalverfassung ermöglicht die Etablierung einer/s Beauftragten oder eines Beirates zur Integration von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf kommunaler Ebene (§19 Abs. 1 BbgKVerf). Diese haben nach §19 Abs. 3 BbgKVerf die „Gelegenheit (…), gegenüber der Gemeindevertretung zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf ihren Aufgabenbereich haben, Stellung zu nehmen“[199].

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Eine weitere wesentliche Institution des Landes Brandenburg zur Stärkung der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte stellt der *Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz* (FaZIT) dar. Die Schwerpunkte von FaZIT liegen insbesondere auf den Beratungs- und Fortbildungsangeboten zur Qualifizierung von Akteuren der lokalen Integrationsarbeit. In Zusammenarbeit mit dem Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert der Fachberatungsdienst jährlich eine Landesintegrationskonferenz, um den fachlichen Austausch zwischen Akteuren der Integrations-, Sozial- und Bildungsarbeit anzuregen. Im Jahre 2015 wurde bereits die 16. Landesintegrationskonferenz zum Begriff der „Willkommenskultur“ durchgeführt[200].

4.4.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Brandenburg verabschiedete im Jahre 2002 als eines der ersten Bundesländer die *Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg,* welche 2005 mit der Ergänzung *und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge* fortgeschrieben wurde. Das neue Landesintegrationskonzept – *Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg* - wurde 2014 durch die Landesregierung beschlossen. In diesem Konzept wird Integration „als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstanden und als ein Prozess, in dem sich die Aufnahmegesellschaft und die Menschen mit Migrationshintergrund aufeinander zubewegen“[201]. In dem 2014 überarbeiteten Landesintegrationskonzept werden sieben Handlungsfelder benannt: Neben der interkulturellen Öffnung und der Förderung der Willkommenskultur sowie der Überwindung von Ausgrenzung,

---

[198] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.264392.de [Stand 04.01.2016]

[199] Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom Dezember 2007, URL: https://bravors.brandenburg.de/de/gesetze-212922 [Stand 04.01.2016]

[200] URL: http://www.fazit-brb.de/deutsch_home.html [Stand 13.01.2016]

[201] Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2014): *Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept 2014.* Potsdam, S. 14. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/MASF_1Landesintegrationskonzept2014.pdf [Stand 04.01.2016]

Diskriminierung und Rassismus stellen die strukturellen Bereiche der Bildung und der Eröffnung beruflicher Perspektiven weitere wesentliche Schwerpunkte der brandenburgischen Integrationspolitik dar. Zudem verfolgt das Land eine Integration der in Brandenburg lebenden Migranten sowie Asylsuchenden durch eine verbesserte gesundheitliche Versorgung und zeitgemäße Asyl-/ Flüchtlingspolitik. Das letzte integrationspolitische Handlungsfeld besteht in der Integration durch gesellschaftliche Teilhabe (u.a. Integration vor Ort, bürgerschaftliches Engagement, Kultur etc.)[202].

Die Integrationspolitik des Landes Brandenburg ist vor allem durch die intensive Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus geprägt. Integrationsrelevante Themen nahmen bis 2009 eine eher untergeordnete Rolle ein. So wurde dieser Bereich im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Die Linke von 2009 bis 2014 erstmals unabhängig vom Konzept *Tolerantes Brandenburg* benannt, indem ein Handlungsbedarf „bei den Bildungsabschlüssen und in der beruflichen Qualifizierung" definiert wurde. „Zudem bedarf es weiterer Bemühungen zur Anerkennung ausländischer Zeugnisse, aber auch beim Abbau von Benachteiligungen bei Wohnen, Arbeit und Bildung"[203]. In der aktuellen Legislaturperiode der Landesregierung (2014 bis 2019) liegen die Schwerpunkte zum einen weiterhin auf der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und zum anderen auf einer Verbesserung der Unterbringung sowie Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden[204].

Bereits in dem 2014 aktualisierten Landesintegrationskonzept wird unter anderem als integrationspolitische Leitlinie eine humanitär ausgestaltete Flüchtlings- und Asylpolitik gefordert. Die Brandenburger Integrationspolitik strebt „je nach Lebenssituation passgenaue Angebote" sowohl für Fachkräfte als auch für Asylsuchende an, womit keine Differenzierung nach den Gründen der Migration erfolgt[205]. Im Februar des Jahres 2015 legte die Senatskanzlei des Landes Brandenburg eine Faktensammlung zum Thema Asyl in Brandenburg vor. In dem Kurzbericht *Asyl in Brandenburg: Willkommenskultur, Integration und Teilhabe – Bausteine für eine zeitgemäße Asyl- und Integrationspolitik* erfolgt neben einer Skizzierung der Entwicklung der Asylbewerberzahlen zudem eine Darstellung der Tätigkeiten der Landesregie-

---

[202] Ebd., S. 15.

[203] Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Brandenburg, Die Linke - Landesverband Brandenburg (2009): *Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages*. Potsdam, S. 33. URL: https://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/koalitionsvertrag.pdf [Stand 04.01.2016]

[204] Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Brandenburg, Die Linke - Landesverband Brandenburg (2014): *Sicher, selbstbewusst und solidarisch: Brandenburgs Aufbruch vollenden. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages*. Potsdam. URL: http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/20141010-Koalitionsvertrag.pdf [Stand 04.01.2016]

[205] Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2014): *Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept 2014.* Potsdam, S. 9. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/MASF_1Landesintegrationskonzept2014.pdf [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

rung zur Unterstützung von Flüchtlingen[206]. Ferner begann im Mai 2015 die asyl- und flüchtlingspolitische Tour der Sozialministerin des Landes Brandenburg durch die Landkreise und Kommunen, um sich über die lokalen Ansätze zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu informieren und sich mit verschiedenen Akteuren vor Ort (Bürgermeister, Landräte, ehrenamtliche Helfer etc.) auszutauschen[207].

Für eine zeitgemäße Asyl- und Flüchtlingspolitik trat zum 01.04.2016 ein neues Landesaufnahmegesetz in Kraft, dass die Unterbringung, soziale Unterstützung und medizinische Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden verbessern soll[208]. Ein Schwerpunkt des Gesetzes liegt auf der Stärkung der Kommunen bei der Schaffung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten (Wohnungen) für Flüchtlinge und Asylsuchende. In diesem Zusammenhang berichtet die Sozialministerin: „Flüchtlingsunterkünfte fernab von sozialer Infrastruktur und öffentlichem Leben soll es nicht geben (…) Das Ziel ist und bleibt Integration. Sie kann nur gelingen, wenn sich Flüchtlinge und Einheimische im Alltag begegnen können“[209]. Darüber hinaus regelt das aktualisierte Gesetz die Verbesserung der Sozialbetreuung durch Migrationssozialarbeit und stellt eine wesentliche Voraussetzung für die flächendeckende Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende dar: „Mit dem neuen Landesaufnahmegesetz ist eindeutig geregelt, dass das Land Brandenburg alle Kosten für die gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden trägt“[210].

Integrationsmonitoring

Ein regelmäßiges Integrationsmonitoring, das neben bevölkerungsspezifischen Daten auch Integrationsprozesse in verschiedenen Lebensbereichen dokumentiert, ist in Brandenburg nicht vorhanden. Allerdings veröffentlichte das MASGF im Juni 2016 einen *Bericht zu aktuellen Daten, Fakten und Entwicklungen zu Migration und Integration im Land Brandenburg*

[206] Staatskanzlei des Landes Brandenburg (2015): *Faktensammlung Asyl in Brandenburg: Willkommenskultur, Integration und Teilhabe – Bausteine für eine zeitgemäße Asyl- und Integrationspolitik*. Potsdam. URL: http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/faktensammlung.pdf [Stand 04.01.2016]

[207] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.400138.de [Stand 04.01.2016]

[208] Brandenburger Landtag (2016): *Gesetz über die Aufnahme von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen im Land Brandenburg sowie zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Landesaufnahmegesetz – LaufnG)*. Potsdam. URL: https://bravors.brandenburg.de/gesetze/laufng_2016 [Stand: 25.08.2016]

[209] Pressemitteilung des Brandenburger Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie vom 24.11.2015, URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.424595.de [Stand 04.01.2016]

[210] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2016): *Elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende in Brandenburg. Fragen und Antworten.* Potsdam, S. 4. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Elektronische_Gesundheitskarte_Fluechtlinge_Fragen_und_Antworten.pdf [Stand 25.08.2016]

2016[211], der als „Grundlage für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Integrationspolitik" dienen soll[212].

Ferner informiert das MASGF mit statistischen Daten zur Migration im Land, beispielsweise über die Entwicklung des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund und mit ausländischer Staatsangehörigkeit, zu Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie über Wanderungsbewegungen im Zeitverlauf auf ihrer Webseite[213]. In der Veröffentlichungsreihe *sozial spezial* des Ministeriums wurde zudem im Jahre 2014 eine Ausgabe zum Thema *Zuwanderung und Integration im Land Brandenburg* herausgegeben, die nicht nur allgemeine Zahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, sondern auch Daten zur Integration in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Flüchtlinge sowie bürgerschaftliches Engagement und politische Repräsentanz darlegt [214]. Überdies erfolgt im Bericht der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg - *Zuwanderung und Integration im Land Brandenburg* - einerseits eine Darstellung der Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund einschließlich statistischer Daten zur Arbeitsmarktintegration und andererseits eine Beschreibung der Tätigkeiten bzw. der durchgeführten Projekte der Integrationsbeauftragten[215].

4.4.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[216]

Brandenburg brachte in den Jahren 2014 und 2015 den im bundesweiten Vergleich viert- bzw. fünfthöchsten relativen Anteil integrationspolitischer Ausgaben am Landeshaushalt auf. Während das Flächenland im Jahre 2014 rund 65,4 Millionen Euro in integrationsrelevante Aktivitäten investierte, erhöhten sich die finanziellen Ausgaben in 2015 auf 134,7 Millionen Euro (Tabelle 11).

---

[211] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2016): *Bericht zu aktuellen Daten, Fakten und Entwicklungen zu Migration und Integration im Land Brandenburg.* Potsdam. URL: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_4000/4064.pdf [Stand 25.08.2016]

[212] Landtag Brandenburg (Drucksache 6/3004): *Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur aktuellen Stunde der SPD-Fraktion „Flüchtlinge in Brandenburg – Unser Anspruch, unser Ziel: Die umfassende und notwendige Unterbringung, Versorgung und Integration gewährleisten*", Drucksache 6/2956. URL: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/ parladoku/w6/drs/ab_3000/3004.pdf [Stand 25.08.2016]

[213] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.394899.de [Stand 04.01.2016]

[214] Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2014): *Daten und Fakten: Zuwanderung und Integration im Land Brandenburg.* Sozial spezial, Ausgabe 4/2014, Potsdam. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Sozial-Spezial-4_web.pdf [Stand 04.01.2016]

[215] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (2009): *Zuwanderung und Integration im Land Brandenburg. Bericht der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg 2009.* Potsdam. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Sozial-Spezial-4_web.pdf [Stand 04.01.2016]

[216] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 51).

© efms 2016

Tabelle 11: Integrationspolitische Ausgaben in Brandenburg 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Brandenburg	65,4 Mio.	10,5 Mrd.	0,63
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Brandenburg	134,7 Mio.	12,9 Mrd.	1,05
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Brandenburg, eigene Berechnungen

4.4.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Einen wesentlichen Schwerpunkt des Landes Brandenburg stellt die Antidiskriminierungspolitik dar, die insbesondere „die Bekämpfung des Rechtsextremismus" als „eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das ganze Land" definiert[217]. Bereits 1998 verabschiedete Brandenburg als erstes Bundesland ein Handlungskonzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (*Tolerantes Brandenburg*), dass im September 2005 hinsichtlich einer stärkeren Ausrichtung zur Demokratieförderung - *„Tolerantes Brandenburg" - für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* - aktualisiert wurde. Die Koordinierungsstelle *Tolerantes Brandenburg* ist im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) angesiedelt und „gemäß eines Beschlusses des Landtages (Drs. 6/1601-B) dazu verpflichtet, jährlich einen Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzeptes zu verfassen und diesen dem Landesparlament vorzulegen"[218].

Parallel zur Landeskonzeption *Tolerantes Brandenburg* wurde im Jahre 1999 eine Antidiskriminierungsstelle als erste Institution dieser Art auf Landesebene etabliert. Seit 2010 ist die *Landesstelle für Chancengleichheit* im Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg verankert, die nicht nur als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene agiert,

[217] Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Brandenburg, Die Linke - Landesverband Brandenburg (2009): *Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages*. Potsdam, S. 38. URL: https://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/koalitionsvertrag.pdf [Stand 04.01.2016]

[218] URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/koordinierungsstelle/handlungskonzept-der-landesregierung.html [Stand 04.01.2016]

sondern auch Schulungen bzw. Fortbildungen anbietet, die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert und Projekte konzipiert[219].

Am 22.11.2013 wurde die *Antirassismus-Klausel* beschlossen und in die Brandenburger Landesverfassung aufgenommen: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen“[220]. Damit erhält die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verfassungsrechtliche Unterstützung zur Wahrung des friedlichen Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft.

Das Land Brandenburg fördert zudem mit laufenden Zuwendungen (in den Jahren 2014 sowie 2015 jeweils in Höhe von 440.000 Euro) die *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie* (RAA), die in fünf weiteren Bundesländern etabliert sind. Die landesweit agierenden, im Jahre 1992 aufgrund fremdenfeindlicher, rechtsextremer Gewaltvorfälle auf Initiative der Ausländerbeauftragten gegründeten RAA Brandenburg streben mit ihrer Arbeit eine „Sensibilisierung und (…) Öffnung der Gesellschaft für kulturelle, religiöse und ethnische herkunftsbezogene Heterogenität“ an[221]. Die Bildungsangebote im demokratischen, interkulturellen, historisch-politischen Bereich zielen insbesondere auf eine Unterstützung der demokratischen Beteiligungsstrukturen, der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und einer Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien wie Rechtextremismus, Rassismus sowie Antisemitismus zur Förderung der Toleranz ab. Die Mitarbeiter der Mobilen Beratungsteams (MBT) sowie der RAA-Niederlassungen bilden seit 2004 regionale Büros für Integration und Toleranz (BIT)[222].

Darüber hinaus unterzeichnete das Land Brandenburg im Juni 2008 die Charta der Vielfalt und trat am 26.09.2011 als drittes Bundesland - nach Berlin sowie Hamburg - der Koalition gegen Diskriminierung bei[223].

---

[219] URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.186322.de [Stand 04.01.2016]

[220] URL: http://www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/landtag_brandenburg_beschlieszt_antirassismus-klausel_in_der_landesverfassung/629581?_referer=397203 [Stand 04.01.2016]

[221] URL: http://www.raa-brandenburg.de/RAABrandenburg/Werwirsind/tabid/115/Default.aspx [Stand 04.01.2016]

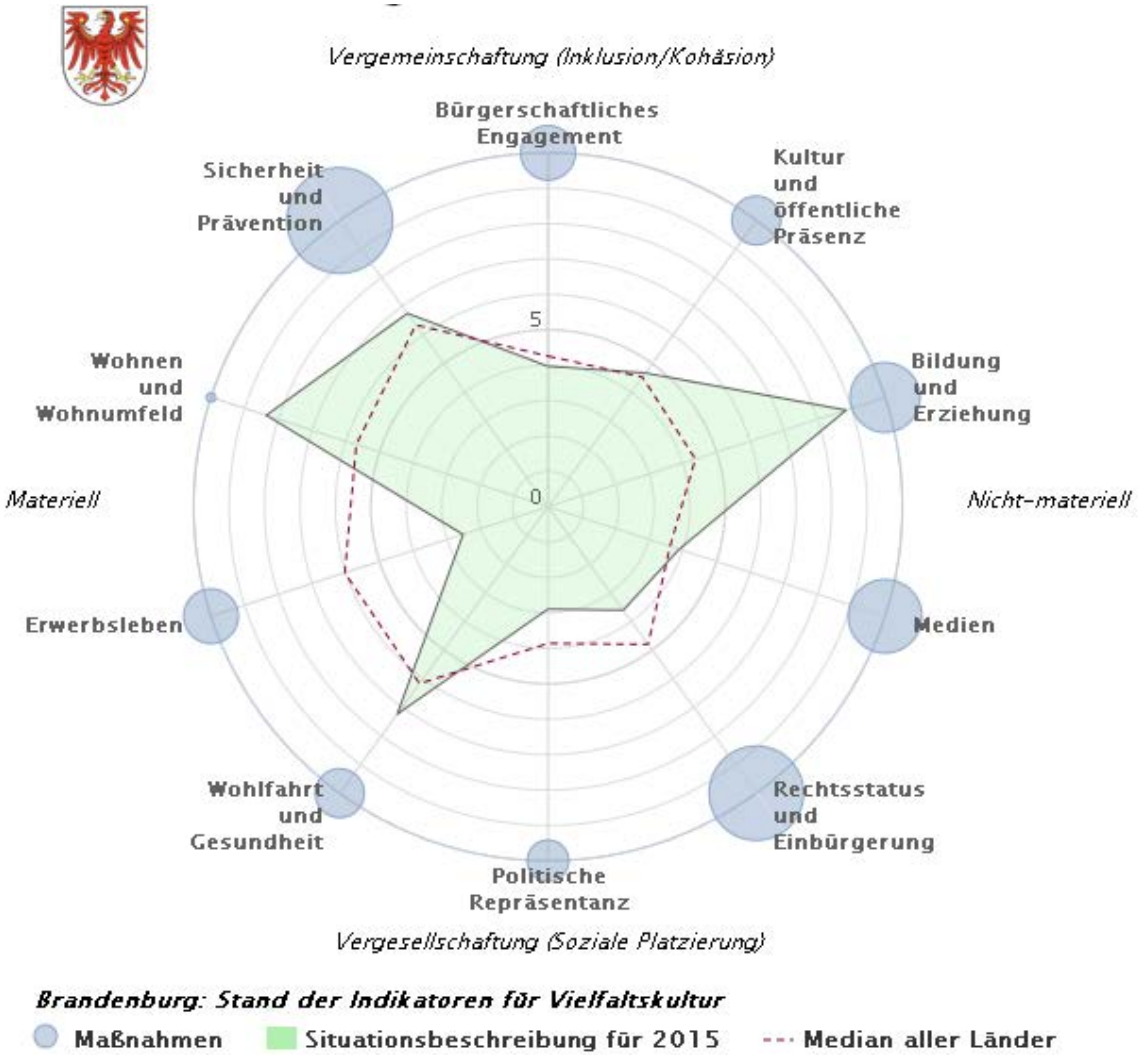
[222] URL: http://www.raa-brandenburg.de/RAABrandenburg/Werwirsind/tabid/115/Default.aspx [Stand 04.01.2016]

[223] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

© efms 2016

4.4.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 6: Umgang mit Vielfalt in Brandenburg



Quelle: eigene Darstellung

4.4.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Die Ergebnisse der Situationsanalyse für die Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* belegen, dass die Brandenburger Mehrheitsbevölkerung eine tendenziell niedrige Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist. Während ein vergleichsweise hoher Anteil der befragten Brandenburger ohne Migrationshintergrund regelmäßig privaten Kontakt zu Migranten besitzt (Rang 5), liegt das Flächenland bezüglich der Einstellung gegenüber Vielfalt im persönlichen Umfeld auf dem zwölften Rang aller Länder. Ferner zeigt sich sowohl eine geringe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum (Rang 12) - operationalisiert anhand der Einstellung zur Sichtbarkeit von Moscheen - als auch eine vergleichsweise negative Einstellung bezüglich der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderungsprozesse (Rang 10).

Allerdings belegt Brandenburg hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe von Personen mit und ohne Migrationshintergrund an kulturellen Veranstaltungen den fünften Rang aller Länder. Zudem weist das Flächenland einen im Ländervergleich hohen Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in darstellenden und unterhaltenden Berufen in Relation zur Brandenburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf (Rang 5).

Insgesamt ist das Land Brandenburg in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* mit einem composite indicator von 4,7 dem Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs zuzuordnen (Rang 8).

Maßnahmenanalyse

In Bezug auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* rangiert das Land Brandenburg im Mittelfeld des Ländervergleichs. Ein Projekt, das es aufgrund des hohen Vielfaltsbezugs besonders hervorzuheben gilt, stellt die Wanderausstellung *total real. Angekommen in Brandenburg* dar. In der Ausstellung wurden zugezogene Brandenburger portraitiert, um den Austausch zwischen der zugewanderten und einheimischen Bevölkerung zu fördern und sich auf diesem Wege mit der gesellschaftlichen Vielfalt des Landes auseinanderzusetzen. Zudem wurden im Rahmen der Ausstellung, die vom Verein Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. durchgeführt wurde, Workshops für Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen mit dem Ziel „Hintergrundwissen der unterschiedlichen Dimensionen gesellschaftlicher Vielfalt zu vermitteln, persönliche Einstellungen auszutauschen oder neue Strategien und Kompetenzen zu entwickeln“ angeboten[224].

[224] URL: http://www.gesichtzeigen.de/index.php/navigation/projekte/archiv/total-real/workshops/ [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

4.4.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Brandenburg weist in der Dimension *Bildung und Erziehung* nach Mecklenburg-Vorpommern den höchsten composite indicator aller Länder auf (Rang 2). Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Indikatoren belegt, dass dieses positive Ergebnis unter anderem auf die Indikatoren zur Messung des Bildungs- und Ausbildungserfolges zurückzuführen sind. Bei dem Vergleich der Personen mit und ohne Migrationshintergrund erzielt Brandenburg sowohl bei der Variable „ohne allgemeinbildenden Schulabschluss" als auch der Variable „ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss" jeweils die zweitniedrigste Differenz zwischen den Bevölkerungsgruppen. Ferner ist besonders hervorzuheben, dass das Flächenland den niedrigsten Anteil erfahrener Diskriminierung im schulischen Bereich aufweist. Während rund 7,4% der befragten Brandenburger Migranten aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt worden sind, liegt der Bundesdurchschnitt bei 18,1%.

Des Weiteren deutet der berufsbezogene Indikator für Vielfalt auf einen gleichberechtigten Zugang zu bildungsbezogenen Berufen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund hin: So liegt Brandenburg bei der Gegenüberstellung der Erwerbstätigen in lehrenden sowie ausbildenden Berufen in Relation zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf dem dritten Rang.

Maßnahmenanalyse

Insgesamt positioniert sich Brandenburg bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Bildung und Erziehung* im Mittelfeld des Ländervergleichs. Den Schwerpunkt der Landesaktivitäten bilden Maßnahmen, die auf eine interkulturelle Öffnung der Bildungsinstitutionen zur Integration der Kinder und Schüler mit Migrationshintergrund abzielen. Aufgrund des hohen Innovationsgrads und Vielfaltsbezugs wurde das Projekt *Kita interkulturell 2015*, dass unter anderem vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gefördert wird, als Schlüsselmaßnahme identifiziert. Im Rahmen des Projektes werden Fortbildungen und Beratungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte von Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Neben der Realisierung einer Willkommenskultur stellen die „gesetzlichen Grundlagen für die Aufnahme und den Aufenthalt von Flüchtlingen in Deutschland, Lebensbedingungen von Flüchtlingsfamilien" sowie „wertschätzender Umgang mit Vielfalt und deren Nutzung als Ressource für das Lernen sowie Gewährleistung der Teilhabe aller Kinder" inhaltliche Schwerpunkte der Fortbildungsangebote dar[225].

[225] URL: http://raa-brandenburg.de/ProjekteProgramme/KitaInterkulturell2015/tabid/2807/Default.aspx [Stand 04.01.2016]

4.4.3.3 Medien

Situations- und Maßnahmenanalyse

In der Dimension *Medien,* in der Brandenburg durch den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) vertreten ist, belegt das Flächenland den sechsten Rang aller Länder. Während die Situationsindikatoren im Ländervergleich im Mittelfeld liegen (Rang 6) - mit Ausnahme eines vergleichsweise hohen Anteils an Moderatoren mit Migrationshintergrund - zeigt sich bei den Maßnahmen zur Förderung der Vielfaltskultur ein sehr positives Bild (Rang 4). In diesem Handlungsfeld sind insbesondere die Anstrengungen des RBB zur Förderung junger Migranten für eine journalistische Ausbildung zu nennen. Neben dem Stipendienprogramm *Medienvielfalt anders - Junge MigrantInnen in den Journalismus* in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung bestehen weitere Praktikumskooperationen unter anderem mit dem Bildungswerk Kreuzberg (*Bikulturelle Crossmediale Fortbildung für Migranten*) sowie dem Deutsch-Russischen-Forum e.V., den Medien Mittler oder dem Internationalen Journalisten-Programm e.V.[226]. Ferner vergibt der RBB seit 2012 einen internen Medienpreis für Vielfalt (*AMIKO*), um Journalisten und Reporter auszuzeichnen, die sich in ihren Beiträgen insbesondere mit den Themen Integration sowie Diversity auseinandersetzen[227].

4.4.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial liegt in Brandenburg bei rund 3,1%, womit das Flächenland den fünften Rang im Ländervergleich belegt. Dagegen bildet das Flächenland bei den Indikatoren zur Messung der Leistungen für Asylbewerber nach Baden-Württemberg das Schlusslicht des bundesweiten Vergleichs. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die im Ländervergleich niedrige Wohnungsquote zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zurückzuführen (Rang 15). Sowohl bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern (Rang 11) als auch dem Anteil an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht (Rang 12) und der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen (Rang 10) liegt das Land Brandenburg im mittleren Bereich des bundesweiten Rankings.

Insgesamt ist das Flächenland in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* im unteren Feld des deutschlandweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 13).

---

[226] Erhebung der Maßnahmen zum Umgang mit Vielfalt durch standardisierten Erfassungsbogen bei der Landesrundfunkanstalt des RBB.

[227] Rundfunk Berlin-Brandenburg (2015): *Zielvorgaben des RBB zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben 2015/2016 mit Bericht 2013/2014.* Berlin, S. 65. URL: https://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/rbb-zielvorgaben-2015-2016.pdf [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Eine Besonderheit des Landes Brandenburg besteht in den Unterstützungsangeboten des bereits erwähnten *Fachberatungsdienstes Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT)* für das Personal von Gemeinschaftsunterkünften sowie Flüchtlingsberatungsstellen zur strukturellen Verbesserung der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden. Neben aufsuchenden Beratungen vor Ort organisiert FaZIT überdies in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg und dem Fachausschuss Migration der Liga der Wohlfahrtsverbände regelmäßige Fachzirkel, in denen unter anderem die rechtlichen Grundlagen und Best-Practice Beispiele im Umgang mit spezifischen Zielgruppen (z.B. besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen) erörtert werden[228].

Die Richtlinie *Deutschkurse für Flüchtlinge im Land Brandenburg* vom 21.08.2015 bildet die gesetzliche Grundlage zur Förderung der deutschen Sprache von Flüchtlingen ohne Schulpflicht und ohne Anspruch auf eine Teilnahme an den bundesfinanzierten Integrationskursen. Die Sprachförderung zielt darauf ab, dass Asylsuchende und Geduldete „als Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Integration die Möglichkeit zum qualifizierten Erlernen der deutsche Sprache erhalten“[229].

Insgesamt erzielt das Flächenland im Hinblick auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* einen mittleren Wert im bundesweiten Vergleich.

4.4.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Das Land Brandenburg ist in der Dimension *politische Repräsentanz* dem unteren Feld des Ländervergleichs zuzuordnen (Rang 13). Dieses Ergebnis ist unter anderem auf den niedrigen Anteil an Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund zurückzuführen (Rang 13). Die Auswertungen der Situationsanalyse zur politischen Repräsentanz belegen weiterhin, dass sich in Brandenburg mit 4,7% mehr Personen ohne Migrationshintergrund in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen beteiligen als Brandenburger Migranten (3,1%). Diese Differenz von 1,6 Prozentpunkten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten resultiert in einem dreizehnten Rang aller Länder. Zudem ist die Akzeptanz der Brandenburger Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Aktivität von Menschen mit Migrationshintergrund als Gemeinderäte oder Abgeordnete im Ländervergleich eher gering (Rang 13).

---

[228] Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg – FaZIT (2015): *Jahresbericht 2014*. Potsdam.

[229] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2015): *Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg zur Förderung von Deutschkursen für Flüchtlinge (DfF) im Land Brandenburg in der EU-Förderperiode 2014 – 2020 vom 21. August 2015*. Potsdam. URL: https://www.ilb.de/de_1/pdf/richtlinie_67394.pdf [Stand 04.01.2016]

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der *politischen Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund ist Brandenburg dem oberen Feld des bundesweiten Vergleichs zuzuordnen. Das besonders hervorzuhebende Projekt *EmPa II – Empowerment und Partizipation für Drittstaatenangehörige II*, das vom Ministerium für Arbeit, Soziales Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg gefördert wurde (01.06.2012 – 31.05.2015), zielte darauf ab, „die politische, soziale und kulturelle Partizipation und Eigenvertretung von Zugewanderten zu stärken und so zu deren gleichberechtigten und aktiven Partizipation an dieser Gesellschaft beizutragen“[230]. Zur Förderung der „Partizipations- und Interessenvertretungskompetenzen“ wurden während der Projektlaufzeit jeweils unterschiedliche Zielgruppen (Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften von Zuwanderern und jugendliche Personen mit Migrationshintergrund) durch Fortbildungsreihen qualifiziert. Die Angebote zur politischen Bildung für jugendliche Migranten zwischen 2014 und 2015 zielten auf eine Stärkung des politischen Engagements dieser ab. Neben der Qualifizierungsreihe beinhaltete das Projekt zudem eine „Sensibilisierung von Akteuren der Integrationsarbeit“, eine „Förderung von Vernetzung“ und die Entwicklung von Arbeitsmaterialien sowie eine Evaluation der Veranstaltungen.

4.4.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* belegen die Ergebnisse der Situationsanalyse, dass Personen mit Migrationshintergrund zum einen ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand besser einschätzen und zum anderen eine höhere Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung aufweisen als die einheimische Bevölkerung. Die Differenz der Mittelwerte in der Zustimmungsskala zwischen Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zugunsten der Migranten liegt bei der Einschätzung der sozialen Sicherung im Ländervergleich nach Thüringen am zweithöchsten.

Bezüglich der Gegenüberstellung der Einschätzung des Gesundheitszustandes (Rang 11) sowie des Indikators zur Beschreibung der Interkulturalität im Gesundheitssystem erreicht das Flächenland einen jeweils im Mittelfeld einzuordnen Transformationswert (Rang 7).

Brandenburg rangiert mit einem composite indicator von 7,2 im oberen Bereich des deutschlandweiten Vergleichs auf dem zweiten Rang.

Maßnahmenanalyse

Das Bundesland Brandenburg weist eine durchschnittliche Anzahl an interkulturellen Maßnahmen für den Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* auf. Die landesweiten Maßnahmen zielen insbesondere auf eine Verbesserung des Zugangs zu Präventionsangeboten und Ge-

[230] URL: http://www.projekt-empa.de/DasProjekt/tabid/1146/Default.aspx [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

sundheitsleistungen für Personen mit Migrationshintergrund ab. Allerdings werden keine landesbezogenen Aktivitäten für eine interkulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen des Sozial- und Gesundheitssystems im Sinne einer Erhöhung der Beschäftigten mit Migrationshintergrund durchgeführt.

4.4.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Die Ergebnisse der situationsbezogenen Auswertung in der Dimension *Erwerbsleben* legen nahe, dass das Flächenland insbesondere bei der interkulturellen Öffnung des Arbeitsmarktes einen hohen Handlungsbedarf besitzt. Während sich die Erwerbstätigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund auf 75,5% beläuft, liegt diese bei Migranten über 19 Prozentpunkte niedriger (56,1%). Nach Sachsen-Anhalt und Sachsen weist das Land Brandenburg damit die drittgrößte Differenz in der Erwerbstätigenquote zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten auf. Zudem erzielt Brandenburg den im Ländervergleich niedrigsten Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst in Relation zum Migrantenanteil des Landes.

Gleichzeitig weist Brandenburg jedoch einen im bundesweiten Vergleich geringen Anteil an befragten Personen mit Migrationshintergrund auf, die aufgrund ihrer Herkunft Benachteiligungen am Arbeitsplatz erfahren haben (Rang 3). Dagegen positioniert sich das Flächenland hinsichtlich der erfahrenen Benachteiligung bei der Arbeits-/ Ausbildungsplatzsuche im Mittelfeld auf dem zehnten Rang.

Durch die im Ländervergleich schwachen berufsbezogenen Situationsindikatoren (Vergleich der Erwerbstätigenquoten und der Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst nach dem Migrationshintergrund) erzielt das Land Brandenburg den zweitniedrigsten dimensionsspezifischen composite indicator (Rang 15).

Das Projekt *Startbahn Brandenburg - Lotsendienst für MigrantInnen*, das vom MASGF und dem Europäischen Sozialfonds gefördert wurde, gilt es besonders hervorzuheben. Im Rahmen des Projektes, welches am 31.12.2014 endete, wurden Personen mit Migrationshintergrund während des Prozesses der Existenzgründung fachlich begleitet. Neben einer individuellen Erstberatung erfolgten eine persönliche Potentialanalyse und eine Beratung in der Vorgründungsphase, die für die Erarbeitung eines Unternehmenskonzeptes nach Bedarf auch in der Muttersprache durchgeführt wurde. Ferner sind die Existenzgründer mit Migrationshintergrund im ersten Jahr ihres Vorhabens betreut worden[231].

[231] URL: http://lotsendienst.socialimpact.eu/ [Stand 04.01.2016]

4.4.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Brandenburg weist im Ländervergleich den höchsten composite indicator in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* auf. Diese Positionierung resultiert insbesondere aus der im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund hohen Zufriedenheit der Migranten mit ihrer Wohnsituation (Rang 1). Darüber hinaus liegt der Anteil der befragten Brandenburger mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden sind, mit 6,1% deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 20,0% (Rang 4). Zudem weist das Flächenland nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen die dritthöchste Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld auf. Hinsichtlich der vergleichenden Betrachtung der Wohnfläche zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund rangiert Brandenburg im oberen Bereich des Ländervergleichs (Rang 4); die Differenz bezüglich der Eigentümerquote zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen ist für das Flächenland im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 9).

4.4.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In der Dimension *Sicherheit und Prävention* ist das Land Brandenburg in den mittleren Rängen der Situationsanalyse zu positionieren (Rang 6). Das Flächenland weist zwar eine in Relation zur Einwohnerzahl hohe Anzahl an registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten auf (Rang 15), gleichzeitig besitzt das Bundesland jedoch den höchsten Aufklärungsanteil an politisch rechtsmotivierten Gewalttaten im Ländervergleich. Auf die hohe Bedeutung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg wurde zuvor im Zusammenhang mit der Antidiskriminierungspolitik verwiesen. Zur der Aufklärung rechtsextremer Gewalt wurde unter anderem im Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2004 bis 2009 folgendes festgehalten: „Politisch motivierte Gewalttaten, insbesondere die rechtsextrem motivierte und fremdenfeindliche Gewalt gegen ausländische Mitbürger werden konsequent verfolgt“[232].

Überdies stellt Brandenburg eines der Bundesländer mit den geringsten Erfahrungen von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft dar. Infolge der niedrigen institutionellen Diskriminierung bei der Polizei (Rang 2) als auch der Alltagsdiskriminierung (Rang 3) liegt das Flächenland bei diesem Indikator insgesamt im oberen Bereich des Ländervergleichs. Zudem ist die erfahrene Diskriminierung bei Behörden bzw. Ämtern tendenziell eher gering und der Grad an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit bei den Brandenburgern mit Migra-

[232] Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Brandenburg, Christlich Demokratische Union Deutschlands - Landesverband Brandenburg (2004): *Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009*. Potsdam, S. 27. URL: http://www.brandenburg.de/media/1102/koavertrag.pdf [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

tionshintergrund vergleichsweise niedrig, womit sich das Bundesland jeweils im oberen Mittelfeld auf dem sechsten Rang aller Länder positioniert.

Maßnahmenanalyse

Bei den landesweiten Maßnahmen, die der Dimension *Sicherheit und Prävention* zuzuordnen sind, rangiert das Flächenland im oberen Feld des deutschlandweiten Vergleichs auf dem vierten Rang. Als Schlüsselmaßnahme dieser Dimension wurde unter anderem das *KommunalWiki gegen Extremismus* ausgewählt, dass in Nordrhein-Westfalen konzipiert wurde, um den Kommunen Informationen über extremistische Aktivitäten bereitzustellen. „Neben Überblicken zur Lage des Extremismus in den einzelnen Ländern findet man hier unter anderem eine Sammlung konkreter Aktionen gegen den Extremismus, rechtliche Erläuterungen und praktische Hinweise zur wirksamen Auseinandersetzung mit Extremisten vor Ort, aber auch eine Liste mit Kooperationspartnern sowie Übersichten relevanter Literatur und nutzbarer Arbeitsmaterialien“[233].

Eine weitere innovative Maßnahme des Flächenlandes stellt der *Zukunftsdialog*, der vom Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung initiiert wurde, dar. Durch regionale Konferenzen soll der Austausch zwischen dem Land Brandenburg und den Kommunen hinsichtlich der Demokratiestärkung und Bekämpfung des Rechtsextremismus angeregt werden[234].

4.4.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Bei der Analyse der Ausgangssituation bezüglich des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* ist das Land Brandenburg im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 10). Sowohl bei der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem freiwilligen Engagement von Migranten (Rang 9) als auch der Gegenüberstellung der Ehrenamtsquote nach dem Migrationshintergrund (Rang 11) rangiert Brandenburg im mittleren Bereich aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Bezüglich der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im *bürgerschaftlichen Engagement* ist das Land Brandenburg im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen ausgewählt.

[233] URL: http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.303541.de [Stand 04.01.2016]

[234] URL: https://zukunftsdialogbrb.wordpress.com/about/ [Stand 04.01.2016]

4.4.4 Kurzfazit

In den integrationspolitischen Richtlinien des Landes bekennt sich Brandenburg „zur Vielfalt als Pluspunkt für das Land und setzt sich dafür ein, die Willkommens- und Anerkennungskultur weiter voranzubringen“[235]. Im Hinblick auf die Situationsanalyse kann für Brandenburg zusammenfassend festgehalten werden, dass das Land in den Bereichen *Bildung und Erziehung, Wohlfahrt und Gesundheit* sowie *Wohnen und Wohnumfeld* über eine sehr positive Ausgangssituation im Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt verfügt. Zudem gilt es bezüglich der Situationsanalyse hervorzuheben, dass in Brandenburg die Erfahrungen von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft in den einzelnen Dimensionen sehr gering sind.

Dagegen zeigte sich eine im Ländervergleich hohe Differenz in der Erwerbstätigenquote zwischen Brandenburgern mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten. Neben dem niedrigen Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst verweisen die Auswertungen der Situationsanalyse zudem auf eine geringe *politische Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund in Brandenburg.

Gute Ergebnisse im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt erzielte Brandenburg vor allem in der Maßnahmenanalyse der Dimension *Sicherheit und Prävention*, da ein Schwerpunkt der Landesregierung auf der Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit liegt.

[235] Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2014): *Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept 2014.* Potsdam, S. 8. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/MASF_1Landesintegrationskonzept2014.pdf [Stand 04.01.2016]

© efms 2016

Tabelle 12: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Brandenburg

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,7** *8*	*8*
Bildung und Erziehung	**8,8** *2*	*10*
Medien	**3,9** *6*	*4*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**3,6** *13*	*8*
Politische Repräsentanz	**3,0** *13*	*4*
Wohlfahrt und Gesundheit	**7,2** *2*	*9*
Erwerbsleben	**2,5** *15*	*7*
Wohnen und Wohnumfeld	**8,4** *1*	
Sicherheit und Prävention	**6,8** *6*	*4*
Bürgerschaftliches Engagement	**4,0** *10*	*11*

Quelle: eigene Darstellung

4.5 Bremen

4.5.1 Strukturdaten des Landes

Der im Nordwesten Deutschlands gelegene Stadtstaat Bremen stellt mit rund 419 Quadratkilometern das flächenmäßig kleinste Bundesland in der Bundesrepublik dar[236]. Nach Hamburg ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Freien Hansestadt Bremen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 47.603 Euro je Einwohner im deutschlandweiten Vergleich am zweitstärksten (Bundesdurchschnitt: 37.099 Euro je Einwohner)[237]. Zugleich weist der Stadtstaat mit 12,1% die zweithöchste Arbeitslosenquote in Deutschland auf (Bundesdurchschnitt: 7,1%). Ferner ist die ausländische Bevölkerung in Bremen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen: Fast ein Drittel (28,8%) der in Bremen lebenden Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist arbeitslos (Deutschland: 16,6%)[238].

Im Jahr 2015 lebten ca. 663.000 Menschen in Bremen, von denen insgesamt 29,4% einen Migrationshintergrund aufwiesen (Deutschland: 21,0%). Der Stadtstaat besitzt damit den höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland[239]. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Bremer Gesamtbevölkerung liegt mit 16,1% über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 11,2%[240]. Die häufigsten Herkunftsländer der in Bremen lebenden Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind die Türkei (22,9%), Polen (9,3%) und Bulgarien (6,9%)[241].

4.5.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.5.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Auf institutioneller Ebene sind die Politikbereiche Migration und Integration vorrangig bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport angesiedelt. In dem Ressort ist das zentrale Referat *Integrationspolitik* verankert, das neben der Förderung der Partizipation und Integration von Migranten unter anderem die Antidiskriminierungs- und Beratungsarbeit verantwortet[242]. Der *Integrationsbeauftragten* des Landes Bremen obliegt die Leitung

[236] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 09.02.2016]

[237] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[238] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[239] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[240] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[241] Ebd.

[242] URL: http://www.soziales.bremen.de/integration/aufgaben-51297 [Stand 09.02.2016]

© efms 2016

des Referats Integrationspolitik[243]. Das der Abteilung Soziales untergeordnete Referat *Zuwandererangelegenheiten* organisiert die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Spätaussiedlern in Bremen[244]. Bereits im Jahr 1991 setzte Bremen mit dem damaligen „Ressort für Kultur- und Ausländerintegration" als erstes Bundesland einen integrationspolitischen Schwerpunkt, indem die Integrationsarbeit institutionell verankert wurde[245]. 2011 erfolgte eine thematische Aufteilung in die bereits genannten Referate „Zuwandererangelegenheiten" und „Integrationspolitik". Neben der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ist der Senator für Inneres für Grundsatzfragen der Migrationspolitik (Aufenthalts-/Asylrecht, Staatsangehörigkeit) zuständig. Dabei umfasst das Aufgabenspektrum insbesondere die „Mitwirkung an der Erarbeitung von bundeseinheitlichen Vorschriften und deren Umsetzung im Zusammenwirken mit den anderen Bundesländern" sowie die Fachaufsicht über die kommunalen Ausländerbehörden[246].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Die *Migrations- und Integrationsbeauftragte des Landes Bremen* verantwortet als Leiterin des Referats Integrationspolitik die Grundsatzangelegenheiten der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Zudem arbeitet sie in ihrer Funktion als Migrations- und Integrationsbeauftragte mit dem Bremer Rat für Integration zusammen[247].

Der *Bremer Rat für Integration* ist ein 2005 konstituiertes ehrenamtliches Organ, das durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport unterstützt wird und sich für die Stärkung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Vernetzung der zentralen integrationsrelevanten Akteure in Bremen einsetzt. Der Rat nimmt gegenüber den politischen Parteien des Landes Bremen eine beratende Funktion ein. Neben den viermal jährlich stattfindenden öffentlichen Sitzungen erfolgt die konkrete Arbeit in inhaltlich ausdifferenzierten Arbeitsgruppen[248]. Während der Bremer Rat für Integration als beratendes Gremium auf Landesebene und als landesweite Vertretung der Zuwanderer agiert, wurde auf kommunaler Ebene der *Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Stadt Bremerhaven* (RaM) institutionalisiert. Dieser wurde „im Interesse der Beteiligung der Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, an der Beratung und Entscheidung örtlicher Angelegenheiten, der effektiven Vertretung ihrer Interessen sowie zur Förderung der kommunalen und gesellschaftlichen Integration und der Verbesse-

[243] URL: http://www.soziales.bremen.de/integration/ansprechpartnerinnen-51314 [Stand 09.02.2016]

[244] URL: http://www.soziales.bremen.de/soziales/zuwanderungsangelegenheiten-1622 [Stand 09.02.2016]

[245] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 57.

[246] URL: http://www.inneres.bremen.de/de/detail.php?gsid=bremen52.c.2103.de [Stand 09.02.2016]

[247] URL: http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen54.c.11244.de [Stand 09.02.2016]

[248] URL: http://www.bremer-rat-fuer-integration.de/ [Stand 09.02.2016]

rung zwischenmenschlicher Beziehungen zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung", gewählt[249].

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Das *Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien e.V.* (ZIS) setzt sich seit über 30 Jahren als unabhängige, gemeinnützige und überparteiliche Organisation für die Förderung der Integration von Migranten in Bremen ein[250]. Die Arbeit des ZIS wird dabei unter anderem auch vom Land Bremen gefördert. Daneben nehmen der Verein *Refugio – psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge* und die entsprechende Stiftung seit 1989 wichtige Aufgaben in der psychosozialen und therapeutischen Behandlung von Migranten in Bremen wahr[251].

4.5.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Jahr 2000 wurde erstmalig ein Integrationskonzept für das Land Bremen erstellt, welches in den Jahren 2003, 2008 und 2012 am Ende der jeweiligen Legislaturperioden in Zusammenarbeit zwischen dem Senat sowie den in der Integrationsarbeit relevanten Akteuren aktualisiert und überarbeitet wurde. In dem konzeptionell weiterentwickelten *Entwicklungsplan Partizipation und Integration* werden die integrationspolitischen Leitlinien und Schwerpunkte für die Legislaturperiode bis 2015 definiert. Der integrationspolitische Ansatz Bremens orientiert sich an folgenden Leitlinien:

- „Gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung"
- „Diversity-Ansatz"
- „Bildungsfähigkeit stärken und Arbeitsmarktintegration fördern"
- „Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern"
- „Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern"[252]

In dem Entwicklungsplan werden die angestrebten Ziele und Maßnahmen der Bremer Integrationspolitik in 14 Handlungsfeldern dargestellt, die den drei übergeordneten Bereichen „Leben in Vielfalt" (z.B. Willkommens- und Anerkennungskultur, interkulturelle Öffnung, Bekämpfung von Diskriminierung), „Lebenslagen und Partizipation" (z.B. Frühkindliche Bildung, Beschäftigung und Selbstständigkeit) sowie „Integration und Lebensqualität" (z.B. Ge-

[249] Satzung des Rates der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Stadt Bremerhaven, URL: http://www.bremerhaven.de/downloads/394/43030/2010-12-16_Beschluss_Satzung.pdf [Stand 09.02.2016]

[250] URL: http://www.zis-tdi.de/de-index.php [Stand 09.02.2016]

[251] URL: http://www.refugio-bremen.de/ [Stand 09.02.2016]

[252] Freie Hansestadt Bremen (2012): *Entwicklungsplan Partizipation und Integration. Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken.* Bremen, S. 8.

 © efms 2016

sundheit, bürgerschaftliches Engagement, Integration vor Ort, Kultur) zugeordnet sind[253]. „Ergänzend zu den Handlungsfeldern [wird] die Frage nach konkreten Evaluationsansätzen aufgeworfen, mit denen überprüft werden kann, ob die Ziele in den einzelnen Handlungsfeldern erreicht werden und welche Schlussfolgerungen daraus für die Zukunft zu ziehen sind“[254].

Im März 2015 legte der Bremer Senat der Bürgerschaft einen Abschlussbericht zur Bewertung der Umsetzung der im Entwicklungsplan genannten Ziele, einschließlich der Perspektiven für die zukünftigen integrationspolitischen Leitsätze des Landes vor[255].

Darüber hinaus gab die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im September 2013 das *Gesamtkonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen* bekannt, welches unter anderem die Themen Wohnen bzw. Unterbringung von Flüchtlingen, schulische und berufliche Integration, gesundheitliche Versorgung sowie zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Flüchtlingsarbeit beinhaltet[256]. Hierzu wurde im Dezember 2014 ein Sachstandsbericht vorgelegt[257].

Im Handlungsfeld Bildung stellt der *Entwicklungsplan Migration und Bildung für das Land Bremen 2014-2018 (Voneinander und miteinander lernen)* die Grundlage der integrationspolitischen Leitsätze dar. Für fünf bildungsbezogene, inhaltliche Schwerpunkte werden sowohl die Ausgangslage als auch die Ziele und die eingeleiteten sowie geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieser dargelegt. Zur Etablierung einer interkulturellen Schulentwicklung gilt es unter anderem, die Schulen als „Orte der Vielfalt“ zu unterstützen, in denen „die Entkopplung des Bildungserfolgs der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft und/oder Zuwanderungsgeschichte“ erfolgt[258]. Neben der Sprachförderung, einschließlich der Stärkung der Mehrsprachigkeit, stellen der Übergang Schule-Beruf/Studium, Bildung im Sozialraum, die interkulturelle Elternbeteiligung und die interkulturelle Qualifizierung des pädagogischen Personals, welche u.a. die Gewinnung sowie den Einsatz von pädagogischen Fachkräften mit Zuwanderungsgeschichte umfasst, Handlungsfelder des *Entwicklungsplans Migration und Bildung* dar.

---

[253] Freie Hansestadt Bremen (2012): *Entwicklungsplan Partizipation und Integration. Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken*. Bremen.

[254] Ebd., S. 9.

[255] Bremer Senat (2015): *Abschlussbericht zum Entwicklungsplan Partizipation und Integration*. Bremen.

[256] Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Familie (2013): *Gesamtkonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen*. Bremen.

[257] Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Familie (2014): *Gesamtkonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen – Sachstandsbericht November 2014*. Bremen.

[258] Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2014):*Entwicklungsplan Migration und Bildung für das Land Bremen 2014-2018. „Voneinander und miteinander lernen“*. Bremen, S. 16.

Der Stadtstaat veröffentlichte allerdings bisher kein Integrationsmonitoring zur Darstellung des Entwicklungsprozesses der in Bremen lebenden Personen mit Migrationshintergrund in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Besonderheiten in den integrationspolitischen Diskursen

Während dem Politikfeld der Integration in der SPD-CDU-Koalition von 2003 bis 2007 eine eher untergeordnete Rolle beigemessen wurde[259], erfolgte in den anschließenden rot-grünen Regierungsperioden (2007-2011[260]; 2011-2015[261]) eine zunehmende Auseinandersetzung mit der Thematik und eine konkrete Definition von Zielvorstellungen in den Koalitionsvereinbarungen. Des Weiteren konstituierte sich im März 2012 unter der SPD-Bündnis 90/Die Grünen-Regierung der nichtständige Ausschuss „Ausweitung des Wahlrechts", um die Möglichkeit des kommunalen Wahlrechts von Beiräten für Drittstaatsangehörige und des Wahlrechts für EU-Bürger auf Landesebene (Bürgerschaft) zu prüfen „und eine entsprechende (landesverfassungs-)gesetzliche Regelung vorzuschlagen, die ihnen das aktive und passive Wahlrecht eröffnet"[262]. Allerdings lehnte der Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen die Vereinbarkeit des Bremischen Gesetzesentwurfes zur Ausweitung des Wahlrechts mit der Landesverfassung Anfang 2014 ab, da „der Begriff des Volkes in Artikel 66 Abs. 1 der BremLV dem Begriff des Staatsvolks entspreche, den das Grundgesetz verwendet. Danach sei das Wahlrecht grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft, der Landesgesetzgeber habe keinen eigenen Regelungsspielraum" [263]. Als Konsequenz dieser Entscheidung fordert die Bremische Bürgerschaft den Senat dazu auf, Initiativen zur Änderung des Grundgesetzes zu unterstützen, die Drittstaatsangehörigen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene und EU-Bürgern auf Landesebene einräumen[264].

Der fortschrittliche Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt zeigt sich ferner in dem 2012 beschlossenen *Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Islamischen*

[259] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen und Christlich Demokratische Union, Landesverband Bremen (2003): *Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 16. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003-2007*. Bremen, S. 53.

[260]Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen (2007): V*ereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007-2011*. Bremen, S. 52.

[261] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen (2011): *Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015*. Bremen.

[262] Bremische Bürgerschaft (2013): *Bericht und Dringlichkeitsantrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts"*. Bremen, Drs. 18/731, S. 2. URL: https://www.bremische-buergerschaft.de/uploads/media/Drs-18-731_2c4.pdf [Stand 09.02.2016]

[263] Bremische Bürgerschaft (2014): *Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts - Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts"*. Bremen, Drs. 18/1486, S. 1. URL: https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2014-07-15_Drs-18-1486_01f78.pdf [Stand 09.02.2016]

[264] Bremische Bürgerschaft (2014): *Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts - Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts"*. Bremen, Drs. 18/1486, S. 3f. URL: https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2014-07-15_Drs-18-1486_01f78.pdf [Stand 09.02.2016]

© efms 2016

Religionsgemeinschaften im Lande Bremen, „mit dem Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe der islamischen Religionsgemeinschaften am religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Freien Hansestadt Bremen anzuerkennen und zu fördern". Überdies verfolgt der Vertrag das Ziel, „die Beziehungen zwischen den islamischen Religionsgemeinschaften und der Freien Hansestadt Bremen partnerschaftlich zu festigen, weiterzubilden und zu fördern". Im ersten Artikel des Vertrages wird der Ausübung des islamischen Glaubens gesetzlicher Schutz gewährt. Darüber hinaus werden unter anderem der Moscheebau, das Friedhofs- und Bestattungswesen, die islamischen Feiertage sowie die Repräsentanz von Mitgliedern der islamischen Gemeinden in gesellschaftlichen Gremien geregelt[265].

In der aktuellen rot-grünen-Legislaturperiode (2015-2019) wird dieser positiv geprägte Kurs weiterhin verfolgt, wobei der Flüchtlingspolitik eine höhere Bedeutung beigemessen wird. Mit dem Anliegen, „die Integration der Flüchtlinge in die alltäglichen Lebensbereiche (wie Bildung, Gesundheit, Arbeit) von Anfang an" [266] zu erreichen, wird in der Koalitionsvereinbarung unter anderem die Etablierung / Professionalisierung des Berufs des „Sprach- und Integrationsmittlers" als Ziel formuliert. Zudem fordert die rot-grüne-Regierung eine bundesweite Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, um die Leistungsregelungen in der Grundsicherung zu verankern und setzt sich für die Sicherstellung des Zugangs zum Krankenversicherungssystem für Flüchtlinge auf Bundesebene ein[267].

4.5.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[268]

Die integrationspolitischen Ausgaben des Landes Bremen beliefen sich im Jahre 2014 auf rund 42,8 Millionen Euro. Gemessen am Bremer Gesamthaushalt von 11,4 Milliarden Euro lag der relative Anteil integrationspolitischer Investitionen bei rund 0,38% (Tabelle 13). Während sich die Aufwendungen für integrationsrelevante Aktivitäten in den anderen Bundesländern zwischen 2014 und 2015 stark erhöhten, blieben die Ausgaben in Bremen mit rund 44,0 Millionen Euro auf einem konstanten Niveau. Damit tätigte der Stadtstaat in 2015 die - im deutschlandweiten Vergleich - drittniedrigsten Investitionen in integrationspolitische Handlungsbereiche in Relation zum Gesamthaushalt (0,39%).

---

[265] URL: http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/2013_01_04%20Vertragsentwurf.pdf [Stand 09.02.2016]

[266] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen (2015): *Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019*. Bremen, S. 70.

[267] Ebd., S. 71.

[268] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 52).

Tabelle 13: Integrationspolitische Ausgaben in Bremen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Bremen	42,8 Mio.	11,4 Mrd.	0,38
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Bremen	44,0 Mio.	11,4 Mrd.	0,39
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Bremen, eigene Berechnungen

4.5.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Der Antidiskriminierungsarbeit, die insbesondere Aufgabe der Migrations- und Integrationsbeauftragten des Landes Bremen ist, wird in der Integrationspolitik eine hohe Relevanz eingeräumt: „Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus sowie jegliche Form von Diskriminierung sollen in Zukunft keinen Platz in Bremen finden. Auch der Abbau der vielfältigen Formen von Diskriminierung im alltäglichen Miteinander und die Sensibilisierung der Menschen für dieses Thema gehören zu den Prioritäten der Integrationspolitik im Lande Bremen“[269]. Im aktuellen Integrationskonzept stellt die Bekämpfung von Diskriminierung eines der 14 Handlungsfelder dar. Als Ziel ist darin unter anderem verankert, ein landesweites *Netzwerk gegen Diskriminierung* zu entwickeln[270]. Zudem wird im derzeitigen Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Unterstützung von Antidiskriminierungsprogrammen und Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verwiesen[271]. Das Bündnis *Bremen tut was*, dem eine Vielzahl regionaler Organisationen angehören, wurde 2015 von der Stadt Bremen initiiert und setzt sich für ein weltoffenes, vielfältiges und demokratisches Bremen ein[272].

Überdies unterzeichnete Bremen im Januar 2009 die Charta der Vielfalt und trat im März 2012 als viertes Bundesland der Koalition gegen Diskriminierung bei[273].

---

[269] Freie Hansestadt Bremen (2012): *Entwicklungsplan Partizipation und Integration. Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken*. Bremen, S. 7.

[270] Ebd., S. 15.

[271] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen (2015): *Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019*. Bremen, S. 73.

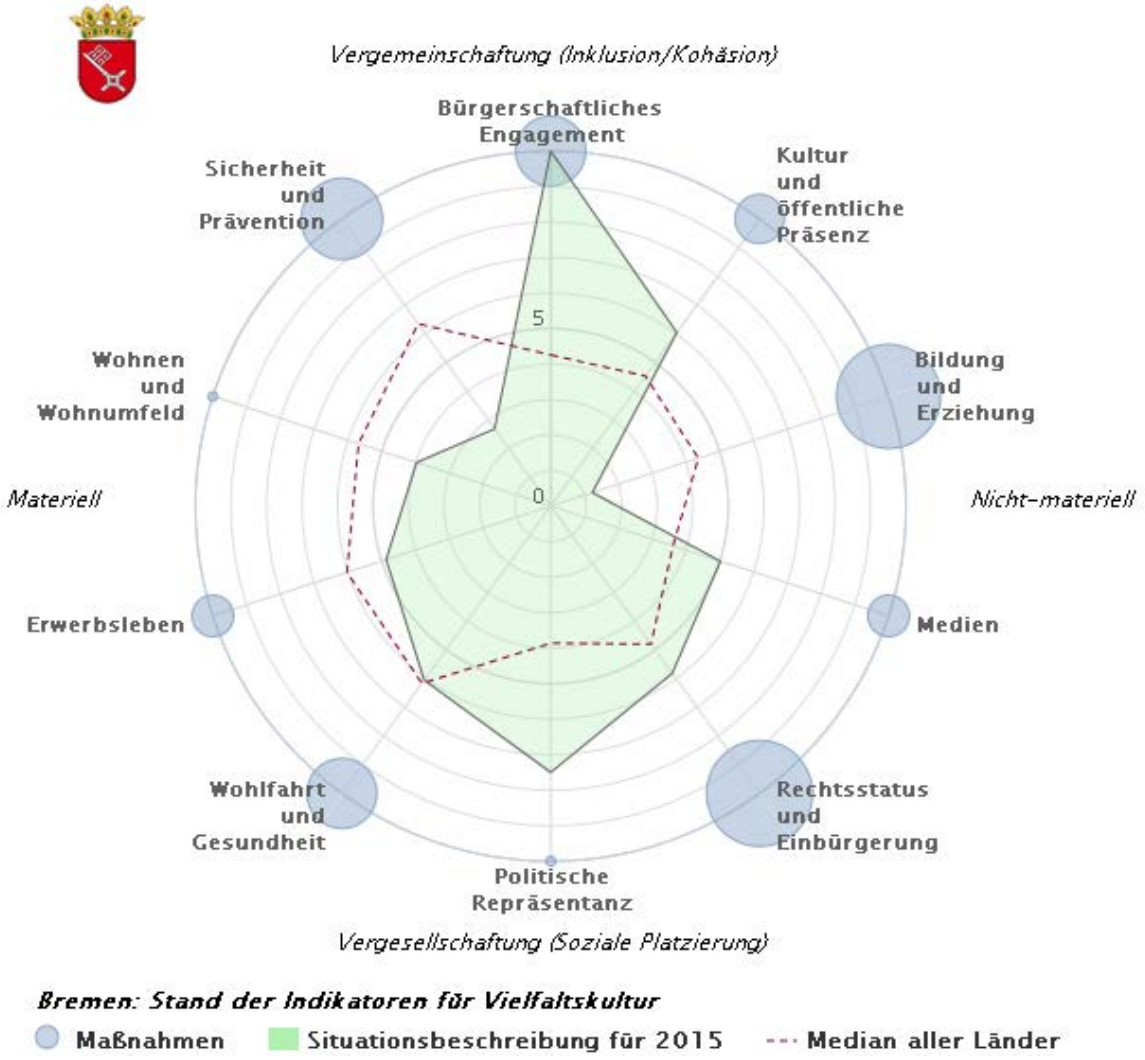
[272] URL: http://www.bremen.de/bremen-tut-was [Stand 09.02.2016]

[273] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S.126.

© efms 2016

4.5.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 7: Umgang mit Vielfalt in Bremen



Quelle: eigene Darstellung

4.5.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Bremen erzielt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* den höchsten composite indicator (6,0) im bundesweiten Vergleich. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf hohe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der religiösen Vielfalt im öffentlichen Raum zurückzuführen: Nach Hamburg belegt der Stadtstaat Bremen den zweiten Rang bei Zustimmung zur Sichtbarkeit von Moscheen in Deutschland. Darüber hinaus erreicht Bremen den höchsten transformierten Skalenwert bei dem Indikator zur Messung der Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderungsprozesse (kulturelle Bereicherung). Ein weiterer Indikator, bei dem das Land

Bremen vom Mittelfeld des Ländervergleichs abweicht, ist die gleichberechtigte Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen. Während 15,9% der Befragten ohne Migrationshintergrund regelmäßig Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen besuchen, liegt der Anteil unter den Migranten bei 22,5%. Mit einer Differenz von 6,6 Prozentpunkten belegt Bremen nach Sachsen-Anhalt den zweiten Rang im Ländervergleich der regelmäßigen Besuche von kulturellen Veranstaltungen nach dem Migrationshintergrund.

Bei dem Indikator zur Erfassung der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im persönlichen Umfeld rangiert Bremen im Mittelfeld.

Maßnahmenanalyse

Bremen positioniert sich im Hinblick auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Eine zentrale Maßnahme, die als Schlüsselprojekt ausgewählt wurde, stellt die Arbeit des Vereins *Integration durch Kunst* dar. „Die Aufgabe von ‚Integration durch Kunst' besteht darin, auf der einen Seite einen interkulturellen Austausch zwischen jungen Migranten und Jugendlichen deutscher Herkunft zu ermöglichen; auf der anderen Seite geht es darum, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu reflektieren, was zu einer Bereicherung für beide Seiten führen soll" [274]. Der Verein führt kulturelle Projekte (z.B. in den Bereichen Schauspiel, Mediengestaltung und Malerei) durch, fördert die gemeinsamen Interessen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in verschiedenen kulturellen Sparten und entwickelt Angebote „zur Bewältigung gemeinsamer Probleme" (z.B. in Schule, Ausbildung oder Familie).

4.5.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Bei den Indikatoren zur Operationalisierung des Bildungs- und Ausbildungserfolges rangiert das Land Bremen im unteren Feld des deutschlandweiten Vergleichs. Die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten ist sowohl beim Erreichen der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss als auch des Fachhoch-/Hochschulabschlusses (höchster beruflicher Abschluss) im Ländervergleich eher hoch zu bewerten, wodurch Bremen zu den Schlusslichtern gehört. Des Weiteren weist der Stadtstaat den höchsten Anteil an erfahrener Diskriminierung im schulischen Bereich auf: 30,2% der befragten Bremer mit Migrationshintergrund haben die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 18,1%). Im Hinblick auf die ethnische und religiöse Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen zeigt sich für Bremen ebenfalls ein Transformationswert im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs (Rang 13).

[274] URL: http://integrationdkunst.de/satzung.html [Stand 09.02.2016]

© efms 2016

Die im Ländervergleich durchgehend niedrigen Transformationswerte spiegeln sich im dimensionsspezifischen composite indicator wider: Die Freie Hansestadt Bremen bildet das Schlusslicht in der bundesweiten Situationsanalyse der Dimension *Bildung und Erziehung*.

Maßnahmenanalyse

Bremen weist die höchste Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Förderung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Bildung und Erziehung* auf, von denen zwei als Schlüsselprojekte identifiziert wurden. Die bereits langjährig umgesetzten und als nachhaltig zu bewertenden *Kooperationsspielkreise* verknüpfen frühkindliche Bildung mit Sprachförderung und der Zusammenarbeit mit dem Elternhaus. „Ziel ist es, frühzeitig Kontakte zu Eltern mit Migrationshintergrund und ihren Kindern herzustellen und gleichzeitig zielgruppen-spezifische Beratungs- und Bildungsangebote am Standort Kita zu installieren“[275]. Eine weitere hervorzuhebende Maßnahme stellt das seit 2012 als Teil des Bremer Landesinstituts für Schule agierende *Kom.In Kompetenzzentrum Interkulturalität in der Schule* dar, welches auf eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz als wesentliche Schlüsselqualifikation von Lehrkräften abzielt. Hierfür werden Fortbildungen und Beratungen zum Thema Interkulturalität in der Schule bzw. zum Umgang mit Vielfalt für Lehrer und Bildungsinstitutionen angeboten[276].

4.5.3.3 Medien

Situationsanalyse

Die Indikatoren zur Operationalisierung von Vielfalt in Medien und Medienpolitik werden anhand der Rundfunkanstalt Radio Bremen dargestellt. Bremen hat hier mit 12,0% den höchsten Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund. Ferner rangiert der Stadtstaat bei dem Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund mit rund 11,0% im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs (Rang 3). Während das Land Bremen hinsichtlich der Vielfalt in den Medien sowie der Medienpolitik über eine sehr positive Ausgangssituation verfügt, zeigen die Daten weiterhin, dass die Mehrheitsbevölkerung des Stadtstaats einen im Ländervergleich unzureichenden Eindruck von der Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund durch die mediale Berichterstattung erhält (Rang 15).

Insgesamt liegt die Freie Hansestadt Bremen in der Dimension *Medien* auf dem vierten Rang des bundesweiten Vergleichs.

[275] Freie Hansestadt Bremen. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2014): *Voneinander und miteinander lernen. Entwicklungsplan Migration und Bildung für das Land Bremen 2014-2018.* Bremen, S. 27.

[276] URL: http://www.lis.bremen.de/fortbildung/interkulturalitaet-48127 [Stand 09.02.2016]

Maßnahmenanalyse

Eine Analyse der Maßnahmen zum Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt im *Medienbereich* in Bremen zeigt, dass sich das Bundesland hier eher im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs positioniert. Zudem wurden keine Maßnahmen identifiziert, die es aufgrund eines hohen Vielfaltsbezugs oder Innovationsgrads hervorzuheben gilt.

4.5.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Bremen erzielt in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* einen composite indicator von 5,8, womit der Stadtstaat den fünften Rang aller Länder aufweist. Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Indikatoren zeigt, dass Bremen mit 3,25% das zweithöchste ausgeschöpfte Einbürgerungspotential besitzt. Zudem liegt der Stadtstaat bezüglich der Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern auf dem vierten Rang im bundesweiten Vergleich.

Hinsichtlich des Anteils an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht an den Drittstaatsangehörigen insgesamt (Rang 6), dem Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit von Drittstaatsangehörigen bei Einbürgerungen (Rang 9) und der Wohnungsquote (Rang 8) – dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern – rangiert der Stadtstaat jeweils im Mittelfeld des Ländervergleichs.

Maßnahmenanalyse

Die Maßnahmenanalyse zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* zeigt, dass sich Bremen im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs positioniert. Von den ausgewählten Maßnahmen werden zwei landesweite Projekte näher vorgestellt. Der Bremer Senat unterstützt durch ein flächendeckendes Förderprogramm, den *Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil,* seit Dezember 2013 das Engagement für und die Arbeit mit Flüchtlingen sowie die Begegnung zwischen Zugewanderten und der Stadtgesellschaft, um die Integration und Teilhabe von Flüchtlingen in der Stadtgemeinde zu erleichtern[277]. Das zweite flächendeckende Förderprogramm in Bremen, die *Projektförderung von Migrantenselbsthilfeorganisationen und interkultureller Integrationsprojekte,* unterstützt jährlich Projekte zur Stärkung der ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten der in Bremen lebenden Migranten. Zudem erfolgt im Rahmen des Programmes eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im interkulturellen Bereich und der interkulturellen Begegnung, von Initiativen zum Abbau von Dis-

[277] URL: http://www.bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2014/fonds-fuer-projekte-zur-teilhabe-von-fluechtlingen-im-stadtteil [Stand 09.02.2016]

© efms 2016

kriminierung, der Vermittlung von Qualifikationen für Migranten und von Beratungsangeboten der Jugend- und Sozialarbeit[278].

4.5.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Die Freie Hansestadt Bremen erzielt in der Dimension *politische Repräsentanz* mit einem composite indicator von 7,5 den höchsten Wert im Ländervergleich. Bis auf den Vergleich der politischen Aktivität der Bremer mit und ohne Migrationshintergrund weist das Land bei allen Indikatorvariablen den höchsten transformierten Skalenwert auf. Sowohl bei den Landtagskandidaten als auch den Landtagsabgeordneten liegt der Anteil an Personen mit Migrationsgeschichte am höchsten. Zudem erreicht der Stadtstaat hinsichtlich der Akzeptanz der politischen Repräsentanz von Migranten den Spitzenwert im bundesweiten Vergleich: 78,4% der Mehrheitsbevölkerung in Bremen befürworten die politische Aktivität von Personen mit Migrationshintergrund als Gemeinderäte oder Abgeordnete.

Während die Mehrheitsbevölkerung dem politischen Engagement von Migranten positiv gegenübersteht, zeigt sich eine im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund niedrige politische Beteiligung der Migranten in Bremen. Mit 3,4 Prozentpunkten liegt die Differenz bezüglich der politischen Beteiligung in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen zum Nachteil der Migranten in Bremen am höchsten.

Maßnahmenanalyse

In Bremen wurden keine landesweiten Maßnahmen zur Förderung der politischen Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund identifiziert.

4.5.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* rangiert die Freie Hansestadt Bremen im Mittelfeld des Ländervergleichs auf Rang neun. Bei der Gegenüberstellung der Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes und dem Netz der sozialen Sicherung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist das Land Bremen jeweils im oberen Mittelfeld (Rang 6 und Rang 5) einzuordnen. Demgegenüber deutet der berufsbezogene Indikator für Vielfalt auf einen Handlungsbedarf hin: Bremen positioniert sich beim Indikator zur Messung der Interkulturalität im Gesundheitssystem – operationalisiert anhand des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zur Bremer Bevölkerung mit Migrationshintergrund – im unteren Feld des deutschlandweiten Vergleichs (Rang 13).

[278] URL: http://www.soziales.bremen.de/soziales/zuwanderungsangelegenheiten/projektfoerderung_von_migrantenselbsthilfeorganisationen_und_interkultureller_integrationsprojekte-2978 [Stand 09.02.2016]

Maßnahmenanalyse

Das Bundesland nimmt hier eine Spitzenposition ein. So weist der Stadtstaat nach Berlin das umfassendste Angebot an interkulturellen Maßnahmen für den Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* auf. Eine besondere Aktivität stellt die in Deutschland einzigartige Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen – das sogenannte *Bremer Modell* - dar. Mit diesem seit 1993 laufenden Programm erhalten Asylsuchende landesweit durch regelmäßige ärztliche Sprechstunden in den Gemeinschaftsunterkünften einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsleistungen. Dabei werden sie vor Ort von migrationserfahrenen Ärzten versorgt und können bei Bedarf an Fachärzte weitergeleitet werden[279]. Zudem erhalten im Rahmen des Bremer Modells „Leistungsberechtigte nach §§4/6 AsylbLG seit 2005 eine Chipkarte der AOK Bremen", um einen unbürokratischen Zugang zur medizinischen Versorgung zu gewährleisten[280].

Das *interkulturelle gesundheitsnetzwerk bremen,* welches durch das Referat Migration und Gesundheit im Gesundheitsamt Bremen koordiniert wird, zielt auf die „Herstellung von Chancengleichheit und Verbesserung der gesundheitlichen und psychosozialen Situation von Migrantinnen und Migranten in Bremen" ab. Im Rahmen des Netzwerks engagieren sich Akteure aus dem Bereich Migration und Gesundheit in zehn Arbeitskreisen (z.B. Migrantinnengesundheit, Papierlose, Asylsuchende und EU-BürgerInnen, Interkulturelle Öffnung des Bremer Gesundheitswesen), die dem fachlichen Austausch und der Organisation von Fachtagungen dienen[281]. Die vom Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien koordinierte und vom Bremer Senat geförderte *Kontaktstelle für ältere Migrantinnen und Migranten in Bremen* (Köprü) zielt auf eine Verbesserung der Altenhilfe für Menschen mit Migrationshintergrund ab und bietet in diesem Zusammenhang seit 2009 einerseits Vorträge, Seminare und Beratung für ältere Migranten und andererseits Fortbildungen für ehrenamtliche Seniorenbegleiter an[282].

4.5.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

In der dimensionsspezifischen Situationsanalyse zeigt sich eine gering ausgeprägte interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes in Bremen (Rang 13). Zudem erzielt der Stadtstaat bei der Gegenüberstellung der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund einen Transformationswert im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs (Rang 11). Darüber hinaus muss eine differenzierte Betrachtung des Indikators zur Erfassung der arbeitsmarktbezogenen Diskriminierungserfahrungen erfolgen: Während sich die erfahrene Diskriminie-

[279] URL: http://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen125.c.1933.de [Stand 09.02.2016]

[280] URL: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/Bremer_Modell_Medizin_AsylbLG.pdf [Stand 09.02.2016]

[281] URL: http://www.ignbremen.de/index.php [Stand 09.02.2016]

[282] URL: http://www.zis-tdi.de/de-kopru.php [Stand 09.02.2016]

© efms 2016

rung bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche mit 28,6% im Ländervergleich als sehr hoch darstellt (Rang 13), liegt die herkunftsbedingte Erfahrung von Benachteiligung am Arbeitsplatz mit 3,3% sehr niedrig (Rang 3).

Insgesamt ist die Freie Hansestadt Bremen in der Dimension *Erwerbsleben* im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen (Rang 11).

Maßnahmenanalyse

Die Maßnahmenanalyse für den Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt im Bereich *Erwerbsleben* in Bremen zeigt, dass der Stadtstaat in dieser zentralen Dimension zu den Schlusslichtern des bundesweiten Vergleichs gehört. Ferner lässt keine der identifizierten Maßnahmen auf einen besonderen Ansatz schließen.

4.5.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Die Freie Hansestadt Bremen stellt in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* mit einem composite indicator von 4,0 das Schlusslicht des Ländervergleichs dar (Rang 16). Bremen weist unter anderem die größte Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wohnsituation auf. Zudem erreicht der Stadtstaat den niedrigsten Transformationswert in Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt. Während Bremen mit einer vergleichsweise niedrigen Differenz (15,4 Prozentpunkte) zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte bei der Eigentümerquote den dritten Rang erzielt, bildet der Stadtstaat sowohl bei der Gegenüberstellung der Wohnfläche als auch der Diskriminierungserfahrung bei der Wohnungssuche das Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. 28,1% der befragten Bremer mit Zuwanderungsgeschichte haben schon einmal die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 20,0%). Mit diesem hohen Anteil erfahrener Diskriminierung liegt der Stadtstaat auf dem letzten Rang des bundesweiten Vergleichs.

Demgegenüber erzielt die Freie Hansestadt Bremen bei der Akzeptanz der befragten Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld nach Hamburg den zweithöchsten transformierten Skalenwert.

4.5.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Die Ausgangssituation in Bremen stellt sich in der Dimension *Sicherheit und Prävention* äußerst kritisch dar. Mit einem composite indicator von 2,7 ist das Land dem unteren Bereich des Ländervergleichs zuzuordnen (Rang 14). Nach dem Stadtstaat Berlin weist die Freie Hansestadt Bremen die zweithöchsten Diskriminierungserfahrungen und damit den zweitniedrigsten Transformationswert auf. Insbesondere die institutionelle Diskriminierung bei der Polizei liegt in Bremen mit 23,7% deutlich über dem bundesweiten Wert von 9,2%

(Rang 16). Zudem rangiert der Stadtstaat bezüglich der Erfahrungen von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft sowohl in Ämtern bzw. Behörden mit 37,4% (Deutschland: 24,4%) als auch im Alltag mit 40,2% (Deutschland: 21,8%) im unteren Feld des Ländervergleichs (Rang 14 bzw. 15). Ferner weist Bremen den höchsten Grad an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass seitens der Personen mit Migrationsgeschichte auf (Rang 16).

Bei der Anzahl an registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl positioniert sich der Stadtstaat im Mittelfeld des Ländervergleichs.

Maßnahmenanalyse

Bei der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung im Bereich *Sicherheit und Prävention* liegt der Stadtstaat im unteren Feld aller Länder. Überdies wurde keine der identifizierten Maßnahmen als Schlüsselprojekt hervorgehoben.

4.5.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Die Freie Hansestadt Bremen erzielt bei beiden Indikatorvariablen der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* den höchsten transformierten Skalenwert. 37,5% der befragten Migranten in Bremen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Dagegen beläuft sich der Anteil der ehrenamtlich Aktiven Bremer ohne Migrationshintergrund auf 14,0% (Rang 1). Darüber hinaus ist die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der interkulturellen Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement – operationalisiert anhand der Zustimmung zur Ermutigung der Migranten sich freiwillig zu engagieren – in Bremen am höchsten.

Maßnahmenanalyse

In der Analyse der Maßnahmen zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* ist Bremen im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen. Ferner konnte keine dieser Aktivitäten als Schlüsselmaßnahme in die Analysen einbezogen werden.

4.5.4 Kurzfazit

Aufgrund des hohen Anteils an Personen mit Migrationshintergrund „ist es umso bedeutender, den Fokus Migration in Politik, Verwaltung und Gesellschaft so zu setzen, dass Partizipation, Integration sowie Vielfalt als Schlüssel einer zukunftsfähigen Landes- und Kommunalpolitik systematisch entfaltet werden und strukturelle Diskriminierung gezielt bekämpft

© efms 2016

wird“[283]. Allerdings zeigte sich in den Auswertungen der Situationsanalyse, dass die erfahrene Diskriminierung in den verschiedenen Lebensbereichen in Bremen besonders hoch liegt. Ferner belegen die Daten einen hohen Handlungsbedarf in den Dimensionen *Bildung und Erziehung* sowie *Wohnen und Wohnumfeld*. Demgegenüber prägt das Bundesland eine hohe Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt, eine hohe politische Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund und ein hohes bürgerschaftliches Engagement der Migranten.

Die Maßnahmenanalysen zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in Bremen zeigen ein differenziertes Bild. Während der Stadtstaat in den Dimensionen *Bildung und Erziehung* sowie *Wohlfahrt und Gesundheit* im deutschlandweiten Vergleich überdurchschnittlich gut abschneidet, sind die Aktivitäten in den übrigen Dimensionen geringer ausgeprägt. Besonders hervorzuheben ist allerdings die Förderung der chancengerechten gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund.

[283] Freie Hansestadt Bremen (2012): *Entwicklungsplan Partizipation und Integration. Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken.* Bremen, S. 5.

Tabelle 14: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Bremen

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**6,0** *1*	*8*
Bildung und Erziehung	**1,2** *16*	*1*
Medien	**5,0** *4*	*11*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,8** *5*	*5*
Politische Repräsentanz	**7,5** *1*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,1** *9*	*2*
Erwerbsleben	**4,9** *11*	*12*
Wohnen und Wohnumfeld	**4,0** *16*	
Sicherheit und Prävention	**2,7** *14*	*13*
Bürgerschaftliches Engagement	**10,0** *1*	*7*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.6 Hamburg

4.6.1 Strukturdaten des Landes

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist das wichtigste Handels- und Wirtschaftszentrum in Norddeutschland, welches insbesondere durch die Schwerpunkte Logistik / Hafen sowie Luftfahrtindustrie geprägt ist. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 61.729 Euro je Einwohner stellt Hamburg das wirtschaftsstärkste Bundesland in Deutschland dar (Bundesdurchschnitt: 37.099 Euro je Einwohner)[284]. Die Arbeitslosenquote des Stadtstaats liegt mit 8,5% leicht über der bundesweiten Quote von 7,1%. Überdies weist Hamburg eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf, die allerdings mit 19,0% nach Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Hessen die fünftniedrigste Quote in Deutschland darstellt[285].

Von den rund 1,8 Millionen in Hamburg lebenden Personen besitzen knapp ein Drittel (28,8%) einen Migrationshintergrund. Damit weist die Freie und Hansestadt Hamburg nach Bremen (29,4%) den zweithöchsten Migrantenanteil in Deutschland auf[286]. Ferner liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Hamburg mit 15,6 % im deutschlandweiten Vergleich am dritthöchsten (Deutschland: 11,2%)[287]. Die häufigsten Herkunftsländer der Hamburger ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen die Türkei (17,0%), Polen (8,7%) sowie Afghanistan (5,2%) dar[288].

4.6.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.6.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Für integrationsrelevante Politikfelder ist in Hamburg das *Amt für Arbeit und Integration* (AI) zuständig, welches in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration angesiedelt ist[289]. Der Stadtstaat Hamburg stellt demnach eines von sechs Bundesländern dar, die „die Bezeichnung ‚Integration' in den Titel ihrer Arbeits-, Sozial- oder Familienministerien aufgenommen (…) und damit einen politischen Schwerpunkt hervorgehoben" haben[290]. In der

[284] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[285] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[286] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[287] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[288] Ebd.

[289] URL: http://www.hamburg.de/contentblob/4816778/data/organigramm-basfi-gesamt.pdf [Stand 08.02.2016]

[290] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 57.

Verantwortung des Referats AI 21 *Integration von Zuwanderern* liegen unter anderem Projektförderungen zur Integration von Personen mit Zuwanderungsgeschichte und die Koordinierung der Umsetzung sowie Fortschreibung des Hamburger Integrationskonzeptes. Ein Schwerpunkt des Referats AI 22 *Stärkung der Zivilgesellschaft* liegt auf der Bekämpfung von Rechtsextremismus[291]. Ferner ist in der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der seit Oktober 2015 eingerichtete *Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge* verortet, um eine schnellere Reaktion auf die organisatorischen Arbeitsabläufe zur Unterbringung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Darüber hinaus steuert der Koordinierungsstab die mit der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen verbundenen Handlungsfelder[292]. *Ausländerangelegenheiten* sowie *Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten* werden in zwei spezifischen Abteilungen des Einwohner-Zentralamtes geregelt, welches an der Hamburger Behörde für Inneres und Sport angegliedert ist[293].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Im Jahre 2002 wurde das Amt der Ausländerbeauftragten von der damaligen Koalition der CDU, FDP sowie Schill-Partei aufgelöst und ein ehrenamtlich agierender Integrationsbeirat eingesetzt[294]. Der *Hamburger Integrationsbeirat* besitzt im Wesentlichen zwei Aufgaben: Zum einen obliegt ihm eine Beratungsfunktion gegenüber der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zu integrationspolitischen Fragen und zum anderen begleitet der Beirat die Umsetzung und Fortentwicklung des Hamburger Integrationskonzeptes. Überdies kann der Integrationsbeirat „zu integrationsbezogenen Themen und Vorhaben Stellungnahmen abgeben“ und „wirkt als ‚Integrationsmultiplikator' umsetzungsorientiert in alle Bereiche der Gesellschaft hinein, indem die Mitglieder in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen aktiv zur Integrationsförderung beitragen“[295]. Dem Integrationsbeirat gehören gewählte Mitglieder mit Migrationshintergrund sowie „Vertreterinnen und Vertreter derjenigen Institutionen (…), die eine zentrale Rolle für das Gelingen des Integrationsprozesses spielen“ an[296].

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Die *Hamburger Stiftung für Migranten* verfolgt das Ziel, die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu stärken. Einen wesentlichen Schwerpunkt der Stiftung stellt die Förderung der beruflichen Ausbildung von jungen Migranten

[291] URL: http://www.hamburg.de/basfi/organisation/1593392/amt-ai/ [Stand 08.02.2016]

[292] URL: http://www.hamburg.de/zkf/ [Stand 08.02.2016]

[293] URL: http://www.hamburg.de/contentblob/103280/data/organigramm.pdf [Stand 08.02.2016]

[294] DGB Bildungswerk (2002): *Forum Migration*. Aug/2002, S. 1.

[295] Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration: *Geschäftsordnung des Integrationsbeirats – Aufgaben, Zusammensetzung, Arbeitsweise*. Hamburg, S. 2. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/549044/data/geschaeftsordnung.pdf [Stand 08.02.2016]

[296] URL: http://www.hamburg.de/basfi/mitglieder/ [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

durch Projektförderungen sowie einem Stipendienprogramm dar. Darüber hinaus ist die Koordinierungsstelle für Paten- und Mentorenprojekte bei der Hamburger Stiftung für Migranten angesiedelt. Die Servicestelle unterstützt nicht nur Patenschaftsprojekte durch Informations- und Beratungsangebote sondern bietet ferner einen Raum zur Vernetzung der relevanten Akteure[297].

4.6.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die Grundlage der Hamburger Integrationspolitik bildet das im Jahre 2013 verabschiedete Integrationskonzept *Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt*, dass eine Neuausrichtung des ersten Handlungskonzeptes aus dem Jahre 2006 *zur Integration von Zuwanderern* darstellt. Eine Besonderheit des Konzeptes besteht darin, dass für jeden thematischen Schwerpunkt Teilziele benannt, messbare Indikatoren zur Zielerreichung definiert, Vergleichswerte dargelegt und Zielwerte formuliert werden. Durch dieses Vorgehen wird der Integrationsprozess in Hamburg messbar und folglich auch sichtbar, „ob und in welcher Weise sich die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vollzieht und in welchen Bereichen es Defizite und Handlungsbedarfe gibt“[298]. Das Hamburger Integrationskonzept beinhaltet demnach auch eine Art Integrationsmonitoring, das anhand von Zeitreihen in verschiedenen integrationsrelevanten Bereichen den Prozess der Integration von Hamburgern mit Migrationshintergrund darstellt.

Um eine gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Migrationsgeschichte in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen zu erzielen, verfolgt das Hamburger Integrationskonzept insbesondere eine interkulturelle Öffnung der Regelsysteme sowie einen Abbau von struktureller Diskriminierung. Insgesamt umfasst das Konzept sieben Schwerpunkte: Neben der strukturellen Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt stellen der Wohnungsmarkt, Einbürgerung und politische Mitgestaltung sowie Gesundheit, Rehabilitation, Pflege und Verbraucherschutz integrationspolitische Themen des Stadtstaates dar. Überdies beinhaltet der Bereich „Zusammenhalt stärken“ unter anderem die Aspekte Medien, Kinder-/Jugend- und Seniorenarbeit, Kultur, bürgerschaftliches Engagement sowie Partizipation in der integrierten Stadtteilentwicklung[299].

Mit der Hamburger Richtlinie *Förderung der chancengerechten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund* werden Maßnahmen unterstützt, die zu einer Umsetzung der Ziele des Integrationskonzeptes beitragen. Im Rahmen der Richtlinie werden „insbesondere Mig-

---

[297] URL: http://www.stiftung-fuer-migranten.de/ [Stand 08.02.2016]

[298] Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2013): *Hamburger Integrationskonzept. Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt.* Hamburg, S. 10. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf [Stand 08.02.2016]

[299] Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2013): *Hamburger Integrationskonzept. Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt.* Hamburg, S. 8ff. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf [Stand 08.02.2016]

rantenorganisationen gefördert, die ergänzend zu den Regelangeboten (…) Zuwanderer bei einer chancengerechten, gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen“ [300].

Integrationspolitik auf Bezirksebene

Mit der Einrichtung von regionalen Integrationszentren (IZ) in allen sieben Hamburger Bezirken wurde ein wesentlicher Aspekt des ersten Handlungskonzeptes umgesetzt. Durch die Richtlinie zur *Förderung von regionalen Integrationszentren* unterstützt die Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration die bedarfsgerechte Umsetzung von Informations- und Beratungsangeboten, die ergänzend zu den Regelangeboten des Stadtstaates einen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe von zugewanderten, bleibeberechtigten Hamburgern leisten. Ferner werden ergänzende Sprachlernangebote gefördert, um die Sprachkompetenzen der Erwachsenen mit Zuwanderungsgeschichte zu erweitern[301].

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration fördert zudem durch die Etablierung von *Integrationsfachkräften* in allen Hamburgern Bezirksämtern „die Umsetzung des gesamtstädtischen Integrationskonzepts bzw. die interkulturelle Öffnung auch auf Bezirksebene“[302].

Besonderheiten in den integrationspolitischen Diskursen

Eine Analyse der Hamburger Koalitionsverträge im Hinblick auf integrationsbezogene Schwerpunkte belegt, dass der Integrationspolitik eine zunehmende Bedeutung im Zeitverlauf beigemessen wurde. Während in der Regierungsperiode der CDU-FDP-Schill-Partei von 2001 bis 2004 keine konkreten integrationspolitischen Ziele benannt wurden[303], strebte die folgende Alleinregierung der CDU (2004-2008) zumindest ein „integrationsfreundliches Klima“ für Personen mit Migrationsgeschichte an und setzte den Schwerpunkt auf die Sprachförderung[304]. Die Vereinbarung der CDU-Die Grünen-GAL-Koalition (2008-2011) legt

---

[300] Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2015): *Förderrichtlinie der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) – Förderung der chancengerechten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund.* Hamburg. URL: http://www.hamburg.de/integration/service/4587090/foerderrichtlinie-integration-text/ [Stand 08.02.2016]

[301] Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2015): *Förderung von regionalen Integrationszentren für Zugewanderte in Hamburg.* Hamburg. URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=4aa561e46fff16fb87d819d09c769842;views;document&doc=12500&typ=RL [Stand 08.02.2016]

[302] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 113.

[303] Christlich Demokratische Union (CDU), Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei), Freie Demokratische Partei (FDP) (2001): *Vertrag über die Koalition für die Legislaturperiode 2001-2005.* Hamburg. URL: https://www.nachhaltigkeit.info/media/1298387151phpGha8gU.pdf [Stand 08.02.2016]

[304] Christlich Demokratische Union, Landesverband Hamburg (2004): *Hamburg im Aufwind – die Zukunft der Wachsenden Stadt gestalten.* Hamburg, S. 15. URL: http://www.wachsender-widerstand.de/regierungsprogramm-2004-2008.pdf [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

für mehrere Handlungsbereiche integrationspolitische Ziele dar, wie beispielsweise eine Beschleunigung des Einbürgerungsverfahrens oder eine Anerkennungsberatung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Ferner wurde bereits in dieser Regierungsperiode auf eine interkulturelle Öffnung der Behörden verwiesen, um die spezifischen Bedürfnisse der Migranten bedarfsgerecht zu berücksichtigen. Des Weiteren erfolgte erstmals durch diese Koalition eine Definition von Flüchtlingen als Zielgruppe politischer Bemühungen[305]. Unter der SPD-Regierung (2011 bis 2015) schloss die Hansestadt im November 2012 als erstes Bundesland einen Vertrag mit islamischen Gemeinden „in dem Wunsch, die Beteiligung der islamischen Religionsgemeinschaften am religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt anzuerkennen und zu unterstützen“[306]. In Artikel 1 Abs. 1 wird dem islamischen Glauben verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Schutz garantiert. Neben Regelungen zur praktischen Religionsausübung, wie dem Bestattungswesen oder dem Religionsunterricht, beinhaltet der Vertrag ferner Bestimmungen über gemeinsame Wertegrundlagen sowie dem Zusammenwirken der Vertragsparteien.

Eine weitere Besonderheit des Stadtstaates besteht in der im Jahre 2012 eingeführten Gesundheitskarte für Asylsuchende, womit Hamburg neben der Freien Hansestadt Bremen, die diese bereits 2005 umsetzte, eine Vorreiterrolle in der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen einnimmt[307].

4.6.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[308]

Das Land Hamburg investierte im Jahre 2014 rund 67,3 Millionen Euro in die Integration von Personen mit Migrationshintergrund (Tabelle 15). Demnach lag der relative Anteil integrationspolitischer Aufwendungen am Hamburger Gesamthaushalt bei ca. 0,56%, womit der Stadtstaat den fünfthöchsten Anteil integrationspolitischer Ausgaben in Deutschland aufwies. Mit 98,4 Millionen Euro im Jahre 2015 erhöhte die Freie und Hansestadt Hamburg die finanziellen Aufwendungen für integrationspolitische Aspekte auf einen relativen Anteil am Gesamthaushalt von 0,8%.

---

[305] Christlich Demokratische Union, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL (2008): *Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL*. Hamburg, S. 50ff. URL: http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/koalitionsvertrag_April2008.pdf [Stand 08.02.2016]

[306] Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf [Stand 08.02.2016]

[307] Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.):*Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende und Flüchtlinge. Der Umsetzungsstand im Überblick der Bundesländer.* Gütersloh, Sachstand: Februar 2016, S. 17. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_VV_Gesundheitskarte_Fluechtlinge_2016.pdf [Stand: 25.08.2016]

[308] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 53).

Tabelle 15: Integrationspolitische Ausgaben in Hamburg 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Hamburg	67,3 Mio.	12,1 Mrd.	0,56
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Hamburg	98,4 Mio.	12,3 Mrd.	0,80
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne der Freien und Hansestadt Hamburg, eigene Berechnungen

4.6.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Der Abbau von Diskriminierung bildet einen Schwerpunkt und zugleich eine zentrale Strategie des Hamburger Integrationskonzeptes. Im November 2013 wurde das im Integrationskonzept angestrebte Landesprogramm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus durch den Hamburger Senat beschlossen. Auf der Grundlage der *Förderrichtlinie zum Landesprogramm „Hamburg - Stadt mit Courage" - Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus* werden Maßnahmen unterstützt, die eine Bekämpfung von Rechtsextremismus, Diskriminierung sowie menschenfeindlichen Einstellungen verfolgen und auf eine Stärkung demokratischer Prozesse hinwirken[309]. Neben dem Landesprogramm und dem Integrationskonzept beschloss der Hamburger Senat im Juli 2014 die Antidiskriminierungsstrategie *Vielfalt fördern – Diskriminierungen abbauen/Kein Raum für Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Hamburg*[310]. „Diese ineinandergreifenden Handlungsstrategien [Landesprogramm, Integrationskonzept, Antidiskriminierungsstrategie] ermöglichen eine systematische Bearbeitung insbesondere

- von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Form von Muslim- bzw. Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Homophobie
- der interkulturellen Öffnung von Verwaltung und Gesellschaft

[309] Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2013): *Hamburg – Stadt mit Courage: Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus.* Hamburg. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/3866780/data/landesprogramm-gegen-rechtsextremismus-barrierefrei.pdf [Stand 08.02.2016]

[310] Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2014): *Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Februar 2013 (Drucksachse 20/6658) „Vielfalt fördern – Diskriminierungen abbauen/Kein Raum für Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Hamburg".* Hamburg, Drucksache 20/12555. URL: http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/45844/stellungnahme-des-senats-zu-dem-ersuchen-der-b%C3%BCrgerschaft-vom-13-februar-2013-drucksache-20-6658-%E2%80%9Evielfalt-f%C3%B6rdern-%E2%80%93-diskriminierungen-abbauen-kein.pdf [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

- von Benachteiligungen in Behörden oder auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt sowie
- eine verstärkte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft“[311].

Seit 2014 besteht die Antidiskriminierungsberatung *amira*, die durch die Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration finanziert wird und deren Schwerpunkt auf der „Diskriminierung aufgrund (zugeschriebener) Herkunft und Religion, Hautfarbe oder Sprache“ liegt[312].

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist am 09. September 2011 als zweites Bundesland (nach Berlin) der Koalition gegen Diskriminierung beigetreten. Überdies unterzeichnete der Stadtstaat als viertes Bundesland im September 2008 die Charta der Vielfalt[313].

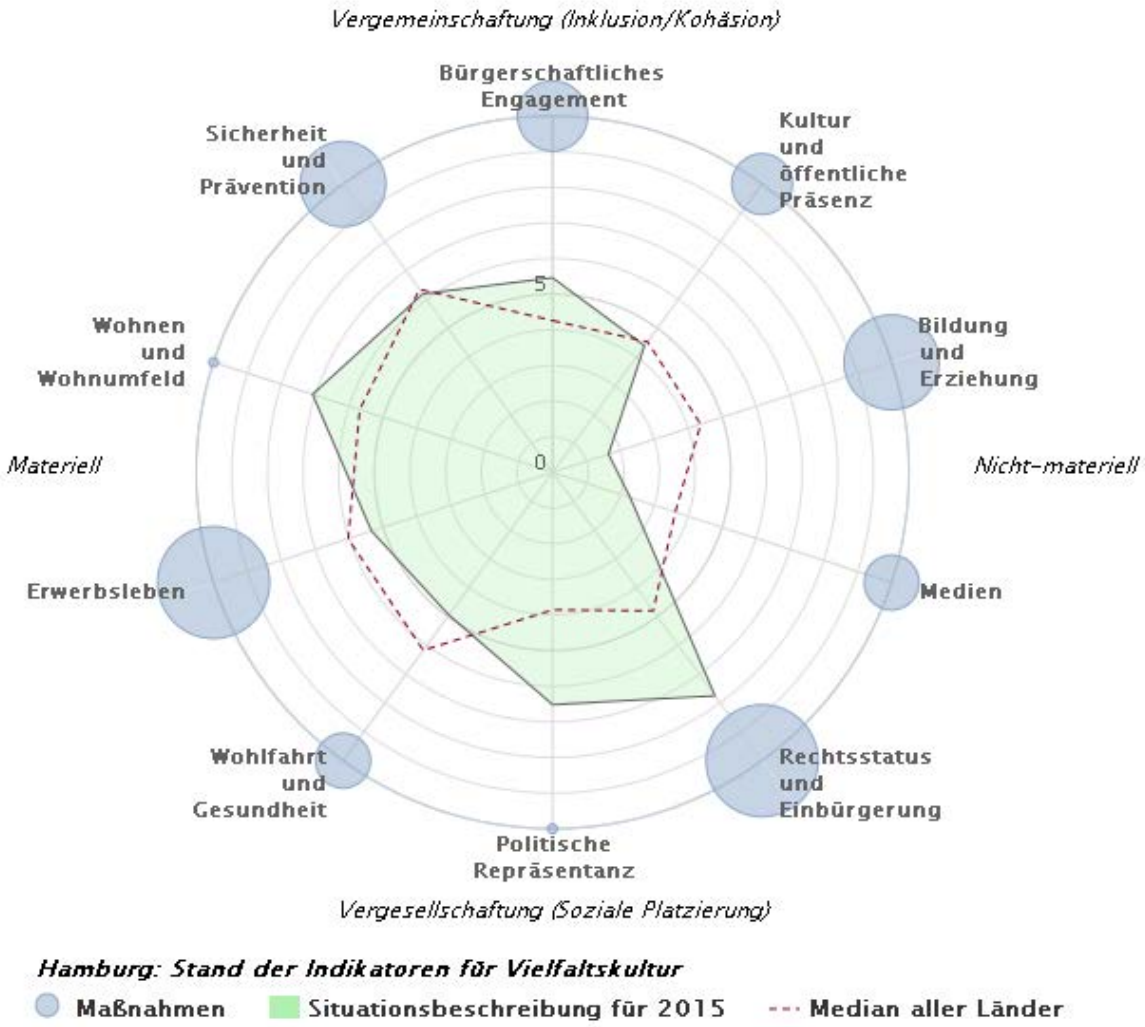
[311] Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2014): *Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 21. Mai 2014 (Drucksachse 20/11767) „Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen“.* Hamburg. URL: https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/46801/stellungnahme-des-senats-zu-dem-ersuchen-der-b%C3%BCrgerschaft-vom-21-mai-2014-drucksache-20-11767-%E2%80%9Eeffektive-ma%C3%9Fnahmen-gegen-gewaltbereiten-salafismus.pdf [Stand 08.02.2016]

[312] URL: http://www.verikom.de/wp-content/uploads/amira-flyer-2014-11-11.pdf [Stand 08.02.2016]

[313] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

4.6.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 8: Umgang mit Vielfalt in Hamburg



Quelle: eigene Darstellung

4.6.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Die Auswertungen der Situationsanalyse in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* belegen, dass die Mehrheitsbevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg eine hohe Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist. So ist die Akzeptanz der befragten Mehrheitsbevölkerung gegenüber der öffentlichen Sichtbarkeit von Moscheen im deutschlandweiten Vergleich am höchsten. Zudem erzielt der Stadtstaat den dritthöchsten Wert bei dem Indikator zur Messung der kulturellen Akzeptanz durch Migrationsprozesse: Knapp drei Viertel (74,5%) der befragten Hamburger Mehrheitsbevölkerung gab an, dass die Gesellschaft durch Einwanderung kulturell bereichert worden sei. Lediglich 11,6% der be-

© efms 2016

fragten Hamburger sind der Meinung, dass sich durch Migrationsprozesse nicht viel verändert habe und 13,9% teilen die Ansicht einer kulturellen Verarmung der Gesellschaft durch Einwanderung.

Sowohl bei den vorhandenen regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund als auch der Einstellung gegenüber diesen seitens der Hamburger Mehrheitsbevölkerung ohne Kontakt zu Migranten rangiert der Stadtstaat jeweils im Mittelfeld auf dem zehnten Rang aller Länder.

Dagegen belegt Hamburg bei dem Indikator zur Darstellung der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen den vorletzten Rang: Während 23,0% der befragten Hamburger ohne Migrationshintergrund regelmäßig Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen besuchen, liegt der Anteil unter Migranten bei lediglich 13,7%. Des Weiteren bildet der Stadtstaat das Schlusslicht des Ländervergleichs hinsichtlich der ethnischen sowie religiösen Vielfalt in darstellenden und unterhaltenden Berufen.

Insgesamt rangiert die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem composite indicator von 4,4 in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Der Stadtstaat weist einen im oberen Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs liegenden Wert bezüglich der landesweiten Maßnahmen im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* auf. Eine Aktivität der Freien und Hansestadt Hamburg, die es besonders hervorzuheben gilt, stellt die *Förderung von interkulturellen Projekten* dar. Die Förderrichtlinie zielt darauf ab, die „kulturelle Vielfalt der Hansestadt zu wahren, sowie Menschen mit Migrationshintergrund eine Plattform zu ermöglichen, ihre kulturellen Identitäten künstlerisch zu gestalten, weiterzuentwickeln und sie öffentlich zu präsentieren, Netzwerke zu bilden und einen gleichberechtigten Dialog der unterschiedlichen Kulturen zu stärken“[314]. Im Rahmen der Förderrichtlinie werden „Projekte aller Kunstsparten von in Hamburg lebenden Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund, sowie interkulturelle Kulturinitiativen und Vereine“ finanziell unterstützt[315].

Des Weiteren wurde das interkulturelle Festival *eigenarten*, welches unter anderem von der Hamburger Kulturbehörde gefördert wird, aufgrund des hohen Vielfaltsbezugs sowie Innovationsgrads als Schlüsselmaßnahme definiert. Hamburger Künstler mit Migrationsgeschichte stellen auf der Veranstaltung ihre Produktionen vor, die von den Erfahrungen des Lebens in mehreren Kulturen geprägt sind. Mit dem Festival soll zum einen die kulturelle sowie

[314] URL: http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/kulturaustausch/2490800/foerderung-interkulturell/ [Stand 08.02.2016]

[315] Freie und Hansestadt Hamburg. Kulturbehörde (2010): *Förderrichtlinie für interkulturelle Projekte.* Hamburg, S. 1. URL: http://www.hamburg.de/contentblob/2731518/data/interkulturell-foerderrichtlinien.pdf [Stand 08.02.2016]

künstlerische Vielfalt gefördert und zum anderen die Vernetzung zwischen den Kunstschaffenden angeregt werden[316].

4.6.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Die im Ländervergleich betrachteten Bildungsindikatoren zeigen für den Stadtstaat Hamburg ein sehr negatives Bild: Sowohl bei den Indikatoren zur Operationalisierung des Bildungs- und Ausbildungserfolges als auch bei den Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich ist die Freie und Hansestadt Hamburg im unteren Feld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen.

Hamburg weist nicht nur bei der Gegenüberstellung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) nach dem Migrationsintergrund, sondern auch bei dem Vergleich des höchsten beruflichen Abschlusses (Fachhoch-/Hochschulabschluss) die größte Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten auf (jeweils Rang 16). Darüber hinaus haben 24,1% der befragten Hamburger mit Migrationshintergrund die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt worden zu sein. Mit diesem hohen Wert rangiert der Stadtstaat bei den schulischen Diskriminierungserfahrungen im unteren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs (Rang 14).

Während die Bildungsindikatoren der Freien und Hansestadt Hamburg dem unteren Feld des Länderrankings zuzuordnen sind, rangiert der Stadtstaat hinsichtlich des Anteils an Erwerbstätigen mit Migrationsgeschichte in lehrenden und ausbildenden Berufen im mittleren Bereich aller Länder (Rang 8).

In der Dimension *Bildung und Erziehung* hat Hamburg einen composite indicator von 1,7, womit der Stadtstaat nach Bremen das Schlusslicht des Ländervergleichs bildet (Rang 15).

Maßnahmenanalyse

Bei der ländervergleichenden Analyse der Maßnahmen in der Dimension *Bildung und Erziehung* positioniert sich der Stadtstaat auf dem vierten Rang aller Länder. Den Schwerpunkt der landesweiten Maßnahmen bilden – in Übereinstimmung mit den Zielen des Hamburger Integrationskonzeptes – Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung der Regeleinrichtungen (in diesem Fall der Bildungseinrichtungen). In diesem Zusammenhang wurde die *Beratungsstelle interkulturelle Erziehung*, welche das Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung verantwortet, als Schlüsselmaßnahme ausgewählt. Neben interkulturellen Kompetenztrainings berät die Stelle Schulen und Referendare in interkulturellen Fragen[317].

[316] URL: http://www.festival-eigenarten.de/festival/idee/ [Stand 08.02.2016]

[317] URL: http://li.hamburg.de/bie/ [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

Darüber hinaus führt der Stadtstaat, entsprechend den Zielen des Integrationskonzeptes, Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung von Ausbildungsangeboten des öffentlichen Dienstes für Personen mit Zuwanderungsgeschichte durch. Beispielsweise setzt die Dachkampagne *Wir sind Hamburg! Bist du dabei?* auf eine Erhöhung der Anzahl von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Berufsausbildungen und Studiengängen der Hamburger Verwaltung[318].

4.6.3.3 Medien

Situationsanalyse

Der Stadtstaat Hamburg gehört neben Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein der Landesrundfunkanstalt des Norddeutschen Rundfunks (NDR) an. Dieser erzielt bezüglich der Vielfalt in der Medienpolitik – operationalisiert anhand des Migrantenanteils unter den Rundfunkratsmitgliedern – und der medialen Sichtbarkeit von Personen mit Migrationshintergrund als Moderatoren jeweils unterdurchschnittliche Werte. Zudem rangiert Hamburg bei der Einschätzung der Darstellung der Lebenssituation von Migranten in medialen Berichten seitens der Mehrheitsbevölkerung im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs (Rang 13).

Insgesamt ist die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem composite indicator von 2,3 in der Dimension *Medien* im unteren Mittelfeld auf dem zwölften Rang einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Hamburg erreicht mit der Landesrundfunkanstalt des NDR in der Maßnahmenanalyse der Dimension *Medien* einen im Ländervergleich durchschnittlichen Wert. Insbesondere herauszuarbeiten sind allerdings die Kooperationen des NDR mit verschiedenen Bildungseinrichtungen zur Rekrutierung junger Migranten für den journalistischen Bereich[319].

4.6.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Bei dem dimensionsspezifischen Indikator „Einbürgerungspotential“, der sich aus den Einzelindikatoren „langfristiges Aufenthaltsrecht für Drittstaatsangehörige“ sowie dem „ausgeschöpften Einbürgerungspotential“ zusammensetzt, erreicht Hamburg den höchsten Wert im bundesweiten Vergleich. Dieser Spitzenwert ist insbesondere auf das hohe ausgeschöpfte Einbürgerungspotential der Freien und Hansestadt Hamburg zurückzuführen, welches mit rund 3,8% den ersten Rang aller Länder belegt. Daneben erzielt der Stadtstaat bei dem Indikator zur Darstellung der Einbürgerungspraxis den zweithöchsten transformierten Skalen-

[318] URL: http://www.hamburg.de/bist-du-dabei/2385460/kampagne/ [Stand 08.02.2016]

[319] URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html [Stand 08.02.2016]

wert des Ländervergleichs: Fast die Hälfte (48,4%) der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen in Hamburg erfolgt mit der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit (Deutschland: 37,3%).

Ein ebenfalls positives Bild ergibt die Betrachtung der Leistungen für Asylbewerber: Mit einem Anteil von 73,6% dezentral untergebrachten Asylbewerbern belegt der Stadtstaat den vierten Rang im bundesweiten Vergleich. Im Hinblick auf die Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern (Rang 9) sowie dem Anteil an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht (Rang 8) ist Hamburg im Mittelfeld aller Länder einzuordnen.

Insgesamt erreicht der Stadtstaat Hamburg in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* den höchsten composite indicator.

Maßnahmenanalyse

Bezüglich der Anzahl landesweiter Maßnahmen in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* ist der Stadtstaat Hamburg dem oberen Bereich des Ländervergleichs zuzuordnen. Den Schwerpunkt bilden Aktivitäten zur Unterstützung von Flüchtlingen sowie Asylsuchenden. Die hohe Bedeutung, die den Flüchtlingen als Zielgruppe integrationspolitischer Bemühungen im Hamburger Integrationskonzept und der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (2015-2020) beigemessen wird, spiegelt sich demzufolge auch in der Maßnahmenanalyse wider.

Eine Schlüsselmaßnahme in diesem Handlungsbereich stellt beispielsweise das *Hamburger Orientierungsprogramm: Perspektiven im Einwanderungsland* (HO:PE) dar, welches unter anderem durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration gefördert wird. Das Projekt bietet nicht nur individuelle Beratungen zu asyl- und sozialrechtlichen Fragen, sondern unterstützt Flüchtlinge auch darin, „sich Kompetenzen zum interkulturellen Zusammenleben und zu Alltagskommunikation in Deutschland anzueignen“ [320]. Neben der direkten Unterstützung von Flüchtlingen werden im Rahmen des Programms auch ehrenamtliche Lotsen geschult und in die Projektumsetzung eingebunden. Ferner wurde das Projekt *Sprache im Alltag,* das im Gegensatz zu gängigen Deutschunterrichtsangeboten den Fokus „auf die praktische und lebensnahe Anwendung der deutschen Sprache“ legt, als hervorzuhebende Maßnahme in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* ausgewählt. Über regelmäßige Gesprächsrunden hinaus werden für eine Festigung der deutschen Sprachkenntnisse auch Exkursionen „zum (lebenspraktischen) Erkunden der Heimatstadt“ durchgeführt[321].

Die Situationsanalyse belegte die hohe Ausschöpfung des Einbürgerungspotentials in Hamburg. Eine Betrachtung der landesweiten Maßnahmen zeigt weiterhin, dass dem Bereich

[320] URL: http://www.fz-hh.de/de/projekte/HOPE.php [Stand 08.02.2016]

[321] URL: http://www.sprachbruecke-hamburg.de/ [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

Einbürgerung - entsprechend als Handlungsfeld im Hamburger Integrationskonzept benannt – in dem Stadtstaat eine wesentliche Bedeutung beigemessen wird. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit Einbürgerungskampagnen ist die Kampagne *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause* differenzierter angelegt. Neben Informationen zum Einbürgerungsverfahren und einem persönlichen Anschreiben vom Hamburger Bürgermeister werden Einbürgerungsfeiern durchgeführt sowie Einbürgerungslotsen eingesetzt, die ehrenamtlich bei Formalitäten unterstützen bzw. bei Behördengängen begleiten[322].

4.6.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt nach den Stadtstaaten Bremen und Berlin das erfolgreichste Bundesland der Dimension *politische Repräsentanz* dar. Insbesondere bei der interkulturellen Öffnung der Parteien, die anhand der Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund operationalisiert wird, erzielt Hamburg den zweiten Rang im bundesweiten Vergleich. Bei allen anderen Indikatoren dieser Dimension – Vielfalt im Landesparlament, Gegenüberstellung der politischen Beteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Akzeptanz der politischen Repräsentanz von Migranten seitens der Mehrheitsbevölkerung - belegt der Stadtstaat jeweils den fünften Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Für Hamburg wurden keine landesweiten Maßnahmen zur Stärkung des politischen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund identifiziert.

4.6.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Die Auswertungen der Situationsanalyse belegen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* insgesamt dem unteren Feld des Ländervergleichs zuzuordnen ist (Rang 13). Während der Stadtstaat ein positives Ergebnis bei der vergleichenden Variable zur Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zugunsten der Migranten erzielt (Rang 4), liegt Hamburg hinsichtlich der Gegenüberstellung der Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung mit einer vergleichsweise hohen Differenz zum Nachteil der Migranten im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12).

Der Indikator zur Operationalisierung der Interkulturalität im Gesundheitssystem zeigt zudem, dass der Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen nach Berlin und Mecklenburg-Vorpommern in Hamburg am drittniedrigsten ist.

[322] URL: http://einbuergerung.hamburg.de/einbuergerung/ [Stand 08.02.2016]

Maßnahmenanalyse

Bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Förderung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* rangiert der Stadtstaat Hamburg im Mittelfeld. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf der Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsleistungen für Menschen mit Migrationsgeschichte.

4.6.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Die Freie und Hansestadt Hamburg liegt sowohl bei dem Indikator zur Messung der interkulturellen Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt (Rang 10) – operationalisiert anhand der Gegenüberstellung der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund – und der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes (Rang 9) als auch der erfahrenen Benachteiligung von Hamburgern mit Migrationshintergrund bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche (Rang 9) im Mittelfeld aller Länder.

Im Hinblick auf die Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz rangiert der Stadtstaat im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12): 17,4% der befragten Hamburger mit Migrationshintergrund wurden aufgrund ihrer Herkunft am Arbeitsplatz benachteiligt (Bundesdurchschnitt: 16,6%).

Hamburg erreicht in der vorliegenden Dimension einen composite indicator (5,3), der im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen ist (Rang 10).

Maßnahmenanalyse

Während Hamburg eine eher mäßige Ausgangssituation im Bereich *Erwerbsleben* besitzt, zeigen die Auswertungen der landesweiten Maßnahmen ein konträres Bild: Hamburg erzielt die höchste Anzahl an Aktivitäten, die einen Beitrag zur Förderung einer arbeitsmarktbezogenen Vielfaltskultur leisten. Ferner wurden in dem Stadtstaat die meisten Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

Die von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie dem DGB Hamburg geförderte *Fachstelle Migration und Vielfalt* zielt auf eine Verbesserung der beruflichen Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte ab. Der Schwerpunkt der Fachstelle liegt auf der Sensibilisierung von Unternehmen für den Umgang mit Vielfalt. Neben Beratungsangeboten zum Abbau von Diskriminierung und einer Stärkung der interkulturellen Kompetenz des Betriebes, werden Unternehmen zudem bei der Gestaltung von Vielfalt sowie der Umsetzung der interkulturellen Öffnung begleitet[323]. Die *BQM - Beratung, Qualifizierung, Migration* fördert mit einem vielfältigen Angebot „die interkulturelle Öffnung

[323] URL: http://hamburg.arbeitundleben.de/beratung_weiterbildung/migration [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

von Hamburgs Arbeitsmarkt und allen am Ausbildungsprozess beteiligten Akteuren“[324]. Dabei stellen nicht nur Unternehmen sondern auch Schulen, Institutionen sowie Personen mit Migrationshintergrund die Zielgruppen der Beratungsangebote dar.

Des Weiteren besitzt die Freie und Hansestadt Hamburg ein Stipendienprogramm zur Unterstützung von qualifizierten Fachkräften mit Migrationshintergrund, um den Fachkräftebedarf des Hamburger Arbeitsmarktes zu decken. Auf der Grundlage der Richtlinie *zur Gewährung von Stipendien und Zuschüssen zur Förderung der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und von Fachkräftepotentialen in der Berufsausbildung* soll eine bildungsadäquate Arbeitsmarktintegration von Personen mit Zuwanderungsgeschichte gewährleistet werden[325].

Die Anlaufstelle *W.I.R. - work and integration for refugess* stellt eine weitere Schlüsselmaßnahme des Stadtstaats Hamburg dar, die Flüchtlinge und Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt. Im Rahmen von W.I.R. arbeiten die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, die Hamburger Agentur für Arbeit sowie das Jobcenter team.arbeit.hamburg gemeinsam mit relevanten Trägern der Flüchtlingshilfe zusammen. Die systematische Begleitung der Flüchtlinge umfasst neben einer individuellen Erfassung der Lebenssituation und der beruflichen Kompetenzen eine institutionsübergreifende Fallbesprechung um weitere, mögliche Schritte zur Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt einzuleiten[326].

Das Netzwerk *FLUCHTort Hamburg Plus*[327] und der Projektverbund *Chancen am FLUCHTort Hamburg*[328] richten sich an Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Im Rahmen der Maßnahmen werden Beratungen, Qualifizierungen sowie Schulungen für Flüchtlinge und Multiplikatoren angeboten, um die Beschäftigungsfähigkeit der Flüchtlinge und damit einhergehend deren Integrationschancen in den Hamburger Arbeitsmarkt zu erhöhen.

4.6.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Die Freie und Hansestadt Hamburg erzielt (nach Brandenburg) den zweithöchsten composite indicator in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld*. Dieses Ergebnis ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Hamburg die Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiö-

[324] URL: http://www.bqm-hamburg.de/bqm/pages/index/p/474 [Stand 08.02.2016]

[325] Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2015): *Richtlinie der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zur Gewährung von Stipendien und Zuschüssen zur Förderung der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und von Fachkräftepotentialen in der Berufsausbildung (Stipendienprogramm).* Hamburg. URL: http://www.hamburg.de/wirtschaft/anerkennung-abschluesse/ [Stand 08.02.2016]

[326] URL: http://www.hamburg.de/arbeit/nofl/4626458/work-and-integration-for-refugees/ [Stand 08.02.2016]

[327] URL: http://www.fluchtort-hamburg.de/75/ [Stand 08.02.2016]

[328] URL: http://www.passage-hamburg.de/betriebe/miz/chancen-fluchtort.html [Stand 08.02.2016]

ser Vielfalt im Wohnumfeld seitens der Mehrheitsgesellschaft im bundesweiten Vergleich am höchsten liegt. Zudem ist die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der Eigentümerquote im Ländervergleich relativ niedrig, wodurch Hamburg im oberen Feld einzuordnen ist (Rang 2). Im Hinblick auf den Vergleich der Wohnfläche nach dem Migrationshintergrund (Rang 9) sowie der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche (Rang 6) erzielt Hamburg jeweils einen Rang im mittleren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs.

4.6.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Lediglich bei den Einzelindikatoren zur Messung der Diskriminierungserfahrungen von Migranten weicht das Bundesland vom Mittelfeld in Richtung des unteren Bereichs des Ländervergleichs ab. Rund ein Drittel (29,9%) der befragten Hamburger mit Migrationshintergrund haben persönlich die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft in Ämtern bzw. Behörden benachteiligt worden zu sein; im Alltag stellt sich der Anteil an erfahrener Diskriminierung mit 26,7% ebenfalls relativ hoch dar. Die Einzelindikatoren zur Operationalisierung der Diskriminierungserfahrungen liegen in Hamburg über dem gesamtdeutschen Wert (24,4% bzw. 21,8%), womit dem Stadtstaat jeweils der zwölfte Rang zugewiesen wird.

Insgesamt ist die Freie und Hansestadt Hamburg in der Situationsanalyse der Dimension *Sicherheit und Prävention* im Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen (Rang 10).

Maßnahmenanalyse

Bei der Auswertung relevanter Maßnahmen zur Stärkung der ethnischen sowie religiösen Vielfalt in der Dimension *Sicherheit und Prävention* erreicht Hamburg einen Wert im unteren Mittelfeld aller Länder. Einen Schwerpunkt der landesweiten Projekte stellen Aktivitäten im Bereich der Intervention dar.

Neben dem bereits beschriebenen Landesprogramm *Hamburg – Stadt mit Courage* wurde in der vorliegenden Dimension mit dem *Monitoring – (Extrem)rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Engagement* eine weitere Schlüsselmaßnahme identifiziert. Das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT) unter dem Verein Arbeit und Leben Hamburg e. V. veröffentlicht regelmäßig einen kurzen Bericht über die rechtsextremen Strukturen in Hamburg sowie den Initiativen, die sich für eine Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen. Die Regelmäßigkeit der Monitoringberichte und der Innovationsgrad aufgrund des hohen regionalen Bezugs führten zu der Entscheidung, diese Veröffentlichungen als Schlüsselmaßnahme zu werten[329].

[329] URL: http://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt/downloads [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

4.6.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Die hohe Akzeptanz der Hamburger Mehrheitsgesellschaft gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt spiegelt sich auch in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* wider. Im Ländervergleich erreicht der Stadtstaat bei der Zustimmung zum aktiven Engagement von Migranten seitens der Mehrheitsbevölkerung den dritthöchsten transformierten Skalenwert. Bei dem Vergleich der regelmäßigen, ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund rangiert Hamburg auf dem achten Platz aller Länder.

Insgesamt liegt die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem composite indicator von 5,5 in der vorliegenden Dimension im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 5).

Maßnahmenanalyse

In der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* ist der Stadtstaat Hamburg bezüglich der Anzahl durchgeführter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Mittelfeld einzuordnen. Das Modellprojekt der Berliner und Hamburger Landesjugendringe *Partizipation - Bildung – Integration*, welches als Schlüsselmaßnahme identifiziert wurde, zielt auf eine Unterstützung von Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) bezüglich des Aufbaus und der Weiterentwicklung von Verbandsstrukturen ab. Darüber hinaus soll zum einen die Partizipation der MJSO in den Strukturen der Landesjugendringe gestärkt und zum anderen eine interkulturelle Öffnung der Jugendverbände gefördert werden[330]. Zur Erreichung dieser Ziele werden unter anderem bedarfsorientierte Workshop- und Beratungsangebote für MJSO durchgeführt, Jugendverbände im Prozess der interkulturellen Öffnung begleitet sowie eine Vernetzung aller projektbeteiligten Jugendverbände angeregt und Kooperationen initiiert.

4.6.4 Kurzfazit

Die Freie und Hansestadt Hamburg zeigt insgesamt einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt. Besonders hervorzuheben ist das Ergebnis der Maßnahmenanalyse: Hamburg erreicht in drei Dimensionen (*Bildung und Erziehung, Rechtsstatus und Einbürgerung* sowie *Erwerbsleben*) Werte über dem deutschlandweiten Median. Mit Ausnahme des Bereichs der *politischen Repräsentanz* liegt die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur in keiner Dimension unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Die Auswertungen der Situationsanalyse belegen, dass Hamburg insbesondere in den Dimensionen *Rechtsstatus und Einbürgerung*, *Wohnen und Wohnumfeld* sowie *politische Repräsentanz* über eine sehr gute Ausgangssituation bezüglich des Umgangs mit aus Migrationsprozessen entstandener Vielfalt verfügt. In den Bereichen *Bildung* sowie *Wohlfahrt und*

[330] URL: http://www.ljrberlin.de/partizipation-bildung-integration [Stand 08.02.2016]

Gesundheit deuten die Ergebnisse der Situationsanalyse dagegen auf verstärkten Handlungsbedarf hin.

Zudem belegen die Auswertungen, dass der Stadtstaat einen markanten Widerspruch aufweist: Der hohen Akzeptanz von ethnischer sowie religiöser Vielfalt seitens der Hamburger Mehrheitsbevölkerung steht ein hoher Anteil erfahrener Diskriminierung in den Bereichen Schule, Arbeitsplatz, Alltag und Behörden bzw. Ämtern gegenüber.

Tabelle 16: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Hamburg

Dimension	**Situation: CI** *Rang*	**Maßnahmen** *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,4** *9*	*5*
Bildung und Erziehung	**1,7** *15*	*4*
Medien	**2,3** *12*	*7*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**7,8** *1*	*4*
Politische Repräsentanz	**6,5** *3*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**5,0** *13*	*6*
Erwerbsleben	**5,3** *10*	*1*
Wohnen und Wohnumfeld	**7,1** *2*	
Sicherheit und Prävention	**6,2** *10*	*12*
Bürgerschaftliches Engagement	**5,5** *5*	*7*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.7 Hessen

4.7.1 Strukturdaten des Landes

Hessen ist mit 21.115 Quadratkilometern das flächenmäßig siebtgrößte deutsche Bundesland[331] und steht mit rund 6,1 Millionen Einwohnern hinsichtlich der Bevölkerungszahl an fünfter Stelle[332]. Wirtschaftlich ist Hessen ein starkes Bundesland: Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 43.073 Euro je Einwohner weist das Flächenland die viertgrößte wirtschaftliche Leistungskraft in Deutschland auf (Bundesdurchschnitt 37.099 Euro je Einwohner)[333]. Die Arbeitslosenquote in Hessen liegt mit 6,1% unter dem Bundesdurchschnitt von 7,1%. Darüber hinaus beläuft sich die Arbeitslosenquote der in Hessen lebenden ausländischen Bevölkerung auf 14,8%, womit diese im bundesweiten Vergleich am viertniedrigsten ist (Bundesdurchschnitt: 16,6%)[334].

Von den rund 6,1 Millionen in Hessen lebenden Personen weisen etwa 1,7 Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund auf; der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der hessischen Gesamtbevölkerung beträgt damit 28,4%, was nach den Stadtstaaten Bremen und Hamburg den höchsten Anteil aller Länder darstellt[335]. Der Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt mit 15,2% unmittelbar nach den drei Stadtstaaten - Berlin, Bremen und Hamburg - erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[336]. Personen mit türkischer (17,0%), polnischer (8,4%) sowie italienischer Staatsangehörigkeit (7,6%) stellen die größten Herkunftsgruppen der ausländischen Bevölkerung in Hessen dar[337].

4.7.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.7.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Der Bereich Integrationspolitik wurde 1999 als Schwerpunkt im Hessischen Sozialministerium verankert und war bis 2009 in einem Referat des Sozialministeriums angesiedelt; eine Reihe von Initiativen im integrationspolitischen Bereich mit deutlicher Budgetausstattung –

[331] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 09.03.2016]

[332] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[333] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[334] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[335] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[336] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[337] Ebd.

so zum Beispiel der Integrationskompass, eine flächendeckende Datenbank zu lokalen Integrationsmaßnahmen und Beratungsstellen, sowie das Integrationslotsenprojekt – wurden in diesem Zeitraum begonnen. Im Jahr 2009 wurde das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Minister der FDP) etabliert; ein traditioneller Schwerpunkt der hessischen Integrationspolitik – die Integration über sportliche Aktivitäten – wurde jedoch weiterhin durch die Sportförderung des Innenministeriums betrieben. Mit der neu gebildeten Regierung im Jahr 2014 erfolgte eine institutionelle Anbindung des Integrationsbereiches an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (Minister der CDU, für Integration zuständiger Staatssekretär der Grünen)[338]. Die Zuständigkeit für aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten obliegt dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport[339].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

In Hessen wird die Integrationspolitik durch den Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration vertreten; die Stelle ist als *Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung* konzipiert. Dem Staatssekretär ist eine *Stabsstelle Antidiskriminierung* und die Abteilung *Integration* mit fünf Referaten zugeordnet[340].

Hessen hat im Jahr 2000 als erstes Bundesland einen *Integrationsbeirat* eingerichtet, der derzeit am Hessischen Ministerium für Soziales und Integration angesiedelt ist. Dieser fungiert als Beratungsgremium für die Hessische Landesregierung und besteht aus 34 Mitgliedern unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche. Der Integrationsbeirat tagt dreimal jährlich und berät die Landesregierung zu Zielen und Leitlinien der hessischen Integrationspolitik sowie bei der Erarbeitung des Hessischen Integrationsplans[341].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Mit der *Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen* (agah), welche institutionell durch das Land Hessen gefördert wird[342], entstand bereits im Frühjahr 1983 der Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte in Hessen, der derzeit 90 kommunale Ausländerbeiräte versammelt und „gegenüber der Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit die besonderen Belange der ausländischen Bevölkerung [vertritt]“. „Die agah fördert durch Koordination, Erfahrungs- und Informationsaustausch die Effizienz der Arbeit der örtlichen Aus-

[338] URL: https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/organisationsplan_01_12_15_ohne_telefon.pdf [Stand 09.03.2016]

[339] URL: https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/2016.01.26_organigramm-2_0.pdf [Stand 09.03.2016]

[340] URL: https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/organisationsplan_01_12_15_ohne_telefon.pdf [Stand 09.03.2016]

[341] Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2014): *Integration in Hessen. Integrationsbrief 16.* Wiesbaden. URL: http://www.integreater.de/wp-content/uploads/2013/02/2014_12_Integrationsbrief_16_2014_HMSI.pdf [Stand 09.03.2016]

[342] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 91.

© efms 2016

länderbeiräte und ermöglicht eine bessere Nutzung der Ressourcen einzelner Beiräte und Kommunen. Sie unterstützt die Gründung neuer demokratisch gewählter Ausländerbeiräte und die Überwindung ihrer Anfangsschwierigkeiten“[343].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Eine Besonderheit Hessens ist die in der hessischen Gemeindeordnung geregelte Pflicht zur Einrichtung eines Ausländerbeirats: „In Gemeinden mit mehr als 1.000 gemeldeten ausländischen Einwohnern ist ein Ausländerbeirat einzurichten“ (§84 HGO), dem „zur Erledigung seiner Aufgaben die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen“ sind (§88 Abs. 3 HGO). Dieser vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner und „berät die Organe der Gemeinden in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen“ (§88 Abs. 2 HGO)[344].

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Impulse der Integrationsförderung werden durch Pilotprojekte der in Hessen ansässigen Stiftungen finanziert, so der Hertie-Stiftung, der Quandt-Stiftung und der Polytechnischen Gesellschaft, überwiegend im Bereich frühkindliche Sprach- und Integrationsförderung sowie Begabtenförderung.

4.7.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die Hessische Landesregierung veröffentlichte erstmals im März 2000 Leitlinien ihrer Integrationspolitik mit dem Titel *In Achtung, Toleranz und Miteinander – Hessen auf dem Weg zur Integration*[345]. Schwerpunkte der hessischen Integrationspolitik bildeten zum einen die Integrationsförderung durch Spracherwerb (beispielsweise die Einführung vorschulischer Sprachkurse durch das HSchG 2002), in der Arbeitswelt, in Sport und Freizeit, und zum anderen Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration. Darüber hinaus erfolgte eine Unterstützung der Integration durch politische und behördliche Maßnahmen (so besonders die frühe Zusammenführung der Zuständigkeit für die bislang getrennten Migrantengruppen im *Büro für Einwanderer, Flüchtlinge und ausländische Arbeitnehmer* des Hessischen Sozialministeriums im April 1999) sowie durch einen Abbau unnötiger rechtlicher Hindernisse; hier ist besonders auch die Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber zum

[343] URL: http://www.agah-hessen.de/ [Stand 09.03.2016]

[344] Landesregierung Hessen (2005): *Hessische Gemeindeordnung (HGO)*. In der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005. Wiesbaden. URL: http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht_rv.html?doc.hl=1&doc.id=jlr-GemOHE2005rahmen:juris-lr00&documentnumber=1&numberofresults=218&showdoccase=1&doc.part=X&paramfromHL=true#docid:146137,1,20160101 [Stand 09.03.2016]

[345] Hessische Landesregierung (2002): *Leitlinien der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. In Achtung, Toleranz und Miteinander – Hessen auf dem Weg zur Integration*. Wiesbaden. URL: http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaacdqx [Stand 09.03.2016]

07.12.2012 anzuführen, von der jedoch in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Asylbewerber und ausreispflichtige Geduldete (ca. 5.600) ausgenommen waren[346].

Im Jahre 2012 wurde durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ein überarbeiteter Leitfaden der hessischen Integrationspolitik veröffentlicht. Für vier übergeordnete integrationspolitische Handlungsfelder werden die Ausgangslage, Zielsetzungen sowie Maßnahmen vorgestellt: Neben der Integrationsförderung durch *Sprache und Bildung* stellt der Bereich *Ausbildung, Studium und Beruf* ein weiterer Handlungsschwerpunkt der hessischen Integrationspolitik dar. Zudem werden für den Bereich *Soziales* integrationspolitische Ziele und Aktivitäten für Familien, Jugendliche sowie Senioren beschrieben. Das letzte Handlungsfeld *Zusammenleben vor Ort* umfasst unter anderem die Bereiche Wohnen; Sport; Kultur und Medien; Gesundheit und Pflege; Verbraucherbildung; Prävention und Sicherheit[347].

Ein wichtiger Schritt war der in 2012 durch die Hessische Staatsregierung abgeschlossene Staatsvertrag zum Religionsunterricht mit der Ditib und der Ahmadiyya Muslim Jamaat, der jeweils unterschiedliche Inhalte in einem für beide Gruppen gemeinsamen Curriculum vorsieht[348]. Damit war Hessen das zweite deutsche Bundesland, das einen derartigen Staatsvertrag realisierte.

Im Jahre 2009 beschloss der hessische Landtag die Einsetzung der Enquetekommission *Migration und Integration in Hessen*, womit die Landesregierung den hohen Stellenwert der Integrationspolitik verdeutlichte. 2013 legte die Enquetekommission einen umfangreichen Abschlussbericht vor, welcher nicht nur „eine Bestandsaufnahme der Situation Hessens für die Themenfelder Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Familie, Wohnraum, Gesundheit und Pflege, Medien, Gesellschaftliche und politische Partizipation, Kultur und Religion, Diskriminierungserfahrungen und Antidiskriminierungsstrategien sowie Zuwanderung und Asyl“ war, sondern auch entsprechende Handlungsempfehlungen beinhaltete[349].

Eine weitere Besonderheit der hessischen Integrationspolitik auf Landesebene ist, dass ihre Grundlinien weitgehend parteiübergreifend getragen wurden; so waren die Diskussionen und Stellungnahmen in der Enquetekommission *Migration und Integration* weitgehend sachlich und von einem pragmatischen Konsens getragen.

---

[346] Hessischer Landtag, Drucksache 19/332 vom 23.6.2014, S. 3f.

[347] Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): *Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung*. Wiesbaden. URL: http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaacyhf [Stand 09.03.2016]

[348] URL: https://kultusministerium.hessen.de/schule/weitere-themen/bekenntnisorientierter-islamischer-religionsunterricht [Stand 09.03.2016]

[349] Hessischer Landtag (2013): *Abschlussbericht der Enquetekommission „Migration und Integration“*. Wiesbaden. URL: http://www.hessischer-landtag.de/icc/nav/2a9/binarywriterservlet?imgUid=d8c50efe-62c6-6f31-410b-32f602184e37&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111 [Stand 09.03.2016]

© efms 2016

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

Die Integrationspolitik in Hessen wurde neben der Landespolitik vor allem durch Kommunen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Stiftungen mit innovativen Ansätzen beeinflusst. Vor allem die kommunalpolitischen Ansätze in Wiesbaden, Frankfurt am Main, Offenbach und Darmstadt gaben wesentliche Impulse in diesem Politikbereich. Bereits im Frühjahr 1983 gründeten die fünf Ausländerbeiräte den *Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte* in Hessen; der 1972 gegründete erste Ausländerbeirat Hessens in Wiesbaden hat als bundesweite Besonderheit seit seiner Gründung einen eigenen Etat für die Förderung von Maßnahmen. Mit dem im Juli 1989 gegründeten *Amt für multikulturelle Angelegenheiten* (AMKA) in Frankfurt am Main wurde noch vor der Kommunalen Ausländervertretung (1991) eine kommunale Integrationsstelle mit einem Dezernenten geschaffen, eine starke Stellung auf Grund des Magistratsmodells in Hessen.

Eine Besonderheit der hessischen Integrationspolitik ist der Ansatz, durch Förderprogramme und Vernetzung die Integrationspolitik auf kommunaler Ebene zu befördern. Dies umfasst wiederholt bewilligte Mittel für einen Integrationspreis sowie eine Förderung ehrenamtlicher Integrationslotsen, Sprachförderung und innovative Modellprojekte zur Förderung der Eigeninitiative im Integrationsprozess, sowie die Ausweitung der Förderung von Programmkoordinatorstellen Integration für weitere Landkreise, kreisfreie und Sonderstatusstädte. Gefördert werden kommunale, kirchliche und freigemeinnützige Träger auf lokaler Ebene[350].

Dieser Ansatz wurde in dem in den Jahren 2009 bis Ende 2013 durchgeführten Landesprogramm *Modellregionen Integration* fortgeführt, in dem in Hessen erprobt wurde, wie bestehende Aktivitäten vernetzt, gemeinsame Leitbilder erarbeitet und grundlegende Veränderungen in den Regelstrukturen auf kommunaler Ebene für eine zukunftsfähige Integrationspolitik herbeigeführt werden können (bis 2013 jährlich 1,3 Mio.). Dieses Landesprogramm wurde während seiner Laufzeit durch das *efms* wissenschaftlich begleitet und evaluiert[351]. Das 2013 als Nachfolge eingerichtete hessische Landesprogramm *WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren* knüpft an den erfolgreichen Ansatz des Vorgängerprogramms *Modellregionen Integration* an: „Insbesondere sollen eine Willkommenskultur entwickelt und strukturelle Veränderungsprozesse angestoßen und umgesetzt werden, um die Integrationsbedingungen langfristig zu verbessern“[352]. Demnach werden unter anderem Modellprojekte gefördert, die auf den Auf- bzw. Ausbau einer Anerkennungs- und Willkommenskultur abzielen oder zur interkulturellen Öffnung kommunaler Regeleinrichtungen sowie Vereinen

[350] Nachtragshaushalt 2014, Kap.08 06 Buchungskreisnummer 2795, Produkt 9, S. 52.

[351] Reiter, S und Pohl, F. (2013): *Landesprogramm Modellregionen Integration. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Handlungsempfehlungen.* Erstellt in Kooperation mit dem Hessschen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg). Wiesbaden. URL: http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/Handlungsempfehlungen_Landesprogramm_Modellregionen_Web.pdf [Stand 09.03.2016]

[352] Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013): *Förderrichtlinie zum Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“*. Wiesbaden, S. 1. URL: [Stand 09.03.2016]http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaadhmy

etc. beitragen. Durch den Einsatz von kommunalen Koordinationsstellen wurde ein regionales Integrationsmanagement etabliert.

Integrationsmonitoring

Bereits die erste Version eines Integrationskompasses, die 2002 unter der Regie des damaligen Sozialministeriums als online basiertes Informationstool zugänglich war, dokumentierte integrationsrelevante Projekte und Aktivitäten im Land Hessen auch auf kommunaler Ebene[353]. Im Integrationskompass kann auf der Internetseite gezielt nach Integrationsprojekten, die thematischen Handlungsfeldern zugeordnet sind, recherchiert werden[354]. Neben den Kontaktdaten enthalten die Projekteinträge zudem kurze Projektbeschreibungen sowie Informationen zu den Kooperationspartnern.

Hessen hat 2010 seinen ersten Integrationsmonitor veröffentlicht, der zu 17 integrationspolitischen Handlungsfeldern Daten seit 2005 zur Verfügung stellt. Der Hessische Integrationsmonitor wurde 2013 und zuletzt 2015 aktualisiert und deckt nach Befunden der Integrationsforschung systematisiert die Bereiche Bildung, Erwerbsarbeit, Lebensformen, Gesundheit, bürgerschaftliches Engagement, Kriminalität, Sprache und Zugehörigkeitsgefühl ab[355].

4.7.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[356]

Der Anteil der integrationspolitischen Ausgaben am Gesamthaushalt des Landes Hessen lag 2014 mit 0,71% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 0,44% (Tabelle 17). Im Jahr 2015 stieg der relative Anteil für integrationspolitische Aufwendungen auf 1,28% an, womit sich Hessen erneut deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 0,98% positioniert.

[353] Bosswick, W. und Will, G. (2002): *Integrationsangebote in ausgewählten hessischen Kommunen und ihre institutionelle Umsetzung.* Wiesbaden. URL: http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/hess.pdf [Stand 09.03.2016]

[354] URL: www.integrationskompass.de/go/id/big?unterkategorie={90F15646-DFEF-4DC2-ACF5-D8D3BBA71CD6} [Stand 09.03.2016]

[355] URL: https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/him_2015_web.pdf [Stand 09.03.2016]

[356] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 49).

© efms 2016

Tabelle 17: Integrationspolitische Ausgaben in Hessen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Hessen	225,0 Mio.	31,7 Mrd.	0,71
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Hessen	423,6 Mio.	33,1 Mrd.	1,28
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Hessen, eigene Berechnungen

4.7.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Die schwarz-grüne Landesregierung formuliert im aktuellen Koalitionsvertrag die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle des Landes als Ziel: „Diskriminierung und Rassismus werden wir entschieden entgegentreten und die Anstrengungen der Landesregierung in einer Antidiskriminierungsstrategie bündeln. Es wird eine Anlaufstelle für jede Art der Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle) eingerichtet, um unbürokratische und schnelle Hilfe für betroffene Personen zu gewährleisten“[357]. Im Januar 2015 wurde die *Hessische Antidiskriminierungsstelle* im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration als Stabsstelle verankert. Das Tätigkeitsprofil der Antidiskriminierungsstelle umfasst fünf Bereiche: „Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung, Prävention, Vernetzung, Beratung“[358].

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) gründete mit Förderung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012 das *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen*, in dem bis 2014 insgesamt 86 hessische Organisationen mit Vernetzungstreffen und unter einer mit ihren Vertretern besetzten Lenkungsgruppe Aktivitäten zu Prävention, Qualifizierung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Antidiskriminierung entwickelten. Eine wesentliche Aktivität der agah als Geschäftsstelle war die Qualifizierung von Mitarbeitern der Mitgliedsorganisationen des Netzwerks und besonders die individuelle Beratung in über 100 einzelnen Diskriminierungsfällen, in denen zu 55% ethnische Herkunft/äußere Erscheinung und 14,5% Religion diskriminierungsrelevant waren; Bereiche waren in 33% der Fälle Arbeit, 17% Behörden und 16% Dienstleistungen[359]. Die Förderung des Netzwerks durch die Antidiskriminierungsstelle ist Mitte 2014 ausgelaufen; eine Fortführung des Projekts mit

[357] Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags (2013): *Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 bis 2019*. Wiesbaden, S. 58. URL: http://www.gruene-hessen.de/partei/files/2014/02/HE_Koalitionsvertrag_2014-2018_final.pdf [Stand 09.03.2016]

[358] Flyer der Hessischen Antidiskriminierungsstelle, URL: https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/4_01_hmsi_folder_antidiskriminierung_15_6.pdf [Stand 09.03.2016]

[359] Agah (2014): *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, Bericht 2012-2014*. Wiesbaden, S.10f.

Landesmitteln konnte nicht erreicht werden. Das Netzwerk war jedoch nach Beschluss auf dem letzten Arbeitstreffen im September 2014 im Rahmen der verfügbaren Mittel weiter aktiv und führt Beratungs- und Qualifizierungsarbeit mit verbliebenen Ressourcen fort. Eine Zusammenarbeit mit der 2015 eingerichteten Antidiskriminierungsstelle des Landes und bestehenden Organisationen in anderen Diskriminierungsbereichen wird angestrebt.

Ein Landesgleichbehandlungsgesetz als Grundlage für die Arbeit in diesem Politikfeld wurde seit längerem von Vertretern der hessischen Organisationen der Antidiskriminierungsarbeit gefordert; zwar haben sämtliche Bundesländer inzwischen Gesetze zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie zur Beseitigung von Nachteilen durch Behinderung erlassen, und in Berlin liegt seit 2010 ein Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz vor. Eine Konkretisierung der bundesrechtlichen und internationalen Gleichstellungsnormen für das Verwaltungshandeln auf Landesebene steht aber nach wie vor in allen Bundesländern aus, und scheint in Hessen auch noch auf entschiedene politische Widerstände zu stoßen. Obwohl in Hessen auf kommunaler (AMKA Frankfurt) und zivilgesellschaftlicher Ebene (Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, agah) weit entwickelte Angebote der praktischen Antidiskriminierungsarbeit existieren, deren akute Bedarfslage gerade im Zusammenhang mit Migration gut belegt ist und auch von der Landespolitik anerkannt wird, ist eine bedarfsgerechte Umsetzung von Maßnahmen durch die Landesregierung noch nicht erfolgt.

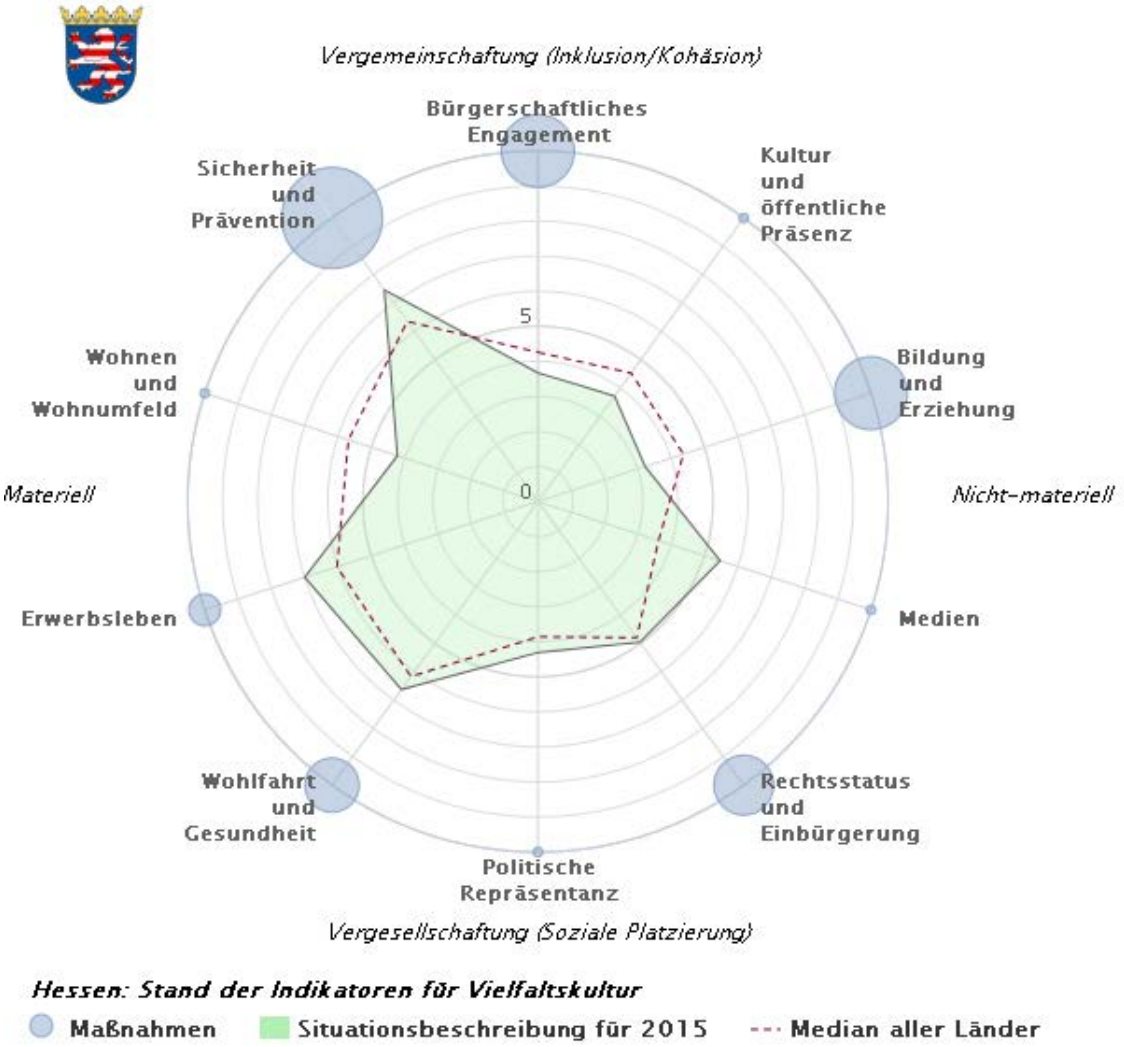
Am 31.03.2014 trat Hessen als zehntes Bundesland der *Koalition gegen Diskriminierung* bei; im Februar 2011 unterzeichnete das Land die Charta der Vielfalt[360].

[360] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 127.

© efms 2016

4.7.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 9: Umgang mit Vielfalt in Hessen



Quelle: eigene Darstellung

4.7.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Hessen steht in dieser Dimension mit dem Wert des Composite Indicators (CI) von 3,7 auf dem vorletzten Rang aller Länder. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf die hohe Diskrepanz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei den regelmäßigen Besuchen kultureller Veranstaltungen (Opern, klassische Konzerte, Theater, Ausstellungen) zurückzuführen. Mit einer Differenz von 7,6 Prozentpunkten zum Nachteil der Migranten liegt das Flächenland nach dem Saarland und Hamburg auf Rang vierzehn. Des Weiteren positioniert sich Hessen hinsichtlich des Indikators zur Messung der Akzeptanz von ethnischer sowie religiöser Vielfalt in persönlichen Verkehrskreisen nach Sachsen-Anhalt auf dem vorletzten Rang aller Länder. Etwas über dem Median liegt Hessen bei der Akzeptanz der gesellschaftlichen Veränderung durch kulturelle Vielfalt; hinsichtlich der Akzeptanz von sichtbaren Moscheen als Ausdruck von Vielfalt im öffentlichen Raum belegt Hessen jedoch nur einen Rang im unteren Mittelfeld (Rang 10). Einen Platz im Mittelfeld weist Hessen auch bei dem Indikator für Vielfalt in kulturschaffenden Berufen auf (Rang 11).

Maßnahmenanalyse

Hessen besitzt keine landesweiten Maßnahmen in dieser Dimension, die den Kriterien für die Aufnahme in die Studie entsprechen. Für den Bereich der Inklusion in kulturschaffende Berufe und den Unterdimensionen zur Sichtbarkeit von Vielfalt im öffentlichen Raum (Moscheen) und der Offenheit für persönliche Kontakte mit Migranten könnten geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit allerdings durchaus sinnvoll sein.

4.7.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt das Land Hessen mit einem CI-Wert von 3,2 knapp unter dem Medianwert aller Länder (4,4) auf Rang elf. Betrachtet man die einzelnen Indikatorvariablen, so hat Hessen einen guten Mittelwert bei der Diskriminierungserfahrung im schulischen Umfeld: Nur 15,1% aller Befragten mit Migrationshintergrund gaben an, in der Schule schon einmal diskriminiert worden zu sein, ein guter Rang sechs für das Bundesland vor Bayern und Sachsen-Anhalt. Auffallend schlechte Werte ergeben sich jedoch bei den Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen: Mit 22,1% Differenz zwischen Einheimischen und Bürgern mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss liegt Hessen hier auf dem drittletzten Rang vor Hamburg und Berlin; mit einem 14,7% höheren Anteil von Personen ohne Schulabschluss bei Wohnbürgern mit Migrationshintergrund gegenüber Deutschen noch vor den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen auf Rang zwölf. Bei den beiden anderen Indikatoren – Hochschulreife und Hochschulabschluss – befindet sich Hessen im unteren Mittelfeld. Ein Grund für dieses schlechte Abschneiden gerade im Vergleich mit Bayern besteht darin, dass der Anteil an türkischen (häufigste Nationalität) und italienischen Staats-

© efms 2016

bürgern (dritter Rang) im Vergleich zu anderen EU-Ausländern relativ hoch liegt; bei beiden Herkunftsländern der Elterngeneration gibt es aus unterschiedlichen Gründen (Italien: häufige Pendelmigration; Türkei: ländliche Herkunft mit einfacher Bildung) eher Defizite im schulischen Erfolg der Kinder als bei Familien aus dem restlichen EU28-Ausland; Hessen hat einen Anteil von 41,0% der diesbezüglich kritischen Herkunftsländer gegenüber Bayern von 31,0%[361]. Dieser Sachverhalt ist darauf zurückzuführen, dass das deutsche Schulsystem eine deutliche Unterstützung der Schüler durch das Elternhaus voraussetzt und dabei Kinder, in deren Elternhaus das dafür nötige kulturelle Kapital nicht besteht oder die von Unterbrechungen der Schullaufbahn in Deutschland betroffen sind, tendenziell noch zu wenig ausgleichende Förderung erhalten.

Maßnahmenanalyse

Bei der Auswertung der landesweiten Maßnahmen in der Dimension *Bildung und Erziehung* liegt Hessen im Mittelfeld auf Rang acht. Das Schlüsselprojekt Schlüsselprojekt *frühstart - Deutsch und interkulturelle Bildung im Kindergarten*, welches erstmals 2004 durch die Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung, die Hertie-Stiftung, die Herbert-Quandt-Stiftung - 2008 abgelöst durch die Gölkel-Stiftung - und das Hessische Sozialministerium initiiert und gefördert wurde, hervorzuheben. Das Projekt richtet sich an Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern, und verknüpft Sprachförderung systematisch mit den Bausteinen interkulturelle Bildung, intensive Elternarbeit und Vernetzung der Akteure vor Ort, damit Integration und Schulerfolg gelingen können. Vorurteilsfreies und dialogförderndes Handeln im Kindergartenumfeld werden unterstützt, und Eltern werden in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz gestärkt. Das Projekt wird in zehn hessischen Städten in insgesamt 36 Kindergärten durchgeführt[362]. In seiner Anfangsphase wurde der Aufbau des Projekts durch eine Evaluation des efms begleitet[363].

Weitere Maßnahmen im Bereich Bildung und Erziehung liegen überwiegend im Handlungsfeld Spracherwerb; Projekte sind zum Beispiel *Förderung von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund*[364] (Förderung durch das Kultusministerium), aber auch *HSU - Herkunftssprachlicher Unterricht*[365] und die *Vorlaufkurse zur Sprachförderung*[366] (beide ebenfalls Förderung durch das Kultusministerium).

---

[361] Anteil der Ausländer aus der Türkei und Italien im Verhältnis zum Anteil aus Türkei und EU28 in den Bundesländern (Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 1 Reihe 2, Stand 31.12.2014, eigene Berechnung)

[362] URL: http://www.projekt-fruehstart.de/frames2.php [Stand 09.03.2016]

[363] URL: http://www.efms.uni-bamberg.de/prinevfd.htm, http://www.efms.uni-bamberg.de/prinevf2d.htm [Stand 09.03.2016]

[364] URL: https://kultusministerium.hessen.de/schule/individuelle-foerderung/sprachfoerderung (letzter Abruf 24.2.16)

[365] URL: https://schulamt-frankfurt.hessen.de/irj/SSA_Frankfurt_am_Main_Internet?cid=b9373f5785963a525f5ecb0e93a3f7c0 [Stand 09.03.2016]

[366] URL: https://kultusministerium.hessen.de/schule/sprachfoerderung/vorlaufkurse [Stand 09.03.2016]

4.7.3.3 Medien

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt Hessen im Ländervergleich mit einem CI von 5,5 gegenüber einem Median aller Länder von 3,6 auf dem dritten Rang nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Sehr gute Werte in den einzelnen Indikatorvariablen zeigt Hessen bei der interkulturellen Öffnung der Medien und der Medienpolitik: Der Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund im Hessischen Rundfunk liegt mit 14,6% weit über dem Median von 6,2% auf dem zweitbesten Platz nach Nordrhein-Westfalen; bei dem Anteil an Rundfunkratsmitglieder mit Migrationshintergrund liegt Hessen mit 10,0% auf Rang drei. Auffällig ist jedoch der schlechte Wert bei der Einschätzung der Darstellung der Lebenssituation von Migranten in den Medien. Nur 35,0% der Einheimischen in Hessen finden, dass die Berichte zu Migranten in den Medien einen Eindruck von ihrem Leben und Alltag vermitteln, der drittletzte Rang nach Bremen und Schleswig-Holstein.

Maßnahmenanalyse

Im Medienbereich hat Hessen keine aktuellen Maßnahmen auf Landesebene, die zur Stärkung einer Vielfaltskultur beitragen.

4.7.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt Hessen im Ländervergleich mit einem CI von 5,0 auf dem achten Rang (Median der Länderwerte von 4,8). Bei den einzelnen Indikatorvariablen liegt Hessen mit 59,2% langfristigem Aufenthaltsstatus bei Drittstaatlern nach Bayern auf einem guten dritten Rang. Auch bei der Einbürgerungspraxis schneidet Hessen mit 38,7% Weiterbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung von Drittstaatlern auf Rang fünf des bundesweiten Vergleichs gut ab. Bei den Leistungen für Asylbewerber liegt Hessen bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern auf Rang sieben im Mittelfeld der Länder. Relativ schlecht schneidet Hessen bei der Wohnungsquote von Asylbewerbern ab; hier liegt das Land auf Rang zwölf vor Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt Hessen auf dem vorletzten Rang des Ländervergleichs. Allerdings wurde eine Schlüsselmaßnahme in diesem Bereich identifiziert. Die *Modellprojekte zur Willkommenskultur (Landesprogramm "WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren")* zielen auf eine niedrigschwellige und lebensweltnahe Deutschförderung für Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem für Mütter ab. In den Kursen für Migranten, die keinen Anspruch auf Integrationskurse des Bundes haben, werden neben der Sprachvermittlung auch Sachverhalte des alltäglichen Lebens

© efms 2016

(Erziehung, Gesundheits- und Bildungssystem, Arbeitsmarkt) vermittelt, um damit Schwellenängste gegenüber öffentlichen Einrichtungen abzubauen. Träger ist das Hessische Ministerium für Soziales und Integration[367].

4.7.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

In der Dimension der *politischen Repräsentanz* belegt Hessen mit einem CI von 4,3 den siebten Rang im Mittelfeld aller Länder (Median 3,9). Einen guten Wert weist Hessen bei der Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung für eine politische Betätigung von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund auf; Hessen liegt hier auf dem dritten Rang nach Bremen und Rheinland-Pfalz; unterdurchschnittlich ist in Hessen die politische Aktivität von Einwohnern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu der von Einheimischen, hier liegt Hessen auf Rang elf im unteren Mittelfeld der Länder.

Maßnahmenanalyse

In dem Bereich *politische Repräsentanz* hat Hessen keine aktuellen Maßnahmen auf Landesebene.

4.7.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Bei der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* erreicht Hessen mit einem CI von 6,6 hinsichtlich der Situation von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Einheimischen den siebten Rang (Median 6,2). Bei den einzelnen Indikatorvariablen zeigt sich ein guter Platz bei der Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung, bei dem Hessen im oberen Mittelfeld gemeinsam mit Bremen auf Rang fünf liegt. Hinsichtlich des Vergleichs der Einschätzung des Gesundheitszustandes zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Rang 7) sowie der interkulturellen Öffnung des Arbeitsmarktes im Gesundheitsbereich (Rang 9) liegt Hessen im Mittelfeld aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Bei der Maßnahmenauswertung in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* schneidet Hessen im bundesweiten Vergleich gut ab und belegt einen Rang im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs. Ein interessantes Schlüsselprojekt ist *MigrantInnen - barrierefrei zur Integration*, in dem das Paritätische Bildungswerk e.V. in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Angebote zur Förderung und Inklusion von Behinderten mit Migrationshintergrund in Hessen durchführt. Das Projekt wurde im Rahmen eines Landesprogramms zur Integrationsförderung des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration

[367] http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/~bwo/Foerderprogramm_WIR/ [Stand 09.03.2016]

und Europa bis Ende 2014 gefördert und wird mangels Anschlussfinanzierung mit eigenen Ressourcen weitergeführt. Das Projekt unterstützte Selbsthilfegruppen und Migrantenselbstorganisationen dabei, für die Belange von behinderten oder chronisch kranken Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren, bot Informations- und Beratungsgespräche sowie Inhouse-Fortbildungen zur interkulturellen Behindertenhilfe für Fachkräfte und Multiplikatoren an, die mit behinderten und chronisch kranken Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten[368]. Mit dem Projekt wird ein bislang häufig vernachlässigter, aber relevanter Bereich aufgegriffen, da etwa 13% der deutschen Bevölkerung[369] eine Behinderung aufweisen und Betroffene mit Migrationshintergrund und ihre Angehörigen häufig einer Doppelbelastung durch Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind.

4.7.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

In diesem Bereich liegt Hessen mit einem CI-Wert von 7,0 über dem Median aller Länder von 6,0 auf dem fünften Rang. Bei der Betrachtung der einzelnen Indikatorvariablen zeigt die interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarkts (Erwerbstätigenquote von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Einheimischen) einen guten Wert und platziert Hessen auf dem fünften Rang direkt nach Niedersachsen. Bei der Inklusion im öffentlichen Dienst liegt Hessen auf dem sechsten Rang am oberen Rand des Mittelfelds und hinsichtlich der Diskriminierungserfahrungen bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche schneidet Hessen im Vergleich der Länder ebenfalls mit Rang sechs im oberen Mittelfeld gut ab. Dagegen berichten mit 16,1% der Befragten mit Migrationshintergrund in Hessen überdurchschnittlich von Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz (Rang 9, Median bei 14,8%).

Maßnahmenanalyse

In der Dimension *Erwerbsleben* ist Hessen bei der Anzahl aktueller Maßnahmen auf Landesebene, die für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors von Relevanz sind, im unteren Bereich einzuordnen.

4.7.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Hier positioniert sich Hessen mit einem CI-Wert von 4,2 deutlich unter dem Median aller Länder von 5,7 auf dem drittletzten Rang vor Bremen und Baden-Württemberg. Bei Betrachtung der einzelnen Variablen schneidet Hessen besonders bei der Zufriedenheit von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne Zuwanderungsgeschichte bezüglich ihrer Wohnsituation schlecht ab; auch ist die Differenz bei der Wohnfläche zwischen

[368] URL: http://www.barrierefrei-zur-integration.de/ [Stand 09.03.2016]

[369] URL: http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Behinderte/BehinderteMenschen.html [Stand 09.03.2016]

© efms 2016

Wohnbürgern mit Migrationshintergrund und solchen ohne in Hessen vergleichsweise groß. Bei beiden Variablen belegt Hessen den vorletzten Rang im Ländervergleich vor dem Schlusslicht Bremen. Hinsichtlich der erlebten Diskriminierung bei der Wohnungssuche und der Einstellungen der Einheimischen gegenüber Migranten in der Nachbarschaft liegt Hessen im unteren Mittelfeld (Rang 11 und 10).

4.7.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In der Dimension *Sicherheit und Prävention* erreicht Hessen mit einem CI-Wert von 7,5 gegenüber dem Medianwert von 6,4 einen guten vierten Rang direkt nach Rheinland-Pfalz. Bei den Indikatorvariablen hat Hessen hinsichtlich der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten im Ländervergleich einen sehr guten dritten Rang noch deutlich vor Bayern; auch hinsichtlich der Diskriminierungserfahrungen im Kontakt mit Ämtern und Behörden liegt das Land auf einem guten fünften Rang knapp vor Bayern. Relativ schlecht schneidet Hessen jedoch bei dem Aufklärungsanteil politisch rechtsmotivierter Gewalttaten (Rang 12) und den Diskriminierungserfahrungen im Alltag ab: 25,4% der Befragten mit Migrationshintergrund berichten von derartigen Erfahrungen (Rang 10), ein Wert, der nur noch in den Stadtstaaten und den südlichen neuen Bundesländern übertroffen wird. Sehr gut ist Hessen hingegen bei dem Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland: Sie ist nach Rheinland-Pfalz bei Befragten mit Migrationshintergrund in Hessen am niedrigsten; das Land liegt hier im Ländervergleich auf Rang zwei.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention* liegt Hessen auf einem guten Rang im Mittelfeld. Eine bereits 1993 begonnene wichtige Schlüsselmaßnahme ist der *Migrationsbeauftragte der Polizei und Landesmigrationsbeauftragter der hessischen Polizei*[370]. Um den Umgang mit kulturell unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen zu professionalisieren, wurden bereits 1993 in hessischen Ballungszentren die Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei als Mentalitätsmittler bei den Polizeipräsidien angestellt. Heute unterstützen sie in allen hessischen Polizeipräsidien bei polizeilichen Lagen mit ursächlich interkulturellen Belangen und bringen dabei ihre Fachkompetenz sowie soziale und emotionale Kompetenzen durch einen eigenen Migrationshintergrund mit ein. Der Landesmigrationsbeauftragte ist seit 2008 der zentrale Koordinator und ist beim Hessischen Landeskriminalamt angesiedelt. Er übt die Fachaufsicht über die Migrationsbeauftragten der hessischen Polizeipräsidien aus. Aufgaben des Landesmigrationsbeauftragten sind Beratung und Unterstützung der Polizeiführung bei Einsatzlagen mit interkulturellem Hintergrund, die Koordination und Steuerung von landesweiten Präventionsmaßnahmen und die Erstellung von landesweiten

[370] URL: https://www.polizei.hessen.de/Praevention/Interkulturalitaet/Landesmigrationsbeauftragter/[Stand 09.03.2016]

Richtlinien und Konzeptionen. Die Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei leisten Betreuung von Migranten als Opfer und Zeugen, Unterstützung und Vermittlung bei polizeilichen Lagen (z. B. ethnisch bedingten Konflikten) sowie Beratung und Betreuung von ratsuchenden Migranten bei allen polizeispezifischen Angelegenheiten. Die Erfahrungen der Beauftragten fließen in Hessen auch seit langem in die Polizeiausbildung als besondere Module zur interkulturellen Kompetenz mit ein.

Ein weiteres Schlüsselprojekt in Hessen ist der *Arbeitskreis Sicherheit für Alle (AK SifA) und Multiplikatorenprojekt „Präventionsbeauftragte"*, der eine Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls von Bürgern mit Migrationshintergrund durch eine gezielte Vermittlung von kriminalpolizeilichen Präventionsangeboten anstrebt und Multiplikatoren über Präventionsangebote der Polizei, Hilfeeinrichtungen zu den Themen Gewalt, Sucht, Internet sowie kriminaltechnische Prävention schult, um diese Angebote über Kommunen und Migrantenselbstorganisationen flächendeckend bei Wohnbürgern mit Migrationshintergrund bekannt zu machen[371].

Schließlich ist als Schlüsselprojekt in Hessen auch die *Proaktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern* zu nennen, die eine Beratung von Kommunen nach Vorkommnissen mit einem rassistischen, rechtsextremen oder menschenfeindlichen Hintergrund leistet. Die Beratung zielt auf Vermeidung von Konflikten im Vorfeld und zur Deeskalation im Gemeinwesen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, auf einen wirksamen Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie der Unterstützung einer lokalen Willkommenskultur in der örtlichen Zivilgesellschaft[372].

Die vierte Schlüsselmaßnahme in Hessen ist das *Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX)*. Die spezifische Stelle am Landesamt für Verfassungsschutz, geschaffen durch den Minister des Inneren und für Sport, soll Präventionsarbeit in Bezug auf rechtsextreme Gefahren leisten. Die Aufgaben umfassen sowohl regionale Analysen als auch eine verstärkte Beobachtung rechtsextremer Aktivitäten im Internet. Dadurch soll ein von rechtem Denken ausgehendes Gefahrenpotential rechtzeitig erkannt und entgegengetreten werden[373].

4.7.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt Hessen mit einem CI-Wert von 3,7 gegenüber dem Medianwert von 4,3 auf dem zwölften Rang vor dem Saarland, Niedersachsen, Bayern und Thüringen.

---

[371] URL: https://www.polizei.hessen.de//icc/internetzentral/nav/a7f/a7f7040d-e154-e241-ed61-23b0ef798e7b.htm [Stand 09.03.2016]

[372] URL: https://www.polizei.hessen.de//icc/internetzentral/nav/a7f/a7f7040d-e154-e241-ed61-23b0ef798e7b.htm [Stand 09.03.2016]

[373] URL: https://lfv.hessen.de/pr%C3%A4vention/korex [Stand 29.01.2016]

© efms 2016

Der schlechte Wert geht vor allem auf das niedrige Engagement von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund als ehrenamtlich Aktive (11,5% unter dem Vergleichswert der Einheimischen, drittletzter Rang) zurück; dagegen ist die Einstellung der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund gegenüber dem derartigen Engagement mit einem achten Rang im Mittelfeld der Bundesländer deutlich besser.

Maßnahmenanalyse

Im *bürgerschaftlichen Engagement* liegt Hessen im Mittelfeld des Ländervergleichs. Ein Schlüsselprojekt ist die *Qualifizierung und der Einsatz von ehrenamtlichen Integrationslotsinnen und –lotsen* in Trägerschaft kommunaler Einrichtungen mit Förderung durch das Landesprogramm *WIR* des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Das Projekt finanziert Basisqualifizierungen und Vertiefungsseminare für ehrenamtliche Integrationslotsen, die eine Mittler- und Unterstützungsfunktion zwischen zugewanderten Personen und Institutionen der Aufnahmegesellschaft wahrnehmen und Aufklärung über gesetzliche Integrationsmöglichkeiten, Motivierung zum Erwerb der deutschen Sprache, sowie Begleitung bei Behördengängen leisten[374].

4.7.4 Kurzfazit

Hessen ist ein sehr gutes Beispiel für faktische Vielfalt nicht nur im Zusammenhang mit Migration, sondern auch hinsichtlich wesentlicher struktureller, sozioökonomischer und politischer Merkmale des Landes selbst. Diese Vielfalt zeigt sich auch in den Daten, die zur Bildung der Indikatorwerte für Dimensionen des Umgangs mit Vielfalt herangezogen wurden.

Die genannten Auffälligkeiten bei der Kontrastierung der Indikatoren für praktische Vielfaltspolitik gegenüber Meinungen der autochthonen Bevölkerung korrespondieren mit der Ambivalenz zwischen dem wirtschaftlich starken, hoch internationalisierten Rhein-Main-Raum mit hohem Anteil an lang ansässigen Bewohnern mit Migrationshintergrund, und dem ländlichen nordhessischen Raum, der viele Merkmale anderer Flächenstaaten aufweist. Diese Ambivalenz spiegelt sich auch in den politischen Diskursen - trotz des weitgehenden parteiübergreifenden Konsens zum Kernbestand der Integrationspolitik - wider: Einerseits die politische Mobilisierung bei der Hessenwahl 1999, die die unhaltbare Optionslösung bei der doppelten Staatsangehörigkeit in Deutschland geborener Kinder ausländischer Eltern zur Folge hatte, andererseits die pragmatische Integrationspolitik wichtiger Vertreter der hessischen CDU. Einerseits „Vorbehalte gegen ‚Multi-Kulti', assimilative Interpretationen von Integrationspolitik, Angst vor Überfremdung"[375] zur Ausschöpfung rechten Wählerpotentials, andererseits eine Fülle von Initiativen und Projekten, die sich selbstverständlich in der vielfältigen gesellschaftlichen Realität bewegen, und in der Migranten und ihre Nachkommen gesellschaftlich im Bewusstsein ihrer kulturellen Familienherkunft und ihrer gesellschaftli-

[374] URL: http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/Foerderprogramm_WIR/~bwr/Integrationslotsen_/ [Stand 29.01.2016]

[375] Süddeutsche Zeitung, Kommentar vom 17.5.2010: Kriminelle Ausländer.

chen Verantwortung mitgestalten, bis hin zu Initiativen, die den Umgang mit Vielfalt bereits programmatisch in ihrem Namen tragen (z.B. „Initiative der säkularen und laizistischen Bürger_Innen aus islamisch geprägten Herkunftsländern in Hessen“).

Das Bundesland Hessen kann mit dieser besonderen Aufstellung und der großen Vielfalt seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit als Modellfall für die schwierige Entwicklung eines gelungenen gesellschaftlichen Umgangs mit durch Migration ausgeweiteter Vielfalt betrachtet werden. Insbesondere die Innovationsprozesse in den relevanten gesellschaftlichen Institutionen, oft ausgehend von zivilgesellschaftlichem Engagement und kommunalpolitischer Pragmatik, und die damit einhergehenden Veränderungen des landespolitischen Diskurses lassen sich in Hessen exemplarisch beobachten.

Dabei zeigt Hessen einerseits viele Charakteristika der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, insbesondere hinsichtlich innovativer Ansätze und Diskurse aus der kommunalen Ebene des stark internationalisierten Rhein-Main-Ballungsraums, aber auch Problematiken eines seit längerem bestehenden und hohen Migrantenanteils in der Bevölkerung, so auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Andererseits ist Hessen mit seinen nordhessischen ländlich geprägten Gebieten in einigen Bereichen aber auch den beiden anderen konservativ geprägten süddeutschen Flächenstaaten ähnlich.

© efms 2016

Tabelle 18: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Hessen

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**3,7** *15*	*13*
Bildung und Erziehung	**3,2** *11*	*8*
Medien	**5,5** *3*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,0** *8*	*15*
Politische Repräsentanz	**4,3** *7*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,6** *7*	*6*
Erwerbsleben	**7,0** *5*	*15*
Wohnen und Wohnumfeld	**4,2** *14*	
Sicherheit und Prävention	**7,5** *4*	*6*
Bürgerschaftliches Engagement	**3,7** *12*	*6*

Quelle: eigene Darstellung

4.8 Mecklenburg-Vorpommern

4.8.1 Strukturdaten des Landes

Der im Nordosten Deutschlands und an der Ostseeküste gelegene Flächenstaat Mecklenburg-Vorpommern zählt rund 1,6 Millionen Einwohner und stellt damit das bevölkerungsärmste Land in den neuen Bundesländern dar[376]. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 24.909 Euro je Einwohner besitzt das Bundesland die niedrigste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschland (Bundesdurchschnitt: 37.099 Euro je Einwohner)[377]. Zudem weist Mecklenburg-Vorpommern – neben Berlin (12,6%) und Bremen (12,1%) – mit 11,3% die dritthöchste Arbeitslosenquote auf (Deutschland: 7,7%). Unter der ausländischen Bevölkerung ist fast ein Drittel (27,6%) von Arbeitslosigkeit betroffen, womit die Quote deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,6% liegt[378].

Mecklenburg-Vorpommern besitzt mit 4,9% den niedrigsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im deutschlandweiten Vergleich[379]. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt mit 4,1% ebenfalls deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[380]. Die häufigsten Herkunftsländer der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen Syrien (20,8%) Polen (14,6%) und die Ukraine (6,3%) dar[381].

4.8.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.8.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Integrationspolitische Themen sind in Mecklenburg-Vorpommern auf mehrere Ministerien verteilt. Im Landesministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales liegen die Zuständigkeiten für die Bereiche *Zuwanderung und Integration*. Zudem ist unter der Abteilung *Soziales* die *Geschäftsstelle des Integrationsförderrates* angesiedelt. Im Ministerbüro des Landesministeriums erfolgt überdies die *Koordinierung der Migration*[382]. Das Ministerium für Inne-

[376] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[377] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[378] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[379] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[380] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[381] Ebd.

[382] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Ministerium/Organigramm/ [Stand 08.03.2016]

© efms 2016

res und Sport verantwortet Angelegenheiten zum Ausländer-, Asyl- und Rückführungsrecht sowie zu den Sozialleistungen für Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit[383].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es keinen auf Landesebene agierenden Integrationsbeauftragten. Der Leiter des Referats *Zuwanderung und Integration* des Landesministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales gilt als Hauptansprechpartner für integrationspolitische Fragen[384]. Auf kommunaler Ebene sind sieben Beauftragte für Migration und Integration in den Landkreisen sowie kreisfreien Städten des Flächenlandes tätig[385]. Diese „tragen wesentlich dazu bei, den Integrationsprozess im Lebensumfeld der Zuwanderinnen und Zuwanderer auf kommunaler Ebene zu moderieren und zu steuern“[386]. Zudem findet in Mecklenburg-Vorpommern die *Konferenz der kommunalen Ausländerbeauftragten* (KKAB) statt[387].

Im März 2007 wurden durch den damaligen Sozialminister (SPD) die Mitglieder des *Landesbeirats zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern* berufen, der sich aus Vertretern staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen zusammensetzt. Die wesentlichste Aufgabe des Integrationsbeirats stellt die Beratung der Landesregierung in allen integrations- und migrationspolitischen Angelegenheiten dar. So soll dieser unter anderem Empfehlungen darüber erarbeiten, „wie die vorschulische und schulische Bildung, der Übergang von der Schule in den Beruf und die Integration im Beruf verbessert werden können“[388].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Das im Mai 2009 gegründete *Netzwerk der Migrantenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern* (Migranet-MV) ist die landesweite Vertretung von Migranten im Bundesland. Neben der Förderung der politischen sowie gesellschaftlichen Partizipation von Migranten zielt das Netzwerk auf die Bildung von Interessenvertretungen und die Stärkung der Selbstorganisation von Migranten in Mecklenburg-Vorpommern ab. Folgende politische Forderungen stellt Migranet-MV an die Landesregierung: (1) „Verbesserung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten“, (2) „Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landesregierung in allen Feldern der Integrationsförderung“, (3) „Bekämp-

[383] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Ministerium/Organigramm [Stand 15.02.2016]

[384] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Ministerium/Organigramm/Herrmannsen,-Peter [Stand 15.02.2016]

[385] URL: http://www.fluechtlingsrat-mv.de/wp-content/uploads/2012/02/Integrationsbeauftragte-der-Landkreise-und-kreisfreien-St%C3%A4dte-in-MV.pdf [Stand 15.02.2016]

[386] Ministerium für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2011): *Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern – Erste Fortschreibung.* Schwerin, S. 12.

[387] Ebd., S. 13.

[388] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Aktuell?id=5901&processor=processor.sa.pressemitteilung [Stand 15.02.2016]

fung des Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“, (4) „Verbesserung der Lebenssituation und rechtlichen Situation von Flüchtlingen“ in Mecklenburg-Vorpommern, (5) „Abbau von Diskriminierung“, (6) „Stärkung und Unterstützung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten durch entsprechende Landesförderungen“[389].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Auf kommunaler Ebene sind keine gesetzlichen Regelungen für die Vertretung von Zuwanderern in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden. „Die Gemeindevertretung kann aber nach §36 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern beratende Ausschüsse bilden“[390].

4.8.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die im Jahre 2005 vorgelegten *Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern* bilden den „Handlungsrahmen für eine nachhaltige und ganzheitliche Integrationspolitik“ des Flächenlandes[391]. So handelt es sich bei der Integration um einen wechselseitigen Prozess, dessen Förderung ganzheitlich koordiniert und zielgerichtet in Orientierung an den Bedürfnissen der Personen mit Migrationsgeschichte erfolgen muss. Die Schwerpunkte der Integrationsarbeit liegen auf der Vermittlung der deutschen Sprache, der Förderung der beruflichen Bildung, der politischen Partizipation von Migranten sowie dem Abbau von Diskriminierung und der Herstellung von Chancengleichheit.

Im Mai 2006 wurde die *Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg Vorpommern* veröffentlicht[392], die 2010 erstmals fortgeschrieben wurde und sich an folgendem integrationspolitischen Grundsatz orientiert: „Das Land will mit seiner Integrationspolitik vor allem das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nachhaltig gestalten und die Teilhabe von Zuwanderinnen und Zuwanderern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhöhen“[393]. Ein zentrales integrationspolitisches Ziel von Mecklenburg-Vorpommern besteht in der Steigerung der Attraktivität des Flächenlandes für Zuwanderer. Neben der Förderung der interkulturellen Kompetenz und des „gegenseitigen Verständnisses zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung und Zugehörigkeit“ stellt die „Schaffung

[389] URL: http://www.migranet-mv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=48&Itemid=2 [Stand 15.02.2016]

[390] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 121.

[391] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Soziales/Integration/Leitlinien-zur-Integration/ [Stand 15.02.2016]

[392] Land Mecklenburg-Vorpommern (2006): *Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern.* Schwerin.

[393] Ministerium für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2011): *Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern – Erste Fortschreibung.* Schwerin, S. 8.

© efms 2016

von Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen und deren aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben" ein Leitziel der Integrationspolitik in Mecklenburg-Vorpommern dar[394]. Für elf integrationsrelevante Handlungsfelder werden jeweils die Ausgangssituation geschildert, die Ziele formuliert sowie Maßnahmen zur Zielerreichung dargelegt.

Zur Umsetzung der Konzeption trat im Dezember 2013 die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung für die Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern* in Kraft. Im Rahmen der Richtlinie werden bedarfsgerechte, nachhaltige Maßnahmen unterstützt, die auf eine Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen, der Stärkung der Selbstorganisation sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen unterschiedlichen Kulturen abzielen[395].

Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht wie die Mehrzahl der anderen Bundesländer kein eigenes landesweites Integrationsmonitoring; seit 2010 beteiligt sich das Flächenland an dem länderübergreifenden Integrationsmonitoring der Länder.

4.8.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[396]

Mecklenburg-Vorpommern investierte im Jahr 2014 rund 54,2 Millionen Euro in integrationspolitische Aktivitäten (Tabelle 19). Mit einem relativen Anteil von 0,74% am Gesamthaushalt weist der Ostseeanrainer den zweithöchsten Anteil - nach dem Freistaat Bayern - im bundesweiten Vergleich auf. Im Jahr 2015 stiegen die integrationspolitischen Ausgaben im Vergleich zu den anderen Bundesländern nur marginal auf 56,3 Millionen Euro an, womit sich der relative Anteil integrationsrelevanter Aufwendungen an den Gesamtausgaben des Flächenlandes mit 0,76% nur noch im Mittelfeld aller Länder positioniert.

[394] Ebd., S. 13.

[395] Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales (2013): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung für die Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern,* Schwerin.

[396] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (
Tabelle 55).

Tabelle 19: Integrationspolitische Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Mecklenburg-Vorpommern	54,2 Mio.	7,3 Mrd.	0,74
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Mecklenburg-Vorpommern	56,3 Mio.	7,4 Mrd.	0,76
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnungen

4.8.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Eine Leitlinie der Integrationspolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern zielt „auf die Herstellung von Chancengleichheit und den Abbau von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit“ ab[397]. Das Landesprogramm *Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken* verfolgt in diesem Rahmen zum einen das Ziel, „Wissen über demokratische Strukturen und Handlungsweisen zu vertiefen, das Grundvertrauen in die demokratischen Grundwerte zu stärken sowie die Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen zu verbessern“. Zum anderen sollen rechtsextremistische Bestrebungen zurückgedrängt und demokratiestärkende Prozesse gefördert werden[398].

Allerdings trat Mecklenburg-Vorpommern weder der Koalition gegen Diskriminierung bei, noch unterzeichnete das Land die Charta der Vielfalt; ausgenommen das Landesministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, das die Charta im Juli 2010 unterzeichnete[399].

Insgesamt wird der Antidiskriminierungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nur eine geringe Bedeutung beigemessen.

[397] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Soziales/Integration/Leitlinien-zur-Integration/Leitlinie-6 [Stand 15.02.2016]

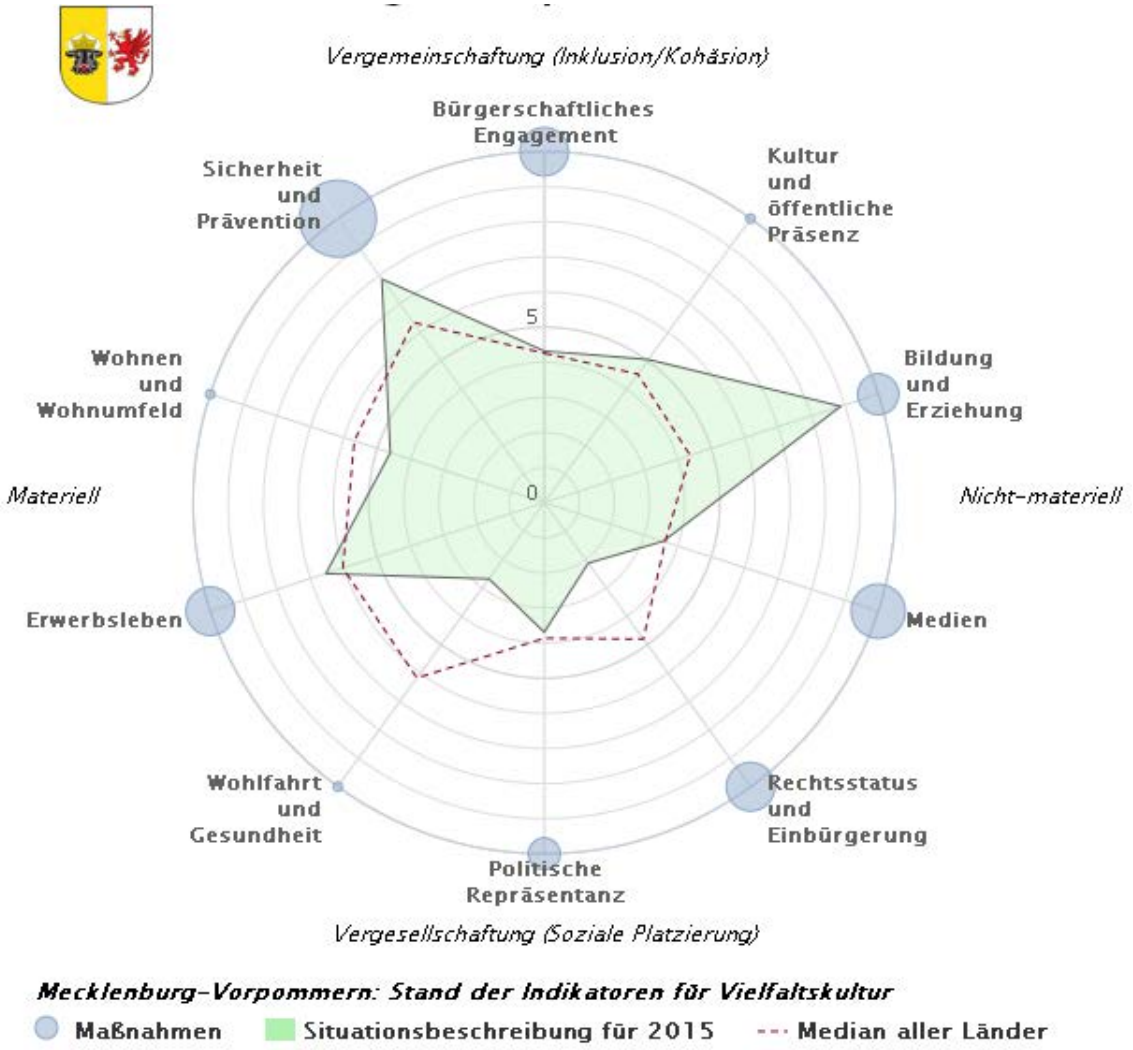
[398] URL: http://www.lpb-mv.de/cms2/LfpB_prod/LfpB/de/dut/Landesprogramm_Demokratie_und_Toleranz_gemeinsam_staerken!/index.jsp [Stand 15.02.2016]

[399] URL: http://www.charta-der-vielfalt.de/unterzeichner/unterzeichner-der-charta-der-vielfalt/zeige/ministerium-fuer-wirtschaft-arbeit-und-tourismus-mecklenburg-vorpommern.html [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

4.8.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 10: Umgang mit Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: eigene Darstellung

4.8.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern erzielt in der Analyse der Ausgangssituation in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* einen composite indicator von 5,0 (Median: 4,5) und positioniert sich damit im oberen Mittelfeld aller Länder auf dem fünften Rang. Besonders auffällig ist allerdings die geringe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum: Lediglich 43,5% der Mehrheitsbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern stimmen dem öffentlich gut sichtbaren Bau von Moscheen zu (Deutschland: 54,2%). Fast ein Drittel (28,5%) der befragten Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist der Meinung, dass es in Deutschland keine Moscheen geben

sollte; ein weiteres Drittel (28,1%) stimmt dem Bau von Moscheen unter der Voraussetzung zu, dass diese im öffentlichen Raum nicht direkt sichtbar sind. Insgesamt positioniert sich Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Akzeptanz von religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum auf Rang dreizehn im bundesweiten Vergleich. Im Hinblick auf die Einschätzung der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderungsprozesse liegt das Bundesland ebenfalls nur im unteren Mittelfeld aller Länder auf Rang zwölf.

Während Mecklenburg-Vorpommern eine im Ländervergleich niedrige Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist, zeigen die Daten eine positivere Situation bei der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen (Rang 4). Mit 12,2% ist der Anteil derer, die regelmäßig Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater und Ausstellungen besuchen, unter den befragten Migranten um 4,3 Prozentpunkte höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (7,9%).

Maßnahmenanalyse

Es wurden für Mecklenburg-Vorpommern keine landesweiten Maßnahmen in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* identifiziert, die für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors von Relevanz sind. Damit belegt das Flächenland mit den Bundesländern Hessen, Niedersachen sowie Schleswig-Holstein den letzten Rang im bundesweiten Vergleich.

4.8.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

In der Dimension *Bildung und Erziehung* erreicht Mecklenburg-Vorpommern den höchsten composite indicator. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf die gute Positionierung des Flächenlandes bei den Indikatoren zur Messung des Bildungs- und Ausbildungserfolges zurückzuführen, bei denen Mecklenburg-Vorpommern durchgängig im oberen Bereich des Ländervergleichs liegt. Überdies ist die erfahrene Diskriminierung von Migranten im schulischen Umfeld vergleichsweise gering (Rang 3): 10,0% der befragten Personen mit Migrationshintergrund haben die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft im schulischen Bereich benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 18,1%).

Ferner besitzt das Flächenland die im Ländervergleich beste Ausgangssituation bezüglich der Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen: Mecklenburg-Vorpommern weist den höchsten Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in lehrenden und ausbildenden Berufen in Relation zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf.

Maßnahmenanalyse

Mecklenburg-Vorpommern erreicht bei der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Bildung und Erziehung* einen unterdurchschnittlichen Wert (Rang 14). Bei dem im Folgenden kurz vorgestellten Schlüsselprojekt handelt es sich um die *Landesfachstelle Deutsch als Zweitsprache in Mecklenburg-Vorpommern: Sprachbildung und interkulturelle Schulentwicklung*, die mit Sprachbil-

 © efms 2016

dungsmaßnahmen eine Erhöhung der Chancengleichheit von Schülern mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich anstrebt. Hierzu werden „in Abstimmung mit dem Bildungsministerium und in enger Zusammenarbeit mit den vier Schulämtern (…) Konzepte und Modelle zur additiven und integrativen Sprachförderung und Sprachbildung ausgearbeitet und umgesetzt“[400].

4.8.3.3 Medien

Situationsanalyse

Neben Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gehört Mecklenburg-Vorpommern dem Norddeutschen Rundfunk an, der für die Betrachtung von zwei Situationsindikatoren (Vielfalt in den Medien und der Medienpolitik) in der Dimension *Medien* relevant ist. Der Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund liegt mit rund 3,5% unter dem Median aller Länder (4,9%). Darüber hinaus rangiert Mecklenburg-Vorpommern bei der Vielfalt in den Medien im unteren Bereich des Ländervergleichs: Lediglich 6,2% der Moderatoren besitzen eine Migrationshintergrund.

Ein positives Ergebnis zeigt sich hingegen bei der vielfaltsbezogenen Mediendarstellung. 45,3% der befragten Mehrheitsbevölkerung sind der Meinung, durch die medialen Berichte einen Eindruck von der Lebenssituation der Personen mit Migrationshintergrund zu erhalten, womit Mecklenburg-Vorpommern den vierten Rang im Ländervergleich erzielt.

Insgesamt ist das Flächenland in der Dimension *Medien* im Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Bei der Analyse der Maßnahmen im Bereich *Medien* zeigt sich für Mecklenburg-Vorpommern ein durchschnittliches Ergebnis. Die Kooperationen des NDR mit verschiedenen Bildungseinrichtungen zur Erhöhung des Anteils an Auszubildenden und Volontären mit Migrationshintergrund im journalistischen Bereich wurden als Schlüsselaktivität für einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt identifiziert. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Erhöhung von Schüler- und Studierendenpraktika, die durch gezielten Kontakt auf Ausbildungsmessen und einer stärkeren Zusammenarbeit mit Schulen hergestellt werden sollen.

[400] URL: http://www.raa-mv.de/de/content/fachberatungsstelle-m-v-daz-der-schule [Stand 15.02.2016]; http://www.daz-mv.de/fachberatung/ [Stand 15.02.2016].

4.8.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Mecklenburg-Vorpommern positioniert sich in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* mit einem composite indicator von 2,1 auf dem letzten Rang des bundesweiten Vergleichs.

Während das Flächenland beim ausgeschöpften Einbürgerungspotential im oberen Mittelfeld auf dem sechsten Rang liegt, erreicht Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich des langfristigen Aufenthaltsrechts von Drittstaatsangehörigen einen Wert im unteren Bereich aller Länder (Rang 14). So besitzen knapp ein Drittel (29,5%) der Drittstaatsangehörigen ein langfristiges Aufenthaltsrecht (Deutschland: 56,3%). Ferner rangiert das Flächenland im Hinblick auf den Indikator zur Erfassung der Einbürgerungspraxis auf dem letzten Platz im deutschlandweiten Vergleich: In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil an Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen mit fortbestehender, bisheriger Staatsangehörigkeit bei rund 21,0% und demzufolge deutlich unter dem bundesweiten Wert von 37,3%.

Nach Thüringen und Baden-Württemberg bildet das Bundesland bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern das Schlusslicht aller Länder (Rang 14). Hinsichtlich der Wohnungsquote zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen positioniert sich Mecklenburg-Vorpommern im mittleren Länderfeld.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* belegt Mecklenburg-Vorpommern den letzten Rang im bundesweiten Vergleich. Die Analyse zeigt zudem, dass keine landesweite Aktivität als Schlüsselprojekt hervorzuheben ist.

4.8.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ist durch eine hohe Vielfalt im Landesparlament geprägt. Nach dem Stadtstaat Bremen erzielt das Land den zweithöchsten transformierten Skalenwert hinsichtlich des Anteils an Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund. Zugleich weist das Bundesland die niedrigste Akzeptanz gegenüber der politischen Repräsentanz von Migranten auf: 12,6% der befragten Mehrheitsbevölkerung lehnen die politische Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund als Gemeinderäte oder Abgeordnete ab; 42,0% befürworten die politische Aktivität teilweise und 45,4% der Mehrheitsbevölkerung sind positiv gegenüber der politischen Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund eingestellt.

Insgesamt positioniert sich Mecklenburg-Vorpommern in der Dimension *politische Repräsentanz* im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs auf dem zehnten Rang.

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Der Ostseeanrainer rangiert im Hinblick auf die Realisierung landesweiter Maßnahmen zur Förderung der Vielfaltskultur in der Dimension *politische Repräsentanz* im Mittelfeld aller Länder. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

4.8.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Mecklenburg-Vorpommern belegt in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* mit einem composite indicator von 2,7 den letzten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Diese Positionierung ist unter anderem auf den niedrigen Indikator zur Operationalisierung der Interkulturalität im Gesundheitssystem zurückzuführen: Nach Berlin besitzt das Flächenland den niedrigsten Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zum Migrantenanteil des Landes (Rang 15).

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Situationsanalyse für Mecklenburg-Vorpommern, dass Migranten sowohl ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand (Rang 12) als auch ihre Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung schlechter einschätzen als die Mehrheitsbevölkerung (Rang 15).

Maßnahmenanalyse

Zur Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* wurden in Mecklenburg-Vorpommern keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die einen Beitrag zur Stärkung der Vielfaltskultur leisten.

4.8.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Mecklenburg-Vorpommern weist sowohl am Arbeitsplatz als auch bei der Arbeits-/ Ausbildungsplatzsuche den niedrigsten Anteil erlebter Benachteiligung aufgrund der Herkunft auf und rangiert folglich bei beiden Einzelvariablen auf Rang eins.

Während sich für das Flächenland eine im bundesweiten Vergleich mittlere Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der Erwerbstätigenquote zeigt (Rang 6), liegt das Bundesland bei der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes im unteren Bereich aller Länder (Rang 15).

Insgesamt rangiert Mecklenburg-Vorpommern in der Dimension *Erwerbsleben* im mittleren Feld des Ländervergleichs (Rang 8).

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der Maßnahmenanalyse der Dimension *Erwerbsleben* ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern ein durchschnittlicher Wert. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur auf dem Arbeitsmarkt identifiziert.

4.8.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Situationsanalyse

Mecklenburg-Vorpommern weist den dritthöchsten Transformationswert bei dem Indikator zur Messung der gleichberechtigten Teilhabe am Wohnungsmarkt auf, der sich einerseits aus den vergleichenden Variablen zur Eigentümerquote sowie Wohnfläche und andererseits aus den Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche zusammensetzt.

Bei der Gegenüberstellung der Wohnfläche nach dem Migrationshintergrund erzielt das Flächenland mit einer Differenz von 12,1 Quadratmetern den fünften Rang aller Länder. Zudem gab keiner der befragten Migranten in der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe an, aufgrund der Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden zu sein, womit das Bundesland den ersten Rang im Ländervergleich belegt. Darüber hinaus erreicht Mecklenburg-Vorpommern bei der vergleichenden Einschätzung der Wohnsituation zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund eine im deutschlandweiten Vergleich eher niedrig zu bewertende Differenz (Rang 3).

Allerdings liegt Mecklenburg-Vorpommern mit einer Differenz von 28 Prozentpunkten bei der Gegenüberstellung der Eigentümerquoten nach dem Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten auf dem letzten Rang im bundesweiten Vergleich. Des Weiteren stellt das Flächenland bezüglich der Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld das Schlusslicht des Ländervergleichs dar.

Insgesamt rangiert das Bundesland in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* im unteren Bereich des Ländervergleichs (Rang 13).

4.8.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Mecklenburg-Vorpommern erreicht in der Dimension *Sicherheit und Prävention* mit einem composite indicator von 7,9 den ersten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Ein Alleinstellungsmerkmal stellen die geringen Diskriminierungserfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund in dem Bundesland dar: Sowohl bei der institutionellen Diskriminierung, die anhand der erfahrenen Benachteiligung in Ämtern bzw. Behörden und der Polizei operationalisiert wird, als auch der Alltagsdiskriminierung erzielt Mecklenburg-Vorpommern die geringsten Diskriminierungswerte und belegt damit bei allen Einzelvariablen den ersten Rang.

Bei dem von Personen mit Migrationsgeschichte eingeschätzten Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass sowie dem Anteil an aufgeklärten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten ist Mecklenburg-Vorpommern im oberen Mittelfeld (jeweils Rang 5) einzuordnen. Dagegen liegt das Flächenland hinsichtlich der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des Landes im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs auf Rang zwölf.

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Mecklenburg-Vorpommern belegt in der Analyse der landesweiten Maßnahmen der Dimension *Sicherheit und Prävention* den vorletzten Rang aller Länder. Eine Aktivität des Bundeslandes, die es besonders hervorzuheben gilt, besteht in dem *Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!"*. Das Landesprogramm verfolgt im Wesentlichen drei Ziele: Neben dem Entgegenwirken rechtsextremistischer Aktivitäten zielt das Programm darauf ab, „das Wissen über demokratische Strukturen und Handlungsweisen zu vertiefen (…) sowie die Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen zu verbessern" und „mehr Personen in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld zu sensibilisieren, zu ermutigen und zu befähigen, sich in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einzubringen"[401].

Eine weitere Aktivität des Landes, die einen besonderen Ansatz verfolgt, stellt das Pilotprojekt *Betriebliches BeratungsTeam* dar. „Ziel ist es, in den Betrieben rechtsextreme Einstellungen und Einflüsse durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden oder zurück zu drängen" [402]. Das Aufgabenspektrum des BeratungsTeams umfasst Vorträge zu den Themen Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung in der Arbeitswelt, eine Darlegung von Best-Practice-Beispielen zu den Themen Prävention und Intervention sowie eine Begleitung bei der Konzeption und Umsetzung entsprechender betrieblicher Maßnahmen.

4.8.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

In Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich mehr Migranten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ehrenamtlich (22,3%) als Personen ohne Migrationshintergrund (15,1%). Mit dieser für Migranten positiven Differenz in der Gegenüberstellung der ehrenamtlichen Tätigkeit positioniert sich das Flächenland auf dem vierten Rang im bundesweiten Vergleich.

Allerdings weist Mecklenburg-Vorpommern - ähnlich wie in den Dimensionen *politische Repräsentanz* sowie *Wohnen und Wohnumfeld* - auch in diesem Bereich eine niedrige Akzeptanz der befragten Mehrheitsbevölkerung gegenüber der interkulturellen Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement auf (Rang 14).

Insgesamt erzielt das Flächenland einen composite indicator von 4,3, der dem Mittelfeld des Ländervergleichs zuzuordnen ist (Rang 8).

---

[401] URL: http://www.lpb-mv.de/cms2/LfpB_prod/LfpB/de/dut/Landesprogramm_Demokratie_und_Toleranz_gemeinsam_staerken!/index.jsp [Stand 15.02.2016]

[402] URL: http://www.bbtmv.de/wir-ueber-uns.html [Stand 15.02.2016]

Maßnahmenanalyse

Bei der vergleichenden Betrachtung landesweiter Maßnahmen im Bereich des *bürgerschaftlichen Engagements* zeigt sich für Mecklenburg-Vorpommern ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Zudem wurden von den identifizierten Landesaktivitäten keine Projekte als Schlüsselmaßnahme klassifiziert.

4.8.4 Kurzfazit

„Die Integrationsbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern sind wesentlich geprägt durch die Flächenstruktur des Landes und die geringen Zuwanderungszahlen. Die Abwanderung aus den ländlichen Regionen, erhebliche regionale Unterschiede, fehlende Arbeitsplätze ebenso wie ein sehr spezieller Arbeitskräftebedarf einiger weniger Branchen stellen besondere Anforderungen an den Umgang mit Zuwanderung“[403].

Das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern weist den im Ländervergleich niedrigsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf. Möglicherweise liegt in dem niedrigen Migrantenanteil eine Ursache für die eher geringe Bedeutung, die dem Politikfeld der Integration in den vergangenen Regierungskoalitionen beigemessen wurde[404].

Ein besonders markantes Ergebnis der Situationsanalyse stellt die niedrige Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt in den einzelnen Dimensionen dar. Zugleich weist Mecklenburg-Vorpommern die niedrigsten Diskriminierungserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, im Alltag und bei Behörden sowie der Polizei auf. Die Dimensionen *Bildung und Erziehung* sowie *Sicherheit und Prävention* sind durch eine positive Ausgangssituation hinsichtlich des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt geprägt. Dagegen zeigen die Ergebnisse weiterhin, dass insbesondere in den Dimensionen *Rechtsstatus und Einbürgerung* sowie *Wohlfahrt und Gesundheit* Handlungsbedarf besteht.

Bei der Analyse der landesweiten Maßnahmen zur Stärkung des Umgangs mit Vielfalt schneidet Mecklenburg-Vorpommern unterdurchschnittlich ab – mit Ausnahme der Dimensionen *politische Repräsentanz* und *Erwerbsleben* sowie den Aktivitäten des NDR im Bereich *Medien.*

---

[403] URL: http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Soziales/Integration/Leitlinien-zur-Integration [Stand 15.02.2016]

[404] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und Christlich demokratische Union Deutschlands, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2006): *Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 5.Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.* Schwerin. URL: http://www.spd-fraktion-mv.de/medien/dokumente [Stand 15.02.2016]

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und Christlich demokratische Union Deutschlands, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2011): *Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 6.Wahlperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.* Schwerin. URL: http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=47762 [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

Tabelle 20: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Mecklenburg-Vorpommern

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**5,0** *5*	*13*
Bildung und Erziehung	**8,9** *1*	*14*
Medien	**3,6** *9*	*7*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**2,1** *16*	*16*
Politische Repräsentanz	**3,7** *10*	*6*
Wohlfahrt und Gesundheit	**2,7** *16*	*14*
Erwerbsleben	**6,5** *8*	*11*
Wohnen und Wohnumfeld	**4,6** *13*	
Sicherheit und Prävention	**7,9** *1*	*15*
Bürgerschaftliches Engagement	**4,3** *8*	*12*

Quelle: eigene Darstellung

4.9 Niedersachsen

4.9.1 Strukturdaten des Landes

Das im Nordwesten Deutschlands liegende Flächenland Niedersachsen stellt mit 47.615 Quadratkilometern das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland nach Bayern dar[405]. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 32.890 Euro je Einwohner weist Niedersachsen eine im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf (Bundesdurchschnitt: 37.099 Euro je Einwohner)[406]. Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 6,8%, womit diese leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7,1% liegt. Während die Arbeitslosenquote der deutschen Bevölkerung 5,9% beträgt (Bundesdurchschnitt: 6,2%), ist die ausländische Bevölkerung des Flächenlandes mit 19,9% überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen (Bundesdurchschnitt: 16,6%)[407].

In Niedersachsen leben knapp 7,9 Millionen Einwohner, von denen rund 17,8% einen Migrationshintergrund aufweisen (Bundesdurchschnitt: 21,0%)[408]. Der Anteil der niedersächsischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt mit 8,4% unter dem bundesweiten Durchschnitt von 11,2%[409]. Neben der Türkei (13,7%) stellen Polen (12,7%) sowie Syrien (6,2%) die häufigsten Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung in Niedersachsen dar[410].

4.9.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.9.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik.

Die Zuständigkeit für migrations- und integrationsbezogene Themen obliegt dem niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, insbesondere dem Referat *Migration und Teilhabe*[411]. Bis Ende Februar 2014 verantwortete das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration den Politikbereich mit einer eigenständigen Abteilung für Integration. *Flüchtlingsangelegenheiten* werden dagegen im nieder-

[405] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 10.02.2016]

[406] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[407] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[408] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[409] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[410] Ebd.

[411] URL: http://www.ms.niedersachsen.de/wir_ueber_uns/organisationsplan/14068.html [Stand 10.02.2016]

© efms 2016

sächsischen Ministerium für Inneres und Sport in einer spezifischen Abteilung bearbeitet[412]. In der Staatskanzlei des Flächenlandes ist neben dem Referat *Grundsatzfragen und Koordinierung Migration und Teilhabe* zudem das Verbindungsbüro zur Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe angesiedelt[413].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Das Amt der *Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe*, vormals unter der Bezeichnung der Integrationsbeauftragten geführt, wird mit dem Ziel der „rechtlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe der in Niedersachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ ehrenamtlich ausgeübt[414]. In ihrem Engagement vertritt die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe die Interessen der niedersächsischen Migranten gegenüber der Landesregierung. Ferner umfasst das Aufgabenspektrum der Landesbeauftragten die Mitarbeit bei integrationspolitischen Verwaltungsvorschriften und Richtlinien sowie die Unterstützung der kommunalen Ausländerbeauftragten und der integrationsrelevanten Akteure vor Ort.

Überdies obliegt der Landesbeauftragten der Vorsitz des *niedersächsischen Beirats für Migration und Teilhabe*, der sich im Mai 2015 unter anderem aus Mitgliedern der Migranten(selbst-)organisationen, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Akteuren der Integrations- und Bildungsarbeit sowie landesweiten Interessenvertretungen konstituierte und den niedersächsischen Integrationsbeirat ablöste[415]. Die Aufgaben des Beirats liegen im Wesentlichen darin, „die Landesregierung in Fragen der Migration und Teilhabe zu beraten und sich dabei auch aktueller politischer Themen in dem Bereich anzunehmen“[416]. Ferner begleitet der Beirat den *interministeriellen Arbeitskreis Migration und Teilhabe* (IMAK MuT), welcher ein ressortübergreifendes Gremium der Landesregierung darstellt, bei der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Vielfalt und Teilhabe[417].

In Niedersachsen wurde zudem vor über 20 Jahren eine Ausländerkommission gegründet, welche später zur Integrationskommission umbenannt und derzeit als *Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe* im Landtag agiert. Die wesentliche Funktion der Kommission liegt in der „regelmäßigen Erörterung aller Fragen, die sich aus der kulturellen, weltan-

[412] URL: http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14823&article_id=63126&_psmand=33 [Stand 10.02.2016]

[413] URL: http://www.stk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1150&article_id=2546&_psmand=6 [Stand 10.02.2016]

[414] URL: http://www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de/die-landesbeauftragte/ [Stand 10.02.2016]

[415] URL: http://www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de/beirat-fuer-migration-u-teilhabe/ [Stand 10.02.2016]

[416] URL: http://www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2015/06/Beirat_Flyer.pdf [Stand 10.02.2016]

[417] URL: http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/zuwanderung-und-integration---chancen-fuer-niedersachsen-nutzen-128745.html [Stand 10.02.2016]

schaulichen und religiösen Vielfalt sowie aus der besonderen Situation der Migrationsgesellschaft Niedersachsen ergeben und die deren Teilhabe und Partizipation betreffen“[418].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unterstützt durch finanzielle Zuwendungen landesweit tätige Migrantenorganisationen, wie beispielsweise den *Niedersächsischen Integrationsrat* (NIR). Dieses „Vertretungsorgan der zugewanderten Bevölkerung Niedersachsens auf Landesebene“ ist aus der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländervertretungen hervorgegangen, die bereits im Oktober 1984 gegründet wurde[419]. Der Niedersächsische Integrationsrat setzt sich zum Beispiel „für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft“[420] ein und „versteht sich als legitimierter Gesprächspartner gegenüber dem Landtag, der Landesregierung, allen relevanten Organisationen auf Landesebene sowie ähnlichen Gremien in anderen Bundesländern“[421]. Darüber hinaus fördert er den Austausch unter den Mitgliedsvertretungen, begleitet deren Arbeit vor Ort und unterstützt deren Professionalisierung[422].

Des Weiteren besteht in der *Arbeitsgemeinschaft von MigrantInnen und Flüchtlingen in Niedersachsen* (amfn e.V.) eine landesweite Vertretung zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen, die unter anderem Fortbildungsmaßnahmen zur Professionalisierung von Migrantenorganisationen sowie zur politischen Bildung von Migranten und Flüchtlingen durchführen. Weitere Schwerpunkte des amfn e.V. liegen auf der beruflichen Qualifizierung der Zielgruppen sowie der Beratungs- und Bildungsarbeit für Eltern mit Migrationshintergrund, um deren Teilhabe am Bildungssystem ihrer Kinder zu stärken[423].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Im Land Niedersachsen bestehen keine expliziten gesetzlichen Regelungen zur Vertretung von Zuwanderern in Beiräten oder Ausschüssen auf der kommunalen Ebene.

---

[418] Landtag Niedersachsen (2003): *Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages vom 4. März 2003* (Nds. GVBI. S. 135), zuletzt geändert durch Beschluss vom 15. Dezember 2014 (Nds. GVBI. S. 505). Hannover, §18b Abs. 1. URL: http://www.landtag-niedersachsen.de/rechtsvorschriften/ [Stand 10.02.2016]

[419] URL: http://nds-integrationsrat.de/ [Stand 10.02.2016]

[420] Niedersächsischer Integrationsrat (2008): *Satzung des Niedersächsischen Integrationsrates in der Fassung vom 23.11.2008.* Hannover, §1 Nr. 2. URL: http://demo.nds-integrationsrat.de/wp-content/uploads/2014/11/081123-Satzung-NIR.pdf [Stand 10.02.2016]

[421] Niedersächsischer Integrationsrat (2008): *Satzung des Niedersächsischen Integrationsrates in der Fassung vom 23.11.2008.* Hannover, §1 Nr. 4. URL: http://demo.nds-integrationsrat.de/wp-content/uploads/2014/11/081123-Satzung-NIR.pdf [Stand 10.02.2016]

[422] Ebd., §1 Nr. 5,6.

[423] URL: http://www.amfn.de/index.php?option=com_content&view=frontpage&Itemid=48 [Stand 10.02.2016]

© efms 2016

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Die *Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung* legt einen Schwerpunkt auf die Förderung von Projekten, die auf eine Integration von Menschen mit Migrationshintergrund abzielen. Hierbei erfolgt insbesondere eine Unterstützung von bildungsbezogenen Maßnahmen, beispielsweise zur frühkindlichen Sprachförderung, der Elternbildung sowie der Gewinnung von Lehramtsstudierenden mit Migrationshintergrund[424].

Des Weiteren erhält das *Ethno-Medizinische Zentrum e.V.* in Hannover, dessen Arbeit auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Migranten im Gesundheitssystem abzielt, eine Strukturförderung durch die niedersächsische Landesregierung[425].

4.9.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Jahre 2003 wurde erstmals das *Handlungsprogramm Integration* beschlossen, welches 2008 durch das niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration aktualisiert wurde. Ein Schwerpunkt des Programms liegt auf der nachholenden Integration: „Das Land engagiert sich im Bereich der präventiven, der begleitenden und insbesondere auch in der nachholenden Integrationspolitik. Niedersächsische Integrationspolitik ist aktivierende Integrationspolitik“[426]. Als Handlungsfelder werden neben den Bereichen Sprache/Bildung, Übergang Schule/Beruf, Erwerbsleben sowie der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltungen, die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen mit Migrationshintergrund definiert. Darüber hinaus stellen die Integration vor Ort, Religion, Gesundheit sowie Antidiskriminierung und Sicherheit/Prävention weitere Handlungsfelder des aktualisierten Handlungsprogramms Integration dar.

Während dem Politikfeld der Integration in den Koalitionsvereinbarungen der Regierungsperioden zwischen 2003 bis 2013 eine eher untergeordnete Bedeutung beigemessen wurde[427], war die Entwicklung in den letzten Jahren durch eine zunehmende Belebung des integrationspolitischen Diskurses geprägt. Mit dem Regierungswechsel durch die SPD und Die Grünen (2013-2018) erfolgte auch ein integrationspolitischer Richtungswechsel, der im folgenden Zitat deutlich wird: „Für ein Willkommensrecht, durch das die Zuwanderung von Men-

[424] URL: http://lotto-sport-stiftung.de/forderung/forderschwerpunkte/ [Stand 10.02.2016]

[425] URL: http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/ [Stand 10.02.2016]

[426] Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (2008): *Handlungsprogramm Integration*. Hannover, S. 6. URL: http://www.kmn.uni-oldenburg.de/hei/download/handlungsprogramm-integration-2008.pdf [Stand 10.02.2016]

[427] Christlich Demokratische Union (CDU) und Freie Demokratische Partei (FDP) (2003): *Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP für die 15. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2003 – 2008*. Hannover. URL: http://www.fdp-cuxhaven.de/daten/fdp/files/koalition.pdf [Stand 10.02.2016];

Christlich Demokratische Union (CDU) und Freie Demokratische Partei (FDP) (2008): *Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP für die 16. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2008 – 2013*. Hannover. URL: https://www.google.de/search?q=koalitionsvereinbarung+niedersachsen+2003&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=2RvUVqrEGu3N6QS8xYmQDQ#q=koalitionsvereinbarung+niedersachsen+2008 [Stand 10.02.2016]

schen gefördert und ihre zügige Aufnahme in der Gesellschaft ermöglicht werden. Für Willkommensstrukturen, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer übersichtliche Behördenstrukturen und -zuständigkeiten vorfinden. Für eine Willkommenshaltung, dass die Gesellschaft den Zuzug unterstützt“[428]. Für die neue Regierung zielt der Begriff „Integration“ auf eine Anpassungsleistung von Zuwanderern ab und widerspricht dem Ziel, „dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich“ gewährt wird[429]. Aus diesem Grund wurde der Begriff „Integration“ von einer Politik der „Migration und Teilhabe“ abgelöst. Unter der Leitlinie „Weltoffenes Niedersachsen – Vielfalt und Teilhabe stärken“ werden unter anderem „Diskriminierung entgegen wirken“, „Engagement und Beteiligung stärken und ausbauen“, „Willkommenskultur leben – Zuwanderung erleichtern“ sowie „religiöse und weltanschauliche Vielfalt gestalten“ als Schwerpunkte der aktuellen Regierung benannt[430].

Neben der neuen Leitlinie eines „Weltoffenen Niedersachsens – Vielfalt und Teilhabe stärken“ stellt die Humanität in der niedersächsischen Flüchtlings- und Asylpolitik einen weiteren, wesentlichen Schwerpunkt der von der SPD und den Grünen geführten Regierung dar. Hierzu werden als Handlungsfelder die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbesondere im Hinblick auf die gesundheitliche Situation, ein humanitäres Bleiberecht sowie eine Reform der Härtefallkommission definiert[431].

Eine wesentliche Grundlage der niedersächsischen Integrationspolitik mit hohem Vielfaltsbezug bildet die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Teilhabe zugewanderter Menschen und der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt* (Richtlinie Migration, Teilhabe und Vielfalt). Im Rahmen der Richtlinie werden Projekte gefördert, die neben der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in den gesellschaftlichen Bereichen, eine „Förderung der wechselseitigen Wertschätzung sowie die Akzeptanz kultureller, sprachlicher, ethnischer und religiöser Vielfalt“ verfolgen[432].

---

[428] Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 05.12.2013, URL: http://www.ms.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=4972&article_id=120267&_psmand=17 [Stand 10.02.2016]

[429] Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Niedersachsen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen für die 17. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2013 bis 2018 (2013): *Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen*. Hannover, S. 6. URL: https://www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/downloads/Dokumente/Rot-Gruener_Koalitionsvertrag_Nds_2013_2018_web.pdf [Stand 10.02.2016]

[430] Ebd., S. 9f.

[431] Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Niedersachsen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen für die 17. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2013 bis 2018 (2013): *Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen*. Hannover, S. 11f. URL: https://www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/downloads/Dokumente/Rot-Gruener_Koalitionsvertrag_Nds_2013_2018_web.pdf [Stand 10.02.2016]

[432] Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (2013): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Teilhabe zugewanderter Menschen und der Akzeptanz gesellschaftlicher*

© efms 2016

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

In Niedersachsen erfolgt eine strukturelle Förderung der kommunalen Integrationspolitik durch die Einrichtung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe, welche die kommunalen Leitstellen für Integration (2005 bis 2013) ablösten. Die Grundlage für das bis Ende 2018 laufende Förderprogramm bildet die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe*. Diese zielen auf eine „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer chancengerechten Teilhabe im Flächenland Niedersachsen sowie zur landesweiten Etablierung eines lokalen Migrations- und Teilhabemanagements für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ ab[433]. Die Aufgaben der Koordinierungsstellen umfassen neben der Analyse der Ausgangssituation vor Ort unter anderem die Ausarbeitung von Handlungskonzepten, die Koordination und Realisierung der kommunalen Integrationsaufgaben sowie die Vernetzung bzw. Förderung von Kooperationen zwischen den integrationsrelevanten, lokalen Akteuren.

Integrationsmonitoring

Das Flächenland Niedersachsen veröffentlicht ein Integrationsmonitoring zur Beschreibung des Stands der Integration sowie der Entwicklung von Integrationsprozessen im Land. Im Jahre 2012 informierte das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration erstmals mithilfe der „klassischen Kategorien“ des indikatorengestützten Monitorings über die Situation von Personen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen[434]. Unter dem Titel *Migration und Teilhabe in Niedersachsen* wurde 2014 ein weiteres Integrationsmonitoring vom niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung herausgegeben. Neben den „klassischen Kategorien“ wie Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt und Soziales erfolgte darüber hinaus erstmalig eine Darstellung zur Arbeitsmigration[435].

Vielfalt (Richtlinie Migration, Teilhabe und Vielfalt). Hannover, S. 1. URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/soziales_gesundheit/migration_und_teilhabe/migration_teilhabe_vielfalt/demokratie-und-toleranz-121613.html [Stand 10.02.2016]

[433] Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (2014): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe.* Hannover, S. 1. URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/soziales_gesundheit/migration_und_teilhabe/koordinierungsstellen_migration_und_teilhabe/koordinierungsstellen-fuer-migration-und-teilhabe-125282.html [Stand 10.02.2016]

[434] Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (2012): *Integrationsmonitoring Niedersachsen 2012*. Hannover. URL: http://www.ms.niedersachsen.de/themen/integration/ integrationsmonitoring/analysen_und_informationen/vertiefende-informationen-108289.html [Stand 10.02.2016]

[435] Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (2014): *Migration und Teilhabe in Niedersachsen. Integrationsmonitoring 2014*. Hannover. URL: http://www.ms.niedersachsen.de/themen/integration/integrationsmonitoring/analysen_und_informationen/vertiefende-informationen-108289.html [Stand 10.02.2016]

4.9.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[436]

Während der Anteil der integrationspolitischen Ausgaben am niedersächsischen Gesamthaushalt im Jahre 2014 noch bei 0,41% lag, stieg dieser 2015 um mehr als das Doppelte auf rund 1,0% an (Tabelle 21). Insgesamt weist das Flächenland Niedersachsen einen durchschnittlichen relativen Anteil für integrationsbezogene Aktivitäten auf.

Tabelle 21: Integrationspolitische Ausgaben in Niedersachsen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Niedersachsen	112,6 Mio.	27,7 Mrd.	0,41
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Niedersachsen	282,6 Mio.	28,4 Mrd.	1,0
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Niedersachsen, eigene Berechnungen

4.9.2.4 Antidiskriminierungspolitik

In der aktuellen niedersächsischen Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und den Grünen wird auf eine Stärkung der demokratischen Teilhabe verwiesen. In diesem Zusammenhang soll das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus sowie die politische Bildung gefördert werden[437]. Hierfür strebt die Landesregierung ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus an. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurde im Januar 2014 die Einrichtung eines interministeriellen Arbeitskreises (IMAK) von der niedersächsischen Landesregierung beschlossen[438].

Ferner trat am 01.01.2014 die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus und für Demokratie und Toleranz* (Richtlinie Demokratie und Toleranz) in Kraft. Auf der Grund-

[436] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 56).

[437] Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Niedersachsen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen für die 17. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2013 bis 2018 (2013): *Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen.* Hannover, S. 16. URL: https://www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/downloads/Dokumente/Rot-Gruener_Koalitionsvertrag_Nds_2013_2018_web.pdf [Stand 10.02.2016]

[438] Pressemitteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 21.01.2014, URL: http://www.stk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/landesregierung-richtet-interministeriellen-arbeitskreis-imak-fuer-landesprogramm-gegen-rechtsextremismus-ein-121267.html [Stand 10.02.2016]

© efms 2016

lage der Richtlinie werden Maßnahmen gefördert, „die integrations- bzw. teilhabefeindlichen Tendenzen, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen in unserer Gesellschaft entgegentreten und/oder positiv für die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung (…) werben“. Im Rahmen präventiver Bildungsangebote soll nicht nur eine Förderung der Toleranz und Demokratie erfolgen, sondern auch der Umgang mit Vielfalt gestärkt werden[439].

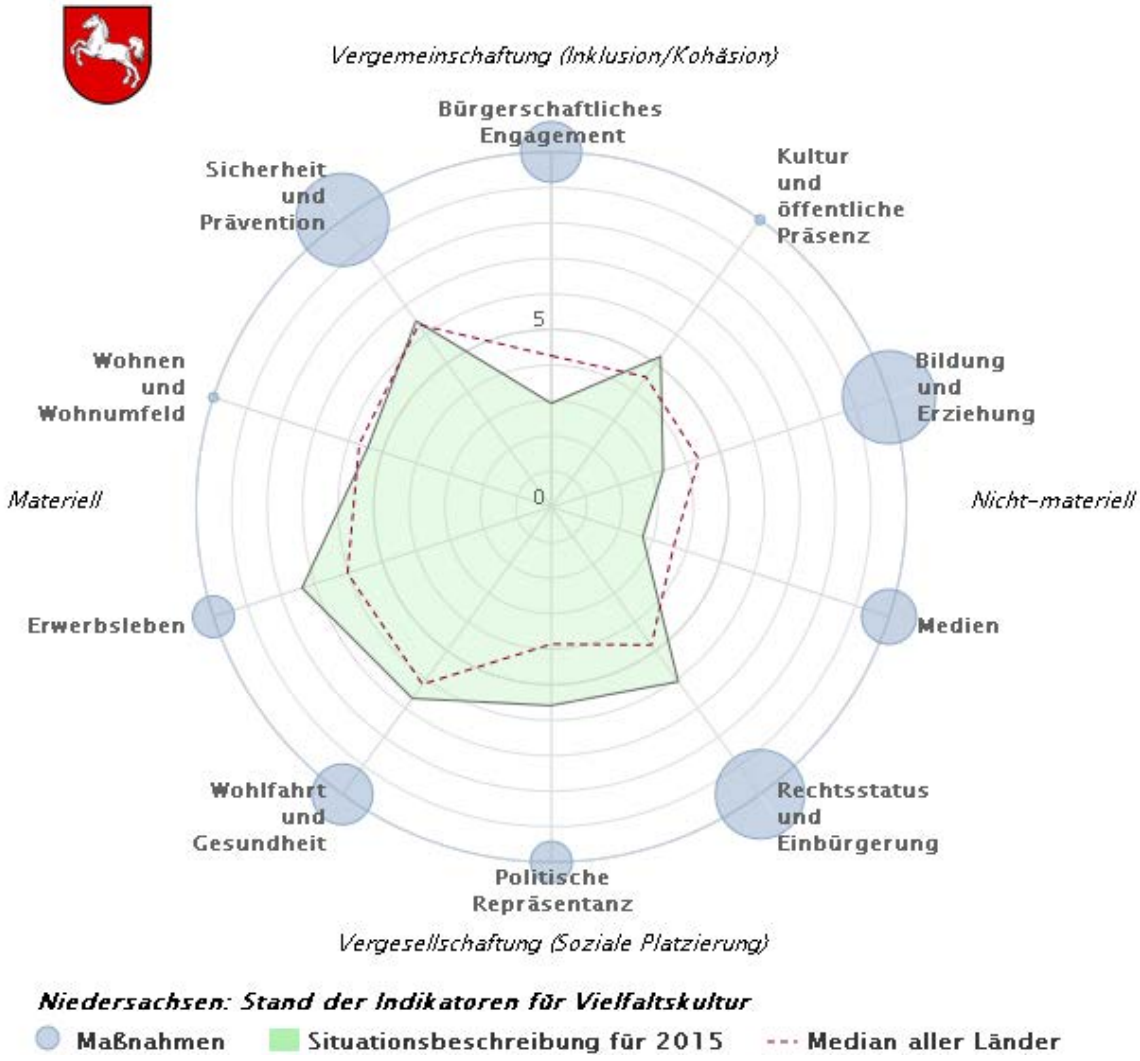
Niedersachsen unterzeichnete im Mai 2008 als drittes Bundesland - nach Berlin und dem Saarland - die Charta der Vielfalt. Am 12. April 2013 trat das Flächenland zudem der Koalition gegen Diskriminierung bei[440].

[439] Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (2014): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus und für Demokratie und Toleranz* (Richtlinie Demokratie und Toleranz). Hannover, S. 1. URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/soziales_gesundheit/integration_migration/demokratie_und_toleranz/demokratie-und-toleranz-106701.html [Stand 10.02.2016]

[440] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

4.9.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 11: Umgang mit Vielfalt in Niedersachsen



Quelle: eigene Darstellung

4.9.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Niedersachsen rangiert in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* im oberen Feld des Ländervergleichs (Rang 3). Das Bundesland ist bei fast allen Indikatoren dem mittleren Bereich zuzuordnen. Eine Ausnahme stellt der Indikator zur Messung der Akzeptanz von kultureller Vielfalt durch Migrationsprozesse dar. Über die Hälfte (66,7%) der niedersächsischen Mehrheitsbevölkerung ist der Meinung, dass unsere Gesellschaft durch Einwanderung kulturell reicher geworden ist. Dagegen stimmen einer kulturellen Verarmung der Gesellschaft durch Migrationsprozesse lediglich 7,4% der befragten Personen zu. Mit dieser positiven Einstellung gegenüber der kulturellen Vielfalt durch Zuwanderungen positioniert sich Nie-

© efms 2016

dersachsen im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs auf dem vierten Rang. Zudem ist der Indikator zur Operationalisierung der Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im persönlichen Umfeld seitens der Mehrheitsbevölkerung (Vorhandensein von und Einstellung zu privaten Kontakten zu Migranten) im oberen Länderfeld auf dem zweiten Rang einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Für Niedersachsen wurden keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* beitragen.

4.9.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Niedersachsen rangiert sowohl bei dem Indikator zur Operationalisierung des Bildungserfolges als auch des Ausbildungserfolges im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs. Des Weiteren liegt das Flächenland bei den Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich (Rang 10) sowie dem Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden und ausbildenden Berufen (Rang 12) im (unteren) Mittelfeld des Ländervergleichs.

Insgesamt belegt das Bundesland in der Dimension *Bildung und Erziehung* den zehnten Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Laut dem niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fließt der Großteil der zur Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen vorhandenen Mittel in den Bereich Bildung und Sprachförderung[441]. Dies spiegelt sich in der Maßnahmenanalyse wider: Niedersachsen weist einen überdurchschnittlichen Wert bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Bildung und Erziehung* auf und positioniert sich im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs. Darüber hinaus verfügt das Bundesland über die größte Anzahl identifizierter Schlüsselprojekte, die im Folgenden kurz skizziert werden.

Das *MigrantenElternNetzwerk* in Niedersachsen setzt sich aus Vereinen, Elterninitiativen sowie regionalen Elternnetzwerken von Migrantenorganisationen zusammen und zielt auf eine Stärkung der Eltern mit Migrationshintergrund ab, indem es unter anderem Veranstaltungen für Eltern und Fortbildungen für Multiplikatoren organisiert. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Netzwerkes stellt zudem die Vertretung der Interessen der Eltern mit Migrationshintergrund gegenüber den Entscheidungsträgern in Politik, Bildung und Verwaltung dar[442]. Das Modellprojekt *Mehrsprachig erfolgreich sein* wurde ebenfalls als Schlüsselmaß-

[441] URL: http://www.ms.niedersachsen.de/themen/integration/integrationspolitik_und_beratungsangebote/integrationspolitik-und-beratungsangebote-in-niedersachsen-91258.html [Stand 10.02.2016]

[442] URL: http://www.men-nds.de/ [Stand 10.02.2016]

nahme identifiziert. Im Rahmen des Projektes wird die Herkunftssprache von jungen Menschen mit Migrationshintergrund durch einen unterrichtsergänzenden Sprachkurs gefördert, dessen Abschluss im Erwerb eines international anerkannten Sprachzertifikats besteht. Daneben wird den Schülern die Bedeutung der bilingualen Sozialisation für Karrieremöglichkeiten aufgezeigt, indem Netzwerkpartner und international agierende Unternehmen eingebunden werden[443]. Ein bereits ausgelaufenes Schlüsselprojekt stellt *EFI - Elternarbeit, Frühe Hilfen und Migrationsfamilien* dar, welches von 2011 bis 2014 durchgeführt wurde. Im Rahmen des Projektes sollten die Zugänge für Familien mit Migrationshintergrund zu Angeboten der Elternbildung und –arbeit verbessert werden. Darüber hinaus zielte das Projekt auf eine nachhaltige Vernetzung von Akteuren im Bereich der frühen Hilfen und Elternarbeit ab[444]. Ferner wurde die *Fachberatung Interkulturelle Bildung* der niedersächsischen Landesschulbehörde als Schlüsselmaßnahme der Dimension *Bildung und Erziehung* definiert. Diese unterstützt „Schulen bei der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund und der fächerübergreifenden Vermittlung einer interkulturellen Kompetenz für alle Kinder und Jugendlichen“[445]. Die Fachberatung IKB bietet ein umfassendes Beratungsangebot für Schulleitungen und Lehrkräfte an, welches unter anderem die Entwicklung bzw. Fortschreibung von Förderkonzepten sowie die Einbindung von herkunftssprachlichem Unterricht in das Schulprogramm umfasst. Das differenzierte Angebot an Beratungsleistungen trägt zur interkulturellen Öffnung von Schulen bei und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Vielfaltskultur.

4.9.3.3 Medien

Situationsanalyse

Die Ergebnisse der Indikatoren zur Messung der Vielfalt in den Medien - operationalisiert anhand des Migrantenanteils unter den Moderatoren - und der Medienpolitik gehen für das Land Niedersachsen aus der Betrachtung der Landesrundfunkanstalt des Norddeutschen Rundfunks (NDR), der zudem Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein angehören, hervor. Sowohl der Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund (3,5%), der die Vielfalt in der Medienpolitik abbildet, als auch der Migrantenanteil unter den Moderatoren (6,2%) ist im bundesweiten Vergleich eher gering (Rang 9 bzw. Rang 8).

Bezüglich der durch die niedersächsische Mehrheitsbevölkerung eingeschätzten medialen Darstellung der Lebenssituation von Migranten erzielt das Flächenland den achten Rang aller Länder.

---

[443] URL: http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1820&article_id=137424&_psmand=8 [Stand 10.02.2016]

[444] URL: http://www.familien-mit-zukunft.de/index.cfm?uuid=BCC8A9A0C2975CC8A0E0E9D93B485076 [Stand 10.02.2016]

[445] URL: https://www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de/bu/schulen/schulentwicklung/ikb [Stand 10.02.2016]

© efms 2016

Niedersachsen rangiert in der Dimension *Medien* im mittleren Bereich des Ländervergleichs auf Rang elf.

Maßnahmenanalyse

Die vergleichende Analyse der Maßnahmen zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt zeigt, dass Niedersachsen im Mittelfeld der Länder einzuordnen ist. Insbesondere herauszuarbeiten sind allerdings die Kooperationen des NDR mit verschiedenen Bildungseinrichtungen zur Rekrutierung junger Migranten für den journalistischen Bereich [446].

4.9.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Ein relevanter Indikator der Situationsanalyse der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* besteht in der Einbürgerungspraxis, die anhand der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung von Drittstaatsangehörigen operationalisiert wird. Rund 40,6% der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen in Niedersachsen erfolgen mit dem Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit (Bundesdurchschnitt: 37,3). Für das Flächenland resultiert hinsichtlich der Einbürgerungspraxis ein transformierter Wert von 7,0 auf einer Skala von 0 bis 10, womit Niedersachsen den vierten Rang im Ländervergleich erzielt.

Ebenfalls sehr positiv stellt sich die Situation Niedersachsens im Hinblick auf die Wohnungsquote für Asylsuchende dar: Nach Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz besitzt das Flächenland mit 82,3% den dritthöchsten Anteil dezentral untergebrachter Asylbewerber. Bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen (Rang 10), dem Anteil an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht (Rang 7) sowie dem ausgeschöpften Einbürgerungspotential (Rang 10) ist Niedersachsen jeweils dem mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs zuzuordnen.

Insgesamt erreicht Niedersachsen den vierthöchsten composite indicator (6,1) in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung.*

Maßnahmenanalyse

Eine Analyse der Maßnahmen der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* belegt, dass das Flächenland mit gezielten Aktivitäten einen hohen Beitrag zur Stärkung der Vielfaltskultur leistet. Dennoch rangiert Niedersachsen bei der ländervergleichenden Auswertung der landesweiten Maßnahmen im Mittelfeld aller Länder. Insbesondere hervorzuheben ist das *Pilotprojekt zur Willkommenskultur in Ausländerbehörden,* welches darauf abzielt „die or-

[446] URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html [Stand 08.02.2016]

ganisatorischen, personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine stärkere Serviceorientierung zu analysieren und durch gezielte Maßnahmen zu verbessern“[447].

Überdies stärkt das Landesprogramm zur Integrationsberatung im Rahmen der *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integrationsberatung von Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen* (Richtlinie Integration) insbesondere die Verbesserung der Situation von bereits länger in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die einen Integrationsbedarf besitzen. Demzufolge liegt der Schwerpunkt der Richtlinie auf der nachholenden Integration und ergänzt die vom Bund geförderten Angebote der Migrationserstberatung sowie der Jugendmigrationsdienste. Das Landesprogramm „soll den Integrationsprozess von Menschen mit Migrationshintergrund gezielt initiieren, steuern und begleiten“, indem unter anderem eine „Vermittlung in Hilfesysteme, die Begleitung des Integrationsverlaufs und die Überprüfung eingeleiteter Maßnahmen“ erfolgt[448].

Ferner wurde mit A*MBA – Aufnahmemanagement und Beratung von Asylsuchenden in Niedersachsen* eine weitere Schlüsselmaßnahme identifiziert. Das Netzwerkprojekt, in dem Beratungsstellen, zivilgesellschaftliche Organisationen, die kommunalen Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe sowie die Erstaufnahmeeinrichtungen miteinander kooperieren, strebt eine Verbesserung der Aufnahmenbedingungen und sozialen Integration von Asylsuchenden in Niedersachsen an. Neben der Entwicklung von Aufnahmekonzepten erfolgen im Rahmen des Projektes zudem eine Qualifizierung der am Aufnahmeprozess beteiligten Akteure sowie eine Asylverfahrensberatung, die die Situation besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge berücksichtigt[449].

Die bereits im Abschnitt 4.9.2.2 beschriebenen *Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe* in Niedersachsen stellen eine weitere Schlüsselmaßnahme der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* dar, da diese flächendeckend die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund fördern sollen. Eine letzte hervorzuhebende Maßnahme des Flächenlandes besteht in dem Netzwerk der *Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen* (KMN), welches vom niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung koordiniert wird. Das seit dem Jahr 2000 bestehende Verbundsystem vernetzt die wesentlichen Beratungs- und Informationsangebote für Zugewanderte und stellt eine fachliche Verknüpfung der am Migrations- und Teilhabeprozess beteiligten Akteure sicher. Die Aufgaben des

[447] URL: http://www.ms.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/berichte_und_projekte/cornelia-rundt-wir-werden-zugewanderte-kuenftig-mit-mehr-freundlichkeitund-besserem-service-empfangen--123614.html [Stand 08.02.2016]

[448] Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (2012): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integrationsberatung von Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen* (Richtlinie Integration). Hannover, S. 1. URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/soziales_gesundheit/integration_migration/intgrationsberatung/106703.html [Stand 10.02.2016]

[449] URL: http://www.nds-fluerat.org/projekte/netzwerkprojekt-amba/ [Stand 08.02.2016]

© efms 2016

Netzwerkes sind vielfältig und reichen von der „Unterstützung im individuellen Eingliederungsprozess von Zugewanderten“ über die „Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen zu interkulturellen Themen für Beschäftigte in Verwaltungen und Schulen“ bis hin zur Stärkung von Migrantenselbstorganisationen sowie der „Übernahme von Servicefunktionen für Initiativen zur Vermittlung von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt oder berufliche Qualifizierungsmaßnahmen“[450].

4.9.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Insgesamt erzielt das Flächenland in der Situationsanalyse für die *politische Repräsentanz* von Migranten den vierthöchsten composite indicator. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf den im Ländervergleich hohen Anteil an Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund zurückzuführen (Rang 3). Darüber hinaus zeigen die Daten, dass Niedersachsen bezüglich der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Repräsentanz von Migranten im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs einzuordnen ist (Rang 4): Mehr als zwei Drittel (68,3%) der befragten niedersächsischen Mehrheitsgesellschaft befürwortet die politische Aktivität von Migranten als Gemeinderäte oder Abgeordnete. Lediglich 7,2% der Befragten lehnen Menschen mit Migrationshintergrund in einer politischen Funktion ab und ca. ein Viertel (24,4%) der niedersächsischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund äußert sich neutral zur politischen Aktivität von Migranten.

Maßnahmenanalyse

Niedersachsen ist in der ländervergleichenden Analyse der Maßnahmen zur Förderung der *politischen Repräsentanz* von Menschen mit Migrationshintergrund im oberen Feld einzuordnen. Allerdings wurden keine Maßnahmen identifiziert, die es im Zusammenhang mit einer Förderung der Vielfaltskultur besonders hervorzuheben gilt.

4.9.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Niedersachsen positioniert sich in der Situationsanalyse der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 6).

Mit Ausnahme der vergleichenden Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes nach dem Migrationshintergrund belegt das Flächenland jeweils einen Rang im mittleren Bereich der Länder (Gegenüberstellung der Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung nach dem Migrationshintergrund, Interkulturalität im Gesundheitssystem - operationali-

[450] URL: http://www.ms.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=26521&article_id=95623&_psmand=17 [Stand 08.02.2016]

siert anhand des Anteils an Erwerbstätigen in medizinischen Gesundheitsberufen mit Migrationshintergrund).

Bei dem Vergleich des derzeitigen Gesundheitszustandes nach dem Migrationshintergrund, den Migranten besser einschätzen als die niedersächsische Mehrheitsbevölkerung, liegt das Flächenland im oberen Feld des bundesweiten Vergleichs auf Rang vier.

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die Anzahl der landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* rangiert Niedersachsen im oberen Bereich des Ländervergleichs. Allerdings wurden keine Schlüsselprojekte identifiziert.

4.9.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Eine interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen stellen zentrale integrationspolitische Handlungsfelder des Landes Niedersachsen dar. Diese Schwerpunktsetzung wird sowohl in der Situationsbeschreibung als auch in der Maßnahmenanalyse deutlich. So belegen die Ergebnisse, dass in Niedersachsen eine im Ländervergleich hohe Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet ist. Das Flächenland rangiert sowohl bei der Gegenüberstellung der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund (Rang 4) als auch bei dem Anteil an erwerbstätigen Migranten im öffentlichen Dienst (Rang 5) im oberen (Mittel-)Feld aller Länder. Im Hinblick auf die arbeitsmarktbezogenen Diskriminierungserfahrungen – Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche (Rang 8) und am Arbeitsplatz (Rang 7) – ist Niedersachsen im Mittelfeld aller Länder einzuordnen.

Insgesamt erzielt Niedersachsen in der Situationsanalyse der Dimension *Erwerbsleben* den dritthöchsten composite indicator nach dem Freistaat Bayern und dem Saarland.

Maßnahmenanalyse

Eine Betrachtung der landesweiten Maßnahmen der Dimension *Erwerbsleben* für Niedersachsen zeigt, dass der Schwerpunkt zum einen auf der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltungen und zum anderen auf der Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt liegt. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, dass das *IQ Landesnetzwerk*[451] mit Landesmitteln kofinanziert. Ein Handlungsfeld des niedersächsischen IQ Netzwerkes besteht in der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung: Durch eine individuelle Beratung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen soll eine bildungsadäquate Be-

[451] Das bundesweite Förderprogramm *Integration durch Qualifizierung* (IQ) besteht aus 16 Landesnetzwerken und zielt auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Personen mit Migrationshintergrund ab, insbesondere auf eine Qualifizierung im Kontext des Anerkennungsgesetzes.

© efms 2016

schäftigung erzielt werden. Neben der Anerkennungsberatung werden im Rahmen des Landesnetzwerkes zudem Qualifizierungsmaßnahmen zur Unterstützung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Kontext des Anerkennungsgesetzes durchgeführt. Ein letztes Handlungsfeld bilden Angebote zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Arbeitsmarktakteuren (kleine und mittlere Unternehmen, Agenturen für Arbeit sowie kommunale Verwaltungen)[452].

Im Ländervergleich verfügt Niedersachsen allerdings über eine unterdurchschnittliche Anzahl von Maßnahmen, die auf eine positive Vielfaltskultur im Erwerbsleben abzielen.

4.9.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Niedersachsen positioniert sich bei fast allen Indikatoren der Dimension im Mittelfeld aller Länder: Gegenüberstellung der Eigentümerquote (Rang 7), Zufriedenheit mit der Wohnsituation nach dem Migrationshintergrund (Rang 10), erfahrene herkunftsbedingte Diskriminierung bei der Wohnungssuche (Rang 11), Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld seitens der Mehrheitsbevölkerung (Rang 8). Eine Ausnahme stellt die vergleichende Betrachtung der Wohnfläche dar. So besitzen Personen ohne Migrationshintergrund eine um durchschnittlich 18,2 Quadratmeter größere Wohnfläche als Migranten, womit das Bundesland den dreizehnten Rang im Ländervergleich belegt.

In der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* erreicht Niedersachsen einen composite indicator von 5,4, womit das Flächenland einen mittleren Gesamtwert aufweist (Rang 10).

4.9.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Niedersachsen erzielt in der Dimension *Sicherheit und Prävention* einen composite indicator, der im Mittelfeld aller Länder einzuordnen ist (Rang 8).

Besonders hervorzuheben ist der dritte Rang des Flächenlandes hinsichtlich des Aufklärungsanteils an registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten (87,0%). Zudem positioniert sich Niedersachsen mit einem im Ländervergleich niedrigen Anteil an herkunftsbedingten Benachteiligungserfahrungen bei der Polizei und im Alltag jeweils auf dem fünften Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Im Vergleich der landesweiten Maßnahmen der Dimension *Sicherheit und Prävention* rangiert Niedersachsen ebenfalls im Mittelfeld. Neben der *Richtlinie Demokratie und Toleranz*, die bereits im Zusammenhang mit der Antidiskriminierungspolitik des Landes Niedersachsen beschrieben wurde (Abschnitt 4.9.2.4), besteht eine weitere Schlüsselmaßnahme in der

[452] URL: http://www.migrationsportal.de/ [Stand 10.02.2016]

Qualifizierung zur Fachkraft für Opferberatung im Handlungsfeld rechtsextremer Gewalt durch den niedersächsischen Landespräventionsrat. „Die Qualifizierung richtet sich an Fachkräfte, die in ihren Arbeitsfeldern mit der Beratung von Opfern von Hassverbrechen bzw. rechtsextremer Gewalt zu tun haben". Neben den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus stellen die „Viktimisierung bei Hassverbrechen", „Beratung und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt" sowie „Qualitätssicherung und rechtliche Rahmenbedingungen in der Arbeit mit Opfern rechtsextremer Gewalt" Qualifizierungsmodule dar[453].

Insgesamt liegt der Fokus der landesweiten Maßnahmen in Niedersachsen jedoch im Präventionsbereich.

4.9.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

In der Situationsanalyse der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* erreicht das Flächenland Niedersachsen - nach Thüringen und Bayern - den drittniedrigsten composite indicator. So weist das Bundesland einen im Vergleich zur niedersächsischen Mehrheitsbevölkerung (21,1%) geringen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf (11,6%), der sich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ehrenamtlich engagiert (Rang 13). Ferner ist die Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement im unteren Mittelfeld auf dem zwölften Rang einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Während Niedersachsen in der Situationsanalyse der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* niedrige Werte erzielt, liegt das Bundesland bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen im mittleren Bereich des Ländervergleichs. Zwei Aktivitäten gilt es in dieser Dimension besonders hervorzuheben: Die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen für die Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Partizipationsprozess* (Richtlinie Integrationslotsinnen und Integrationslotsen) zielt darauf ab, „die Kommunen bei der Aufwertung und Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Engagements (…) zu fördern und dadurch die Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Gesellschaft zu verbessern"[454]. Darüber hinaus strebt das Projekt *neXTkultur: Migration | Partizipation | Integration | Kooperation* eine Stärkung von Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSOen)

[453] URL: http://www.kriminalpraevention.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=109&XParentID=104 [Stand 10.02.2016]

[454] Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (2015):*Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen für die Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Partizipationsprozess* (Richtlinie Integrationslotsinnen und Integrationslotsen). Hannover, S. 1. URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/soziales_gesundheit/migration_und_teilhabe/intgrationslotsen/integrationslotsen-106702.html [Stand 10.02.2016]

© efms 2016

an. Im Rahmen des Projektes erfolgen unter anderem eine Bestandsaufnahme bestehender Strukturen der MJSOen, eine Beratung dieser im Professionalisierungsprozess, eine Vernetzung der MJSOen mit anerkannten Jugendverbänden sowie eine interkulturelle Qualifizierung der Jugendverbände in Niedersachsen[455].

4.9.4 Kurzfazit

Niedersachsen verfügt über entwickelte integrationspolitische und diversitätsorientierte Strukturen und Institutionen. Die Analysen haben zudem gezeigt, dass die Vielfaltskultur des Flächenlandes weitgehend positiv zu bewerten ist. Lediglich für die Dimension *bürgerschaftliches Engagement* zeigen sich auffällig geringe Werte in der Situationsanalyse. Demgegenüber erzielt das Flächenland insbesondere in den Dimensionen *Kultur und öffentliche Präsenz*, *Rechtsstatus und Einbürgerung*, *politische Repräsentanz* sowie *Erwerbsleben* Werte in den oberen Rängen des Ländervergleichs.

Im *Erwerbsleben* weist das Land Niedersachsen einen unter dem gesamtdeutschen Median liegenden Maßnahmenwert auf. Allerdings gilt es hierbei zu berücksichtigen, dass das Flächenland gezielt Aktivitäten durchführt, um die von der Landesregierung angestrebten Ziele - interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung, Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen für eine bildungsadäquate Beschäftigung der zugewanderten Personen - zu erreichen. In der ländervergleichenden Maßnahmenanalyse zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* positioniert sich Niedersachsen im unteren Feld aller Länder, wobei in Anbetracht der Ergebnisse der Situationsanalyse kein größerer Handlungsbedarf in diesem Bereich besteht.

[455] URL: http://www.nextkultur.de/Was-wir-tun.84.0.html [Stand 08.02.2016]

Tabelle 22: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Niedersachsen

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**5,2** *3*	*13*
Bildung und Erziehung	**3,3** *10*	*5*
Medien	**2,7** *11*	*7*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**6,1** *4*	*11*
Politische Repräsentanz	**5,6** *4*	*4*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,7** *6*	*3*
Erwerbsleben	**7,4** *3*	*12*
Wohnen und Wohnumfeld	**5,4** *10*	
Sicherheit und Prävention	**6,5** *8*	*8*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,9** *14*	*10*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.10 Nordrhein-Westfalen

4.10.1 Strukturdaten des Landes

Das im Westen der Bundesrepublik liegende Flächenland Nordrhein-Westfalen stellt mit 17,7 Millionen Einwohnern das bevölkerungsstärkste Bundesland in Deutschland dar[456]. Die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), liegt mit 36.509 Euro je Einwohner leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 37.099 Euro je Einwohner[457]. Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 8,8% (Bundesdurchschnitt: 7,1%), wobei die in Nordrhein-Westfalen lebende ausländische Bevölkerung mit einer Quote von 22,9% überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist (Deutschland: 16,6%)[458].

In Nordrhein-Westfalen besitzt knapp jeder vierte (25,6%) Einwohner einen Migrationshintergrund (Deutschland: 21,0%)[459]; der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt mit rund 12,8% leicht über dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[460]. Die Hauptherkunftsländer der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind die Türkei (22,3%), Polen (8,8%) sowie Italien (6,0%)[461].

4.10.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.10.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Nordrhein-Westfalen nahm im Jahre 2005 als erstes Bundesland den Begriff „Integration“ in die Bezeichnung eines Ministeriums - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration - auf, um den Grundsatz der Integration als Querschnittsaufgabe in einem Ressort institutionell zu verankern. Ferner ist die „Einrichtung des Integrationsministeriums (…) weit mehr als ein symbolischer Akt. Sie geht mit einer deutlichen Aufwertung der Ziele, Zielgruppen und Institutionen von Integrationspolitik und Integrationsarbeit einher“ [462]. Seit

[456] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[457] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[458] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[459] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[460] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[461] Ebd.

[462] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): *Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung.* Düsseldorf, S. 31. URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/berichte_analysen/Zuwanderungs-_und_Integrationsberichte/1_Integrationsbericht.pdf [Stand 10.03.2016]

2010 sind integrationspolitische Themen am Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales in der eigenständigen Abteilung *Integration* angesiedelt, dessen Leitung dem Staatssekretär für Integration obliegt[463]. Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen verantwortet neben dem Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht die Aufnahme, Verteilung, Versorgung und soziale Beratung von Flüchtlingen sowie die Koordination des Personaleinsatzes in Flüchtlingsangelegenheiten[464].

Im Dezember 2006 konstituierte sich in Nordrhein-Westfalen der *Integrationsbeirat*, der sich aus Vertretern der Politik, Wirtschaft, Praxis und Wissenschaft zusammensetzt. Dieser „unterstützt die Integrationspolitik der Landesregierung durch fachlichen Rat, innovative Anstöße und kritische Begleitung“[465].

Der von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Jahre 1948 erstmals einberufene *Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen* erhält in §10 Abs. 3 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes seine gesetzliche Legitimation. Die Geschäftsstelle des Landesbeirats liegt beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, das diesen zudem finanziell unterstützt. Neben der Beratung der Landesregierung in relevanten Fragen, vertritt der Landesbeirat die Interessen der Aussiedler und Vertriebenen in der Öffentlichkeit. Überdies ist der Beirat „vor allem in den Bereichen der Aufnahme und der Unterbringung sowie der sprachlichen, schulischen, sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler“ tätig[466].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Die *Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen* (LAGA NRW), die im Jahre 1996 als Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gegründet wurde, stellt das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der nordrhein-westfälischen Integrationsräte gegenüber dem Landtag und der Landesregierung dar. Die LAGA NRW erhält ihre gesetzliche Legitimation durch das Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, welches dem Landesintegrationsrat zudem finanzielle Zuwendungen (§10 Abs. 1 Teilhabe- und Integrationsgesetz) und ein Anhörungsrecht bei Integrationsfragen zusichert (§10 Abs. 2 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Der Landesintegrationsrat setzt sich „für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der im Land lebenden Migran-

[463] URL: https://www.mais.nrw/sites/default/files/asset/document/ministerium_orga-plan.pdf [Stand 10.03.2016]

[464] URL: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Ueber_Uns/1603organisationsplan.pdf [Stand 10.03.2016]

[465] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): *Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung.* Düsseldorf, S. 32. URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/berichte_analysen/Zuwanderungs-_und_Integrationsberichte/1_Integrationsbericht.pdf [Stand 10.03.2016]

[466] URL: http://www.landesbeirat.nrw.de/aufgaben/index.php [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

tinnen und Migranten ein“[467]. Die Arbeit des Landesintegrationsrats zielt unter anderem auf eine Förderung des Austausches zwischen den nordrhein-westfälischen Integrationsräten, der Intensivierung der „politischen Meinungsbildung und Willensartikulation“ der Migranten, der Qualifizierung und Unterstützung bei der Bildung neuer Integrationsräte sowie der Förderung der Zusammenarbeit „mit den auf dem Gebiet der Migrationsarbeit tätigen Initiativen, Vereinen, Verbänden und Gebietskörperschaften“ ab[468].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Die Vertretung von Zuwanderern auf kommunaler Ebene ist in der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelt. Nach §27 Abs. 1 GO NRW ist die Bildung eines Integrationsrats in Gemeinden verpflichtend, in der entweder mindestens 5.000 ausländische Einwohner leben oder mindestens 2.000 ausländische Einwohner, wenn 200 Wahlberechtigte dies beantragen. In anderen Gemeinden, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, besteht allerdings die Möglichkeit zur Bildung von Integrationsräten als „Kann“ - Regelung.

Neben der Abstimmung zu integrationsrelevanten Themen mit dem Gemeinderat, ermöglicht die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen dem Integrationsrat die Auseinandersetzung mit allen weiteren Gemeindeangelegenheiten (§27 Abs. 8 GO NRW). Zudem sind nach §27 Abs. 10 GO NRW dem Integrationsrat „die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen“[469].

Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen „die politische Partizipation von Zugewanderten 2013 durch die Novellierung der Gemeindeordnung erneut weiterentwickelt. Wesentliche Änderungen sind die Ausweitung des aktiven Wahlrechts auf alle Eingebürgerten und Spätaussiedler, die Zusammenlegung der Integrationsratswahl mit der Kommunalwahl, die stärkere Verzahnung von Gemeinde- und Integrationsräten durch die Berufung von Mitgliedern und die Ausweitung von Anhörungsrechten“[470].

[467] Landesintegrationsrat NRW (2012): *Satzung des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen*, S. 1. URL: http://www.voerde.de/C125729800344FE4/files/sitzungsvorlage_nr._4_2014_anlage.pdf/$file/sitzungsvorlage_nr._4_2014_anlage.pdf?OpenElement [Stand 10.03.2016]

[468] Ebd., S. 2.

[469] Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen: *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994.* Düsseldorf. URL: https://recht.nrw.de/lmi/owa/pl_text_anzeigen?v_id=2320021205103438063#det352115 [Stand 10.03.2016]

[470] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 119.

Landesintegrationskongress

Der vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales regelmäßig durchgeführte Integrationskongress des Landes Nordrhein-Westfalen soll den Dialog zwischen der Landesregierung, der Wissenschaft und der Praxis über integrationsrelevante Fragen stärken. In verschiedenen Fachforen haben die Teilnehmer die Möglichkeit, den Erfahrungsaustausch zu intensivieren. Im Jahre 2016 fand der siebente Landesintegrationskongress beispielsweise unter dem Titel „Ankommen in Nordrhein-Westfalen“ statt[471].

4.10.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die Landesregierung beschloss 2001 die *Integrationsoffensive*, welche 18 Handlungsfelder für die zukünftige nordrhein-westfälische Integrationspolitik definierte. Im November 2005 wurde unter der Federführung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration die *Interministerielle Arbeitsgruppe Integration (IMAG)* eingerichtet, die der bereits 1994 etablierten *Interministeriellen Arbeitsgruppe Zuwanderung* folgte. Die IMAG setzt sich aus Vertretern aller Ressorts der nordrhein-westfälischen Landesregierung zusammen, um den Grundsatz der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu gewährleisten. Das Gremium legte den im Juni 2006 von der Landesregierung beschlossenen A*ktionsplan Integration*[472] vor, der das integrationspolitische Handlungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen darstellt. „Er benennt prioritäre Handlungsfelder und bündelt zielgerichtet die Maßnahmen der einzelnen Ressorts der Landesregierung“ für eine „bessere, effektive und koordinierte Integrationspolitik“[473].

Zur Darlegung des Umsetzungsprozesses des *Aktionsplans Integration* wurde im Jahre 2008 der *Erste Integrationsbericht* der Landesregierung veröffentlicht. Dieser umfasst die zukünftigen Ziele und Grundsätze der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik, den Stand der Umsetzung des Aktionsplans in den 20 Handlungsfeldern sowie eine Darstellung des Integrationsstands von Personen mit Migrationshintergrund, einschließlich der Bevölkerungsentwicklung und der Beschreibung der Lebenslage in Bildung, Arbeitsmarkt und Einkommen[474].

---

[471] URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/landesintegrationskongress-ankommen-nordrhein-westfalen-am-7-april-2016-solingen [Stand 10.03.2016]

[472] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): *Nordrhein-Westfalen. Land der neuen Integrationschancen – Aktionsplan Integration.* Düsseldorf. URL: https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/geissler/aktionsplan-integration_nip_migration.pdf [Stand 10.03.2016]

[473] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): *Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung.* Düsseldorf, S. 32. URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/berichte_analysen/Zuwanderungs-_und_Integrationsberichte/1_Integrationsbericht.pdf [Stand 10.03.2016]

[474] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): *Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung.* Düsseldorf.

© efms 2016

Der nordrhein-westfälische Landtag beschloss im Februar 2012 - als erstes Flächenland der Bundesrepublik Deutschland - das *Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (Teilhabe- und Integrationsgesetz)*, um „eine Grundlage für ein gedeihliches und friedvolles Zusammenleben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu schaffen“ (§1 Nr. 1 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Im Teilhabe- und Integrationsgesetz sind zum einen die Ziele und Grundsätze der Integrationspolitik definiert und zum anderen die damit einhergehenden Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen normiert. Darüber hinaus regelt das Gesetz die Aufnahme besonderer Zuwanderergruppen[475].

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

In Nordrhein-Westfalen erfolgt eine in §7 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes geregelte, strukturelle Unterstützung der Integrationsarbeit vor Ort, indem *kommunale Integrationszentren* in Kreisen und kreisfreien Städten mit einem Integrationskonzept gefördert werden. Die Koordinierungs- und Unterstützungsleistungen der Zentren zielen darauf ab, die nordrhein-westfälischen Regeleinrichtungen für die Integration von Migranten zu sensibilisieren und zu qualifizieren, integrationsbezogene Aktivitäten zu bündeln und aufeinander abzustimmen sowie integrationsrelevante Akteure miteinander zu vernetzen. Die Schwerpunkte liegen dabei sowohl auf der biografiebegleitenden Bildungskette als auch der Integration als Querschnittsaufgabe. Um die kommunalen Integrationszentren zu unterstützen, wurde vom Land Nordrhein-Westfalen eine *Landesweite Koordinierungsstelle* (LaKI) eingerichtet, die „für die Beratung, Begleitung und den Informationsaustausch der in den Kreisen und kreisfreien Städten eingerichteten Kommunalen Integrationszentren“ zuständig ist (§7 Abs. 3 Teilhabe- und Integrationsgesetz).

Seit 2007 unterstützt die Landesregierung zudem die *Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte*, deren Trägerschaft bei den nordrhein-westfälischen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege liegt. Die Integrationsagenturen sind „in einer systematischen Integrationsarbeit zwischen Kommunen, Freien Trägern und dem Land tätig“ [476]. Neben dem bürgerschaftlichen Engagement von / für Migranten stellen die interkulturelle Öffnung von Diensten bzw. Einrichtungen, die sozialraumorientierte Arbeit und die Antidiskriminierungsarbeit weitere Arbeitsschwerpunkte der Agenturen dar.

Das *Kompetenzzentrum für Integration* strebt an, kommunale Integrationsarbeit zu fördern und die „Chancen eines toleranten Zusammenlebens mit kultureller Diversität nachhaltig zu sichern“[477]. Eine Aufgabe des Kompetenzzentrums besteht in der räumlichen Verteilung der Zuwanderer auf die Kommunen (§13 Abs. 1 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Darüber hin-

[475] Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2012): *Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz).* Düsseldorf. URL: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=6&vd_id=13197&vd_back=N97&sg=&menu=1 [Stand 10.03.2016]

[476] URL: http://integrationsagenturen-nrw.de/ueber-uns-integrationsagenturen-gestalten-vielfalt.html [Stand 10.03.2016]

[477] URL: http://www.kfi.nrw.de/wirUeberUns/Imageflyer_KfI_2016.pdf [Stand 10.03.2016]

aus verantwortet das Kompetenzzentrum für Integration verschiedene landesweite Förderprogramme (u.a. *Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben, Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe*) und bietet Seminar- / Weiterbildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen, Verwaltungsmitarbeiter und Fachkräfte der Integrationsarbeit an[478].

Integrationsmonitoring

Im Auftrag des Landtages veröffentlicht die nordrhein-westfälische Landesregierung seit 1995 einen Zuwanderungs- bzw. Integrationsbericht, der „im Fünf-Jahres-Rhythmus ausführlich über Quantität und Struktur der Zuwanderung und die Entwicklung von Teilhabe und Integration" informiert[479]. Die Integrationsberichterstattung wird durch das Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt: „Die Landesregierung legt dem Landtag alle fünf Jahre einen Integrationsbericht vor, der die Bevölkerungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Zuwanderung (Zuwanderungsmonitoring), den Stand der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf der Grundlage von Zielen und Indikatoren (Integrationsmonitoring) sowie die integrationspolitischen Maßnahmen und Leistungen des Landes in umfassender Weise dokumentiert und bewertet" (§15 Abs. 1 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Zudem ist in §15 Abs. 3 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes die Veröffentlichung einer jährlichen Zuwanderungs- und Integrationsstatistik vorgeschrieben, die indikatorengestützte Informationen zur Demografie, Bildung, dem Arbeitsmarkt und zu wechselnden Schwerpunktthemen enthält[480]. Ferner veröffentlicht das Land Nordrhein-Westfalen Integrationsprofile für alle Kreise und kreisfreien Städte um zu verdeutlichen, „wie sich Integration und Teilhabe auf kommunaler Ebene entwickeln"[481].

Darüber hinaus erstellt das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung jährlich in einer sogenannten Mehrthemenbefragung eine Studie zum Stand der Integration von türkeistämmigen Zuwanderern im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und formuliert auf der Grundlage der Ergebnisse Handlungsempfehlungen zur Steigerung der gesellschaftlichen Teilhabe dieser Gruppe.

---

[478] URL: http://www.kfi.nrw.de/index.php [Stand 10.03.2016]

[479] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Integrationsmonitoring. Daten zu Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf. URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/Flyer_Integrationsmonitoring_20141210_Web.pdf [Stand 10.03.2016]

[480] URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/ berichte_analysen/Zuwanderungs-_und_Integrationsstatistiken/index.php [Stand 10.03.2016]

[481] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Integrationsmonitoring. Daten zu Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf. URL: http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/Flyer_Integrationsmonitoring_20141210_Web.pdf [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

4.10.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[482]

Nordrhein-Westfalen investierte im Jahre 2014 rund 237,2 Millionen Euro in integrationspolitische Vorhaben; gemessen an den Gesamtausgaben von knapp 62,6 Milliarden Euro beläuft sich der relative Anteil integrationspolitischer Ausgaben auf einen unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert von 0,38% (Tabelle 23). Mit einem Anstieg der integrationsbezogenen Investitionen auf 1,8 Milliarden Euro erreicht das Flächenland den im Ländervergleich höchsten relativen Anteil integrationspolitischer Ausgaben am Gesamthaushalt im Jahr 2015 (2,67%).

Tabelle 23: Integrationspolitische Ausgaben in Nordrhein-Westfalen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Nordrhein-Westfalen	237,2 Mio.	62,6 Mrd.	0,38
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Nordrhein-Westfalen	1,8 Mrd.	66,3 Mrd.	2,67
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

4.10.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Ein Ziel des Teilhabe- und Integrationsgesetzes besteht in der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung (§1 Nr. 2 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Wesentliche Einrichtungen, die auf eine Antidiskriminierungsarbeit abzielen, stellen die vom Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales geförderten Integrationsagenturen dar. „Ziel der Arbeit der Integrationsagenturen in diesem Eckpunkt ist die Bewusstmachung, die Vermeidung, Vorbeugung und der Abbau von Diskriminierung. Dazu gehört auch, Betroffenen die Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermöglichen“[483]. Neben der Bildungsarbeit, der Sensibilisierung für Diskriminierung im Rahmen eines sozialraumorientierten Ansatzes und der Entwicklung sowie Umsetzung von Antidiskriminierungskonzepten (z.B. in Institutionen, Verbänden,

[482] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 57).

[483] URL: http://integrationsagenturen-nrw.de/antidiskriminierungsarbeit.html [Stand 10.03.2016]

Ausbildungsstätten, Kommunen) stellt die Antidiskriminierungsberatung einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Antidiskriminierungsarbeit der Integrationsagenturen dar[484].

Fünf vom Land geförderte Antidiskriminierungsbüros sind in das Programm der Integrationsagenturen eingegliedert und als *Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit* tätig. Diese verfolgen das Ziel, „gegen individuelle und strukturelle Benachteiligungen vorzugehen und auf einen gesellschaftlichen Konsens gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung hinzuarbeiten“[485]. Das Aufgabenspektrum der Servicestellen umfasst unter anderem die individuelle Einzelfallberatung, Multiplikatorenfortbildungen (Methoden der Antidiskriminierungsarbeit), Sensibilisierungs-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Trainings gegen Vorurteile für Jugendliche.

Das Land Nordrhein-Westfalen entwickelt unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, um insbesondere die präventiven Aktivitäten in dem Bereich zu verstärken und diese „durch eine nachhaltige Strategie besser aufeinander [abzustimmen]“[486]. Hierzu wurde im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport im März 2013 eine entsprechende Projektgruppe *(„Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“)* eingerichtet. Des Weiteren setzte die Landesregierung im November 2013 eine interministerielle Arbeitsgruppe ein, die die Entwicklung des Handlungskonzepts ressortübergreifend begleitet.

Darüber hinaus wurden im Dezember 2013 fünf Regionalkonferenzen durchgeführt, um Herausforderungen, Good-Practice-Beispiele und entsprechende Erwartungen politischer sowie zivilgesellschaftlicher Vertreter gegenüber dem Konzept zu erfassen[487]. Im Februar 2015 veröffentlichte die Landesregierung die *Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen*, in dem die Ziele formuliert sowie 13 Handlungsfelder benannt und zur Diskussion gestellt wurden. Die Leitziele des integrierten Handlungskonzepts bestehen unter anderem in der Verbesserung der „Rahmenbedingungen der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure für deren Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus“ sowie der Förderung

[484] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (2012): *Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.* Düsseldorf. URL: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=1&gld_nr=2&ugl_nr=26&bes_id=22984&val=22984&ver=7&sg=0&aufgehoben=N&menu=1 [Stand 10.03.2016]

[485] URL: http://www.nrwgegendiskriminierung.de/de/servicestellen/ [Stand 10.03.2016]

[486] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Nordrhein-Westfalen und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Nordrhein-Westfalen (2012): *Koalitionsvertrag 2012-2017. Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten.* Düsseldorf, S. 86. URL: https://gruene-nrw.de/dateien/ Koalitionsvertrag_2012-2017.pdf [Stand 10.03.2016]

[487] URL: http://www.nrweltoffen.de/landesaktivitaeten/Handlungskonzept_gegen_Rechtsextremismus/index.php [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

der „Akzeptanz für Demokratie und Weltoffenheit, für Respekt voreinander und für die Anerkennung einer vielfältigen Gesellschaft“[488].

Im Mai 2013 unterzeichnete die nordrhein-westfälische Landesregierung die *Charta der Vielfalt*, eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in deutschen Unternehmen und Institutionen[489]. Allerdings ist das Land bislang nicht der *Koalition gegen Diskriminierung* beigetreten, in der sich die Länder zur Sensibilisierung für Diskriminierung sowie der politischen Verankerung des Themas als Querschnittsaufgabe verpflichten[490].

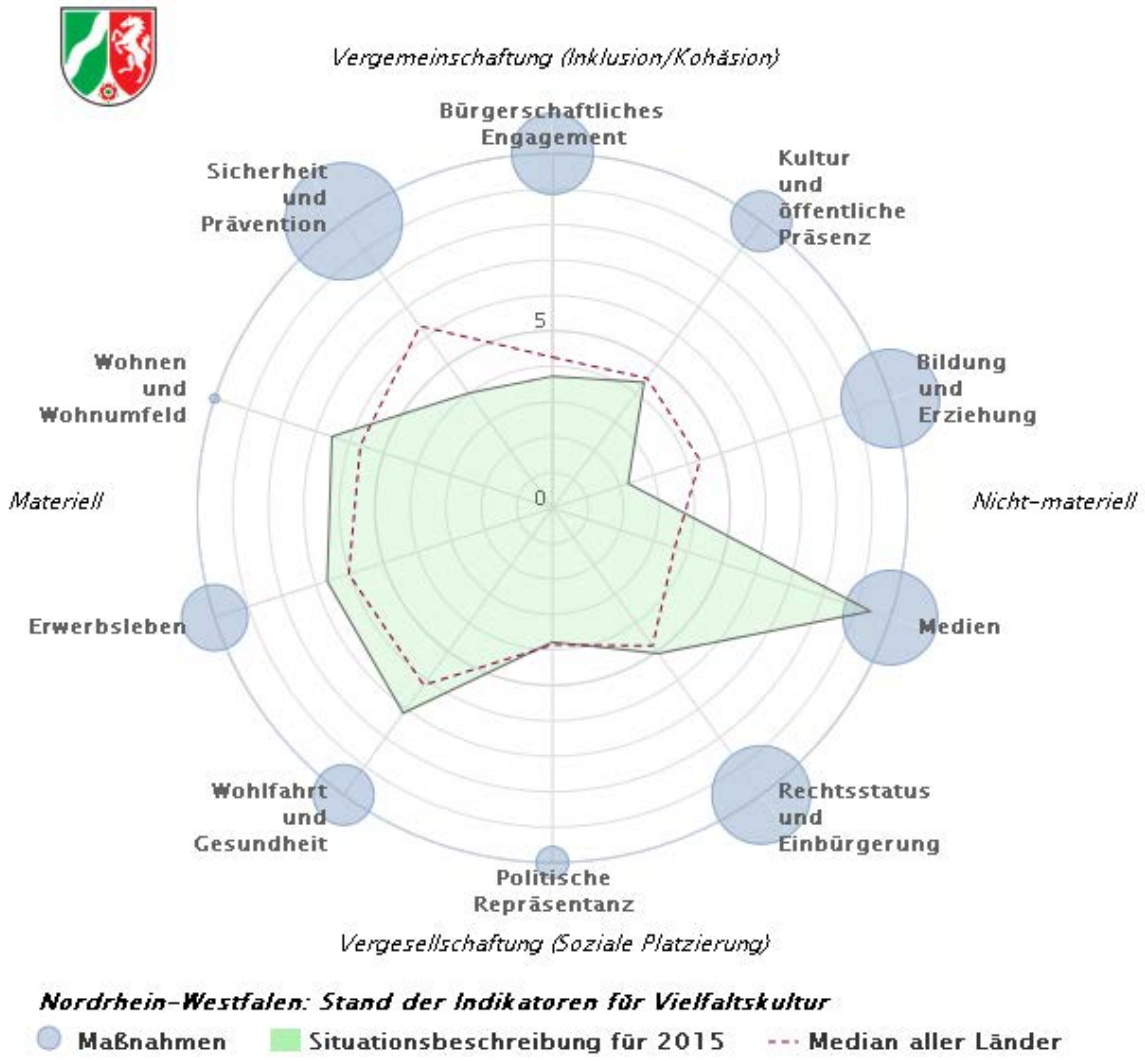
[488] Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): *Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf, S. 3f. URL: http://www.nrweltoffen.de/aktuelles/nachrichten/Eckpunktepapier/Eckpunkte_eines_integrierten_Handlungskonzepts_gegen_Rechtsextremismus_15-02-02.pdf [Stand 10.03.2016]

[489] URL: http://www.charta-der-vielfalt.de/unterzeichner/unterzeichner-der-charta-der-vielfalt/zeige/landesregierung-nordrhein-westfalen.html [Stand 10.03.2016]

[490] URL: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Koalition_gegen_diskriminierung/Absichtserklaerungen/absichtserklaerungen_node.html [Stand 10.03.2016]

4.10.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 12: Umgang mit Vielfalt in Nordrhein-Westfalen



Quelle: eigene Darstellung

4.10.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

In der Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* belegt das Land Nordrhein-Westfalen den zehnten Rang aller Länder.

Ein markantes Ergebnis der Situationsanalyse zeigt sich beim Indikator zur Messung der Akzeptanz von Vielfalt im persönlichen Umfeld: Während ein im Ländervergleich unterdurchschnittlicher Anteil der nordrhein-westfälischen Mehrheitsbevölkerung regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund aufweist (Rang 15), erreicht das Flächen-

© efms 2016

land bei der Einstellung gegenüber Migranten im persönlichen Umfeld den neunten Rang. Im Hinblick auf die Akzeptanz gegenüber religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum ist Nordrhein-Westfalen im oberen Bereich des deutschlandweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 3). 62,9% der befragten Personen ohne Migrationshintergrund sind der Meinung, dass Moscheen in der Öffentlichkeit gut sichtbar sein sollten. Lediglich 12,5% lehnen Moscheen in Deutschland gänzlich ab und rund ein Viertel (24,6%) der befragten nordrhein-westfälischen Mehrheitsbevölkerung stimmt der Aussage zu, dass Moscheen in der Öffentlichkeit nicht so sichtbar sein sollten.

Dagegen liegt der Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in darstellenden und unterhaltenden Berufen - zur Operationalisierung der Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern - im unteren Feld des bundesweiten Vergleichs auf Rang dreizehn.

Maßnahmenanalyse

Die Analyse der landesweiten Maßnahmen in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* lässt auf einen kompetenten Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in Nordrhein-Westfalen schließen, wobei das Bundesland im oberen Mittelfeld zu positionieren ist.

Als Schlüsselaktivität des Landes gilt es unter anderem das Förderprogramm *Künste im interkulturellen Dialog* hervorzuheben. Das auf eine Stärkung des interkulturellen Dialogs abzielende Förderprogramm unterstützt Maßnahmen, „die sich mit der künstlerisch-kulturellen Vielfalt des Landes NRW befassen, die im Laufe seiner langen Einwanderungsgeschichte und im Kontext der Globalisierung entstanden ist“[491]. Darüber hinaus stellen die *Interkulturellen Zentren* des Landes Orte dar, die Begegnungen zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft ermöglichen, soziale Hemmschwellen abbauen und die interkulturelle Verständigung fördern sollen. In den von den Wohlfahrtsverbänden organisierten und durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales geförderten Zentren werden Begegnungsräume geschaffen sowie künstlerische und kulturelle Aktivitäten angeboten. Darüber hinaus dienen die interkulturellen Zentren als „Ort des Lernens“, „der Information in allen Lebenslagen“ und „als Ort für Kommunikation und Vernetzung“[492].

[491] Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: *Fördergrundsätze für die Gewährung von Zuwendungen für interkulturelle Kunst- und Kulturmaßnahmen durch das Land Nordrhein-Westfalen (Fördergrundsätze Interkultur).* Düsseldorf. URL: https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/foerdergrundsaetze_interkultur.pdf [Stand 10.03.2016]

[492] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Förderkonzept Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben.* Düsseldorf. URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Interkulturelle_Zentren/2014-02-19-Foerderkonzept-Stand-Feb-2014-_3_.pdf [Stand 10.03.2016]

4.10.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Nordrhein-Westfalen belegt in der Dimension *Bildung und Erziehung* den dreizehnten Rang im bundesweiten Vergleich. Diese Positionierung resultiert insbesondere aus den im Vergleich zur nordrhein-westfälischen Mehrheitsbevölkerung niedrigeren Bildungs- und Ausbildungserfolgen der Personen mit Migrationshintergrund. Besonders negativ stellt sich die Situation hinsichtlich der Bildungsindikatoren dar: Während lediglich 2,8% der in Nordrhein-Westfalen lebenden Bevölkerung ohne Migrationshintergrund keinen allgemeinbildenden Schulabschluss aufweisen, liegt der Anteil unter den Migranten bei 19,2%. Mit dieser hohen Differenz von 16,4 Prozentpunkten bildet das Flächenland das Schlusslicht des Ländervergleichs.

Bei den anderen Einzelindikatoren zur Operationalisierung des Bildungs- und Ausbildungserfolges zeigen sich ähnliche Ergebnisse: Gegenüberstellung der Personen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife nach dem Migrationshintergrund (höchster allgemeinbildender Schulabschluss): Rang 14; Gegenüberstellung der Personen ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss nach dem Migrationshintergrund: Rang 13; Gegenüberstellung der Personen mit einem Fachhoch-/Hochschulabschluss nach dem Migrationshintergrund (höchster beruflicher Ausbildungsabschluss): Rang 13.

Des Weiteren liegt das Flächenland hinsichtlich der interkulturellen Öffnung bildungsbezogener Berufe, die durch den ländervergleichenden Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in lehrenden sowie ausbildenden Berufen erfasst wird, auf dem letzten Rang aller Länder.

Bezüglich der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich ist das Bundesland im Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Nordrhein-Westfalen weist bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Förderung der Vielfaltskultur im Bereich *Bildung und Erziehung* einen Rang im oberen Feld des deutschlandweiten Vergleichs auf. Ein Schlüsselprojekt stellt die *Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe* dar. Im Rahmen der Chancenwerkstatt werden pädagogische Fachkräfte, Lehrer und Studierende in Fortbildungen und Workshops für strukturelle Diskriminierung sensibilisiert und im Umgang mit Vielfalt gestärkt. Ferner veröffentlicht die *Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe* ein Bildungsmagazin mit „Anregungen für die Umsetzung interkultureller und vorurteilsbewusster Konzepte im Alltag“, entsprechenden Projekten und Forschungsergebnissen sowie bildungspolitischen Debatten zum Thema Diskriminierung.

Um die Inanspruchnahme der dualen Berufsausbildung durch Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund zu erhöhen, kooperieren die türkischen Generalkonsulate und Fachministerien mit relevanten Akteuren der Berufsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (Aktionsplan *Zukunft durch Ausbildung).* Im Rahmen des Aktionsplans transferieren Multiplika-

 © efms 2016

toren entsprechende Informationen zur Berufsberatung in die türkischen Gemeinden. Ferner werden relevante zweisprachige Informationen bereitgestellt, Sprechstunden zu Berufsorientierungs- und Ausbildungsfragen bei den türkischen Generalkonsulaten angeboten sowie zweisprachige Elternabende durchgeführt[493].

Mit den *Integrationsstellen an Schulen* soll die „Teilhabe und Integration durch Bildung, insbesondere im Hinblick auf interkulturelle Unterrichts- und Schulentwicklung und durchgängige Sprachbildung" erzielt werden. „Die Stellen sollen dazu beitragen, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, um möglichst früh die Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn sowie einen erfolgreichen Lebens- und Berufsweg zu schaffen, Übergänge möglichst erfolgreich zu gestalten und Demokratie und interkulturelle Verständigung in Schule und Gesellschaft zu stärken"[494]. Hierfür sollen die Integrationsstellen interkulturelle Schulentwicklungsprozesse anregen, indem sie zur durchgängigen sprachlichen Bildung beitragen, Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Schule initiieren und die interkulturelle Verständigung intensivieren.

4.10.3.3 Medien

Situationsanalyse

In der Dimension *Medien* erzielt Nordrhein-Westfalen den ersten Rang aller Länder. So schneidet das Flächenland bei allen Indikatoren, die in die Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt einbezogen wurden, sehr positiv an[495]: Mit rund 11,8% besitzt der WDR den zweithöchsten Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund. Zudem liegt der Migrantenanteil unter den Moderatoren bei 21,2%, womit die Landesrundfunkanstalt den ersten Rang im bundesweiten Vergleich belegt.

Des Weiteren zeigen die Umfragedaten, dass die nordrhein-westfälische Mehrheitsbevölkerung durch die medialen Berichte einen Eindruck von der Lebenssituation und dem Alltag der Personen mit Migrationshintergrund erlangt (Rang 2).

Maßnahmenanalyse

Die Analyse der Maßnahmen für die Dimension *Medien* wurde für Nordrhein-Westfalen anhand der Landesrundfunkanstalt des Westdeutschen Rundfunks (WDR) durchgeführt. Die Auswertungen zeigen, dass der WDR die höchste Anzahl an relevanten Maßnahmen für einen positiven Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt aufweist.

---

[493] URL: https://www.mais.nrw/node/6279 [Stand 10.03.2016]

[494] URL: http://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Integration/Schulentwicklung/Erlass_vom_29_6_2012.pdf [Stand 10.03.2016]

[495] Die Indikatoren zur Darstellung der interkulturellen Vielfalt in den Medien und der Medienpolitik ergeben sich aus den gewonnenen Daten der Landesrundfunkanstalt des Westdeutschen Rundfunks (WDR).

Mit der Talentwerkstatt *WDR Grenzenlos* fördert der Westdeutsche Rundfunk junge Medienschaffende mit Migrationshintergrund durch Praktika in Programmen und Produktion sowie durch journalistische und produktionstechnische Seminare[496]. „Seit 2005 fördert der WDR mit dieser Initiative nicht nur den besonderen Blick auf die Kultur und das Leben in Nordrhein-Westfalen, sondern es wird damit gezielt zur Ausbildung junger Menschen beigetragen, die die Vielfalt der Einstellungen und Lebensstile einer Einwanderungsgesellschaft gut kennen“[497]. Zudem informiert der WDR regelmäßig in einem *Newsletter* „über Aktivitäten, Projekte und Programmhighlights des Senders zum Thema kulturelle Vielfalt und Integration“[498]. Mit der *Themenseite Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen* informiert der WDR überdies durch mediale Beiträge, die in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden, zum Thema Flucht und Asyl[499].

4.10.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Nordrhein-Westfalen zeigt insbesondere bei der Einbürgerungspraxis einen offenen Umgang mit Vielfalt. So erfolgen rund 40,8% der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen mit der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit, womit das Flächenland den dritten Rang aller Länder belegt (Deutschland: 37,3%). Zudem liegt der Anteil an Drittstaatsangehörigen mit einem langfristigen Aufenthaltsrecht mit 58,1% über dem deutschlandweiten Wert von 56,3% (Rang 4). Im Gegensatz hierzu positioniert sich Nordrhein-Westfalen mit einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von 2,0% im unteren Bereich des Ländervergleichs auf dem dreizehnten Rang. Hinsichtlich des Indikators zur Messung der Leistungen für Asylbewerber erzielt das Flächenland den dritten Rang aller Länder: Während die Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen dem oberen Mittelfeld zuzuordnen sind (Rang 5), liegt der Anteil an dezentral untergebrachten Asylsuchenden mit 31,8% im unteren Feld (Rang 13).

Insgesamt erreicht Nordrhein-Westfalen mit einem composite indicator von rund 5,1 den siebten Rang in der Dimension *Rechtsstatus / Einbürgerung* und positioniert sich folglich im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* identifizierten, landesweiten Maßnahmen rangiert das Flächenland im mittleren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs.

---

[496] URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/wdr-grenzenlos100.html [Stand 10.03.2016]

[497] Zambonini, G. (2012): *Vielfalt gestalten – Die Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft.* In: Migration und Soziale Arbeit 3/2012.

[498] URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/profil/kulturelle-vielfalt-integration/integration_newsletter100.html [Stand 10.03.2016]

[499] URL: http://www1.wdr.de/nachrichten/fluechtlinge/index.html [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

Eine Schlüsselmaßnahme stellt allerdings das *Aktionsbüro Einbürgerung* (ABE) dar, dass neben der „Beratung von Einbürgerungswilligen das Ziel [verfolgt], in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Organisationen, die Diskussion um die weiteren Erleichterungen im Einbürgerungsrecht und im Einbürgerungsverfahren zu fördern“[500]. Hierzu führt das ABE mehrsprachige Informationsveranstaltungen durch, bietet individuelle Beratungsgespräche an und organisiert Fachtagungen sowie Diskussionsveranstaltungen. Das ABE ist damit eine deutschlandweit einmalige Einrichtung, die im Rahmen der Integrationsagenturen durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales gefördert wird[501]. Eine weitere Schlüsselfunktion obliegt den nordrhein-westfälischen *Integrationsagenturen*, die die Integrationsarbeit zwischen Kommunen, freien Trägern und dem Land Nordrhein-Westfalen systematisch fördert (siehe Abschnitt 4.10.2.2)[502].

Das Landesprogramm zur *sozialen Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen* zielt auf eine Förderung des flächendeckenden Beratungsangebotes für Flüchtlinge ab. Im Rahmen der Richtlinie erhalten Einrichtungen eine Zuwendung, die einerseits Beratungen bezüglich der Aufnahme (Hilfestellung bei rechtlichen Fragen, Unterstützung bei Behördenangelegenheiten), des Aufenthalts (Informationen zu asyl- und sozialrechtlichen Fragen) und der Aufenthaltsbeendigung anbieten. Andererseits werden allgemeine Maßnahmen im Kontext der Flüchtlingsberatung finanziell unterstützt, wie beispielsweise Weiterbildungen, Aktivitäten zur Stärkung des Erfahrungsaustausches und der Organisation von flüchtlingsrelevanten Projekten[503]. Mit der *Soforthilfe zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen („Zusammenkommen und Verstehen“)* stellt das Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales Mittel für Flüchtlinge und ehrenamtliche Helfer bereit, um die Flüchtlingsarbeit in den Kommunen zu stärken[504].

4.10.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Die Daten der Situationsanalyse zeigen, dass Nordrhein-Westfalen in der Dimension *politische Repräsentanz* im Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen ist (Rang 9). Lediglich beim Anteil an Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund ergibt sich ein leichter Aus-

[500] URL: http://einbuergern.de/de/ [Stand 10.03.2016]

[501] URL: http://einbuergern.de/uber-uns/ [Stand 10.03.2016]

[502] URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Integrationsagenturen/index.php [Stand 10.03.2016]

[503] Ministerium für Inneres und Kommunales (2011): *Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur sozialen Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf. URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=a99f63c3b64a492c4f09e2d5d37bd371;views;document&doc=11026 [Stand 10.03.2016]

[504] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): *„Zusammenkommen und Verstehen“ Soforthilfe zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen. Förderkonzeption.* Düsseldorf, S. 4. URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Soforthilfe_Zusammenkommen-und-Verstehen_/Aufruf-Zusammenkommen-und-Verstehen-akt1.pdf [Stand 10.03.2016]

reißer in Richtung des unteren Mittelfeldes (Rang 12). Bei der Gegenüberstellung der politischen Beteiligung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen belegt Nordrhein-Westfalen den achten Rang im bundesweiten Vergleich. Darüber hinaus positioniert sich das Flächenland sowohl bei der Akzeptanz der nordrhein-westfälischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Aktivität von Migranten als Gemeinderäte oder Abgeordnete als auch hinsichtlich der Vielfalt im Landesparlament - operationalisiert anhand des Anteils an Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund - jeweils mit dem zehnten Rang im Mittelfeld des Ländervergleichs.

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die Maßnahmen zur Förderung der politischen Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund ist das Flächenland im mittleren Bereich aller Länder einzuordnen. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

4.10.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* erzielt Nordrhein-Westfalen den dritten Rang aller Länder. Dieses positive Ergebnis ist unter anderem auf die hohe Interkulturalität im Gesundheitssystem zurückzuführen. Bei dem länderübergreifenden Vergleich der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen, in Relation zum Migrantenanteil des jeweiligen Bundeslandes, erreicht das Flächenland den vierten Rang.

Ferner positioniert sich das Flächenland bei der Gegenüberstellung des subjektiv eingeschätzten Gesundheitszustandes zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf dem zweiten Rang des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Den dritten Rang belegt Nordrhein-Westfalen in der ländervergleichen Auswertung von Maßnahmen mit Vielfaltsbezug im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit*. Als Schlüsselmaßnahme wurde das *Demenz-Servicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte* ausgewählt, dass durch Beratungs- und Begleitungsangebote demenzkranke Menschen mit Migrationshintergrund und deren Angehörige unterstützt. Ferner umfasst das Tätigkeitsspektrum des Demenz-Servicezentrums Aufklärungs-, Informations- und Sensibilisierungsarbeit für Einrichtungen, Unternehmen sowie Behörden zum Thema Demenz und Migration. Das Zentrum wird in seiner Arbeit vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert[505].

[505] URL: http://www.demenz-service-migration.de/ [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

4.10.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

In der Dimension *Erwerbsleben* ist das Flächenland Nordrhein-Westfalen im Mittelfeld des Ländervergleichs einzuordnen (Rang 7). Sowohl bei dem Vergleich der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund als auch der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes - operationalisiert anhand des Anteils an Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst in Relation zum Migrantenanteil des Landes - erreicht das Bundesland jeweils den siebten Rang. Darüber hinaus belegen die Daten, dass die herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen bei der Ausbildungsplatz-/ Arbeitssuche (Rang 5) und am Arbeitsplatz (Rang 8) tendenziell eher gering sind.

Maßnahmenanalyse

Die Maßnahmenanalyse zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im *Erwerbsleben* zeigt, dass sich Nordrhein-Westfalen im oberen Feld des Ländervergleichs positioniert. Das von 2012 bis 2014 durchgeführte Projekt *Weitblick durch Einblick: Perspektivenwechsel fördert Integration*, welches aus vier Teilprojekten bestand, wurde als Schüsselaktivität des Landes ausgewählt. Die Maßnahme zielte zum einen darauf ab, „Unternehmen und öffentliche Verwaltungen interkulturell zu öffnen und für kulturelle Vielfalt zu sensibilisieren“. Zum anderen wurden Personen mit Migrationshintergrund bei der Arbeitsmarktintegration durch Beratungs- und Vermittlungsangebote unterstützt[506].

4.10.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

In Nordrhein-Westfalen ist eine hohe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Vielfalt im Wohnumfeld gegeben (Rang 4). Zudem zeigt sich eine im Ländervergleich niedrige Differenz (16,6 Prozentpunkte) in der Eigentümerquote zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten, womit das Bundesland den vierten Rang erzielt.

Hinsichtlich der vergleichenden Variable zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation (Rang 8), der Gegenüberstellung der Wohnfläche nach dem Migrationshintergrund (Rang 11) sowie den Diskriminierungserfahrungen von Migranten bei der Wohnungssuche (Rang 8) liegt Nordrhein-Westfalen im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Insgesamt ist das Flächenland mit einem composite indicator von 6,5 auf dem dritten Rang der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* einzuordnen.

[506] URL: http://www.multikulti-forum.de/arbeit/perspektivwechsel [Stand 10.03.2016]

4.10.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Nordrhein-Westfalen weist - nach Berlin und Brandenburg - die dritthöchste Anzahl registrierter rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des Bundeslandes auf. Zudem verfügt das Flächenland über den im Ländervergleich niedrigsten Aufklärungsanteil von politisch rechtsmotivierten Gewalttaten (48,7%).

Bezüglich des Grads an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass, seitens der in Nordrhein-Westfalen lebenden Personen mit Migrationshintergrund, ist das Flächenland im mittleren Bereich aller Länder einzuordnen (Rang 11).

Während die aufgrund der Herkunft erfahrene Benachteiligung im Alltag mit rund 23,0% (Deutschland: 21,8%) und bei Ämtern/Behörden mit 23,9% (Deutschland: 24,4%) im Ländervergleich tendenziell eher niedrig zu bewerten ist (Rang 6, Rang 7), liegen die Diskriminierungserfahrungen der befragten nordrhein-westfälischen Migranten bei der Polizei relativ hoch (Nordrhein-Westfalen: 11,9%, Deutschland: 9,2%), wodurch sich das Flächenland im unteren Mittelfeld auf dem zwölften Rang positioniert.

Die Auswertung der Situationsindikatoren belegt, dass Nordrhein-Westfalen nach Berlin, Sachsen und Bremen den viertniedrigsten composite indicator in der Dimension *Sicherheit und Prävention* erreicht (Rang 13).

Maßnahmenanalyse

Nach Berlin und Sachsen führt Nordrhein-Westfalen die meisten landesweiten Maßnahmen in der Dimension *Sicherheit und Prävention* durch. Unter den ausgewählten Länderaktivitäten konnten zwei Schlüsselprojekte identifiziert werden. Das *KommunalWiki gegen Extremismus* stellt für nordrhein-westfälische Verwaltungsmitarbeiter des Landes und der Kommunen Informationen über extremistische Strukturen und Handlungsmöglichkeiten bereit. Zudem können sich die Mitarbeiter mit den rechtlichen Rahmenbedingungen vertraut machen und über landesspezifische Netzwerke gegen Extremismus informieren[507]. Als weitere Schlüsselmaßnahme wurde das *Aussteigerprogramm Rechtsextremismus des Landes Nordrhein-Westfalen* ausgewählt, welches Personen seit 2001 bei ihrem Ausstieg aus dem rechtsextremistischen Umfeld durch individuelle Beratung und Unterstützung begleitet[508].

4.10.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Nordrhein-Westfalen ist in der Situationsanalyse zum *bürgerschaftlichen Engagement* im Mittelfeld aller Länder einzuordnen (Rang 11). Sowohl bei dem Vergleich der regelmäßigen

[507] URL: http://www.mik.brandenburg.de/media_fast/4055/Anlage_PM_071_KommunalWiki.pdf [Stand 10.03.2016]

[508] URL: http://www.aussteiger.nrw.de/wp/?page_id=10 [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach dem Migrationshintergrund (Rang 10) als auch der Akzeptanz der nordrhein-westfälischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement - gemessen anhand der Zustimmung zur Ermutigung der Migranten sich freiwillig zu engagieren (Rang 11) – liegt das Bundesland im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

In der Analyse der landesweiten Aktivitäten zur Stärkung der Vielfaltskultur im bürgerschaftlichen Engagement erzielt das Flächenland den vierten Rang im Ländervergleich. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Personen mit Migrationshintergrund ist unter anderem als Grundsatz in §2 Abs. 5 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes geregelt. Durch die Förderkonzeption *Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe* erhalten ehrenamtliche Ansätze eine Zuwendung, die Flüchtlingen den Start in Nordrhein-Westfalen erleichtern und „ihnen Zugänge zur Gesellschaft" eröffnen[509]. Im Rahmen des Programmes werden nicht nur ehrenamtliche Angebote gefördert, die die Flüchtlinge direkt betreffen (z.B. der Einsatz von ehrenamtlichen Sprachpaten, die Einrichtung von Sprach- und Lesegruppen), sondern auch Unterstützungsangebote für die ehrenamtlichen Helfer (Informationsveranstaltungen, Austauschmöglichkeiten). Mit dem *Pilotprogramm Integrationslotsen* unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen „die von Neuzuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Kommunen durch die finanzielle Förderung der Akquisition, der Qualifizierung, der Koordinierung und des Einsatzes von allgemeinen Integrationslotsen sowie auf den Arbeitsmarkt spezialisierten Integrationslotsen". Ziel des Programms ist es, ein „nachhaltig wirksames System von passgenau geschulten Integrationslotsen zu entwickeln"[510].

Eine weitere Schlüsselaktivität des Landes Nordrhein-Westfalen ist das *Konzept zur Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen*, das vier Ziele verfolgt: Neben der Unterstützung beim Aufbau von Migrantenselbstorganisationen (MSO) erfolgt eine Förderung von Projekten der MSO, der Vernetzung unter den MSO und der Fortführung der Fachberatung der Migrantenselbsthilfe. Das Förderprogramm „strebt die Weiterentwicklung und Stärkung der Migrantenorganisationen als wichtige Partner der Integrationspolitik des Landes NRW an und setzt dabei auf eine Förderung, die eine Qualifizierung der Arbeit der Migrantenselbstorganisationen und deren Verankerung im jeweiligen örtlichen Umfeld zum Ziel hat"[511]. Das Programm stellt das Umsetzungsinstrument des in §1

[509] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): *Förderkonzeption „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe"*. Düsseldorf, 1. URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe/Konzept-Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe-2015-02-03-_3_.pdf [Stand 10.03.2016]

[510] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Pilotprogramm „Integrationslotsen" für Kommunen, die besonders von Neuzuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind.* Düsseldorf, S. 1. URL: http://www.lum.nrw.de/Foerderprogramme/Pilotprogramm-Integrationslotsen/index.php [Stand 10.03.2016]

[511] Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Integration leben – bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund stärken. Konzept zur Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf, S. 5f. URL:

Nr. 6 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes formulierten Ziels der Einbindung von Migrantenorganisationen in die Landesstrukturen dar.

4.10.4 Kurzfazit

Nordrhein-Westfalen zählt zu den Bundesländern, die eine Integrationspolitik mit langer Tradition aufweisen. Das Flächenland besitzt eine gut strukturierte und konzeptionell entwickelte Integrationsförderpolitik, die durch eine Vielzahl von Alleinstellungsmerkmalen geprägt ist.

In der Situationsanalyse, insbesondere in den Dimensionen *Medien, Wohlfahrt und Gesundheit* sowie *Wohnen und Wohnumfeld* erzielte das Bundesland Spitzenwerte im deutschlandweiten Vergleich. Zudem gilt es die einbürgerungsfreundliche Praxis des Bundeslandes hervorzuheben. Dagegen zeigten sich hohe Unterschiede im Bildungs- und Ausbildungserfolg zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zum Nachteil der Migranten. Des Weiteren liegen die politisch rechtsmotivierten Gewalttaten des Landes im bundesweiten Vergleich relativ hoch; gleichzeitig weist das Flächenland einen niedrigen Aufklärungsanteil der registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten auf.

Besonders positiv sind die Ergebnisse der Maßnahmenanalyse zu werten: Nordrhein-Westfalen weist in keiner Dimension eine unterdurchschnittliche Anzahl landesweiter Aktivitäten zur Stärkung der Vielfaltskultur auf. In sechs von neun Dimensionen positioniert sich das Flächenland in den oberen Rängen aller Länder.

http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/MSO/2015/2015-10-05-Foerderkonzept-MSO-Stand-Oktober-2015.pdf [Stand 10.03.2016]

© efms 2016

Tabelle 24: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Nordrhein-Westfalen

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,4** *10*	*5*
Bildung und Erziehung	**2,2** *13*	*3*
Medien	**9,4** *1*	*1*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,1** *7*	*6*
Politische Repräsentanz	**3,8** *9*	*6*
Wohlfahrt und Gesundheit	**7,2** *3*	*3*
Erwerbsleben	**6,7** *7*	*4*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,5** *3*	
Sicherheit und Prävention	**4,0** *13*	*3*
Bürgerschaftliches Engagement	**3,7** *11*	*4*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.11 Rheinland-Pfalz

4.11.1 Strukturdaten des Landes

Rheinland-Pfalz ist mit 19.854 Quadratkilometern das neuntgrößte deutsche Bundesland[512] und steht mit rund 4 Millionen Einwohnern hinsichtlich der Bevölkerungszahl an siebter Stelle[513]. Die wirtschaftliche Situation in Rheinland-Pfalz ist relativ gut; die durchschnittliche Arbeitslosenquote liegt mit 5,8% unter dem Bundesdurchschnitt von 7,1%. Zudem weist das Bundesland mit 14,1% die drittniedrigste Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung auf (Bundesdurchschnitt: 16,6%)[514]. Das Bruttoinlandsprodukt liegt mit 32.814 Euro pro Kopf der Bevölkerung unter dem Bundesdurchschnitt von 37.099 Euro je Einwohner[515].

Von den rund 4 Millionen in Rheinland-Pfalz lebenden Personen weisen etwa 840.000 Einwohner einen Migrationshintergrund auf; der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund entspricht mit 20,9% in etwa dem Bundesdurchschnitt von 21,0%[516]. Der Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt mit 9,8% unter dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[517]. Personen mit türkischer (15,0%), polnischer (10,2%) sowie italienischer Staatsangehörigkeit (7,5%) stellen die größten Herkunftsgruppen der in Rheinland-Pfalz lebenden ausländischen Bevölkerung dar[518].

4.11.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.11.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die vormals im Sozialministerium integrierten Zuständigkeiten der Integration von Migranten und Migration sind seit Mai 2011[519] in einem Ministerium gebündelt; seit 2016 sind sie gemeinsam im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz angesiedelt[520].

---

[512] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 18.03.2016]

[513] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[514] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[515] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[516] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[517] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[518] Ebd.

[519] URL: https://www.jugendhilfeportal.de/institution/ministerium-fuer-integration-familie-kinder-jugend-und-frauen-des-landes-rheinland-pfalz/ [Stand 18.03.2016]

[520] URL: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Organisationsplan/organigramm_MFFJIV_01-06-2016.pdf [Stand 25.08.2016]

© efms 2016

Die bundesweit einzigartige Besonderheit einer landesweiten institutionellen Struktur im Bereich Integration in Rheinland-Pfalz ist, dass die ausländerrechtlichen Bereiche einschließlich der Zuständigkeit für Einbürgerungsverfahren und der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Innenressort herausgelöst wurden und mit der Verantwortung für die Umsetzung der Integrationspolitik unter der Federführung eines sozialpolitischen Ressorts zusammengefasst wurden[521]. Ansonsten finden sich bislang gemeinsame institutionelle Zuständigkeiten für sozialpolitische Fragen der Integration und ausländerrechtliche Fragen einschließlich Verwaltung der Migration nur auf kommunaler Ebene, wie zum Beispiel in Wuppertal[522].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

1987 wurde erstmals auf Landesebene die Stelle eines Ausländerbeauftragten im Sozialministerium eingerichtet; 1989 wurde das Amt der Staatskanzlei zugeordnet. Im Mai 2011 wurde diese Stelle in einen *Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration* umbenannt[523], der direkt der Staatssekretärin des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen zugeordnet ist[524]. „Zu den wesentlichen Aufgaben des Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration zählt die Mitwirkung am Abbau von Benachteiligungen der Migrantinnen und Migranten sowie die angemessene Berücksichtigung ihrer Ansprüche auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Innerhalb der Landesregierung ist der Beauftragte bei allen grundsätzlichen Fragen, die die Belange von in Rheinland-Pfalz lebenden Migrantinnen und Migranten betreffen, zu beteiligen. Sein Auftrag ist es, sich insbesondere – in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Ministerien – der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Integration dieses Personenkreises anzunehmen“[525].

2007 wurde in Rheinland-Pfalz der *Landesbeirat für Migration und Integration* gegründet. Seine Aufgaben umfassen die Einbindung von Migranten, ihrer Organisationen und weiterer Nichtregierungsorganisationen in die Gestaltung der Landespolitik zu Fragen der Migration und Integration[526]. „Der Beirat kann zu Fragen der Migration und Integration gegenüber der Landesregierung Stellungnahmen abgeben sowie Anregungen, Vorschläge und Empfehlun-

[521] Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): *Integration, Annerkennung und Teilhabe. Leben gemeinsam gestalten – Integrationskonzept Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 2. URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/Integrationskonzept_Rheinland_Pfalz_2013.pdf [Stand 18.03.2016]

[522] URL: https://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/soziales_gesellschaft/zuwanderung_integration/index.php [Stand 18.03.2016]

[523] URL: http://mifkjf.rlp.de/landesbeauftragter-fuer-migration-und-integration/zur-person/ [Stand 18.03.2016]

[524] Treffpunkt 1/2012, S. 5 & 12. URL: URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/Treffpunkt/Treffpunkt_2012_.pdf [Stand 18.03.2016]

[525] URL: http://mifkjf.rlp.de/de/ministerium/beauftragter-fuer-migration-und-integration/ [Stand 18.03.2016]

[526] URL: http://mifkjf.rlp.de/integration/landesbeirat-fuer-migration-und-integration/ [Stand 18.03.2016]

gen beschließen“[527]. Der Landesbeirat betreibt mehrere Arbeitsgruppen: Interkulturelle Öffnung in Arbeit und Ausbildung, Interkulturelle Öffnung im Bildungssystem, Interkulturelle Öffnung in der Kommunalverwaltung und Versachlichung der Integrationsdebatte. Damit liegt ein Schwerpunkt der Arbeit und des Mandats des Landesbeirats explizit im Bereich einer praktischen Weiterentwicklung der Vielfaltskultur in den öffentlichen Strukturen des Bundeslandes.

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Der 1994 gegründete *Landesverband der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz* (AGARP) vertritt gegenüber der Landesregierung, Landtag, Parteien und der Öffentlichkeit die Belange der Migranten und arbeitet mit anderen Verbänden zusammen. „Die AGARP fördert durch Fortbildungen, Koordination und Informationsaustausch die Arbeit der örtlichen Beiräte für Migration und Integration, um ihre Arbeit effektiver und erfolgreicher zu machen“[528]. Die AGARP führte 2014 eine landesweite Wahlkampagne zu den Beiratswahlen durch; aktuelle Projekte der AGARP werden im Bereich Empowerment von Migrantenorganisationen sowie Stärkung und Qualifizierung der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz durchgeführt[529].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Eine Besonderheit in Rheinland-Pfalz ist wie im Nachbarland Hessen die landesweite Vorschrift zur Bildung und Wahl von kommunalen Beiräten für Migration und Integration auch für Landkreise. Rechtsgrundlagen sind die rheinland-pfälzische Gemeindeordnung (§ 56 GemO[530]) und die Landkreisordnung (§ 49a LKO[531]).

Die Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz wurden 2009[532] in einer Reform[533] zu *Beiräten für Migration und Integration* weiterentwickelt (Landesgesetz über die Errichtung von kommu-

[527] zit. Geschäftsordnung Landesbeirat für Migration und Integration, S. 1, URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/Landesbeirat/GOLandesbeiratSept2011.pdf [Stand 18.03.2016]

[528] URL: http://agarp.de/html/0001_wir.html [Stand 18.03.2016]

[529] URL: http://agarp.de/html/0003_projekte.html [Stand 18.03.2016]

[530] Gemeindeordnung (GemO) des Landes Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994. URL: http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/t1l/page/bsrlpprod.psml?pid=-Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-GemORPpG1&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0 [Stand 18.03.2016]

[531] Landkreisordnung (LKO) des Landes Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994. URL: http://landesrecht.rlp.de/jportal/?quelle=jlink&query=LKreisO+RP&psml=bsrlpprod.psml [Stand 18.03.2016]

[532] URL: http://mifkjf.rlp.de/integration/themen/kommunale-beiraete-fuer-migration-und-integration/ [Stand 18.03.2016]

[533] für nähere Informationen hierzu siehe: Jagusch, B. und Koepf, T. (2013): *Evaluation der Reform der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz. Abschlussbericht.* Mainz. URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/Themen/Evaluationsbericht.pdf [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

nalen Beiräten für Migration und Integration[534]). Ziel der Beiräte ist die Mitwirkung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund an der Integration in der Kommune.

Am 23.11 2014 wurden neue Beiräte in 46 Kommunen (in Landkreisen mit mehr als 5000 und in Städten und Gemeinden mit mehr als 1000 ausländischen Einwohnern) gewählt[535]. Eine Gesetzesänderung zur Erweiterung der Wahlberechtigung wurde am 09.05.2014 verabschiedet, die unter anderem auch Wohnbürgern mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit neben der deutschen Staatsangehörigkeit die Wahlberechtigung erteilte, und das Mindestalter für Wahlberechtigte auf 16 Jahre herabsetzte. Damit sind in den rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften für die Beiräte neben den Spätaussiedlern seit 2009, die – wie bundesweit in vielen Fällen - ihre vorherige Staatsangehörigkeit beibehalten haben, auch andere eingebürgerte Ausländer, die eine weitere Staatsangehörigkeit haben, wahlberechtigt[536]. 2008 wurde das frühere Quorum von 10% Wahlbeteiligung für die Gültigkeit einer Beiratswahl gestrichen. Mit dieser Regelung wurde angestrebt, der in Rheinland-Pfalz seit 1994 - wie auch bundesweit - stark zurückgegangenen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken. Ob dieses Ziel mit der Reform erreicht werden kann, bleibt jedoch noch abzuwarten[537].

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Der *Initiativausschuss für Migrationspolitik*[538] wurde 1988 als Initiativausschuss Ausländischer Mitbürger in Rheinland-Pfalz gegründet und 1996 in Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz umbenannt. Der Ausschuss setzt sich aus Mitgliedern der direkt gewählten Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz, Mitarbeitern von Wohlfahrtsverbänden und Projekten sowie Vertretern von interkulturellen Initiativen und Migrantenorganisationen zusammen; außerdem gehören ihm kommunale Integrationsbeauftragte an. Die Aufgaben des Ausschusses sind die Koordination der Arbeit von Vereinen und Initiativgruppen, die sich für die Gleichberechtigung von Migranten in Rheinland-Pfalz einsetzen; die Organisierung des Austausches über Migrations- und Integrationspolitik; die Entwicklung von Konzepten eines solidarischen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft; Beratung von Ministerien und Mitarbeit in Gremien der Landesregierung; die Beratung von Gruppen und

[534] Landtag Reinland-Pfalz (2008): *Gesetzentwurf der SPD. Landesgesetz über die Einrichtung kommunalen Beiräten für Migration und Integration.* Drucksache 15/2081. Mainz. URL: http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/2081-15.pdf [Stand 18.03.2016]

[535] URL: http://mifkjf.rlp.de/integration/themen/kommunale-beiraete-fuer-migration-und-integration/ [Stand 18.03.2016]

[536] Landtag Rheinland-Pfalz (2014): *Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/3293 – Landesgesetz zur Erweiterung der Wahlberechtigung für die kommunalen Beiräte für Migration und Integration.* Drucksache 16/3546. Main. URL: http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/3546-16.pdf [Stand 18.03.2016]

[537] Landtag Rheinland-Pfalz (2015): *Kleine Anfrage der Abgeordneten Anne Spiegel und Pia Schellhammer (Bündnis 90/Die Grünen) und Antwort des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen: Wahl der Beiräte für Migration und Integration.* Drucksache 16/5001. Mainz. URL: http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/5001-16.pdf [Stand 18.03.2016]

[538] URL: http://www.ini-migration.de [Stand 18.03.2016]

Organisationen; der Schutz von Menschen vor Abschiebung und Diskriminierung; Beratung für Betroffene und Unterstützergruppen bei Abschiebungen, Problemen mit Behörden und der Beantragung der deutschen Staatsangehörigkeit.

4.11.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und FDP für die 14. Wahlperiode (2001-2006)[539] wurde das Thema Integration von Migranten nur marginal angesprochen, so im Bereich Bildung, in dem nach einem Passus zu Menschen mit Behinderung zur Integration von ausländischen Schülern lapidar erwähnt wird, dass sie „zusätzliche Anstrengungen" erfordere[540]. Für beide Zielgruppen wurde die Ganztagsschule als Lösungsmöglichkeit erwähnt. Allerdings wurde die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf Drittstaatler befürwortet und eine diesbezügliche Grundgesetzänderung als notwendig thematisiert[541]. Das Thema Integration findet in diesem Koalitionsvertrag so gut wie keinen Platz; in der Gliederung kommt es dementsprechend nicht vor.

Dies änderte sich radikal mit dem Regierungsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz[542] für die 15. Wahlperiode (2006-2011). Grundlage für das Regierungsprogramm waren unter anderem der erste *Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2003-2004*[543], der 2005 erschien. Dieser Bericht war sozialstatistisch fundiert, stellte die Handlungsfelder der Integration mit einer Maßnahmenbilanz dar, und führte die für Migration und Integration relevanten Rechtsgebiete mit ihren Regelungen auf. Mit diesem Bericht wurde Migrations- und Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe definiert[544].

Das Thema Integration wurde in der Gliederung des Regierungsprogramms für die 15. Wahlperiode im Kapitel D formuliert (*Integration fördern*). Die gemeinsame Behandlung von migrationspolitischen und integrationspolitischen Aufgaben wurde bereits in der Einleitung

---

[539] SPD, Landesverband Rheinland-Pfalz und FDP, Landesverband Rheinland-Pfalz (): *Verantwortung für Rheinland-Pfalz. Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 14. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags 2001-2006.* Mainz. URL: http://fdp-rlp.wcsite.liberale.de/files/10368/koalition2001.pdf [Stand 18.03.2016]

[540] SPD, Landesverband Rheinland-Pfalz und FDP, Landesverband Rheinland-Pfalz (): *Verantwortung für Rheinland-Pfalz. Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 14. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags 2001-2006.* Mainz, S. 26-27.

[541] SPD, Landesverband Rheinland-Pfalz und FDP, Landesverband Rheinland-Pfalz (): *Verantwortung für Rheinland-Pfalz. Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 14. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags 2001-2006.* Mainz, S. 50.

[542] SPD Rheinland-Pfalz: *Entscheidung für Rheinland-Pfalz. Regierungsprogramm 2006-2011 der SPD Rheinland-Pfalz*. Mainz. URL: http://spdnet.sozi.info/rlp/dl/SPD-Regierungsprogramm_2006-2011.pdf [Stand 18.03.2016]

[543] Landesregierung Rheinland-Pfalz (2005): *Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung.* Mainz. URL: https://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/1.ZuwBericht.pdf [Stand 18.03.2016]

[544] siehe Hamburger, F. und Koepf, T. (2010): Migration und Integration. Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.): *Politik in Rheinland – Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 91-114.

© efms 2016

(Förderung und Beibehaltung der gesteuerten und begrenzten Zuwanderung) betont[545]. Als wichtiger Punkt im Bereich Integration wurde in der Regierungserklärung eine Integrationspolitik benannt, die „nicht völlige Assimilierung anstrebt, sondern die auf einem Grundkonsens über gemeinsame Grundwerte und Ziele beruht“[546]. Als Handlungsfelder wurde die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund und insbesondere die Teilhabe von Migranten am Arbeitsmarkt betont; weitere Bereiche waren die Einbeziehung des kulturellen Reichtums von Migranten in der Kulturarbeit sowie die Gestaltung einer verantwortlichen Integrationspolitik mit dem Ziel, „Verständigungsprobleme zu überwinden und konstruktive Formen der Konfliktbewältigung zu entwickeln“[547].

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die 16. Wahlperiode (2011-2016) [548] nennt Integrationspolitik nicht mehr als gesonderten Gliederungspunkt, sondern greift integrationspolitische Themen als Querschnittsaufgabe in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik auf. Ein Schwerpunkt dabei ist im Kapitel *Vielfalt, demokratische Teilhabe und Engagement* mit direktem Bezug zur Förderung einer Vielfaltskultur angelegt. Damit wird der Ansatz des rheinland-pfälzischen Integrationskonzepts von 2007 (*Verschiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten!*)[549] und die Befunde der Enquete-Kommission *Integration und Migration* von 2011[550] aufgegriffen. Entsprechende Ziele wurden in den Bereichen Bildung (vermehrt pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund, Elternarbeit für Migranten, Sprachförderung in Kita und Schule), Arbeitsmarktpolitik (Verbesserung der Beschäftigungssituation und Arbeitsmarktperspektiven von Migranten), Sozialpolitik (Teilhabe von Migranten, interkulturelle Qualifizierung von Beratungsstellen und der Gesundheitsversorgung von Migranten), Antidiskriminierungsarbeit, politische Beteiligung (kommunales Wahlrecht für Nichtdeutsche durch eine Landesinitiative zur Grundgesetzänderung) sowie Personalpolitik (Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen und Dienste einschließlich Polizei und Justizdienst) formuliert. Der Koalitionsvertrag erklärt ausdrücklich: „Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantin-

[545] SPD Rheinland-Pfalz: *Entscheidung für Rheinland-Pfalz. Regierungsprogramm 2006-2011 der SPD Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 39. URL: http://spdnet.sozi.info/rlp/dl/SPD-Regierungsprogramm_2006-2011.pdf [Stand 18.03.2016]

[546] SPD Rheinland-Pfalz: *Entscheidung für Rheinland-Pfalz. Regierungsprogramm 2006-2011 der SPD Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 39.

[547] SPD Rheinland-Pfalz: *Entscheidung für Rheinland-Pfalz. Regierungsprogramm 2006-2011 der SPD Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 40.

[548] SPD Rheinland-Pfalz und Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz (2011): *Koalitionsvertrag. Den sozial-ökologischen Wandel gestalten.* Mainz. URL: http://gruene-rlp.de/userspace/RP/lv_rlp/pdfs/gruene_dokumente/Koalitionsvertrag.pdf [Stand 18.03.2016]

[549] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (2007): *Verschiedene Kulturen - Leben gemeinsam gestalten! Integrationskonzept des Landes Rheinland-Pfalz.* Mainz. URL: https://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/Integrationskonzept07-RLP.pdf [Stand 18.03.2016]

[550] Landtag Rheinland-Pfalz (2010): *Bericht der Enquete-Kommission 15/2 „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz.* Mainz. URL: http://www.landtag.rlp.de/landtag/Abschlussbericht/Bericht%20EK%2015_2.pdf [Stand 18.03.2016]

nen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen ist das Ziel unserer Integrationspolitik. Sie ist eine wichtige Zukunftsaufgabe; deshalb werden wir dieses Politikfeld aufwerten. (…) Wir wollen, dass kulturelle und religiöse Vielfalt in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich wird“[551].

Das rheinland-pfälzische Integrationskonzept von 2013 behandelt ein breites Spektrum von Handlungsfeldern. Als Grundsatz wurden die „gleichberechtigte Teilhabe und Interkulturelle Öffnung“ für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund benannt: „Es geht nicht mehr um Mehrheit oder Minderheit, sondern darum, wie alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gemeinsam die Zukunft gestalten können und wollen“ [552]. Folgende Handlungsfelder wurden aufgeführt: Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz, Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Dialog, Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, Wohlfahrt und Gesundheit durch niedrigschwelligen Zugang von Familien mit Migrationshintergrund zu allen Hilfe- und Beratungsangeboten und Abbau von Barrieren zur gleichberechtigten Teilhabe, Akzeptanz religiöser Vielfalt und Berücksichtigung in Kultur und Medien.

Das Kapitel zu Flüchtlingen wurde 2015 durch eine Ergänzung und Aktualisierung des Integrationskonzepts angesichts der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen erweitert[553]; darin wurden die genannten Handlungsfelder um Aspekte der Teilhabe von Flüchtlingen vertiefend behandelt.

Die *Strategie Vielfalt der Landesregierung Rheinland-Pfalz* wurde nach einem dreijährigen Beratungsprozess zwischen allen Ressorts der Landeregierung und der Staatskanzlei erarbeitet und am 14.04.2015 beschlossen[554]. Die Maßnahme bezieht sich nicht nur auf ethnische Vielfalt in Migrationsprozessen, sondern umfasst auch andere Aspekte von Diversity. Sie informiert strukturiert über Initiativen und Ansprechpartner in Rheinland-Pfalz für die einzelnen Bereiche von gesellschaftlicher Vielfalt.

Seit März 2016 hat das Land ein neues Förderprogramm aufgelegt, das DialogbotschafterInnen auf kommunaler Ebene fördert. Die Kommunen können Finanzierungsmittel für DialogbotschafterInnen beantragen, die in der Gebietskörperschaft ehrenamtliches Engagement im Flüchtlingsbereich koordinieren und mit hauptamtlichen Aktivitäten vernetzen. Die Festbe-

---

[551] a.a.O., S. 76

[552] Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): *Integration, Annerkennung und Teilhabe. Leben gemeinsam gestalten – Integrationskonzept Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 2. URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/Integrationskonzept_Rheinland_Pfalz_2013.pdf [Stand 18.03.2016]

[553] Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2015): *Integrationskonzept für Flüchtlinge.* Mainz. URL: https://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Integration/Integrationskonzept_fuer_Fluechtlinge_einseitig.pdf [Stand 18.03.2016]

[554] Landesregierung Rheinland-Pfalz (2015): *Strategie Vielfalt der Landesregierung Rheinland-Pfalz.* Mainz. URL: https://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Strategie_Vielfalt_der_Landesregierung_Rheinland-Pfalz.pdf [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

tragsförderung von maximal 1.000 Euro pro Monat kann durch Landkreise, kreisfreie und große kreisangehörige Städte beantragt werden[555].

Besonderheiten in den integrationspolitischen Diskursen

Die Besonderheiten der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik auf Landesebene beruhen möglicherweise auf der hohen Diversität und Bedeutung regionaler Identitäten in dem Bundesland, das mit einer langjährigen Ausrichtung der Landespolitik auf Förderung und Aufgreifen des Engagements der Bürger, und der Bedeutung politischer Legitimität aus einer politischen Kultur der Teilhabe der Bürger seine Verfasstheit als Bundesland erarbeitet hat. Dazu kommt, dass Rheinland-Pfalz bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 2,8 Millionen in 1946 bis 1949 nur etwa 40.000 Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen hatte. Erst mit der praktischen Umsetzung des Flüchtlingsausgleichs zwischen den Ländern nach der Gründung der Bundesrepublik kam es zum Zuzug weiterer Flüchtlinge – bis 1955 noch etwa 126.000 –, vor allem aus deutschsprachigen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei und Südosteuropa sowie Dänemark[556]. Diese sehr geringe Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen entstand durch die Abschottungspolitik der französischen Besatzungsmacht mit Einverständnis der Landesregierung und durch die geographische Lage an der Westgrenze Deutschlands. Anders als in den meisten anderen Bundesländern hatte Rheinland-Pfalz dadurch keine Probleme, den vergleichsweise sehr niedrigen Zuzug zu bewältigen. Nach Abschluss der Umsiedlungsprogramme aus überlasteten Bundesländern lag der Bevölkerungsanteil von Flüchtlingen und Vertriebenen bei nur 7,9%. Ein Effekt des Umsiedlungsprogrammes war, dass das Land die aufzunehmenden Flüchtlinge weitgehend auswählen konnte. Die genannten Faktoren trugen dazu bei, dass es in Rheinland-Pfalz trotz der prekären Nachkriegssituation keine erhebliche Diskriminierung gegen Flüchtlinge und Vertriebene wie in anderen Bundesländern gab[557], die traditionellen regionalen Strukturen kaum verändert wurden und bereits 1955 Flüchtlinge und Vertriebene mit 0,7% die gleiche sehr niedrige Arbeitslosenrate aufwiesen wie die einheimische Bevölkerung[558]. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern gab es durch den vergleichsweise problemlosen Integrationsprozess auch keine politische Mobilisierung auf Seiten der Vertriebenen in Verbänden und Parteien wie der BHE[559], die auf Bundesebene und in anderen Bundesländern eine ernste Herausforderung an die etablierten Volksparteien darstellte und erhebliche Anstrengungen der Parteien für eine Inklusion der politischen Mobilisierung von Flüchtlingen und Vertriebenen erforderte.

---

[555] URL: https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/neues-foerderprogramm/ [Stand 18.03.2016]

[556] Krauss, M. (2011): *Integrationen: Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*. Göttingen, S. 58ff.

[557] Schulze, R. (1997): 'Growing discontent: Relations between native and refugee populations in a rural district in Western Germany after the Second World War'. In: Moeller, R.G. (ed.): *West Germany under Construction: Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*. Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 53-72.

[558] a.a.O., 59.

[559] Krauss, M. (2011): *Integrationen: Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*. Göttingen, S. 58ff.

Wie in anderen Bundesländern wurde die Entstehung einer Integrationspolitik vor allem durch zivilgesellschaftliche Akteure und Kommunen, vor allem größere Städte, vorangetrieben. Sprachförderung in Kindergärten, Sozialarbeit mit Migranten und Stadtteilarbeit finden sich in Rheinland-Pfalz ebenfalls bereits seit den siebziger Jahren. In Ludwigshafen wurde durch ein seit 1976 laufendes Projekt (*KAAL - Kinder ausländischer Arbeitnehmer*) bereits Anfang der achtziger Jahre ein Migrationsbericht für Ludwigshafen mit detaillierter sozialräumlicher Analyse und Empfehlungen erarbeitet [560].

Die ehemalige Sozialberatung der Wohlfahrtsverbände für Migranten in Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen, Integrationsarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure wie der Initiativausschuss für Migrationspolitik, der Arbeitskreis Asyl, und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte haben in den neunziger Jahren die Gemeinwesenarbeit und die Förderung selbstbestimmter Migrantenorganisationen vorangetrieben. Vertreter dieser Gruppierungen wurden später in der *Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration* (RIFI) und im *Landesbeirat für Migration und Integration* (LMI) koordinierend integriert[561]. Der 2006 gegründete Landesbeirat hatte durch den Vorsitz der rheinland-pfälzischen Sozialministerin einen direkten Bezug seiner Arbeit zur Landespolitik.

Dieses Zusammenwirken gewachsener Netzwerke und Akteure der Integrationsarbeit und der Ausrichtung der Landespolitik auf Förderung und Aufgreifen des Engagements der Bürger mit Förderung ihrer Teilhabe erklärt vielleicht die frühe Aufnahme und Umsetzung des Konzepts der Vielfalt als Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz. Auch die Zusammenführung migrationspolitischer und integrationspolitischer Verantwortung im Sozialressort und die Kontinuität des Bemühens um eine Öffnung politischer Strukturen für Migranten ist in diesem Kontext verständlich.

Integrationsmonitoring

Bereits der erste rheinland-pfälzische *Zuwanderungs- und Integrationsbericht* (2005 veröffentlicht) behandelte verschiedene Handlungsfelder der Integrationspolitik des Landes auf der Grundlage sozialstatistischer Daten, und bilanzierte ausgewählte Maßnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern im Bundesland[562]. Auch die folgenden Zuwanderungs- und Integrationsberichte führten dieses Konzept fort und boten eine Grundlage für ein einfaches integrationspolitisches Monitoring.

[560] Hamburger, F. und Koepf, T. (2010): Migration und Integration. Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.): *Politik in Rheinland – Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie*. Wiesbaden.: VS Verlag, S. 107.

[561] a.a.O., S. 108.

[562] Siegert, M. (2006): *Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive*. efms Bamberg, S. 83ff.

© efms 2016

4.11.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[563]

Der Anteil der integrationspolitischen Ausgaben am Gesamthaushalt des Landes lag 2014 mit 0,24% wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt von 0,44% (Tabelle 25). Dieser stieg in 2015 auf einen Wert von 0,76%, womit der relative Anteil integrationspolitischer Aufwendungen am Landeshaushalt auch 2015 noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 0,98% einzuordnen ist.

Tabelle 25: Integrationspolitische Ausgaben in Rheinland-Pfalz 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Rheinland-Pfalz	56,8 Mio.	23,7 Mrd.	0,24
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Rheinland-Pfalz	185,6 Mio.	24,5 Mrd.	0,76
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

4.11.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Das Integrationskonzept der Landesregierung weist dem Thema Antidiskriminierung eine zentrale Bedeutung zu. Es wird betont, dass Migration nur dann zur Bereicherung einer Gesellschaft beitragen kann, wenn der Abbau von Benachteiligung und Diskriminierung konsequent verfolgt werde.

In der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik ist Antidiskriminierungsarbeit als ein integraler Bestandteil der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche (u.a. Schule, Bildung, Arbeitsmarkt) konzipiert[564]. Im Schlussteil des Integrationskonzeptes in den *Empfehlungen des Landesbeirats für Migration und Integration zum Integrationskonzept der Landesregierung*

[563] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (
Tabelle 58).

[564] Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): *Integration, Annerkennung und Teilhabe. Leben gemeinsam gestalten – Integrationskonzept Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 4. URL: http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/ Integrationskonzept_Rheinland_Pfalz_2013.pdf [Stand 18.03.2016]

Rheinland-Pfalz wird Antidiskriminierungsarbeit umfassend diskutiert, von der Darstellung der Ausgangslage bis hin zu Vorschlägen für gezielte Maßnahmen[565].

Zur Umsetzung eines horizontalen und mehrdimensionalen Ansatzes in der Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik wurde im Januar 2012 eine Antidiskriminierungsstelle (*Andiskriminierung und Vielfalt*) im MIFKJF in der Abteilung für Familie geschaffen. In dieser Stelle werden verschiedene Arbeitsansätze, so zum Beispiel interkulturelle Öffnung als Teil einer Strategie gegen rassistische oder ethnische Diskriminierungen mit Gleichstellungspolitik und Schwerbehindertenpolitik gebündelt. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes ist jedoch keine Anlaufstelle für betroffene Personen, sondern dient der Unterstützung beim Aufbau von Beratungsstellen vor Ort[566].

Im Koalitionsvertrag von 2011 unter Punkt *Wehrhafte Demokratie* wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die rot-grüne Landesregierung keine Form von Rassismus duldet; hier wird auch kurz auf die NPD eingegangen. Weiterhin wird eine ablehnende Haltung im Bezug auf die Extremismusklausel der Bundesregierung erklärt[567]. Die Landesregierung hat ebenfalls festgehalten, entschlossen allen Formen der Diskriminierung entgegenzuwirken[568].

Die Webseite www.komplex-rlp.de ist eine Kommunikationsplattform gegen Rechtsextremismus. Sie informiert über Rechtsextremismus und gibt Hinweise für den Umgang mit rechtsextremistischen und rechtsorientierten Jugendlichen, bietet Unterstützung und Beratung, und stellt ein Portal für den regionalen und überregionalen Austausch und zur Vernetzung zur Verfügung. Die Plattform bietet die Möglichkeit, in moderierten Chats Erfahrungen, Erlebnisse und Meinungen mit anderen Jugendlichen, Eltern und Fachkräften auszutauschen oder informelle Netzwerke aufzubauen[569].

Ein weiteres Netzwerk gegen Diskriminierung in Rheinland-Pfalz stellt zum Beispiel das *Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz* (NGO´s in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, orientiert sich am AGG) dar[570]. In der praktischen Antidiskriminierungsarbeit sind zudem Beratungsknoten aktiv, die aus an freie Träger angebundene Mitarbeiter in den Regionen Koblenz-Mittelrhein, Westerwald, Mainz, Trier-Eifel, Süd- und Vorderpfalz sowie

---

[565] Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): *Integration, Annerkennung und Teilhabe. Leben gemeinsam gestalten – Integrationskonzept Rheinland-Pfalz*. Mainz, S. 79.

[566] URL: http://mifkjf.rlp.de/aktuelles/einzelansicht/archive/2012/january/article/antidiskriminierungsstelle-rheinland-pfalz-gestartet-fuer-vielfalt-gegen-jegliche-diskriminierun/ [Stand 18.03.2016]

[567] SPD Rheinland-Pfalz und Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz (2011): *Koalitionsvertrag. Den sozial-ökologischen Wandel gestalten.* Mainz, S. 85. URL: http://gruene-rlp.de/userspace/RP/lv_rlp/pdfs/gruene_dokumente/Koalitionsvertrag.pdf [Stand 18.03.2016]

[568] SPD Rheinland-Pfalz und Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz (2011): *Koalitionsvertrag. Den sozial-ökologischen Wandel gestalten.* Mainz, S. 78.

[569] URL: http://mifkjf.rlp.de/jugend/rechtsextremismus [Stand 18.03.2016]

[570] URL: http://mifkjf.rlp.de/einzelansicht/archive/2012/july/article/netzwerk-diskriminierungsfreies-rheinland-pfalz-gegruendet/ [Stand 18.03.2016]

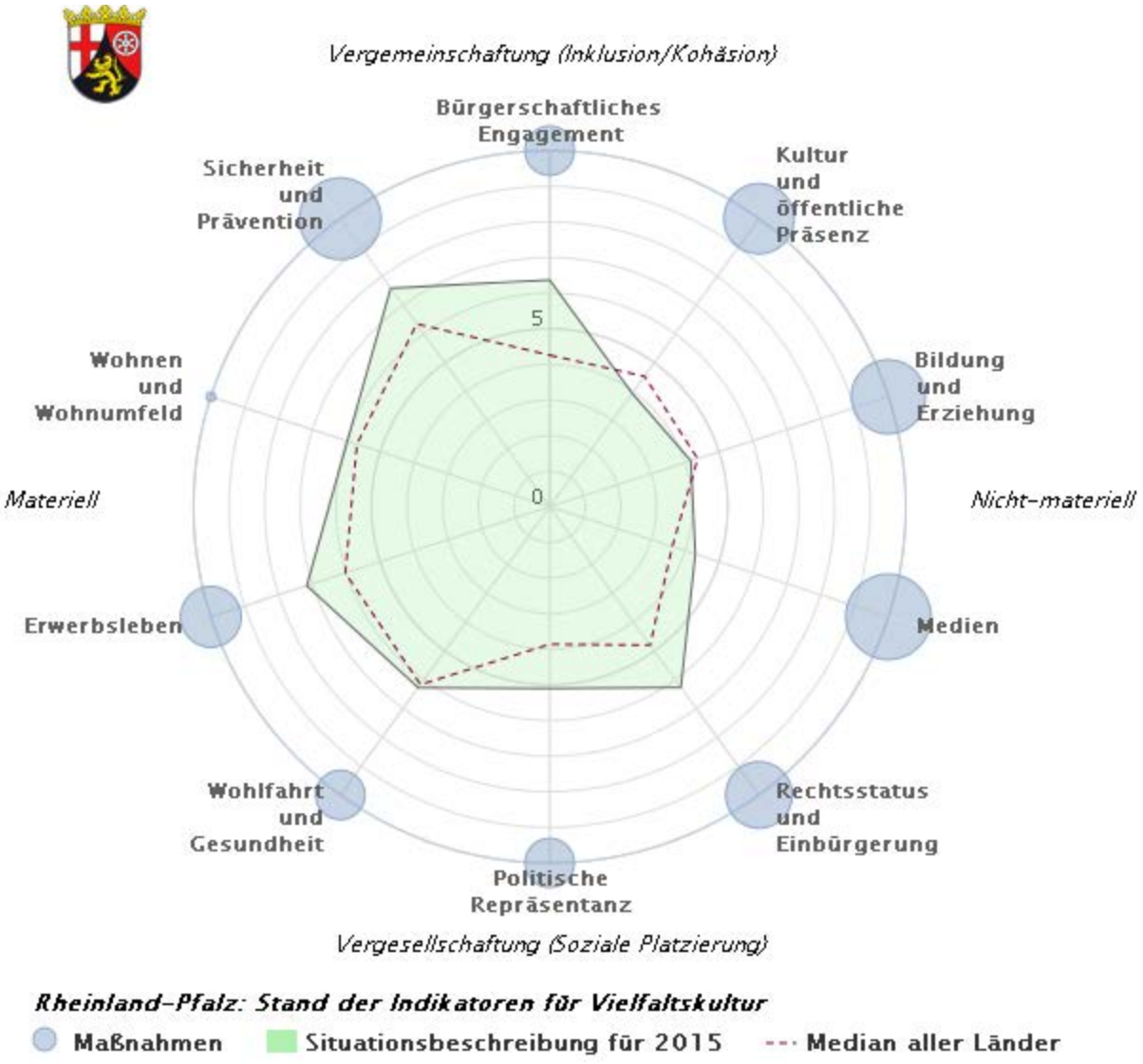
© efms 2016

in der Südwestpfalz bestehen. Sie fungieren in ihrer Region als Beobachter und Ansprechpartner und stehen in Absprache mit der Landeskoordinierungsstelle für die konkrete Beratung von Betroffenen zur Verfügung[571].

Das Bundesland hat die Charta der Vielfalt noch nicht unterzeichnet; trat aber am 16. Mai 2012 der Koalition gegen Diskriminierung bei.

4.11.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 13: Umgang mit Vielfalt in Rheinland-Pfalz



Quelle: eigene Darstellung

[571] URL: http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de/die_beratungsknoten/ [Stand 18.03.2016]

4.11.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Rheinland-Pfalz liegt in dieser Dimension mit einem Wert des Composite Indicators (CI) von 3,9 auf Rang vierzehn (Median: 4,5). Hinsichtlich tatsächlicher Kontakte deutscher Befragter zu Personen mit Migrationshintergrund in persönlichen Verkehrskreisen liegt Rheinland-Pfalz nach Gewichtung mit seinem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf dem dreizehnten Rang aller Länder.

Demgegenüber zeigt Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Vielfalt im öffentlichen Raum (Einstellung zum Moscheebau) mit dem vierten Rang aller Länder einen sehr hohen Wert deutlich über dem zehnten Rang des Nachbarlandes Hessen. Einen vergleichsweise niedrigen Wert weist jedoch der Indikator für die Teilhabe von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund an kulturellen Veranstaltungen auf; Rheinland-Pfalz liegt hier auf Rang dreizehn vor Hessen, Hamburg und dem Saarland.

Deutlich unter dem Median liegt Rheinland-Pfalz mit Rang zehn bei der Akzeptanz der erfolgten Veränderung durch kulturelle Vielfalt aus Einwanderung.

Maßnahmenanalyse

Rheinland-Pfalz ist in dieser Dimension sehr aktiv und belegt den dritten Rang im Ländervergleich; das internationale Schlüsselprojekt *Verein Kulturraum Großregion*, in dem Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Saarland, Luxembourg, der Lorraine und der belgischen Wallonie Kulturprojekte anregt und unterstützt, die das Bewusstsein der Bevölkerung der Großregion für die kulturelle Zusammengehörigkeit in der regionalen Vielfalt fördern sollen. Das gemeinsame Projekt der Grenzregionen läuft seit 2008 und wird in Rheinland-Pfalz durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur gefördert[572].

4.11.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Rheinland-Pfalz belegt in der Dimension *Bildung und Erziehung* mit einem CI-Wert von 4,2 über dem Medianwert aller Länder (4,4) den neunten Rang im Mittelfeld der Länder. Hinsichtlich der einzelnen Indikatorvariablen liegt Rheinland-Pfalz bei der Teilhabe in Bildung und Ausbildung im Mittelfeld; einen auffällig guten Wert erreicht das Land jedoch hinsichtlich des beruflichen Abschlusses von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Einheimischen: Mit 17% Differenz zwischen dem Anteil ohne beruflichen Abschluss bei Einheimischen und Bürgern mit Migrationshintergrund belegt Rheinland-Pfalz hier den dritten Rang nach Bayern und Brandenburg und liegt deutlich über dem Wert des Nachbarlandes Hessen.

[572] URL: http://www.kulturraumgr.eu/de [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

Einen guten Wert hat Rheinland-Pfalz auch hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen im schulischen Umfeld: Nur 14,5% aller Befragten mit Migrationshintergrund gaben an, in der Schule schon einmal diskriminiert worden zu sein, ein guter fünfter Rang direkt vor Hessen.

Dagegen belegt das Flächenland im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung bildungsbezogener Berufe lediglich den vierzehnten Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

In dieser Dimension liegt Rheinland-Pfalz bei landesweiten Maßnahmen mit einem Schlüsselprojekt und weiteren Maßnahmen im Bildungsbereich im Mittelfeld auf Rang acht. Das zuerst in Hessen realisierte Schlüsselprojekt *frühstart - Deutsch und interkulturelle Bildung im Kindergarten* läuft seit 2012 auch in Rheinland-Pfalz und wird dort durch die Hertie-Stiftung, die Gölkel-Stiftung und dem Landesministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gefördert. Das Projekt richtet sich an Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern, und verknüpft die Sprachförderung systematisch mit den Bausteinen interkulturelle Bildung, intensive Elternarbeit und Vernetzung der Akteure vor Ort miteinander, damit Integration und Schulerfolg gelingen können. Die frühstart-Qualifizierungsoffensive in Rheinland-Pfalz ist ein systematisch gestalteter Prozess aus Fortbildungen, Praxisberatungen und Erfahrungsaustausch, angelegt auf zwei Jahre. Er unterstützt Kitas dabei, sich fachlich und strukturell weiterzuentwickeln. Ehrenamtliche „Brückenbauer“ unterstützen bei Bedarf die Kitas bei ihrer Zusammenarbeit mit den Eltern. Diese sind Eltern aus der Kita oder ehrenamtlich engagierte Bürger und werden im Projekt frühstart geschult. Schließlich bietet das Projekt ein niedrigschwelliges Informationsangebot für Eltern, in dem Familien mit Migrationshintergrund durch Fortbildungen in den Kitas erfahren, wie sie zuhause ihre Kinder im Lern- und Bildungsprozess unterstützen können[573].

4.11.3.3 Medien

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI von 4,3 gegenüber einem Median aller Länder von 3,6 auf einem guten fünften Rang nach Bremen. Bei dem Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund liegt der SWR mit 6,9% auf einem guten Rang vier. Bei dem Anteil von Moderatoren mit Migrationshintergrund wie bei der Einschätzung der Berichterstattung zur Lebenssituation von Migranten liegt Rheinland-Pfalz jeweils mit dem sechsten Rang im guten Mittelfeld der Länder. Insgesamt 42,5% der einheimischen Befragten in Rheinland-Pfalz finden, dass die Berichte zu Migranten in den Medien einen Eindruck von ihrem Leben und Alltag vermitteln.

[573] URL: http://www.fruehstart-rlp.de/startseite/ [Stand 18.03.2016]

Maßnahmenanalyse

Rheinland-Pfalz rangiert hinsichtlich der Maßnahmen zu Vielfalt im Medienbereich nach Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf Platz drei. Als Schlüsselmaßnahme ist hier das Tagungsangebot des SWR Integrationsbeauftragten und der Fachredaktion SWR International *Medienforum Migration* zu nennen, die in Stuttgart beheimatet sind, aber von der gemeinsamen Länderanstalt getragen werden. Alle zwei Jahre wird auf der Fachtagung Medienschaffenden, Vertretern von Migrantenorganisationen, Politikern und Wissenschaftlern Raum für Erfahrungsaustausch und Diskussionen geboten[574]. Schließlich führt der SWR das Programm *News for Refugees* durch, das als Online-Plattform einerseits Orientierungshilfe für Flüchtlinge in der neuen Umgebung und Kultur bietet und andererseits Nachrichten auch aus Rheinland-Pfalz in Englisch, Deutsch, Arabisch und Farsi sendet[575].

4.11.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* erzielt Rheinland-Pfalz mit einem CI von 6,3 den dritten Rang nach Hamburg und Schleswig-Holstein (Median der Länderwerte:4,8). Auffällig ist mit 84,4% der hohe Anteil der Asylbewerber, die dezentral untergebracht sind; Rheinland-Pfalz liegt hier im Bundesvergleich auf Rang zwei nach Schleswig-Holstein.

Mit 57,2% langfristigem Aufenthaltsstatus bei Drittstaatlern liegt Rheinland-Pfalz auf einem guten fünften Rang nach den anderen süddeutschen Ländern und Nordrhein-Westfalen. Bei der Einbürgerungspraxis liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld über dem jeweiligen Median der Länder.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt Rheinland-Pfalz auf dem drittletzten Platz. Zu nennen ist eine Schlüsselmaßnahme im Bereich von Willkommenskultur: *Pilotprojekt „Virtueller Dolmetscherpool"*[576] zielt auf eine Unterstützung der rheinland-pfälzischen Kommunen beim Umgang mit Flüchtlingen und eine Vereinfachung der Kommunikation zwischen Verwaltungsmitarbeitern und Flüchtlingen. Träger ist die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., die 2003 vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz und der Technischen Universität Kaiserslautern gegründet wurde. Vertreter der rheinland-pfälzischen Landesministerien, der Mittelbehörden und der TU Kaiserslautern sowie Akteure aus der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sind Mitglieder des Vereins. In dem inzwischen ausgelaufenen Pilotprojekt hatten die zwan-

[574] URL: http://www.swr.de/international/medienforum-migration-migration-und-medien/-/id=233334/nid=233334/did=14020332/g6humh/index.html [Stand 18.03.2016]

[575] URL: http://www.swr.de/international/refugees/-/id=16250052/pd8jk2/index.html [Stand 18.03.2016]

[576] URL: http://www.ea.rlp.de/index.php?id=115 [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

zig beteiligten Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, kostenfrei per Telefon oder Videotelefonie auf ausgebildete Dolmetscher zuzugreifen. Ein Schlussbericht des Projekts ist auf seiner Webseite veröffentlicht.

4.11.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

In der Dimension der *politischen Repräsentanz* belegt das Land Rheinland-Pfalz mit einem CI von 5,1 den sechsten Rang im Mittelfeld aller Länder (Median 4,0). Sehr gute Werte weist Rheinland-Pfalz bei der Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung für eine politische Betätigung von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund auf; das Land liegt hier auf dem zweiten Rang nach Bremen und vor Hessen; ebenfalls sehr gut ist in Rheinland-Pfalz die politische Aktivität von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu der von Einheimischen, hier liegt Rheinland-Pfalz auf dem dritten Rang nach dem Saarland und Berlin. Demgegenüber sind jedoch die politische Repräsentierung von Bürgern mit Migrationshintergrund im Landtag (Rang 13 bei MdL's mit Migrationshintergrund nach Bayern) und auf Kandidatenlisten der Parteien für Landtagwahlen (Rang 14 nach Brandenburg) deutlich unter dem Median der anderen Bundesländer.

Maßnahmenanalyse

In dem Bereich *politische Repräsentanz* weist das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Bayern und Schleswig-Holstein einen Spitzenplatz auf. Das Anfang 2015 ausgelaufene Projekt *Vielfalt und Kompetenz vor Ort. Politische Partizipation von Migrant_innen erfolgreich gestalten*, dass von der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz durchgeführt und unter anderem vom Landesministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gefördert wurde, zielte auf Landesebene auf die „Unterstützung und Stärkung der Mitglieder der Beiräte für Migration und Integration (BeiMi) bei der Ausübung ihres politischen Amtes durch Empowerment-Seminare" ab[577]. Mit dem Nachfolgeprojekt *Kompetente Partner_innen vor Ort – Stärkung und Qualifizierung der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz* sollen die Beiräte zu „individuellen und bedarfsorientierten Themen wie ‚Grundlagen der Beiratsarbeit', ‚Teambuilding' oder ‚Rhetorische Kommunikation'" geschult werden, wobei „ein Nebeneffekt der Veranstaltungen die Vernetzung der Beiräte untereinander" darstellen soll[578].

[577] URL: http://agarp.de/html/documents/BAMF_Handreichung_Projektdarstellung.pdf [Stand 18.03.2016]

[578] URL: http://agarp.de/html/0003_projekte.html [Stand 18.03.2016]

4.11.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI von 6,3 bezüglich der Situation von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Einheimischen auf dem achten Rang im Mittelfeld (Median 6,2). Die einzelnen Indikatorvariablen liegen ebenfalls im Mittelfeld unterhalb des Medians aller Länder, lediglich bei der interkulturellen Öffnung des Arbeitsmarktes im Gesundheitsbereich geringfügig darüber.

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen in dieser Dimension schneidet Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder gut ab und belegt den neunten Rang im Mittelfeld. Ein Schlüsselprojekt ist das *Pilotprojekt „Gesundheitswesen stärken durch Vielfalt der Fachkräfte"(GeVi)*, in dem der Träger Arbeit & Leben gGmbH ein verbessertes Diversitätsmanagement im Kontext des verstärkten Bedarfs an Fachkräften mit Migrationshintergrund im Bereich von Gesundheit und Pflege durchführt. Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfond und des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie gefördert und begleitet der Unternehmen und Fachkräfte im Prozess der beruflichen und betrieblichen Integration; es fördert Transparenz über die Rahmenbedingungen im Arbeitskontext für die Fachkräfte und bietet Vermittlung an Unterstützungs- und Förderangebote zur Alltagsorientierung (zum Beispiel Sprachkurse) sowie Beratung und Unterstützung bei der produktiven Gestaltung der Zusammenarbeit[579].

4.11.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

In diesem Bereich liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI-Wert von 7,2 deutlich über dem Median aller Länder von 6,0 auf dem vierten Rang. Die einzelnen Indikatorvariablen liegen bei der interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarkts (Erwerbstätigenquote von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Einheimischen) mit dem dritten Rang nach Baden-Württemberg und Bayern sowie mit 18,5% Diskriminierungserfahrungen bei der Arbeitssuche (zweiter Rang, Median 25,4%, zweiter Rang nach Mecklenburg-Vorpommern) im Spitzenfeld. Bei der Inklusion im öffentlichen Dienst liegt Rheinland-Pfalz jedoch auf dem achten Rang im Mittelfeld.

Maßnahmenanalyse

Im Bereich *Erwerbsleben* liegt Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Saarland auf Rang fünf im Ländervergleich. Ein landesweites Schlüsselprojekt ist das *Netzwerk für Nachqualifizierung in der Pfalz (NQ-Pfalz)* der Handwerkskammer Pfalz, das durch die rheinland-

[579] URL: http://vorsprungvielfalt.net/category/gevi/ [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

pfälzischen Ministerien für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie gefördert wird. Das Projekt arbeitet am Aufbau und Intensivierung einer engen Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, strebt einen gezielten Einbezug von Unternehmensinhabern mit Migrationshintergrund in die regionalen Aktivitäten an und intensiviert die Berücksichtigung migrationsspezifischer Ansätze bei der Entwicklung regional abgestimmter Förderangebote. Es hat die verbesserte Einbindung von Erwachsenen mit Migrationshintergrund und von Zuwanderern in das deutsche Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Beschäftigungssystem zum Ziel[580].

4.11.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

In dieser Dimension liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI-Wert von 6,0 leicht über dem Median aller Länder von 5,7 auf dem siebten Rang. In den einzelnen Variablen schneidet Rheinland-Pfalz besonders bei der Zufriedenheit von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne bezüglich ihrer Wohnsituation gut ab (Rang 4 nach Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern); bei der Eigentümerquote liegt das Land auf Rang sechs im guten Mittelfeld aller Länder. Schlecht schneidet Rheinland-Pfalz bei der Differenz der Wohnfläche pro Person zwischen Wohnbürgern mit Migrationshintergrund und solchen ohne ab (Rang 14 vor Hessen und Bremen); Personen mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich deutlich weniger Wohnfläche als Einheimische. Hinsichtlich erlebter Diskriminierung bei der Wohnungssuche und der Einstellungen der Einheimischen gegenüber Migranten in der Nachbarschaft liegt Rheinland-Pfalz im unteren Mittelfeld (Rang 10 und 9).

4.11.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI-Wert von 7,6 gegenüber dem Medianwert von 6,4 auf einem sehr guten dritten Rang direkt nach dem Saarland noch vor Hessen. Bei den einzelnen Indikatorvariablen hat Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz bei dem Grad der Besorgnis hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland: Sie ist bei Befragten mit Migrationshintergrund im Ländervergleich am niedrigsten. Bei den anderen Indikatorvariablen liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld nahe dem Median aller Länder, lediglich bei der Diskriminierungserfahrung im Umgang mit der Polizei (11,3% der Befragten) liegt das Land auf Rang elf im unteren Mittelfeld nach Baden-Württemberg (Median aller Länder 8,6%).

Maßnahmenanalyse

Bei den Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention* liegt Rheinland-Pfalz im unteren Bereich des Ländervergleichs. Eine seit 2008 aktive Schlüsselmaßnahme ist die *Präventions-*

[580] URL: http://www.nachqualifizierung-pfalz.de/51,548,1296.html [Stand 18.03.2016]

agentur gegen Rechtsextremismus. Die beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eingerichtete Stelle zielt auf eine landesweite Verbesserung der Koordination der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und leistet für Landesverwaltungen und Gebietskörperschaften Beratung, Koordination, Planung von Konzepten und Aktionen gegen den Rechtsextremismus, Dokumentation, Evaluationen und einen Informationsservice. Das Projekt wird durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur in Rheinland-Pfalz finanziert[581]. Ein weiteres innovatives Projekt in Rheinland-Pfalz ist das *Planspiel „Demonstrationen Rechtsextremer Gruppierungen",* das mit Förderung des Ministeriums für Integration, Familie, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz und des Bundesprogramms *Demokratie lebe*n durch das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und das Landesjugendamt Rheinland-Pfalz seit 2013 durchgeführt wird. Das Projekt bietet Schulungen zum Planspielleiter und Beratung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen, Polizei, Ordnungsbehörden, Jugendgruppen und weiteren Interessierten zum Umgang mit Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen, Mahnwachen, Infostände) von Rechtsextremen an. Weitere Planspiele beziehen sich auf den Umgang mit rechtsextremistischen Gruppierungen, zu Vorgängen rund um die Einrichtung einer Unterkunft für Asylsuchende und Flüchtlinge und zur Situation um die Einrichtung eines muslimischen Gebetsraums im ländlichen Gebiet gegenüber rechtsextremen Störmanövern[582].

4.11.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

In dieser Dimension liegt Rheinland-Pfalz mit einem CI-Wert von 6,4 gegenüber dem Medianwert von 4.3 auf dem dritten Rang im Spitzenfeld nach Bremen und Berlin. Der sehr gute Wert geht vor allem auf die positive Einstellung Einheimischer gegenüber einem ehrenamtlichen Engagement von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund zurück (zweiter Rang nach Bremen). Demgegenüber liegt Rheinland-Pfalz mit den realisierten Engagement von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund als ehrenamtliche Aktive im Mittelfeld aller Länder (5,1% unter dem Vergleichswert der Einheimischen, neunter Rang).

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der ländervergleichenden Maßnahmenanalyse belegt Rheinland-Pfalz in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* einen Platz im unteren Länderfeld. Zudem wurden für das Flächenland keine Schlüsselprojekte zur Stärkung der Vielfaltskultur in dieser Dimension identifiziert.

[581] URL: http://gegen-rechtsextremismus.rlp.de//de/die-praeventionsagentur/ [Stand 18.03.2016]

[582] URL: http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de/planspiel/index.html [Stand 18.03.2016]

© efms 2016

4.11.4 Kurzfazit

Rheinland-Pfalz sticht im Vergleich aller Länder durch weitgehend gleichmäßig gute Werte auf allen berücksichtigten Dimensionen von Umgang mit Vielfalt hervor; dass Land weist zwar keine herausragenden Stärken auf einzelnen Dimensionen auf, aber auch keine schwerwiegenden Schwächen; kleinere Einbrüche zeigen sich nur vereinzelt bei wenigen Teilindikatoren. Besonders auffällig ist eine überwiegend positive Grundhaltung von befragten Einheimischen gegenüber gelebter Vielfalt, deutlich stärker als in den Nachbarländern Hessen und Baden-Württemberg ausgeprägt, welche ebenfalls neben städtischen Ballungsgebieten große dünn besiedelte und eher konservative ländliche Flächen haben; zudem liegt Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Wirtschaftskraft unter dem Median der deutschen Bundesländer.

Als mögliche Ursache für diese Besonderheit kommen drei Faktoren in Betracht: Zum ersten weist Rheinland-Pfalz eine hohe autochthone Diversität auf; das Entstehen einer rheinland-pfälzischen Identifizierung nach dem zweiten Weltkrieg aus den sehr unterschiedlichen regionalen Besonderheiten wird in der Literatur als ein längerer Prozess beschrieben[583]. In diesem Prozess scheint sich eine breite Bürgerbeteiligung und Einbindung lokaler Strukturen in die Landespolitik als tragendes Prinzip für die Legitimierung der landespolitischen Ebene herausgebildet zu haben.

Dazu kommt, dass die Erfahrungen mit der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit in Rheinland-Pfalz vergleichsweise unproblematisch waren; durch die Lage im Westen und vor allem durch die Restriktionen der französischen Besatzungsmacht mit Unterstützung der Landespolitik kam es erst nach der Gründung der Bundesrepublik zu größeren Ansiedlungen von ausgewählten Flüchtlingen und Vertriebenen, die weitgehend problemlos integriert werden konnten. Insbesondere die starke politische Mobilisierung dieser Gruppen, die in anderen Bundesländern bis Ende der fünfziger Jahre eine erhebliche Herausforderung für die etablierten Parteien darstellten, fand in Rheinland-Pfalz nicht statt.

Die Landespolitik hat drittens die zunächst in den industriellen Ballungsgebieten entstandenen kommunalen Integrationsansätze vergleichsweise früh aufgegriffen und dabei durchgängig eine Kooperation mit und Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Landesebene angestrebt. Insbesondere wurden früh integrationspolitische Herausforderungen in einem breiten Spektrum von Handlungsfeldern aufgegriffen und thematisiert; bereits der Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2003-2004 deckte mehrere Bereiche der Alltagswirklichkeit von Bürgern mit Migrationshintergrund ab und berichtete strukturiert zu Maßnahmen in der Praxis. Ein besonderes Gewicht in der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik hatten schon früh der Ansatz Motivierung zur und Förderung der Teilhabe von Migranten in allen Lebensbereichen. Damit wurden in der poli-

[583] siehe Sarcinelli, U. (2010): *Politik in Rheinland – Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag.

tischen Praxis wichtige Aspekte einer Vielfaltskultur, die sich an Fragen der Lebensqualität orientiert, bereits aufgegriffen.

Unterstützend war wohl auch die Kompetenz der gemeinsamen Landesmedienanstalt SWR, deren *Redaktion SWR International* in Stuttgart seit 1988 eine kontinuierliche und qualifizierte Arbeit mit Medienangeboten für Migranten sowie Informationen für Einheimische zur Lebenslage von Migranten leistete.

Mit diesen Aspekten lässt sich vielleicht das gute Abschneiden des Bundeslandes im Ländervergleich verstehen, das offensichtlich seit längerem eine wenig aufgefallene Integrations- und Vielfaltspolitik in der politischen Praxis umsetzte.

Tabelle 26: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Rheinland-Pfalz

Dimension	**Situation: CI** *Rang*	**Maßnahmen** *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**3,9** *14*	*3*
Bildung und Erziehung	**4,2** *9*	*8*
Medien	**4,3** *5*	*3*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**6,3** *3*	*14*
Politische Repräsentanz	**5,1** *6*	*1*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,3** *8*	*9*
Erwerbsleben	**7,2** *4*	*5*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,0** *7*	
Sicherheit und Prävention	**7,6** *3*	*13*
Bürgerschaftliches Engagement	**6,4** *3*	*12*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.12 Saarland

4.12.1 Strukturdaten des Landes

Das Saarland stellt mit 2.569 Quadratkilometern das flächenmäßig kleinste Bundesland Deutschlands dar[584]. Darüber hinaus ist der Flächenstaat mit insgesamt 988.000 Einwohnern nach Bremen das bevölkerungsärmste Bundesland[585]. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.409 Euro je Einwohner liegt die wirtschaftliche Leistungskraft des Saarlands unter dem bundesweiten Durchschnitt von 37.099 Euro je Einwohner[586]. Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 7,7% (Bundesdurchschnitt: 7,1%), wobei die ausländische Bevölkerung mit 22,4% überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist (Deutschland: 16,6%)[587].

18,4% der saarländischen Bevölkerung weist einen Migrationshintergrund auf[588]; der Anteil der im Saarland lebenden ausländischen Bevölkerung beträgt 10,6%[589]. Somit liegt das Flächenland jeweils unter dem Bundesdurchschnitt von 21,0% bzw. 11,2%. Die Haupther-kunftsländer der saarländischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind Italien (18,0%), Syrien (12,1%) und die Türkei (10,2%)[590].

4.12.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.12.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die Politikfelder Migration und Integration verantwortet im Saarland das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Dort wurde erstmals im Jahr 2001 ein Referat für Integration eingerichtet[591]. Derzeit ist die *Stabsstelle Integration*, die von der *Landesintegrationsbeauftragen* geleitet wird, zuständig für „Grundsatzfragen der Integration, die Erstellung und Umsetzung von Integrationskonzepten und deren Umsetzung sowie die Förderung von

[584] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 03.03.2016]

[585] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[586] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[587] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[588] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[589] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[590] Ebd.

[591] URL: http://saarland.de/19085.htm [Stand 03.03.2016]

Integrationsmaßnahmen und –projekten“[592]. Das Amt der *Landesintegrationsbeauftragten* obliegt der Staatssekretärin des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Im September 2015 wurde unter dem anhaltenden Flüchtlingsstrom eine *Koordinierungsstelle für das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe* beim saarländischen Sozialministerium eingerichtet, die als zentraler Ansprechpartner für ehrenamtliche Hilfsangebote und Sachspenden fungiert, die Koordination von Dolmetschern sowie ehrenamtlichen Deutschkursen ausführt, über eine Telefonhotline allgemeine Fragen zum Thema Flüchtlingshilfe bearbeitet sowie die an einer ehrenamtlichen Tätigkeit in der Flüchtlingsarbeit interessierten Personen vermittelt[593].

Darüber hinaus ist im Landesministerium für Inneres und Sport das Referat *Zuwanderung, Aufnahme und Aufenthalt von Asylbewerbern, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, Arbeitsmigranten und sonstigen Ausländern* angesiedelt. In dem Ministerium agiert zudem ein *Sonderbeauftragter für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik*, der sich mit aktuellen Aufgaben und Problemen im Themenfeld auseinandersetzt[594].

Landesweite Vertretung von Zugewanderten

Der *Saarländische Integrationsrat* (SIR) stellt das landesweite Vertretungsorgan der kommunalen Integrationsbeiräte im Land dar. Im Jahr 1994 als Arbeitsgemeinschaft der saarländischen Ausländerbeiräte (AGSA) gegründet, setzt sich der Rat gegenüber der Landesregierung, dem Landtag, den Parteien sowie der Öffentlichkeit dafür ein, „die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Migrantinnen und Migranten im Saarland zu verbessern, Integration zu fördern und Diskriminierungen und Rassismus entgegenzuwirken“[595].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Das saarländische Kommunalselbstverwaltungsgesetz ermöglicht die Bildung von Integrationsbeiräten auf kommunaler Ebene, die „zu zwei Dritteln aus Einwohnerinnen und Einwohnern, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Gemeinderates“ bestehen (§50 Abs. 1 KSVG). Ferner ist die Einrichtung von kommunalen Integrationsbeiräten in Gemeinden „mit einem Ausländeranteil von mindestens 8 vom Hundert an der Gesamtbevölkerung“ verpflichtend (§50 Abs. 1 KSVG) [596]. Die kommunalen Vertretungen der Zuwanderer befassen sich mit allen Selbstver-

[592] URL: http://saarland.de/19085.htm [Stand 03.03.2016]

[593] URL: http://saarland.de/integration.htm [Stand 03.03.2016]

[594] URL: http://www.saarland.de/organisation_innenministerium.htm [Stand 03.03.2016]

[595] URL: http://www.saarlouis.de/uploads/media/integrationsbeirat-flyer_03-04-2014.pdf [Stand 03.03.2016]

[596] Landesrecht Saarland: *Kommunalselbstverwaltungsgesetz* (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997, Zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015. URL: http://sl.juris.de/cgi-bin/landesrecht.py?d=http://sl.juris.de/sl/gesamt/KSVG_SL.htm [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

waltungsangelegenheiten, die die Belange von Personen mit Migrationshintergrund betreffen und nehmen zu den vom Gemeinderat vorgelegten Fragen Stellung (§50 Abs. 4 KSVG).

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Das *Aktionsbündnis für Flüchtlinge und Integration* ist ein im Januar 2016 erfolgter Zusammenschluss saarländischer Stiftungen zur verbesserten Bündelung von Integrationsmaßnahmen für geflüchtete Menschen. Neben einer Bestandsaufnahme soll eine stärkere Vernetzung der für die Flüchtlingshilfe relevanten Projekte erreicht werden. „Dadurch sollen die Flüchtlinge sich besser im Lande orientieren können, einen leichteren Zugang zu den Einrichtungen und Hilfsmaßnahmen bei der Sprachvermittlung, der Ausbildung, der Wohnungs- und Arbeitssuche und der Freizeitgestaltung finden“[597].

4.12.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Jahr 2005 wurde erstmals ein *Integrationskonzept der saarländischen Landesregierung* vorgelegt, das neben einer Darstellung der Ziele und Grundsätze der Integrationspolitik eine Bestandsaufnahme, durchzuführende Maßnahmen sowie einen Ausblick für die definierten Handlungsfelder enthält. Als Schwerpunkte der saarländischen Integrationspolitik werden die Aufnahme, Beratung und Betreuung von Migranten und Asylbewerbern, der Erwerb der deutschen Sprache, die vorschulische Erziehung und Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Ausbildungssystem, ältere Zuwanderer, der Bereich Wohnen, Vereine und Verbände, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Organisation der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe definiert[598].

Das 2015 veröffentlichte Zehn-Punkte-Programm *Herzlich willkommen im Saarland! Gelebte Integrationspolitik – Gemeinsam das Miteinander gestalten* beschreibt zehn integrationspolitische Maßnahmen und Initiativen, die entweder bereits durchgeführt oder zukünftig umgesetzt werden sollen, für „eine Willkommens- und Anerkennungskultur, die durch den Zusammenhalt und das Miteinander einer lebendigen Bürgergesellschaft geprägt sind“[599]. Die Schwerpunkte liegen unter anderem auf der Einrichtung eines Welcome-Centers Saar, dem Einsatz landesweiter Integrationslotsen, der Unterstützung der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und der Intensivierung des Dialogs mit Migrantenorganisationen, Kirchen sowie muslimischen Religionsgemeinschaften. Ferner stellt die regelmäßige (in jeder Legislaturperiode) Veröffentlichung eines Integrationsberichts „über Erfolge und Hand-

[597] URL: http://www.stiftung-buergerengagement-saar.de/index.php?id=480 [Stand 03.03.2016]

[598] Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport (2005): *Integrationskonzept der saarländischen Landesregierung*. Saarbrücken, S. 9. URL: http://www.via-bund.de/integrations-konzepte-landesebene/saarland/IntegrationskonzeptSaarland.pdf [Stand 03.03.2016]

[599] Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): *Herzlich willkommen im Saarland. Gelebte Integrationspolitik – Gemeinsam das Miteinander gestalten*. Saarbrücken, S. 3. URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_integration/MSGFF_Integrationskonzept_Saarland.pdf [Stand 03.03.2016]

lungsnotwendigkeiten in der Integrationspolitik des Landes“ einen weiteren wesentlichen Aspekt des Programms dar[600].

Im Jahr 2009 fand erstmals der *saarländische Integrationskongress* als Dialogforum und Fachaustausch statt, der jährlich zu unterschiedlichen integrationspolitischen Schwerpunkten durchgeführt wird[601]. Auf dem *1. Integrationsgipfel* des Saarlands am 03. März 2015 wurde unter anderem die *„Lebacher Erklärung“* von der Landesbeauftragten für Integration sowie weiteren relevanten Akteuren im Bereich der Integrationspolitik unterzeichnet, die sich darin zu gemeinsamen integrationspolitischen Zielen bekennen[602]. Der saarländische Integrationsgipfel soll „jährlich stattfinden und ein Forum des interkulturellen Miteinanders im Saarland werden“[603].

Eine Besonderheit der saarländischen Integrationspolitik stellt der Einsatz für die Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte dar. Neben der *Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen*[604] wurde darüber hinaus im Januar 2015 die *Leitlinie für eine flächendeckende Anerkennungsberatung im Saarland* vorgelegt[605]. Zudem wurde im Mai 2015 das *Aktionsprogramm Zuwanderung* verabschiedet[606], mit dem Ziel, „das Saarland als attraktive Zuwanderungsregion zu positionieren ohne dabei die inländischen Potentiale zu vernachlässigen. Gleichzeitig enthält das Aktionsprogramm Lösungsansätze für die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation“[607]. Im Oktober 2015 legte das saarländische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr einen *Sieben-Punkte-Plan* zur gezielten Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt vor. Die Zielgruppe soll durch folgende arbeitsmarktbezogene Maßnahmen in ihrem Integrationsprozess unterstützt werden: (1) „Einsteiger-Deutschkurse zur Integration in den Arbeitsmarkt“, (2) „Clearingstelle *Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven*“, (3) „Beschäftigungs-Coaching für Zugewanderte“, (4) „Task-Force *Steuerung der Integration von Flüchtlingen in Beschäftigung*“, (5) „Online-Informationen für Arbeitgeber zur Information über den Aufenthaltsstatus sowie (…) [den] Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende“, (6) „praxisorientierte Erweiterung des Verfahrens zur Kompetenzfeststellung“, (7) „verbesserte Finanz- und Personalausstattung der Jobcenter im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspoli-

[600] Ebd., S. 3.

[601] URL: http://www.saarpfalz24.de/index.php?site=regionales_details&objekt_ID=471 [Stand 03.03.2016]

[602] URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_integration/LebacherErklaerung_A4.pdf [Stand 03.03.2016]

[603] Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): *Herzlich willkommen im Saarland. Gelebte Integrationspolitik – Gemeinsam das Miteinander gestalten.* Saarbrücken, S. 4.

[604] URL: http://www.saar-is.de/standort-marketing/erschliessung-ausl-abschluesse/ [Stand 03.03.2016]

[605] URL: http://www.saar-is.de/fileadmin/saaris/medien/PDF_Sonstiges/Leitlinie_Kapitel_2_.pdf [Stand 03.03.2016]

[606] Saarländisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (2015): *Aktionsprogramm Zuwanderung.* Saarbrücken. URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_arbeitsmarktfoerderung/2015-06-18_ZFS_AP_Zuwanderung_Endfassung.pdf [Stand 03.03.2016]

[607] Pressemitteilung des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr vom 22.05.2015, URL: http://www.saarland.de/SID-F98EB904-CCAC3077/128290.htm [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

tik“[608]. Im Rahmen des integrationspolitischen *Zehn-Punkte-Programms* wird ferner die Einrichtung eines Welcome-Centers Saar als Anlaufstelle für Neuzuwanderer benannt. Neben einer Lotsenfunktion „soll für qualifizierte Fach- und Führungskräfte ein spezieller ausländer- und melderechtlicher Behördenservice angeboten werden“[609].

4.12.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[610]

Das Saarland erhöhte seine integrationspolitischen Ausgaben von ca. 9 Millionen Euro im Jahr 2014 auf knapp 14 Millionen Euro im Jahr 2015 (Tabelle 27). Gemessen an den jeweiligen Gesamtausgaben wurden 2014 rund 0,23% und im Folgejahr 0,35% aller staatlichen Ausgaben in integrationsrelevante Vorhaben investiert. Damit bleiben die Aufwendungen für diesen Politikbereich im Saarland jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt: Das Flächenland weist sowohl 2014 als auch 2015 den zweitniedrigsten relativen Anteil integrationspolitischer Ausgaben am Landeshaushalt auf.

Tabelle 27: Integrationspolitische Ausgaben im Saarland 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Saarland	9,0 Mio.	3,9 Mrd.	0,23
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Saarland	13,8 Mio.	4,0 Mrd.	0,35
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Saarland; eigene Berechnungen

4.12.2.4 Antidiskriminierungspolitik

„Die Landesregierung verurteilt und bekämpft jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung und Gewalt und damit auch jede Form von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“[611]. Das *Netzwerk gegen Rechtsextremismus Saarland*, das vom Lan-

[608] Pressemitteilung des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr vom 02.10.2015, URL: http://www.saarland.de/SID-38EAA1DC-B6334AEA/134654.htm [Stand 03.03.2016]

[609] Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): *Herzlich willkommen im Saarland. Gelebte Integrationspolitik – Gemeinsam das Miteinander gestalten*. Saarbrücken, S. 4. URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_integration/MSGFF_Integrationskonzept_Saarland.pdf [Stand 03.03.2016]

[610] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 59).

[611] Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport (2005): *Integrationskonzept der saarländischen Landesregierung*. Saarbrücken, S. 6. URL: http://www.via-bund.de/integrations-konzepte-landesebene/saarland/IntegrationskonzeptSaarland.pdf [Stand 03.03.2016]

desministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie unterstützt wird, entwickelt Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und setzt sich für ein respektvolles Miteinander und eine demokratische Gesellschaft ein. Neben der Beratung von Diskriminierungsbetroffenen und bei rechtsextremen Vorfällen, bietet das Netzwerk Informationsveranstaltungen, Workshops sowie Trainings zu den Themen Rechtsextremismus, Antidiskriminierung und Umgang mit Vielfalt an[612]. Die Fachstelle des *Netzwerkes gegen Rechtsextremismus* ist im *Adolf-Bender Zentrum* angesiedelt, welches seit 1985 Projekte und pädagogische Angebote zur Förderung der demokratischen Bildung und interkulturellen Verständigung, gegen Rassismus sowie Rechtsextremismus durchführt. Der Bildungsträger erhält dafür eine finanzielle Unterstützung durch die saarländischen Ministerien[613].

Das *Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung Saar* ist ein „Zusammenschluss verschiedener Einrichtungen, die sich für einen diskriminierungsfreien Umgang mit Vielfalt einsetzen" und Antidiskriminierungsberatung für Betroffene anbietet[614]. Ferner ist im saarländischen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie eine *Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt* eingerichtet, die zu den rechtlichen Möglichkeiten berät und bei Behördengängen begleitet[615]. Zusätzlich werden im *Arbeitsbereich Integration, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus des Landesinstituts für Präventives Handeln* Maßnahmen zur Sensibilisierung von Diskriminierung, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus angeboten[616].

Die landesweit agierende *Arbeitsstelle Migration und Fremdenfeindlichkeit* möchte einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen durch Aufklärung und einer Förderung der Begegnung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leisten. „Neben der Sensibilisierung hinsichtlich kultureller Vielfalt zielen die präventiven Maßnahmen der AMF darauf ab, Rassismus, Diskriminierung und interkulturelle Konfliktsituationen zu verhindern und das friedliche Zusammenleben zu fördern"[617].

Das Saarland ist bislang nicht der Koalition gegen Diskriminierung beigetreten. Im März 2008 hat das damalige Landesministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur die Charta der Vielfalt unterzeichnet[618].

---

[612] URL: http://www.saarland.de/115227.htm [Stand 03.03.2016]

[613] URL: http://www.adolfbender.de/index.php?id=1 [Stand 03.03.2016]

[614] URL: http://fad-saar.de/projekte/beratungsnetzwerk/ [Stand 03.03.2016]

[615] URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_familie_und_frauen/Beratungsflyer_Zickzackfalz_10-14.pdf [Stand 03.03.2016]

[616] URL: http://www.saarland.de/51312.htm [Stand 03.03.2016]

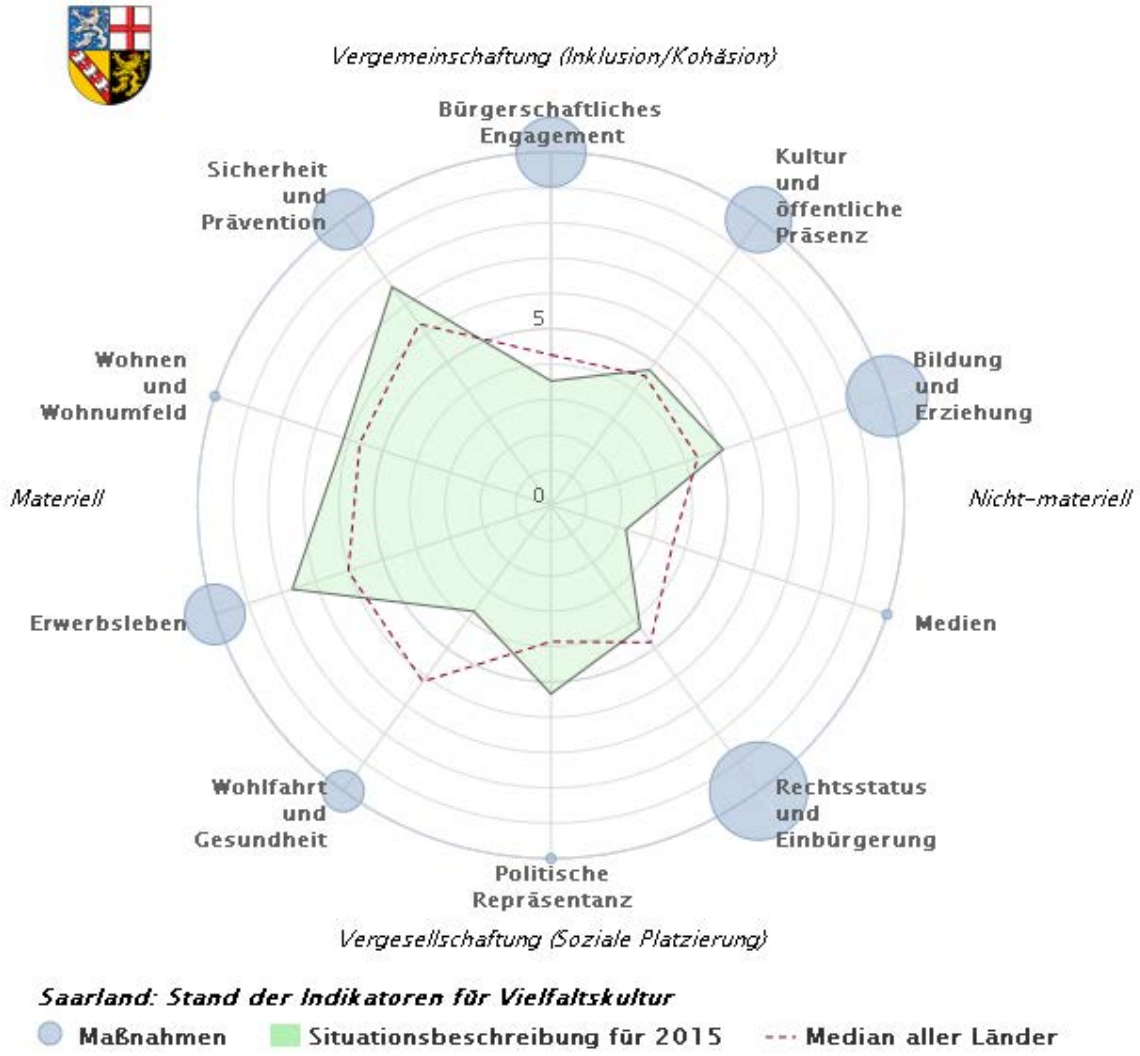
[617] URL: http://www.awo-saarland.de/index.php?id=1384 [Stand 03.03.2016]

[618] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S.126.

© efms 2016

4.12.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 14: Umgang mit Vielfalt im Saarland



Quelle: eigene Darstellung

4.12.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Das Saarland ist durch eine hohe Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt in persönlichen Verkehrskreisen geprägt. Bei dem Indikator, der die Variablen zur Beschreibung des Vorhandenseins von (Rang 4) und der Einstellung gegenüber privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund im persönlichen Umfeld (Rang1) umfasst, erzielt das Flächenland mit 6,9 den höchsten transformierten Skalenwert (Median: 3,5) und liegt damit auf dem ersten Rang aller Länder. Zudem liegt das Saarland sowohl bei den Indikatoren zur Messung der Akzeptanz gegenüber Vielfalt im öffentlichen Raum seitens der Mehrheitsbevölkerung (Rang 6) und der Einstellung bezüglich der kulturellen Veränderung der Gesell-

schaft durch Einwanderung (Rang 9) als auch der interkulturellen Vielfalt in darstellenden sowie unterhaltenden Berufen (Rang 6) im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Dagegen belegt das Flächenland hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen mit einer Differenz von 11,3 Prozentpunkten zum Nachteil der Migranten den letzten Rang aller Länder.

Insgesamt rangiert das Saarland in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* im Mittelfeld des Ländervergleichs auf dem siebten Rang.

Maßnahmenanalyse

Nach Berlin, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat das Saarland die höchste Anzahl landesweiter Maßnahmen für einen verbesserten Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz*. Die innovative Arbeit des *Vereins Kulturraum Großregion* gilt es hierbei besonders hervorzuheben. Der im April 2008 durch die Kulturadministrationen der Großregion gegründete Verein „fördert die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Großregion, indem er grenzüberschreitende Projekte anregt, begleitet, professionalisiert und bewirbt“[619]. Neben der Entwicklung gemeinsamer Strategien für die Kulturpolitik sowie gemeinsamer Arbeitsfelder in den Bereichen Bildung und Kultur stellen die Förderung der Mobilität der Kulturschaffenden und des Publikums sowie die Initiierung von Kompetenznetzwerken weitere Aufgaben des Vereins dar[620].

4.12.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Bei den Bildungs- und Ausbildungsindikatoren positioniert sich das Saarland im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Eine Ausnahme zeigt sich bei der Gegenüberstellung des Anteils der Personen mit und ohne Migrationshintergrund ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss. Mit einer Differenz von 17,6 Prozentpunkten belegt das Saarland den vierten Rang aller Länder. Zudem zeigen die Daten der Migrationsstichprobe des Sozio-oekonomischen Panels, dass die Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich im Saarland nach Brandenburg am zweitniedrigsten sind: 9,6% der befragten saarländischen Migranten wurden schon einmal aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt, womit der Anteil an erfahrener Diskriminierung deutlich unter dem deutschlandweiten Anteil von 18,1% liegt.

In der Dimension *Bildung und Erziehung* ist das Saarland insgesamt im Mittelfeld auf dem siebten Rang einzuordnen.

---

[619] URL: http://www.kulturraumgr.eu/de [Stand 03.03.2016]

[620] URL: http://www.kulturraumgr.eu/de/Kooperation/Aufgaben [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Die Analyse der Maßnahmen zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Bildung und Erziehung* zeigt, dass sich das Saarland bezüglich der Anzahl an Landesaktivitäten im Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs platziert. Von den identifizierten landesweiten Maßnahmen wurde das Ende Juli 2014 ausgelaufene Projekt *SIGNAL - Sprachbildung und soziale Integration für Migrantenkinder und Eltern in Kindergarten und Grundschule* ausgewählt. Im Rahmen des vom saarländischen Bildungsministeriums und dem Landesverband des Deutschen Roten Kreuz getragenen Landesprogramms erhielten Kinder mit Migrationshintergrund unter aktiver Einbindung der Eltern bereits ab dem dritten Lebensjahr eine Sprachförderung. Diese wurden in den Beratungskindergärten durch ausgebildete Sprachberater in den täglichen Ablauf der Bildungseinrichtungen etabliert und reichten von individuellem Sprachlernen über integrative Spracharbeit in der Gruppe bis hin zu Eltern-Kind-Lerngruppen[621]. Mit dem *Sofortprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern* reagierte die saarländische Regierung auf den neuen Bedarf an Lehrkräften. So werden die bestehenden Programme der Sprachförderung (*Früh Deutsch lernen, Sprachförderung in der Sekundarstufe I*) durch das Sofortprogramm erweitert, indem kurzfristig zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache finanziert und weitergebildet werden. Das saarländische Ministerium für Bildung und Kultur stellt die entsprechenden Gelder für die Jahre 2015-2017 zur Verfügung[622].

4.12.3.3 Medien

Das Saarland weist in der Dimension *Medien* einen niedrigen composite indicator auf (Rang 13), was insbesondere auf die geringe Vielfalt in den Medien sowie der Medienpolitik zurückzuführen ist. Im Hinblick auf den Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund rangiert der Saarländische Rundfunk (SR) auf dem letzten Platz des bundesweiten Vergleichs. Zudem belegt der SR mit einem Moderatorenanteil mit Migrationsgeschichte von rund 5,5% den vorletzten Rang aller Länder. Bei dem Indikator zur Erfassung der Einschätzung der saarländischen Mehrheitsbevölkerung bezüglich der Vielfalt in medialen Berichten ist das Bundesland dem guten Mittelfeld zuzuordnen (Rang 5).

Maßnahmenanalyse

Im Bereich *Medien* werden im Saarland keinerlei landesweite Maßnahmen zur Verbesserung des Umgangs mit religiöser und ethnischer Vielfalt durchgeführt.

[621] URL: https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/migration/artikel/saarland-landesprogramm-signal-foerdert-die-sprachliche-und-soziale-eingliederung-von-migrantenfamilien/ [Stand 03.03.2016]

[622] URL: http://www.saarland.de/133072.htm [Stand 03.03.2016]

4.12.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Das einzige auffällige Ergebnis in der Analyse der Ausgangssituation im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* stellen die Leistungen für Asylbewerber dar. Bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern liegt das Flächenland auf dem dreizehnten Rang des bundesweiten Vergleichs. Dagegen positioniert sich das Saarland mit einem Anteil von 64,9% dezentral untergebrachten Asylsuchenden im oberen Mittelfeld aller Länder (Rang 5).

Hinsichtlich des Anteils an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht (Rang 9) sowie der Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerungen (Rang 11) rangiert das Saarland im mittleren Bereich des Ländervergleichs. Im unteren Bereich des Mittelfelds ist das Flächenland mit einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von 2,3% einzuordnen.

Insgesamt erreicht das Saarland in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* einen Rang im mittleren Bereich aller Länder (Rang 10).

Maßnahmenanalyse

Die Maßnahmenanalyse im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* zeigt, dass sich das Saarland im guten Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs bezüglich der landesweiten Aktivitäten für einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt platziert. Unter diesen Projekten wurde die *Arbeitsgruppe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen* als Schlüsselmaßnahme identifiziert. Dieser Arbeitsgruppe gehören unter Federführung des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport auch Vertreter des Sozialministeriums, der kommunalen Spitzenverbände sowie der Wohlfahrtsverbände an. Die Arbeit zielt auf „die Sicherstellung einer funktionierenden Kommunikation (…) und die Zusammenarbeit aller mit der Verteilung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern betrauten Ebenen und Einrichtungen im Saarland“ ab[623]. Neben der „Erweiterung der dezentralen Betreuungsstrukturen“ stellt die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts „zur Regelung der Verfahrensabläufe sowie der Kommunikations- und Abstimmungsprozesse“, das als Handlungsleitfaden für die beteiligten Stellen dienen soll, einen weiteren Schwerpunkt der Arbeitsgruppe dar[624].

[623] Landkreistag Saarland (2015): *Geschäftsbericht für den Zeitraum vom 20.09.2014 bis zum 18.09.2015.* Saarlouis, S. 24. URL: http://www.landkreistag-saarland.de/fileadmin/user_upload/landkreistag/Geschaeftsberichte/g_bericht_2015.pdf [Stand 03.03.2016]

[624] Pressemitteilung des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 10.07.2014, URL: http://www.saarland.de/6767_117128.htm [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

4.12.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Während das Saarland neben Thüringen und Sachsen-Anhalt den geringsten Anteil an Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund aufweist, liegt das Flächenland hinsichtlich des Anteils an Landtagskandidaten mit Zuwanderungsgeschichte auf dem vierten Rang des bundesweiten Vergleichs. Zudem erzielt das Saarland den höchsten transformierten Skalenwert bei dem Vergleich der politischen Aktivität zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund: 8,6% der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte beteiligen sich regelmäßig in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen; der Anteil der Mehrheitsbevölkerung liegt dagegen bei lediglich 2,7%, womit die im Ländervergleich höchste positive Differenz zugunsten der Migranten resultiert.

Insgesamt ist das Saarland in der Dimension *politische Repräsentanz* im guten Mittelfeld auf dem fünften Rang einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Für das Saarland wurden keine landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im politischen Bereich identifiziert.

4.12.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Im Saarland schätzen Personen mit Migrationshintergrund sowohl ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand als auch das Netz der sozialen Sicherung schlechter ein als die Mehrheitsbevölkerung. Mit der aus der Gegenüberstellung resultierenden Differenz zum Nachteil der Migranten positioniert sich das Flächenland jeweils im unteren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs (Rang 14 bzw. Rang 13). Im Hinblick auf die Interkulturalität im Gesundheitssystem - operationalisiert anhand des Anteils an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zum Migrantenanteil des Bundeslandes - liegt das Saarland im Mittelfeld aller Länder auf Rang elf.

Aus den Ergebnissen der Einzelindikatoren resultiert für das Saarland ein composite indicator von 3,7, womit das Saarland im unteren Länderfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen ist (Rang 14).

Maßnahmenanalyse

Das Saarland weist eine im Ländervergleich durchschnittliche Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* auf und positioniert sich im Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

4.12.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Insgesamt erzielt das Saarland mit einem composite indicator von 7,7 in der Dimension *Erwerbsleben* nach Bayern den zweiten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Diese Positionierung liegt unter anderem in der hohen interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes begründet, bei der das Flächenland den höchsten transformierten Skalenwert erreicht. Überdies ist der Anteil erfahrener Diskriminierung im arbeitsmarktbezogenen Bereich im Ländervergleich eher niedrig: Lediglich 18,5% (Deutschland: 25,7%) der befragten saarländischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund wurden aufgrund ihrer Herkunft bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche benachteiligt (Rang 3) und nur 8,6% (Deutschland: 16,6%) berichten von Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz (Rang 4).

Maßnahmenanalyse

Bei der ländervergleichenden Auswertung von Maßnahmen zur Verbesserung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im *Erwerbsleben* erreicht das Saarland einen Wert im oberen Mittelfeld. Als Schlüsselmaßnahme wurde das Modellprojekt *Train2Job* identifiziert, das unter anderem vom saarländischen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gefördert wird und Personen mit Migrationshintergrund einen schnellen Übergang in den Arbeitsmarkt ermöglichen soll. In dem Pilotprojekt werden die Teilnehmer durch einen Integrationskurs und einen daran anschließenden berufsbezogenen Sprachkurs für Tätigkeiten als Pflegekräfte und Erzieher qualifiziert. Den Qualifizierungsmaßnahmen geht eine Feststellung der Sprachkenntnisse sowie der beruflichen Orientierung voraus, „so dass jeder genau das lernen kann, was er für seine zukünftige Tätigkeit wirklich braucht“[625]. Eine weitere landesweite Schlüsselaktivität stellt der *Sieben-Punkte-Plan* zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen des saarländischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr dar (siehe Abschnitt 4.12.2.2) [626].

[625] Pressemitteilung des saarländischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie vom 14.02.2014, URL: http://www.saarland.de/6767_111202.htm [Stand 03.03.2016]

[626] URL: http://www.saarland.de/SID-38EAA1DC-B6334AEA/134654.htm [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

4.12.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Ähnlich der Ergebnisse der Situationsanalyse zum Arbeitsmarkt, liegen die Diskriminierungserfahrungen der saarländischen Migranten bei der Wohnungssuche auf einem niedrigen Niveau: Rund 4,5% der befragten Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Saarland hat schon einmal die Erfahrung gemacht, aufgrund der Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 20,0%). Mit diesem im bundesweiten Vergleich niedrigen Wert an erfahrener Diskriminierung bei der Wohnungssuche belegt das Flächenland den vierten Rang aller Länder. Allerdings zeigen die Daten des Mikrozensus weiterhin, dass Personen ohne Zuwanderungsgeschichte durchschnittlich über 17,2 Quadratmeter mehr Wohnfläche verfügen als Personen mit Migrationshintergrund. Mit dieser Differenz zum Nachteil der Migranten positioniert sich das Saarland im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12). Darüber hinaus schätzt die saarländische Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ihre derzeitige Wohnsituation schlechter ein als Personen ohne Migrationshintergrund, womit das Bundesland ebenfalls dem unteren Mittelfeld zuzuordnen ist (Rang 12). Im Hinblick auf die vergleichende Variable zur Eigentümerquote (Rang 8) sowie der Einstellung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Vielfalt im Wohnumfeld (Rang 6) positioniert sich das Saarland im Mittelfeld aller Länder.

Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine positive Ausgangssituation bezüglich der Vielfaltskultur im Saarland hin: Das Bundesland rangiert in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* mit einem CI von 6,2 auf dem sechsten Rang im deutschlandweiten Vergleich.

4.12.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Das Saarland erzielt in der Dimension *Sicherheit und Prävention* nach Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten composite indicator. Dieses Ergebnis ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Flächenland die niedrigsten registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des Landes aufweist. Des Weiteren zeigen die Daten, welche die Diskriminierungserfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund erfassen, positive Werte: Sowohl bei der institutionellen Diskriminierung bei Ämtern bzw. Behörden (17,2%) als auch der Alltagsdiskriminierung (10,4%) liegt das Saarland deutlich unter den deutschlandweiten Werten von 24,4% bzw. 21,8% und belegt somit den dritten sowie zweiten Rang im Ländervergleich. Bei den anderen Indikatoren der Dimension – Grad der Besorgnis bezüglich der Ausländerfeindlichkeit seitens der saarländischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Rang 5), institutio-

nelle Diskriminierung bei der Polizei (Rang 6) – liegt das Saarland jeweils im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs[627].

Maßnahmenanalyse

Die Analyse der landesweiten Maßnahmen für einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Sicherheit und Prävention* zeigt, dass das Saarland in diesem Bereich das Schlusslicht des Ländervergleichs bildet. In keinem anderen Bundesland werden weniger landesweite Aktivitäten durchgeführt als in dem Flächenland. Ferner wurden keine Schüsselmaßnahmen identifiziert.

4.12.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Das Saarland belegt in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* den dreizehnten Rang im bundesweiten Vergleich. Diese schlechte Positionierung resultiert aus der hohen Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Während sich 23,1% der saarländischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund regelmäßig ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten beteiligen, liegt der Anteil unter den Migranten bei 6,8%. Mit dieser hohen, negativen Differenz von 16,3 Prozentpunkten bildet das Saarland das Schlusslicht aller Länder. Dagegen ist das Bundesland bezüglich der von der Mehrheitsbevölkerung ausgewiesenen Akzeptanz gegenüber Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement im oberen Mittelfeld auf dem fünften Rang einzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im *bürgerschaftlichen Engagement* erzielt das Saarland einen durchschnittlichen Wert. Die *Richtlinie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten zur Unterstützung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den saarländischen Gemeinden sowie zur interkulturellen Öffnung für das Jahr 2015* wurde als Schlüsselmaßnahme des Flächenlandes ausgewählt. Im Rahmen der Richtlinie, die auf den Ausbau ehrenamtlicher Strukturen im Saarland abzielt, wird Projekten eine Zuwendung gewährt, „die der Integration von Flüchtlingen, der Verbesserung der Lebenssituation sowie der interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft dienen“[628].

---

[627] Da für das Saarland keine Daten zum Aufklärungsanteil der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten erfasst werden konnten, wurde für das Bundesland der durchschnittliche Aufklärungsanteil aller Länder zugrunde gelegt.

[628] Saarländisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): *Richtlinie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten zur Unterstützung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den saarländischen Gemeinden sowie zur interkulturellen Öffnung für das Jahr 2015.* Saarbrücken. URL: http://www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_637.pdf [Stand 03.03.2016]

© efms 2016

4.12.4 Kurzfazit

„Neben unserer Erwartung an die zugewanderte Bevölkerung, sich aktiv um Integration zu bemühen, müssen auch wir selbst eine hohe Bereitschaft zum offenen Umgang mit dieser Vielfalt aufbringen“[629]. Die Ausgangssituation im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Saarland stellt sich in den Dimensionen *Erwerbsleben, Sicherheit und Prävention* sowie der *politischen Repräsentanz* als sehr positiv dar. Insbesondere die im Ländervergleich niedrigen Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie dem Alltag und bei Behörden gilt es hervorzuheben.

Bezüglich der landesweiten Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur rangiert das Saarland bei der interkulturellen Öffnung der *Kultureinrichtungen* im oberen Feld des deutschlandweiten Vergleichs. Dagegen zeigte sich in der Dimension *Sicherheit und Prävention*, dass das Bundesland die geringste Anzahl an Landesaktivitäten durchführt, wobei hier relativierend auf den in der Situationsanalyse belegten geringen Bedarf hingewiesen werden sollte.

[629] Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): *Herzlich willkommen im Saarland. Gelebte Integrationspolitik – Gemeinsam das Miteinander gestalten.* Saarbrücken, S. 2. URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_integration/MSGFF_Integrationskonzept_Saarland.pdf [Stand 03.03.2016]

Tabelle 28: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für das Saarland

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,7** *7*	*4*
Bildung und Erziehung	**5,1** *7*	*6*
Medien	**2,2** *13*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**4,3** *10*	*6*
Politische Repräsentanz	**5,3** *5*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**3,7** *14*	*11*
Erwerbsleben	**7,7** *2*	*5*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,2** *6*	
Sicherheit und Prävention	**7,6** *2*	*16*
Bürgerschaftliches Engagement	**3,5** *13*	*7*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.13 Sachsen

4.13.1 Strukturdaten des Landes

Der Freistaat Sachsen stellt mit rund 4,1 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland in Ostdeutschland dar. Die Wirtschaftsleistung des Landes Sachsen liegt mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 27.776 Euro je Einwohner deutlich unter dem gesamtdeutschen BIP (37.099 Euro je Einwohner)[630]. Darüber hinaus beläuft sich die Arbeitslosenquote in Sachsen auf 9,2% (Bundesdurchschnitt: 7,1%), wobei die Quote der ausländischen Bevölkerung mit 27,5% überdurchschnittlich hoch ist (Deutschland: 16,6%)[631].

Während der Migrantenanteil in Deutschland bei 21,0% liegt, weisen lediglich rund 5,4% der sächsischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf[632]. Zudem ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung Sachsens mit 4,1% deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 11,2% einzuordnen[633]. Neben Syrien (10,7%) stellen Polen (7,4%) sowie Russland (6,0%) die häufigsten Herkunftsländer der sächsischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit dar[634].

4.13.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.13.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die Zuständigkeit für integrationspolitische Angelegenheiten liegt bei der *Staatsministerin für Gleichstellung und Integration*, die im Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz des Landes Sachsen angesiedelt ist. Neben gleichstellungspolitischen Aspekten verantwortet der Geschäftsbereich sowohl das *Referat für Integration* als auch die *Stabsstelle Demokratieförderung* sowie die *Leitstelle Vielfalt und Zusammenhalt*[635].

Im Staatsministerium des Innern sind dagegen die *Stabsstelle Asyl für Grundsatzfragen* sowie Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten verankert[636].

---

[630] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[631] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[632] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[633] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[634] Ebd.

[635] URL: http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/Organigramm.pdf [Stand 15.02.2016]

[636] URL: http://www.smi.sachsen.de/download/SMI/151208.pdf [Stand 15.02.2016]

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Im Jahre 1992 wurde das Amt des *sächsischen Ausländerbeauftragten* eingeführt, um die „rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration der in Sachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ zu fördern[637]. Das *Gesetz über den sächsischen Ausländerbeauftragten* (SächsAuslBeauftrG) regelt neben der Wahl und der Rechtsstellung unter anderem die Aufgaben sowie Befugnisse des Beauftragten[638]. Nach §3 Abs. 2 SächsAuslBeauftrG ist der Ausländerbeauftragte dazu verpflichtet, dem sächsischen Landtag einen jährlichen Bericht zur Situation der in Sachsen lebenden Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit vorzulegen. Außerdem gibt der sächsische Ausländerbeauftragte Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzesentwürfen, Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen, die einen ausländerrechtlichen Bezug aufweisen, ab (§3 Abs. 3 SächsAuslBeauftrG). Weitere Aufgaben des Beauftragten bestehen in der Unterstützung von integrationsrelevanten Vereinen und der Zusammenarbeit mit den *kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten* (§3 Abs. 7 SächsAuslBeauftrG). Die „zur Wahrung der Belange der im Landkreis lebenden Ausländer“ agierenden kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten (KAIB) arbeiten zum Teil ehrenamtlich (§60 Abs. 3 der SächsLKrO)[639]. Um einen regelmäßigen Austausch zwischen den regionalen Beauftragten zu gewährleisten, organisiert der sächsische Ausländerbeauftragte mehrmals im Jahr Schulungen und Fachtagungen.

Unter der Leitung des sächsischen Ministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) konstituierte sich im März 2014 der *Beirat für Migration und Integration*, um die Landesregierung in allen integrationsrelevanten Angelegenheiten zu beraten. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Vertretern zivilgesellschaftlicher Vereine sowie Institutionen zusammen, wobei die Berufung der Mitglieder durch die Staatsministerin des SMS erfolgt. Neben der Bewertung des Umsetzungsstands der im sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzept benannten Maßnahmen sowie dem Aussprechen von Empfehlungen für dessen Weiterentwicklung fördert der Beirat „das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen“[640].

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Das landesweit agierende *Netzwerk Integration und Migration Sachsen (NIMS)* wurde im Jahre 2010 auf Initiative des sächsischen Ausländerbeauftragten gegründet und ermöglicht

---

[637] URL: https://sab.landtag.sachsen.de/de/der-saechsische-landesbeauftragte/index.cshtml [Stand 15.02.2016]

[638] Sächsischer Landtag (1994): *Gesetz über den Sächsischen Ausländerbeauftragten (SächsAuslBeauftrG).* Rechtsbereinigt mit Stand vom 3. Juli 2002. Dresden. URL: https://www.landtag.sachsen.de/de/landtag/landesbeauftragte/sab-gesetz-149.cshtml [Stand 15.02.2016]

[639] Sächsischer Landtag (1993): *Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO).* Rechtsbereinigt mit Stand vom 01. April 2003. Dresden. URL: http://www.infoseiten.slpb.de/fileadmin/daten/dokumente/SaechsLKrO.pdf [Stand 15.02.2016]

[640] URL: http://www.willkommen.sachsen.de/34127.htm [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

einen organisationsübergreifenden, fachlichen Austausch zwischen Ausländer-/Integrationsbeauftragten, Migrantenselbstorganisationen, themenrelevanten Beratungsstellen sowie Vertretern aus Kirchen-/Religionsgemeinschaften und Landesinstitutionen wie beispielsweise dem sächsischen Staatsministerium des Innern. Im Rahmen der Netzwerktreffen, die von dem sächsischen Ausländerbeauftragten und seiner Geschäftsstelle organisiert werden, bearbeiten die relevanten Akteure der sächsischen Migrations- und Integrationsarbeit gemeinsam wichtige Integrationsthemen, identifizieren Handlungsbedarf und entwickeln „aus einer multiprofessionellen Sicht heraus Lösungsansätze“[641].

Der Landesverband *Integrationsnetzwerk Sachsen e.V.* bietet eine Plattform für Migrantenorganisationen, um den Integrationsprozess für Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern. Neben der Beteiligung an der Weiterentwicklung des sächsischen Integrationskonzepts setzt sich das Netzwerk für die Realisierung des Nationalen Integrationsplans ein und organisiert integrationsbezogene Veranstaltungen. Zudem liegt ein Schwerpunkt des Integrationsnetzwerks Sachsen e.V. auf der Unterstützung von Migrantenorganisationen bei deren Gründung und lokalen Stärkung. Des Weiteren strebt der Landesverband „das Gespräch mit Politik und Verwaltung in Sachsen über die speziellen Problemlagen von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund [an] und erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung hierzu“[642].

Im Jahre 2006 wurde der *sächsische Migrantenbeirat* (SMB) gegründet, in dem relevante Akteure der Integrationsarbeit vertreten sind. „Er sieht als seine Aufgabe die Interessenvertretung der Migranten und die Förderung der Entstehung von Ausländer- bzw. Migrantenbeiräten in sächsischen Städten und Landkreisen durch Aufklärungskampagnen unter Migranten“[643].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Auf der kommunalen Ebene bestehen keine expliziten gesetzlichen Regelungen zur Einrichtung von Integrationsbeiräten. In §47 der sächsischen Gemeindeordnung wird lediglich die Möglichkeit zur Bildung eines „sonstigen Beirats“ gegeben[644].

---

[641] Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2014): *Kursbuch Integration und Migration Sachsen. Initiativen zur Einigkeit in Vielfalt.* Dresden, S.4. URL: http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SLT-SAB_Kursbuch-webversion-27062014.pdf [Stand 15.02.2016]

[642] §4 der Satzung des Landesverbandes Integrationsnetzwerk Sachsen e.V. URL: http://ins-verband.de/ueber-uns/satzung [Stand 15.02.2016]

[643] Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2014): *Jahresbericht 2013*. Dresden, S. 98. URL: https://sab.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SAB_Jahresbericht_21052013.pdf [Stand 15.02.2016]

[644] Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO), Rechtsbereinigt mit Stand vom 01. Mai 2014. Dresden. URL: http://www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/download/Kommunale_Verwaltung/1_SaechsGemO.pdf [Stand 15.02.2016]

4.13.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die Grundlage der sächsischen Integrationspolitik bildet das im Jahre 2012 vom sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz vorgelegte *Zuwanderungs- und Integrationskonzept (ZIK)*, das Integration als „die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben bei gleichzeitiger Bewahrung der kulturellen Identität" definiert[645]. Neben dem Ausbau des Einsatzes qualifizierter Fachkräfte, der Nutzung kultureller Vielfalt als gesellschaftliche Bereicherung und der Stärkung der Potentiale von Personen mit Migrationshintergrund stellen die Vermeidung von Parallelgesellschaften sowie die Verbesserung der Datenlage zu Migranten weitere der im ZIK benannten Schwerpunkte dar[646]. Durch eine „Trias", die sich aus der interkulturellen Öffnung, der interkulturellen Kompetenz sowie des interkulturellen Dialogs zusammensetzt, soll die „Schaffung gleicher Chancen und Lebensbedingungen für Migranten" erzielt werden[647]. Ein wesentlicher Fokus des sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzepts liegt auf der Sicherung des Fachkräftebedarfs durch qualifizierte Zuwanderung. Dagegen werden keine integrationspolitischen Ziele und Maßnahmen, die eine Verbesserung der Unterbringung sowie Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden betreffen, in dem Konzept formuliert.

Ein vorrangiges im ZIK benanntes Ziel stellt die Einführung eines Integrationsmonitorings dar, das den Stand und Fortschritt des Integrationsprozesses der in Sachsen lebenden Personen mit Migrationshintergrund darlegt. Allerdings wurde dieses bisher noch nicht umgesetzt.

Im Rahmen der Richtlinie *Integrative Maßnahmen* werden Aktivitäten *zur Förderung der sozialen Integration und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts* unterstützt. Eine Zuwendung erhalten beispielsweise Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung von Organisationen, zur Stärkung von Migrantenselbstorganisationen sowie zur Beratung und Unterstützung von Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere von Flüchtlingen. Der zweite Förderbereich der Richtlinie zielt auf eine Unterstützung der kommunalen Integrationsarbeit ab: „Kommunen sollen bei aktuellen Herausforderungen in der Integrationsarbeit vor Ort, in ihrem Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie bei der Förderung der Potenziale der Personen mit Migrationshintergrund unterstützt werden"[648].

---

[645] Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2012): *Respekt, Toleranz, Achtung. Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept.* Dresden, S. 16. URL: https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/14432 [Stand 15.02.2016]

[646] Ebd., S. 16.

[647] Ebd., S. 17.

[648] Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Staatsministerin für Gleichstellung und Integration: *Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz / Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration zur Förderung der sozialen Integration und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Richtlinie Integrative Maßnahmen).*

© efms 2016

Besonderheiten in den integrationspolitischen Diskursen

Bis zur aktuellen Regierungsperiode der CDU und der SPD (2014 bis 2019) nahm das Thema Integration von Personen mit Migrationshintergrund eine untergeordnete Rolle in den Koalitionsverträgen ein. In der CDU-SPD-Koalition der 4. Legislaturperiode (2004 bis 2009) wurde der Integrationspolitik ein Unterkapital des Abschnitts „Inneres und Kommunen" gewidmet, welches auf eine gezielte Förderung junger Migranten in Schule, Ausbildung und Erwerbsleben verwies[649]. Die CDU-FDP-Koalition (2009-2014) legte ihre integrationspolitischen Ziele unter dem Kapitel „Arbeit" dar. In diesem Rahmen wurde eine Förderung der gezielten Zuwanderung von ausländischen Fachkräften sowie eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen angestrebt[650]. Eine „gezielte Zuwanderungspolitik von Fachkräften" stellt auch ein wesentliches Anliegen der aktuellen Regierung der CDU und SPD dar[651]. Überdies werden in dem eigenständigen Kapitel „Willkommenskultur und Integration" weitere integrationspolitische Schwerpunkte genannt, wie beispielsweise die Umsetzung einer Einbürgerungskampagne, die interkulturelle Öffnung von Unternehmen und Verwaltungen, eine Integration durch Sport sowie eine Verbesserung der Arbeitsmarktintegration. Des Weiteren wird in dem Koalitionsvertrag auf die „humanitären Verpflichtungen gegenüber schutzbedürftigen Flüchtlingen" verwiesen und in diesem Zusammenhang auf die Förderung eines „Klima der Akzeptanz, der Empathie und des gemeinsamen Miteinanders"[652].

Dresden. URL: http://www.recht.sachsen.de/vorschrift/16271-Richtlinie_Integrative_Massnahmen [Stand 15.02.2016]

[649] Christlich Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Sachsen und Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen (2004): *Vereinbarung zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Sachsen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen über die Bildung der Staatsregierung für die 4. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages*. Dresden. URL: https://www.nachhaltigkeit.info/media/1256221042phpO2dZwy.pdf [Stand 15.02.2016]

[650] Vertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Sachsen und der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Sachsen über die Bildung der Staatsregierung für die 5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages (2009): *Freiheit. Verantwortung. Solidarität. Gemeinsam für ein starkes und selbstbewusstes Sachsen*. Dresden. URL: http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/content/pdf/koali_vertrag.pdf [Stand 15.02.2016]

[651] Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Sachsen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen (2014): *Sachsens Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen*. Dresden, S. 71. URL: http://www.staatsregierung.sachsen.de/downloads/AKTUELL_Koalitionsvertrag_CDU_SPD_20142019.pdf [Stand 15.02.2016]

[652] Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Sachsen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen (2014): *Sachsens Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen*. Dresden, S. 73.

4.13.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[653]

Im Jahre 2014 lag der relative Anteil integrationspolitischer Ausgaben an den Gesamtausgaben des sächsischen Landeshaushalts mit 0,24% - nach Sachsen-Anhalt und dem Saarland - am drittniedrigsten im bundesweiten Vergleich (Tabelle 29). Während sich die integrationspolitischen Ausgaben des Freistaats Sachsen im Jahre 2014 auf rund 40,6 Mio. Euro beliefen, erhöhten sich finanzielle Aufwendungen für integrationspolitische Aktivitäten um mehr als das fünffache für 2015: Mit über 222 Mio. Euro ergibt sich ein Anteil am Gesamthaushalt von 1,29%, womit das Land Sachsen nach Baden-Württemberg die höchsten integrationspolitischen Ausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben des Landeshaushalts besitzt.

Tabelle 29: Integrationspolitische Ausgaben in Sachsen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Sachsen	40,4 Mio.	17,0 Mrd.	0,24
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Sachsen	222,1 Mio.	17,2 Mrd.	1,29
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Sachsen, eigene Berechnungen

4.13.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Im Netzwerk *Tolerantes Sachsen* engagieren sich lokale Initiativen und Vereine, deren Arbeit auf eine Stärkung der demokratischen und toleranten Alltagskultur in Sachsen abzielt. Eine Aufgabe des Netzwerkes stellt die „Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf landesweiter Ebene einschließlich der Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Partnern, Initiativen und lokalen Bündnissen“ dar [654].

Das *Netzwerk für eine Antidiskriminierungskultur in Sachsen (NADIS)* besteht aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Antidiskriminierungsberatung unter anderem zu den Themen Rassismus, Religion/Weltanschauung, Demokratieentwicklung, sexuelle Identität und Behinderung tätig sind. Mit dem Netzwerk wird das Ziel verfolgt, „dass Klient_innen in ihrer Vielfalt geeignete Unterstützungsangebote finden“, wofür es „vorhandene Lücken

[653] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 60).

[654] Selbstverständnis des Netzwerkes *Tolerantes Sachsen,* URL: http://www.tolerantes-sachsen.de/selbstverstaendnis.html [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

bzw. Leerstellen in den Mitgliedsorganisationen selber, aber auch in der allgemeinen Beratungslandschaft zu identifizieren und zu beseitigen“ gilt[655]. Das Netzwerk fungiert als Ort des fachlichen Austausches sowie als Ansprechpartner für Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Darüber hinaus werden im Rahmen der Netzwerkarbeit antidiskriminierungsbezogene Konzepte erarbeitet und der Aufbau eines landesweiten, sozialräumlichen, niedrigschwelligen Antidiskriminierungsberatungsangebotes angestrebt.

Die Koordinierung des NADIS obliegt dem *Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.*, welches die zentrale Anlaufstelle für von Diskriminierung betroffene Personen darstellt. Neben der Beratung für Betroffene bietet das Antidiskriminierungsbüro zudem Workshops und Schulungen, beispielsweise zur Antidiskriminierungspädagogik, einer kompetenten Antidiskriminierungsberatung und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz an. Die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros zielt demzufolge nicht nur auf die Aufklärung von Betroffenen über deren Rechte, sondern auch auf die Weiterbildung und Beratung von Akteuren im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit ab. Des Weiteren soll die Öffentlichkeit für die Mechanismen und Auswirkungen von Diskriminierung sensibilisiert werden[656].

Im Rahmen des Landesprogrammes *Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz* erfolgt eine Förderung von Projekten, „die die demokratische Kultur in Sachsen fördern und die freiheitliche demokratische Grundordnung stärken“[657]. Zuwendungen erhalten beispielsweise Maßnahmen, die einen Beitrag zur Bekämpfung von Extremismus, insbesondere Rassismus sowie Antisemitismus leisten, demokratische Handlungskompetenzen fördern oder die Akzeptanz unterschiedlicher religiöser, kultureller, ethnischer Zugehörigkeiten stärken. Die Geschäftsstelle des Landesprogramms ist beim sächsischen Landespräventionsrat angesiedelt, dem überdies die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe *Stärkung demokratischer Grundrechte* obliegt. Zur Stärkung der Demokratie und der Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit unterstützt die Arbeitsgruppe „die Vernetzung, programmatische Ausrichtung und inhaltliche Arbeit von Bündnissen und lokalen Netzwerken für Demokratie, Zivilcourage und Toleranz. Dabei findet eine fachliche Kooperation und Koordination von Projekten zwischen staatlichen, kommunalen und freien Trägern bzw. zivilgesellschaftlichen Stellen statt“[658].

[655] URL: http://www.antidiskriminierungskultur-in-sachsen.de/leitbild/ [Stand 15.02.2016]

[656] URL: http://www.adb-sachsen.de/idee_und_konzeption.html [Stand 15.02.2016]

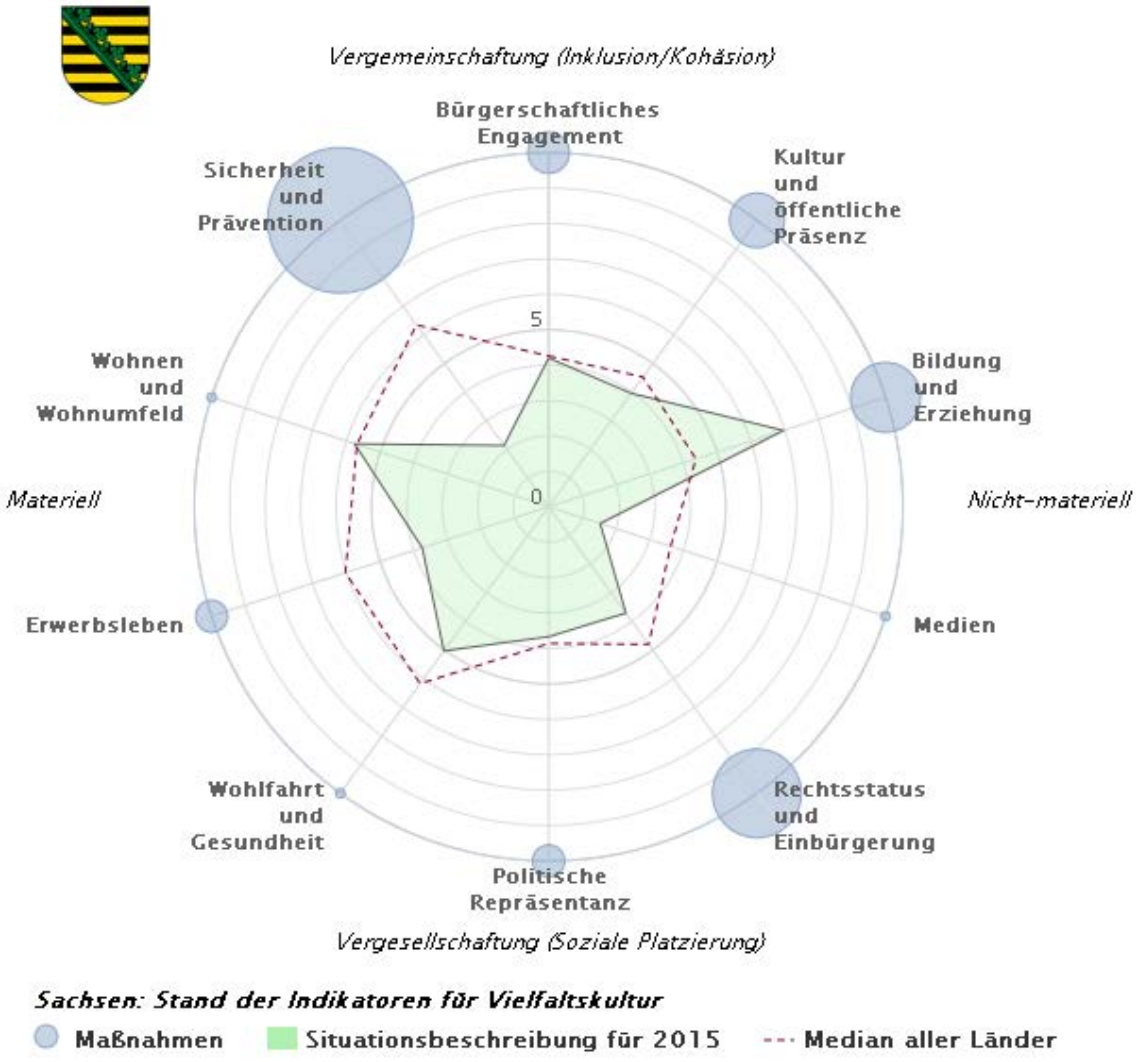
[657] Sächsisches Staatsministerium des Innern (2014): *Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung von Projekten für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (Förderrichtlinie Weltoffenes Sachsen – FördRL WOS).* Dresden. URL: http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/13915-Foerderrichtlinie_Weltoffenes_Sachsen [Stand 15.02.2016]

[658] URL: http://www.lpr.sachsen.de/11031.htm [Stand 15.02.2016]

Der Freistaat Sachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das bisher weder die Charta *der Vielfalt* unterzeichnete noch der *Koalition gegen Diskriminierung* beigetreten ist[659].

4.13.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 15: Umgang mit Vielfalt in Sachsen



Quelle: eigene Darstellung

[659] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

© efms 2016

4.13.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Der Freistaat Sachsen weist in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* einen composite indicator von 4,0 auf, womit das Flächenland im unteren Feld des Ländervergleichs einzuordnen ist (Rang 13).

Diese Positionierung ist auf die geringe Akzeptanz der sächsischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt zurückzuführen. Bezüglich der Akzeptanz von Vielfalt in persönlichen Verkehrskreisen zeigt sich ein besonders interessantes Ergebnis: So belegen die Umfragedaten, dass der Anteil der befragten sächsischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit regelmäßigen, privaten Kontakten zu Migranten im oberen Feld des bundesweiten Vergleichs auf dem zweiten Rang liegt. Demgegenüber beträgt der Anteil der befragten Mehrheitsbevölkerung, die keinen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund in ihrem persönlichen Umfeld aufweisen und diesem auch eher ablehnend gegenüber eingestellt sind, über ein Drittel (32,8%). Mit dieser negativen Einstellung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im sozialen Umfeld belegt der Freistaat den letzten Rang aller Länder.

Neben der geringen Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im persönlichen, sozialen Umfeld zeigen die Daten weiterhin, dass der Freistaat Sachsen nach Thüringen den zweitniedrigsten Wert bei dem Indikator zur Operationalisierung der Akzeptanz von religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum aufweist: Über ein Drittel (38,3%) der befragten sächsischen Mehrheitsgesellschaft ist der Meinung, dass es keine Moscheen in Deutschland geben sollte. Des Weiteren rangieren die Einstellungswerte bezüglich der aus Einwanderungsprozessen resultierenden kulturellen Veränderung der Gesellschaft im unteren Bereich des Ländervergleichs (Rang 13).

Im Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Personen mit und ohne Migrationshintergrund an kulturellen Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Ausstellungen und Theater ist der Freistaat Sachsen im oberen Mittelfeld einzuordnen (Rang 6). Des Weiteren ist das Bundesland durch eine im Ländervergleich hohe interkulturelle Vielfalt in darstellenden und unterhaltenden Berufen geprägt (Rang 2).

Maßnahmenanalyse

Der Freistaat Sachsen erzielt in der ländervergleichenden Analyse der Maßnahmen der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* den siebten Rang. Den Schwerpunkt bilden Landesaktivitäten, die auf eine Förderung der Akzeptanz von ethnischer sowie religiöser Vielfalt abzielen. Allerdings wurden für den Freistaat keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

4.13.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Bei den Situationsindikatoren, die den Bildungserfolg der Personen mit Migrationshintergrund messen, erzielt Sachsen die besten Werte im bundesweiten Vergleich. Zudem erreicht der Freistaat bei der Gegenüberstellung des Fachhoch-/ Hochschulabschlusses nach dem Migrationshintergrund den höchsten transformierten Skalenwert: Während 24,2% der Migranten einen Fachhoch-/Hochschulabschluss besitzen, liegt der Anteil unter der sächsischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 16,3%. Der Freistaat Sachsen weist mit 7,9 Prozentpunkten die größte Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bezüglich des höchsten beruflichen Abschlusses zugunsten der Migranten auf, womit das Flächenland den ersten Rang des Ländervergleichs belegt.

Die Auswertungen der Situationsanalyse zeigen weiterhin, dass der Freistaat durch eine hohe Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen gekennzeichnet ist. So erzielt Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden sowie ausbildenden Berufen in Relation zum Migrantenanteil des jeweiligen Landes.

Allerdings haben fast ein Drittel (28,2%) der befragten Personen mit Migrationshintergrund in Sachsen die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 18,1%). Mit diesem hohen Wert an Diskriminierungserfahrungen im schulischen Bereich rangiert das Bundesland im unteren Feld des Ländervergleichs (Rang 15).

Insgesamt positioniert sich Sachsen in der Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Bildung und Erziehung* im oberen Mittelfeld aller Länder (Rang 5).

Maßnahmenanalyse

Der Freistaat Sachsen erreicht in der ländervergleichenden Betrachtung der Maßnahmen zur Stärkung des Umgangs mit Vielfalt in der Dimension *Bildung und Erziehung* einen durchschnittlichen Wert. Die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen liegt im Fokus der Landesaktivitäten. Ein Programm, welches in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist, stellen die *WillkommensKITAs* dar. Im Rahmen des Projektes erhalten sächsische Modelleinrichtungen bei ihrer interkulturellen Öffnung eine fachliche Unterstützung, indem in den ausgewählten Kitas unter anderem ein Einrichtungscoaching vor Ort durchgeführt wird: „In Reflexionsrunden werden Sie gemeinsam die aktuelle Situation analysieren, Ziele und Maßnahmen festlegen und eine Meilensteinplanung erstellen“[660]. Darüber hinaus werden bedarfsorientierte Fortbildungen zu Fachthemen (z.B. vorurteilsbewusste Erziehung,

[660] URL: http://www.kita-bildungsserver.de/downloads/download-starten/?did=1097 [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

interkulturelle Pädagogik) sowie jährliche Netzwerktreffen für einen regelmäßigen Austausch angeboten.

4.13.3.3 Medien

Der Freistaat Sachsen wird in der Dimension *Medien* – gemeinsam mit Sachsen-Anhalt und Thüringen - bei den Indikatoren zur Erfassung der Vielfalt in den Medien sowie der Medienpolitik durch den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) repräsentiert. Mit einem Migrantenanteil unter den Moderatoren von rund 2,7%, bildet der MDR das Schlusslicht des Ländervergleichs. Bezüglich der Vielfalt in der Medienpolitik ergibt sich ein ähnliches Bild: Lediglich 2,3% der Rundfunkratsmitglieder des MDR besitzen einen Migrationshintergrund, womit die Landesrundfunkanstalt den zweitniedrigsten Anteil im bundesweiten Vergleich aufweist.

Insgesamt bildet der Freistaat Sachsen das Schlusslicht in der Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Medien*. Dementsprechend wenig überraschend ist das Ergebnis der Maßnahmenanalyse: Es wurden keine Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur des MDR identifiziert.

4.13.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Situationsanalyse der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* positioniert sich der Freistaat Sachsen im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12). Sowohl bei den Indikatoren zur Messung des Einbürgerungspotentials als auch der Einbürgerungspraxis zählt das Flächenland zu den Schlusslichtern in Deutschland.

Während Sachsen im deutschlandweiten Vergleich des ausgeschöpften Einbürgerungspotentials im Mittelfeld einzuordnen ist (Rang 9), rangiert der Freistaat hinsichtlich des langfristigen Aufenthaltsrechts von Drittstaatsangehörigen im unteren Bereich aller Länder (Rang 13): Lediglich rund ein Drittel (32,4%) der in Sachsen lebenden Drittstaatsangehörigen besitzen ein langfristiges Aufenthaltsrecht, womit der Wert knapp 24 Prozentpunkte unter dem deutschlandweiten Anteil von 56,3% liegt.

In Sachsen beläuft sich der Anteil an Einbürgerungen mit einer Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit - als Indikator zur Messung der Einbürgerungspraxis - auf 29,8%. Mit diesem deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (37,3%) liegenden Wert erreicht das Land den dreizehnten Rang.

Die Ergebnisse zu den Leistungen für Asylbewerber müssen differenziert betrachtet werden: Mit einer Wohnungsquote für Asylsuchende von 30,1% rangiert der Freistaat im unteren Feld aller Länder auf Rang vierzehn. Demgegenüber erzielt der Freistaat Sachsen bei den Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern den dritten Rang im bundesweiten Vergleich.

Maßnahmenanalyse

Die für Sachsen identifizierte Anzahl an Ländermaßnahmen im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt im bundesweiten Durchschnitt. Als landesweite Schlüsselaktivität wurde die *Richtlinie zur Förderung der sozialen Betreuung von Flüchtlingen in kommunalen Unterbringungseinrichtungen* des sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz des Geschäftsbereichs Gleichstellung und Integration ausgewählt. Im Rahmen dieser Richtlinie werden Vorhaben finanziell unterstützt, die auf eine qualifizierte soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in den Unterbringungen vor Ort abzielen. Hierzu gehören unter anderem Vorhaben „zum Zurechtfinden in der unbekannten neuen Lebenssituation", „zum Kennenlernen und gegenseitigen Verständnis zwischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung" sowie Angebote, die einen Beitrag „zur Pflege des Kulturgutes der Flüchtlinge" leisten[661]. Des Weiteren stellt der von der Geschäftsstelle des sächsischen Ausländerbeauftragten entwickelte *Heim-TÜV* eine weitere Schlüsselmaßnahme dar. Dieser „zielt auf ein transparentes und vergleichbares Verfahren zur Prüfung der Unterbringungsbedingungen von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften im Freistaat Sachsen ab"[662]. Zur Verbesserung der Unterbringungsbedingungen werden die Unterkünfte anhand eines Ampelsystems bewertet, wodurch gute Beispiele identifiziert bzw. Handlungsbedarf aufgezeigt wird.

4.13.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

In Sachsen liegt der Anteil der Landtagsabgeordneten sowie der Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund jeweils im Mittelfeld des Ländervergleichs. Dagegen belegen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels, dass der Anteil der politisch engagierten Migranten in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen mit 4,9% höher liegt als der Anteil der sächsischen Mehrheitsbevölkerung (2,6%). Mit dieser für Migranten positiven Differenz im politischen Engagement rangiert der Freistaat im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs (Rang 4).

Allerdings zeigen die Auswertungen der Situationsanalyse weiterhin, dass das Land Sachsen - nach Mecklenburg-Vorpommern sowie Thüringen - die geringsten Zustimmungswerte der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Aktivität von Migranten als Gemeinderäte oder Abgeordnete aufweist (Rang 14).

---

[661] Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2015): *Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration zur Förderung der sozialen Betreuung von Flüchtlingen in kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten (RL Soziale Betreuung Flüchtlinge).* Dresden. URL: http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/16093-RL_Soziale_Betreuung_Fluechtlinge [Stand 15.02.2016]

[662] Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2015): *Jahresbericht 2014*. Dresden, S. 67. URL: http://sab.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SAB_Jahresbericht2014weblow13082015.pdf [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

Insgesamt ist der Freistaat Sachsen im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt bei der *politischen Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund im mittleren Feld des deutschlandweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 11).

Maßnahmenanalyse

Das Flächenland Sachsen liegt bei der vergleichenden Auswertung der Maßnahmen zur Förderung der *politischen Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

4.13.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* erreicht der Freistaat Sachsen einen Rang im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12). Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund - zum Nachteil der Migranten - sowohl bei der Einschätzung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes (Rang 15) als auch des Netzes der sozialen Sicherung (Rang 14) relativ hoch liegt, wodurch das Flächenland im unteren Länderfeld rangiert.

Demgegenüber positioniert sich der Freistaat bezüglich der Interkulturalität im Gesundheitssystem im oberen Feld des bundesweiten Vergleichs (Rang 3).

Maßnahmenanalyse

Für das Flächenland Sachsen wurden keine landesweiten Maßnahmen in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* identifiziert, die zu einem positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt beitragen.

4.13.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Die Erwerbstätigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund liegt mit 75,1% knapp 21 Prozentpunkte über der Quote von den in Sachsen lebenden Migranten (54,4%). Mit dieser hohen Differenz zum Nachteil der Migranten erzielt Sachsen den zweitniedrigsten Wert für den Indikator zur Messung der Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt. Ein konträres Bild zeigt die Betrachtung des Indikators zur Erfassung der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes: Das Flächenland weist - nach dem Saarland und Bayern - den dritthöchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst auf.

In Sachsen liegt der Anteil der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz am höchsten: So wurden fast ein Drittel (29,5%) der befragten Migranten schon einmal aufgrund ihrer Herkunft am Arbeitsplatz benachteiligt (Deutschland: 16,6%). Mit 32,4% liegt der Anteil der befragten sächsischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund, die bei

der Arbeitssuche bzw. Ausbildungsplatzsuche Diskriminierungserfahrungen erlebten, am zweithöchsten (Deutschland: 25,7%). Demnach ist das Flächenland Sachsen bezüglich des Indikators „arbeitsmarktbezogene Diskriminierungserfahrungen“ im unteren Bereich des Ländervergleichs einzuordnen.

Insgesamt erzielt der Freistaat Sachsen in der Dimension *Erwerbsleben* einen im bundesweiten Vergleich im unteren Mittelfeld liegenden composite indicator (Rang 12).

Maßnahmenanalyse

Der Freistaat Sachsen erreicht im Ländervergleich der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen zur Förderung eines kompetenten Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt einen unterdurchschnittlichen Wert; es wurden keine Schlüsselaktivitäten identifiziert.

4.13.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

In Sachsen ist eine im deutschlandweiten Vergleich relativ ausgeglichene Zufriedenheit mit der Wohnsituation zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gegeben (Rang 5). Darüber hinaus weist das Flächenland mit 8,9 Quadratmetern die niedrigste Wohnflächendifferenz zwischen der sächsischen Mehrheitsbevölkerung und der in Sachsen lebenden Migranten auf. Bei der Gegenüberstellung der Eigentümerquote nach dem Migrationshintergrund ist das Bundesland im Mittelfeld aller Länder einzuordnen (Rang 10).

Demgegenüber liegt der Anteil der sächsischen Befragten mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche erlebten, mit 23,7% im Ländervergleich relativ hoch (Rang 13).

Insgesamt erreicht der Freistaat Sachsen in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* einen composite indicator von 5,8, womit das Flächenland eine Position im Mittelfeld des Ländervergleichs einnimmt (Rang 8).

4.13.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Das Land Sachsen erzielt in der Dimension *Sicherheit und Prävention* den zweitniedrigsten composite indicator im deutschlandweiten Vergleich.

Während der Freistaat bezüglich der Anzahl der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl im Mittelfeld des Ländervergleichs rangiert (Rang 11), liegt der Aufklärungsanteil der registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten mit 51,2% am zweitniedrigsten.

Zudem sind die Diskriminierungserfahrungen, die sich aus den Einzelindikatoren „Polizei“, „Ämter und Behörden“ sowie „Alltag“ zusammensetzen, nach den Stadtstaaten Berlin und Bremen am dritthöchsten. Eine differenzierte Betrachtung dieser Einzelindikatoren belegt allerdings, dass nur 5,0% der befragten Migranten von herkunftsbedingten Benachteiligun-

© efms 2016

gen bei der Polizei berichten, womit sich Sachsen im oberen Feld des Ländervergleichs positioniert (Rang 4). Dagegen liegt der Anteil der befragten Personen mit Migrationshintergrund, die Diskriminierung auf Ämtern und Behörden (41,6%) oder im Alltag (37,6%) erlebten, deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt (24,4% bzw. 21,8%). Demzufolge rangiert der Freistaat sowohl bei der institutionellen Diskriminierung auf Ämtern (Rang 15) als auch der Alltagsdiskriminierung (Rang 14) im unteren Bereich des Ländervergleichs.

Maßnahmenanalyse

Nach dem Stadtstaat Berlin führt der Freistaat Sachsen die meisten Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention* durch. Neben dem bereits beschriebenen Landesprogramm *Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz* (Abschnitt 4.13.2.4) stellt das Landesprogramm zum *Begleiteten Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene* des sächsischen Staatsministeriums des Innern eine weitere landesweite Aktivität der Dimension *Sicherheit und Prävention* dar. Im Rahmen des Aussteigerprogramms erfolgt eine Förderung von Projekten, „die den Ausstieg von Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene in Sachsen nachhaltig begleiten“[663].

Als weitere Schlüsselmaßnahme wurde das *Monitoring der RAA Sachsen* ausgewählt: In einer Chronik werden regelmäßig rechtsmotivierte und rassistische Vorfälle auf Landkreisebene dokumentiert, wobei nicht nur Gewalttaten, sondern auch Propagandadelikte sowie Demonstrationen oder Konzerte dargelegt werden. Darüber hinaus erfolgt in Jahres- und Halbjahresstatistiken eine detaillierte Darstellung der erfassten rechtsmotivierten Übergriffe in Sachsen. Die RAA Sachsen bieten zudem verschiedene Workshops und Projekte zur Sensibilisierung der sächsischen Bevölkerung für die Themen Rassismus und rechtsmotivierte Gewalt an. In diesem Zusammenhang gilt es insbesondere das Planspiel *Die Gerichtsverhandlung* hervorzuheben, bei dem Schüler den gesamten Ablauf nach einer rechtsmotivierten Straftat in jeweils drei Stationen nachstellen: Polizeidirektion, Opferberatung sowie Aspekte des Strafrechts (Modul des Rechtsanwalts)[664].

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. führte von Juni bis Dezember 2014 überdies das Projekt *Diskriminierung – (k)ein Thema der migrationsbezogenen Beratung in Sachsen?* durch, bei dem der Fokus insbesondere auf der rassistischen Diskriminierung sowie der Diskriminierung aufgrund ethnischer Zuschreibungen lag, mit dem Ziel, die Handlungskompetenz der in der Beratungsarbeit tätigen Akteure zu stärken. Hierzu wurde eine Bestandsaufnahme zum Umgang mit Diskriminierung in der Beratungsarbeit erstellt, die auf qualitativen Interviews und einer sachsenweiten quantitativen Erhebung basiert. Ferner wurden drei regionale Fachtage durchgeführt, in deren Rahmen die Möglichkeiten eines Austausches so-

[663] Sächsisches Staatsministerium des Innern (2009): *Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung von Maßnahmen für das Landesprogramm zum „Begleiteten Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene“ (Förderrichtlinie Aussteigerprogramm – RL APro).* Dresden. URL: http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/11173 [Stand 15.02.2016]

[664] URL: https://www.raa-sachsen.de/index.php/workshops.html [Stand 15.02.2016]

wie einer Erweiterung der Handlungskompetenzen seitens der in der Praxis tätigen Akteure gegeben wurden. Die Ergebnisse wurden anschließend in einer Publikation dokumentiert, die zudem eine praxisorientierte Handreichung und Checklisten zur Begleitung der Beratungsarbeit beinhaltet[665].

Eine weitere Schlüsselmaßnahme der Dimension *Sicherheit und Prävention* stellt das auf drei Jahre (2011-2014) angelegte Modellprojekt *Mut vor Ort. Geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus* in Sachsen dar. „Das Besondere des Projektes ist das Ziel, durch eine geschlechterreflektierende Arbeit die Präventionsmöglichkeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt von Jugendlichen zu erweitern“[666].

4.13.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Die Analyse der Ausgangssituation zum Umgang mit Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement weist auf einen Gegensatz zwischen der Einstellung der sächsischen Mehrheitsbevölkerung und dem Verhalten der Migranten hin.

So erzielt das Flächenland den zweithöchsten transformierten Skalenwert in der Gegenüberstellung der ehrenamtlichen Beteiligung nach dem Migrationshintergrund: Während sich lediglich 13,6% der sächsischen Mehrheitsbevölkerung in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ehrenamtlich engagieren, liegt der Anteil unter Personen mit Migrationshintergrund mit 30,7% mehr als doppelt so hoch. Dagegen ist die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement von Migranten im Ländervergleich am niedrigsten.

Insgesamt erreicht der Freistaat Sachsen einen composite indicator, der im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs rangiert (Rang 9).

Maßnahmenanalyse

Sachsen belegt den letzten Rang im bundesweiten Vergleich der Ländermaßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich des *bürgerschaftlichen Engagements*. Zudem wurden in dieser Dimension keine Schlüsselprojekte ausgewählt.

4.13.4 Kurzfazit

Der Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Freistaat Sachsen stellt sich als äußerst problematisch dar: In keiner Dimension der Situationsanalyse erzielt das Flächenland Werte im oberen Feld des bundesweiten Vergleichs. Lediglich in der Dimension *Bildung und Erziehung* ist eine gute Ausgangssituation bezüglich des Umgangs mit ethnischer sowie

[665] URL: http://www.adb-sachsen.de/Diskriminierung_und_Migrationsberatung.html [Stand 15.02.2016]

[666] URL: http://www.agjf-sachsen.de/fileadmin/agjf/pics/MUT/flyer_mvo_mail_web.pdf [Stand 15.02.2016]

© efms 2016

religiöser Vielfalt gegeben. Des Weiteren legen die Situationsindikatoren die Schlussfolgerung nahe, dass die sächsische Mehrheitsbevölkerung durch eine niedrige Akzeptanz gegenüber Vielfalt charakterisiert ist. Dieses Ergebnis deckt sich mit der hohen Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Dimensionen (Schule, Wohnen, Arbeitsmarkt, Behörden/Ämter, Alltag).

Darüber hinaus rangiert der Freistaat hinsichtlich der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung zur Stärkung der Vielfaltskultur in vier Dimensionen im unteren Bereich: *Medien, Wohlfahrt und Gesundheit, Erwerbsleben, bürgerschaftliches Engagement*. Während sich in der Dimension *Sicherheit und Prävention* problematische Werte bei den Situationsindikatoren zeigen, reagiert der Freistaat auf die Lage in diesem Bereich mit einer Vielzahl von Maßnahmen.

Tabelle 30: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Sachsen

Dimension	**Situation: CI** *Rang*	**Maßnahmen** *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,0** *13*	*7*
Bildung und Erziehung	**7,0** *5*	*10*
Medien	**1,5** *16*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**3,7** *12*	*11*
Politische Repräsentanz	**3,7** *11*	*6*
Wohlfahrt und Gesundheit	**5,0** *12*	*14*
Erwerbsleben	**3,8** *12*	*15*
Wohnen und Wohnumfeld	**5,8** *8*	
Sicherheit und Prävention	**2,1** *15*	*2*
Bürgerschaftliches Engagement	**4,2** *9*	*16*

Quelle: eigene Darstellung

4.14 Sachsen-Anhalt

4.14.1 Strukturdaten des Landes

Das in der Bundesrepublik Deutschland östlich gelegene Bundesland Sachsen-Anhalt stellt mit einer Fläche von 20.452 Quadratkilometern ein mittelgroßes Flächenland dar[667]. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 25.198 Euro je Einwohner ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes im deutschlandweiten Vergleich am zweitniedrigsten (Bundesdurchschnitt: 37.099 Euro je Einwohner)[668]. Die sachsen-anhaltinische Arbeitslosenquote beläuft sich auf 11,1% und liegt damit über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 7,1%. Zudem weist das Flächenland mit 30,4% die im Ländervergleich höchste Arbeitslosenquote der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf (Deutschland: 16,6%)[669].

Von den rund 2,2 Millionen in Sachsen-Anhalt lebenden Personen besitzen 5,0% einen Migrationshintergrund, womit das Flächenland den drittniedrigsten Migrantenanteil im bundesweiten Vergleich aufweist[670]. Zudem liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 3,7% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11,2%[671]. Die häufigsten Herkunftsländer der in Sachsen-Anhalt lebenden Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen Syrien (16,5%), Polen (9,1%) und Russland (4,6%) dar[672].

4.14.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.14.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Migrationspolitische Themen sind am Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt angesiedelt. Das zuständige Referat unter der Abteilung *Kommunal- und Hoheitsangelegenheiten, Migration und Sport* verantwortet unter anderem das Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht[673]. Ferner obliegt dem sachsen-anhaltinischen Innenministerium neben der Erstaufnahme, Unterbringung sowie Rückführung von Flüchtlingen die Gesamtkoordination der Integrationspolitik, die als „ressortübergreifende Querschnittsaufgabe“ be-

[667] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 18.02.2016]

[668] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[669] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[670] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[671] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[672] Ebd.

[673] URL: http://www.mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/1._Ministerium/Organisationsplan_MI.pdf [Stand 25.08.2016]

© efms 2016

trachtet wird[674]. Mit der 7. sachsen-anhaltinischen Legislaturperiode ist im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes ein Referat für *Integration* unter der Abteilung *Arbeit und Integration* verankert worden, welches der Integrationsbeauftragten untersteht[675].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Das Amt der *Integrationsbeauftragten der Landesregierung* von Sachsen-Anhalt, welches zuvor die Bezeichnung des Ausländerbeauftragten trug, ist am sachsen-anhaltinischen Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration angesiedelt. Mit der im Jahre 2007 erfolgten Umbenennung des Amtes sollte dessen Umstrukturierung hervorgehoben werden: „Neben die unmittelbare, einzelfallbezogene Beratungsfunktion für Migrantinnen und Migranten soll die Beratung in grundsätzlichen Fragen der Integrationspolitik treten. Damit wird der veränderten Bedeutung von Integrationspolitik als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen Rechnung getragen“ [676]. Ein wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt der Integrationsbeauftragten stellt damit die Bearbeitung grundsätzlicher Fragen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik des Landes Sachsen-Anhalt dar. Neben der „Weiterentwicklung der integrationspolitischen Ansätze und Strukturen in Sachsen-Anhalt, insbesondere auf der Grundlage des Nationalen Aktionsplans“ obliegt dem Amt unter anderem die Konzeption von Handlungsprogrammen zur Förderung der gesellschaftlichen Integration und Partizipation der Personen mit Migrationshintergrund[677].

Der *Landesintegrationsbeirat Sachsen-Anhalt* konstituierte sich im Jahre 2010, um eine dialogorientierte Integrationspolitik zu institutionalisieren. Dieser soll „insbesondere Stellungnahmen zu integrationspolitischen Vorhaben der Landesregierung abgeben und eigene Vorschläge, Anregungen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Landes erarbeiten“[678]. Neben der Beratung der Landesregierung in integrationspolitischen Fragen soll durch den Landesintegrationsbeirat die Zusammenarbeit der Landesregierung mit Migrantenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Integrationsarbeit gefördert werden[679].

---

[674] URL: http://www.mi.sachsen-anhalt.de/themen/auslaenderrecht/integration/ [Stand 25.08.2016]

[675] URL: http://www.ms.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/MS/ Presse_Organisation_2016/orgplan_ms_ohne_Seitezahl-7lp-070616.pdf [Stand 25.08.2016]

[676] Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (2010): *Zuwanderung, Integration und Vielfalt in Sachsen-Anhalt. Bericht der Integrationsbeauftragten der Landesregierung 2007-2009.* Magdeburg, S.7. URL: http://www.gender.sachsen-anhalt.de/fileadmin/user_upload/IntegrationsberichtSachsen-Anhalt2007-2009.pdf [Stand 18.02.2016]

[677] Ebd., S.7.

[678] Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (2010): *Zuwanderung, Integration und Vielfalt in Sachsen-Anhalt. Bericht der Integrationsbeauftragten der Landesregierung 2007-2009.* Magdeburg, S.41.

[679] URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/netzwerke/gremien/landesintegrationsbeirat/ [Stand 18.02.2016]

Landesweite Vertretung von Zuwanderern

Die Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden auf Landesebene durch das *Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.* vertreten. Als Ansprechpartner der Landesregierung und landesweiten Organisationen verfolgt LAMSA e.V. das Ziel, „die Teilhabe von Migrantenorganisationen am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen und so den Beitrag zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten zu leisten“[680]. Neben der Qualifizierung und Vernetzung der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt bildet die Konzeption sowie Umsetzung von integrationsbezogenen Projekten einen weiteren Schwerpunkt des Landesnetzwerks. Die im Rahmen des Netzwerks agierende Servicestelle für Migrantenorganisationen bietet zudem Unterstützung bei der Vereinsgründung, Projektentwicklung und beim Einwerben von Drittmitteln (z.B. in Form von Hilfestellungen bei der Antragsstellung) an[681].

Im Jahre 2003 konstituierte sich das *Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt* mit dem Ziel, „die Gestaltung von Zuwanderung und Integration mit der Entwicklung einer Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt zu verknüpfen“[682]. Der Zusammenschluss von Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften setzt sich unter anderem für die Stärkung der Teilhabe sowie der Chancengleichheit von Migranten ein. Ferner stellen die Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung und die Wahrnehmung der Potentiale von Vielfalt durch eine interkulturelle Öffnung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesundheits- und Bildungswesen weitere Schwerpunkte des Bündnisses dar[683].

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Die kommunale Vertretung von Zuwanderern ist im Kommunalverfassungsgesetz als „Kann-Bestimmung“ gesetzlich geregelt: Es besteht die Möglichkeit zur Bildung von Ausländer- und Migrationsbeiräten, um die Interessen der Zuwanderer bei entsprechenden kommunalen Vorhaben zu berücksichtigen (§80 KVG LSA)[684].

4.14.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Die Grundlage der Integrationspolitik des Landes Sachsen-Anhalt stellt das im Jahre 2005 beschlossene *Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt*

---

[680] LAMSA e.V. Flyer, URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6877,,/Ueber-LAMSA/Download.html [Stand 18.02.2016]

[681] URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6824,,/Ueber-LAMSA/Was-ist-LAMSA.html [Stand 18.02.2016]

[682] URL: http://www.buendnis-zuwanderung.de/index.php/buendnis/leitbild [Stand 18.02.2016]

[683] URL: http://www.buendnis-zuwanderung.de/index.php/buendnis/leitbild [Stand 18.02.2016]

[684] Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014. URL: http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=KomVerfG+ST&psml=bssahprod.psml&max=true&aiz=true [Stand 18.02.2016]

© efms 2016

dar[685]. Unter Federführung des Ministeriums für Inneres erarbeitete eine ressortübergreifende, interministerielle *Arbeitsgruppe Integration* einen Bericht, der sowohl die Rahmenbedingungen von Zuwanderern als auch Leitlinien der zukünftigen Integrationspolitik in 14 Handlungsfeldern mit entsprechenden Integrationsmaßnahmen umfasst.

Zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans wurde im Jahre 2009 zudem das *Aktionsprogramm Integration* beschlossen. Für 17 relevante Handlungsfelder wurden im Rahmen des Aktionsprogramms integrationspolitische Maßnahmen formuliert[686]. Die interministerielle Arbeitsgruppe Integration berichtete in dem ersten *Integrationsbericht des Landes Sachsen-Anhalt* (2010) über den Stand der Integration von Personen mit Migrationshintergrund (Demografie, Bildung sowie Arbeitsmarkt), der Umsetzung der im Aktionsprogramm Integration beschlossenen Maßnahmen und gab einen Ausblick über die zukünftigen, integrationspolitischen Handlungsschwerpunkte des Landes[687]. Allerdings erfolgte bisher keine Darstellung der Integrationsprozesse der in Sachsen-Anhalt lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anhand eines landeseigenen Integrationsmonitorings als Grundlage für die Identifizierung zukünftiger integrationspolitischer Handlungsschwerpunkte.

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

Auf kommunaler Ebene agieren *Ausländer- oder Integrationsbeauftragte* als Ansprechpartner für Personen mit Migrationshintergrund, die teilweise ehrenamtlich tätig sind. Sie werden bei migrationsbezogenen Kommunalentscheidungen angehört und arbeiten mit kommunalen, integrationsrelevanten Netzwerken zusammen.

Eine strukturelle Förderung der kommunalen Integrationsarbeit erfolgt unter anderem durch die Einrichtung von *Koordinierungsstellen für Migration,* „denen die Koordinierung der Aufnahme und Betreuung von Zuwanderern sowie die Organisation der kommunalen Integrationsarbeit zugeordnet sind“[688]. Ferner werden im Rahmen der Richtlinie *Koordinierungsstellen Migration* nachrangig Maßnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte gefördert, die

---

[685] Ministerium für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt (2005): *Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt.* Dresden. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Sonstige_Webprojekte/Integration/Dokumente/gesetezesdokumente/Leitbild_Zuwanderung_und_Integration_Sachsen-Anhalt.pdf [Stand 18.02.2016]

[686] Ministerium für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt (2009): *Aktionsprogramm Integration.* Dresden. URL: http://www.mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Auslaenderrecht/ Integration/Aktionsprogramm_Integration.pdf [Stand 18.02.2016]

[687] Ministerium für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt (2010): *Integrationsbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010.* Dresden. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Sonstige_Webprojekte/Integration/Dokumente/gesetezesdokumente/1.Integrationsbericht_LSA.pdf [Stand 18.02.2016]

[688] Ministerium für Inneres und Sport (2015): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Migrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Koordinierungsstellen Migration).* Magdeburg. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/MBl-2015_745.pdf [Stand 18.02.2016]

auf eine Verbesserung der lokalen Integrationsangebote abzielen, beispielsweise die Etablierung eines Lotsennetzwerks, die Einrichtung einer lokalen Integrationsdatenbank oder eine Qualifizierung der kommunalen Angestellten zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz im öffentlichen Dienst.

Des Weiteren gewährt die *Richtlinie zur Stärkung der Willkommenskultur sowie zur Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung in Bezug auf die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen* Zuwendungen für die „Aufnahmekommunen". Vorrangig gefördert werden Maßnahmen, die zum einen durch Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder Informationsmaterialien der Aufklärung der Mehrheitsbevölkerung über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen dienen. Zum anderen erhalten Angebote, die auf eine Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten der Landkreise und kreisfreien Städte abzielen, eine Zuwendung vom Land[689].

Mit der *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund* (Integrationsrichtlinie) des sachsen-anhaltinischen Ministeriums für Inneres und Sport werden gemeinwesenorientierte und vorwiegend auf lokaler Ebene durchgeführte Projekte gefördert, die zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. „Dabei sollen durch die Projektarbeit insbesondere folgende Ziele erreicht werden:

a) Aufbau von Kontakten zwischen Einheimischen und Zuwanderern, insbesondere im Hinblick auf eine Akzeptanzsteigerung bei der einheimischen Bevölkerung sowie der Verhinderung von Fremdenfeindlichkeit

b) Stärkung der aktiven Partizipation der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben (…)

c) Aktivierung und Festigung der Selbsthilfekräfte der Zuwanderer sowie die Stärkung ihrer Potenziale und Kompetenzen"[690].

Insgesamt stellt die strukturelle Förderung der kommunalen Integrationsarbeit einen wesentlichen Schwerpunkt des Landes Sachsen-Anhalt dar.

[689] Ministerium für Inneres und Sport (2015): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der Willkommenskultur sowie zur Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung in Bezug auf die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.* Magdeburg. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/MBl-2015_747.pdf [Stand 18.02.2016]

[690] Ministerium für Inneres und Sport (2014): *Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsrichtlinie),* Magdeburg. URL: http://www.mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/4._Service/Downloadservice/Integration/Integrationsrichtlinie_1_8_14.pdf [Stand 18.02.2016]

© efms 2016

4.14.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[691]

Das Flächenland Sachsen-Anhalt wies 2014 mit rund 15,5 Millionen Euro den im bundesweiten Vergleich niedrigsten relativen Anteil integrationspolitischer Aufwendungen am gesamten Landeshaushalt (ca. 10,7 Milliarden Euro) auf (Tabelle 31). Im Jahre 2015 erhöhte das Flächenland seine integrationspolitischen Ausgaben auf knapp 70 Millionen Euro, wodurch sich eine Steigerung des relativen Anteils an den Gesamtausgaben von 0,14% auf 0,65% ergibt; der Bundesdurchschnitt belief sich im Jahre 2015 allerdings auf 0,98%.

Tabelle 31: Integrationspolitische Ausgaben in Sachsen-Anhalt 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Sachsen-Anhalt	15,5 Mio.	10,7 Mrd.	0,14
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Sachsen-Anhalt	70,0 Mio.	10,9 Mrd.	0,65
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Sachsen-Anhalt, eigene Berechnungen

4.14.2.4 Antidiskriminierungspolitik

In den bisherigen Koalitionsvereinbarungen der CDU und SPD (2006-2011[692], 2011-2016[693]) lag der integrationspolitische Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bzw. der Förderung der Demokratie in Sachsen-Anhalt.

Der unter anderem vom Landesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Verein *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.* stellt verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote mit dem Ziel bereit, Diskriminierung, Rechtsextremismus und Alltagsrassismus abzubauen und eine demokratische Kultur in Sachsen-

[691] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 61).

[692] Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Sachsen-Anhalt und der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt über die Bildung einer Koalition in der fünften Legislaturperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt 2006 bis 2011 (2006): *Sachsen-Anhalt. Land mit Zukunft.* Magdeburg, S. 30f. URL: https://www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/5a419d474f3279b3c1256c09002f3b2a/ca592a1462a46559c125715700565af5/$FILE/Koalitionsvertrag%20LSA.pdf [Stand 18.02.2016]

[693] Vereinbarung zwischen der CDU, Landesverband Sachsen-Anhalt und der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt über die Bildung einer Koalition in der sechsten Legislaturperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt 2011 bis 2016 (2011): *Sachsen-Anhalt geht seinen Weg. Wachstum, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit.* Magdeburg, S. 66. URL: http://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/koalitionsvertrag2011.pdf [Stand 18.02.2016]

Anhalt zu festigen. Neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber rechtsextremen Bestrebungen und Gewalttaten bietet der Verein zudem kommunalen Akteuren eine Beratung bei der Konzeption von Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Interventionen nach rechtsextremen Ereignissen an. Darüber hinaus verfügt der Verein über ein vielfältiges Vortrags- und Workshopangebot, unter anderem zu den Themen Rechtsextreme Jugendkulturen, Demokratieerziehung, Umgang mit Rechtsextremismus und Weiterbildungen zur Unterstützung von Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt[694].

Ferner wurde im Jahre 2005 auf Initiative des sachsen-anhaltinischen Landtages das *Netzwerk für Demokratie und Toleranz* gegründet, dessen Geschäftsstelle in der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist. Dem Netzwerk gehören Vertreter der Landtagsfraktionen, Migrationsarbeit, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften sowie Wirtschaft an, die für ein vielfältiges, demokratisches Sachsen-Anhalt eintreten und gegen rechtsmotivierte Tendenzen agieren. Im Rahmen des Netzwerkes erhalten die Mitglieder die Möglichkeit des regelmäßigen Erfahrungsaustausches. Zudem werden Handlungsstrategien aufgezeigt, Multiplikatoren aus Bildungsinstitutionen, Jugendarbeit, Polizei und Kommune qualifiziert sowie lokale, zivilgesellschaftliche Initiativen des Landes finanziell unterstützt[695]. Die Koordinierung des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt* liegt ebenfalls bei der Landeszentrale für politische Bildung. Im Rahmen des Landesprogramms werden Projekte gefördert, die auf eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen abzielen[696].

Das Land Sachsen-Anhalt unterzeichnete bereits im November 2010 die *Charta der Vielfalt*. Der *Koalition gegen Diskriminierung,* einer Initiative der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, ist das Bundesland jedoch noch nicht beigetreten[697].

---

[694] URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=24 [Stand 18.02.2016]

[695] URL: http://www.lpb.sachsen-anhalt.de/themen/vielfalt-und-weltoffenheit/netzwerk-fuer-demokratie-und-toleranz/ [Stand 18.02.2016]

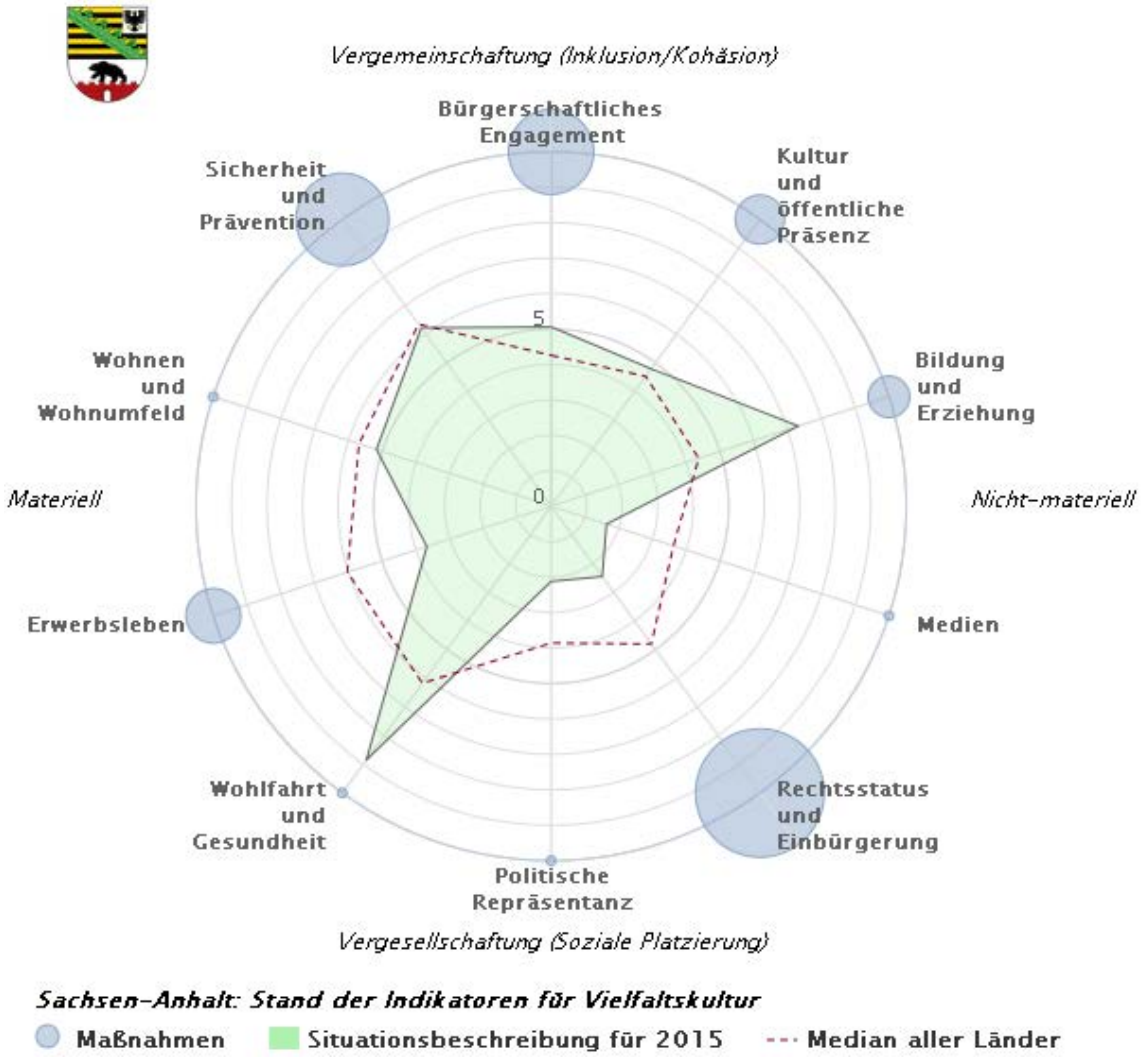
[696] Landeszentrale für politische Bildung. Netzwerk für Demokratie und Toleranz: *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt,* Magdeburg. URL: http://www.mk.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/MK/Textdokumente/Landesprogramm_Demokratie_Vielfalt_Weltoffenheit.pdf [Stand 18.02.2016]

[697] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

© efms 2016

4.14.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 16: Umgang mit Vielfalt in Sachsen-Anhalt



Quelle: eigene Darstellung

4.14.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Das Flächenland Sachsen-Anhalt ist durch eine geringe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im persönlichen, sozialen Umfeld und im öffentlichen Raum geprägt. Während das Bundesland bezüglich des Vorhandenseins von regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund in Relation zum Migrantenanteil des Landes den dritthöchsten transformierten Skalenwert erzielt, liegt Sachsen-Anhalt bei der Einstellung gegenüber Migranten in persönlichen Verkehrskreisen auf dem vorletzten Rang aller Länder. Ein ähnliches Ergebnis zeigt die Betrachtung der Akzeptanz gegenüber religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum (Rang 14): Über ein Drittel (35,3%)

der sachsen-anhaltinischen Befragten ohne Migrationshintergrund ist der Meinung, dass es in Deutschland keine Moscheen geben sollte. Für immerhin 24,7% der Mehrheitsbevölkerung sollten Moscheen nicht so sichtbar sein und lediglich 40,0% geben an, dass Moscheen in der Öffentlichkeit gut sichtbar sein sollten. Darüber hinaus weist das Flächenland - nach Thüringen - den zweitniedrigsten Skalenwert bei der seitens der Mehrheitsbevölkerung erfassten Zustimmung einer kulturellen Bereicherung der Gesellschaft durch Einwanderungsprozesse auf.

Während die sachsen-anhaltinische Mehrheitsbevölkerung eine geringe Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist, erzielt das Flächenland den höchsten Transformationswert bei der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen: 22,6% der befragten Migranten besuchen regelmäßig Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen; der Anteil unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt hingegen bei 7,2%.

Insgesamt rangiert Sachsen-Anhalt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* im mittleren Bereich aller Länder auf dem sechsten Rang.

Maßnahmenanalyse

Sachsen-Anhalt erzielt in der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* den achten Rang. Die Ergebnisse legen die Schlussfolgerung nahe, dass das Flächenland auf den in der Situationsanalyse identifizierten Handlungsbedarf reagiert: Alle erhobenen Maßnahmen zielen auf eine Erhöhung der Akzeptanz von ethnischer sowie religiöser Vielfalt und der Förderung des Austausches zwischen den verschiedenen Kulturen ab.

4.14.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Bei den Indikatoren zur Operationalisierung des Bildungs- und Ausbildungserfolges rangiert das Flächenland Sachsen-Anhalt im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Eine positive Ausnahme zeigt die Auswertung zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss, bei denen das Land den zweithöchsten transformierten Skalenwert erzielt.

Des Weiteren belegen die Daten des Zensus 2011, dass in Sachsen-Anhalt die Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen im bundesweiten Vergleich sehr hoch liegt (Rang 4). Bezüglich der aufgrund der Herkunft erfahrenen Diskriminierung im schulischen Bereich erzielt das Bundesland den achten Rang aller Länder.

Mit einem composite indicator von 7,3 ist Sachsen-Anhalt in der Dimension *Bildung und Erziehung* im oberen Feld des Ländervergleichs zu positionieren (Rang 4).

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

Sachsen-Anhalt verfügt über eine im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittliche Anzahl an Maßnahmen zur Stärkung der Vielfaltskultur im bildungsbezogenen Bereich. Mit der Servicestelle *Interkulturelles Lernen in Kita und Schule*, die durch das Kultusministerium und dem Landesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird, ist allerdings eine Schlüsselmaßnahme mit hohem Vielfaltsbezug identifiziert worden. Die seit September 2015 eingerichtete Anlaufstelle für pädagogische Fachkräfte aus Kindertagesstätten und Schulen berät die Einrichtungen im Prozess der interkulturellen Öffnung. „Sie unterstützt und begleitet Pädagog_innen bei der Entwicklung von Handlungskonzepten für den Umgang mit Vielfalt, bietet Fortbildungen zum interkulturellen Lernen, stellt Materialien zur Entwicklung von interkulturellen Lernangeboten zur Verfügung und berät zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Freiwilligen“[698].

4.14.3.3 Medien

Situationsanalyse

Neben Sachsen und Schleswig-Holstein stellt Sachsen-Anhalt das Schlusslicht des Ländervergleichs in der Dimension *Medien* dar (Rang 14). Die Indikatoren zur Messung der Vielfalt in der Medienpolitik und den Medien leiten sich für Sachsen-Anhalt aus den Ergebnissen für die Landesrundfunkanstalt des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) ab. Hier belegen die Daten, dass sowohl der Anteil an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund (2,3%) als auch der Migrantenanteil unter den Moderatoren (2,7%) im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs einzuordnen sind.

Bei der durch die sachsen-anhaltinische Mehrheitsbevölkerung eingeschätzten medialen Darstellung der Lebenssituation und des Alltags der Personen mit Migrationshintergrund liegt das Flächenland im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 10).

Maßnahmenanalyse

Neben der negativen Ausgangssituation hinsichtlich der Vielfaltskultur im Bereich *Medien* wurden zudem keine landesweiten Maßnahmen für einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in dieser Dimension identifiziert.

4.14.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* belegt das Flächenland Sachsen-Anhalt - nach Mecklenburg-Vorpommern - mit rund 2,5 den zweitniedrigsten composite indicator. Dieses Ergebnis ist zum einen auf den niedrigen Indikator zur Messung des Einbürgerungs-

[698] URL: http://www.lerneninterkulturell.de/ [Stand 18.02.2016]

potentials und zum anderen auf den Indikator, der die Einbürgerungspraxis widerspiegelt, zurückzuführen. So liegt der Anteil an Drittstaatsangehörigen mit einem langfristigen Aufenthaltsrecht bei 27,4% (Deutschland: 56,3%), womit Sachsen-Anhalt das Schlusslicht des Ländervergleichs darstellt. Darüber hinaus erzielt das Flächenland den zweitniedrigsten transformierten Skalenwert für den Indikator zur Messung der Einbürgerungspraxis, welcher anhand des Fortbestehens der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerungen operationalisiert wird. Während 26,1% der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen in Sachsen-Anhalt mit einer Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit erfolgen, liegt der gesamtdeutsche Anteil bei 37,3%.

Bei den Leistungen für Asylbewerber rangiert das Flächenland im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Im Gegensatz zur Situationsanalyse, deren Ergebnisse auf einen sehr mäßigen Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in Sachsen-Anhalt hindeuten, erzielt das Flächenland bei der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* den ersten Rang. Den Schwerpunkt bilden Landesaktivitäten, die eine interkulturelle Öffnung und Etablierung einer Willkommens-/ Anerkennungskultur verfolgen. Eine als Schlüsselmaßnahme ausgewählte landesweite Aktivität stellt das Projekt *Respekt für Religion. Gemeinsam für kulturelle und religiöse Vielfalt in Sachsen-Anhalt* dar. Im Rahmen des Projektes werden Fortbildungen zu interkultureller und interreligiöser Kompetenz für Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe angeboten, um den Aufbau einer Willkommenskultur in den Einrichtungen zu unterstützen. Darüber hinaus erfolgt ein Coaching der teilnehmenden Einrichtungen zur Befähigung eines bewussten Umgangs mit kultureller und religiöser Vielfalt[699].

Eine weitere Schlüsselmaßnahme besteht in dem vom Ministerium für Inneres und Sport geförderten *Projekt zur Erstorientierung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt*. Durch mehrtägige Kurse soll die Unterstützung von Asylsuchenden bei der Erstorientierung sichergestellt werden. „Dabei geht es vorrangig um erste Hilfestellungen für neu ankommende Asylsuchende, um eine Unterstützung bei der Orientierung vor Ort sowie um Möglichkeiten der Alltagsbewältigung und der Kommunikation“[700]. Neben Grundlagen des Zusammenlebens von Angehörigen verschiedener Nationen und alltagspraktischen Informationen, z.B. zur Mülltrennung,

[699] URL: http://keb-sachsen-anhalt.de/kebprojekte/respekt-fuer-religion/ [Stand 18.02.2016]

[700] Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2015): *Gesonderte Ausschreibung von Fördermitteln nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsrichtlinie)* - RdErl. des MI vom 1.8.2014-34.4-H-48002/4 (MBI.LSA S.335). Madgeburg, S. 2. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/Projekt_Erstorientierung_ZASt_Internet.pdf [Stand 18.02.2016]

© efms 2016

der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und medizinischer Hilfen stellen ergänzende Sportangebote inhaltliche Schwerpunkte der Kurse dar[701].

Darüber hinaus gilt es insbesondere die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Flüchtlingshilfe sowie zur interkulturellen Öffnung* des sachsen-anhaltinischen Landesministeriums für Arbeit und Soziales hervorzuheben. Im Rahmen der Richtlinie werden unter anderem Projekte gefördert, die auf eine Verbesserung der Selbstorganisation und Partizipation von Flüchtlingen abzielen oder einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung von Organisationen leisten. Weiterhin erhalten Maßnahmen zur Förderung einer lokalen Willkommenskultur finanzielle Zuwendungen[702].

Die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Migrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt* (Richtlinie Koordinierungsstelle Migration) unterstützt Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Zuwanderern auf kommunaler Ebene. Zudem werden Maßnahmen *zur Stärkung der Willkommenskultur sowie zur Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung in Bezug auf die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen* gefördert (siehe Abschnitt 4.14.2.2).

4.14.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Das Flächenland Sachsen-Anhalt belegt in der Dimension *politische Repräsentanz* den letzten Rang im bundesweiten Vergleich. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die geringe interkulturelle Öffnung des Landesparlaments sowie der politischen Parteien des Landes zurückzuführen: So besitzt Sachsen-Anhalt sowohl den niedrigsten Anteil an Landtagsabgeordneten als auch an Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund. Ferner ist die Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund als Gemeinderäte oder Abgeordnete im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 12). Dagegen positioniert sich das Flächenland bei der Gegenüberstellung der politischen Beteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen im oberen Mittelfeld auf dem sechsten Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Für Sachsen-Anhalt wurden keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die auf eine Förderung des politischen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund abzielen.

---

[701] URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/Projekt_Erstorientierung_ZASt_Internet.pdf [Stand 18.02.2016]

[702] Ministerium für Arbeit und Soziales (2015): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Flüchtlingshilfe sowie zur interkulturellen Öffnung.* Magdeburg. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/service/foerderung/ [Stand 18.02.2016]

4.14.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

In Sachsen-Anhalt schätzen Migranten nicht nur ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand, sondern auch das Netz der sozialen Sicherung besser ein als Personen ohne Migrationshintergrund. Bei beiden Indikatoren ergibt sich eine für Migranten positive Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die im oberen Feld aller Länder einzuordnen ist (jeweils Rang 3). Ein ebenfalls sehr positives Bild zeigt die ländervergleichende Auswertung der Interkulturalität im Gesundheitssystem: Sachsen-Anhalt erzielt den zweithöchsten transformierten Skalenwert bezüglich des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zum Migrantenanteil des jeweiligen Landes.

Insgesamt positioniert sich das Flächenland in der Situationsanalyse zum Stand des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* auf dem ersten Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Für das Flächenland wurden keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die einen Beitrag zur Stärkung der Vielfaltskultur in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* leisten.

4.14.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Die Daten der Situationsanalyse in der Dimension *Erwerbsleben* zeigen, dass der Grad an Vielfalt auf dem sachsen-anhaltinischen Arbeitsmarkt im Ländervergleich am niedrigsten ist: Während die Erwerbstätigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund 73,6% beträgt, liegt die Quote bei Migranten knapp 21 Prozentpunkte darunter (52,1%).

Demgegenüber gehört Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern mit den niedrigsten arbeitsmarktbezogenen Diskriminierungserfahrungen, wodurch sich das Flächenland bei diesem Indikator im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs positioniert. Insbesondere die aufgrund der Herkunft erfahrene Diskriminierung bei der Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzsuche ist mit 20,3% vergleichsweise niedrig (Deutschland: 25,7%).

Mit einem composite indicator von 3,7 ist Sachsen-Anhalt in der Dimension *Erwerbsleben* dem unteren Feld zuzuordnen (Rang 13).

Maßnahmenanalyse

Sachsen-Anhalt erzielt in der Maßnahmenauswertung der Dimension *Erwerbsleben* den siebten Rang aller Länder; allerdings wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

© efms 2016

4.14.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Eine differenzierte Betrachtung der Einzelindikatoren zur Operationalisierung der gleichberechtigten Teilhabe am Wohnungsmarkt belegt, dass die für Migranten negative Differenz bei der Gegenüberstellung der Eigentümerquote nach dem Migrationshintergrund im Ländervergleich sehr hoch liegt (Rang 13). Darüber hinaus ist die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld im unteren Bereich des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 13).

Dagegen weist Sachsen-Anhalt eher geringe Unterschiede bei der Wohnfläche zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund - wenngleich zugunsten der sachsen-anhaltinischen Mehrheitsbevölkerung - auf (Rang 2). Hinsichtlich der vergleichenden Variable zur Einschätzung der Wohnsituation (Rang 6) und der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche (Rang 5) positioniert sich Sachsen-Anhalt im mittleren Bereich aller Länder.

Insgesamt rangiert das Flächenland in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* mit einem composite indicator von 5,2 im Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 11).

4.14.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In der Dimension *Sicherheit und Prävention* erzielt Sachsen-Anhalt den neunten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Hinsichtlich der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des Bundeslandes (Rang 10) sowie dem Grad an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass seitens der Personen mit Migrationshintergrund (Rang 8) rangiert Sachsen-Anhalt jeweils im Mittelfeld des Ländervergleichs. Besonders hervorzuheben ist der hohe Aufklärungsanteil rechtsmotivierter Gewalttaten: So besitzt Sachsen-Anhalt mit 87,2% den zweithöchsten Anteil aufgeklärter rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalttaten.

Bei den Erfahrungen von alltagsbezogener sowie institutioneller Diskriminierung liegen gemischte Ergebnisse vor: Mit 14,0% besitzt Sachsen-Anhalt den zweitniedrigsten Anteil an institutioneller Benachteiligung im Bereich Ämter und Behörden (Deutschland: 24,4%). Dagegen ist die von Personen mit Migrationshintergrund erfahrene Alltagsdiskriminierung im bundesweiten Vergleich mit 27,5% am vierthöchsten (Deutschland: 21,8%), wodurch das Flächenland im unteren Länderfeld rangiert (Rang 13).

Maßnahmenanalyse

Das Flächenland zeigt eine im Ländervergleich durchschnittliche Anzahl an Maßnahmen in der Dimension *Sicherheit und Prävention* auf und liegt auf dem achten Rang. Neben dem *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* (siehe Abschnitt 4.14.2.4) wurde mit dem Modellprojekt *Frei(T)Räume Erleben. Wege in einen demokratischen Alltag* eine weitere Schlüsselmaßnahme dieser Dimension identifiziert. Das Projekt „möchte an der

Schnittstelle zwischen (Jugend)Haftanstalt(en) und belasteten Sozialräumen in Sachsen-Anhalt neue pädagogische Interventionsformate entwickeln, erproben und wissenschaftlich erörtern lassen, die auf unterschiedlichen Ebenen Einfluss auf rechtsextreme Radikalisierungsprozesse nehmen, diese unterbrechen und im günstigsten Fall unterbinden“ [703].

4.14.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Sachsen-Anhalt belegt in der ländervergleichenden Situationsanalyse zum Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt im *bürgerschaftlichen Engagement* insgesamt den sechsten Rang.

Die Einstellung der sachsen-anhaltinischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem Engagement von Personen mit Migrationshintergrund – dargestellt durch die Zustimmung zur Ermutigung von Migranten, sich ehrenamtlich zu beteiligen – ist im Mittelfeld aller Länder einzuordnen (Rang 10). Dagegen ist die interkulturelle Öffnung des Engagementmarkts in Sachsen-Anhalt relativ positiv zu bewerten: 20,7% der Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Der Anteil der ehrenamtlich aktiven Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt dagegen bei 16,1% (Rang 5).

Maßnahmenanalyse

Bei der vergleichenden Betrachtung landesweiter Maßnahmen, die auf einen positiven Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im *bürgerschaftlichen Engagement* abzielen, liegt Sachsen-Anhalt auf dem dritten Rang aller Länder.

Im November 2015 trat die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen* des Landes Sachsen-Anhalt in Kraft, in deren Rahmen die Aufnahmekommunen bei Maßnahmen zur Gewinnung, Qualifizierung und Koordinierung der ehrenamtlichen Integrationslotsen unterstützt werden[704]. Darüber hinaus erfolgt durch die landesweite Netzwerkstelle *Engagierte Nachbarschaft - Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt* eine Sensibilisierung und Qualifizierung „vorhandener lokaler Strukturen der Engagementförderung für das Handlungsfeld ‚Engagement für Menschen mit Fluchterfahrungen‘“[705]. Neben der Begleitung und Dokumentation von ehrenamtlichen Maßnahmen für eine Willkommenskultur werden „engagierte Nachbar_innen in ihrem Engagement für und mit Migrant_innen und Geflüchtete gestärkt“. Die Netzwerk-

[703] URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=88 [Stand 18.02.2016]

[704] Ministerium für Inneres und Sport (2015): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen* (*Integrationslotsen-Richtlinie*). Magdeburg. URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/MBl-2015_748.pdf [Stand 18.02.2016]

[705] URL: http://www.lagfa-lsa.de/vorstellung-netzwerkstelle-willkommenskultur.html [Stand 18.02.2016]

© efms 2016

stelle Willkommenskultur ist zudem für die Aufklärung über den Engagementfonds *Willkommenskultur* zuständig, der „landesweit ehrenamtliche Initiativen für eine Willkommenskultur von Flüchtlingen in der Nachbarschaft“ fördert[706]. Im Rahmen der *Projektwerkstatt für Migrantenorganisationen* werden durch bedarfsorientierte Schulungen, Einzelberatungen und einem Projektcoach Migrantenorganisationen bei der Konzeption, Umsetzung und Evaluation von Projekten in den folgenden Handlungsfeldern unterstützt: „Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Stärkung einer Willkommens- und Anerkennungskultur“, „Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Migrantenorganisationen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ und „Integrationsmaßnahmen zur Förderung der wechselseitigen Akzeptanz und des Dialogs zwischen der Aufnahmegesellschaft und Migrantengruppen mit besonderem Integrationsbedarf“[707].

4.14.4 Kurzfazit

Sachsen-Anhalt leistet insbesondere mit einer strukturellen Förderung von integrationspolitischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene einen Beitrag zum kompetenten Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt. Besonders positiv ist zudem die Zusammenarbeit des Landes mit und Unterstützung von Migrantenorganisationen hervorzuheben.

Die Ergebnisse der Situationsanalyse zeigen allerdings, dass die integrationspolitischen Bemühungen des Landes zur Stärkung der Vielfaltskultur insbesondere hinsichtlich der Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt und der politischen Repräsentanz von Migranten noch nicht zu Erfolgen geführt haben. Dagegen weist das Flächenland niedrige herkunftsbedingte Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen (Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen) auf; die erfahrene Alltagsdiskriminierung stellt sich allerdings als relativ hoch dar.

Ferner ist markant, dass das Flächenland über eine schlechte Ausgangssituation im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* verfügt, allerdings bei der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung sehr gute Werte erzielt. Zudem erreicht das Bundesland bei der Maßnahmenanalyse der Dimensionen *bürgerschaftliches Engagement* Spitzenwerte. Demgegenüber steht eine unterdurchschnittliche Anzahl an landesweiten Maßnahmen in den Dimensionen *Bildung und Erziehung, Medien, politische Repräsentanz, Wohlfahrt und Gesundheit*; in drei Dimensionen belegte Sachsen-Anhalt einen Rang im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs *(Kultur und öffentliche Präsenz, Erwerbsleben, Sicherheit und Prävention*).

[706] URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/Infoblatt_Netzwerkstelle.pdf [Stand 18.02.2016]

[707] URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/ Ausschreibungsrunde_2015.pdf [Stand 18.02.2016]

Tabelle 32: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Sachsen-Anhalt

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,8** *6*	*8*
Bildung und Erziehung	**7,3** *4*	*14*
Medien	**1,6** *14*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**2,5** *15*	*1*
Politische Repräsentanz	**2,1** *16*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**8,9** *1*	*14*
Erwerbsleben	**3,7** *13*	*7*
Wohnen und Wohnumfeld	**5,2** *11*	
Sicherheit und Prävention	**6,2** *9*	*8*
Bürgerschaftliches Engagement	**5,1** *6*	*3*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

4.15 Schleswig-Holstein

4.15.1 Strukturdaten des Landes

Schleswig-Holstein ist das nördlichste und mit einer Fläche von 15.803 Quadratkilometern das zweitkleinste Flächenland in Deutschland[708]. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt mit 30.134 Euro je Einwohner unter dem gesamtdeutschen BIP von 37.099 Euro je Einwohner[709]. Die Arbeitslosenquote des Flächenlandes beläuft sich auf 7,3% (Deutschland: 7,1%); dagegen ist die schleswig-holsteinische Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit 21,7% überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen (Deutschland: 16,6%)[710].

In Schleswig-Holstein leben rund 2,8 Millionen Menschen, von denen 13,2% einen Migrationshintergrund besitzen. Damit weist das Flächenland den niedrigsten Migrantenanteil unter den alten Bundesländern auf[711]. Ferner liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 6,7% deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 11,2%[712]. Das häufigste Herkunftsland der in Schleswig-Holstein lebenden Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellt mit 14,8% die Türkei dar, gefolgt von Polen (12,5%) und Syrien (6,5%)[713].

4.15.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.15.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die Zuständigkeiten für integrations- und migrationsbezogene Politikbereiche sind im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein gebündelt[714]. Die Abteilung *Zuwanderung, Bauen und Wohnen* verantwortet sowohl die rechtlichen Aspekte (Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht) als auch die Aufnahme und Integration von Migranten. Dem Leiter der Abteilung obliegt zudem das Amt des *Bevollmächtigten für Integration*, der „neben der integrationspolitischen Beratung der Landesregierung in allen Fragen der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Migrantinnen und Migranten (…) auch die Mitwirkung und Vertretung der Landesregierung in den

[708] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 11.01.2016]

[709] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[710] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[711] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[712] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[713] Ebd.

[714] URL: http://www.schleswighostein.de/DE/Landesregierung/IV/Ministerium/OrganisationAnsprechpartner/OrganisationAnsprechpartner_node.html [Stand 11.01.2016]

Gremien der Bundesintegrationsbeauftragten und der Länder- und kommunalen Integrationsbeauftragten“ verantwortet[715].

Im schleswig-holsteinischen Innenministerium sind ferner eine Stabsstelle zur *Steuerung der integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen* sowie eine Stelle für *Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtungen* angesiedelt[716]. Zudem agiert die *Servicestelle für Kommunen* als Ansprechpartner für Fragen, die die Unterbringung von Flüchtlingen betreffen[717].

Das Amt des *Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen* des Landes Schleswig-Holstein ist beim Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages eingerichtet. Dieser ist nicht nur für die Beratung von relevanten Vereinen und Organisationen in Flüchtlings- und Zuwanderungsfragen zuständig, sondern gibt zudem Stellungnahmen zu politischen Konzepten der Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ab[718]. Überdies gehören die Mitwirkung an Rechtssetzungsverfahren, allgemeine Aufklärungsarbeit (u.a. durch Vorträge zu flüchtlings- und integrationsbezogenen Themen) und die Zusammenarbeit mit den im Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsbereich tätigen staatlichen sowie nichtstaatlichen Organisationen zum Tätigkeitsprofil (§2 Abs. 2 FlüBeauftrG SH).

Kommunale Vertretung von Zuwanderern

Bislang bestehen keine expliziten Regelungen für die Vertretung von Zuwanderern durch Beiräte oder Ausschüsse auf kommunaler Ebene. Allerdings ist nach §47d der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung die Möglichkeit der „Bildung von Beiräten für gesellschaftlich bedeutsame Gruppen“ gegeben[719]. Diese besitzen ein Recht auf Unterrichtung (§47e Abs. 1 GO) sowie Anhörung und können „Anträge an die Gemeindevertretung und die Ausschüsse stellen“ (§47e Abs. 2 GO).

4.15.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Im Jahre 2002 legte die schleswig-holsteinische Landesregierung als eines der ersten Bundesländer ein ressortübergreifendes Integrationskonzept - *Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein* – als Handlungsrahmen

[715] URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/integrationsbevollmaechtigter.html [Stand 11.01.2016]

[716] URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Ministerium/OrganisationAnsprechpartner/OrganisationAnsprechpartner_node.html [Stand 11.01.2016]

[717] URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/InformationenFluechtlinge/Kommunale_Aufnahme/_documents/Servicestelle.html [Stand 11.01.2016]

[718] Landesregierung Schleswig-Holstein (1998): *Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen vom 28. Oktober 1998.* Kiel. URL: http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=Fl%C3%BCBeauftrG+SH&psml=bsshoprod.psml&max=true [Stand 11.01.2016]

[719] Landesregierung Schleswig-Holstein (2003): *Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO –) in der Fassung vom 28. Februar 2003*. Kiel. URL: http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+SH&psml=bsshoprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-GemOSH2003pG7 [Stand 11.01.2016]

© efms 2016

der zukünftigen Integrationspolitik vor[720]. Die Fortschreibung des Integrationskonzeptes erfolgte 2011 mit einer Konkretisierung der operativen Ziele in *Vielfalt macht stark - Aktionsplan Integration Schleswig Holstein.* In dem Aktionsplan werden jeweils die Ausgangssituation und Ziele in zehn ausgewählten Handlungsfeldern dargelegt. Zudem erfolgt eine Darstellung von konkreten Maßnahmen der Landesregierung (Leitprojekte) zur Erreichung der jeweiligen Ziele und von Indikatoren, mit denen die Ziele überprüft werden sollen[721]. Zur Begleitung der Umsetzung des Aktionsplans Integration sowie zur Beratung der Landesregierung in integrationsrelevanten Fragen konstituierte sich im März 2012 ein Ausschuss. Dieser Begleitausschuss setzt sich unter anderem aus Vertretern der Ministerien, Migrantenorganisationen, Verbänden der freien Wohlfahrt und der Wissenschaft zusammen[722].

Am 01. Januar 2013 trat die *Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und Projekten zum Aktionsplan Integration* des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten in Kraft. Neben der personenbezogenen Migrationssozialberatung werden damit Projekte zur Umsetzung des Aktionsplans Integration gefördert[723].

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein legte im Juli 2013 einen kurzen Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans Integration vor, der mit folgendem Fazit abschließt: „Die hier aufgeführten Projekte wurden, wie die Mehrzahl der enthaltenden Maßnahmen und Projekte bereits vor der Erstellung des Aktionsplans von den Ressorts bearbeitet bzw. umgesetzt. Mit anderen Worten: der vorliegende Aktionsplan ist die Summe dessen, was bereits vor 2010 aktiviert oder geplant war! Deshalb wird die Landesregierung den Aktionsplan Integration komplett überarbeiten“[724].

Des Weiteren wurde im September 2014 der *Migrationsbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein* veröffentlicht, der das Migrationsgeschehen im Zeitverlauf betrachtet und die Situation für ausgewählte Themenschwerpunkte, wie z.B. humanitäre Asylaufnahme, internationale Studierende, Zuwanderung ausländischer Fachkräfte und Familiennach-

---

[720] Landesregierung Schleswig-Holstein (2002): *Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein*. Kiel. URL: http://www.via-bund.de/integrations-konzepte-landesebene/schleswig-holstein/Integrationskonzept-Schleswig-Holstein.pdf [Stand 11.01.2016]

[721] Landesregierung Schleswig-Holstein (2011): *Vielfalt macht stark. Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein*. Kiel. URL: http://www.forum-hl.de/fileadmin/niederschriften/Aktionsplan_Integration_SH.pdf [Stand 11.01.2016]

[722] URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Presse/PI/2012/Integration/120327_Begleitaus- schussAktions-plan.html [Stand 11.01.2016]

[723] Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2013): *Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und Projekten zum Aktionsplan Integration (Förderrichtlinie Migrationssozialberatung).* Kiel. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/msb_richtlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Stand 11.01.2016]

[724] Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2013): *Bericht des Innenministers zum Aktionsplan „Integration“.* Drucksache 18/833. 36. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses. Kiel. URL: https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/1400/umdruck-18-1447.pdf [Stand 11.01.2016]

zug darstellt[725]. Ein landesweites Integrationsmonitoring, das den Stand und den Fortschritt des Integrationsprozesses in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen darlegt, ist in Schleswig-Holstein bislang nicht gegeben.

Der Migrationsbericht bildet die Grundlage der ebenfalls im September 2014 vorgelegten *Migrations- und Integrationsstrategie der Landesregierung Schleswig-Holstein.* „Die vorliegende Migrations- und Integrationsstrategie, die in der Fortentwicklung des Integrationskonzepts von 2002 und des Aktionsplans Integration aus dem Jahr 2011 durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein erarbeitet wurde, führt erstmalig Fragen der Migration und der Integration strategisch zusammen“ [726]. Der Bericht enthält 14 Leitziele (z.B. in Bezug auf die Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, der interkulturellen Öffnung der Regeldienste und der Antidiskriminierung), die die Grundlage für die zukünftige Integrations- und Migrationspolitik in Schleswig-Holstein bilden.

Für einen „systematisierten Gesamtprozess, der die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen vom ersten Tag an steuert“ wurde im Mai 2015 der *Flüchtlingspakt* geschlossen[727]. Dieser enthält unter anderem Ziele und Maßnahmen in den Handlungsfeldern Erstaufnahme, Wohnen, Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeit und Gesundheit, um die Integration von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein zu verbessern. Im Januar 2016 erfolgte beispielsweise die flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende, womit das Bundesland als erstes Flächenland eine derartige Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen umsetzte[728].

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

In Schleswig-Holstein erfolgt keine strukturelle Förderung der kommunalen Integrationspolitik. Positiv hervorzuheben ist jedoch der von der Landesregierung im Jahre 2013 vorgelegte *Bericht zur Kommunalen Integration. Stand der kommunalen Integrationsarbeit in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein*, in welchem unter anderem folgender Rückschluss gezogen wird: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist das Land Schleswig-Holstein in der Frage nach kommunalen Integrationskonzepten, Integrationsbeauftragten und Koordinierungsstellen deutlich schwächer flächendeckend aufgestellt. Jedoch gibt es in Schleswig-Holstein in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt sog. Migrationskoor-

[725] Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2014): *Migrationsbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein.* Kiel. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/download_migrationsbericht2014.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Stand 11.01.2016]

[726] Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2014): *Migrations- und Integrationsstrategie der Landesregierung Schleswig-Holstein.* Kiel, S. 19. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/download_integrationsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Stand 11.01.2016]

[727] Landesregierung Schleswig-Holstein (2015): *Flüchtlingspakt. Willkommen in Schleswig-Holstein! Integration vom ersten Tag an.* Kiel, S. 20. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Zuwanderung/_documents/150506_Fluechtlingskonferenz/fluechtlingspakt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Stand 11.01.2016]

[728] URL: http://gesundheit-gefluechtete.info/implementierung-der-gesundheitskarte-in-schleswig-holstein/ [Stand 25.08.2016]

© efms 2016

dinierungsrunden, die sich unter anderem aus den migrationsspezifischen Beratungsdiensten zusammensetzen und in der Regel unter kommunaler Federführung den Austausch der Migrationsarbeit vor Ort sicherstellen. Die Landesregierung sieht hier jedoch noch Optimierungspotential“ [729].

Besonderheiten in den integrationspolitischen Diskursen

Sowohl in der von 2005 bis 2010 dauernden Regierungskoalition von CDU und SPD[730] als auch in der anschließenden CDU-FDP-Regierung (2010 bis 2012)[731] lag der integrationspolitische Schwerpunkt auf der Förderung des deutschen Spracherwerbs. Die aktuelle rot-grüne Landesregierung setzt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung zum ersten Mal mit einem eigenständigen Unterkapital mit dem Thema Antidiskriminierung auseinander: „Wir stehen für eine gleichberechtigte und tolerante Gesellschaft, die die Vielfalt als Gewinn sieht“[732]. Darüber hinaus wird ebenfalls der Erwerb der deutschen Sprache als Schlüssel einer erfolgreichen Integration definiert. Die Forderung nach einer sich im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegelnden Willkommenskultur und einer Zulassung der Mehrstaatigkeit zur Erhöhung der Einbürgerungsquote stellen weitere integrationspolitische Schwerpunkte der Regierungskoalition dar.

---

[729] Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein (2013): *Bericht zur Kommunalen Integration. Stand der kommunalen Integrationsarbeit in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein.* Kiel, S. 12. URL: http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0888.pdf [Stand 11.01.2016]

[730] Christlich Demokratische Union, Landesverband Schleswig-Holstein und Freie Demokratische Partei, Landesverband Schleswig-Holstein (2005): *In Verantwortung für Schleswig-Holstein: Arbeit, Bildung, Zukunft. Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Schleswig-Holstein für die 16. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags von 2005 – 2010.* Kiel, S. 50. URL: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwiy4eCzq5DLAhUGYJoKHfUMB-0QFggcMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.spd-schleswig-holstein.de%2Fdocs%2F1113806776_KoalitionsvertragSPD-CDU2005-2010.pdf&usg=AFQjCNHbSUzMg7yr3xvlE19B8FCBBkwRwg&bvm=bv.114733917,d.bGs [Stand 11.01.2016]

[731] Christlich Demokratische Union, Landesverband Schleswig-Holstein und Freie Demokratische Partei, Landesverband Schleswig-Holstein (2009): *Koalition des Aufbruchs. Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Freien Demokratischen Partei (FPD) in Schleswig-Holstein für die 17. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags.* Kiel, S. 45. URL: https://www.google.de/search?q=https://www.schleswig-holstein.de+/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/download_migrationsbericht2014.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D2&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=-ZbNVtWoBay96ATxjrGQDQ#q=koalitionsvertrag+cdu+fdp+koalition+des+aufbruchs+schleswig-holstein [Stand 11.01.2016]

[732] Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Schleswig-Holstein, Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Südschleswigscher Wählerverband, Landesverband (2012): *Bündnis für den Norden. Neue Horizonte für Schleswig-Holstein. Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Landesverband Schleswig-Holstein, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein, dem Südschleswigschen Wählerverband Landesverband.* Kiel, S. 8. URL: https://www.google.de/search?q=https://www.schleswig-holstein.de+/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/download_migrationsbericht2014.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D2&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=-ZbNVtWoBay96ATxjrGQDQ#q=koalitionsvertrag+spd+gr%C3%BCne+schleswig-holstein [Stand 11.01.2016]

4.15.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[733]

Im Jahre 2014 wendete das Land Schleswig-Holstein rund 69,6 Millionen Euro für integrationspolitische Angelegenheiten auf (Tabelle 33). Gemessen am Gesamthaushalt des Landes von ca. 13,4 Milliarden Euro ergibt sich ein relativer Anteil von 0,52%, womit dieser leicht über dem Bundesdurchschnitt von rund 0,44% liegt. Mit 108,5 Millionen Euro erhöhte das Land seine integrationspolitischen Ausgaben im Jahre 2015 auf einen relativen Anteil von 0,77% und ist demzufolge unter dem bundesweiten Durchschnitt von 0,98% einzuordnen.

Tabelle 33: Integrationspolitische Ausgaben in Schleswig-Holstein 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Schleswig-Holstein	69,6 Mio.	13,4 Mrd.	0,52
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Schleswig-Holstein	108,5 Mio.	14,2 Mrd.	0,77
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Schleswig-Holstein, eigene Berechnungen

4.15.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Im Jahre 2013 wurde die *Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein* unter der Leitung der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes mit Sitz beim schleswig-holsteinischen Landtag eingerichtet. Zu dem Tätigkeitsprofil der Antidiskriminierungsstelle gehören die Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft für die einzelnen Diskriminierungsformen sowie die Beratung von Personen, die aufgrund der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Merkmale eine Benachteiligung erfahren haben. Darüber hinaus begleitet die schleswig-holsteinische Antidiskriminierungsstelle Projekte mit Bezug zu den einzelnen AGG-Merkmalen[734].

Im Oktober 2013 startete *das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein* des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten mit dem Ziel, „die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft, Demokratie- und Toleranzerziehung, soziale Integration, interkulturelles und interreligiöses Lernen, antirassistische Bildungsarbeit, kulturelle und geschichtliche Identität sowie die Bekämpfung

[733] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 62).

[734] URL: http://www.landtag.ltsh.de/beauftragte/ad/ [Stand 11.01.2016]

© efms 2016

rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen“ zu fördern[735]. Das Landesprogramm etablierte eine flächendeckende Beratungsstruktur durch den Ausbau regionaler Beratungsstellen, die die Prävention und Beratung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stärken. Neben der Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, stellen die regionalen Beratungsteams den „überregionalen Informationsaustausch zwischen Initiativen und Bündnissen gegen Rechtsextremismus“ sicher[736]. Zudem wurde im Rahmen des Landesprogramms eine Fachstelle für Demokratiepädagogik eingerichtet, die Maßnahmen zur Demokratieförderung bei Jugendlichen begleitet sowie der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit nachgeht[737].

Der *Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V.* (advsh) leistet landesweite Einzelberatung für Personen, die von Diskriminierung betroffen sind. Des Weiteren bietet der Verband „Qualifizierungen für Beraterinnen und Berater sowie für Vereine und Verbände an“ und gibt Hilfestellungen bei der Netzwerkgründung sowie der Kooperationsbildung[738].

Im März 2012 unterzeichnete das Land Schleswig-Holstein die *Charta der Vielfalt* und trat zudem im April 2013 der *Koalition gegen Diskriminierung* bei[739].

[735] Innenministerium Schleswig-Holstein (2014): *Bericht zum Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein.* Kiel, S. 3. URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/berichtLandesprogramm.pdf;jsessionid=D5F62E60025D7FD665E216A0D2B51F69?__blob=publicationFile&v=1 [Stand 11.01.2016]

[736] URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/landesprogrammDemokratiefoerderung.html [Stand 11.01.2016]

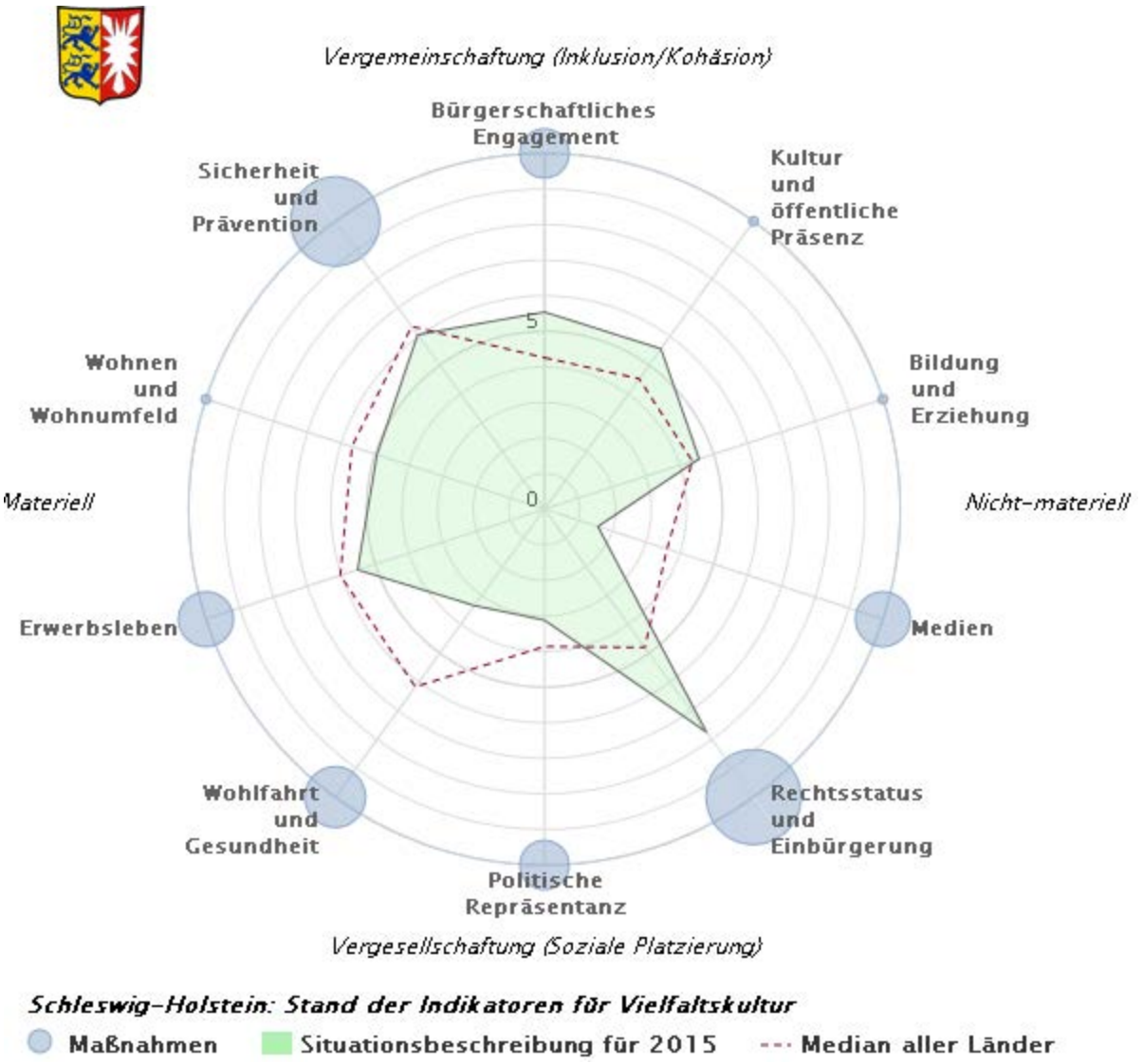
[737] Innenministerium Schleswig-Holstein (2014): *Bericht zum Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein.* Kiel, S. 5ff. URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/berichtLandesprogramm.pdf;jsessionid=D5F62E60025D7FD665E216A0D2B51F69?__blob=publicationFile&v=1 [Stand 11.01.2016]

[738] URL: http://www.advsh.de/uber-uns/unsere-aufgaben/ [Stand 11.01.2016]

[739] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 126.

4.15.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 17: Umgang mit Vielfalt in Schleswig-Holstein



Quelle: eigene Darstellung

4.15.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Das Flächenland Schleswig-Holstein rangiert bei dem Indikator zur Messung der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im persönlichen Umfeld (Vorhandensein und Einstellung) in den oberen Rängen des Ländervergleichs (Rang 4). Ein ähnliches Bild zeigen die Daten zur Akzeptanz der kulturellen Vielfalt (Rang 2): 68,4% der befragten schleswig-holsteinischen Mehrheitsbevölkerung sind der Meinung,

© efms 2016

dass unsere Gesellschaft durch Einwanderung kulturell bereichert wurde; lediglich 6,6% stimmen der Aussage einer kulturellen Verarmung durch Migrationsprozesse zu.

Sowohl bei dem Indikator zur Messung der Akzeptanz gegenüber religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum (Rang 5) – operationalisiert anhand der Einstellung zur öffentlichen Sichtbarkeit von Moscheen in Deutschland – als auch der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen (Rang 7) und der Vielfalt in darstellenden sowie unterhaltenden Berufen (Rang 10) liegt das Flächenland im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs.

Schleswig-Holstein erreicht in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* insgesamt den zweiten Rang im Ländervergleich.

Maßnahmenanalyse

Für Schleswig-Holstein wurden keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die auf eine interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen oder eine Förderung der Akzeptanz von ethnischer sowie religiöser Vielfalt abzielen.

4.15.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Bei den Indikatoren zur Operationalisierung des Bildungs- und Ausbildungserfolges liegt Schleswig-Holstein im Mittelfeld aller Länder. Im Hinblick auf den Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden und ausbildenden Berufen - zur Darstellung der Interkulturalität in bildungsbezogenen Berufen - rangiert das Bundesland ebenfalls im mittleren Bereich des deutschlandweiten Vergleichs (Rang 6). Bei den Diskriminierungserfahrungen im schulischen Umfeld liegt das Flächenland über dem gesamtdeutschen Wert von 18,1%. So haben 23,2% der befragten schleswig-holsteinischen Migranten schon einmal die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft im schulischen Bereich benachteiligt worden zu sein, womit das Bundesland den zwölften Rang aller Länder belegt.

Insgesamt ist das Flächenland mit einem composite indicator von 4,6 in der Dimension *Bildung und Erziehung* im mittleren Bereich des bundesweiten Vergleichs einzuordnen (Rang 8).

Maßnahmenanalyse

Im Hinblick auf die Anzahl identifizierter landesweiter Maßnahmen, die einen Beitrag zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Bildung und Erziehung* leisten, bildet Schleswig-Holstein das Schlusslicht des Ländervergleichs. Zudem wurden keine Schlüsselmaßnahmen ausgewählt.

4.15.3.3 Medien

Situationsanalyse

Schleswig-Holstein ist der Landesrundfunkanstalt des Norddeutschen Rundfunks (NDR) zugehörig, der sowohl hinsichtlich des Anteils an Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund als auch des Anteils an Moderatoren mit Migrationshintergrund unter dem gesamtdeutschen Median liegt. Demzufolge erreicht das Flächenland niedrige transformierte Skalenwerte bezüglich der Vielfalt in der Medienpolitik und den Medien. Zudem erzielt Schleswig-Holstein den niedrigsten Transformationswert bei der Frage danach, ob der Mehrheitsbevölkerung mediale Berichte dabei helfen, einen Eindruck von Leben und Alltag der Menschen mit Migrationshintergrund zu erhalten. Insgesamt erreicht das Bundesland in der Dimension *Medien* - nach Sachsen - den vorletzten Rang des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Bei der Analyse der Maßnahmen zur Stärkung des Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in der Dimension *Medien* rangiert Schleswig-Holstein im mittleren Feld aller Länder. Als Schlüsselaktivität des NDR wurden die Kooperationen mit verschiedenen Bildungseinrichtungen und die gezielte Ansprache von jungen Personen mit Migrationshintergrund auf Ausbildungsmessen zur Erhöhung des Anteils von Auszubildenden und Volontären mit Migrationshintergrund identifiziert[740].

4.15.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von 7,8 erzielt Schleswig-Holstein den zweithöchsten Wert in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung.* Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen und der vergleichsweise hohen Wohnungsquote von Asylbewerbern zurückzuführen. So besitzt das Flächenland mit 88,1% den höchsten Anteil von Asylbewerbern, die dezentral untergebracht sind. Ferner liegt der Anteil an Einbürgerungen mit fortbestehender, bisheriger Staatsangehörigkeit (49,0%) deutlich über dem gesamtdeutschen Anteil von 37,3%, womit Schleswig-Holstein ebenfalls den höchsten Transformationswert im bundesweiten Vergleich erzielt. Während das Flächenland bezüglich der Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen (Rang 6) und des Anteils an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht (Rang 10) im Mittelfeld rangiert, ist Schleswig-Holstein mit einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von rund 3,2% im oberen Bereich des Ländervergleichs auf dem dritten Rang einzuordnen (Deutschland: 2,2%).

[740] URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html [Stand 11.02.2016]

© efms 2016

Maßnahmenanalyse

In der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* positioniert sich das Flächenland Schleswig-Holstein im Mittelfeld. Eine Maßnahme, die es besonders hervorzuheben gilt, stellt das auf drei Jahre angelegte (Oktober 2012-September 2015) *AWO-Teilhabeprojekt* dar. Neben der Entwicklung und Erprobung einer Willkommenskultur in ausgewählten Kommunen besteht ein wesentlicher Bestandteil des Projektes in der Qualifizierung von Personen mit Migrationshintergrund zu Multiplikatoren, um deren gesellschaftliche und politische Partizipation zu stärken. Zu den Schulungsinhalten gehören unter anderem die Themen Projektmanagement, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, Einbürgerung in Deutschland, Teilhabe im Bildungs- und Ausbildungssystem und politische sowie gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten[741].

Als weitere Schlüsselmaßnahme wurde der Sprachförderungs- und Integrationsvertrag zwischen der Landesregierung und der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände identifiziert, der die Betreuung von Flüchtlingskindern verbessern und den Erwerb der deutschen Sprache erleichtern soll. So werden unter anderem „kulturelle Angebote und Freizeitaktivitäten, die gute Gelegenheiten bieten, die deutsche Sprache anzuwenden und im praktischen Umgang zu lernen", unterstützt[742]. Darüber hinaus erfolgen im Rahmen des Vertrages eine Förderung von Beratungsangeboten für Eltern und sozialräumliche Angebote für Kinder bzw. Jugendliche mit Fluchterfahrungen.

Im Juli 2015 trat die *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen* des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein in Kraft. Diese fördert die Einrichtung von Koordinierungsstellen zur „Etablierung eines lokal abgestimmten Aufnahme- und Integrationsmanagements“ für Asylsuchende in den Kreisen und kreisfreien Städten[743]. Neben der Analyse der lokalen Strukturen der integrationsorientierten Aufnahme und der Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Verbesserung dieser, obliegt den Koordinierungsstellen unter anderem der „Aufbau und die Intensivierung der Netzwerkarbeit mit den Akteuren der Flüchtlingsaufnahme, die Koordination von Projekten, Veranstaltungen und Maßnahmen der integrationsorientierten Flüchtlingsaufnahme“[744].

---

[741] URL: http://www.awo-sh.de/en/migration/landesweite-projekte/item/1440-teilhabeprojekt.html [Stand 11.01.2016]

[742] URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/III/Presse/PI/2015/Mai_2015/III_LAG.html [Stand 11.01.2016]

[743] Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein (2015): *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen.* Kiel. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/riliKoordinierungsstellen.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Stand 11.01.2016]

[744] Ebd.

4.15.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Sowohl bei der Vielfalt im Landesparlament als auch der interkulturellen Öffnung der Parteien – operationalisiert anhand des Anteils an Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund – liegt das Flächenland im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs (Rang 11 bzw. Rang 8). Darüber hinaus ist das politische Engagement der Personen mit Migrationshintergrund im deutschlandweiten Vergleich sehr niedrig zu bewerten (Rang 15): Nicht einmal 1% der befragten Migranten in Schleswig-Holstein beteiligen sich in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen. Demgegenüber liegt der Anteil politisch Aktiver unter den Personen ohne Migrationshintergrund bei 3,8%. Im Hinblick auf die Einstellung der schleswig-holsteinischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber der politischen Repräsentanz von Migranten als Gemeinderäte oder Abgeordnete rangiert das Bundesland im Mittelfeld aller Länder (Rang 8).

Insgesamt positioniert sich Schleswig-Holstein in der Situationsanalyse zur *politischen Repräsentanz* im unteren Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs (Rang 12).

Maßnahmenanalyse

Schleswig-Holstein liegt bei der Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Förderung der politischen Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund gemeinsam mit Bayern und Rheinland-Pfalz auf dem ersten Rang. Die vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten geförderte *Servicestelle für Partizipationsgremien in Schleswig-Holstein* stellt eine innovative Maßnahme zur Förderung der politischen Interessen von Migranten und ihrer politischen Stärkung auf der kommunalen Ebene dar. Die landesweit agierende Servicestelle fungiert als Koordinierungs- und Anlaufstelle für Partizipationsgremien z.B. bei Fragen zur Gründung sowie Professionalisierung kommunaler Gremien. Ein Schwerpunkt der Arbeit bildet die „strukturelle Stärkung kommunaler Interessensvertretungen von MigrantInnen in Schleswig-Holstein“[745]. Überdies stellen der Aufbau einer Vernetzungsstruktur für den Informationsaustausch zwischen Kommunen und den in der Partizipationsarbeit tätigen Ehrenamtlichen sowie ein Mentorenprogramm zur Stärkung des politischen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund weitere zentrale Aufgaben der Stelle dar.

[745] URL: http://www.awo-sh.de/de/migration/landesweite-projekte/item/3360-servicestelle-fuer-die-partizipationsgremien-in-schleswig-holstein.html [Stand 11.01.2016]

© efms 2016

4.15.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Schleswig-Holstein weist in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* einen composite indicator von 3,4 auf, womit das Land im unteren Feld des deutschlandweiten Vergleichs einzuordnen ist (Rang 15). Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die geringere Zufriedenheit der Personen mit Migrationshintergrund bezüglich des gegenwärtigen Gesundheitszustandes (Rang 13) und des Netzes der sozialen Sicherung zurückzuführen. Bei letzterem Indikator bildet Schleswig-Holstein mit einer vergleichsweise großen Differenz hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem sozialen Sicherungsnetz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund - zum Nachteil der Migranten - das Schlusslicht im Ländervergleich. In Bezug auf die Interkulturalität im Gesundheitssystem belegt das Flächenland einen Rang im Mittelfeld des deutschlandweiten Vergleichs (Rang 8).

Maßnahmenanalyse

Bei dem bundesweiten Vergleich der Landesmaßnahmen zur Stärkung des kompetenten Umgangs mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Bereich *Wohlfahrt und Gesundheit* liegt Schleswig-Holstein, obwohl keine Schlüsselaktivitäten ausgewählt wurden, im oberen Bereich (Rang 3).

4.15.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Mit einem composite indicator von 5,5 in der Dimension *Erwerbsleben* positioniert sich das Flächenland mit dem neunten Rang im mittleren Feld des bundesweiten Vergleichs. Der einzige marginale Ausreißer in den situationsbezogenen Daten stellt die Diskriminierungserfahrung bei der Arbeitssuche dar: Fast ein Drittel (27,9%) der schleswig-holsteinischen Befragten mit Migrationshintergrund erlebte schon einmal herkunftsbedingte Diskriminierungserfahrungen bei der Arbeitsplatz-/Ausbildungsplatzsuche (Bundesdurchschnitt: 25,7%). Mit diesem eher hohen Anteil an erfahrener Benachteiligung rangiert Schleswig-Holstein im unteren Mittelfeld des Ländervergleichs (Rang 12).

Maßnahmenanalyse

Das Flächenland ist im Hinblick auf die Anzahl landesweiter Maßnahmen zur Förderung der Vielfaltskultur in der Dimension *Erwerbsleben* im Mittelfeld einzuordnen. Der Fokus der Landesmaßnahmen liegt auf der Sensibilisierung und Qualifizierung der öffentlichen Verwaltung für interkulturelle Kompetenz. Mit dem Netzwerk *Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein*, welches durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein und dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. koordiniert wird, wurde eine Schlüsselmaßnahme identifiziert. Im Rahmen des Netzwerkes werden fünf Teilprojekte zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in den Ar-

beitsmarkt durchgeführt. Neben dem berufsbezogenen Coaching der Flüchtlinge und den Schulungen zur Förderung der interkulturellen Orientierung der beruflichen Einrichtungen bestehen weitere Handlungsfelder in der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit[746]. Das Netzwerk wird seit Juli 2015 unter dem Titel *Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein* mit einem weiteren Teilprojekt fortgeführt[747].

4.15.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

In Schleswig-Holstein ist die Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnsituation bei Personen ohne Migrationshintergrund höher als bei Migranten. Infolge der im Ländervergleich hohen Differenz der Mittelwerte in der Zustimmungsskala zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund positioniert sich das Flächenland im unteren Bereich (Rang 14).

Bei der nach dem Migrationshintergrund erfolgten Gegenüberstellung der Eigentümerquote (Rang 11) und der Wohnfläche (Rang 10) rangiert Schleswig-Holstein ebenso im mittleren Bereich aller Länder wie hinsichtlich der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche (Rang 9) und der Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im Wohnumfeld (Rang 11).

Schleswig-Holstein belegt insgesamt einen Rang im unteren Bereich des Mittelfelds in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* (Rang 12).

4.15.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

Die Analyse der Ausgangssituation in der Dimension *Sicherheit und Prävention* zeigt, dass Schleswig-Holstein insbesondere bei den Diskriminierungserfahrungen einen Ausreißer aufweist: Während das Flächenland hinsichtlich der Erfahrungen von Alltagsdiskriminierung im Mittelfeld einzuordnen ist (Rang 7), ergibt sich jeweils für die Einzelindikatoren zur Operationalisierung der institutionellen Diskriminierung ein Platz im unteren Bereich des Ländervergleichs (Rang 14 und 13). 14,6% der befragten schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind aufgrund ihrer Herkunft schon einmal bei der Polizei benachteiligt worden (Deutschland: 9,2%); der Anteil bereits erfahrener Diskriminierung bei Behörden bzw. Ämtern liegt bei 33,5% (Deutschland: 24,4%).

Bei dem Anteil politisch rechtsmotivierter Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des Landes und deren Aufklärung sowie des von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund eingeschätzten Grads an Besorgnis zur Ausländerfeindlichkeit in Deutschland rangiert das Bundesland jeweils im Mittelfeld.

---

[746] URL: http://www.landinsicht-sh.de/ueber-uns.html [Stand 11.01.2016]

[747] URL: http://www.landinsicht-sh.de/start2015.html [Stand 11.01.2016]

© efms 2016

Insgesamt belegt das Flächenland mit einem composite indicator von 6,1 in der Dimension *Sicherheit und Prävention* den elften Rang im Ländervergleich und ist somit dem Mittelfeld zuzuordnen.

Maßnahmenanalyse

Schleswig-Holstein rangiert bezüglich der Anzahl landesweiter Maßnahmen in der Dimension *Sicherheit und Prävention* im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Besonders hervorzuheben ist das Projekt *Sensibilisierung der Beschäftigten für interkulturelle Vielfalt,* welches sich aus fünf einzelnen Maßnahmen zusammensetzt. Den Schwerpunkt bildet die interkulturelle Öffnung in einzelnen Verwaltungsbereichen. So werden beispielsweise interkulturelle Trainings und Länderkundeseminare als Fortbildungsangebote für Beschäftigte im Justizvollzug durchgeführt[748]. Eine weitere Schlüsselmaßnahme stellt das *Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein* dar (siehe Abschnitt 4.15.2.4).

4.15.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

In der Situationsanalyse zum *bürgerschaftlichen Engagement* erreicht Schleswig-Holstein mit einem composite indicator von 5,5 den vierten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Dieses positive Ergebnis ist insbesondere auf die hohe Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt auf dem Engagementmarkt zurückzuführen: 82,7% der befragten schleswig-holsteinischen Mehrheitsbevölkerung stimmen der Aussage zu, dass Menschen mit Migrationshintergrund zum freiwilligen Engagement ermutigt werden sollten. Das Flächenland erreicht bei diesem Indikator einen transformierten Skalenwert von 7,3 auf einer Skala von 0 bis 10 und belegt damit den vierten Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Während sich die Ausgangssituation im Umgang mit Vielfalt im *bürgerschaftlichen Engagement* äußerst positiv darstellt, erzielt das Flächenland - neben Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz sowie Thüringen - den zweitniedrigsten Wert bei der Maßnahmenanalyse. Darüber hinaus wurden keine Schlüsselmaßnahmen identifiziert.

[748] Landtag Schleswig-Holstein (2013): *Bericht der Landesregierung. „Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein“*. Drucksache 18/1290. Kiel, S. 3f. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/ausbildung_landsh/Downloads/bericht_moderneVerwaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Stand 11.01.2016]

4.15.4 Kurzfazit

Das Land Schleswig-Holstein verfügt über entwickelte integrationspolitische Strukturen. Eine Leitlinie der Migrations- und Integrationsstrategie der Landesregierung Schleswig-Holstein stellt folgende dar: „Schleswig-Holstein ist Vielfalt und Vielfalt macht stark! Die Landesregierung richtet ihr Handeln auf Vielfalt aus und fördert die Ausgestaltung einer vielfältigen Gesamtgesellschaft“ [749].

Die Ergebnisse der Situationsanalyse zeigen, dass das Flächenland in den Bereichen *Kultur und öffentliche Präsenz, Rechtsstatus und Einbürgerung* sowie *bürgerschaftliches Engagement* eine positive Ausgangssituation im Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist. Darüber hinaus ist Schleswig-Holstein durch eine hohe Akzeptanz seitens der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Vielfalt charakterisiert. Dagegen deuten die Ergebnisse auf einen Handlungsbedarf bezüglich der Stärkung der Vielfaltskultur in den Dimensionen *Medien* sowie *Wohlfahrt und Gesundheit* hin.

Allerdings belegt die vergleichende Analyse der landesweiten Maßnahmen, dass Schleswig-Holstein in den Dimensionen mit einer eher mäßigen Ausgangssituation eine Reihe von Aktivitäten durchführt, um die Vielfaltskultur im Land zu stärken. Lediglich in drei Dimensionen der Maßnahmenanalyse erreicht das Bundesland unterdurchschnittliche Werte (*Kultur und öffentliche Präsenz, Bildung und Erziehung, bürgerschaftliches Engagement*).

[749] Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2014): *Migrations- und Integrationsstrategie der Landesregierung Schleswig-Holstein.* Kiel, S. 7. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/download_integrationsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Stand 11.01.2016]

© efms 2016

Tabelle 34: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Schleswig-Holstein

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**5,6** *2*	*13*
Bildung und Erziehung	**4,6** *8*	*16*
Medien	**1,6** *15*	*7*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**7,7** *2*	*8*
Politische Repräsentanz	**3,1** *12*	*1*
Wohlfahrt und Gesundheit	**3,4** *15*	*3*
Erwerbsleben	**5,5** *9*	*7*
Wohnen und Wohnumfeld	**4,9** *12*	
Sicherheit und Prävention	**6,1** *11*	*11*
Bürgerschaftliches Engagement	**5,5** *4*	*12*

Quelle: eigene Darstellung

4.16 Thüringen

4.16.1 Strukturdaten des Landes

Der Freistaat Thüringen ist mit einer Gesamtfläche von 16.202 Quadratkilometern das flächenmäßig kleinste Land der neuen Bundesländer in Deutschland[750]. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 26.364 Euro je Einwohner weist der Freistaat die drittniedrigste wirtschaftliche Leistungskraft in der Bundesrepublik auf und liegt deutlich unter dem bundesweiten BIP (37.099 Euro je Einwohner)[751]. Die Arbeitslosenquote in Thüringen liegt mit 8,2% knapp über dem Bundesdurchschnitt von 7,1%. Die Quote der arbeitlosen ausländischen Bevölkerung ist mit 22,1% jedoch deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt einzuordnen (Deutschland: 16,6)[752].

Im Flächenland Thüringen leben knapp 2,2 Millionen Einwohner, von denen 4,9% einen Migrationshintergrund aufweisen (Bundesdurchschnitt: 21,0%)[753]. Damit besitzt Thüringen - neben Mecklenburg-Vorpommern - den zweitniedrigsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik. Zudem verfügen lediglich 3,5% der thüringischen Bevölkerung über eine ausländische Staatsangehörigkeit, womit der Freistaat den niedrigsten Ausländeranteil in Deutschland aufweist (Deutschland: 11,2%)[754]. Neben Syrien (10,8%) stellen Polen (9,8%) sowie Rumänien (5,8%) die häufigsten Herkunftsländer der thüringischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit dar[755].

4.16.2 Integrationsrelevante Strukturen

4.16.2.1 Institutionelle Strukturen der Integrationspolitik

Die Zuständigkeiten für migrations- und integrationspolitische Themen sind in Thüringen im Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz angesiedelt. In dem Landesministerium verantwortet die Abteilung *Migration und öffentliches Recht* in zwei gesonderten Referaten verschiedene Aspekte der Migration und Integration. Ein Referat ist für Fragen zum Ausländer- bzw. Asylrecht sowie der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern zuständig. Das zweite Referat besitzt als Arbeitsschwerpunkte

---

[750] URL: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand 29.01.2016]

[751] Statistische Ämter der Länder (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Band 1.

[752] Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2015*, Nürnberg.

[753] Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

[754] Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

[755] Ebd.

© efms 2016

die Themen Migration, Integration, Landesmigrationsrat und Projektförderung. Weiterhin ist in letzterem die Geschäftsstelle zur Integrationsministerkonferenz verankert[756], da Thüringen in den Jahren 2015/2016 den Vorsitz der Integrationsministerkonferenz verantwortete und im März 2016 die Konferenz in Erfurt ausrichtete[757]. Fragen zum Staatsangehörigkeitsrecht verantwortet das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales[758].

Integrationsbeauftragte/r und Integrationsbeirat

Das Amt der *Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge* ist am Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz angesiedelt[759]. Neben der Wahrung der Interessen von Migranten und Flüchtlingen liegt ein Schwerpunkt des Tätigkeitsprofils auf der „Umsetzung einer humanen Flüchtlings- und Migrationspolitik in Thüringen“[760]. Die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge verfügt über einen Fördermittelhaushalt, mit dem integrations- und migrationsbezogene Projekte Zuwendungen erhalten. Zudem agiert die Integrationsbeauftragte als Ansprechpartnerin bei Fragen, die den Migrantenstatus betreffen.

Im Februar 2011 konstituierte sich erstmals ein *Landesintegrationsbeirat* unter der Leitung des damaligen Staatssekretärs im Thüringer Innenministerium. Der 24-köpfige Beirat, der sich unter anderem aus Vertretern von in Thüringen lebenden Migranten, Gewerkschaften, Kirchen und der Landesregierung zusammensetzt, soll zentrale Fragen der Integrationspolitik regelmäßig erörtern und die Landesregierung in allen Fragen der Integration beraten. Dabei kann der Beirat auch selbst Vorschläge für Integrationsmaßnahmen erarbeiten und der Landesregierung vorlegen[761]. Überdies soll der Landesintegrationsbeirat insbesondere an der Fortschreibung der integrationspolitischen Leitlinien mitwirken[762].

Bezüglich der kommunalen Vertretung von Zuwanderern kann nach §26 Abs. 4 der Thüringer Kommunalordnung der Gemeinderat die Bildung eines Ausländerbeirats beschließen[763].

---

[756] URL: http://www.thueringen.de/mam/th4/justiz/organigramm_tmmjv_160111.pdf [Stand 29.01.2016]

[757] URL: https://www.thueringen.de/th4/tmmjv/IntMK/index.aspx [Stand 29.01.2016]

[758] URL: https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/160301_organigramm_tmik.pdf [Stand 29.01.2016]

[759] URL: http://www.thueringen.de/th10/ab/person/index.aspx [Stand 29.01.2016]

[760] URL: http://www.thueringen.de/th10/ab/person/index.aspx [Stand 29.01.2016]

[761] Medieninformation 04/11 des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales, URL: http://www.thueringen.de/th3/tmik/aktuell/veranstaltungen/52883/ [Stand 29.01.2016]

[762] Medieninformation 13/2014 des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales, URL: http://www.thueringen.de/th3/tmik/aktuell/presse/76812/ [Stand 29.01.2016]

[763] Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003. URL: http://landesrecht.thueringen.de/jportal/portal/t/4td/page/bsthueprod.psml;jsessionid=62CD98445EB996C253C92B4011976867.jp15?showdoccase=1&documentnumber=2&numberofresults=176&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-KomOTH2003pG1&doc.part=X&doc.price=0.0#jlr-KomOTH2003rahmen [Stand 29.01.2016]

Integrationsrelevante Nichtregierungsorganisationen

Der vom Thüringer Innenministerium geförderte *Fachdienst für Integration Thüringen* strebt „die Verbesserung von vernetzten Strukturen und die Optimierung von Hilfeleistungen für Drittstaatsangehörige“ an[764], indem eine Abstimmung unter den in der Integrationsarbeit relevanten Akteuren erfolgt. Der Fachdienst bietet für Thüringer Behörden und Kommunen unter anderem eine Dolmetscher-, Kulturmittler- und Referentenbörse, Schulungen zur interkulturellen Kompetenz sowie einen Überblick über integrationsrelevante Ansprechpartner in Thüringen an. Darüber hinaus liegt ein Arbeitsschwerpunkt des *Fachdienstes für Integration* auf der Unterstützung von Drittstaatsangehörigen, beispielsweise in Form von Übersetzungshilfen und der Überwindung alltäglicher Probleme.

4.16.2.2 Schwerpunkte und Grundlagen der Integrationspolitik

Der Freistaat formulierte im Jahr 2009 *Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Integration von Zuwanderern in Thüringen* mit den Schwerpunkten Sprache, Bildung und Ausbildung, berufliche sowie soziale Integration (z.B. Kinder- und Jugendarbeit, gesundheitliche Versorgung, bürgerschaftliches Engagement). „Bezogen auf die jeweiligen Bereiche werden die Ausgangssituationen dargestellt, die zu erreichenden Ziele formuliert und die hierzu notwendigen Handlungsansätze erläutert“[765]. Als Zielgruppe der integrationspolitischen Handlungsfelder werden Personen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus und Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit definiert.

Zudem trat im Januar 2014 die *Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund* des Thüringer Innenministeriums in Kraft. Das Ziel der Förderung besteht in der „Verbesserung von Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, um sie in die Lage zu versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten“[766]. Im Rahmen der Richtlinie erhalten ein- bis dreijährige Maßnahmen eine Zuwendung, die auf eine Stärkung der Kompetenzen der Migranten, eine gleichberechtigte Teilhabe und aktive Partizipation von Thüringern mit Migrationshintergrund, eine Verbesserung der wechselseitigen Akzeptanz, eine Vernetzung der integrationsbezogenen Beratungsdienste oder auf eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den in der Integrationsarbeit relevanten Akteuren abzielen.

---

[764] URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/zentrum/content/fachdienst.htm [Stand 29.01.2016]

[765] Freistaat Thüringen (2009): *Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Integration von Zuwanderern in Thüringen.* Erfurt, S. 5. URL: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/abteilung2/leitlinien_und_handlungsempfehlungen_zuwanderer.pdf [Stand 29.01.2016]

[766] Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2014): *Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.* Erfurt. URL: http://www.thueringen.de/mam/th3/tlvwa/210/richtlinie___anlage_1.pdf [Stand 29.01.2016]

© efms 2016

Die Analyse der thüringischen Koalitionsverträge verdeutlicht, dass sich die Bedeutung der Themen Integration und Migration im Zeitverlauf verlagerte und insbesondere der Regierungswechsel im Jahre 2014 einen großen Aufschwung für die Politikbereiche hervorbrachte. Während den entsprechenden Politikfeldern in der Regierungsperiode von 2009 bis 2014, die durch eine schwarz-rote Koalition vertreten wurde, eine eher geringe Bedeutung eingeräumt wurde[767], ist mit dem rot-rot-grünen Regierungswechsel 2014 ein Schwerpunkt auf die „menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik" gelegt worden: „Am Umgang mit Flüchtlingen und der Integration von Migrantinnen und Migranten bemisst sich die Humanität einer Gesellschaft. Die Achtung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen ist Grundlage der Thüringer Flüchtlingspolitik"[768]. Neben der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen sowie der Sicherstellung des unbürokratischen Zugangs zur medizinischen Versorgung für Asylbewerber und Flüchtlinge wurden unter anderem die Einrichtung einer Clearingstelle für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sowie eine Landesförderung von kommunalen Aufnahme- und Integrationskonzepten als Schwerpunkte der zukünftigen Asylpolitik formuliert. Am 23.April 2015 wurde der bereits in der Koalitionsvereinbarung angestrebte *Thüringer Flüchtlingsgipfel* mit 150 geladenen Vertretern aus Politik, Verbänden, Religionsgemeinschaften und Flüchtlingsorganisationen durchgeführt[769]. Neben einem intensiven Dialog über die zukünftige Gestaltung der Flüchtlingspolitik stellte die Thüringer Landesregierung 20 geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Lebenssituation der Flüchtlinge im Freistaat vor[770]. Zudem richtete die Landesregierung im August 2015 unter der Leitung des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz eine *Task Force Flüchtlinge* ein, „die die besonderen Herausforderungen aufgrund der dramatisch angestiegenen Flüchtlingszahlen zwischen den einzelnen Ministerien noch effektiver koordinieren soll"[771].

Thüringen veröffentlicht - wie die Mehrzahl der anderen Bundesländer - kein eigenes landesweites Integrationsmonitoring.

Integrationspolitik auf kommunaler Ebene

In Thüringen agieren in mehreren kreisfreien Städten und Landkreisen *Ausländer-/Integrations-/Migrationsbeauftragte* als Anlaufstellen für Einzelpersonen bei integrations- und migrationsrelevanten Fragen. „Die Integration der Migranten in der Region zu beför-

[767] Vereinbarung zwischen der CDU Thüringen und der SPD Thüringen über die Bildung einer Koalitionsregierung für die Fünfte Legislaturperiode des Thüringer Landtags (2009): *Starkes Thüringen – innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen.* Erfurt, S. 49.

[768] Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis90/Die Grünen für die 6.Wahlperiode des Thüringer Landtags (2014): *Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch.* Erfurt, S. 25.

[769] URL: http://www.thueringen.de/th4/tmmjv/integration/gipfel/ [Stand 29.01.2016]

[770] URL: http://www.thueringen.de/mam/th4/justiz/migration/massnahmen_der_landesregierung.pdf [Stand 29.01.2016]

[771] Medieninformation des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz vom 12.08.2015, URL: http://www.thueringen.de/th4/tmmjv/aktuelles/medieninformationen/85615/ [Stand 29.01.2016]

dern, Voraussetzungen für ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen sowie unterschiedlichen Gruppen von Ausländern zu schaffen, Verständnis füreinander zu fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken ist ein Ziel, das durch unterschiedliche Konzepte der AB [Ausländerbeauftragten] in den Regionen umgesetzt wird“[772].

4.16.2.3 Integrationspolitische Ausgaben[773]

Der Freistaat Thüringen investierte im Jahr 2014 insgesamt 24,4 Millionen Euro in integrationspolitische Vorhaben (Tabelle 35). Daraus ergibt sich ein relativer Anteil am Gesamthaushalt von 0,27%, womit sich das Flächenland im bundesweiten Vergleich auf den hinteren Rängen positioniert. Im Jahr 2015 stiegen die integrationspolitischen Ausgaben mit 87,5 Millionen Euro auf einen relativen Anteil am Landeshaushalt von 0,94% deutlich an; allerdings lag der Anteil integrationspolitischer Aufwendungen am thüringischen Gesamthaushalt unter dem Bundesdurchschnitt von 0,98%.

Tabelle 35: Integrationspolitische Ausgaben in Thüringen 2014/2015

	Integrationspolitische Ausgaben (in €)	Gesamtausgaben (in €)	Relativer Anteil (in %)
2014			
Thüringen	24,4 Mio.	9,0 Mrd.	0,27
Bundesdurchschnitt	107,8 Mio.	22,5 Mrd.	0,44
2015			
Thüringen	87,5 Mio.	9,3 Mrd.	0,94
Bundesdurchschnitt	299,2 Mio.	23,2 Mrd.	0,98

Quelle: Haushaltspläne des Landes Thüringen, eigene Berechnungen

4.16.2.4 Antidiskriminierungspolitik

Unter der schwarz-roten-Regierung (2009-2014) wurde das Amt des *Landesbeauftragten für das Zusammenleben der Generationen* im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit eingeführt, dass zwischen 2013 bis 2015 als zentraler Ansprechpartner der Landesregierung für Antidiskriminierung agierte. Mit dem Regierungswechsel erfolgte allerdings eine Auflösung des Amtes, wodurch derzeit weder ein zentraler Ansprechpartner noch eine vom Land geförderte Einrichtung im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit tätig ist.

[772] URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/ab.htm [Stand 29.01.2016]

[773] Eine Auflistung der Aufwendungen, aus denen sich die hier einbezogenen integrationspolitischen Ausgaben zusammensetzen, kann dem Anhang entnommen werden (Tabelle 63).

© efms 2016

Im Bereich der Antidiskriminierungspolitik des Freistaats gilt es das *Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk bunt)* hervorzuheben, dass dem Schutz der demokratischen Grundordnung und der Menschenwürde dient. „Zugleich sind die Aktivierung und Unterstützung der Zivilgesellschaft, vor allem zur unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seinen Ideologieelementen, die Entwicklung und Förderung partizipativ-demokratischer und pluraler Alltagskulturen sowie die gezielte Förderung präventiver Maßnahmen in Erziehung, Bildung und Ausbildung unabdingbar“[774]. Im Rahmen der entsprechenden Richtlinie *Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* werden unter anderem lokale Aktionspläne, die „die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor Ort stärken sollen“ sowie Maßnahmen, die auf eine Aktivierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie deren Kooperationen mit staatlichen Organisationen abzielen, gefördert[775].

Ferner unterzeichnete im Juni 2013 das Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge die *Charta der Vielfalt*[776]; im Mai 2013 trat Thüringen als siebtes Bundesland der *Koalition gegen Diskriminierung* bei[777]. „Die Unterzeichner der ‚Koalition gegen Diskriminierung’ machen mit ihrer Unterschrift deutlich, dass sie entschieden gegen Diskriminierung vorgehen, Beratungsmöglichkeiten vor Ort verbessern und gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung entwickeln wollen“[778].

[774] Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2015): *Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.* Erfurt, S. 9. URL: http://denkbunt-thueringen.de/landesprogramm/ [Stand 29.01.2016]

[775] Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (2014): *Neufassung der Richtlinie „Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“.* Erfurt. URL: http://denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2015/11/F%C3%B6rderrichtline_DenkBunt.pdf [Stand 29.01.2016]

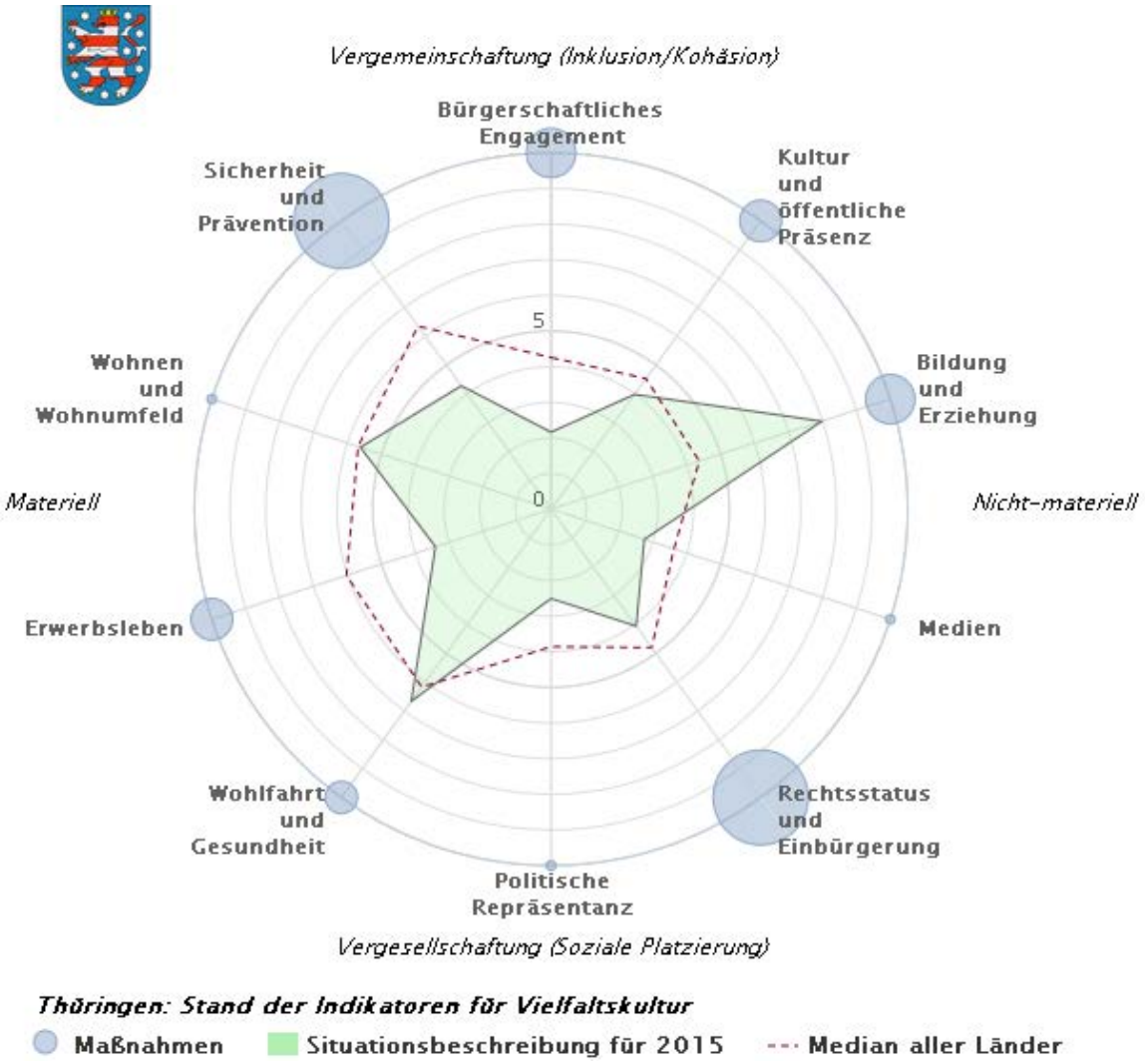
[776] URL: http://www.charta-der-vielfalt.de/unterzeichner/unterzeichner-der-charta-der-vielfalt/zeige/buero-der-auslaenderbeauftragten.html [Stand 29.01.2016]

[777] Gesemann, F. und Roth, R. (2015): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S.127.

[778] URL: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/_Archiv/2013/Thuringen_ADS_20130508.html;jsessionid=84EAA463793B27D4CAE85107ABC2C68C.2_cid340?nn=6572756 [Stand 29.01.2016]

4.16.3 Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt: Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse

Abbildung 18: Umgang mit Vielfalt in Thüringen



Quelle: eigene Darstellung

4.16.3.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Situationsanalyse

Der Freistaat Thüringen belegt in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* mit einem composite indicator von 4,0 den zwölften Rang aller Länder. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die niedrige Akzeptanz der thüringischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt zurückzuführen. So ergibt sich bei den befragten Thüringern, die keinen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund in ihren sozialen Verkehrskreisen aufweisen, eine im Ländervergleich eher ablehnende Einstellung zu Migranten im sozialen Umfeld (Rang 14). Demgegenüber erzielt das Bundesland bei der Messung des Vorhandenseins von regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund - in Rela-

© efms 2016

tion zum Migrantenanteil des jeweiligen Bundeslandes - den höchsten transformierten Skalenwert.

Zudem weist der Freistaat die niedrigste Akzeptanz aller Länder gegenüber religiöser Vielfalt im öffentlichen Raum auf: 37,3% der befragten thüringischen Mehrheitsbevölkerung sind der Meinung, dass es in Deutschland keine Moscheen geben sollte. 26,3% der Befragten teilen die Ansicht, dass Moscheen in der Öffentlichkeit nicht so sichtbar sein sollten und 36,4% befürworten die öffentliche Sichtbarkeit von Moscheen. Weiterhin zeigt sich für Thüringen der niedrigste Transformationswert bezüglich der kulturellen Veränderung der Gesellschaft durch Einwanderung. 22,2% der befragten Mehrheitsbevölkerung geben an, dass die Gesellschaft in Folge der Migrationsprozesse kulturell ärmer geworden sei (Deutschland: 12,0%). Einer kulturellen Bereicherung durch Einwanderung stimmen nur knapp die Hälfte (49,9%) der befragten Thüringer zu (Deutschland: 60,0%).

Dagegen sind die kulturellen Berufsfelder des Freistaats durch eine hohe Vielfalt geprägt: Thüringen erzielt den höchsten Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in darstellenden und unterhaltenden Berufen in Relation zum Migrantenanteil des Landes. Hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe von Personen mit und ohne Migrationshintergrund an kulturellen Veranstaltungen ist Thüringen im Mittelfeld einzuordnen (Rang 8).

Maßnahmenanalyse

In der ländervergleichenden Maßnahmenauswertung zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* liegt der Freistaat Thüringen im Mittelfeld des Bundesvergleichs. Bei dem identifizierten Schlüsselprojekt handelt es sich um eine umfangreiche *Referenten- und Kulturmittlerbörse*, die seit 2005 durch das Zentrum für Integration und Migration koordiniert wird. Kulturmittler „sind ausländische Personen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die zum Beispiel über das Leben, Traditionen, Religionen fremder Länder berichten“[779].

4.16.3.2 Bildung und Erziehung

Situationsanalyse

Thüringen rangiert in der Dimension *Bildung und Erziehung* im oberen Bereich des Ländervergleichs auf dem dritten Rang. So zeigt sich unter anderem für die Bildungsindikatoren (Gegenüberstellung der Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss nach dem Migrationshintergrund, Gegenüberstellung der Personen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife nach dem Migrationshintergrund als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss) eine Platzierung im oberen Länderfeld (jeweils Rang 3). Bei dem Vergleich des Fachhoch-/Hochschulabschlusses - als höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss - zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund erzielt der Freistaat den zweiten Rang.

[779] URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/boerse.htm [Stand 29.01.2016]

Darüber hinaus ist die erfahrene Diskriminierung im schulischen Bereich im deutschlandweiten Vergleich eher niedrig zu bewerten (Rang 4): Während 12,9% der thüringischen Befragten mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt worden sind, liegt der Bundesdurchschnitt mit 18,1% deutlich darüber.

Ein ebenfalls positiver Wert resultiert aus der Betrachtung des Indikators zur Messung der interkulturellen Öffnung bildungsbezogener Berufe, bei dem der Freistaat im oberen Mittelfeld auf dem fünften Rang einzuordnen ist.

Maßnahmenanalyse

Bei der Analyse der landesweiten Maßnahmen zur Förderung der Vielfaltskultur im Bereich *Bildung und Erziehung* zeigt sich für den Freistaat Thüringen ein im Ländervergleich unterdurchschnittliches Ergebnis. Allerdings gilt es das Projekt *Transfer und Bildung – Trabi 2020*, welches im Jahr 2014 auslief, als Schlüsselaktivität besonders hervorzuheben. Dieses beinhaltete zwei zentrale Komponenten: Das aus einer sechsmonatigen Qualifizierung bestehende Bildungsprojekt zielte auf eine Verbesserung der Sprachkompetenzen von Drittstaatsangehörigen in Thüringen und deren Chancen zur beruflichen Integration ab. Neben einem Sprachmodul wurde unter anderem ein Bildungsmodul mit Informationen über das deutsche Bildungssystem und den darin enthaltenen individuellen Möglichkeiten angeboten. Ferner erfolgten im Rahmen der Qualifizierung eine Biografiearbeit (z.B. Bewerbungstraining) und eine Stärkung der kulturübergreifenden Kompetenzen. Den zweiten Projektbaustein stellte die Vernetzungs- und Transferarbeit dar, welche Vernetzungstreffen, Fortbildungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch umfasste[780].

4.16.3.3 Medien

Thüringen ist neben Sachsen und Sachsen-Anhalt der Landesrundfunkanstalt des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) zuzuordnen, bei der die Daten für die Indikatoren zur Messung der Vielfalt in den Medien sowie der Medienpolitik erhoben wurden. Im Hinblick auf den Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund - zur Darstellung der Vielfalt in den Medien - belegt der MDR den letzten Rang im deutschlandweiten Vergleich. Zudem erreicht Thüringen den vorletzten Rang aller Länder bezüglich der Vielfalt in der Medienpolitik: Lediglich 2,3% der Rundfunkratsmitglieder des MDR besitzen einen Migrationshintergrund.

Demgegenüber positioniert sich der Freistaat bei der Interkulturalität in der Mediendarstellung im oberen Bereich des bundesweiten Vergleichs (Rang 3). 46,2% der befragten thüringischen Mehrheitsbevölkerung sind der Meinung, dass die medialen Berichte dabei helfen, einen Eindruck von der Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund zu erhalten (Deutschland: 40,6%).

[780] URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/trabi.htm [Stand 29.01.2016]

© efms 2016

Insgesamt rangiert der Freistaat Thüringen in der Dimension *Medien* im Mittelfeld des Ländervergleichs auf dem zehnten Rang. Allerdings wurden keine landesweiten Maßnahmen identifiziert, die einen Beitrag zur Stärkung der Vielfaltskultur im Bereich *Medien* leisten.

4.16.3.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Situationsanalyse

Der Freistaat Thüringen ist in der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* dem Mittelfeld des Ländervergleichs zuzuordnen (Rang 11). Eine Auffälligkeit besteht allerdings in dem niedrigen Anteil an Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht, der mit 28,1% deutlich unter dem deutschlandweiten Wert von 56,3% liegt. Damit belegt der Freistaat - nach Sachsen-Anhalt (27,4%) – den vorletzten Rang aller Länder. Überdies weist das Bundesland die niedrigsten Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen in Relation zu den Empfängern auf.

Demgegenüber erzielt der Freistaat mit einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von 3,2% den vierten Rang aller Länder (Deutschland: 2,2%). Sowohl beim Anteil an dezentral untergebrachten Asylsuchenden (Rang 7) als auch beim Anteil an Einbürgerungen mit fortbestehender, bisheriger Staatsangehörigkeit von Drittstaatsangehörigen (Rang 7) rangiert das Flächenland Thüringen im Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs.

Maßnahmenanalyse

Hinsichtlich der landesweiten Maßnahmen im Bereich *Rechtsstatus und Einbürgerung* erzielt der Freistaat Thüringen den achten Rang aller Länder. Allerdings wurden keine Landesaktivitäten als Schlüsselprojekte ausgewählt.

4.16.3.5 Politische Repräsentanz

Situationsanalyse

Während Thüringen - gemeinsam mit dem Saarland und Sachsen-Anhalt - den niedrigsten Anteil an Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund aufweist, liegt der Anteil unter den Landtagskandidaten im mittleren Bereich des Ländervergleichs auf dem sechsten Rang. Allerdings zeigt sich seitens der thüringischen Mehrheitsbevölkerung eine geringe Akzeptanz gegenüber der politischen Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund (Rang 15): 15,5% der Befragten ohne Migrationshintergrund lehnen die politische Beteiligung von Migranten als Gemeinderäte oder Abgeordnete ab. Rund ein Drittel (29,4%) steht der politischen Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund neutral gegenüber und lediglich 55,1% der befragten thüringischen Mehrheitsbevölkerung befürworten das politische Engagement von Migranten. Bezüglich der Gegenüberstellung der politischen Beteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen ist das Flächenland im mittleren Bereich des Ländervergleichs einzuordnen (Rang 7).

Mit einem composite indicator von 2,5 (Median: 3,9) belegt der Freistaat den vorletzten Rang in der Dimension *politische Repräsentanz.*

Maßnahmenanalyse

In Thüringen werden keine landesweiten Maßnahmen zur Förderung der *politischen Repräsentanz* durchgeführt, die einen Vielfaltsbezug aufweisen. Allerdings stellt der Freistaat damit keine Ausnahme dar: In sechs weiteren Bundesländern gibt es keine landesweiten Projekte, die zur *Förderung der politischen Repräsentanz* von Personen mit Migrationshintergrund beitragen.

4.16.3.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Situationsanalyse

Das Bundesland weist nicht nur in den berufsbezogenen Indikatoren der Dimensionen *Kultur und öffentliche Präsenz* sowie *Bildung und Erziehung* Spitzenwerte auf, sondern erzielt zudem den höchsten Transformationswert bei der Interkulturalität im Gesundheitssystem, die anhand des Anteils an Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen in Relation zum Migrantenanteil des jeweiligen Bundeslandes, operationalisiert wird.

Bei der Gegenüberstellung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund stellt das Flächenland das Schlusslicht des Ländervergleichs dar. Hinsichtlich der vergleichenden Variable zur Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung erzielt der Freistaat dagegen den höchsten transformierten Skalenwert.

Insgesamt positioniert sich der Freistaat Thüringen mit einem composite indicator von 6,7 in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* auf dem fünften Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

Das Flächenland Thüringen ist bezüglich der ländervergleichenden Maßnahmenanalyse in der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* im unteren Bereich einzuordnen.

4.16.3.7 Erwerbsleben

Situationsanalyse

Thüringen belegt in der Dimension *Erwerbsleben* den vierzehnten Rang aller Länder. Für den Freistaat zeigt sich unter anderem eine geringe interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes und eine im Ländervergleich eher hohe Differenz der Erwerbstätigenquoten nach dem Migrationshintergrund (jeweils Rang 12).

Ferner deuten die Daten auf hohe arbeitsmarktbezogene Diskriminierungserfahrungen von Thüringern mit Migrationshintergrund hin. Die aufgrund der Herkunft erfahrene Benachteiligung ist insbesondere am Arbeitsplatz im Ländervergleich sehr hoch (Rang 15): 29,5% der

© efms 2016

thüringischen Befragten mit Migrationshintergrund haben schon einmal die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft am Arbeitsplatz benachteiligt worden zu sein (Deutschland: 16,6%). Bezüglich der herkunftsbedingten Diskriminierungserfahrungen bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche rangiert der Freistaat im Mittelfeld aller Länder (Rang 11).

Maßnahmenanalyse

Bei der Maßnahmenanalyse für die Dimension *Erwerbsleben* ergibt sich für Thüringen ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Das Projekt *BLEIBdran - Berufliche Perspektiven für Flüchtlinge in Thüringen*, welches als Schlüsselmaßnahme identifiziert wurde, „ist ein Netzwerkverbund verschiedener Thüringer Träger im Handlungsschwerpunkt ‚Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen' (IvAF) der ESF-Integrationsrichtlinie Bund und besteht aktuell aus sieben Teilprojekten, die bei sechs Trägern angesiedelt sind"[781]. Ziel ist es, ein Beratungsnetzwerk für Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aufzubauen, in dem die Kompetenzen aller Akteure gebündelt werden. Hierzu erfolgt unter anderem eine Bestandsaufnahme der beruflichen Qualifikationen, um zielgerichtete Bewerbungsstrategien zu erarbeiten. Eine Unterstützung der Flüchtlinge bei der Integration in den Arbeitsmarkt soll unter anderem durch eine Berufsberatung, Berufsorientierungskurse und durch ein Bewerbungscoaching erreicht werden. Neben den arbeitsmarktrelevanten Bereichen ist auch eine soziale Beratung, insbesondere in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen, Bestandteil des Projektes. Des Weiteren werden im Rahmen des Beratungsnetzwerks Schulungen für Berater und Multiplikatoren angeboten, beispielsweise zum Aufenthaltsrecht und zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse[782].

4.16.3.8 Wohnen und Wohnumfeld

Der Freistaat Thüringen ist durch eine geringe Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Vielfalt im Wohnumfeld gekennzeichnet (Rang 15). Konträr zu diesem Ergebnis ist die erfahrene Diskriminierung bei der Wohnungssuche im Ländervergleich sehr gering: Lediglich 4,3% der thüringischen Befragten mit Migrationshintergrund haben schon einmal die Erfahrung gemacht, aufgrund ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt worden zu sein. Damit liegt der Anteil erfahrener Diskriminierung in Thüringen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 20,0% auf dem zweiten Rang aller Länder. Eine ebenfalls positive Situation zeigt sich sowohl bei der Wohnfläche als auch der Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Der Freistaat weist mit rund 9,9 Quadratmetern den drittniedrigsten Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der Wohnfläche auf. Zudem zeigen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels, dass Personen mit Migrationshintergrund eine größere Zufriedenheit mit ihrer Wohnsituation aufweisen als die thüringische

[781] URL: http://www.ibs-thueringen.de/projekte/ivaf-netzwerk-bleibdran/ [Stand 29.01.2016]

[782] URL: http://fluechtlingsrat-thr.de/projekte/bleibdran und URL: http://www.ibs-thueringen.de/projekte/ivaf-netzwerk-bleibdran/ [Stand 29.01.2016]

Mehrheitsbevölkerung. Mit einer Differenz von 0,13[783] zugunsten der Migranten erzielt der Freistaat Thüringen - nach dem Flächenland Brandenburg - den zweithöchsten transformierten Skalenwert. Einen negativen Ausreißer stellt die Gegenüberstellung der Eigentümerquote dar: Thüringen besitzt - nach Mecklenburg-Vorpommern - die zweithöchste Differenz in der Eigentümerquote zum Nachteil der Migranten.

Insgesamt ist der Freistaat Thüringen in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* im Mittelfeld auf dem neunten Rang aller Länder einzuordnen.

4.16.3.9 Sicherheit und Prävention

Situationsanalyse

In Thüringen liegt der Anteil an registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl relativ hoch (Rang 13). Demgegenüber beläuft sich der Aufklärungsanteil der politisch rechtsmotivierten Gewalttaten auf 86,0%, womit der Freistaat den vierten Rang im Ländervergleich erzielt. Ein negatives Ergebnis stellt der hohe Grad an Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass seitens der thüringischen Befragten mit Migrationshintergrund dar (Rang 14).

Ferner belegen die Daten, dass insbesondere die institutionelle Diskriminierung durch die Polizei in Thüringen vergleichsweise niedrig liegt: Rund 3,7% der Thüringer Befragten mit Migrationshintergrund haben schon einmal herkunftsbedingte Benachteiligungen bei der Polizei erfahren (Deutschland 9,2%). Aus diesem im Ländervergleich niedrigen Anteil erfahrener Diskriminierung resultiert für Thüringen der dritte Rang aller Länder. Im Hinblick auf die institutionelle Diskriminierung auf Ämtern/Behörden und der Alltagsdiskriminierung ist das Flächenland jeweils im Mittelfeld (jeweils Rang 11) einzuordnen.

Insgesamt positioniert sich das Land Thüringen in der Analyse der Ausgangssituation der Dimension *Sicherheit und Prävention* auf dem zwölften Rang aller Länder.

Maßnahmenanalyse

In der ländervergleichenden Analyse der Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention* erreicht der Freistaat Thüringen ein durchschnittliches Ergebnis. Darüber hinaus wurden zwei landesweite Aktivitäten als Schlüsselmaßnahmen klassifiziert: Neben dem *Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* (siehe Abschnitt 4.16.2.4), wurde das Projekt *KoPa-Kompetente Parlamente* als besonders hervorzuhebende Maßnahme ausgewählt. Das vom Verein Mobit e.V. durchgeführte Projekt zielt darauf ab, kommunalpolitische Akteure „durch spezifische und individuelle Beratungs- und Bildungsangebote

[783] Angabe der Mittelwertdifferenz

© efms 2016

im Themenfeld der extremen Rechten zu sensibilisieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen“[784].

4.16.3.10 Bürgerschaftliches Engagement

Situationsanalyse

Das Flächenland Thüringen bildet in der Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* mit einem composite indicator von rund 2,2 das Schlusslicht im Ländervergleich. Neben der geringen Akzeptanz gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement seitens der thüringischen Mehrheitsbevölkerung (Rang 13) – operationalisiert anhand der Zustimmung, Migranten für ein freiwilliges Engagement zu ermutigen – belegt der Freistaat den vorletzten Rang bei der Gegenüberstellung der ehrenamtlichen Beteiligung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Während 4,0% der thüringischen Migranten regelmäßig ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ausüben, liegt der Anteil unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 16,3%.

Maßnahmenanalyse

Für die Dimension des *bürgerschaftlichen Engagements* wurde in Thüringen nur eine geringe Anzahl landesweiter Maßnahmen - ohne Schlüsselfunktion - identifiziert, die für die Zielsetzung des Vielfaltsmonitors relevant sind. Insgesamt ist das Flächenland damit im unteren Bereich des Ländervergleichs einzuordnen.

4.16.4 Kurzfazit

Die Ergebnisse der Situationsanalyse belegen, dass der Freistaat Thüringen einen tendenziell moderaten Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt aufweist. Lediglich in der Dimension *Bildung und Erziehung* erreichte das Flächenland sehr gute Werte in der Ausgangssituation. Dagegen zeigte sich eine niedrige Akzeptanz der thüringischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber ethnischer sowie religiöser Vielfalt im privaten und öffentlichen Raum, bei der politischen Repräsentanz, im Wohnumfeld und im bürgerschaftlichen Engagement.

Demgegenüber belegen die Daten, dass das Flächenland durch eine hohe Interkulturalität in den dimensionsspezifischen Berufsfeldern (darstellende / unterhaltende, bildungsbezogene und medizinische Berufe sowie im öffentlichen Dienst) gekennzeichnet ist. Zudem liegt die aufgrund der Herkunft erfahrene Diskriminierung im schulischen Bereich, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche und der Polizei im Ländervergleich sehr niedrig.

[784] URL: http://www.kompetente-parlamente.de/ [Stand 29.01.2016]

Ein mäßiges Bild zeigt die Maßnahmenanalyse: In sechs von neun Dimensionen weist das Flächenland unterdurchschnittliche Werte auf; in keiner Dimension liegt die Anzahl landesweiter Maßnahmen über dem gesamtdeutschen Median.

Tabelle 36: Übersicht der Ergebnisse der Situations- und Maßnahmenanalyse für Thüringen

Dimension	Situation: CI *Rang*	Maßnahmen *Rang*
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,0** *12*	*11*
Bildung und Erziehung	**8,0** *3*	*13*
Medien	**2,8** *10*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**4,1** *11*	*8*
Politische Repräsentanz	**2,5** *15*	*10*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,7** *5*	*12*
Erwerbsleben	**3,4** *14*	*12*
Wohnen und Wohnumfeld	**5,6** *9*	
Sicherheit und Prävention	**4,3** *12*	*7*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,2** *16*	*12*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

5 Typologie der Länder

Der Vielfaltsmonitor strebt an, den Umgang mit ethnischer sowie religiöser Vielfalt in den einzelnen Bundesländern anhand von intersubjektiv nachvollziehbaren, messbaren Größen auf der Grundlage des Konzepts der Lebensqualität in zehn zentralen Dimensionen darzustellen. Für jede dieser Dimensionen wurden Indikatorvariablen identifiziert, die über bestimmte Aspekte des Umgangs mit Vielfalt in den einzelnen Bundesländern Auskunft geben. Diese Befunde wurden in den einzelnen Länderprofilen der vorherigen Kapitel vorgestellt.

Dieses Kapitel soll eine systematische Analyse über alle Bundesländer leisten und insbesondere eine durch Daten fundierte Typologie entwickeln: Lassen sich einzelne Bundesländer mit ähnlichen Befunden zu Gruppen zusammenfassen, und wodurch sind diese Gruppen charakterisiert? Worin unterscheiden sie sich hinsichtlich ihres Umgangs mit Vielfalt?

Eine derartige Typologie kann – gemeinsam mit der inhaltlichen Diskussion der einzelnen Länderprofile - Hinweise darauf geben, welche Faktoren aus Wirtschaft, Politik, Geschichte und Struktur der einzelnen Länder einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt fördern oder auch begrenzen. Dazu bietet sie mit ihrer bundesweit vergleichenden Analyse – zusätzlich zu der qualitativen Analysen der einzelnen Länderprofile – Grundlagen für ein tieferes Verständnis des Umgangs mit Vielfalt in den einzelnen Ländern.

5.1 Vorgehen bei der Typologisierung der Länder anhand der Situation

Die composite indicator (CI) für die zehn Dimensionen von Lebensqualität in einer vielfältigen Gesellschaft beruhen auf insgesamt 45 Einzelindikatoren, von denen jeder einer Dimension und einem der Unterbereiche dieser Dimension zugeordnet ist.

Zur Entwicklung einer Typologie auf Basis verlässlicher Daten müssen diese Kennzahlen untereinander und zwischen Ländern vergleichbar sein. Die zehn composite indicator der Dimensionen charakterisieren zwar hinreichend die Situation in einzelnen Ländern; für den Vergleich aller Länder mit ihren komplexen Unterschieden sind sie aber zu abstrakt und mitteln potentiell relevante Unterschiede in der Datengrundlage aus. Dies war aus der Analyse der den zehn composite indicator zugrundeliegenden 45 Indikatorenvariablen hinsichtlicher ihrer Kovarianz deutlich. Diese vertiefende Analyse, inwieweit einzelne Indikatorvariablen dimensionsübergreifend miteinander korrelieren, ergab auch Hinweise darauf, wie ihre Werte hinsichtlich des generellen Umgangs mit Vielfalt interpretiert werden können.

Für die Erstellung einer Typologie der Länder wurde das Verfahren der Clusteranalyse gewählt, das die 16 Bundesländer in einem iterativen Prozess anhand der Ähnlichkeit einzelner Länder auf allen einbezogenen Variablen in Gruppen (Cluster) unterteilt. Das gewählte Verfahren der Clusteranalyse fasst schrittweise Länder anhand dieser Variablen so zu Clustern zusammen, dass die Varianzen über alle Variablen zwischen den Ländern der entstandenen Clusteraufteilung zunehmend minimiert werden. Dieser Rechenprozess wird solange wiederholt, bis schließlich jedes Land ein eigenes Cluster bildet; auf den Zwischenstufen

fächern sich die Cluster ähnlicher Länder immer weiter auf, so dass die zusammengefassten Länder in den einzelnen Clustern des jeweiligen Zwischenschnitts immer mehr Gemeinsamkeiten aufweisen oder sogar nur noch aus einem Land bestehen, das auf dieser Stufe zuwenig Gemeinsamkeiten mit einem oder mehreren anderen Ländern hat.

Für diese Clusteranalyse wurden nur die 45 Indikatorvariablen der Situationsanalyse auf den zehn Dimensionen verwendet (Tab. 1), die mittels z-Standardisierung länder- und dimensionsübergreifend vergleichbar gemacht waren. Jede der zehn Dimensionen wurde gleichwertig berücksichtigt, indem zu einer Dimension gehörige einzelne Indikatorvariablen anteilig gewichtet wurden. Variablen, deren Werte invers zu einem guten Umgang mit Vielfalt verliefen (zum Beispiel die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen), wurden invertiert, damit positive Werte inhaltlich durchgängig einen guten Umgang mit Vielfalt anzeigen. Das Ergebnis der Clusteranalyse[785] ergab ein gemäß den Befunden der einzelnen Länderprofile (Kapitel 4) plausibles Bild (Abbildung 19). Diese Gruppierung der Länder blieb auch bei testweisen Variationen (Nichtberücksichtigung einzelner Variablen mit methodischen Problemen wie geringe Fallzahlen oder möglichen Verzerrungen, Gewichtungsänderungen innerhalb einer Dimension) weitgehend stabil. Auch die bei der abschließenden Auswertung vorgenommenen Änderungen zur Optimierung der Konstruktvalidität (Gewichtung der Repräsentanz von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Berufsgruppen mit dem Anteil an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund des jeweiligen Bundeslands, keine Wichtung der Indikatoren zu sozialen Verkehrskreisen bei Einheimischen hinsichtlich der Kontaktart[786], Aktualisierung einiger Indikatorvariablen auf Ende 2016 verfügbar gewordene neue amtliche Daten[787] hatte keine Veränderungen bei der Zuordnung der Länder zu Clustern zur Folge, lediglich im Ablauf der Iterationsschritte erfolgten bei einigen Ländern die Zuordnung etwas eher oder später.

Das Ergebnis der Clusteranalyse über die Indikatorvariablen zur Situationsbeschreibung zum Umgang mit Vielfalt in den zehn Dimensionen von Lebensqualität wird in Abbildung 19 dargestellt; die Grafik stellt als horizontales Baumdiagramm die sechzehn Bundesländer von rechts nach links mit zunehmender Differenzierung nach Ähnlichkeit in allen 45 Variablen dar. Je weiter links die Aufteilung der Cluster erfolgt, desto ähnlicher sind sich die einbezogenen Länder; am linken Rand bildet jedes Bundesland schließlich ein eigenes Cluster. Die vertikale Anordnung der Bundesländer hat keine inhaltliche Bedeutung, sie entsteht durch die alphabetische Sortierung und den Aufspaltungen in den einzelnen Iterationsschritten. Bei der Analyse der für die Clusterungsergebnisse verwendeten Indikatorvariablen zeigte sich, dass bei vier Clustern typische Gemeinsamkeiten der zugeordneten Länder bereits sehr

[785] Methode nach Ward, quadrierte euklidische Distanz

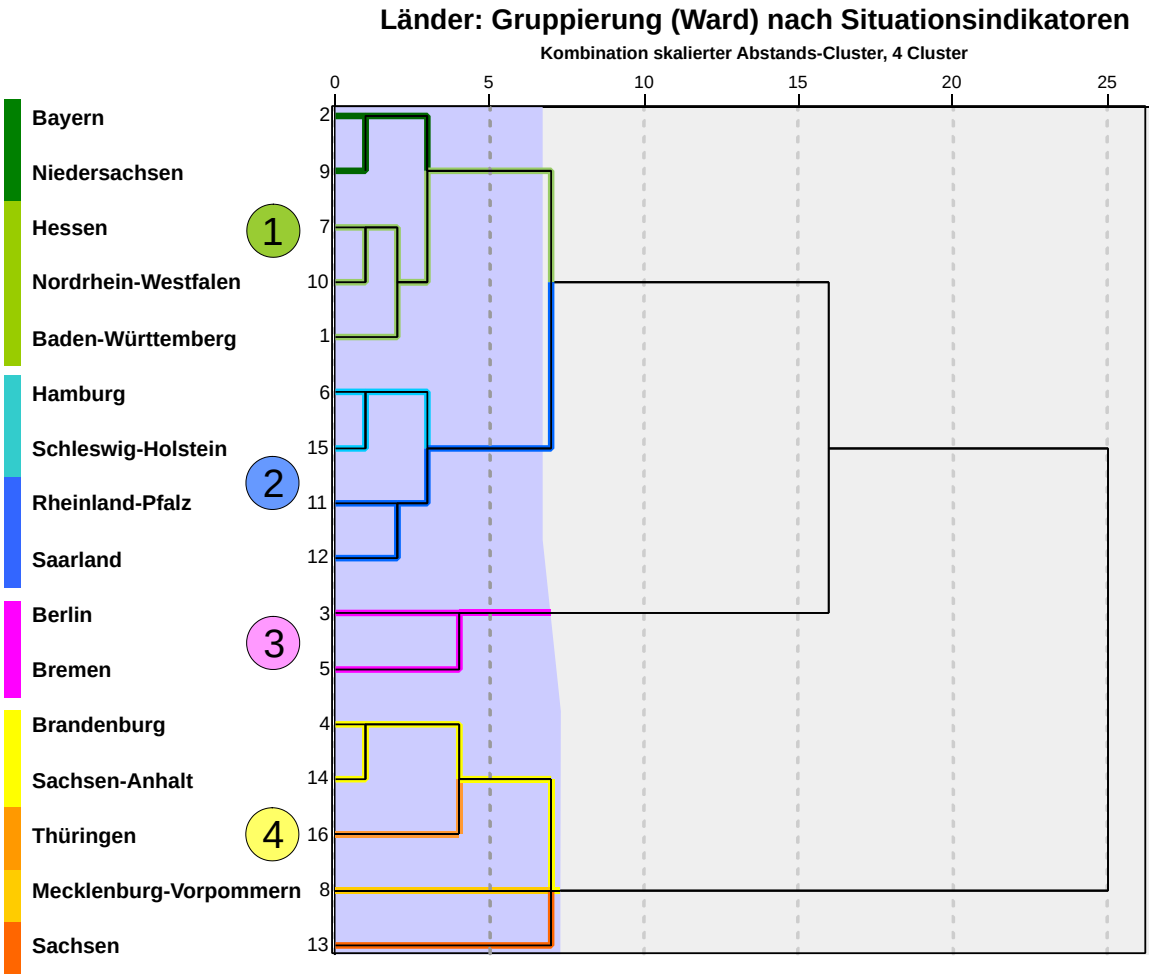
[786] Ursprünglich angestrebte Wichtung mit Kontaktart (Ehe-/Lebenspartner, Freund, Familienmitglied) unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen konnte methodologisch nicht hinreichend abgesichert werden.

[787] Anteil Wohnbürger mit MIgrationshintergrund; ausgeschöpftes Einbürgerungspotential; Wohnungsquote und Nettoausgaben bei/für Asylbewerber (letztere mit neuem Berechnungsverfahren pro Bewerber).

© efms 2016

gut deutlich wurden, und verbleibende Unterschiede innerhalb der vier Cluster plausibel nachvollziehbar waren. Die Länder der vier Cluster sind jeweils in verschiedenen Grundfarben hervorgehoben, relevante Differenzierungen innerhalb der einzelnen Cluster werden durch unterschiedliche Farbtöne markiert.

Abbildung 19: Typologisierung der Ländersituationen mit Clusteranalyse



Quelle: eigene Darstellung

Als erstes Ergebnis dieses Arbeitsschritts konnte festgestellt werden, dass die Clusteranalyse zu einer nach der qualitativen Analyse der einzelnen Länderprofile plausiblen Typologisierung der Bundesländer führte; diese Typologie entstand auf der rein quantitativen Grundlage der Situationsbeschreibung mit 45 Indikatorvariablen und ihrer Zuordnung zu den zehn Dimensionen von Lebensqualität im Umgang mit Vielfalt mit einem statistischen Berechnungsverfahren. Damit lässt sich erstens festhalten, dass sich die Bundesländer hinsichtlich ihres Umgangs mit Vielfalt systematisch unterscheiden (Korrelationen der Zuordnung mit einigen unabhängigen sozioökonomischen und soziodemographischen Kenndaten der Länder); zweitens spricht die Plausibilität dieser Typologisierung anhand der qualitativen Analyse von Struktur- und Politikmerkmalen in den Länderprofilen auch für die Validität der zur Operationalisierung der Dimensionen verwendeten Indikatorvariablen.

Das Ergebnis dieser Clusteranalyse allein gibt jedoch noch keine hinreichenden Erkenntnisse über die inhaltlichen Sachverhalte hinsichtlich des Umgangs mit Vielfalt, nach denen sich die Ländergruppen auf den unterschiedlichen Differenzierungsebenen unterscheiden und sich die Länder in ihren gemeinsamen Clustern ähneln. Bereits die Beschreibung der einzelnen Länder anhand der composite indicator Werte auf den einzelnen Dimensionen hatte gezeigt, dass jedes Land typische Stärken und Schwächen im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt in den verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität aufweist. Es war also zu erwarten, dass die Unterschiede und Ähnlichkeiten bei der Clusterbildung anhand der zugrunde liegenden 45 Indikatorvariablen ein mindestens ebenso komplexes Bild an spezifischen Stärken und Schwächen der einzelnen Länder und Ländertypen ergeben.

Daher wurde in einem zweiten Schritt eine explorative Diskriminanzanalyse[788] auf drei ausgewählten Querschnitten der Clusterung durchgeführt (4, 6 und 9 Ländercluster). Diese untersucht, welche der einbezogenen Variablen am besten die Zuordnung eines Landes zu einer bestimmten Gruppe (hier Cluster) vorhersagen können. Die Diskriminanzanalyse minimiert jedoch die Zahl der zu dieser Prognose verwendeten Variablen und liefert keine verwertbaren Aussagen über die Breite aller einbezogenen Variablen. Für diese Fragestellung – auf welchen aller einbezogenen Variablen haben die Länder in den einzelnen Clustern Gemeinsamkeiten, und in welchen unterscheiden sie sich neben diesen dominierenden Ähnlichkeiten – ist wegen der hohen Komplexität derzeit noch keine direkte mathematische Lösung verfügbar. Daher musste die Analyse manuell anhand der Gruppenstatistiken jedes Clusters für alle einbezogenen 45 Indikatorvariablen durchgeführt werden, die im Zug der Diskriminanzanalyse berechnet werden (Gruppenmittelwert und Standardabweichung). Die Tabellen der Gruppenstatistiken für jedes Cluster wurden in Excel exportiert und systematisch ausgewertet. Kriterien für die inhaltliche Berücksichtigung einer einzelnen Indikatorvariablen waren die Ähnlichkeit der Clustermitglieder auf dieser Variable (geringe Standardabweichung) und besondere Werte dieser Variable im Clusterdurchschnitt (deutlich positiver oder negativer Clustermittelwert). Mittels der Auswertung dieser aufbereiteten Tabellen konnten wesentliche gemeinsame Charakteristika der Länder in den einzelnen Clustern auf den verschiedenen Querschnitten (4, 6 und 9 Cluster) herausgearbeitet werden. Dazu wurden auch Indikatorvariablen, in denen sich Länder eines Clusters unterscheiden, identifiziert, weil diese Unterschiede neben dominierenden Ähnlichkeiten zu unterschiedlichen Clusterzuordnungen auf den nächsten untersuchten Stufen (6 und 9 Cluster) führten.

In den einzelnen Länderprofilen wurde für jedes Land eingangs eine Auswahl von Struktur- und Politikmerkmalen diskutiert, bei denen ein Einfluss auf die Situation des Umgangs mit Vielfalt in dem Land nahe lag. Diese Strukturmerkmale sind bei der geschilderten Clusteranalyse nicht berücksichtigt worden; diese erfolgte nur anhand der Situationsdaten zum Umgang mit Vielfalt. Die Plausibilität der entstandenen Cluster ähnlicher Länder auch bei

[788] Über alle 45 ungewichteten z-standardisierten Indikatorvariablen, Methode RAO.

© efms 2016

Betrachtung dieser Strukturmerkmale ließ jedoch einen möglichen Zusammenhang mit den Ergebnissen der Situationsanalyse und ihrer Clusterung vermuten: Inwieweit sind Länder mit Ähnlichkeiten im Umgang mit Vielfalt auch in bestimmten Strukturmerkmalen ähnlich, die möglicherweise den Umgang mit Vielfalt als unabhängige Einflussgrößen mit bedingen?

Daher wurde in einem letzten Schritt eine Analyse möglicher Zusammenhänge der Clusterzugehörigkeit zu 45 ausgewählten Strukturvariablen der einzelnen Länder mit dem gleichen Verfahren wie bei den Situationsvariablen durchgeführt. Dabei wurden Variablen aufgenommen, die anhand von Korrelationen mit Situationsvariablen als potentiell relevante unabhängige Einflussgrößen auf den Umgang mit Vielfalt vermutet wurden: soziodemographische Daten wie Bevölkerungszahl, Fläche, Bevölkerungsdichte, Anteil Migrationshintergrund, Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung, Wirtschaftskraft, Arbeitsmarktdaten, Verteilungsmaße innerhalb der Länder auf Landkreis/Stadtbezirksebene (Gini-Koeffizienten, Korrelationswerte) und weitere quantitative Daten aus den in den Länderprofilen behandelten Strukturmerkmalen. Damit sollten abschließend Zusammenhänge der Clusterzugehörigkeit mit unabhängigen Strukturmerkmalen analysiert werden; statistische Tests auf derartige Zusammenhänge wurden auch wegen der vielen intervenierenden Variablen und der niedrigen Fallzahl von 16 Ländern nicht versucht.

Zur Situationsbeschreibung konnte eine plausible Typisierung der Bundesländer via Clusteranalyse realisiert werden. Die inhaltliche Analyse der Gemeinsamkeiten innerhalb der gefundenen Cluster und der typischen Unterschiede zwischen den vier Clustern von Bundesländern, die bei einzelnen Indikatoren zur Situation auf den zehn Dimensionen von Vielfalt und Lebensqualität Ähnlichkeiten aufwiesen, konnte durch die Auswertung von statistischen Kennwerten der verwendeten Indikatorvariablen durchgeführt werden; dabei wurden auffällige Unterschiede zwischen Clustern sowie Unterschiede und Varianzen bei den Ländern innerhalb der jeweiligen Cluster berücksichtigt. Diese Befunde, die ausschließlich auf den Indikatorvariablen zu Situation hinsichtlich Teilhabe bei aus Migration entstandener Vielfalt beruhen, bilden die Grundlage für die Typologisierung der Bundesländer im abschließenden Fazit. Gemeinsamkeiten bei soziodemographischen Kennzahlen von Ländern im gleichen Cluster, und diesbezügliche Unterschiede zwischen Clustern sind bei der Clusterberechnung nicht eingegangen; die gefundenen Parallelen zu strukturellen Merkmalen können nur als Hinweise für weitergehende Untersuchungen und Arbeitshypothesen verstanden werden, nicht als Versuch einer Erklärung der Befunde der Situationsbeschreibung.

5.2 Vorgehen bei der Typologisierung der Länder anhand der Maßnahmen

Der Vielfaltsmonitor hatte sich zum Ziel gesetzt, einerseits eine Situationsbeschreibung der Realisierung eines entwickelten Umgangs mit Vielfalt, gemessen an der Teilhabe von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund anhand der verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität, zu leisten. Andererseits sollten auch die Aktivitäten auf Landesebene zur Förderung dieser Teilhabe untersucht werden; zu diesem Zweck wurden diesbezügliche

Maßnahmen auf Landesebene erhoben und nach einheitlichen Kriterien ausgewählt und dokumentiert.

Eine Analyse dieser Maßnahmendokumentation auf Landesebene im Bereich Umgang mit Vielfalt wurde auf Ebene der für die Situationsbeschreibung entwickelten Gruppierung in vier Cluster zunächst nicht durchgeführt. Grund war vor allem der erhebliche Unterschied bei der Vergleichbarkeit, Stichprobenqualität und Aussagekraft der Maßnahmendaten gegenüber den Indikatoren zur Situationsbeschreibung: für die Maßnahmen war eine Vollerhebung im Rahmen der Studie unmöglich, eine repräsentative Stichprobenziehung bei den Maßnahmen war nicht durchführbar, quantitative Informationen zu den aufgenommenen Maßnahmen waren nur sehr vereinzelt und eingeschränkt verfügbar, und die Fallzahlen von Maßnahmen auf Landesebene waren in einzelnen Dimensionen sehr gering. Aussagekräftige Ergebnisse einer Analyse zu Maßnahmenprofilen der Länder gemäß der bei der Analyse der Situationsbeschreibung erreichten Typisierung wurden bei explorativen Auswertungen mit verschiedenen Ansätzen nicht gefunden. Dies war plausibel, da die Daten zu den Maßnahmen hinsichtlich ihrer Aussagekraft nicht mit den relativ zuverlässigen Daten der Indikatorvariablen für die Situationsbeschreibung vergleichbar waren. Dazu kommt, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Maßnahmen auf der jeweiligen Landesebene und der im gleichen Untersuchungszeitraum vorgefundenen Situation auf einer Dimension unterstellt werden kann: Zum einen können Maßnahmen in der Regel erst mit einer deutlichen Verzögerung wirken, Aussagen zur Wirkung von Maßnahmen sind wegen den vielen intervenierenden Variablen in der Regel nur sehr eingeschränkt machbar, und die Messung eines Zusammenhangs von Maßnahmen mit ihren angestrebten Wirkungen auf die Situation würde für die vielen erfassten Maßnahmen zumindest eine jeweilige rudimentäre Wirkungsevaluation voraussetzen.

Daher wurde zunächst auch auf eine systematische Typologisierung der Bundesländer hinsichtlich der Daten zu den Maßnahmen auf Landesebene verzichtet, zumal erste explorative Versuche keine verwertbaren Ergebnisse zeigten; qualitative Informationen zu besonderen Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern waren bereits in den Länderprofilen diskutiert. Angesichts der überraschend plausiblen Ergebnisse bei der Analyse der Indikatorvariablen für die Situation in den Ländern wurde jedoch weiter versucht, die Befunde zu den Maßnahmen auf verschiedenen Dimensionen von Vielfalt bei der Lebensqualität in den einzelnen Ländern, die in den Länderprofilen diskutiert wurden, zu einer Typologisierung zu verdichten; die hilfsweise angeführte Rangposition der Länder zu Maßnahmen auf der jeweiligen Dimension blieb unbefriedigend.

Da nur sehr lückenhafte Daten zu der Intensität der einzelnen Maßnahmen zugänglich waren und damit keine quantitative Gewichtung über die qualitative Identifizierung von Schlüsselmaßnahmen hinaus realisiert werden konnte, wurden für einen Vergleich des

© efms 2016

Maßnahmenprofils zwischen den Bundesländern die Maßnahmenpunkte[789] für jede Dimension über die Länder z-transformiert, um näherungsweise eine Vergleichbarkeit über die Dimensionen und Länder hinweg zu ermöglichen. Da die meisten Maßnahmen zum Umgang mit Vielfalt eine starke integrationsfördernde Zielsetzung und Ausrichtung haben, wurden als Annäherung an einen vermuteten Bedarf die Maßnahmepunkte vorher mit dem Anteil an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund (Stand 2015) im jeweiligen Bundesland gewichtet. Diese Annäherung an einen vermuteten jeweiligen Bedarf nach integrationsrelevanten Maßnahmen ist zwar aus einer Reihe von Gründen problematisch (unterstellter linearer Zusammenhang zwischen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund und Bedarf, Nichtberücksichtigung von Mehrbedarf bei Übergangseffekten und angestrebter Wirkungen auf die Einstellungen der einheimischen Bevölkerung gegenüber Migranten), aber sowohl eine Nichtberücksichtigung des Anteils an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund wie auch ein – im Rahmen des Projektes nicht hinreichend begründbarer – Versuch einer komplexeren Gewichtung wurden als Möglichkeiten nach Prüfung verworfen und ließen nur die verwendete relativ grobe Annäherung für explorative Zwecke übrig.

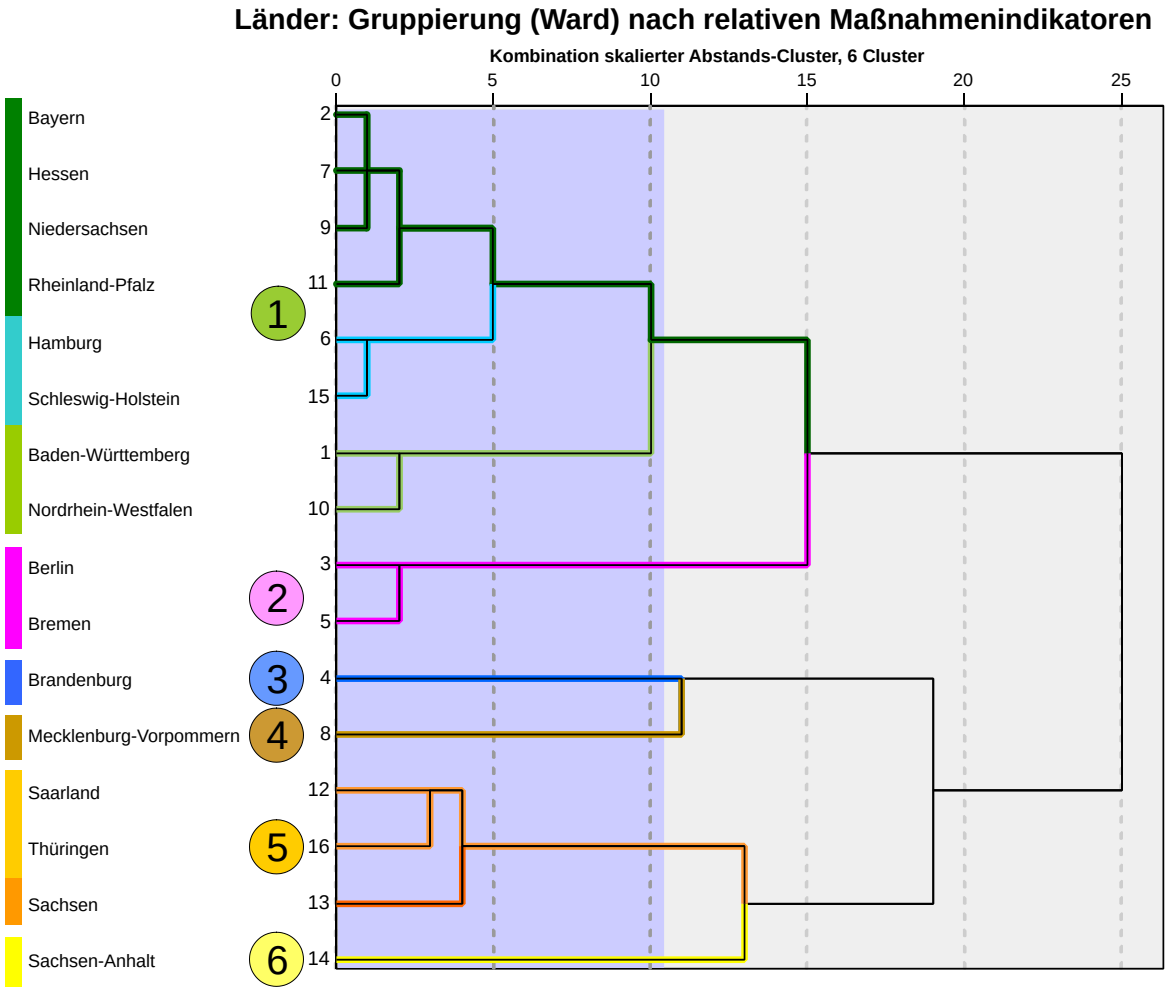
Ein Clusterungsversuch dieser z-transformierten Maßnahmenwerte auf neun Dimensionen (im Untersuchungszeitraum wurden keine reinen Landesmaßnahmen im Bereich Wohnen/Wohnumfeld gefunden) blieb jedoch ergebnislos. Die naheliegende Fragestellung, inwieweit die im Untersuchungszeitraum vorgefundenen Maßnahmen einem durch die Situationsbeschreibung ausgedrückten Bedarf in der jeweiligen Dimension entsprechen, führte aber zu einem überraschend deutlichen Ergebnis. Für die durchgeführte Typologisierung wurde für jede der neun berücksichtigten Dimensionen der z-transformierte mit dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gewichtete Maßnahmenpunktwert des Landes gebildet und zu dem z-transformierten composite indicator (CI) der Situationsbeschreibung addiert. Das Ergebnis spiegelt näherungsweise wider, inwieweit sich das jeweilige Land auf jeder Dimension in seiner Maßnahmenaktivität an den durch den CI-Wert der Situation und Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ausgedrückten Bedarf in der Dimension anpasst. Diese Kennzahl für eine Bedarfsanpassung gibt damit lediglich dimensionsübergreifend die relative Positionierung des Landes über alle Länder wieder. Damit setzt sie voraus, dass das Verhältnis zwischen Maßnahmenintensität und dem aus Situationsbeschreibung und Bevölkerunganteil mit Migrationshintergrund geschätzten Bedarf auf jeder Dimension in einzelnen Bundesländern einerseits recht gut und mindestens hinreichend, jedoch andererseits in einzelnen anderen Ländern deutlich nicht dem Bedarf entsprechend ist. Die Verteilung Länder bis zu den positiven und negativen Randwerten spannt den Referenzrahmen für den Vergleich der Länder auf. Es ist daher durchaus möglich, dass auf einzelnen Dimensionen die meisten Länder relativ zu einem tatsächlichen Bedarf deutlich zu wenig Maßnah-

[789] Fallzahl der den Kriterien entsprechenden und für die jeweilige Dimension zuordbaren Maßnahmen je Bundesland (begründete Zuordnung zu weiteren Dimensionen möglich); Schlüsselmaßnahmen wurden dabei nur für die am stärksten betroffene Dimension doppelt gewichtet.

menaktivität aufweisen, und damit ein Vergleichsrahmen auf zu niedrigem Niveau eine fälschlicherweise gute Lage bei den Maßnahmenaktivitäten suggeriert. Zudem berücksichtigen die verwendeten Daten wegen der Fragestellung des Vielfaltsmonitors nur Maßnahmen auf Landesebene; das Ausmaß einer komplementären Bedarfsdeckung durch kommunale Maßnahmen und durch die Bundesebene ist daher nicht berücksichtigt.

Diese Kennzahlen zu Maßnahmen auf Landeseben dürfen daher nicht als inhaltlich gestützte Aussage zu einer tatsächlichen Bedarfsdeckung verstanden werden. Diese müsste im konkreten Einzelfall anhand dafür relevanter Daten erhoben werden. Sie können aber Tendenzen aufzeigen und Aussagen zur relativen Positionierung der Bundesländer zueinander liefern, die für sozialpolitische Planung und Bedarfsanalyse durch diese Ergebnisse auch über die konzeptionellen Überlegungen des Vielfaltsmonitors hinaus hilfreich sein können.

Abbildung 20: Typologisierung der Maßnahmenprofile auf Landesebene mit Clusteranalyse



Quelle: eigene Darstellung

Das aus dem für jede Dimension errechneten Indikator zusammengeführte Ergebnis der Clusteranalyse ergab sechs interpretierbare Cluster, die Gemeinsamkeiten, aber auch interessante Unterschiede zu den Ergebnissen bei der Situationsbeschreibung aufweisen.

© efms 2016

Bei der Interpretation der relativen Maßnahmenindikatoren und der daraus folgenden Typologisierung der Maßnahmenprofile sind – wie in der obigen Erläuterung zur Vorgehensweise begründet – jedoch mehrere Einschränkungen zu berücksichtigen. Zunächst sind ein erheblicher Teil der im Rahmen des Projekts erhobenen Maßnahmen befristete Projekte, während nicht ausgewiesene Aktivitäten von Regeleinrichtungen, die die Entwicklung einer Vielfaltskultur fördern, nicht erfassbar waren. Dies wird durch die Einbeziehung der im CI ausgedrückten Situationsbeschreibung in den relativen Maßnahmenindikator teilweise kompensiert, allerdings gefiltert durch das Ausmaß der Wirkungen dieser Aktivitäten und vor allem der zeitlichen Verzögerung, mit der sie greifen.

Schließlich sind die Rohdaten zu den Maßnahmen in ihrer Aussagekraft nicht mit den Ergebnissen der Typenbildung bei der Situationsbeschreibung vergleichbar, die auf der Grundlage relativ gesicherter vergleichbarer quantitativer Daten durchgeführt werden konnte. Die Aussagekraft der Kennzahlen zu den Maßnahmen auf Landesebene (relativer Maßnahmenindikator MI) ist um Größenordnungen niedriger; dazu kommt der Einfluss des zwischen den Ländern erheblich variierenden Anteils an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund sowie der Kennzahlen (composite indicator, CI) der Situationsbeschreibung, die zusammen als näherungsweiser Indikator für den Bedarf nach Maßnahmen in die Typologie eingehen. Eine Varianzanalyse der Länderwerte des relativen Maßnahmenindikators auf den neun Dimensionen zeigte jedoch, dass die rohe Maßnahmenpunktzahl auf den meisten Dimensionen einen deutlichen Anteil der Varianz (über die Hälfte) des relativen Maßnahmenindikators für die Bedarfsdeckung erklärt. Auch wenn hier eindeutig die Gefahr von Artefakten besteht, zeigen die Ergebnisse doch eine Reihe von Auffälligkeiten, die befruchtend für die Fragestellungen weiterführender Untersuchungen wirken können; immerhin bieten sie einen systematischen Versuch, zu einer Typologisierung der Länder auf der verfügbaren Datenbasis beizutragen. Sie dürfen jedoch nicht als belastbare Befunde verstanden werden und werden daher im abschließenden Fazit – das sich an den Ergebnissen zur Situationsbeschreibung orientiert - nur nachrangig und bei besonderen Auffälligkeiten behandelt.

© efms 2016

6 Fazit

Die Ergebnisse der länderübergreifenden Analyse auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden anhand der einzelnen Cluster ähnlicher Bundesländer, die gemäß ihrer Besonderheiten und Gemeinsamkeiten bei den Werten der Indikatorvariablen für einzelne Dimensionen des Umgangs mit Vielfalt errechnet wurden, diskutiert. Bei der Situationsbeschreibung wird vom ersten sinnvollen Querschnitt der iterativen Clusterbildung bei vier Typen von Bundesländern ausgegangen und es werden zunächst Gemeinsamkeiten in den Clustern hinsichtlich ihrer nicht in die Clusteranalyse eingegangenen Strukturmerkmale aufgeführt; da die Zugehörigkeit zu einem Cluster ausschließlich auf Grundlage der Variablen zum Umgang mit Vielfalt berechnet wurde, geben parallele Ähnlichkeiten bei allgemeinen Strukturmerkmalen Hinweise auf mögliche Einflussfaktoren für den Umgang mit Vielfalt, die zu Erklärungsansätzen, aber auch zu der Entwicklung von Strategien beitragen können. Die Charakteristika des Clusters werden auf der Grundlage ausgewählter Indikatorvariablen diskutiert; dabei werden Besonderheiten berücksichtigt, die sich durch einen gegenüber den anderen Clustern deutlich unterschiedlichen Mittelwert im Cluster und einer geringen Varianz innerhalb des Clusters auszeichnen. Neben den Gemeinsamkeiten innerhalb eines Clusters wird jedoch auch auf Differenzierungen zwischen Ländern innerhalb jedes der vier Cluster eingegangen. Diese Unterschiede zwischen ähnlichen Ländern spiegeln sich in der Aufteilung auf die weiter differenzierten Cluster bis zu den einzelnen Ländern wieder. So konnten auch Besonderheiten einzelner - untereinander beim Umgang mit Vielfalt ansonsten überwiegend ähnlicher - Länder im jeweiligen Cluster herausgearbeitet werden.

Die Erläuterung jedes Clusters der Situationsbeschreibung wird mit einer tabellarischen Übersicht der beteiligten Länder (composite indicator Werte – CI – mit dem Rang im Vergleich der 16 Bundesländer sowie den Ergebnissen der vergleichenden Maßnahmenanalyse auf den zehn Dimensionen) abgeschlossen; zur leichteren Interpretierbarkeit der Tabellen sind die Werte farblich in Anlehnung an eine Ampel hinterlegt; Felder mit CI-Werten, die auf eine gering entwickelte Vielfaltskultur oder kritische Werte auf einer Dimension hinweisen (CI unter 4,0), sind rot hinterlegt; gute Werte (CI über 6) sind grün, und das Mittelfeld gelb eingefärbt. Wie eingangs erläutert, werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern eines Clusters in den 45 Indikatorvariablen auf der aggregierten Ebene der zehn Dimensionen teilweise ausgemittelt und sind in ihrer Differenziertheit nicht darstellbar; ausgeprägte Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf Dimensionsebene sind jedoch sichtbar. Die Spalte der Maßnahmenanalyse gibt den relativen Maßnahmenindikator sowie seinen Rangwert im Vergleich der 16 Bundesländer wieder. Der relative Maßnahmenindikator in den Übersichten spiegelt wider, inwieweit die erhobenen Maßnahmen im Bundesland dem durch den composite indicator und der Wichtung der Maßnahmenpunkte mit dem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ausgedrückten geschätzten Bedarf nach Maßnahmen entsprechen. Ein positiver Wert der auf die Skala von -10 bis +10 transformierten Maßzahl zeigt an, dass vergleichsweise mehr Maßnahmen gegenüber dem

© efms 2016

Bedarf nach der Situationsbeschreibung stattfanden, während ein negativer Wert ein Hinweis auf zu geringe Berücksichtigung dieser Dimension durch Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ist. Werte um den Nullpunkt sind Hinweis auf eine im Ländervergleich im Mittelfeld liegende Allokation von Maßnahmen; unter Annahme von sehr guter wie auch unzureichender Maßnahmenausstattungen in Einzelfällen der Länder können sie als angenäherter Indikator für das Vorliegen einer hinreichenden Deckung verstanden werden.

Die Unterschiede und Ähnlichkeit der Bundesländer hinsichtlich dieses relativen Maßnahmenindikators weichen bei einigen Ländern von der Clusterzuordnung der Situationsbeschreibung ab und ergeben sechs Cluster; eine abweichende Zuordnung wird durch die entsprechende Farbe über der Maßnahmenspalte wiedergegeben.

6.1 Cluster 1: Die großen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik

Baden-Württemberg; Hessen, Nordrhein-Westfalen; Bayern und Niedersachsen

Strukturelle Aspekte: Diese Bundesländer sind zunächst durch eine überdurchschnittliche Bevölkerungsanzahl und Fläche charakterisiert. Die Bevölkerungsdichte ist deutlich unterdurchschnittlich und zeigt nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern des Clusters; sie liegt aber über den Werten der neuen Bundesländer. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote des Clusters liegt im unteren Drittel aller Länder, wobei jedoch die süddeutschen Länder sehr gut, Niedersachen leicht unterdurchschnittlich und Nordrhein-Westfalen am schlechtesten abschneiden.

Der durchschnittliche Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund und an ausländischen Staatsbürgern ist besonders in Baden-Württemberg, Hessen und NRW relativ hoch und wird nur in den Stadtstaaten übertroffen; der Anteil an russischen Staatsangehörigen unter den Ausländern liegt deutlich unter den Durchschnitten der anderen Ländergruppen. Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Gebiete (Gini-Koeffizient des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund auf Kreis- bzw. Bezirksebene bei Stadtstaaten) ist in diesem Cluster relativ hoch, besonders bei Bayern und Niedersachsen.

Im Clusterdurchschnitt wenden die Bundesländer im Vergleich zu den anderen Clustern den höchsten Anteil ihrer Landeshaushalte für integrationspolitische Aufgaben auf; Bayern und Niedersachsen zeigen hier aber nur durchschnittliche Werte.

Situationsanalyse: Eine auffällige Gemeinsamkeit hinsichtlich des Umgangs mit Vielfalt in diesem Cluster ist nach der Wichtung mit dem Bevölkerungsanteil, der als Vergleichswert für rein zufälligen Kontakt eingeht, ein deutlich unterdurchschnittlicher Anteil von einheimischen Befragten, die tatsächlichen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben; lediglich in Niedersachsen liegt dieser Anteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Akzeptanz eines derartigen Kontakts, falls bei den Befragten nicht tatsächlich vorhanden, ist jedoch mit Ausnahme Hessens und Nordrhein-Westfalens vergleichsweise hoch (Dimension

Kultur und öffentliche Präsenz). Innerhalb des Clusters sticht Bayern mit dem niedrigsten Wert an direkten Kontakten der befragten Einheimischen hervor, diese weisen aber eine vergleichsweise hohe Intensität auf (Freund oder Partner) auf. Befragte ohne persönliche Kontakte zu Migranten in Hessen und Nordrhein-Westfalen zeigen eine im Cluster vergleichsweise niedrige Akzeptanz von persönlichen Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund, die bei Hessen sogar etwas unter dem allgemeinen Länderdurchschnitt liegt. Hinsichtlich des relativen Maßnahmenindikators im Bereich *Kultur und öffentliche Präsenz* zeigen die Länder dieses Clusters mit Ausnahme Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens einen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert; nur die beiden letztgenannten Länder schneiden in dieser Dimension über dem Bundesdurchschnitt ab.

Die Überrepräsentierung von Personen mit Migrationshintergrund bei fehlendem Schulabschluss und ohne Hochschulreife gegenüber Einheimischen (Dimension *Bildung und Erziehung*) ist – mit Ausnahme Bayerns – deutlich und wird nur in den Stadtstaaten übertroffen; Nordrhein-Westfalen und Hessen schneiden beim fehlenden Schulabschluss, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bei den Hochschulzugangsberechtigungen schlecht ab. Das gute Abschneiden Bayerns bei Migranten im Bildungsbereich lässt sich aber wahrscheinlich auch auf den hohen Anteil von Rumänen und EU28-Ausländern in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern zurückführen; der Anteil von Italienern und Türken im Verhältnis zu EU-Bürgern ohne Italien ist in Bayern besonders niedrig, und diese beiden Gruppen sind aus unterschiedlichen Gründen im Bildungsbereich besonders benachteiligt. Im Vergleich zum jeweiligen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund sind entsprechende Mitarbeiter im Bildungs- und Ausbildungssystem noch deutlich unterrepräsentiert; Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zeigen hier die bundesweit niedrigsten Werte. Auch wenn dies vor allem auf die relativ hohen Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund in diesen Bundesländern zurückgeht, muss man bedenken, dass im Schul- und Ausbildungssystem der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch deutlich höher als in der allgemeinen Bevölkerung liegt. Im Bereich der Vielfalt in den Medien (Dimension *Medien*) liegt das Cluster auf einem Spitzenplatz; besonders der Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund, der mit vielen anderen Indikatorvariablen für eine entwickelte Vielfaltskultur positiv korreliert, ist in Hessen und Nordrhein-Westfalen sehr hoch; in Baden-Württemberg ist er aber nur durchschnittlich und in Bayern wie Niedersachsen etwas unterdurchschnittlich.

Eine auffällige Gemeinsamkeit ist der hohe Durchschnitt der Drittstaatler mit langfristigem Aufenthaltsstatus gegenüber einem mit Ausnahme Niedersachsens deutlich unterdurchschnittlich ausgeschöpften Einbürgerungspotential (Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung*); seit langem ansässige ausländische Wohnbürger sind in den Bundesländern dieses Clusters zu einem vergleichsweise geringen Anteil eingebürgert.

In der Dimension *politische Repräsentanz* ist die Vertretung von Bürgern mit Migrationshintergrund im Landesparlament und den Kandidatenlisten sowie der Anteil politisch aktiver Migranten deutlich unterdurchschnittlich; die Akzeptanz dieser politischen Vertretung in der

© efms 2016

autochthonen Bevölkerung liegt demgegenüber aber im Mittelfeld, verglichen mit etwas schlechteren Werten in Hamburg und Schleswig-Holstein sowie einer überwiegenden Ablehnung in den neuen Bundesländern.

In der Dimension *Erwerbsleben* ist die Erwerbstätigenquote von Migranten in den Ländern des Clusters sehr gut; außerhalb dieses Clusters liegt nur Rheinland-Pfalz auf vergleichbar guten Werten. Hinsichtlich erlebter Diskriminierung am Arbeitsplatz liegt das Cluster im Mittelfeld, wobei Baden-Württemberg deutlich schlechter und Bayern etwas schlechter, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dagegen besser abschneiden.

Bezüglich erlebter Diskriminierung im Kontakt mit Behörden sowie in Alltagssituationen (Dimension *Sicherheit und Prävention)* liegt das Cluster im guten Mittelfeld, wobei die Werte im Kontakt mit der Polizei etwas schlechter sind; im Vergleich zu den Stadtstaaten und Sachsen schneidet das Cluster aber deutlich besser ab. Der Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit ist ebenfalls im Vergleich zwischen den Clustern relativ gering.

Zusammenfassung: Dieses Cluster besteht aus Ländern, in denen der Umgang mit Vielfalt konsolidiert und Integration im Rahmen der allgemeinen gesellschaftlichen Institutionen zunehmend „normalisiert" ist; dies drückt sich auch durch eine relativ gute Offenheit von Befragten, die keinen tatsächlichen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben, aus, auch wenn – wahrscheinlich mit durch einen deutlichen Bevölkerungsanteil in konservativen geprägten ländlichen Gebieten mit niedrigem Migrantenanteil – tatsächliche Kontakte unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Gemeinsam ist den Ländern des Clusters eine relativ gute wirtschaftliche Lage und eine entwickelte Teilhabe der Migranten am Erwerbsleben bei vergleichsweise niedriger Vertretung von Bürgern mit Migrationshintergrund in der Landespolitik sowie einer vergleichsweise niedrigen Einbürgerungsrate mit Verharren in einem langfristigen Aufenthaltsstatus.

Die Länder des Clusters lassen sich nach Ländern mit großen städtischen Ballungsgebieten und hohem sowie früh entstandenen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zum Teil auch außerhalb der Ballungsgebiete einerseits (Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg), sowie andererseits traditionell geprägten Flächenstaaten mit einzelnen städtischen Zentren und etwas niedrigerem Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund bei stärkerer Konzentration der Migranten in den Ballungsräumen (Bayern, Niedersachsen) differenzieren. Generell kommt in dem Cluster Diskriminierung über die meisten Lebensbereiche unterdurchschnittlich vor, allerdings zeigt die erste Teilgruppe (Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg) in der Dimension *Wohnen und Wohnumfeld* leicht problematische Tendenzen (Benachteiligung bei der Wohnungssuche, geringe Pro-Kopf-Wohnfläche, Unzufriedenheit mit der Wohnsituation). Problematisch sind die Indikatoren im Bildungs- und Ausbildungsbereich vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen, aber bei Schulergebnissen von Migranten auch in Baden-Württemberg; lediglich Bayern zeigt in beiden Bereichen vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen Wohnbürgern mit Migrationshintergrund und Einheimischen.

Tabelle 37: Cluster 1 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen

Dimension	Bayern		Nieder-sachsen		Hessen		Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg	
	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,1**	**-1,5**	**5,2**	**-1,1**	**3,7**	**-2,1**	**4,4**	**1,0**	**3,3**	**0,3**
	11	*12*	*3*	*11*	*15*	*14*	*10*	*5*	*16*	*9*
Bildung und Erziehung	**5,3**	**1,2**	**3,3**	**-0,2**	**3,2**	**-2,3**	**2,2**	**-2,1**	**2,3**	**-3,7**
	6	*6*	*10*	*7*	*11*	*11*	*13*	*10*	*12*	*14*
Medien	**3,7**	**0,0**	**2,7**	**-2,0**	**5,5**	**0,0**	**9,4**	**9,0**	**6,0**	**4,0**
	7	*6*	*11*	*10*	*3*	*7*	*1*	*1*	*2*	*3*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,8**	**-0,4**	**6,1**	**0,8**	**5,0**	**-2,0**	**5,1**	**-1,0**	**2,9**	**-3,9**
	6	*10*	*4*	*5*	*8*	*14*	*7*	*12*	*14*	*15*
Politische Repräsentanz	**2,9**	**-1,2**	**5,6**	**2,5**	**4,3**	**-2,3**	**3,8**	**-2,2**	**3,9**	**-2,0**
	14	*11*	*4*	*4*	*7*	*14*	*9*	*13*	*8*	*12*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,8**	**-0,8**	**6,7**	**2,3**	**6,6**	**1,8**	**7,2**	**2,5**	**6,0**	**1,4**
	4	*10*	*6*	*5*	*7*	*6*	*3*	*4*	*10*	*7*
Erwerbsleben	**8,1**	**0,8**	**7,4**	**-1,1**	**7,0**	**-1,0**	**6,7**	**0,9**	**7,0**	**2,2**
	1	*6*	*3*	*12*	*5*	*10*	*7*	*5*	*6*	*3*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,3**		**5,4**		**4,2**		**6,5**		**4,2**	
	5		*10*		*14*		*3*		*15*	
Sicherheit und Prävention	**7,4**	**0,8**	**6,5**	**-0,3**	**7,5**	**0,7**	**4,0**	**-3,2**	**6,7**	**-0,2**
	5	*5*	*8*	*11*	*4*	*7*	*13*	*14*	*7*	*10*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,3**	**-3,8**	**2,9**	**-3,6**	**3,7**	**-2,6**	**3,7**	**-1,9**	**5,0**	**0,8**
	15	*16*	*14*	*15*	*12*	*13*	*11*	*11*	*7*	*4*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

6.2 Cluster 2: Die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage

Berlin; Bremen

Strukturelle Aspekte: Den beiden Stadtstaaten ist eine überdurchschnittliche allgemeine Arbeitslosenquote, ein mittleres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote bei der ausländischen Wohnbevölkerung gemeinsam. In diesen Aspekten unterscheiden sie sich deutlich vom dritten Stadtstaat Hamburg, der hier wesentlich besser abschneidet. In den meisten anderen Strukturvariablen sind sich alle drei Stadtstaaten mit Ausnahme der Bevölkerungszahl weitgehend ähnlich; ein deutlicher Unterschied zwischen Berlin und Bremen lässt sich aber bei der räumlichen Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund feststellen (Gini-Koeffizient des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund auf Stadtbezirksebene); dieser Segregationsindikator ist in Bremen deutlich höher als in Berlin. Ebenfalls deutlich höher ist in Bremen der Anteil von EU28-Bürgern an der ausländischen Bevölkerung und der dezidierte Anteil des Landeshaushalts für integrationspolitische Aufgaben; im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegen aber beide Stadtstaaten bei letzterem Indikator auf sehr niedrigem Niveau mit geringen Zuwächsen der entsprechenden Haushaltsanteile von 2014 auf 2015.

Situationsanalyse: In beiden Stadtstaaten des Clusters ist die Akzeptanz kultureller Vielfalt seitens einheimischer Befragter sehr hoch, die Teilhabe von Migranten an kulturellen Veranstaltungen jedoch im bundesweiten Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. In beiden Bundesländern ist der Anteil von einheimischen Befragten, die Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben, leicht überdurchschnittlich; gewichtet mit dem Anteil in der Wohnbevölkerung liegt er zwar deutlich unter dem Niveau der neuen Bundesländer, aber etwas über dem Wert der meisten alten Bundesländer mit Ausnahme Niedersachsens und dem Saarland. In beiden Stadtstaaten stehen einheimische Befragte, die keinen persönlichen Kontakt mit Migranten haben, eigenen persönlichen Kontakten zu Migranten unter den alten Bundesländern am stärksten ablehnend gegenüber. Hinsichtlich der vorhandenen persönlicher Kontakte hat Berlin einen höheren Wert, wobei die Einstellung bei Befragten ohne Kontakt in Berlin deutlich negativer ausfällt als in Bremen; er fällt in Berlin unter den alten Bundesländern nur in Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen schlechter aus (Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz*).

Im Bereich Schulbildung von Migranten zeigen die beiden Stadtstaaten des Clusters die schlechtesten Werte aller Bundesländer mit Ausnahme des Schlusslichts Nordrhein-Westfalen: Personen mit Migrationshintergrund sind bei fehlendem Schulabschluss erheblich überrepräsentiert; hinsichtlich der Hochschulreife sind beide im Vergleich zu den anderen Bundesländern unterdurchschnittlich, allerdings zeigt Berlin hier eine deutlich bessere Teilhabe von Migranten als Bremen (Dimension *Bildung und Erziehung*). In beiden Stadtstaaten gaben befragte Migranten eine starke Benachteiligung in der Schule an, in Bremen mit dem bundesweit schlechtesten Wert. Der Anteil von Berufstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden und ausbildenden Berufen relativ zum Bevölkerungsanteil mit Migrati-

onshintergrund liegt in beiden Stadtstaaten um das untere Mittelfeld; Berlin mit dem höheren Wert liegt hier auch vor Hamburg, während Bremen etwas unter dem Bundesdurchschnitt abschneidet. Dennoch haben beide Stadtstaaten des Clusters bei dem Anteil von Migranten ohne Berufsausbildungsabschluss gegenüber der einheimischen Bevölkerung deutlich niedrigere Werte, Berlin ist hier bundesweit das Schlusslicht, während Bremen im unteren Drittel noch vor den Flächenstaaten Hessen und Nordrhein-Westfalen liegt. Der nicht zum Cluster gehörende dritte Stadtstaat Hamburg zeigt hier nach Berlin den zweitniedrigsten Wert. In der Dimension *Bildung und Erziehung* zeigen auch beide Länder dieses Clusters schlechte Werte bei den relativen Maßnahmenindikatoren, besonders Bremen.

In der Dimension *Medien* zeigen beide Stadtstaaten eine gute Teilhabe; Bremen liegt bei den Rundfunkratsmitgliedern mit Migrationshintergrund auf einem Spitzenplatz und hat auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Moderatoren mit Migrationshintergrund in der Landesrundfunkanstalt; bei letzterem ist Berlin nur durchschnittlich.

In der Dimension *politische Repräsentanz* ist die Vertretung von Bürgern mit Migrationshintergrund im Landesparlament und den Kandidatenlisten deutlich überdurchschnittlich; Bremen hat hier bei beidem den Spitzenplatz; die Akzeptanz dieser politischen Vertretung in der autochthonen Bevölkerung liegt ebenfalls im oberen Bereich, auch hier hat Bremen den Spitzenplatz. Demgegenüber ist die sonstige politische Aktivität von Migranten in Berlin bundesweit am höchsten; Bremen weist hier den niedrigsten Wert aller Bundesländer auf. In dieser Dimension haben beide Stadtstaaten gleichermaßen sehr gute Werte auch bei dem relativen Maßnahmenindikator für *politische Repräsentanz.*

In der Dimension *Wohlfahrt und Gesundheit* haben beide Stadtstaaten hohe Werte; in Berlin schätzen Migranten ihren Gesundheitszustand und ihre Zufriedenheit mit sozialer Sicherung besonders gut ein, aber auch Bremen zeigt in beidem gute Werte im oberen Drittel.

In der Dimension *Erwerbsleben* ist der Anteil von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst relativ zum Anteil in der Bevölkerung in beiden Ländern sehr niedrig und liegt unter dem relativen Wert der neuen Bundesländer. Befragte mit Migrationshintergrund berichten in beiden Stadtstaaten häufig von Benachteiligung bei der Arbeitssuche, in Berlin bundesweit am häufigsten. In Berlin wird von den befragten Migranten auch relativ häufig Diskriminierung am Arbeitsplatz genannt, in Bremen aber nach Mecklenburg-Vorpommern bundesweit am wenigsten berichtet.

Die Akzeptanz von Migranten im Wohnumfeld ist in beiden Stadtstaaten, besonders in Bremen, gut. In beiden Stadtstaaten wird aber von Migranten eine hohe Diskriminierung bei der Wohnungssuche berichtet. In Bremen zeigt die Zufriedenheit der befragten Migranten mit ihrer Wohnsituation den bundesweit schlechtesten Wert und die Wohnfläche pro Kopf ist in Bremen am niedrigsten.

Hinsichtlich erlebter Diskriminierung im Kontakt mit Behörden und der Polizei sowie in Alltagssituationen (Dimension *Sicherheit und Prävention)* zeigen beide Stadtstaaten sehr schlechte Werte, die vereinzelt noch negativer ausfallen als bei Befragten in Sachsen; in

© efms 2016

Bremen sticht vor allem berichtete Diskriminierung durch die Polizei hervor. Der Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit ist in Berlin ebenfalls hoch und hat in Bremen den bundesweiten Spitzenplatz noch vor Sachsen. Auch bei dem relativen Maßnahmenindikator für diese Dimension schneiden beide Stadtstaaten extrem schlecht ab.

In beiden Stadtstaaten ist das Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit von Migranten in Vereinen sehr ausgeprägt; Bremen hat hier den Spitzenplatz gefolgt von Sachsen. Die Einstellung befragter Einheimischer zu Vereinsaktivitäten von Migranten ist in Bremen ebenfalls am positivsten und in Berlin überdurchschnittlich befürwortend (Dimension *Bürgerschaftliches Engagement)*. Auch die Werte des relativen Maßnahmenindikators für diese Dimension sind in Berlin gut, in Bremen sogar sehr gut.

Zusammenfassung: Die beiden Stadtstaaten bieten ein sehr komplexes Bild im Umgang mit ihrer gesellschaftlichen Vielfalt. Die herausfordernde Wirtschaftslage betrifft Migranten deutlich beim Zugang zu Arbeitsplätzen; Migranten sind auch bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst relativ zum Bevölkerungsanteil besonders deutlich unterrepräsentiert. Kritisch ist in beiden Stadtstaaten die Situation im Schul- und Ausbildungsbereich, und das bei einer über dem Bundesdurchschnitt liegender Diversität des Personals in lehrenden und ausbildenden Berufen. Der hohe Anteil an Türken und Italienern an der ausländischen Bevölkerung trägt möglicherweise zu diesem schlechten Abschneiden im Bildungsbereich bei; beide Gruppen sind aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt und erfahren im deutschen Schulsystem tendenziell noch zu wenig Förderung.

Die deutliche Nennung von Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen ist auffällig, auch die schwierige Wohnungsmarktlage in Bremen, die Migranten besonders betrifft. Hohe Werte bei der Sorge über Ausländerfeindlichkeit und in Berlin die erhebliche Inzidenz ausländerfeindlicher Gewaltakte mit niedriger Aufklärungsrate geben Anlass zur Sorge, insbesondere, weil in dieser Dimension die relativen Maßnahmenindikatoren beider Länder sehr schlechte Werte aufwiesen. Dieser Befund wirft die Frage auf, inwieweit die Ergebnisse zu Diskriminierungsformen möglicherweise auch teilweise Ausdruck einer hohen Sensibilität für subtilere Diskriminierungsformen in sonst der Vielfalt gegenüber sehr offenen Stadtgesellschaft sind. Diesen kritischen Befunden stehen nämlich eine hohe politische Repräsentanz von Migranten und eine gute Präsenz in den Medien gegenüber. Allerdings ist in Bremen persönlicher Kontakt zwischen Einheimischen und Migranten im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund gegenüber Berlin weniger häufig, auch wenn er wie in Hamburg über dem der meisten anderen alten Bundesländer liegt, und Befragte ohne persönliche Kontakte zeigen in beiden Stadtstaaten eine vergleichsweise ablehnende Haltung, besonders in Berlin.

© efms 2016

Tabelle 38: Cluster 2 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen

Dimension	Berlin		Bremen	
	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**5,1**	**4,6**	**6,0**	**2,6**
	4	*1*	*1*	*2*
Bildung und Erziehung	**2,1**	**-2,7**	**1,2**	**-4,0**
	14	*12*	*16*	*15*
Medien	**3,7**	**-0,3**	**5,0**	**-0,1**
	8	*9*	*4*	*8*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**4,6**	**-1,0**	**5,8**	**0,2**
	9	*11*	*5*	*8*
Politische Repräsentanz	**7,4**	**2,5**	**7,5**	**2,7**
	2	*3*	*1*	*2*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,0**	**9,5**	**6,1**	**3,1**
	11	*1*	*9*	*3*
Erwerbsleben	**1,9**	**-1,1**	**4,9**	**-2,1**
	16	*13*	*11*	*14*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,3**		**4,0**	
	4		*16*	
Sicherheit und Prävention	**1,6**	**-5,3**	**2,7**	**-5,7**
	16	*15*	*14*	*16*
Bürgerschaftliches Engagement	**6,8**	**2,5**	**10,0**	**5,7**
	2	*3*	*1*	*2*

Quelle: eigene Darstellung

Diese Befunde legen das Bild einer gewissen Diskrepanz zwischen dem politischen Diskurs und der angestrebten Offenheit auf der einen Seite gegenüber der Alltagspraxis unter schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, dem Schulalltag und der Wohnungsmarktsituation andererseits nahe. Insbesondere die kritische Lage bei Diskriminierung und Sicherheit scheint unterschätzt und nicht angemessen bei den Maßnahmen berücksichtigt zu werden.

6.3 Cluster 3: Die neuen Bundesländer

Brandenburg; Mecklenburg-Vorpommern; Sachsen-Anhalt, Thüringen; Sachsen

Strukturelle Aspekte: Die neuen Bundesländer haben eine leicht überdurchschnittliche allgemeine Arbeitslosenquote, ein vergleichsweise sehr niedriges Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und eine deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosenquote bei der ausländischen Wohnbevölkerung gemeinsam, letztere allerdings noch geringer als in den Stadtstaaten Bremen und Berlin. Die Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen schneiden bei diesen Indikatoren geringfügig besser ab als Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Bezüglich der Fläche liegen die Länder im Mittelfeld der Bundesländer; hinsichtlich der Bevölkerung und Bevölkerungsdichte im unteren Bereich, wobei Mecklenburg-Vorpommern bei

© efms 2016

etwas größerer Fläche die niedrigste Bevölkerungsdichte aller Bundesländer aufweist. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wie auch der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt in allen Ländern dieses Clusters wesentlich unter dem der alten Bundesländer. Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Gini-Koeffizient des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund auf Kreisebene) ist in allen Ländern des Clusters sehr niedrig; es gibt bei generell niedrigem Bevölkerungsanteil auch eine vergleichsweise geringe Konzentration von Migranten in Ballungsgebieten.

Die Herkunftsländer der ausländischen Wohnbevölkerung unterscheiden sich erheblich von den alten Bundesländern: Türken, Italiener und Ausländer aus den Balkanstaaten sind unter der ausländischen Bevölkerung wesentlich weniger als in den alten Bundesländern vertreten, während Russland, die Ukraine, Vietnam sowie Polen als Herkunftsländer dominieren. Lediglich in Thüringen und Sachsen-Anhalt ist der Anteil von Ausländern aus den Balkanstaaten etwas höher und nähert sich dem Anteil in den alten Bundesländern an. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil von EU28-Ausländern in etwa auf dem Niveau der alten Bundesländer; in den anderen Ländern des Clusters ist er etwas unterdurchschnittlich und liegt bei etwas über einem Drittel aller Nicht-Deutschen.

Der dezidierte Anteil des Landeshaushalts für integrationspolitische Aufgaben liegt bei den Ländern des Clusters auf leicht unterdurchschnittlichem Niveau, zeigt aber mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern sehr hohe relative Zuwächse der entsprechenden Haushaltsanteile von 2014 auf 2015. Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben 2015 unter den neuen Bundesländern die höchsten Haushaltsanteile für Integrationsaufgaben.

Situationsanalyse: In allen neuen Bundesländern ist der Anteil von einheimischen Befragten, die Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns relativ zum Bevölkerungsanteil sehr hoch; lediglich das Saarland zeigt hier wohl wegen der Grenzregion auch gute Werte (Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz*). Die höchsten Werte bei dem Anteil Einheimischer mit Kontakten finden sich in Thüringen; auch bei der Akzeptanz solcher Kontakte seitens Befragter ohne tatsächliche Kontakte zeigt Thüringen nach Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gute Werte. Die anderen Länder des Clusters liegen bei beiden Indikatoren in etwa auf gleich niedrigem Niveau. Die Akzeptanz kultureller Vielfalt generell und auch speziell im öffentlichen Raum (Moscheebau) ist mit im bundesweiten Ländervergleich etwas unterdurchschnittlichen Werten in Brandenburg am höchsten, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. In den drei anderen Ländern ist diese Akzeptanz sehr niedrig, besonders in Thüringen.

Im Bereich Teilhabe von Migranten an Schulbildung und Ausbildung (Dimension *Bildung und Erziehung*) zeigen die neuen Bundesländer durchgängig sehr gute Werte, die deutlich über denen der alten Bundesländer liegen. Anscheinend wirken sich die niedrigen Anteile von Migranten im Schulsystem und den Ausbildungsinstitutionen positiv auf die Integrationsverläufe und die Teilhabe aus. Dazu kommt, dass in den neuen Bundesländern EU28-

Ausländer und mittel- sowie osteuropäische Herkunftsländer mit in der Regel gut entwickelten Schulsystemen und Ausbildungsinstitutionen in den Herkunftsländern vertreten sind, und der Anteil von Ausländern aus der Türkei und Italien in diesem Cluster sehr niedrig ist. Beide Faktoren tragen wohl zu dem auffällig guten Bildungserfolg in den neuen Bundesländern bei. Schließlich haben die neuen Bundesländer bei den Mitarbeitern im Bildungs- und Berufsbildungbereich eine deutlich überdurchschnittliche Präsenz von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund verglichen mit dem entsprechenden Bevölkerungsanteil; den Spitzenwert zeigt hier Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von Sachsen und Brandenburg. Dazu kommt, dass befragte Migranten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise selten Diskriminierungserfahrungen in der Schule angaben. Lediglich in Sachsen wurden sehr häufig derartige Benachteiligungen in der Schule genannt; Sachsen hat nach Bremen diesbezüglich den zweitschlechtesten Wert. Das im Allgemeinen positive Gesamtbild in dieser Dimension zeigt sich auch bei den im Bundesvergleich sehr guten Werten bei dem relativen Maßnahmenindikator für diese Dimension; dem Bildungsbereich wird offensichtlich eine hohe Priorität eingeräumt.

Im Bereich der Vielfalt in den Medien (Dimension *Medien*) profitiert Brandenburg von der gemeinsamen Länderanstalt mit Berlin; in den anderen Ländern des Clusters ist die aktive Teilhabe von Migranten im Medienbereich gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich niedriger. Auch der relative Maßnahmenindikator in dieser Dimension ist sehr niedrig.

Eine weitere auffällige Gemeinsamkeit ist das bis auf in Sachsen hohe ausgeschöpfte Einbürgerungspotential und die niedrige Rate von Drittstaatlern mit langfristigem Aufenthaltsstatus (Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung*).

In der Dimension *politische Repräsentanz* ist die Vertretung von Bürgern mit Migrationshintergrund im Landesparlament und den Kandidatenlisten sowie der Anteil politisch aktiver Migranten wie auch die Akzeptanz dieser politischen Vertretung in der autochthonen Bevölkerung im Clusterdurchschnitt deutlich unter dem bundesweiten Mittel; einzelne Länder heben sich jedoch ab. Mecklenburg-Vorpommern hat die beste Repräsentanz der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bundesvergleich; verglichen mit dem Bevölkerungsanteil erreicht der Anteil von MdL's mit Migrationshintergrund den höchsten Wert. Bei den Kandidaten auf den Landeslisten hat das Land aber nur einen guten durchschnittlichen Wert im Bundesvergleich, hier sticht Thüringen mit einem hohen Anteil hervor. Schlusslicht bildet Sachsen-Anhalt, während Sachsen Anteile im unteren Drittel des Bundesdurchschnitts aufweist und Brandenburg bei dem Anteil der MdL's durchschnittlich abschneidet.

In der Dimension *Erwerbsleben* ist die Erwerbstätigenquote von Migranten in den Ländern des Clusters sehr niedrig; Thüringen zeigt jedoch mit einem Wert im unteren Drittel einen besseren Wert. Auffällig sind die sehr hohen Werte in Mecklenburg-Vorpommern: Die Erwerbstätigenquote bei Migranten liegt hier im oberen Drittel, und bei sehr geringer erlebter Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche zeigt das Land bundesweite Spitzenwerte. Offensichtlich wird in Mecklenburg-Vorpommern die Integration in den Arbeits-

© efms 2016

markt erfolgreich betrieben. Gute Werte mit geringer Diskriminierung am Arbeitsplatz zeigen auch Brandenburg und Sachsen-Anhalt, im letztgenannten auch bei der Arbeitssuche. In Thüringen und Sachsen wird dagegen Benachteiligung am Arbeitsplatz vergleichsweise häufig angegeben. In Sachsen ist der Anteil an Migranten im öffentlichen Dienst im Vergleich zum Bevölkerungsanteil relativ hoch, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern jedoch auffällig niedrig.

Im Bereich *Wohnen und Wohnumfeld* zeigen die neuen Bundesländer durchgängig mittlere bis sehr gute Werte bei der Zufriedenheit mit der Wohnsituation, der pro-Kopf-Wohnfläche von Migranten und geringer Benachteiligung bei der Wohnungssuche; lediglich Sachsen sticht bei der letzten Variable mit einem schlechten Wert heraus. Ein Grund für die guten Werte könnte das außerhalb prosperierender Ballungsgebiete gute Wohnungsangebot sein, das auch aus dem Wegzug nach der Wiedervereinigung resultiert.

Hinsichtlich erlebter Diskriminierung im Kontakt mit Behörden, der Polizei sowie in Alltagssituationen (Dimension *Sicherheit und Prävention)* zeigt das Cluster gute Durchschnittswerte, wobei die Werte im Kontakt mit der Polizei sogar sehr gut sind; im Vergleich zu den Stadtstaaten und Sachsen schneiden die anderen vier Länder dieses Clusters aber deutlich besser ab. Mecklenburg-Vorpommern sticht mit sehr guten Werten geringer Diskriminierungserfahrungen im Alltag sowie bei Ämtern und der Polizei hervor; Sachsen zeigt – außer dem guten Wert beim Kontakt mit der Polizei – bei Ämtern und in der Öffentlichkeit schlechte Werte; Thüringen schneidet etwas unterdurchschnittlich ab, lediglich im Kontakt mit der Polizei werden Diskriminierungserfahrungen vergleichsweise wenig genannt. Der Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit ist in Sachsen und Thüringen hoch, aber in Mecklenburg-Vorpommern gefolgt von Brandenburg auffallend niedrig. Die Inzidenz fremdenfeindlicher Gewalttaten ist im Clusterdurchschnitt hoch, die Aufklärungsquote jedoch gut; in Brandenburg zeigen fremdenfeindliche Gewalttaten nach Berlin die zweithöchste Inzidenz, aber auch bundesweit die beste Aufklärungsquote. Die durchgängig guten bis sehr guten Werte des relativen Maßnahmenindikators für die Dimension *Sicherheit und Prävention* zeigen auch, dass die Problematik der Landespolitik und wichtigen Akteuren bewusst ist und prioritär auf intensivem Niveau angegangen wird.

Zusammenfassung: Die neuen Bundesländer zeigen bei schwieriger Wirtschaftslage und niedrigem Anteil an Migranten in der Bevölkerung sowie einer anderen Zusammensetzung hinsichtlich der Herkunftsländer ein besonderes Bild; die Akzeptanz von Vielfalt aus Migration ist tendenziell niedrig, die Besorgnis der Migranten über Fremdenfeindlichkeit relativ hoch, und die Repräsentierung von Migranten in der Politik sowie den Medien im Durchschnitt relativ gering. Demgegenüber ist die Integration in Schule und Ausbildung vergleichsweise gut bis sehr gut, und die relativen Maßnahmenindikatoren für den Bereich zeigen ein deutliches Engagement auf Landesebene in diesem Bereich. Auch die Wohnsituation von Migranten ist im Bundesvergleich überdurchschnittlich; Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen werden hier überwiegend als gering erkannt. Aus dem Cluster heben sich Mecklenburg-Vorpommern mit einer sehr guten Integration in den

Arbeitsmarkt und geringen Diskriminierungserfahrungen, sowie Brandenburg und Thüringen mit besseren Werten in einigen Problembereichen des Clusters ab. Antidiskriminierungsarbeit und Prävention haben bei den Ländern dieses Cluster aus guten Gründen eine hohe Priorität; die erkannte Problematik wird auf Landesebene durchgängig intensiv angegangen.

Tabelle 39: Cluster 3 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen

Dimension	Brandenburg		Sachsen-Anhalt		Thüringen		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen	
	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,7**	**0,7**	**4,8**	**0,8**	**4,0**	**-3,1**	**5,0**	**-5,6**	**4,0**	**1,3**
	8	*8*	*6*	*7*	*12*	*15*	*5*	*16*	*13*	*4*
Bildung und Erziehung	**8,8**	**9,7**	**7,3**	**-0,3**	**8,0**	**3,3**	**8,9**	**2,5**	**7,0**	**6,1**
	2	*1*	*4*	*8*	*3*	*3*	*1*	*4*	*5*	*2*
Medien	**3,9**	**7,6**	**1,6**	**-5,0**	**2,8**	**-3,5**	**3,6**	**3,3**	**1,5**	**-5,1**
	6	*2*	*14*	*15*	*10*	*13*	*9*	*4*	*16*	*16*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**3,6**	**0,3**	**2,5**	**4,3**	**4,1**	**1,9**	**2,1**	**-5,5**	**3,7**	**0,1**
	13	*7*	*15*	*1*	*11*	*4*	*16*	*16*	*12*	*9*
Politische Repräsentanz	**2,9**	**3,8**	**2,1**	**-5,7**	**2,5**	**-5,1**	**3,7**	**1,7**	**3,7**	**1,2**
	13	*1*	*16*	*16*	*15*	*15*	*10*	*6*	*11*	*8*
Wohlfahrt und Gesundheit	**7,2**	**3,7**	**8,9**	**-2,6**	**6,7**	**-3,0**	**2,7**	**-7,3**	**5,0**	**-6,9**
	2	*2*	*1*	*12*	*5*	*13*	*16*	*16*	*12*	*15*
Erwerbsleben	**2,5**	**0,5**	**3,7**	**1,4**	**3,4**	**-3,1**	**6,5**	**3,7**	**3,8**	**-6,7**
	15	*9*	*13*	*4*	*14*	*15*	*8*	*2*	*12*	*16*
Wohnen und Wohnumfeld	**8,4**		**5,2**		**5,6**		**4,6**		**5,8**	
	1		*11*		*9*		*13*		*8*	
Sicherheit und Prävention	**6,7**	**3,9**	**6,2**	**2,5**	**4,3**	**0,4**	**7,9**	**3,3**	**2,1**	**3,6**
	6	*1*	*9*	*4*	*12*	*9*	*1*	*3*	*15*	*2*
Bürgerschaftliches Engagement	**4,0**	**0,0**	**5,1**	**9,8**	**2,2**	**-2,8**	**4,3**	**0,1**	**4,2**	**-1,4**
	10	*7*	*6*	*1*	*16*	*14*	*8*	*6*	*9*	*10*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

6.4 Cluster 4: Die europäisierten alten Bundesländer in Grenzregionen

Rheinland-Pfalz, Saarland; Hamburg, Schleswig-Holstein

Strukturelle Aspekte: Die drei Bundesländer und der Stadtstaat Hamburg, die dieses Cluster bilden, haben eine durchschnittliche allgemeine Arbeitslosenquote, wobei Rheinland-Pfalz deutlich und Schleswig-Holstein etwas besser abschneidet; die Arbeitslosenquote der Ausländer ist ebenfalls durchschnittlich, wobei auch hier Rheinland-Pfalz deutlich, und Hamburg etwas besser liegen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Rheinland-Pfalz und Saarland durchschnittlich, in Schleswig-Holstein etwas niedriger und in Hamburg sehr hoch auf dem Spitzenwert aller Länder. Von der Fläche und der Bevölkerungszahl sind die Länder des Clusters unterdurchschnittlich, von der Bevölkerungsdichte mit Ausnahme Hamburgs ebenfalls unterdurchschnittlich. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wie auch der Anteil der Ausländer ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt in Hamburg im Spitzenbereich, in den andern Ländern des Clusters im unteren Bereich der alten Bundesländer. Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Gini-Koeffizient des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund auf Kreis- oder Stadtbezirksebene) ist in Hamburg und Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich; in Rheinland-Pfalz und dem Saarland gibt es demgegenüber eine leichte Konzentration in Ballungsgebieten, allerdings noch unter dem Niveau der meisten anderen alten Bundesländer.

Bei den Herkunftsländern der ausländischen Wohnbevölkerung sind die Länder dieses Clusters den anderen alten Bundesländern ähnlich; lediglich der hohe Anteil von Italienern im Saarland und Afghanen in Hamburg heben sich hervor.

Der dezidierte Anteil des Landeshaushalts für integrationspolitische Aufgaben liegt bei den Ländern des Clusters auf durchschnittlichem Niveau der alten Bundesländer; in Rheinland-Pfalz gab es in 2015 einen sehr hohen Zuwachs des entsprechenden Haushaltsanteils von einem recht niedrigen Niveau in 2014. Das Saarland zeigt nach Berlin den zweitniedrigsten Haushaltsanteil für Integrationsaufgaben unter den alten Bundesländern in beiden Jahren.

Auffällig sind in diesem Cluster die politischen Aktivitäten zur Entwicklung einer guten Vielfaltskultur, die außerhalb der Stadtstaaten sonst deutlich weniger in den anderen Clustern ausgeprägt sind. Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz nennen explizit Antidiskriminierungspolitik in ihrem Landesintegrationsplan; alle vier Länder setzen landesweite Integrationsrichtlinien in Kraft, verfügen über ein landesweites Antidiskriminierungsnetzwerk sowie über eine koordinierende Antidiskriminierungsstelle des Landes, und sind der Koalition gegen Diskriminierung beigetreten.

Situationsanalyse: Mit Ausnahme des Saarlands zeigen die Länder des Clusters bei einheimischen Befragten eine durchschnittliche Rate relativ zum Bevölkerungsanteil, die persönlichen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben. Das Saarland hat hier unter den alten Bundesländern den Spitzenwert, und bei Hamburg liegt dieser Anteil über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz*). Bei Be-

fragten ohne persönliche Kontakte zu Migranten ist im Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz die Akzeptanz dafür erheblich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer, in Hamburg jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Akzeptanz kultureller Vielfalt liegt jedoch in Hamburg und Schleswig-Holstein sehr hoch, und die befragten Einheimischen in Hamburg zeigten bundesweit die höchste Akzeptanz gegenüber Vielfalt im öffentlichen Raum (Moscheebau).

Im Bildungs- und Ausbildungsbereich weist dieses Cluster Werte auf, die leicht über dem Durchschnitt aller alten Bundesländer liegen; zwischen den einzelnen Ländern zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede. Die Überrepräsentierung von Personen mit Migrationshintergrund bei fehlendem Schulabschluss und ohne Hochschulreife gegenüber Einheimischen (Dimension *Bildung und Erziehung*) ist in Hamburg sehr deutlich und liegt auf dem Niveau der anderen Stadtstaaten, bei fehlender Hochschulreife sogar auf einem Spitzenwert. Schleswig-Holstein hat hier demgegenüber auffällig gute Werte, während die anderen beiden Länder im Bildungsbereich am Durchschnitt der alten Bundesländer liegen. Beim Erreichen eines beruflichen Abschlusses zeigen jedoch Rheinland-Pfalz und das Saarland wie auch bei geringer erlebter Benachteiligung in der Schule sehr gute Werte; letzteres ist in Hamburg und Schleswig-Holstein erheblich schlechter als im bundesweiten Durchschnitt aller Länder.

Hinsichtlich der Vielfalt in den Medien (Dimension *Medien*) schneidet das Cluster im Vergleich aller Länder deutlich unterdurchschnittlich ab, lediglich Rheinland-Pfalz hat mit dem SWR einen relativ guten Wert bei der Vertretung von Migranten im Rundfunkrat und liegt bei den Moderatoren mit Migrationshintergrund im Mittelfeld. Bei den relativen Maßnahmenindikatoren für diese Dimension liegen die Länder mit Ausnahme vom gut abschneidenden Rheinland-Pfalz auf recht niedrigem Niveau.

Eine auffällige Gemeinsamkeit in dem Cluster ist – außer im Saarland, vermutlich wegen vieler EU-Ausländer – die hohe Ausschöpfung des Einbürgerungspotentials und die häufige Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung (Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung*). Der Anteil von dezentral untergebrachten Flüchtlingen ist in dem Cluster ebenfalls relativ hoch, besonders in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, die hier bundesweit die Spitzenplätze belegen. In den beiden nördlichen Bundesländern sind die Werte des relativen Maßnahmenindikators bei *Rechtsstatus und Einbürgerung* auch recht gut und nur im Saarland auf niedrigem Niveau.

In der Dimension *politische Repräsentanz* ist die Vertretung von Bürgern mit Migrationshintergrund im Landesparlament und den Kandidatenlisten in Hamburg sehr hoch auf dem Niveau der beiden anderen Stadtstaaten; der Anteil politisch aktiver Migranten zeigt in Rheinland-Pfalz und dem Saarland Spitzenwerte, auch die Akzeptanz einer politischen Vertretung von Migranten bei der ansässigen Bevölkerung liegt in diesen beiden Bundesländern sehr hoch.

© efms 2016

Bei der Dimension *Erwerbsleben* ist die Erwerbstätigenquote von Migranten in Rheinland-Pfalz und der Anteil an Migranten im öffentlichen Dienst im Saarland sehr hoch; bei letzterem zeigen Schleswig-Holstein und Hamburg einen auffallend niedrigen Wert. Hinsichtlich erlebter Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche zeigen Rheinland-Pfalz und das Saarland sehr gute Werte, während Hamburg und Schleswig-Holstein hier unterdurchschnittlich abschneiden.

Im Bereich *Wohnen und Wohnumfeld* ist die erlebte Diskriminierung befragter Migranten bei der Wohnungssuche in Hamburg und dem Saarland gering, und die Akzeptanz von Vielfalt in der Nachbarschaft hoch; ansonsten haben die Länder des Clusters in dieser Dimension keine wesentlichen Abweichungen vom Durchschnitt der alten Bundesländer.

Bei der Dimension *Sicherheit und Prävention* zeigt dieses Cluster überwiegend gute Werte; in allen vier Ländern ist der Anteil fremdenfeindlicher Gewalttaten deutlich unter und die diesbezügliche Aufklärungsquote deutlich über den bundesdurchschnittlichen Länderwerten. Hinsichtlich erlebter Diskriminierung im Kontakt mit Behörden sowie in Alltagssituationen schneiden das Saarland sehr gut und Rheinland-Pfalz gut ab, während Hamburg hier nur gegenüber den schlechten Werten der anderen Stadtstaaten merklich besser liegt. Die Werte im Kontakt mit der Polizei sind in dem Cluster mit Ausnahme des Saarlands und Hamburgs etwas schlechter, vor allem in Schleswig-Holstein. Der Grad der Besorgnis über Ausländerfeindlichkeit bei Migranten ist im gesamten Cluster gering; in Rheinland-Pfalz erreicht er den bundesweit niedrigsten Wert.

Zusammenfassung: Die Länder dieses Clusters sind hinsichtlich ihrer Strukturmerkmale recht unterschiedlich; gemeinsam ist ihnen jedoch als kleinere Länder die Lage in einer europäischen Region mit engen Beziehungen zu den Nachbarstaaten beziehungsweise im Falle Hamburgs alte Erfahrungen mit Vielfalt als internationaler Hafen- und Wirtschaftsstandort. Bei deutlich unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage liegen jedoch Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung sowie der Ausländer auf durchschnittlichen Werten, und die politische Haltung zu Vielfalt, besonders im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit, ist seit längerem entwickelt. Persönlicher Kontakt Einheimischer mit Migranten findet sich im Vergleich zum Anteil von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund vergleichsweise häufig, und die Indikatoren zur Diskriminierung von Migranten und Akzeptanz von Vielfalt zeigen fast durchgängig relativ gute Werte. Bei Einbürgerung auch unter Hinnahme von mehrfacher Staatsangehörigkeit sowie der Wohnungsquote von Flüchtlingen sind die Länder dieses Clusters vergleichsweise offen, und bei der Prävention und Verfolgung von fremdenfeindlichen Gewalttaten recht erfolgreich. Auch im Bildungs- und Ausbildungsbereich schneiden die Länder bei Migranten bis auf einzelne Abweichungen überdurchschnittlich gut ab.

Schwachstellen im Vergleich aller alten Bundesländer zeigen die Länder dieses Clusters im Bildungsbereich bei der Teilhabe an weiterführender Bildung und Ausbildung, bei der politischen und medialen Teilhabe, der Einschätzung der sozialen Sicherung seitens der Migranten, sowie in einigen Ländern des Clusters bei der Zufriedenheit mit der Wohnsituation sei-

tens der migrantischen Bevölkerung und den Diskriminierungserfahrungen im Umgang mit der Polizei.

Tabelle 40: Cluster 4 - Situation (CI/Rang) und Maßnahmen (MI/Rang) nach Dimensionen

Dimension	Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein		Hamburg	
	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.	Situation	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**3,9**	**0,9**	**4,7**	**2,3**	**5,6**	**-1,5**	**4,4**	**0,3**
	14	*6*	*7*	*3*	*2*	*13*	*9*	*9*
Bildung und Erziehung	**4,2**	**-0,7**	**5,1**	**1,9**	**4,6**	**-5,4**	**1,7**	**-3,4**
	9	*9*	*7*	*5*	*8*	*16*	*15*	*13*
Medien	**4,3**	**2,2**	**2,2**	**-4,2**	**1,6**	**-2,9**	**2,3**	**-3,1**
	5	*5*	*13*	*14*	*15*	*11*	*12*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**6,3**	**0,3**	**4,3**	**-1,7**	**7,7**	**4,1**	**7,8**	**3,4**
	3	*6*	*10*	*13*	*2*	*2*	*1*	*3*
Politische Repräsentanz	**5,1**	**2,5**	**5,3**	**-0,7**	**3,1**	**1,4**	**6,5**	**1,1**
	6	*4*	*5*	*10*	*12*	*7*	*3*	*9*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,3**	**-0,1**	**3,7**	**-3,3**	**3,4**	**-1,2**	**5,0**	**0,9**
	8	*9*	*14*	*14*	*15*	*11*	*13*	*8*
Erwerbsleben	**7,2**	**0,8**	**7,7**	**0,8**	**5,5**	**-1,1**	**5,3**	**5,0**
	4	*7*	*2*	*7*	*9*	*11*	*10*	*1*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,0**		**6,2**		**4,9**		**7,1**	
	7		*6*		*12*		*2*	
Sicherheit und Prävention	**7,6**	**0,7**	**7,6**	**0,5**	**6,1**	**-0,5**	**6,2**	**-1,2**
	3	*6*	*2*	*8*	*11*	*12*	*10*	*13*
Bürgerschaftliches Engagement	**6,4**	**0,3**	**3,5**	**-2,3**	**5,5**	**-0,4**	**5,5**	**-0,4**
	3	*5*	*13*	*12*	*4*	*8*	*5*	*8*

Quelle: eigene Darstellung

Die Übersicht in **Tabelle 41** zeigt die vier Ländergruppen zusammengefasst mit den Werten des composite indicator der Situationsbeschreibung für jede Dimension und dem resultierenden Rangplatz des jeweiligen Landes; durch die farbige Codierung der Zellen werden die Unterschiede zwischen den Clustern und Untergruppen im Cluster hervorgehoben.

© efms 2016

Tabelle 41: Übersicht der Situationsindikatoren (CI-Werte/Rang) der Bundesländer nach Clustern gruppiert

	Cluster 1					Cluster 2		Cluster 3					Cluster 4			
Dimension	Bayern	Nieder-sachsen	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Berlin	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Hamburg
	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation	Situation
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,1**	**5,2**	**3,7**	**4,4**	**3,3**	**5,1**	**6,0**	**4,7**	**4,8**	**4,0**	**5,0**	**4,0**	**3,9**	**4,7**	**5,6**	**4,4**
	11	*3*	*15*	*10*	*16*	*4*	*1*	*8*	*6*	*12*	*5*	*13*	*14*	*7*	*2*	*9*
Bildung und Erziehung	**5,3**	**3,3**	**3,2**	**2,2**	**2,3**	**2,1**	**1,2**	**8,8**	**7,3**	**8,0**	**8,9**	**7,0**	**4,2**	**5,1**	**4,6**	**1,7**
	6	*10*	*11*	*13*	*12*	*14*	*16*	*2*	*4*	*3*	*1*	*5*	*9*	*7*	*8*	*15*
Medien	**3,7**	**2,7**	**5,5**	**9,4**	**6,0**	**3,7**	**5,0**	**3,9**	**1,6**	**2,8**	**3,6**	**1,5**	**4,3**	**2,2**	**1,6**	**2,3**
	7	*11*	*3*	*1*	*2*	*8*	*4*	*6*	*14*	*10*	*9*	*16*	*5*	*13*	*15*	*12*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**5,8**	**6,1**	**5,0**	**5,1**	**2,9**	**4,6**	**5,8**	**3,6**	**2,5**	**4,1**	**2,1**	**3,7**	**6,3**	**4,3**	**7,7**	**7,8**
	6	*4*	*8*	*7*	*14*	*9*	*5*	*13*	*15*	*11*	*16*	*12*	*3*	*10*	*2*	*1*
Politische Repräsentanz	**2,9**	**5,6**	**4,3**	**3,8**	**3,9**	**7,4**	**7,5**	**2,9**	**2,1**	**2,5**	**3,7**	**3,7**	**5,1**	**5,3**	**3,1**	**6,5**
	14	*4*	*7*	*9*	*8*	*2*	*1*	*13*	*16*	*15*	*10*	*11*	*6*	*5*	*12*	*3*
Wohlfahrt und Gesundheit	**6,8**	**6,7**	**6,6**	**7,2**	**6,0**	**6,0**	**6,1**	**7,2**	**8,9**	**6,7**	**2,7**	**5,0**	**6,3**	**3,7**	**3,4**	**5,0**
	4	*6*	*7*	*3*	*10*	*11*	*9*	*2*	*1*	*5*	*16*	*12*	*8*	*14*	*15*	*13*
Erwerbsleben	**8,1**	**7,4**	**7,0**	**6,7**	**7,0**	**1,9**	**4,9**	**2,5**	**3,7**	**3,4**	**6,5**	**3,8**	**7,2**	**7,7**	**5,5**	**5,3**
	1	*3*	*5*	*7*	*6*	*16*	*11*	*15*	*13*	*14*	*8*	*12*	*4*	*2*	*9*	*10*
Wohnen und Wohnumfeld	**6,3**	**5,4**	**4,2**	**6,5**	**4,2**	**6,3**	**4,0**	**8,4**	**5,2**	**5,6**	**4,6**	**5,8**	**6,0**	**6,2**	**4,9**	**7,1**
	5	*10*	*14*	*3*	*15*	*4*	*16*	*1*	*11*	*9*	*13*	*8*	*7*	*6*	*12*	*2*
Sicherheit und Prävention	**7,4**	**6,5**	**7,5**	**4,0**	**6,7**	**1,6**	**2,7**	**6,7**	**6,2**	**4,3**	**7,9**	**2,1**	**7,6**	**7,6**	**6,1**	**6,2**
	5	*8*	*4*	*13*	*7*	*16*	*14*	*6*	*9*	*12*	*1*	*15*	*3*	*2*	*11*	*10*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,3**	**2,9**	**3,7**	**3,7**	**5,0**	**6,8**	**10,0**	**4,0**	**5,1**	**2,2**	**4,3**	**4,2**	**6,4**	**3,5**	**5,5**	**5,5**
	15	*14*	*12*	*11*	*7*	*2*	*1*	*10*	*6*	*16*	*8*	*9*	*3*	*13*	*4*	*5*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

6.5 Cluster M1: Alte Bundesländer mit lang präsentem Migrantenanteil

Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz; Hamburg, Schleswig-Holstein; Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

Diese nach dem relativen Maßnahmenindikator gebildete Gruppe beinhaltet alle Bundesländer des ersten Clusters nach der Situationsbeschreibung; dazu kommen die beiden nördlichen Bundesländer Schleswig-Holstein und der Stadtstaat Hamburg (Cluster 3) sowie der Flächenstaat Rheinland-Pfalz. Mit Ausnahme der Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie dem Saarland sind alle alten Bundesländer in diesem Cluster vertreten. Intern unterscheiden sich deutlich drei Gruppen, erstens die Flächenstaaten mit großen ländlichen Gebieten und entsprechend gemäßigt hohem durchschnittlichen Anteil an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund, zweitens die beiden nördlichsten alten Bundesländer, sowie drittens die zwei Flächenstaaten mit hohem Anteil an Migranten Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Tabelle 42: Cluster M1 – relativer Maßnahmenindikator (MI/Rang) nach Dimensionen

Tabelle 42: Cluster M1	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Hamburg	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen
Dimension	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**-1,5**	**-2,1**	**-1,1**	**0,9**	**0,3**	**-1,5**	**0,3**	**1,0**
	12	*14*	*11*	*6*	*9*	*13*	*9*	*5*
Bildung und Erziehung	**1,2**	**-2,3**	**-0,2**	**-0,7**	**-3,4**	**-5,4**	**-3,7**	**-2,1**
	6	*11*	*7*	*9*	*13*	*16*	*14*	*10*
Medien	**0,0**	**-0,0**	**-2,0**	**2,2**	**-3,1**	**-2,9**	**4,0**	**9,0**
	6	*7*	*10*	*5*	*12*	*11*	*3*	*1*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**-0,4**	**-2,0**	**0,8**	**0,3**	**3,4**	**4,1**	**-3,9**	**-1,0**
	10	*14*	*5*	*6*	*3*	*2*	*15*	*12*
Politische Repräsentanz	**-1,2**	**-2,3**	**2,5**	**2,5**	**1,1**	**1,4**	**-2,0**	**-2,2**
	11	*14*	*4*	*4*	*9*	*7*	*12*	*13*
Wohlfahrt und Gesundheit	**-0,8**	**1,8**	**2,3**	**-0,1**	**0,9**	**-1,2**	**1,4**	**2,5**
	10	*6*	*5*	*9*	*8*	*11*	*7*	*4*
Erwerbsleben	**0,8**	**-1,0**	**-1,1**	**0,8**	**5,0**	**-1,1**	**2,2**	**0,9**
	6	*10*	*12*	*7*	*1*	*11*	*3*	*5*
Sicherheit und Prävention	**0,8**	**0,7**	**-0,3**	**0,7**	**-1,2**	**-0,5**	**-0,2**	**-3,2**
	5	*7*	*11*	*6*	*13*	*12*	*10*	*14*
Bürgerschaftliches Engagement	**-3,8**	**-2,6**	**-3,6**	**0,3**	**-0,4**	**-0,4**	**0,8**	**-1,9**
	16	*13*	*15*	*5*	*8*	*8*	*4*	*11*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

Dieses erste Cluster ist besonders durch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegende Werte der relativen Maßnahmenindikatoren in den Dimensionen *Bildung und Erziehung* sowie *Bürgerliches Engagement* gekennzeichnet. Auch in der Dimension *Politische Repräsentanz* liegen die Indikatorwerte des Clusterdurchschnitts unter dem Bundesdurchschnitt. In der Dimension *Rechtsstatus und Einbürgerung* liegt der Clusterdurchschnitt dagegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dieses generelle Profil des Clusters zeigt eine seit längerem etablierte und deutliche Präsenz von Bürgern mit Migrationshintergrund, denen tendenziell mit pragmatischen Ansätzen und einer gewissen Offenheit in der Anwendung des Ausländer- und Einbürgerungsrechts begegnet wird; demgegenüber ist jedoch die politische Repräsentanz in der Landespolitik noch unterentwickelt, und Maßnahmen zur Förderung des Bildungs- und Ausbildungserfolgs von jungen Bürgern mit Migrationshintergrund scheinen noch deutlich unter dem entsprechenden Bedarf zu liegen. Besonders bürgerschaftliches Engagement der Wohnbürger mit Migrationshintergrund findet eine vergleichsweise geringe Berücksichtigung bei Maßnahmen. Die Länder dieses Clusters scheinen sich in einem pragmatischem Umgang mit der Präsenz von Arbeitsmigranten, die historisch die Sozialstruktur der Aufnahmegesellschaft unterschichtet haben, und mit der Reproduktion etablierter migrationsbezogener sozio-ökonomischer Ungleichheit eingerichtet zu haben. Mit der Ausnahme von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, den beiden nördlichen Bundesländern, und hinsichtlich zivilgesellschaftlichem Engagement auch Baden-Württemberg, scheint in vielen Ländern dieses Clusters wenig Interesse an der Förderung der Teilhabe von Migranten in der Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Prozesse zu bestehen und die dafür relevanten Dimensionen von Vielfalt werden tendenziell wenig gefördert.

Innerhalb des Clusters gibt trotz der gemeinsamen Tendenz mehrere deutliche Stärken und Schwächen einzelner Länder, die zum einen die Untergruppen charakterisieren, zum anderen punktuelle Besonderheiten einzelner Länder zeigen. Besonderheiten einzelner Länder, die in den Länderprofilen diskutiert wurden, lassen sich hier wiederfinden, wie zum Beispiel gute Werte des relativen Maßnahmenindikators in Rheinland-Pfalz und teilweise bei Niedersachsen in den Dimensionen Kulturelle Repräsentanz, Rechtsstatus/Einbürgerung, Politische Repräsentanz, Erwerbsleben und bürgerliches Engagement, oder die vergleichsweise niedrigen bis sehr niedrigen Werte in der Dimension Bildung und Erziehung und guten Werten in der Dimension Erwerbsleben in den durch die beiden nördlichen Länder sowie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gebildeten zwei Untergruppen.

6.6 Cluster M2: Die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage

Berlin; Bremen

Das Cluster dieser beiden Stadtstaaten zeigt klare Besonderheiten bei den relativen Maßnahmenindikatorwerten: In den Dimensionen *Kultur und öffentliche Präsenz, Politische Repräsentanz, Wohlfahrt und Gesundheit* sowie *bürgerliches Engagement* schneiden beide Stadtstaaten im Bundesvergleich gut ab. In der Dimension *Bildung und Erziehung* ist das besonders Bremen. Bei *Sicherheit und Prävention,* etwas besser auch in der Dimension *Erwerbsleben,* zeigen beide vergleichsweise schlechte Werte. Berlin hat auch schlechtere Werte bei *Rechtsstatus und Einbürgerung.*

Tabelle 43: Cluster M2

Dimension	Berlin Maßn. Indikat.	Bremen Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**4,6** *1*	**2,6** *2*
Bildung und Erziehung	**-2,7** *12*	**-4,0** *15*
Medien	**-0,3** *9*	**-0,1** *8*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**-1,0** *11*	**0,2** *8*
Politische Repräsentanz	**2,5** *3*	**2,7** *2*
Wohlfahrt und Gesundheit	**9,5** *1*	**3,1** *3*
Erwerbsleben	**-1,1** *13*	**-2,1** *14*
Sicherheit und Prävention	**-5,3** *15*	**-5,7** *16*
Bürgerschaftliches Engagement	**2,5** *3*	**5,7** *2*

Quelle: eigene Darstellung

Von dem dritten Stadtstaat Hamburg unterscheiden sich die beiden Stadtstaaten des Clusters besonders durch die gegenüber Hamburg wesentlich schlechtere Wirtschaftslage. Auch bei dem Maßnahmenindikator zeigt sich das in den Länderprofilen und der Situationsbeschreibung gefundene Bild einer besonders in kulturellen Bereichen, aber auch politisch und zivilgesellschaftlich offenen Stadtgesellschaft, die aber deutlichen Herausforderungen aus der schwierigen Wirtschaftslage und dem damit verbundenem sozioökonomischem Konfliktpotential gegenübersteht. Auffällig ist das schlechte Abschneiden bei Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie bei den Maßnahmen für Sicherheit und Prävention; hier scheint dringender Handlungsbedarf angezeigt, um der Gefahr von Reproduktion migrationsbezogener Exklusionstendenzen über Generationen hinweg zu begegnen. Der letztere Befund steht in einem auffälligen Kontrast zu den guten Werten bei der Förderung der Inklusion im kulturellem Bereich sowie der Teilhabe im zivilgesellschaftlichen Engagement und der politischen Repräsentanz.

© efms 2016

6.7 Cluster M5: Südliche neue Bundesländer und saarländische Grenzregion

Saarland, Thüringen; Sachsen

Diese Gruppe von in den relativen Maßnahmenindikatoren ähnlichen Ländern besteht aus den beiden südlichen neuen Bundesländern Thüringen und Sachsen sowie dem in der europäische Grenzregion mit Frankreich, Luxemburg und Belgien liegenden Saarland. Gemeinsam ist den beiden neuen Bundesländern der typische niedrige Anteil an Wohnbürgern mit Migrationshintergrund; dieser Anteil ist im Saarland zwar nach Schleswig-Holstein unter den alten Bundesländern am niedrigsten, aber doch auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts. Allerdings zeigt das Land mit 57,3% EU-Bürger unter den ansässigen Ausländern einen im bundesweiten Vergleich hohen Wert; man kann davon ausgehen, dass auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein deutlicher Anteil aus europäischen Ländern und auch aus den nahen Grenzregionen in Frankreich, Luxemburg und Belgien stammt, die Einheimische der europäischen Region sind. Der Anteil an Wohnbürgern mit Staatsangehörigkeit der Türkei, der Balkanstaaten und der GUS-Nachfolgestaaten ist unter den alten Bundesländern im Saarland am niedrigsten. Die Wirtschaftskraft des Saarlands liegt im unteren Bereich der alten Bundesländer, und die Arbeitslosenquote ist im oberen Bereich. Die Situation im Saarland stellt sich deshalb deutlich anders dar als in den anderen alten Bundesländern; dies trägt möglicherweise zu einer anderen Vorgehensweise beim Umgang mit Vielfalt und damit zu ähnlichen Werten bei den relativen Maßnahmenindikatoren wie bei den beiden neuen Bundesländern bei. Die relativen Maßnahmenindikatoren ermöglichen jedoch nur den Vergleich auf der Ebene der Dimensionen von Lebensqualität und lassen nicht – wie die Indikatorvariablen zur Berechnung der composite indicator Werte der Situationsbeschreibung – weiter differenzierte Aussagen zu. Deshalb lassen sich aus den ähnlichen Wertekombinationen über die Dimensionen hinweg keine inhaltlichen Parallelen zum praktischen Umgang mit Vielfalt zwischen dem Saarland und den beiden anderen Ländern herleiten.

Tabelle 44: Cluster M5

Dimension	Saarland Maßn. Indikat.	Thüringen Maßn. Indikat.	Sachsen Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**2,3** *3*	**-3,1** *15*	**1,3** *4*
Bildung und Erziehung	**1,9** *5*	**3,3** *3*	**6,1** *2*
Medien	**-4,2** *14*	**-3,5** *13*	**-5,1** *16*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**-1,7** *13*	**1,9** *4*	**0,1** *9*
Politische Repräsentanz	**-0,7** *10*	**-5,1** *15*	**1,2** *8*
Wohlfahrt und Gesundheit	**-3,3** *14*	**-3,0** *13*	**-6,9** *15*
Erwerbsleben	**0,8** *7*	**-3,1** *15*	**-6,7** *16*
Sicherheit und Prävention	**0,5** *8*	**0,4** *9*	**3,6** *2*
Bürgerschaftliches Engagement	**-2,3** *12*	**-2,8** *14*	**-1,4** *10*

Quelle: eigene Darstellung

Eine auffällige Gemeinsamkeit des Clusters ist der sehr niedrige Wert in der Dimension *Medien*; offensichtlich wird auch bei den Maßnahmen der Vielfaltkultur diesem Bereich eine sehr nachrangige Rolle zugemessen. Sachsen zeigt hier den schlechtesten Wert, die beiden

anderen Bundesländer liegen aber auch weit im negativen Bereich und werden außerhalb des Clusters nur noch durch Sachsen-Anhalt unterboten. Eine weitere deutliche Gemeinsamkeit der drei Länder ist der sehr niedrige Wert in der Dimension *politische Repräsentanz*. Auch hier hat Sachsen den niedrigsten unter den durchgängig schlechten Werten im Cluster, der nur noch durch Mecklenburg-Vorpommern unterboten wird. In einer weiteren Dimension mit durchgängig niedrigen Werten, dem *bürgerlichen Engagement*, hat Sachsen jedoch im Cluster den besten – wenn auch noch deutlich negativen – Wert. Das Saarland zeigt hier von allen Ländern den fünftschlechtesten Wert vor den Ländern Bayern, Niedersachsen, dem Clustermitglied Thüringen und dem Land Hessen. Anscheinend wird der Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an politischer und medialer Präsenz sowie an zivilgesellschaftlichen Prozessen in den Ländern dieses Clusters wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht; lediglich Sachsen steuert mit der etwas besseren Förderung von bürgerschaftlichem und politischem Engagement gegen die im Land problematische Situation bei dem Umgang mit Vielfalt an.

Eine im Bundesvergleich deutlich positive Gemeinsamkeit der drei Länder des Clusters findet sich in der Dimension *Bildung und Erziehung*; der deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende positive Mittelwert des Clusters wird auch im Saarland durch den besten Wert unter den alten Bundesländern gestützt. Relativ zum Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund findet sich in den drei Ländern die höchste Maßnahmenintensität im Bildungsbereich, wobei hier Sachsen bundesweit nach Brandenburg den besten Wert hat. *Sicherheit und Prävention* wird ebenfalls in allen drei Ländern des Clusters ein überdurchschnittlicher Stellenwert eingeräumt; auch der gute Wert des Saarlands wird in den alten Bundesländern nur noch in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen überboten. Sachsen sticht in dem Cluster mit dem bundesweit besten Wert nach Brandenburg deutlich hervor.

Auf nicht genannten Dimensionen gibt es über die drei Länder keine einheitliche Tendenz, auch wenn die Schwankungen von drei Ausreißern abgesehen (positiv in Sachsen *Bildung* und *Sicherheit/Prävention*, negativ in Thüringen *kulturelle Repräsentanz*) nur gering sind.

Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb des Clusters lassen die Vermutung zu, dass im Saarland und Thüringen aus unterschiedlichen Gründen der Förderung von Vielfaltskultur nur eine geringe Priorität zugemessen wird; die Daten beider Länder vermitteln den Eindruck, dass im allgemeinen kein besonderer Handlungsbedarf gesehen wird.

Demgegenüber scheint Sachsen auf Dimensionen, die besonders relevant für die schwierige Situation bei dem Umgang mit Vielfalt im Land sind, - *Medien*, *politische Repräsentanz* und *bürgerliches Engagement* - bewusst umfangreiche Anstrengungen zum Gegensteuern aufzubieten; hier liegt offensichtlich ein entwickeltes Problembewusstsein vor. Sachsen zeigt aber andererseits auch auffallend schlechte Werte in den Dimensionen *Wohlfahrt und Gesundheit* sowie *Erwerbsleben*, die bundesweit am unteren Rand des Spektrums liegen.

© efms 2016

6.8 Cluster M3, M4 und M6: Die Sonderfälle

Brandenburg; Mecklenburg-Vorpommern; Sachsen-Anhalt

Drei Bundesländer lassen sich über relative Maßnahmenindikatoren keinem der drei anderen Cluster zuordnen und sind sich in ihrem Maßnahmenprofil auch untereinander nicht ähnlich, so dass die Clusteranalyse zu einem relativ frühen Iterationsschritt jedem Land ein eigenes Cluster zuweist.

Tabelle 45: Sonderfälle Cluster M3, M4 und M6

Dimension	Brandenburg Maßn. Indikat.	Mecklenburg-Vorpommern Maßn. Indikat.	Sachsen-Anhalt Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**0,7** *8*	**-5,6** *16*	**0,8** *7*
Bildung und Erziehung	**9,7** *1*	**2,5** *4*	**-0,3** *8*
Medien	**7,6** *2*	**3,3** *4*	**-5,0** *15*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**0,3** *7*	**-5,5** *16*	**4,3** *1*
Politische Repräsentanz	**3,8** *1*	**1,7** *6*	**-5,7** *16*
Wohlfahrt und Gesundheit	**3,7** *2*	**-7,3** *16*	**-2,6** *12*
Erwerbsleben	**0,5** *9*	**3,7** *2*	**1,4** *4*
Sicherheit und Prävention	**3,9** *1*	**3,3** *3*	**2,5** *4*
Bürgerschaftliches Engagement	**0,0** *7*	**0,1** *6*	**9,8** *1*

Quelle: eigene Darstellung

Brandenburg (Cluster M3) fällt besonders dadurch auf, dass die relativen Maßnahmenindikatoren in allen Dimensionen über dem Bundesdurchschnitt liegen. In *Bildung und Erziehung* zeigt der Maßnahmenindikator den bundesweiten Spitzenwert, und durch die Zugehörigkeit zur gemeinsamen Länderanstalt mit Berlin ist der mit dem Anteil an Migranten gewichtete Maßnahmenindikator für *Medien* ebenfalls im Spitzenbereich; er wird nur in Nordrhein-Westfalen übertroffen. Ein weiterer bundesweiter Spitzenwert betrifft Maßnahmen im Bereich *Sicherheit und Prävention*, der sogar das in diesem Bereich ebenfalls sehr aktive Sachsen übertrifft. Lediglich in der Dimension *bürgerschaftliches Engagement* sowie *Rechtsstatus und Einbürgerung* sind Maßnahmen nur auf dem Niveau des Durchschnitts aller Bundesländer. Dieses auffällig gute Profil bei den relativen Maßnahmenindikatoren geht wahrscheinlich auf die enge Zusammenarbeit mit Berlin und eine Orientierung an der kosmopolitischen Stadtgesellschaft des Berliner Großraums zurück. Dies könnte zu einer im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund sehr guten Ausstattung an Maßnahmen beitragen; dazu kommt der in Brandenburg frühzeitig erkannte Bedarf, xenophoben Tendenzen gegenzusteuern und den kompetenten Umgang mit Vielfalt zu fördern. Insbesondere hat Brandenburg vergleichsweise sehr früh 1999 eine Landesantidiskriminierungsstelle eingerichtet, und Antidiskriminierungsarbeit wie Bekämpfung von xenophoben rechtsextremen Tendenzen spielen in der Integrationspolitik des Landes eine wichtige Rolle. ***Mecklenburg-Vorpommern*** (Cluster M4) zeigt ebenfalls sehr gute Indikatorwerte im Bereich *Sicherheit und Prävention;* der gute Wert im Bereich *Medien* hängt auch wie bei Brandenburg mit der Länderanstalt RBB an der Zugehörigkeit zu der Länderanstalt des Norddeutschen Rundfunks.

Auffällig ist insbesondere aber der sehr gute Wert bei Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt im Erwerbsleben; Mecklenburg-Vorpommern hat nach den beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen die bundesweit höchste Arbeitslosenquote, das niedrigste pro-Kopf-Bruttosozialprodukt, die niedrigste Bevölkerungsdichte und den niedrigsten Anteil an Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund. Die vielfältigen und gezielten Maßnahmen zur Inklusion von Migranten in die Wirtschaft und das Erwerbsleben des Landes zeigen hier einen Schwerpunkt der Landespolitik und landesweiter Akteure. Auch *bei Bildung und Erziehung* und *politischer Repräsentanz* liegen – relativ zum Anteil an Migranten – die landesweiten Aktivitäten über dem Bundesdurchschnitt. Demgegenüber fehlen Maßnahmen zur Teilhabe im Kulturbereich sowie im Bereich Wohlfahrt und Gesundheit, obwohl die composite indicator der Situationsbeschreibung hier deutliche Defizite anzeigen; auch im Bereich Rechtsstatus und Einbürgerung erscheinen die wenigen Maßnahmen verglichen mit dem niedrigen CI-Wert der Situationsbeschreibung nicht ausreichend.

Sachsen-Anhalt (Cluster M6) als dritter Sonderfall zeigt wie Mecklenburg-Vorpommern auch Besonderheiten bei der Situationsbeschreibung im Cluster 3 der neuen Bundesländer. Hinsichtlich der relativen Maßnahmenindikatoren fallen besonders die guten Werte und die hohe Zahl an Maßnahmen in den Dimensionen *bürgerschaftliches Engagement* sowie *Rechtsstatus und Einbürgerung* auf; auch in der Dimension *Kultur und öffentliche Präsenz* liegt das Land gemeinsam mit Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt und den anderen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens, das hier noch besser abschneidet. Keine landesweiten Maßnahmen wurden demgegenüber zur Förderung von Vielfalt in den Bereich Medien, Gesundheit und Wohlfahrt sowie Teilhabe in der Politik gefunden; besonders letzteres ist eine auffällige Diskrepanz zu den vielfältigen Aktivitäten im Bereich *bürgerschaftliches Engagement*. Schließlich hat das Bundesland unter den neuen Bundesländern vergleichsweise wenig Aktivitäten zur Inklusion im Bildungs- und Ausbildungsbereich.

Eine interessante Gemeinsamkeit der drei Sonderfälle ist, dass sie unter den neuen Bundesländern die Vorreiter bei der Entwicklung und Verabschiedung eines Landesintegrationskonzepts waren; Brandenburg hat 2002 die *Konzeption der Landesregierung zur Integration* beschlossen, Mecklenburg-Vorpommern 2005 die *Leitlinien zur Integration* und Sachsen-Anhalt ebenfalls 2005 die *Leitlinien zur Integrationspolitik*. Thüringen folgte mit den *Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Integration* 2009 und Sachsen mit seinem *Zuwanderungs- und Integrationskonzept* erst 2012. Diese drei Sonderfälle haben damit Integrationskonzepte der Landesregierung zu einem Zeitpunkt beschlossen, zu dem fast die Hälfte der alten Bundesländer mit wesentlich höherem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund noch keine entsprechenden landespolitischen Beschlüsse verabschiedet hatte. Möglicherweise tragen diese frühen politischen Entscheidungen zu spezifischen strukturellen Entwicklungen in der Integrationspolitik dieser drei Länder und den resultierenden Maßnahmenprofilen bei, die sie untereinander und von den Ländern der anderen Cluster unterscheiden.

© efms 2016

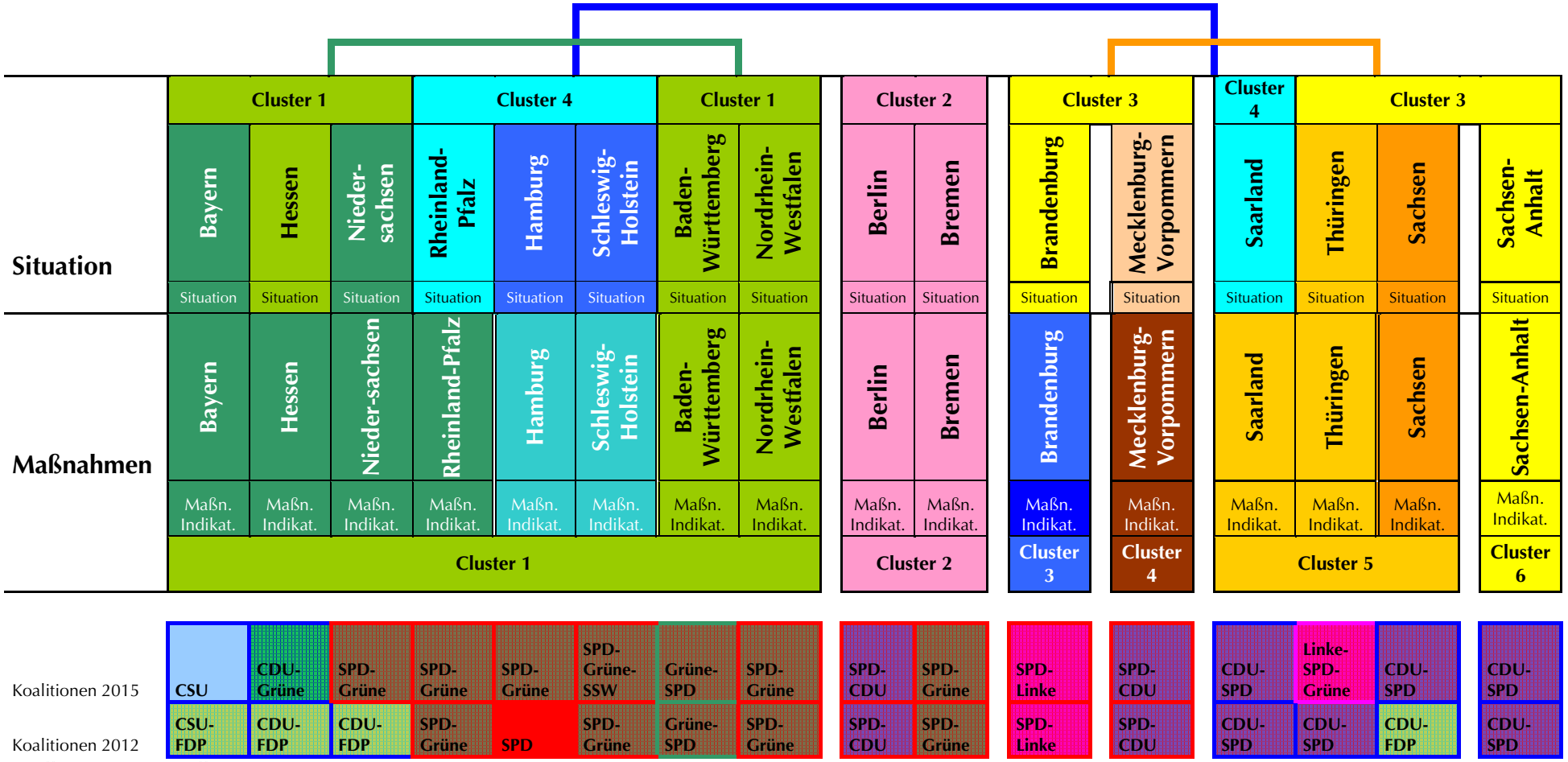
Tabelle 46: Übersicht der relativen Maßnahmenindikatoren (MI-Werte/Rang) der Bundesländer nach Clustern gruppiert

	Cluster 1								Cluster 2		Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5			Cluster 6
Dimension	Bayern	Hessen	Nieder-sachsen	Rheinland-Pfalz	Hamburg	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Berlin	Bremen	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Saarland	Thüringen	Sachsen	Sachsen-Anhalt
	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.	Maßn. Indikat.
Kultur und öffentliche Präsenz	**-1,5**	**-2,1**	**-1,1**	**0,9**	**0,3**	**-1,5**	**0,3**	**1,0**	**4,6**	**2,6**	**0,7**	**-5,6**	**2,3**	**-3,1**	**1,3**	**0,8**
	12	*14*	*11*	*6*	*9*	*13*	*9*	*5*	*1*	*2*	*8*	*16*	*3*	*15*	*4*	*7*
Bildung und Erziehung	**1,2**	**-2,3**	**-0,2**	**-0,7**	**-3,4**	**-5,4**	**-3,7**	**-2,1**	**-2,7**	**-4,0**	**9,7**	**2,5**	**1,9**	**3,3**	**6,1**	**-0,3**
	6	*11*	*7*	*9*	*13*	*16*	*14*	*10*	*12*	*15*	*1*	*4*	*5*	*3*	*2*	*8*
Medien	**0,0**	**-0,0**	**-2,0**	**2,2**	**-3,1**	**-2,9**	**4,0**	**9,0**	**-0,3**	**-0,1**	**7,6**	**3,3**	**-4,2**	**-3,5**	**-5,1**	**-5,0**
	6	*7*	*10*	*5*	*12*	*11*	*3*	*1*	*9*	*8*	*2*	*4*	*14*	*13*	*16*	*15*
Rechtsstatus und Einbürgerung	**-0,4**	**-2,0**	**0,8**	**0,3**	**3,4**	**4,1**	**-3,9**	**-1,0**	**-1,0**	**0,2**	**0,3**	**-5,5**	**-1,7**	**1,9**	**0,1**	**4,3**
	10	*14*	*5*	*6*	*3*	*2*	*15*	*12*	*11*	*8*	*7*	*16*	*13*	*4*	*9*	*1*
Politische Repräsentanz	**-1,2**	**-2,3**	**2,5**	**2,5**	**1,1**	**1,4**	**-2,0**	**-2,2**	**2,5**	**2,7**	**3,8**	**1,7**	**-0,7**	**-5,1**	**1,2**	**-5,7**
	11	*14*	*4*	*4*	*9*	*7*	*12*	*13*	*3*	*2*	*1*	*6*	*10*	*15*	*8*	*16*
Wohlfahrt und Gesundheit	**-0,8**	**1,8**	**2,3**	**-0,1**	**0,9**	**-1,2**	**1,4**	**2,5**	**9,5**	**3,1**	**3,7**	**-7,3**	**-3,3**	**-3,0**	**-6,9**	**-2,6**
	10	*6*	*5*	*9*	*8*	*11*	*7*	*4*	*1*	*3*	*2*	*16*	*14*	*13*	*15*	*12*
Erwerbsleben	**0,8**	**-1,0**	**-1,1**	**0,8**	**5,0**	**-1,1**	**2,2**	**0,9**	**-1,1**	**-2,1**	**0,5**	**3,7**	**0,8**	**-3,1**	**-6,7**	**1,4**
	6	*10*	*12*	*7*	*1*	*11*	*3*	*5*	*13*	*14*	*9*	*2*	*7*	*15*	*16*	*4*
Sicherheit und Prävention	**0,8**	**0,7**	**-0,3**	**0,7**	**-1,2**	**-0,5**	**-0,2**	**-3,2**	**-5,3**	**-5,7**	**3,9**	**3,3**	**0,5**	**0,4**	**3,6**	**2,5**
	5	*7*	*11*	*6*	*13*	*12*	*10*	*14*	*15*	*16*	*1*	*3*	*8*	*9*	*2*	*4*
Bürgerschaftliches Engagement	**-3,8**	**-2,6**	**-3,6**	**0,3**	**-0,4**	**-0,4**	**0,8**	**-1,9**	**2,5**	**5,7**	**0,0**	**0,1**	**-2,3**	**-2,8**	**-1,4**	**9,8**
	16	*13*	*15*	*5*	*8*	*8*	*4*	*11*	*3*	*2*	*7*	*6*	*12*	*14*	*10*	*1*

Quelle: eigene Darstellung

© efms 2016

Tabelle 47: Ländergruppen: Clusterzugehörigkeit der Situationsbeschreibung nach Clusterbildung gemäß relativem Maßnahmenindikator (MI)



Quelle: eigene Darstellung

Die Übersicht in **Tabelle 47** zeigt die Verteilung der Bundesländer aus den vier Ländergruppen der Situationsbeschreibung auf die sechs Gruppenprofile nach dem relativen Maßnahmenindikator. Zur Information sind die an der Landesregierung beteiligten Parteien in 2015 und 2012 angeführt.

© efms 2016

7 Schlussbemerkung

Die Herausforderungen durch die mit der Einwanderung entstandenen Vielfalt wurden zunächst auf der Ebene der Großstädte und industriellen Ballungsräume sichtbar und auch angegangen; bereits Ende der siebziger Jahre wurden auf kommunaler Ebene integrationspolitische Maßnahmen und Sozialberichterstattungen zu Migranten entwickelt. Auf der kommunalen Ebene sind die Erfahrungen in diesem Politikbereich am weitesten entwickelt, und es existiert seit längerem eine intensive bundesweite Kooperation zur Integrationspolitik und zum Umgang mit Vielfalt unter den Kommunen[790].

Wesentliche Impulse für die deutsche Integrationspolitik gingen allerdings auch früh von der Landesebene aus. Der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn legte bereits im September 1979 als erster Ausländerbeauftragter der Bundesrepublik Deutschland ein Memorandum „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“[791] vor; 1980 wurden die ersten „Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen“ (RAA) in Nordrhein-Westfalen als auf Inklusion und Integration spezialisierte Agenturen im Bildungsbereich durch die Landesregierung eingerichtet.

In der vorgelegten Studie wird deutlich, wie wichtig die Landespolitik und die zivilgesellschaftlichen Akteure auf Landesebene für einen konstruktiven Umgang mit der faktischen Vielfalt aus Migrationsprozessen sind. Als erste Schlussfolgerung aus der Vielfalt der deutschen Bundesländer kann festgehalten werden:

1) Auch auf Ebene der Bundesländer sind – wenn auch noch nicht durchgängig – inzwischen **umfangreiche Erfahrungen**, eine Vielzahl von **erprobten konzeptionellen wie praktischen Ansätzen**, sowie gute Beispiele für **entwickelte Kompetenzen** in öffentlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Institutionen für den Umgang mit Vielfalt **vorhanden**. Es gibt auf Bundesebene eine kontinuierliche horizontale Kooperation zwischen den Ländern[792]; auch vertikale Kooperation mit Kommunen und Kreisen findet sich zunehmend häufiger.

Diese vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen in den Bundesländern realisieren bereits in erheblichem Umfang eine pragmatische und praxisorientierte integrationspolitische Arbeit, die zunehmend auch die Anforderungen gestiegener gesellschaftlicher Vielfalt aus Mig-

[790] Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik, URL: https://www.stuttgart.de/item/show/385012. [Stand 20.07.2016]

[791] Geiß, B. (2001): Die Ausländerbeauftragten der Bundesregierung in der ausländerpolitischen Diskussion, S. 128f. In: Currle, E,; Wunderlich, T. (Hrsg.): *Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 127-140.

[792] Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK), URL: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/startseite. [Stand 20.07.2016]

ration aufgreift. Die Bundesländer unterscheiden sich zwar erheblich in ihren Stärken und Schwächen in verschiedenen Bereichen bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, diese Unterschiede zeigen aber – mit drei Ausnahmen unter den neuen Bundesländern, bei denen ein Zusammenhang zwischen integrationspolitischer Entwicklung und parteipolitischer Ausrichtung der Landesregierung wahrscheinlich scheint – keine deutlichen Zusammenhänge mit der parteipolitischen Ausrichtung der Landesregierungen. Auch wenn Wechsel in den Landesregierungen meist mit neuen Schwerpunkten und Ansätzen auch im integrationspolitischen Bereich und im Umgang mit Vielfalt einhergeht, werden nicht nur bei der diesbezüglichen Situation im Land, sondern auch bei der Ausrichtung von Maßnahmen Änderungen und vor allem ihre Auswirkungen erst nach einiger Zeit sichtbar; praktische Integrationsarbeit und die Entwicklung von Vielfaltskultur muss in der Regel durch institutionelle und konzeptionelle Änderungsprozesse weiter entwickelt werden und bewegt sich auch im Kontext kommunaler Aktivitäten und bundespolitischer Vorgaben in dem Politikfeld. Änderungen in der Ausrichtung der Landespolitik werden so kurzfristig meist zunächst nur auf der Ebene der politischen Diskurse sichtbar, und obwohl diese Ebene für die Weiterentwicklung einer Vielfaltskultur wichtig ist, brauchen nachhaltige Änderungen im öffentlichen Diskurs auch Zeit.

Dazu werden die Vorgaben der Landespolitik in den meisten Fällen durch Institutionen umgesetzt, wie zum Beispiel den unterschiedlichen Trägern der freien Wohlfahrtspflege, von denen die landespolitischen Vorgaben interpretiert werden, in denen aber meist auch unabhängige Innovationsprozesse stattfinden.

Schließlich spielen auch die Erfahrungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene eine wichtige Rolle für Entwicklungen in diesem Politikfeld; besonders von städtischen Ballungszentren können hier innovative Entwicklungen ausgehen, die sich über parteiinterne Strukturen auch auf der Ebene der Landespolitik auswirken. Als zweite Schlussfolgerung lässt sich daher festhalten:

2) Im Ländervergleich zeigen sich überwiegend **nur geringe Einflüsse von parteipolitischen Ausrichtungen** der Landesebene auf die praktische Arbeit; wo sie erkennbar sind – meist, wenn die jeweilige Partei längerfristig eine dominante oder hegemoniale Position in der Landespolitik einnahm[793] - , verzögern oder beschleunigen sie nur in einzelnen Bereichen die Weiterentwicklung einer qualitativ guten Sozialpolitik gegenüber anstehenden Herausforderungen durch die gewachsene gesellschaftliche Vielfalt. Erfolgreiche Integrationspolitik und guter Umgang mit Vielfalt beruhen vor allem auf einer **professionellen und an der Bedarfslage ausgerichteten Sozialpolitik mit einer guten praktischen Umsetzung**, die durchaus **auch unterschiedliche Ansätze** verfolgen kann.

[793] Schmidt, M. (2015): Policy-Diversität im deutschen Föderalismus. http://www.uni-heidelberg.de/ md/politik/personal/schmidt/policy-diversitat_2015.pdf, 15.

© efms 2016

Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern finden sich bei den verschiedenen Voraussetzungen und historischen Entwicklungspfaden, vor allem – aber nicht nur - zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Hier lässt sich als dritte Schlussfolgerung festhalten:

3) Ein wichtiger Faktor für einen entwickelten Umgang mit Vielfalt und dessen Stärken wie Schwachpunkte im jeweiligen Bundesland sind vor allem **soziodemographische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen** sowie die **zeitliche Entstehung, räumliche Verteilung** und teilweise auch **Herkunft** der Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund. Dies zeigt sich am deutlichsten bei den Unterschieden zwischen den Ländern der ehemaligen Bundesrepublik und den aus der Deutschen Demokratischen Republik entstandenen neuen Bundesländern. Ein sehr niedriger aus Einwanderung entstandener Bevölkerungsanteil, eine vergleichsweise hohe gesellschaftliche Homogenität in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg, wenig internationaler Austausch auf individueller Ebene unter den Bedingungen der Teilung Europas haben die Entwicklung eines Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt aus Migration erst mit der Wiedervereinigung entstehen lassen; die neuen Bundesländer haben hier schnell aufgeholt. Teilweise zeigen sich trotz inzwischen intensiver Bemühungen der Landesregierungen wie in Sachsen noch erhebliche Folgen der verzögerten Entwicklung gemeinsam mit Folgen der Umsetzung der Wiedervereinigung[794].

Schließlich lässt sich als vierte Schlussfolgerung aus der Gesamtbetrachtung aller Bundesländer festhalten:

4) Auch bei vergleichsweise entwickelter Vielfaltskultur sind die größten **Rückstände** in einer umfassenden Teilhabe von Wohnbürgern mit Migrationshintergrund vor allem noch in den Bereichen zu finden, die **politische und gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten** bieten. Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Politik (Landtagsabgeordnete, Landtagskandidaten auf Parteilisten) und in Gremien wie den Rundfunkräten noch deutlich unterrepräsentiert. Auch bei entwickelter Teilhabe in anderen Lebensbereichen – bei der es durchaus noch erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt – benötigt die Beteiligung an gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten hier noch deutlich mehr Zeit und kommt nach historischen Erfahrungen häufig erst ab der dritten Generation zum Tragen[795].

---

[794] „Migrationserfahrung ohne Ortswechsel“ durch umfassende Umstellung auf westliche Verwaltungs- und Organisationsstrukturen (siehe u.a. Katterbach, Vera: http://www.tagesspiegel.de/kultur/20-jahre-mauerfall-deutschland-eine-patchworkfamilie/1609030.html); unverzügliche Ausweitung des Schlüssels für die Verteilung von Asylbewerbern durch den Einigungsvertrag auf die neuen Bundesländer ohne hinreichende Vorbereitung (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/3589, S. 3); rechtsradikale Mobilisierung durch frühe Präsenz und intensiver Aktivität westlicher xenophober Gruppen (siehe: Demuth, C. et al (2008): Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, S.2).

[795] Siehe z.B. Bade, K. (2007): Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, S. 36. In: Hiesserich, H. (2007): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft 11, V&R unipress, Göttingen, 21-96.

Diese Studie hat bewusst einen Ansatz zur Untersuchung des Umgangs mit Vielfalt gewählt, der auf dem Begriff der Lebensqualität aufbaut; die durch das Grundgesetz als Ziel formulierten *gleichwertigen Lebensverhältnisse* sind ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Reduktion von Konfliktpotentialen und die Legitimität politischer Strukturen. Letztere sind in ihrem Amtseid dem Wohle des deutschen Volkes und der Gerechtigkeit gegenüber jedermann verpflichtet. Ein guter und konstruktiver Umgang mit der gegenwärtigen Vielfalt ist für alle Wohnbürger, mit und ohne Migrationshintergrund, relevant: Er verbessert die Situation in der Gesamtgesellschaft, und auch Nichtmigranten profitieren von der weiterentwickelten Qualität gesellschaftlicher Institutionen.

Schließlich ist der Begriff Vielfalt nur eine spezielle Interpretation des zentralen Prinzips jeder pluralen Gesellschaft: Teilhabe und demokratische Mitgestaltung seitens ihrer Mitglieder. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Vielfalt aus der Präsenz von Migranten ist im Kern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess zur Weiterentwicklung der eigenen Verfasstheit und Identität für das Gemeinwohl.

© efms 2016

8 Anhang

8.1 Dokumentation der Situationsindikatoren

8.1.1 Kultur und öffentliche Präsenz

1.1 Akzeptanz von Vielfalt im persönlichen Umfeld

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: Es werden nur Personen einbezogen, die keinen Migrationshintergrund haben, um die Einstellung der Mehrheitsgesellschaft zu erfassen. Hierfür wurde eine dichotome Variable für den Migrationshintergrund gebildet.

Nun geht es um bei uns lebende Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu zählen Personen, die nach 1949 entweder selbst als Ausländer oder Aussiedler zugewandert sind oder von denen zumindest ein Elternteil nach 1949 nach Deutschland gekommen ist.

F01_1 *Sind Sie selbst oder zumindest ein Teil Ihrer Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert?*

- *Ja, ich selbst*

(0) nicht genannt

(1) genannt **migration=1**

F01_2 *Sind Sie selbst oder zumindest ein Teil Ihrer Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert?*

- *Ja, zumindest ein Elternteil*

(0) nicht genannt

(1) genannt **migration=1**

F01_3 *Sind Sie selbst oder zumindest ein Teil Ihrer Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert?*

- *Nein*

(0) nicht genannt

(1) genannt **migration=0**

▸ Generierte Filtervariable: migration (= *Migrationshintergrund)*

(0) nein

(1) ja

a) Vorhandensein von regelmäßigen, privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund in Relation zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

▸ Filter: **migration = 0**

F02_1 *Haben Sie regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund?*

- *Ja, mit Ihrem Lebens-/Ehepartner*

(0) nicht genannt

(1) genannt **Kontakt=1**

F02_2 *Haben Sie regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund?*

- *Ja, in Ihrer Familie*

(0) nicht genannt

(1) genannt **Kontakt=1**

F02_3 *Haben Sie regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund?*

- *Ja, in Ihrem Freundeskreis*

(0) nicht genannt

(1) genannt **Kontakt=1**

F02_4 *Haben Sie regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund?*

- *Nein keinen*

(0) nicht genannt

(1) genannt **Kontakt=0**

▸ neue Variable: **Kontakt** *(= Anteil der Mehrheitsbevölkerung im Bundesland mit regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund)*

(0) keinen Kontakt

(1) Kontakt

▸ Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland → Bildung der Variable: *Anteil der Mehrheitsbevölkerung mit regelmäßigen privaten Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **001aKont**

© efms 2016

b) Einstellung gegenüber Personen mit Migrationshintergrund im persönlichen Umfeld

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Filter: **Kontakt = 0** (Nur Befragte, die keine Personen mit Migrationshintergrund in ihrem persönlichen Umfeld haben)

F03_1 *Fänden Sie es gut, in Ihrem persönlichen Umfeld Personen mit Migrationshintergrund zu haben?*

- Ja, als Ehe-/Lebenspartner

(0) nicht genannt

(1) genannt **Einstellung_Kontakt=1**

F03_2 *Fänden Sie es gut, in Ihrem persönlichen Umfeld Personen mit Migrationshintergrund zu haben?*

- Ja, in Ihrer Familie

(0) nicht genannt

(1) genannt **Einstellung_Kontakt=1**

F03_3 *Fänden Sie es gut, in Ihrem persönlichen Umfeld Personen mit Migrationshintergrund zu haben?*

- Ja, in Ihrem Freundeskreis

(0) nicht genannt

(1) genannt **Einstellung_Kontakt=1**

F03_4 *Fänden Sie es gut, in Ihrem persönlichen Umfeld Personen mit Migrationshintergrund zu haben?*

- Nein

(0) nicht genannt

(1) genannt **Einstellung_Kontakt=0**

▸ neue Variable: **Einstellung_Kontakt** *(= Anteil der Mehrheitsbevölkerung ohne regelmäßigen privaten Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund, die gegenüber dem Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund positiv eingestellt sind)*

(0) negative Einstellung

(1) positive Einstellung

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **001cKonE**

1.2 Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Recodierung der Variable F09 (R)

F09 *Wenn Sie an den Bau von Moscheen in Deutschland denken. Sollten Moscheen Ihrer Meinung nach …*

(1) In der Öffentlichkeit gut sichtbar sein oder	**R: 3**
(2) In der Öffentlichkeit nicht so sichtbar sein oder	**R: 2**
(3) Sollte es gar keine Moscheen in Deutschland geben?	**R: 1**
(8) weiß nicht	**Missing value**
(9) keine Angabe	

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **002_AVoR**

1.3 Akzeptanz von kultureller Vielfalt

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Recodierung der Variable F07 (R)

F07 *Ist Ihrer Meinung nach unsere Gesellschaft durch Einwanderung kulturell bereichert worden, kulturell ärmer geworden oder hat sich da nicht viel verändert?*

(1) kulturell bereichert worden	**R: 3**
(2) kulturell ärmer geworden	**R: 1**
(3) hat sich nicht viel verändert	**R: 2**
(8) weiß nicht	**Missing value**
(9) keine Angabe	

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **003_AVKu**

© efms 2016

1.4 Gleichberechtigte Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen

- Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (MIGBACK)

	Originalwerte	Recodierte Werte
	-1 bis -5	Missing value
Kein Migrationshintergrund	1	0
Direkter Migrationshintergrund	2	1
Indirekter Migrationshintergrund	3	1
Migrationshintergrund - n.w. differenz	4	1

- Variable Migrationshintergrund

(0) keinen Migrationshintergrund

(1) Migrationshintergrund

- Zur Darstellung der regelmäßigen Besuche von kulturellen Veranstaltungen nach dem Migrationshintergrund wurde eine dichotome Variable generiert, indem die Originalwerte umcodiert wurden (R).

BDP1119 *Nun einige Fragen zu Ihrer Freizeit. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: täglich, mindestens 1mal pro Woche, mindestens 1mal pro Monat, seltener oder nie?*

Besuch von Veranstaltungen wie Oper, klassische Konzerte, Theater, Ausstellungen

(1) täglich
(2) mindestens 1mal pro Woche
(3) mindestens 1mal pro Monat

R: (1) regelmäßig

(4) seltener
(5) nie

R: (0) nicht regelmäßig

- *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland, die regelmäßig kulturelle Veranstaltungen besuchen - Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland, die regelmäßig kulturelle Veranstaltungen besuchen*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **004_TkuV**

1.5 Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern

▸ Datenquelle: Zensus 2011 (Berufsgruppen nach KldB 2010)

94 *Bitte geben Sie an, welchen Beruf/welche bezahlte Tätigkeit Sie ausüben.*

(941) Musik-, Gesangs- und Dirigententätigkeiten

(942) Schauspiel, Tanz und Bewegungskunst

(943) Moderation und Unterhaltung

(944) Theater-, Film- und Fernsehproduktion

(945) Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik

(946) Bühnen- und Kostümbildnerei, Requisite

(947) Museumstechnik und –management

▸ Bilden einer dichotomen Variable zur Darstellung der *Vielfalt in den Berufsfeldern des kulturellen Lebens aus 941 bis 947 nach dem Migrationshintergrund*:

(0) nicht genannt

(1) genannt

▸ Problem: Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt weisen keine Angaben auf;

▸ Lösung:

Bremen: Verwendung des Mittelwerts der Stadtstaaten;

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt: Verwendung des Mittelwerts aus den neuen Bundesländern

▸ Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland → Bildung der Variable: *Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in darstellenden und unterhaltenden Berufen im jeweiligen Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **005_VBeK**

© efms 2016

8.1.2 Bildung und Erziehung

2.1 Bildungserfolg

a) Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss nach dem Migrationshintergrund

- Datenquelle: Zensus 2011
- Recodierung der Variable (R)

Haben Sie einen allgemeinbildenden Schulabschluss?

Ja	**R: 1**
Nein	**R: 0**
Noch nicht	**Missing value**

- Erstellen der Variable: *Vorhandensein eines allgemeinbildenden Schulabschlusses*

(0) nein

(1) ja

- *Anteil der Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Anteil der Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **011aOall**

b) Personen mit allgemeiner oder fachgebundener HS-Reife nach Migrationshintergrund

- Datenquelle: Zensus 2011
- Recodierung der Variable (R)

Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch	**R: 0**
Haupt-/Volksschulabschluss	
Realschulabschluss (Mittlere Reife)	
Fachhochschulreife	**R: 1**
Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	

- Neue Variable: *Vorhandensein der (Fach-)Hochschulreife*

(0) nein

(1) ja

- *Anteil der Personen mit (Fach-)Hochschulreife an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Anteil der Personen mit (Fach-)Hochschulreife an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **011bMHsr**

2.2 Ausbildungserfolg

a) Personen ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss nach dem Migrationshintergrund

- Datenquelle: Zensus 2011
- Recodierung der Variable (R)

Haben Sie einen beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss?

Ja	**R: 1**
Nein	**R: 0**
Noch nicht	**Missing value**

- Erstellen der Variable: *Vorhandensein eines beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschlusses*

(0) nein

(1) ja

- *Anteil der Personen ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Anteil der Personen ohne beruflichen Ausbildungs- oder Fachhoch-/Hochschulabschluss an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **012aOBau**

© efms 2016

b) Personen mit einem Fachhoch-/Hochschulabschluss nach dem Migrationshintergrund

- Datenquelle: Zensus 2011
- Recodierung der Variable (R)

Welchen höchsten beruflichen Ausbildungs- o. Fachhoch-/ Hochschulabschluss haben Sie?

Anlernausbildung oder berufliches Praktikum von mind. 12 Monaten Berufsvorbereitungsjahr Lehre, Berufsausbildung im dualen System Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule/Kollegschule, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens 2- oder 3-jährige Schule des Gesundheitswesens Fachschulabschluss	**R: 0**
Berufsakademie, Fachakademie Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule Fachhochschulabschluss, auch Ingenieurschulabschluss Abschluss einer Universität, wissenschaftlichen Hochschule, Kunsthochschule Promotion	**R: 1**

- Neue Variable: *Vorhandensein eines Fachhoch-/Hochschulabschlusses*

  (0) nein

  (1) ja

- *Anteil der Personen mit einem Fachhoch-/Hochschulabschluss an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Anteil der Personen mit einem Fachhoch-/Hochschulabschluss an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **012bMHAb**

2.3 Diskriminierungserfahrungen in der Schule

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen in der Schule wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4805 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig

(2) selten

(3) nie → **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden zur Erhöhung der Fallzahlen nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4805 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

In der Schule

(1) häufig } **R: (1) Benachteiligung**

(2) selten }

(3) nie → **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **013_VBiB**

2.4 Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen

▸ Datenquelle: Zensus 2011 (Berufsgruppen nach KldB 2010)

84 *Bitte geben Sie an, welchen Beruf/welche bezahlte Tätigkeit Sie ausüben.*

(841) Lehrtätigkeit an allgemeinbildenden Schulen

(842) Lehrtätigkeit für berufsbildende Fächer, betriebliche Ausbildung und Betriebspädagogik

(843) Lehr- und Forschungstätigkeit an Hochschulen

(844) Lehrtätigkeit an außerschulischen Bildungseinrichtungen

(845) Fahr- und Sportunterricht an außerschulischen Bildungseinrichtungen

▸ Neue Variable zur Darstellung der *interkulturellen Öffnung bildungsbezogener Berufsfelder aus 841 bis 845 nach dem Migrationshintergrund*

(0) nicht genannt

(1) genannt

© efms 2016

- Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland → Bildung der Variable: *Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in lehrenden und ausbildenden Berufen im jeweiligen Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **014_DSch**

8.1.3 Medien

3.1 Vielfalt in der Medienpolitik

- Datenquelle: eigene Erhebung

Rundfunkratsmitglieder mit Migrationshintergrund (nach den jeweiligen Rundfunkanstalten)

(1) Rundfunkratsmitglieder mit Migrationshintergrund

(0) Rundfunkratsmitglieder ohne Migrationshintergrund

- *Anteil der Rundfunkratsmitglieder mit Migrationshintergrund an allen Rundfunkratsmitgliedern in den jeweiligen Rundfunkanstalten*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **021_VRfR**

3.2 Vielfalt in den Medien

- Datenquelle: eigene Erhebung

Moderatoren mit Migrationshintergrund in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

(1) Moderatoren mit Migrationshintergrund

(0) Moderatoren ohne Migrationshintergrund

Anteil der Moderatoren mit Migrationshintergrund an allen Moderatoren in den jeweiligen Rundfunkanstalten

- Neue Variable im Länderdatensatz: **022_Vmod**

3.3 Vielfalt in der Mediendarstellung

- Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)
- Filter: **migration = 0**
- Zur Darstellung der Akzeptanz von Vielfalt in der Mediendarstellung wurde eine Variable generiert, indem die Originalwerte umcodiert wurden (R).

F08 *Finden Sie, dass die Berichte in deutschen Zeitungen, im Radio, Fernsehen und Internet helfen, einen Eindruck von Leben und Alltag der Menschen mit Migrationshintergrund zu bekommen oder finden Sie das nicht?*

(1) Hilft, einen Eindruck von Leben und Alltag zu bekommen	**R: 1**
(2) Hilft nicht, einen Eindruck von Leben und Alltag zu bekommen	**R: 0**
(8) weiß nicht	**Missing value**
(9) keine Angabe	

▸ *Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund, die der Meinung sind, dass die Berichte in deutschen Zeitungen, im Radio etc. helfen einen Eindruck von Leben und Alltag zu bekommen an den Befragten ohne Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **023_Eleb**

8.1.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

4.1 Einbürgerungspotential

a) Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht

▸ Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Genesis-Online Datenbank)

Aufenthaltsstatus Drittstaaten zu EU-28 (2014)

Befristete Aufenthaltserlaubnis nach AuslG	**R: 0**
Befr.Aufenthaltserl.z.Zweck d.Ausbild., AufenthG	**R: 0**
Unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach AuslG	**R: 1**
Befr.Aufenthaltserl. z.Zweck d.Erwerbst.,AufenthG	**R: 0**
Befr. AE.aus völkerr.,human.,pol.Gründen,AufenthG	**R: 0**
Befr.Aufenthaltserlaubn. a.fam. Gründen, AufenthG	**R: 0**
Aufenthaltserl.n.bes. Aufenthaltsrecht, AufenthG	**R: 0**
Unbefristete Niederlassungserlaubnis	**R: 1**
V.d.Erford.e.Aufenthaltstit.befreit, heimatl.Ausl	**R: 1**
Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt	**R: 0**
EU-Recht, EU-Aufenthaltstitel/Freizügigkeitsbesch.	**R: 1**
Duldung	**R: 0**
Aufenthaltsgestattung	**R: 0**
Ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung	**R: 0**

© efms 2016

▸ Generieren einer dichotomen Variable: *Drittstaatsangehörige nach Aufenthaltsrecht*

(0) Drittstaaten zu EU-28 ohne langfristiges Aufenthaltsrecht

(1) Drittstaaten zu EU-28 mit langfristigem Aufenthaltsrecht

▸ *Anteil der Drittstaatsangehörigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht an den Drittstaatsangehörigen insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **031aAufS**

b) ausgeschöpftes Einbürgerungspotential

▸ Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2016), Fachserie 1 Reihe 2.1

ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (2015)

▸ Wert je Bundesland → Neue Variable im Länderdatensatz: **031bEinP**

4.2 Einbürgerungspraxis

▸ Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Genesis-Online Datenbank)

▸ Generieren einer dichotomen Variable zur Erfassung der Drittstaatsangehörigen mit Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung

Drittstaaten zu EU-28: Fortbestehen bisheriger Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung

Einbürgerung mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit **R: 1**

Einbürgerung mit nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit **R: 0**

▸ *Anteil der Einbürgerungen mit Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit von Drittstaatsangehörigen an Einbürgerungen der Drittstaatsangehörigen insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **032_DopS**

4.3 Leistungen für Asylbewerber

a) Unterbringung: Dezentral untergebrachte Asylbewerber

▸ Datenquelle: Statistisches Bundesamt[796]

Art der Unterbringung: Wohnungsquote (2015)

▸ *Anteil der Asylbewerber, die dezentral untergebracht sind, an den Unterbringungsarten insgesamt (ohne Aufnahmeeinrichtung) je Bundesland*

▸ Wert je Bundesland → Neue Variable im Länderdatensatz: **033aWhnQ**

[796] URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Asylbewerberleistungen/Tabellen/Tabellen_EmfaengerBL.html [16.12.2016]

b) Nettoausgaben für Asylbewerber

▸ Datenquelle: Statistisches Bundesamt[797]

Nettoausgaben für Asylbewerberleistungen / Empfänger von Asylbewerberleistungen (2015)

▸ Wert je Bundesland → Neue Variable im Länderdatensatz: **033bAusg**

8.1.5 Politische Repräsentanz

5.1 Vielfalt in den Landesparlamenten

▸ Datenquelle: eigene Erhebung

Landtagsabgeordnete nach Migrationshintergrund

(1) Landtagsabgeordnete mit Migrationshintergrund

(0) Landtagsabgeordnete ohne Migrationshintergrund

▸ Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund → Bildung der Variable: *Anteil der Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund an den Landtagsabgeordneten insgesamt je Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **041_MdL**

5.2 Interkulturelle Offnung der politischen Parteien

Landtagskandidaten nach Migrationshintergrund

▸ Datenquelle: eigene Erhebung

Landtagskandidaten nach Migrationshintergrund

(1) Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund

(0) Landtagskandidaten ohne Migrationshintergrund

▸ Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund → Bildung der Variable: *Anteil der Landtagskandidaten mit Migrationshintergrund an den Landtagskandidaten insgesamt je Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **042aKMdL**

[797] Statistisches Bundesamt (2016): *Sozialleistungen. Leistungen an Aslbewerber.* Fachserie 13 Reihe 7, Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Asylbewerberleistungen/Asylbewerber2130700157004.pdf?__blob=publicationFile [16.12.2016]

© efms 2016

5.3 Gleichberechtigte Teilhabe im politischen Bereich

▸ Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (MIGBACK)

	Originalwerte	Recodierte Werte
	-1 bis -5	Missing value
Kein Migrationshintergrund	1	0
Direkter Migrationshintergrund	2	1
Indirekter Migrationshintergrund	3	1
Migrationshintergrund - n.w. differenz	4	1

▸ Variable Migrationshintergrund

(0) keinen Migrationshintergrund

(1) Migrationshintergrund

▸ Zur Darstellung der politischen Aktivität nach dem Migrationshintergrund wurde eine dichotome Variable generiert, indem die Originalwerte umcodiert wurden (R).

BDP1107 *Nun einige Fragen zu Ihrer Freizeit. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: täglich, mindestens 1mal pro Woche, mindestens 1mal pro Monat, seltener oder nie?*

Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen

(1) täglich
(2) mindestens 1mal pro Woche
(3) mindestens 1mal pro Monat
} **R: (1) politisch aktiv**

(4) seltener
(5) nie
} **R: (0) nicht politisch aktiv**

▸ *Anteil politisch Aktiver mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland - Anteil politisch Aktiver ohne Migrationshintergrund an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **042bPolA**

5.4 Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Repräsentanz

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Recodierung der Variable (R)

F04 *Manche Menschen mit Migrationshintergrund sind als Gemeinderäte oder Abgeordnete politisch aktiv. Finden Sie das gut, finden Sie das nicht so gut oder ist Ihnen das egal?*

(1) Finde das gut	**R: 3**
(2) Finde das nicht so gut	**R: 1**
(3) Ist mir egal	**R: 2**
(8) weiß nicht	**Missing value**
(9) keine Angabe	

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **043_AVPo**

8.1.6 Wohlfahrt und Gesundheit

6.1 gleichwertige Einschätzung des Gesundheitszustandes

▸ Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Recodierung der Variable (R)

BDP110 *Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?*

(1) sehr gut	**R: 5**
(2) gut	**R: 4**
(3) zufriedenstellend	**R: 3**
(4) weniger gut	**R: 2**
(5) schlecht	**R: 1**

▸ *Mittelwert der Personen mit Migrationshintergrund – Mittelwert der Personen ohne Migrationshintergrund je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **051_EGes**

6.2 gleichwertige Einschätzung der sozialen Sicherung

▸ Datenquelle: SOEP 2012 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (MIGBACK)

	Originalwerte	Recodierte Werte
	-1 bis -3	Missing value
Kein Migrationshintergrund	1	0
Direkter Migrationshintergrund	2	1
Indirekter Migrationshintergrund	3	1
Migrationshintergrund - n.w. differenz	4	1

© efms 2016

▸ Variable Migrationshintergrund

(0) keinen Migrationshintergrund

(1) Migrationshintergrund

BCP0111 *Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? Wie zufrieden sind Sie mit der Krankenversicherung, der Arbeitslosen-, der Renten- und der Pflegeversicherung in der Bundesrepublik, also mit dem, was man das Netz der sozialen Sicherung nennt?*

(0) ganz und gar unzufrieden

:

(10) ganz und gar zufrieden

▸ *Mittelwert der Personen mit Migrationshintergrund – Mittelwert der Personen ohne Migrationshintergrund je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **052_ESoS**

6.3 Interkulturalität im Gesundheitssystem

▸ Datenquelle: Zensus 2011 (Berufsgruppen nach KldB 2010)

81 *Bitte geben Sie an, welchen Beruf/welche bezahlte Tätigkeit Sie ausüben.*

(811) Arzt- und Praxishilfe

(812) Medizinisches Laboratorium

(813) Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe

(814) Human- und Zahnmedizin

(815) Tiermedizin und Tierheilkunde

(816) Psychologie und nicht ärztliche Psychotherapie

(817) Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde

(818) Pharmazie

▸ Bildung einer Variable für *Interkulturalität im Gesundheitssystem aus 811 bis 818*:

(0) nicht genannt

(1) genannt

▸ Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund → Bildung der Variable: *Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in medizinischen Gesundheitsberufen je Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **043_AVPo**

8.1.7 Erwerbsleben

7.1 Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt

- Datenquelle: Integrationsmonitoring der Länder 2013[798]

  Erwerbstätigenquote nach Migrationshintergrund

- *Erwerbstätigenquote der Personen ohne Migrationshintergrund - Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **061_VArM**

7.2 Interkulturelle Offnung des öffentlichen Dienstes

- Datenquelle: Mikrozensus 2010 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (EF2009)

	Originalwerte	Recodierte Werte
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (MH)	1	0
Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	2	1
Spätaussiedler/Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung	3	1
Eingebürgerte mit eigener Migrationserfahrung	4	1
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	5	1
Deutsche mit MH ohne eigene Migrationserfahrung	6	1

- Recodierung der Variable zur Erfassung des Anteils der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen nach dem Migrationshintergrund (R)

EF121 *Sind Sie im öffentlichen Dienst beschäftigt?*

(1) Ja — **R: 1**
(8) Nein — **R: 0**
(9) keine Angabe
(-2) Nichterwerbstätige
(-3) Personen unter 15 Jahren
— **Missing value**

- Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund → Bildung der Variable: *Anteil Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst im jeweiligen Bundesland / Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im jeweiligen Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **062_IKöD**

[798] URL: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren/e1a [Stand 12.08.2016]

© efms 2016

7.3 Arbeitsmarktbezogene Diskriminierungserfahrungen

a) Diskriminiserungserfahrungen bei der Arbeits-/Ausbildungsplatzsuche

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen bei der Arbeits-(Ausbildungsplatzsuche wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4802 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

- Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden zur Erhöhung der Fallzahlen nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4802 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

a) bei der Arbeitssuche/Ausbildungsplatzsuche

(1) häufig
(2) selten — **R: (1) Benachteiligung**
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

- *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **063aDArS**

b) Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen am Arbeitsplatz wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4807 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4807 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

b) am Arbeitsplatz

(1) häufig
(2) selten } **R: (1) Benachteiligung**

(3) nie **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **063bDArP**

8.1.8 Wohnen und Wohnumfeld

8.1 gleichwertige Einschätzung der Wohnsituation

▸ Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (MIGBACK)

	Originalwerte	Recodierte Werte
	-1 bis -5	Missing value
Kein Migrationshintergrund	1	0
Direkter Migrationshintergrund	2	1
Indirekter Migrationshintergrund	3	1
Migrationshintergrund - n.w. differenz	4	1

▸ Variable Migrationshintergrund

(0) keinen Migrationshintergrund

(1) Migrationshintergrund

BDP0107 *Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens?*

Wie zufrieden sind Sie … mit Ihrer Wohnung?

(0) ganz und gar unzufrieden

:

(10) ganz und gar zufrieden

▸ *Mittelwert von Personen mit Migrationshintergrund – Mittelwert von Personen ohne Migrationshintergrund je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **071_ZWoS**

© efms 2016

8.2 gleichberechtigte Teilhabe am Wohnungsmarkt

a) Eigentümerquote nach dem Migrationshintergrund

▸ Datenquelle: Mikrozensus 2010 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (EF2009)

	Originalwerte	Recodierte Werte
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	1	0
Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	2	1
Spätaussiedler/Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung	3	1
Eingebürgerte mit eigener Migrationserfahrung	4	1
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	5	1
Deutsche mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung	6	1

▸ Hilfsvariablen: EF642 (Bezugsperson der Wohnung), EF641 (Nutzung der Wohnung)

EF642

(1) 1.Satz in Gebäude und in der 1. Wohnung

(2) 1.Satz in Wohnung

Aufbereitung *EF641*

	Originalwerte	Recodierte Werte
Eigentümerwohneinheit (ohne Untermieter)	1	1
Eigentümerwohneinheit (mit Untermieter)	2	1
Hauptmieterwohneinheit (ohne Untermieter)	3	2
Hauptmieterwohneinheit (mit Untermieter)	4	2
Völlig untervermietete Wohneinheit	5	2

▸ Generieren der Variable Eigentum

(1) Eigentümer

(2) Mieter

▸ Erstellen der Variable für die Eigentumsquote:

EF642=2 und Eigentum=2

- *Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit Wohneigentum – Anteil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit Wohneigentum je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **072aEigQ**

b) Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied)

- Datenquelle: Mikrozensus 2010 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (EF2009)

	Originalwerte	Recodierte Werte
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	1	0
Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	2	1
Spätaussiedler/Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung	3	1
Eingebürgerte mit eigener Migrationserfahrung	4	1
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	5	1
Deutsche mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung	6	1

EF 492 *Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung/des Hauses?*

Angabe in m²

- Hilfsvariable EF616: Personen im Haushalt (Anzahl)
- Erstellen der Variable zur Wohnfläche aus EF492 und EF616
- *Durchschnittliche Wohnfläche von Personen mit Migrationshintergrund – durchschnittliche Wohnfläche von Personen ohne Migrationshintergrund je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **072bWflä**

c) erfahrene Benachteiligung aufgrund der Herkunft bei der Wohnungssuche

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen bei der Wohnungssuche wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4801 gebildet

© efms 2016

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie → **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4801 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

bei der Wohnungssuche

(1) häufig
(2) selten → **R: (1) Benachteiligung**
(3) nie → **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ *Anteil Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **072cDWoS**

8.3 Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Recodierung der Variable (R)

F06 *Stellen Sie sich vor, Sie möchten umziehen. Sie können zwischen zwei gleich großen Wohnungen mit gleich hoher Miete wählen. Die eine Wohnung befindet sich in einem Viertel, in dem viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, die andere in einem Viertel, in dem wenige Menschen mit Migrationshintergrund leben. Würden Sie eher in das Viertel mit vielen Migranten ziehen, eher in das Viertel mit wenigen Migranten oder wäre Ihnen das egal?*

(1) Würde in das Viertel mit vielen Migranten ziehen → **R: 3**
(2) Würde in das Viertel mit wenigen Migranten ziehen → **R: 1**
(3) Wäre mir egal → **R: 2**
(8) Weiß nicht
(9) Keine Angabe → **Missing value**

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **073_AVWo**

8.1.9 Sicherheit und Prävention

9.1 PMK-rechts Gewalttaten

a) registrierte rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Gewalttaten

- Datenquelle: eigene Erhebung (Dokumentenanalysen und Anfragen bei Landeskriminalämtern bzw. Landesämtern für Verfassungsschutz)
- *Anzahl der registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten in Relation zur Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **081aXGew**

b) Aufklärungsanteil: Anteil der aufgeklärten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten

- Datenquelle: eigene Erhebung (Dokumentenanalysen und Anfragen bei Landeskriminalämtern bzw. Landesämtern für Verfassungsschutz)
- Wert je Bundesland → Neue Variable im Länderdatensatz: **081bXGAu**

9.2 Diskriminierungserfahrungen

a.1) institutionelle Diskriminierung: Polizei

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen bei der Polizei wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4804 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

- Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4804 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

bei der Polizei

(1) häufig
(2) selten — **R: (1) Benachteiligung**
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

© efms 2016

- *Anteil Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **082aDPol**

a.2) institutionelle Diskriminierung: Ämter und Behörde

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen bei Ämtern und Behörden wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4803 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

- Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4803 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

bei Ämtern und Behörden

(1) häufig
(2) selten
} **R: (1) Benachteiligung**

(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

- *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*
- Neue Variable im Länderdatensatz: **082bDBeh**

b) Alltagsdiskriminierung

- Datenquelle: IAB-SOEP-2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)
- Zur Darstellung der Benachteiligungserfahrungen im Alltag wurde eine dichotome Variable aus BDPM_P_47 und BDPM_P_4806 gebildet

BDPM_P_47 *Wie häufig haben Sie persönlich in Deutschland die Erfahrung gemacht, aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?*

(1) häufig
(2) selten
(3) nie — **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ Befragte, die noch nie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, werden nachfolgend jeweils in die Kategorie „Nie“ aufgenommen

BDPM_P_4806 *Wie häufig kam es in den folgenden Bereichen vor, dass Sie benachteiligt wurden?*

Im Alltag

(1) häufig } **R: (1) Benachteiligung**

(2) selten }

(3) nie **R: (0) keine Benachteiligung**

▸ *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind, an den befragten Personen mit Migrationshintergrund insgesamt je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **082cDAll**

9.3 Einschätzung der Sicherheit bzgl. Ausländerfeindlichkeit

▸ Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Filter: nur Personen mit Migrationshintergrund

▸ Recodierung der Variable (R)

BDP13312 *Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen?*

Über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland

(1) große Sorgen **R: 3**

(2) einige Sorgen **R: 2**

(3) keine Sorgen **R: 1**

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **083_EAuF**

© efms 2016

8.1.10 Bürgerschaftliches Engagement

10.1 Interkulturelle Offnung des Engagementmarktes

▸ Datenquelle: SOEP 2013 (Berücksichtigen des Hochrechnungsfaktors)

▸ Umcodieren der Variable für den Migrationshintergrund (MIGBACK)

	Originalwerte	Recodierte Werte
	-1 bis -5	Missing value
Kein Migrationshintergrund	1	0
Direkter Migrationshintergrund	2	1
Indirekter Migrationshintergrund	3	1
Migrationshintergrund - n.w. differenz	4	1

▸ Variable Migrationshintergrund

(0) keinen Migrationshintergrund

(1) Migrationshintergrund

▸ Zur Darstellung der ehrenamtlichen Tätigkeit nach dem Migrationshintergrund wurde eine dichotome Variable generiert, indem die Originalwerte umcodiert wurden (R).

BDP1108 *Nun einige Fragen zu Ihrer Freizeit. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: täglich, mindestens 1mal pro Woche, mindestens 1mal pro Monat, seltener oder nie?*

Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten

(1) täglich
(2) mindestens 1mal pro Woche
(3) mindestens 1mal pro Monat
→ **R: (1) ehrenamtlich aktiv**

(4) seltener
(5) nie
→ **R: (0) nicht - ehrenamtlich aktiv**

▸ *Anteil ehrenamtlich Aktiver mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Anteil ehrenamtlich Aktiver ohne Migrationshintergrund an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund je Bundesland*

▸ Neue Variable im Länderdatensatz: **091_EhrA**

10.2 Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement

▸ Datenquelle: Umfrage Vielfaltsmonitor 2015 (Infratest dimap)

▸ Filter: **migration = 0**

▸ Recodierung der Variable (R)

F05 *Sollten Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden, sich ehrenamtlich oder bürgerschaftlich zu engagieren, z.B. als Aktive in Vereinen?*

(1) Ja, sollten ermutigt werden	**R: 3**
(2) Nein, sollten nicht ermutigt werden	**R: 1**
(3) Ist mir egal	**R: 2**
(8) weiß nicht	**Missing values**
(9) keine Angabe	

▸ Neue Variable im Länderdatensatz (Mittelwert je Bundesland): **092_AEhr**

© efms 2016

8.2 Dokumentation der Länderdatensätze (Rohwerte)

Bezeichnung	Variable	ø alle Länd.	Erläuterung: [Wertebereich]: Einheit, Indikatorbeschreibung
Persönl. Verkehrskreis: Kontakt MH	001aKont	*0,37*	[-1..+1]: 37% Mehranteil Einheimischer mit Kontakten zu MH minus allg. MH-Anteil
Einstellung zu MH im pers. Umfeld	001cKonE	*0,70*	[0..1]: 70% Durchschnittsanteil Einheimischer mit Akzeptanz Kontakt zu MH
Akzeptanz Vielfalt im öffentl. Raum	002_AVoR	*2,35*	[1..3]: Durchschnittswert Akzeptanz Einheimischer für öffentl. sichtbare Moscheen
Akzeptanz von kultureller Vielfalt	003_AVKu	*2,49*	[1..3]: Durchschnittswert Einstellung Einheimischer gegenüber kultureller Vielfalt
Teilhabe an kulturellen Veranstalt.	004_TkuV	*-0,46*	[-1..+1]: Anteil der MH, die kulturelle Veranstaltungen besuchen, minus Anteil der Einheimischen
Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	005_VBeK	*1,51*	[%]: Anteil Beschäftigte mit MH kulturellen Berufen / allg. Bevölkerungsanteil MH
Ohne allg. Schulabschluss nach MH	011aOall	*11,88*	[%]: Anteil MH ohne Schulabschluss minus Anteil Einheimische o. Abschluss
Personen mit Hochschulreife nach MH	011bMHsr	*5,89*	[%]: Anteil MH mit Hochschulreife minus Anteil Einheimischer mit HS-Reife
Ohne beruflichen Abschluss nach MH	012aOBau	*19,80*	[%]: Anteil MH ohne Berufsausbildung minus Anteil Einheimischer ohne Ausbildung
Fach-/Hochschulabschluss nach MH	012bMHAb	*0,97*	[%]: Anteil MH mit Berufs-/HS-Abschluss minus Anteil Einheimischer mit Abschluss
Diskriminierungserfahrung in Schule	013_VBiB	*11,13*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahrung im schulischen Umfeld
Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	014_DSch	*0,81*	[%]: Anteil Beschäftigte mit MH in (Aus-)Bildungsberufen / Bevölkerungsanteil MH
Vielfalt in der Medienpolitik	021_VRfR	*5,54*	[%]: Anteil mit MH unter Rundfunkratsmitgliedern der Landesrundfunkanstalt
Vielfalt in den Medien	022_Vmod	*7,49*	[%]: Anteil mit MH unter allen Moderatoren der Landesrundfunkanstalt
Vielfalt in der Mediendarstellung	023_Eleb	*40,70*	[%]: Anteil Einheimischer, die sich über Medien gut über Leben und Alltag von MH informiert fühlen
Drittstaater mit langfr. Aufenthaltsrecht	031aAufS	*47,20*	[%]: Anteil Nichtdeutscher mit langfrist. Aufenthaltstitel unter allen Nichtdeutschen
Ausgeschöpft. Einbürgerungspotential	031bEinP	*2,68*	[%]: ausgeschöpftes Einbürgerungspotential, Einbürg. versus >10 Jahre Aufenthalt
Einbürgerungspraxis	032_DopS	*35,14*	[%]: Fortbestehen alter Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung von Drittstaatlern
Dezentral untergebrachte Asylbewerber	033aWhnQ	*56,42*	[%]: Anteil dezentral (nicht in Sammelunterkünften) untergebrachter Asylbewerber im Bundesland
Nettoausgaben für Asylbewerber	033bAusg	*5,08*	[T€]: Nettoausgaben 2015 je Empfänger von Leistungen für Asylbewerber
Vielfalt in den Landesparlamenten	041_MdL	*0,23*	[0..1]: % Anteil MdL mit Migrationshintergrund im Landesparlament (23%)
Interkulturelle Öffnung polit. Parteien	042aKMdL	*0,16*	[0..1]: % Anteil Kandidaten mit MH auf Listen für das Landesparlament (16%)
Teilhabe im politischen Bereich	042bPolA	*0,28*	[-1..+1]:Anteil politisch Aktive mit MH minus Anteil aktiver Einheimischer (28%)
Akzeptanz bei politischer Repräsentanz	043_AVPo	*2,55*	[1..3]: Durchschnittswert Einstellung seitens Einheimischer gegenüber politischer Aktivität von MH
Einschätzung Gesundheitszustand	051_EGes	*0,05*	[-6..6]: Einschätzung eigener Gesundheit, Durchschnitt von MH minus Ø Einheimischer
Einschätzung der sozialen Sicherung	052_ESoS	*0,15*	[-10..10]: Einschätzung sozialer Sicherung, Durchschnitt von MH minus Ø Einheimischer
Interkulturalität im Gesundheitssystem	053_VGeB	*0,83*	[%]: Anteil Beschäftigte mit MH in Gesundheitsberufen / Bevölkerungsanteil MH
Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	061_VArM	*13,93*	[±%]: Erwerbstätigenquote Einheimische minus Erwerbstätigenquote mit MH
IKÖ des öffentlichen Dienstes	062_IKöD	*9,42*	[%]: Anteil Beschäftigte mit MH im öffentlichen Dienst / Bevölkerungsanteil MH
Diskriminierung bei der Arbeitssuche	063aDArS	*25,00*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahrung bei der Arbeitssuche
Diskriminierung am Arbeitsplatz	063bDArP	*15,49*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahrung am Arbeitsplatz
Einschätzung der Wohnsituation	071_ZWoS	*-0,36*	[-10..10]: Zufriedenheit Wohnsituation, Durchschnitt mit MH - Durchschnitt Einheim.
Eigentümerquote nach MH	072aEigQ	*-19,77*	[±%]: Eigentümerquote Einheimische minus Eigentümerquote Personen mit MH
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied)	072bWflä	*-14,72*	[m²]: Durchschnitt Wohnfläche/Person mit MH minus Durchschnitt Einheimische
Diskriminierung bei Wohnungssuche	072cDWoS	*16,54*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahrung bei der Wohnungssuche
Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	073_AVWo	*1,59*	[1..3]: Durchschnitt Akzeptanz Einheimischer für Migranten in der Nachbarschaft
PMK-rechts Gewalttaten	081aXGew	*1,66*	[0..]: Registrierte fremdenfeindliche Gewalttaten gewichtet mit Einwohnerzahl
Aufklärungsanteil	081bXGAu	*75,48*	[%]: Anteil aufgeklärter fremdenfeindlicher Gewalttaten
Institutionelle Diskriminierung: Polizei	082aDPol	*9,62*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahr. bei Ämtern und Behörden
Institutionelle Diskriminier.: Behörden	082bDBeh	*26,69*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahr. bei Kontakt mit der Polizei
Alltagsdiskriminierung	082cDAll	*24,82*	[%]: Anteil Befragter mit MH mit Diskriminierungserfahrung in Alltagssituationen
Einschätzung Ausländerfeindlichkeit	083_EAuF	*1,87*	[1..3]: Durchschnittswert Sorgen von Personen mit MH wegen Fremdenfeindlichkeit
IKÖ des Engagementmarktes	091_EhrA	*-1,14*	[%]: Anteil ehrenamtliches Engagement bei MH minus Anteil bei Einheimischen
Akzeptanz bürgerschaftl. Engagement	092_AEhr	*2,77*	[1..3]: Durchschnittswert Einstellung seitens Einheimischer gegenüber ehrenamtl. Aktivität von MH
Invers verlaufende Rohwerte sind gelb hinterlegt (hoher Wert indiziert niedrige Vielfaltskultur)			

Bezeichnung	Variable	Bayern	Nieder-sachsen	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württem-berg	*ø alle Länder*
Privater Kontakt zu MH	001aKont	0,33	0,42	0,42	0,46	0,39	*0,37*
Einstellung gegenüber MH im pers. Umfeld	001cKonE	0,73	0,77	0,67	0,70	0,74	*0,70*
Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum	002_AVoR	2,32	2,44	2,36	2,50	2,43	*2,35*
Akzeptanz von kultureller Vielfalt	003_AVKu	2,50	2,59	2,56	2,53	2,35	*2,49*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen	004_TkuV	-0,20	-2,80	-7,60	-2,70	-5,60	*-0,46*
Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	005_VBeK	1,12	1,16	1,07	1,02	1,02	*1,51*
Ohne allg. Schulabschluss nach MH	011aOall	10,64	13,07	14,67	16,44	13,51	*11,88*
Hochschulreife nach MH	011bMHsr	6,73	2,31	2,32	-0,39	-1,75	*5,89*
Ohne beruflichen Abschluss nach MH	012aOBau	14,49	18,74	22,09	22,04	19,27	*19,80*
Fachhoch-/Hochschulabschluss nach MH	012bMHAb	1,82	-0,79	-1,51	-2,91	-3,54	*0,97*
Diskriminierungserfahrungen in der Schule	013_VBiB	12,64	10,38	15,88	13,84	14,53	*11,13*
Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	014_DSch	0,66	0,62	0,62	0,57	0,57	*0,81*
Vielfalt in der Medienpolitik	021_VRfR	6,38	3,45	10,00	11,76	6,94	*5,54*
Vielfalt in den Medien	022_Vmod	5,70	6,17	14,64	21,20	7,08	*7,49*
Vielfalt in der Mediendarstellung	023_Eleb	41,06	39,18	34,93	51,39	55,10	*40,70*
Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht	031aAufS	61,37	51,38	59,23	58,08	63,91	*47,20*
ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	031bEinP	1,67	2,52	2,48	2,10	1,88	*2,68*
Einbürgerungspraxis	032_DopS	35,01	40,63	38,72	40,83	28,10	*35,14*
Dezentral untergebrachte Asylbewerber	033aWhnQ	56,57	83,30	42,61	44,39	29,78	*56,42*
Nettoausgaben für Asylbewerber	033bAusg	7,51	4,57	4,57	5,34	3,92	*5,09*
Vielfalt in den Landesparlamenten	041_MdL	0,05	0,52	0,16	0,15	0,15	*0,23*
Interkulturelle Öffnung politischer Parteien	042aKMdL	0,07	0,17	0,16	0,12	0,15	*0,16*
Teilhabe im politischen Bereich	042bPolA	-2,10	-1,40	-1,50	-0,60	-0,80	*0,28*
Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Repräsentanz	043_AVPo	2,60	2,61	2,64	2,57	2,58	*2,55*
Einschätzung des Gesundheitszustandes	051_EGes	0,11	0,16	0,11	0,20	0,09	*0,05*
Einschätzung der sozialen Sicherung	052_ESoS	0,25	0,29	0,37	0,04	0,32	*0,15*
Interkulturalität im Gesundheitssystem	053_VGeB	0,86	0,81	0,83	0,87	0,79	*0,83*
Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	061_VArM	7,65	10,35	10,47	11,96	9,25	*13,93*
IKÖ des öffentlichen Dienstes	062_IKöD	0,58	0,55	0,52	0,50	0,56	*0,47*
Diskriminierung bei der Arbeitssuche	063aDArS	24,12	24,18	23,73	21,97	30,89	*25,00*
Diskriminierung am Arbeitsplatz	063bDArP	17,27	13,39	16,09	13,51	21,61	*15,49*
Einschätzung der Wohnsituation	071_ZWoS	-0,22	-0,44	-0,79	-0,29	-0,31	*-0,36*
Eigentümerquote nach MH	072aEigQ	-24,96	-19,04	-23,40	-16,61	-17,72	*-19,77*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) nach MH	072bWflä	-15,05	-18,16	-18,86	-16,40	-14,97	*-14,72*
Diskriminierung bei der Wohnungssuche	072cDWoS	16,97	21,45	21,47	18,25	25,12	*16,54*
Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	073_AVWo	1,65	1,63	1,61	1,66	1,48	*1,59*
PMK-rechts Gewalttaten	081aXGew	0,66	0,84	0,57	2,80	0,31	*1,66*
Aufklärungsanteil PMK-rechts Gewalttaten	081bXGAu	78,80	87,00	72,00	48,70	66,70	*75,48*
Institutionelle Diskriminierung: Polizei	082aDPol	13,70	6,89	8,16	11,91	9,61	*9,62*
Institutionelle Diskriminierung: Behörden	082bDBeh	22,93	23,98	23,06	23,93	27,16	*26,69*
Alltagsdiskriminierung	082cDAll	20,49	22,69	25,38	22,98	23,69	*24,82*
Einschätzung der Ausländerfeindlichkeit	083_EAuF	1,78	1,89	1,77	1,89	1,81	*1,87*
IKÖ des Engagementmarktes	091_EhrA	-7,40	-9,50	-11,50	-5,90	-3,20	*-1,14*
Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement	092_AEhr	2,69	2,74	2,79	2,76	2,80	*2,77*

Invers verlaufende Rohwerte sind gelb hinterlegt (hoher Wert indiziert niedrige Vielfaltskultur)

© efms 2016

Bezeichnung	Variable	Berlin	Bremen	*ø alle Länder*
Privater Kontakt zu MH	001aKont	0,36	0,35	*0,37*
Einstellung gegenüber MH im pers. Umfeld	001cKonE	0,66	0,70	*0,70*
Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum	002_AVoR	2,41	2,59	*2,35*
Akzeptanz von kultureller Vielfalt	003_AVKu	2,61	2,66	*2,49*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen	004_TkuV	5,10	6,60	*-0,46*
Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	005_VBeK	1,06	0,85	*1,51*
Ohne allg. Schulabschluss nach MH	011aOall	15,19	15,22	*11,88*
Hochschulreife nach MH	011bMHsr	1,86	-0,15	*5,89*
Ohne beruflichen Abschluss nach MH	012aOBau	27,16	21,50	*19,80*
Fachhoch-/Hochschulabschluss nach MH	012bMHAb	-2,61	-2,98	*0,97*
Diskriminierungserfahrungen in der Schule	013_VBiB	18,50	16,45	*11,13*
Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	014_DSch	0,77	0,62	*0,81*
Vielfalt in der Medienpolitik	021_VRfR	6,90	12,00	*5,54*
Vielfalt in den Medien	022_Vmod	7,43	10,96	*7,49*
Vielfalt in der Mediendarstellung	023_Eleb	37,66	32,47	*40,70*
Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht	031aAufS	47,87	53,10	*47,20*
ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	031bEinP	2,04	2,98	*2,68*
Einbürgerungspraxis	032_DopS	30,07	34,89	*35,14*
Dezentral untergebrachte Asylbewerber	033aWhnQ	52,91	67,81	*56,42*
Nettoausgaben für Asylbewerber	033bAusg	8,05	5,75	*5,09*
Vielfalt in den Landesparlamenten	041_MdL	0,46	0,65	*0,23*
Interkulturelle Öffnung politische Parteien	042aKMdL	0,23	0,37	*0,16*
Teilhabe im politischen Bereich	042bPolA	5,30	-3,40	*0,28*
Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Repräsentanz	043_AVPo	2,59	2,71	*2,55*
Einschätzung des Gesundheitszustandes	051_EGes	0,21	0,12	*0,05*
Einschätzung der sozialen Sicherung	052_ESoS	0,52	0,37	*0,15*
Interkulturalität im Gesundheitssystem	053_VGeB	0,70	0,78	*0,83*
Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	061_VArM	18,41	16,06	*13,93*
IKÖ des öffentlichen Dienstes	062_IKöD	0,35	0,39	*0,47*
Diskriminierung bei der Arbeitssuche	063aDArS	43,34	28,63	*25,00*
Diskriminierung am Arbeitsplatz	063bDArP	26,42	3,27	*15,49*
Einschätzung der Wohnsituation	071_ZWoS	-0,48	-1,58	*-0,36*
Eigentümerquote nach MH	072aEigQ	-7,56	-15,38	*-19,77*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) nach MH	072bWflä	-14,11	-18,99	*-14,72*
Diskriminierung bei der Wohnungssuche	072cDWoS	27,63	28,13	*16,54*
Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	073_AVWo	1,63	1,69	*1,59*
PMK-rechts Gewalttaten	081aXGew	4,38	0,85	*1,66*
Aufklärungsanteil PMK-rechts Gewalttaten	081bXGAu	53,20	75,50	*75,48*
Institutionelle Diskriminierung: Polizei	082aDPol	20,26	23,70	*9,62*
Institutionelle Diskriminierung: Behörden	082bDBeh	42,65	37,43	*26,69*
Alltagsdiskriminierung	082cDAll	42,20	40,23	*24,82*
Einschätzung der Ausländerfeindlichkeit	083_EAuF	1,91	2,01	*1,87*
IKÖ des Engagementmarktes	091_EhrA	12,10	23,50	*-1,14*
Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement	092_AEhr	2,80	2,88	*2,77*

Invers verlaufende Rohwerte sind gelb hinterlegt (hoher Wert indiziert niedrige Vielfaltskultur)

© efms 2016

Bezeichnung	Variable	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thü-ringen	Mecklen-burg-Vorpom-mern	Sachsen	*ø alle Länder*
Privater Kontakt zu MH	001aKont	0,33	0,25	0,33	0,25	0,26	*0,37*
Einstellung gegenüber MH im pers. Umfeld	001cKonE	0,67	0,64	0,64	0,70	0,63	*0,70*
Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum	002_AVoR	2,29	2,05	1,99	2,15	2,01	*2,35*
Akzeptanz von kultureller Vielfalt	003_AVKu	2,45	2,34	2,28	2,44	2,37	*2,49*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen	004_TkuV	3,80	15,40	0,20	4,30	2,90	*-0,46*
Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	005_VBeK	1,83	2,60	2,78	2,60	2,61	*1,51*
Ohne allg. Schulabschluss nach MH	011aOall	7,36	9,18	7,60	8,36	7,27	*11,88*
Hochschulreife nach MH	011bMHsr	12,53	14,22	13,91	13,63	16,81	*5,89*
Ohne beruflichen Abschluss nach MH	012aOBau	16,46	20,92	18,42	17,65	19,63	*19,80*
Fachhoch-/Hochschulabschluss nach MH	012bMHAb	4,63	5,23	6,82	6,24	7,91	*0,97*
Diskriminierungserfahrungen in der Schule	013_VBiB	5,20	4,20	3,65	4,64	5,09	*11,13*
Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	014_DSch	1,13	1,11	1,04	1,22	1,16	*0,81*
Vielfalt in der Medienpolitik	021_VRfR	6,90	2,33	2,33	3,45	2,33	*5,54*
Vielfalt in den Medien	022_Vmod	7,43	2,73	2,73	6,17	2,73	*7,49*
Vielfalt in der Mediendarstellung	023_Eleb	39,16	38,20	46,20	45,34	37,36	*40,70*
Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht	031aAufS	35,81	27,37	28,05	29,54	32,36	*47,20*
ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	031bEinP	3,20	2,73	3,13	3,47	2,46	*2,68*
Einbürgerungspraxis	032_DopS	33,49	26,05	36,57	20,96	29,81	*35,14*
Dezentral untergebrachte Asylbewerber	033aWhnQ	31,64	50,92	58,98	45,34	37,49	*56,42*
Nettoausgaben für Asylbewerber	033bAusg	4,30	4,23	3,41	3,94	7,22	*5,09*
Vielfalt in den Landesparlamenten	041_MdL	0,21	0,00	0,00	0,63	0,16	*0,23*
Interkulturelle Öffnung politische Parteien	042aKMdL	0,12	0,00	0,18	0,16	0,14	*0,16*
Teilhabe im politischen Bereich	042bPolA	-1,60	0,90	0,00	-1,50	2,30	*0,28*
Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Re-präsentanz	043_AVPo	2,47	2,47	2,40	2,33	2,43	*2,55*
Einschätzung des Gesundheitszustandes	051_EGes	0,04	0,18	-0,31	-0,02	-0,14	*0,05*
Einschätzung der sozialen Sicherung	052_ESoS	0,75	0,67	0,87	-0,69	-0,22	*0,15*
Interkulturalität im Gesundheitssystem	053_VGeB	0,85	0,92	0,97	0,75	0,92	*0,83*
Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	061_VArM	19,45	21,53	16,19	11,40	20,69	*13,93*
IKÖ des öffentlichen Dienstes	062_IKöD	0,25	0,41	0,40	0,33	0,57	*0,47*
Diskriminierung bei der Arbeitssuche	063aDArS	26,96	20,33	27,47	4,61	32,41	*25,00*
Diskriminierung am Arbeitsplatz	063bDArP	8,19	10,92	29,45	2,56	29,47	*15,49*
Einschätzung der Wohnsituation	071_ZWoS	0,27	-0,19	0,13	-0,06	-0,16	*-0,36*
Eigentümerquote nach MH	072aEigQ	-20,27	-24,68	-26,35	-28,00	-20,72	*-19,77*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) nach MH	072bWflä	-12,11	-9,42	-9,94	-12,12	-8,88	*-14,72*
Diskriminierung bei der Wohnungssuche	072cDWoS	6,09	13,96	4,26	0,00	23,71	*16,54*
Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	073_AVWo	1,67	1,49	1,46	1,41	1,54	*1,59*
PMK-rechts Gewalttaten	081aXGew	3,15	2,20	2,76	2,29	2,24	*1,66*
Aufklärungsanteil PMK-rechts Gewalttaten	081bXGAu	93,20	87,20	86,00	85,70	51,20	*75,48*
Institutionelle Diskriminierung: Polizei	082aDPol	0,37	8,73	3,68	0,00	5,00	*9,62*
Institutionelle Diskriminierung: Behörden	082bDBeh	23,40	14,00	27,95	13,51	41,59	*26,69*
Alltagsdiskriminierung	082cDAll	18,36	27,54	26,10	4,61	37,57	*24,82*
Einschätzung der Ausländerfeindlichkeit	083_EAuF	1,85	1,88	1,99	1,83	2,00	*1,87*
IKÖ des Engagementmarktes	091_EhrA	-7,00	4,60	-12,30	7,20	17,10	*-1,14*
Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement	092_AEhr	2,77	2,76	2,72	2,70	2,64	*2,77*

Invers verlaufende Rohwerte sind gelb hinterlegt (hoher Wert indiziert niedrige Vielfaltskultur)

© efms 2016

Bezeichnung	Variable	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Hamburg	*ø alle Länder*
Privater Kontakt zu MH	001aKont	0,43	0,49	0,42	0,38	*0,37*
Einstellung gegenüber MH im pers. Umfeld	001cKonE	0,73	0,78	0,76	0,68	*0,70*
Akzeptanz von Vielfalt im öffentlichen Raum	002_AVoR	2,49	2,45	2,47	2,64	*2,35*
Akzeptanz von kultureller Vielfalt	003_AVKu	2,45	2,49	2,62	2,61	*2,49*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen	004_TkuV	-6,90	-11,30	0,70	-9,30	*-0,46*
Vielfalt in kulturellen Berufsfeldern	005_VBeK	1,09	1,57	1,08	0,70	*1,51*
Ohne allg. Schulabschluss nach MH	011aOall	12,49	13,46	10,83	14,75	*11,88*
Hochschulreife nach MH	011bMHsr	3,55	4,40	6,56	-2,29	*5,89*
Ohne beruflichen Abschluss nach MH	012aOBau	17,03	17,55	18,78	25,14	*19,80*
Fachhoch-/Hochschulabschluss nach MH	012bMHAb	-0,37	0,78	1,27	-4,47	*0,97*
Diskriminierungserfahrungen in der Schule	013_VBiB	11,34	11,55	10,08	20,09	*11,13*
Vielfalt in bildungsbezogenen Berufen	014_DSch	0,59	0,71	0,84	0,71	*0,81*
Vielfalt in der Medienpolitik	021_VRfR	6,94	0,00	3,45	3,45	*5,54*
Vielfalt in den Medien	022_Vmod	7,08	5,47	6,17	6,17	*7,49*
Vielfalt in der Mediendarstellung	023_Eleb	42,48	43,59	31,01	36,13	*40,70*
Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht	031aAufS	57,22	50,42	48,86	50,65	*47,20*
ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	031bEinP	2,82	2,12	3,19	4,09	*2,68*
Einbürgerungspraxis	032_DopS	36,91	32,81	49,02	48,41	*35,14*
Dezentral untergebrachte Asylbewerber	033aWhnQ	85,64	58,46	89,69	67,20	*56,42*
Nettoausgaben für Asylbewerber	033bAusg	4,72	4,09	4,92	4,62	*5,09*
Vielfalt in den Landesparlamenten	041_MdL	0,04	0,00	0,10	0,38	*0,23*
Interkulturelle Öffnung politische Parteien	042aKMdL	0,08	0,18	0,15	0,26	*0,16*
Teilhabe im politischen Bereich	042bPolA	4,20	5,90	-3,30	2,00	*0,28*
Akzeptanz von Vielfalt bzgl. politischer Repräsentanz	043_AVPo	2,68	2,57	2,58	2,60	*2,55*
Einschätzung des Gesundheitszustandes	051_EGes	0,09	-0,12	-0,06	0,16	*0,05*
Einschätzung der sozialen Sicherung	052_ESoS	0,04	-0,20	-0,81	-0,16	*0,15*
Interkulturalität im Gesundheitssystem	053_VGeB	0,86	0,80	0,84	0,75	*0,83*
Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt	061_VArM	9,27	13,21	12,86	14,09	*13,93*
IKÖ des öffentlichen Dienstes	062_IKöD	0,47	0,59	0,45	0,47	*0,47*
Diskriminierung bei der Arbeitssuche	063aDArS	18,45	18,47	27,91	26,55	*25,00*
Diskriminierung am Arbeitsplatz	063bDArP	13,30	8,56	16,38	17,37	*15,49*
Einschätzung der Wohnsituation	071_ZWoS	-0,14	-0,50	-0,54	-0,50	*-0,36*
Eigentümerquote nach MH	072aEigQ	-18,21	-19,92	-21,49	-12,03	*-19,77*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) nach MH	072bWflä	-18,26	-17,15	-15,86	-15,21	*-14,72*
Diskriminierung bei der Wohnungssuche	072cDWoS	19,23	4,49	18,67	15,16	*16,54*
Akzeptanz von Vielfalt im Wohnumfeld	073_AVWo	1,62	1,64	1,58	1,70	*1,59*
PMK-rechts Gewalttaten	081aXGew	1,04	0,25	0,85	1,34	*1,66*
Aufklärungsanteil PMK-rechts Gewalttaten	081bXGAu	78,80	75,50	85,70	82,40	*75,48*
Institutionelle Diskriminierung: Polizei	082aDPol	11,34	7,48	14,63	8,49	*9,62*
Institutionelle Diskriminierung: Behörden	082bDBeh	24,77	17,21	33,53	29,94	*26,69*
Alltagsdiskriminierung	082cDAll	24,52	10,42	23,53	26,74	*24,82*
Einschätzung der Ausländerfeindlichkeit	083_EAuF	1,75	1,83	1,86	1,85	*1,87*
IKÖ des Engagementmarktes	091_EhrA	-5,10	-16,30	-1,20	-3,40	*-1,14*
Akzeptanz von Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement	092_AEhr	2,88	2,81	2,82	2,83	*2,77*

Invers verlaufende Rohwerte sind gelb hinterlegt (hoher Wert indiziert niedrige Vielfaltskultur)

© efms 2016

Rohvariablen für komplexe Indikatoren (ohne Wichtung/Differenzbildung)	Ergebnis-Variable	Bayern	Nieder-sachsen	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württem-berg	*ø alle Länder*
Einheimische mit Kontakt zu Personen mit MH	001aKont	47,6%	52,7%	66,1%	66,7%	59,9%	*52,3%*
Kontakte mit MH: 1 - Familie	001bKonV	9,3%	2,5%	3,1%	5,7%	2,3%	*2,6%*
Kontakte mit MH: 2 - Freunde	001bKonV	63,0%	73,2%	69,7%	65,9%	74,5%	*37,6%*
Kontakte mit MH: 3 - Lebenspartner	001bKonV	2,6%	0,0%	0,3%	0,0%	3,5%	*0,9%*
Kontakte mit MH: 4 - Freunde und Familie	001bKonV	12,4%	17,8%	14,8%	15,5%	9,0%	*6,4%*
Kontakte mit MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001bKonV	1,1%	0,0%	0,0%	0,0%	1,5%	*0,3%*
Kontakte mit MH: 6 - Lebenspartner & Freunde	001bKonV	6,4%	1,3%	2,6%	6,0%	3,6%	*2,0%*
Kontakte mit MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001bKonV	5,2%	5,2%	9,4%	6,9%	5,6%	*2,5%*
Einstellung zu MH: 0 - kein Kontakt gewünscht	001cKonE	30,9%	25,8%	44,4%	38,5%	32,6%	*37,4%*
Einstellung zu MH: 1 - Familie	001cKonE	0,0%	0,0%	0,9%	8,1%	0,5%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 2 - Freunde	001cKonE	36,7%	36,5%	32,1%	35,4%	25,8%	*28,1%*
Einstellung zu MH: 3 - Lebenspartner	001cKonE	1,2%	1,5%	0,0%	4,8%	0,8%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 4 - Freunde und Familie	001cKonE	13,5%	11,9%	11,2%	7,8%	12,4%	*12,9%*
Einstellung zu MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001cKonE	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	*0,2%*
Einstellung zu MH: 6 - Partner & Freunde	001cKonE	2,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	*0,6%*
Einstell. zu MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001cKonE	15,5%	24,3%	11,4%	5,4%	27,9%	*19,1%*
Teilhabe an kulturellen Veranstalt: Einheimische	004_TkuV	12,9%	10,0%	13,2%	10,6%	13,8%	*11,2%*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen: MH	004_TkuV	12,7%	7,2%	5,6%	7,9%	8,2%	*10,7%*
Ohne allg. Schulabschluss Einheimische	011aOall	2,2%	2,6%	1,8%	2,8%	*1,6%*	*2,5%*
Ohne allg. Schulabschluss mit MH	011aOall	12,9%	15,7%	16,4%	19,2%	*15,1%*	*14,4%*
Personen mit Hochschulreife Einheimische	011bMHsr	25,6%	25,2%	31,9%	31,3%	*29,5%*	*28,8%*
Personen mit Hochschulreife mit MH	011bMHsr	32,3%	27,6%	34,2%	30,9%	*27,7%*	*34,7%*
Ohne beruflichen Abschluss Einheimische	012aOBau	23,9%	25,8%	24,2%	25,0%	*24,1%*	*21,9%*
Ohne beruflichen Abschluss mit MH	012aOBau	38,4%	44,5%	46,3%	47,0%	*43,4%*	*41,7%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss Einheimische	012bMHAb	14,3%	12,6%	17,1%	14,6%	*16,0%*	*15,8%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss mit MH	012bMHAb	16,2%	11,8%	15,6%	11,7%	*12,5%*	*16,8%*
Teilhabe im politischen Bereich: Einheimische	042bPolA	3,3%	4,0%	2,6%	2,4%	2,9%	*3,3%*
Teilhabe im politischen Bereich: mit MH	042bPolA	1,2%	2,6%	1,1%	1,8%	2,1%	*3,6%*
Einschätzung der Gesundheit: Einheimische	051_EGes	3,37	3,29	3,33	3,27	3,41	*3,30*
Einschätzung der Gesundheit: mit MH	051_EGes	3,48	3,45	3,44	3,47	3,50	*3,35*
Einschätzung soziale Sicherung: Einheimische	052_ESoS	6,04	6,30	6,19	6,28	6,15	*6,10*
Einschätzung soziale Sicherung: mit MH	052_ESoS	6,28	6,59	6,56	6,31	6,47	*6,26*
Erwerbstätigenquote Einheimische	061_VArM	78,5%	75,0%	76,4%	72,7%	78,7%	*74,8%*
Erwerbstätigenquote Personen mit MH	061_VArM	70,8%	64,6%	66,0%	60,7%	69,5%	*60,9%*
Einschätzung der Wohnsituation: Einheimische	071_ZWoS	7,95	8,02	8,01	7,87	8,03	*7,85*
Einschätzung der Wohnsituation: mit MH	071_ZWoS	7,73	7,58	7,22	7,58	7,72	*7,49*
Eigentümerquote Einheimische	072aEigQ	55,6%	57,8%	51,0%	46,6%	54,4%	*46,7%*
Eigentümerquote Personen mit MH	072aEigQ	30,6%	38,8%	27,6%	30,0%	36,7%	*26,9%*
Wohnfläche (m²/Haushaltsmitgl.) Einheimische	072bWflä	48,28	51,12	49,51	49,61	47,89	*47,0*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) mit MH	072bWflä	33,90	33,91	31,10	34,11	33,18	*32,7*
Anteil ehrenamtl. Engagement Einheimische	091_EhrA	23,6%	21,1%	25,7%	19,8%	24,2%	*18,6%*
Anteil ehrenamtl. Engagement Personen mit MH	091_EhrA	16,2%	11,6%	14,2%	13,9%	21,0%	*17,4%*

© efms 2016

Rohvariablen für komplexe Indikatoren (ohne Wichtung/Differenzbildung)	Ergebnis-Variable	Berlin	Bremen	*ø alle Länder*
Einheimische mit Kontakt zu Personen mit MH	001aKont	62,9%	64,8%	*52,3%*
Kontakte mit MH: 1 - Familie	001bKonV	2,7%	2,5%	*2,6%*
Kontakte mit MH: 2 - Freunde	001bKonV	75,1%	74,4%	*37,6%*
Kontakte mit MH: 3 - Lebenspartner	001bKonV	1,3%	3,3%	*0,9%*
Kontakte mit MH: 4 - Freunde und Familie	001bKonV	12,5%	14,2%	*6,4%*
Kontakte mit MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001bKonV	0,0%	0,0%	*0,3%*
Kontakte mit MH: 6 - Lebenspartner & Freunde	001bKonV	1,6%	5,0%	*2,0%*
Kontakte mit MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001bKonV	6,9%	0,6%	*2,5%*
Einstellung zu MH: 0 - kein Kontakt gewünscht	001cKonE	37,9%	42,7%	*37,4%*
Einstellung zu MH: 1 - Familie	001cKonE	0,0%	0,0%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 2 - Freunde	001cKonE	29,6%	24,7%	*28,1%*
Einstellung zu MH: 3 - Lebenspartner	001cKonE	0,0%	3,7%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 4 - Freunde und Familie	001cKonE	13,1%	6,1%	*12,9%*
Einstellung zu MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001cKonE	0,0%	0,0%	*0,2%*
Einstellung zu MH: 6 - Partner & Freunde	001cKonE	0,0%	0,5%	*0,6%*
Einstell. zu MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001cKonE	19,4%	22,2%	*19,1%*
Teilhabe an kulturellen Veranstalt: Einheimische	004_TkuV	15,0%	15,9%	*11,2%*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen: MH	004_TkuV	20,1%	22,5%	*10,7%*
Ohne allg. Schulabschluss Einheimische	011aOall	2,9%	2,6%	*11,2%*
Ohne allg. Schulabschluss mit MH	011aOall	18,1%	17,8%	*10,7%*
Personen mit Hochschulreife Einheimische	011bMHsr	40,8%	34,2%	*28,8%*
Personen mit Hochschulreife mit MH	011bMHsr	42,6%	34,1%	*34,7%*
Ohne beruflichen Abschluss Einheimische	012aOBau	21,0%	26,9%	*21,9%*
Ohne beruflichen Abschluss mit MH	012aOBau	48,2%	48,4%	*41,7%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss Einheimische	012bMHAb	24,9%	17,6%	*15,8%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss mit MH	012bMHAb	22,3%	14,6%	*16,8%*
Teilhabe im politischen Bereich: Einheimische	042bPolA	3,2%	3,4%	*3,3%*
Teilhabe im politischen Bereich: mit MH	042bPolA	8,5%	0,0%	*3,6%*
Einschätzung der Gesundheit: Einheimische	051_EGes	3,25	3,20	*3,30*
Einschätzung der Gesundheit: mit MH	051_EGes	3,46	3,32	*3,35*
Einschätzung soziale Sicherung: Einheimische	052_ESoS	6,02	5,47	*6,10*
Einschätzung soziale Sicherung: mit MH	052_ESoS	6,54	5,84	*6,26*
Erwerbstätigenquote Einheimische	061_VArM	73,2%	72,0%	*74,8%*
Erwerbstätigenquote Personen mit MH	061_VArM	54,8%	56,0%	*60,9%*
Einschätzung der Wohnsituation: Einheimische	071_ZWoS	7,60	8,28	*7,85*
Einschätzung der Wohnsituation: mit MH	071_ZWoS	7,12	6,70	*7,49*
Eigentümerquote Einheimische	072aEigQ	16,1%	39,4%	*46,7%*
Eigentümerquote Personen mit MH	072aEigQ	8,5%	24,0%	*26,9%*
Wohnfläche (m²/Haushaltsmitgl.) Einheimische	072bWflä	44,4	50,9	*47,0*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) mit MH	072bWflä	30,8	30,4	*32,7*
Anteil ehrenamtl. Engagement Einheimische	091_EhrA	11,4%	14,0%	*18,6%*
Anteil ehrenamtl. Engagement Personen mit MH	091_EhrA	23,5%	37,5%	*17,4%*

© efms 2016

Rohvariablen für komplexe Indikatoren (ohne Wichtung/Differenzbildung)	Ergebnis-Variable	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	*ø alle Länder*
Einheimische mit Kontakt zu Personen mit MH	001aKont	40,7%	31,6%	33,2%	29,2%	34,0%	*52,3%*
Kontakte mit MH: 1 - Familie	001bKonV	16,7%	4,8%	9,3%	9,7%	7,1%	*2,6%*
Kontakte mit MH: 2 - Freunde	001bKonV	59,5%	85,5%	73,4%	66,0%	72,1%	*37,6%*
Kontakte mit MH: 3 - Lebenspartner	001bKonV	0,0%	0,0%	0,8%	0,0%	0,0%	*0,9%*
Kontakte mit MH: 4 - Freunde und Familie	001bKonV	16,0%	4,5%	8,1%	17,0%	9,2%	*6,4%*
Kontakte mit MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001bKonV	1,2%	0,7%	0,0%	0,0%	2,6%	*0,3%*
Kontakte mit MH: 6 - Lebenspartner & Freunde	001bKonV	2,5%	3,2%	6,6%	1,3%	8,0%	*2,0%*
Kontakte mit MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001bKonV	4,1%	1,3%	1,8%	6,0%	1,0%	*2,5%*
Einstellung zu MH: 0 - kein Kontakt gewünscht	001cKonE	35,2%	42,8%	40,6%	38,6%	44,8%	*37,4%*
Einstellung zu MH: 1 - Familie	001cKonE	0,7%	0,2%	0,0%	0,0%	0,3%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 2 - Freunde	001cKonE	19,4%	23,4%	22,8%	23,3%	34,4%	*28,1%*
Einstellung zu MH: 3 - Lebenspartner	001cKonE	0,8%	0,3%	0,0%	0,0%	0,0%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 4 - Freunde und Familie	001cKonE	14,9%	13,5%	20,2%	10,5%	7,9%	*12,9%*
Einstellung zu MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001cKonE	0,3%	0,0%	0,0%	1,4%	0,0%	*0,2%*
Einstellung zu MH: 6 - Partner & Freunde	001cKonE	0,0%	2,6%	1,2%	0,4%	0,7%	*0,6%*
Einstell. zu MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001cKonE	28,7%	17,2%	15,3%	25,8%	11,9%	*19,1%*
Teilhabe an kulturellen Veranstalt: Einheimische	004_TkuV	5,1%	7,2%	4,4%	7,9%	9,9%	*11,2%*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen: MH	004_TkuV	8,9%	22,6%	4,6%	12,2%	12,8%	*10,7%*
Ohne allg. Schulabschluss Einheimische	011aOall	3,2%	2,9%	2,1%	3,7%	*2,1%*	*11,2%*
Ohne allg. Schulabschluss mit MH	011aOall	10,5%	12,1%	9,7%	12,0%	*9,4%*	*10,7%*
Personen mit Hochschulreife Einheimische	011bMHsr	27,3%	22,5%	24,3%	23,4%	*26,0%*	*28,8%*
Personen mit Hochschulreife mit MH	011bMHsr	39,8%	36,8%	38,3%	37,1%	*42,8%*	*34,7%*
Ohne beruflichen Abschluss Einheimische	012aOBau	16,1%	16,5%	15,1%	16,8%	*14,6%*	*21,9%*
Ohne beruflichen Abschluss mit MH	012aOBau	32,6%	37,5%	33,5%	34,4%	*34,3%*	*41,7%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss Einheimische	012bMHAb	16,4%	14,1%	14,9%	14,7%	*16,3%*	*15,8%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss mit MH	012bMHAb	21,0%	19,3%	21,8%	21,0%	*24,2%*	*16,8%*
Teilhabe im politischen Bereich: Einheimische	042bPolA	4,7%	2,7%	2,4%	4,3%	*2,6%*	3,3%
Teilhabe im politischen Bereich: mit MH	042bPolA	3,1%	3,6%	2,4%	2,8%	*4,9%*	3,6%
Einschätzung der Gesundheit: Einheim.	051_EGes	3,22	3,25	3,35	3,23	3,32	*3,30*
Einschätzung der Gesundheit: mit MH	051_EGes	3,26	3,43	3,04	3,21	3,18	*3,35*
Einschätzung soziale Sicherung: Einheimische	052_ESoS	5,87	6,09	5,92	5,87	6,20	*6,10*
Einschätzung soziale Sicherung: mit MH	052_ESoS	6,62	6,76	6,79	5,18	5,99	*6,26*
Erwerbstätigenquote Einheimische	061_VArM	75,5%	73,6%	75,9%	70,8%	75,1%	*74,8%*
Erwerbstätigenquote Personen mit MH	061_VArM	56,1%	52,1%	59,7%	59,4%	54,4%	*60,9%*
Einschätzung der Wohnsituation: Einheimische	071_ZWoS	7,56	7,81	7,85	7,49	7,82	*7,85*
Einschätzung der Wohnsituation: mit MH	071_ZWoS	7,83	7,62	7,98	7,43	7,66	*7,49*
Eigentümerquote Einheimische	072aEigQ	50,6%	45,9%	47,8%	41,8%	35,7%	*46,7%*
Eigentümerquote Personen mit MH	072aEigQ	30,4%	21,3%	21,5%	13,8%	14,9%	*26,9%*
Wohnfläche (m²/Haushaltsmitglied) Einheimische	072bWflä	42,2	40,2	41,3	42,9	38,5	*47,0*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) mit MH	072bWflä	31,6	30,2	31,8	33,6	28,1	*32,7*
Anteil ehrenamtl. Engagement Einheimische	091_EhrA	15,4%	16,1%	16,3%	15,1%	13,6%	*18,6%*
Anteil ehrenamtl. Engagement Personen mit MH	091_EhrA	8,4%	20,7%	4,0%	22,3%	30,7%	*17,4%*

© efms 2016

Rohvariablen für komplexe Indikatoren (ohne Wichtung/Differenzbildung)	Ergebnis-Variable	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Hamburg	*ø alle Länder*
Einheimische mit Kontakt zu Personen mit MH	001aKont	62,1%	65,9%	51,6%	67,3%	*52,3%*
Kontakte mit MH: 1 - Familie	001bKonV	6,2%	1,0%	4,7%	3,0%	*2,6%*
Kontakte mit MH: 2 - Freunde	001bKonV	73,0%	82,3%	69,5%	70,4%	*37,6%*
Kontakte mit MH: 3 - Lebenspartner	001bKonV	1,5%	2,2%	8,4%	0,4%	*0,9%*
Kontakte mit MH: 4 - Freunde und Familie	001bKonV	7,9%	7,9%	14,2%	13,6%	*6,4%*
Kontakte mit MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001bKonV	1,2%	0,3%	0,0%	1,2%	*0,3%*
Kontakte mit MH: 6 - Lebenspartner & Freunde	001bKonV	4,8%	2,2%	2,3%	4,6%	*2,0%*
Kontakte mit MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001bKonV	5,5%	4,1%	0,8%	6,8%	*2,5%*
Einstellung zu MH: 0 - kein Kontakt gewünscht	001cKonE	34,9%	31,1%	29,2%	47,6%	*37,4%*
Einstellung zu MH: 1 - Familie	001cKonE	1,1%	0,9%	2,1%	0,0%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 2 - Freunde	001cKonE	17,7%	35,6%	30,8%	20,6%	*28,1%*
Einstellung zu MH: 3 - Lebenspartner	001cKonE	0,0%	1,4%	0,0%	0,0%	*0,9%*
Einstellung zu MH: 4 - Freunde und Familie	001cKonE	18,9%	17,1%	10,0%	17,1%	*12,9%*
Einstellung zu MH: 5 - Lebenspartner & Familie	001cKonE	0,0%	0,0%	1,2%	0,0%	*0,2%*
Einstellung zu MH: 6 - Partner & Freunde	001cKonE	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	*0,6%*
Einstell. zu MH: 7 - Partner, Freunde & Familie	001cKonE	27,4%	12,1%	26,7%	14,6%	*19,1%*
Teilhabe an kulturellen Veranstalt: Einheimische	004_TkuV	8,7%	11,3%	9,8%	23,0%	*11,2%*
Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen: MH	004_TkuV	1,8%	0,0%	10,5%	13,7%	*10,7%*
Ohne allg. Schulabschluss Einheimische	011aOall	2,0%	2,5%	2,8%	2,3%	*11,2%*
Ohne allg. Schulabschluss mit MH	011aOall	14,5%	15,9%	13,6%	17,1%	*10,7%*
Personen mit Hochschulreife Einheimische	011bMHsr	25,5%	24,8%	25,9%	43,1%	*28,8%*
Personen mit Hochschulreife mit MH	011bMHsr	29,1%	29,2%	32,5%	40,8%	*34,7%*
Ohne beruflichen Abschluss Einheimische	012aOBau	26,7%	27,6%	24,4%	21,7%	*21,9%*
Ohne beruflichen Abschluss mit MH	012aOBau	43,7%	45,2%	43,2%	46,9%	*41,7%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss Einheimische	012bMHAb	12,8%	11,5%	12,8%	22,9%	*15,8%*
Fachhoch-/Hochschulabschluss mit MH	012bMHAb	12,4%	12,3%	14,0%	18,5%	*16,8%*
Teilhabe im politischen Bereich: Einheimische	042bPolA	4,9%	2,7%	3,8%	2,9%	*3,3%*
Teilhabe im politischen Bereich: mit MH	042bPolA	9,1%	8,6%	0,5%	4,9%	*3,6%*
Einschätzung der Gesundheit: Einheimische	051_EGes	3,36	3,15	3,37	3,38	*3,30*
Einschätzung der Gesundheit: mit MH	051_EGes	3,45	3,03	3,31	3,54	*3,35*
Einschätzung soziale Sicherung: Einheimische	052_ESoS	6,33	6,22	6,34	6,39	*6,10*
Einschätzung soziale Sicherung: mit MH	052_ESoS	6,37	6,03	5,53	6,22	*6,26*
Erwerbstätigenquote Einheimische	061_VArM	75,4%	72,1%	74,5%	77,6%	*74,8%*
Erwerbstätigenquote Personen mit MH	061_VArM	66,1%	58,9%	61,6%	63,5%	*60,9%*
Einschätzung der Wohnsituation: Einheimische	071_ZWoS	7,94	7,40	7,99	7,99	*7,85*
Einschätzung der Wohnsituation: mit MH	071_ZWoS	7,80	6,90	7,45	7,49	*7,49*
Eigentümerquote Einheimische	072aEigQ	60,5%	63,6%	53,7%	26,4%	*46,7%*
Eigentümerquote Personen mit MH	072aEigQ	42,3%	43,7%	32,2%	14,3%	*26,9%*
Wohnfläche (m²/Haushaltsmitgl.) Einheimische	072bWflä	54,2	53,9	48,6	48,8	*47,0*
Wohnfläche (m² je Haushaltsmitglied) mit MH	072bWflä	36,5	36,3	32,7	35,3	*32,7*
Anteil ehrenamtl. Engagement Einheimische	091_EhrA	21,4%	23,1%	19,2%	16,7%	*18,6%*
Anteil ehrenamtl. Engagement Personen mit MH	091_EhrA	16,3%	6,8%	18,0%	13,3%	*17,4%*

© efms 2016

Strukturvariablen der Bundesländer (Auswahl): Cluster 1	Ergebnis-Variable	Bayern	Nieder-sachsen	Hessen	Nord-rhein-Westfalen	Baden-Württ-temberg	ø alle Länderw.
Bevölkerungsanteil mit MH	220_MHbe	20,4%	17,4%	27,6%	24,8%	27,1%	*17,2%*
Bevölkerungsdichte (Einw./km²)	210_BevD	180	164	289	517	300	*665*
Gini Anteil mit MH (Kreisebene)	221_GMHb	0,32	0,32	0,24	0,26	0,28	*0,22*
BIP/Kopf Bundesland (k€)	215_BIP	39,7	31,1	39,6	34,0	38,7	*32,9*
Durchschnittliche Arbeitslosenquote	202_Aloq	3,6%	6,1%	5,5%	8,0%	3,8%	*7,5%*
Durchschnittl. Arbeitslquote Ausländer	219_AlqA	10,0%	19,5%	14,9%	22,2%	9,7%	*20,6%*
Bevölkerungsanteil Ausländer	222_BevA	11,2%	7,3%	14,2%	11,8%	13,2%	*8,7%*
Anteil EU28-Staaten unter Ausländern	244_HlEU	52,4%	45,3%	47,0%	40,9%	51,2%	*42,4%*
Anteil Türkei unter Ausländern	241_HlTR	14,2%	16,2%	18,5%	24,7%	18,9%	*13,9%*
Anteil Balkan unter Ausländern	249_HlBG	12,7%	9,4%	13,4%	10,5%	14,1%	*9,6%*
Anteil Russland unter Ausländern	242_HlRU	2,4%	3,4%	1,8%	2,3%	2,0%	*4,3%*
Herkunftsland (IT+TR)/(EU28-IT)	223_EUTR	0,45	0,51	0,68	0,90	0,80	*0,54*

Strukturvariablen der Bundesländer (Auswahl): Cluster 2	Ergebnis-Variable	Berlin	Bremen	ø alle Länderw.	Quelle, Erläuterung
Bevölkerungsanteil mit MH	220_MHbe	26,5%	28,7%	*17,2%*	DESTATIS 2014, Fs. 1 Reihe 2.2, 5l
Bevölkerungsdichte (Einw./km²)	210_BevD	3.891	1.578	*665*	Stat. Ämter d. Bundes & Länder, Zensus 2011, eigene Berechn.
Gini Anteil mit MH (Kreisebene)	221_GMHb	0,09	0,29	*0,22*	
BIP/Kopf Bundesland (k€)	215_BIP	31,5	44,3	*32,9*	Stat. Landesämter, VGR 2014
Durchschnittliche Arbeitslosenquote	202_Aloq	10,7%	10,9%	*7,5%*	Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen 2014
Durchschnittl. Arbeitslquote Ausländ.	219_AlqA	27,8%	26,7%	*20,6%*	
Bevölkerungsanteil Ausländer	222_BevA	14,6%	14,7%	*8,7%*	DESTATIS 2014, Fachserie 1 Reihe 2, 10.1
Anteil EU28-Staaten unter Ausländern	244_HlEU	28,2%	36%	*42,4%*	
Anteil Türkei unter Ausländern	241_HlTR	22,1%	25,8%	*13,9%*	s.o., eigene Berechnung Balkan: ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien, Bulgarien
Anteil Balkan unter Ausländern	249_HlBG	9,4%	12,6%	*9,6%*	
Anteil Russland unter Ausländern	242_HlRU	3,9%	3,2%	*4,3%*	
Herkunftsland (IT+TR)/(EU28-IT)	223_EUTR	0,98	0,83	*0,54*	s.o., eigene Berechnung

Strukturvariablen der Bundesländer (Auswahl): Cluster 3	Ergebnis-Variable	Branden-burg	Sach-sen-Anhalt	Thüringen	Mecklen-burg-Vor-pommern	Sachsen	ø alle Länderw.
Bevölkerungsanteil mit MH	220_MHbe	5,2%	4,4%	4,4%	4,3%	5,1%	*17,2%*
Bevölkerungsdichte (Einw./km²)	210_BevD	83	109	133	69	220	*665*
Gini Anteil mit MH (Kreisebene)	221_GMHb	0,18	0,18	0,19	0,15	0,18	*0,22*
BIP/Kopf Bundesland (k€)	215_BIP	24,2	23,9	23,9	23,0	25,4	*32,9*
Durchschnittliche Arbeitslosenquote	202_Aloq	8,7%	10,2%	7,4%	10,4%	8,2%	*7,5%*
Durchschnittl. Arbeitslquote Ausländer	219_AlqA	22,7%	28,0%	20,9%	27,3%	27,2%	*20,6%*
Bevölkerungsanteil Ausländer	222_BevA	2,8%	2,8%	2,6%	2,9%	5,9%	*8,7%*
Anteil EU28-Staaten unter Ausländern	244_HlEU	42,7%	33,4%	38,7%	43,0%	35,2%	*42,4%*
Anteil Türkei unter Ausländern	241_HlTR	3,4%	3,8%	3,6%	2,9%	3,3%	*13,9%*
Anteil Balkan unter Ausländern	249_HlBG	6,8%	8,3%	9,4%	6,1%	5,3%	*9,6%*
Anteil Russland unter Ausländern	242_HlRU	9,0%	5,9%	6,6%	8,0%	7,5%	*4,3%*
Herkunftsland (IT+TR)/(EU28-IT)	223_EUTR	0,13	0,17	0,17	0,12	0,17	*0,54*

Strukturvariablen der Bundesländer (Auswahl): Cluster 4	Ergebnis-Variable	Rhein-land-Pfalz	Saarland	Schles-wig-Holstein	Hamburg	ø alle Länderwerte
Bevölkerungsanteil mit MH	220_MHbe	20,3%	17,6%	12,7%	28,2%	*17,2%*
Bevölkerungsdichte (Einw./km²)	210_BevD	202	385	179	2.334	*665*
Gini Anteil mit MH (Kreisebene)	221_GMHb	0,25	0,25	0,20	0,19	*0,22*
BIP/Kopf Bundesland (k€)	215_BIP	31,1	32,3	28,6	54,5	*32,9*
Durchschnittliche Arbeitslosenquote	202_Aloq	5,2%	7,2%	6,5%	7,4%	*7,5%*
Durchschnittl. Arbeitslquote Ausländer	219_AlqA	14,0%	20,2%	20,6%	18,6%	*20,6%*
Bevölkerungsanteil Ausländer	222_BevA	8,8%	9,2%	5,9%	14,8%	*8,7%*
Anteil EU28-Staaten unter Ausländern	244_HlEU	49,1%	57,3%	42,7%	34,6%	*42,4%*
Anteil Türkei unter Ausländern	241_HlTR	17,1%	12,0%	17,3%	18,4%	*13,9%*
Anteil Balkan unter Ausländern	249_HlBG	10,5%	7,1%	7,1%	11,1%	*9,6%*
Anteil Russland unter Ausländern	242_HlRU	2,7%	2,5%	4,2%	3,3%	*4,3%*
Herkunftsland (IT+TR)/(EU28-IT)	223_EUTR	0,61	0,90	0,50	0,65	*0,54*

© efms 2016

8.3 Integrationspolitische Ausgaben der Bundesländer

Die genannten Werte wurden den jeweiligen Haushalten entnommen. Der deutliche Anstieg von integrationspolitisch relevanten Ausgaben von 2014 auf 2015 in fast allen Bundesländern hängt stark mit der gestiegenen Aufnahme von Flüchtlingen zusammen; auf eine getrennte Ausweisung wurde jedoch bewusst verzichtet, da ein zeitnahes Reagieren der Haushaltspolitik und Verwaltung auf sich ändernde Migrationssituationen auch als ein Hinweis für eine aktive Vielfaltspolitik gesehen werden kann: ausreichende Mittel für die Flüchtlingsbetreuung sind ein wichtiger Faktor der Konfliktprävention.

Tabelle 48: Auflistung integrationspolitischer Ausgaben 2014/2015 – Baden-Württemberg

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Baden- Württemberg	Jugendhilfe: Die gesellschaftliche Eingliederung und Betreuung junger Aussiedler und junger ausländischer Flüchtlinge	51.100 €	51.100 €
	Jugendhilfe: Maßnahmen und Projekte zur Integration junger Menschen mit MH / Zuschüsse an sonstige Träger zur Förderung der Jugendarbeit für Maßnahmen und Projekte zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund	100.000 €	100.000 €
	Jugendhilfe: Integration von jungen Menschen mit MH durch Jugendarbeit und Vereine, durch soziale Gruppenarbeit zur Stabilisierung gefährdeter Jugendlicher u.a. Maßnahmen	100.000 €	100.000 €
	Schulbezogene Maßnahmen der Integration von jungen Menschen mit MH durch Jugendarbeit und Vereine, durch soziale Gruppenarbeit zur Stabilisierung gefährdeter Jugendlicher u.a. Maßnahmen	47.000 €	47.000 €
	Außerschulische bzw. außerunterrichtliche Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe; Schwerpunkt sind Maßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund (HSL-Richtlinie)	2.457.000 €	2.400.000 €
	Flächenprogramm "Praktische Maßnahmen der Jugendbildung" mit einem Teilbetrag im Bereich Integration		100.000 €
	Integrationsoffensive		158.200 €
	Förderung der Integration durch Bildung	307.000 €	640.000 €
	Sport mit Flüchtlingen - Schaffung von Teilnahmemöglichkeiten		80.635 €
	Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge		28.800.000 €

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Baden- Württemberg	Förderprogramm "Junge Flüchtlinge"		135.000 €
	Innovationsfonds Kunst: Projektlinie "Interkultur"	872.064 €	400.000 €
	Innovationsfonds Kunst: Projektlinie "Kulturprojekte zur Partizipation und Integration von Flüchtlingen"	250.000 €	200.000 €
	Maßnahmen und Projekte zur Integration	5.105.200 €	11.102.100 €
	Landesförderprogramm "Wohnraum für Flüchtlinge"		30.000.000 €
	schulische Förderung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer	1.075.800 €	1.091.900 €
	Frühkindliche Fördermaßnahmen im vorschulischen Bereich: Zuschüsse an sonstige Träger: Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf (SPATZ) (Bei diesem Titel sind neben anderen Maßnahmen im vorschulischen Bereich für rund 3.200 Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die keine Deutschkenntnisse haben, neben den bereits etatisierten 1.200,0 Tsd. Euro jährlich, zusätzliche Mittel i.H. von 800,0 Tsd. Euro in 2015 für Betreuung, Förderung und sprachliche Unterstützungsmaßnahmen veranschlagt)		2.000.000 €
	Gemeinsam in Vielfalt - Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe		2.000.000 €
	Zuschüsse an soziale Einrichtungen		750.000 €
	Zuschüsse für laufende Zwecke: Zuschuss an beauftragte Einrichtungen zur Konzeptionisierung und Durchführung des Unterstützungsprogramms für Flüchtlinge		1.140.000 €
	sonstiger Sachaufwand: Maßnahmen zur Förderung der Betreuung und Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungs- und Schwellenländer		94.200 €
	Geschäftsstelle der Ombudsstelle in der Flüchtlingserstaufnahme		97.000 €
	Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Mädchen im Nordirak		14.700.000 €
	Personalausgaben-Beihilfen (3.800 € bezieht sich auf Mehrausgaben im direkten Zusammenhang mit gestiegener Flüchtlingszahlen)		3.800 €
	Personalausgaben - Beamten (97.300 € bezieht sich auf die Mehrausgaben im direkten Zusammenhang mit gestiegener Flüchtlingszahl)		97.300 €
	Neubau & Einrichtung von Landesaufnahmestellen		20.000.000 €

© efms 2016

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Baden- Württemberg	Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe		400.000 €
	Pauschale Erstattung für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	187.000.000 €	428.659.000 €
	Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (Veranschlagt sind alle Kosten, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen anfallen)	21.926.500 €	222.400.000 €
	Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge - Sachausgaben - Innenministerium (Titel 2015 "Asylrecht, Rückführung, Ausweisung")	1.463.400 €	2.658.400 €
	Gesamtausgaben	**220.755.064 €**	**770.405.635 €**

Tabelle 49: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Bayern

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Bayern	Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern (2014: Betrag ist dem Nachtrag 2016 (Ist-Betrag) entnommen)	3.706.100 €	4.484.000 €
	Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Toleranz und Integration		35.000 €
	Förderung der Einrichtung "Haus der Heimat" in Nürnberg	140.500 €	
	Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkinder (2o14: Betrag ist dem Nachtrag 2016 (Ist-Betrag) entnommen)	4.175.800 €	4.309.200 €
	Förderung der jüdischen Kultur und Tradition	290.000 €	290.000 €
	Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern (2014: Betrag ist dem Nachtrag 2016 (Ist-Betrag) entnommen)	415.288.600 €	451.774.300 €
	Gesamtausgaben	**423.601.000 €**	**460.892.500 €**

Tabelle 50: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Berlin

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Berlin	Integration und Migration (u.a. Partizipationsprogramm, Integrationslotsen etc.)	5.076.000 €	5.612.000 €
	Landesprogramm gegen Rechtsextremismus	2.500.000 €	2.540.000 €
	Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen	300.000 €	300.000 €
	Zuschüsse für Treff- und Informationsort für Migrantinnen (TIO) e.V.: Qualifizierung ausländischer Frauen in sozial- und krankenpflegerischen Berufsbereichen	140.020 €	146.020 €
	Existenzgründung für Immigrantinnen (efi) / I.S.I. e.V.	86.790 €	90.690 €
	Zuschuss an die *jüdische* Volkshochschule für Weiterbildungsmaßnahmen und für Sprachvermittlung, insbesondere zu Integration neuer Mitglieder	128.000 €	128.000 €
	Zuschüsse für Beratungs- und Hilfeangebote für ausländische Frauen, Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ähnliche Institutionen zum Betrieb von Beratungsläden für ausländische Frauen und Familien	1.607.930 €	1.638.130 €
	Zuschüsse für Maßnahmen gegen Gewalt, Berliner Frauenhäuser: Interkulturelle Initiative e.V. Interkulturelles Frauenhaus	301.500 €	306.000 €
	Zuschüsse für Maßnahmen gegen Gewalt, Berliner Frauenhäuser: Interkulturelle Initiative e.V. Interkulturelle Beratungsstelle und Wohnprojekt und Proaktives Arbeiten bei häuslicher Gewalt	283.100 €	287.400 €
	Wissenschaftliches Expertisen und Nutzung medienbezogener Dienstleistungen in den Bereichen Antidiskriminierungs- und Antirassismusarbeit	115.000 €	115.000 €
	Zentrale Betreuung ausländischer Minderjähriger/Maßnahmen für alleinstehende und minderjährige Asylbewerber/innen	154.500 €	154.500 €
	Fördermaßnahmen für bildungsbenachteiligte Schüler/innen nicht deutscher Herkunft	30.000 €	30.000 €
	Zuschüsse für die zentrale Betreuung und Führung von Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften für ausländische Minderjährige	1.791.000 €	1.791.000 €
	Heimerziehung für alleinerziehende minderjährige Asylbewerber/innen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (betrifft minderjährige Asylbewerber und Flüchtlinge)	3.000.000 €	3.000.000 €

© efms 2016

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Berlin	Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendgesetz (betrifft Asylbewerber und Flüchtlinge)	25.000 €	25.000 €
	Leistungen an Asylbewerber	43.000.000 €	43.000.000 €
	Gesamtausgaben	**58.538.840 €**	**59.163.740 €**

Tabelle 51: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Brandenburg

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Brandenburg	Zuwendungen für laufende Zwecke an Initiativen und Vereine, die für interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wirken	305.400 €	305.400 €
	Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) des Landes Brandenburg	440.000 €	440.000 €
	spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund		60.000 €
	Zuwendungen an lokale Initiativen zum Aufbau einer Willkommenskultur		30.000 €
	Förderung von Minderheitensprachen - Zuweisungen an freie Träger		10.000 €
	Integrationspreis des Landes Brandenburg	5.000 €	5.000 €
	Programm zur Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten zur Fachkraft für Sozialarbeit		20.000 €
	Förderung der überregionalen migrationsspezifischen sozialen Beratung für ausländische Flüchtlinge		132.500 €
	Sprachförderung Flüchtlinge		208.340 €
	Unterhaltszuschüsse für ausländische Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten	178.000 €	178.000 €
	Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit	1.198.000 €	1.176.100 €
	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten (veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachverständige und gutachterliche Tätigkeiten im Rahmen der Befassung mit Härtefällen und von Opfern rassistischer Überfälle, um Schadenersatzansprüche geltend machen zu können, sowie für die erforderliche Tätigkeiten von Dolmetschenden und Übersetzenden)	3.500 €	3.500 €

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Brandenburg	Zuschüsse für laufende Zwecke (Integration jugendlicher Flüchtlinge in die Berufsausbildung und Qualifizierung)		200.000 €
	Deutsch-Polnische Schulprojekte	51.500 €	51.500 €
	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation (Öffentlichkeitsarbeit des/der Integrationsbeauftragten zur Information ausländischer Zuwanderer und der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere Druckkosten für Broschüren)	5.900 €	5.900 €
	Zuschüsse für den Verein "Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit"	199.000 €	216.000 €
	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	13.422.300 €	22.438.900 €
	Erstattung von Kosten für die Unterbringung, Sozialleistungen und Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	44.575.200 €	109.223.500 €
	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für die verbesserte Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen	5.000.000 €	
	Gesamtausgaben	**65.383.800 €**	**134.704.640 €**

Tabelle 52: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Bremen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Bremen	allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration (u.a. Förderung interkultureller Zusammenarbeit, Projektförderungen sowie Maßnahmen für traumatisierte Flüchtlinge)	553.760 €	553.760 €
	Zuschüsse für Maßnahmen für traumatisierte Migranten	49.110 €	49.110 €
	Kosten für den Bremer Rat für Integration	39.860 €	39.860 €
	Zuschüsse für Maßnahmen der nachgehenden Integration	183.130 €	183.130 €
	Hilfen und Leistungen für Zuwanderer	675.000 €	675.000 €
	gesundheitliche Untersuchung und Behandlung ausländischer Zuwanderer		2.100.000 €
	Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	1.254.000 €	1.279.000 €

© efms 2016

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Bremen	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Aufnahme und Integration von Flüchtlingen)	500.000 €	600.000 €
	Bezüge der Beamten und Richter (Aufnahme und Integration von Flüchtlingen)	500.000 €	600.000 €
	Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in einer Pflegefamilie	62.000 €	70.000 €
	Betreutes Wohnen minderjähriger Asylbewerber	1.900.000 €	2.000.000 €
	Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und Asylbewerber in Einrichtungen	89.000 €	95.000 €
	Sonstige Hilfen für unbegleitete minderjährige Flücht linge und Asylbewerber	120.000 €	122.000 €
	Globale Mehrausgaben für die Ausbildung von Flüchtlingen		400.000 €
	Leistungen für Asylbewerber	36.906.000 €	35.255.000 €
	Gesamtausgaben	**42.831.860 €**	**44.021.860 €**

Tabelle 53: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Hamburg

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Hamburg	Integration von Zuwanderern (u.a. Aufwendungen für den Integrationsbeirat, Beratung sowie Hilfe für Flüchtlinge)	8.080.000 €	6.128.000 €
	Zuschüsse zu interkulturellen Projekten	180.000 €	368.000 €
	Zuschuss für Erstversorgungseinrichtungen zur Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge an den Landesbetrieb Erziehung und Beratung		4.744.000 €
	Hilfen nach dem AsylbLG		87.125.000 €
	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	58.272.000 €	
	Zuschuss für Beratung und Hilfen für Flüchtlinge und nicht bleibeberechtigte Zuwanderer	723.000 €	
	Gesamtausgaben[799]	**67.255.000 €**	**98.365.000 €**

[799] Für Hamburg konnten nicht alle Ausgaben differenziert erfasst werden, da vor allem im Haushaltsplan für das Jahr 2015 Aufwendungen nach dem SGB und dem AsylbLG gebündelt ausgewiesen sind.

Tabelle 54: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Hessen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Hessen	Förderung von Schülerinnen und Schüler mit MH	95.295.500 €	102.324.000 €
	Sprachförderung im Kindergartenalter	3.500.000 €	4.200.000 €
	Steuerungsprodukt Integrationsangelegenheiten	1.941.700 €	4.752.800 €
	Förderverwaltungsprodukt Integrationsangelegenheiten	191.600 €	96.600 €
	Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen	357.000 €	357.000 €
	Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler sowie Förderung der wissenschaftlichen Forschung	600.000 €	600.000 €
	Förderung von Integrationsmaßnahmen	3.100.000 €	3.100.000 €
	Integrationsangelegenheiten	2.971.800 €	
	Leistungen an Flüchtlinge	117.000.000 €	308.100.000 €
	Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Einrichtungen der Jugendhilfe	35.000 €	25.714 €
	Gesamtausgaben	**224.992.600 €**	**423.556.114 €**

© efms 2016

Tabelle 55: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Mecklenburg-Vorpommern

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Mecklenburg - Vorpommern	Zuschüsse an Verbände und Vereine der Freien Wohlfahrtspflege für die Beratung von MigrantInnen	52.000 €	52.000 €
	Förderung der sozialen und beruflichen Integration sowie der Partizipation von MigrantInnen	545.700 €	545.700 €
	Zuwendungen für Projekte zur Stärkung von Demokratie und Toleranz	100.000 €	100.000 €
	Fort- und Weiterbildung zur Sprachförderung	70.000 €	70.000 €
	Erstattung der Kosten für die Unterbringung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Flüchtlingsaufnahmegesetz an die Landkreise und kreisfreien Städte	17.669.600 €	18.717.000 €
	Erstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB II und dem SGB XII an Landkreise und kreisfreie Städte	31.735.500 €	32.896.900 €
	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB II und dem SGB XII an Ausländer in der Aufnahmeeinrichtung des Landes	1.938.700 €	1.955.100 €
	Leistungsentgelte Asylverfahren	58.000 €	58.000 e
	Kosten für Leistungen an Ausländer der Freien und Hansestadt Hamburg für die Inanspruchnahme der Erstaufnahmeeinrichtung M-V	1.301.400 €	1.314.300 €
	Anteil des Landes an den Kosten der Unterkunft gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz	730.000 €	610.000 €
	Gesamtausgaben	**54.200.900 €**	**56.319.000 €**

Tabelle 56: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Niedersachsen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Niedersachsen	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	129.000 €	129.000 €
	Förderung eines Psychosozialen Zentrums für traumatisierte Flüchtlinge	100.000 €	450.000 €
	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.	90.000 €	
	Zuschüsse für laufende Zwecke an ARUG (Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt)	10.000 €	
	Integration von Zugewanderten (2014)	4.654.000 €	
	Migration und Teilhabe von Zugewanderten (2015)		10.024.000 €
	Kosten des Transport von ausländischen Flüchtlingen		10.000 €
	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV)	107.658.000 €	118.300.000 €
	Zuweisung an Gemeinden zum Ausgleich für erhöhte Ausgaben bei der Aufnahme ausländischer Flüchtlinge		40.000.000 €
	Mehrbedarfe für Flüchtlinge (Nachtrag 2015)		113.700.000 €
	Gesamtausgaben	**112.641.000 €**	**282.613.000 €**

© efms 2016

Tabelle 57: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Nordrhein-Westfalen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Nordrhein- Westfalen	Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter	26.414.100 €	31.517.100 €
	Kompetenzzentrum für Integration	150.000 €	150.000 €
	Zuwendungen für interkulturelle Kulturarbeit	720.000 €	720.000 €
	sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung von integrationspolitischen Maßnahmen	170.000 €	467.000 €
	Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus	850.000 €	850.000 €
	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	208.871.300 €	1.517.317.600 €
	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, und Räume (nur den Mehrwert übernommen)		9.050.000 €
	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (Zusätzlicher Bedarf aufgrund der Schaffung weiterer Flüchtlingsunterkünfte)		18.864.000 €
	Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden, Räumen		14.900.000 €
	Baumaßnahmen für Asylunterkünfte		22.234.000 €
	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		4.801.900 €
	Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW und anderer Dienstleister (im Auftrag des Innenressorts für die Unterbringung Asylsuchender)		31.000.000 €
	Zur Verstärkung der Ansätze für die Errichtung, Herrichtung sowie die Anmietung und den Betrieb von Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende		107.500.000 €
	Herrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber auf dem ehemaligen JHQ-Gelände in Mönchengladbach		9.105.900 €
	Gesamtausgaben	**237.175.400 €**	**1.768.477.500 €**

Tabelle 58: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Rheinland-Pfalz

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Rheinland - Pfalz	Zuschüsse zur Förderung der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund	318.500 €	318.500 €
	Zuschüsse zu migrationsspezifischen Maßnahmen (Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für die Migrationssozialarbeit zur Ergänzung des Grundangebotes des Bundes)	527.900 €	1.027.900 €
	Zuschüsse zur institutionellen Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund	266.100 €	266.100 €
	Zuschüsse für Betreuungsaufgaben und für Maßnahmen zur Pflege und Erhaltung des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge	1.900 €	1.900 €
	Projekte und Kampagnen im Rahmen der Wahlen zu den Beiräten für Migration und Integration	50.000 €	
	Zuschüsse zu Ausstellungen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Tagungen	1.900 €	1.900 €
	Zuschüsse zur Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund	583.500 €	783.500 €
	Zuweisungen an Kindergärten: Zuweisungen zu den Kräften zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Aussiedlerkindern	4.120.000 €	4.220.000 €
	Zuweisung für Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder	490.000 €	490.000 €
	Förderung von Maßnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte	107.800 €	107.800 €
	Integrationsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz	5.500 €	5.500 €
	Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung	76.700 €	76.700 €
	Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Für den Abschluss von Verträgen für Förderunterricht für Kinder anderer Muttersprachen)	1.620.000 €	1.620.000 €
	Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte an Schulen (Für den Abschluss von Verträgen unter der Hälfte des Regelstundenmaßes für Förderunterricht für Kinder anderer Muttersprachen)	100.000 €	100.000 €
	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für die Versorgung und Betreuung traumatisierter Flüchtlinge und Asylbewerber (neu 2015)		500.000 €

© efms 2016

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Rheinland-Pfalz	Erstattung von Verwaltungskosten an die für die Aufnahmeeinrichtungen nach dem Asylverfahrensgesetz zuständigen Ausländerbehörden und an die Stadt Trier für Clearingaufgaben	731.100 €	1.578.300 €
	Erstattung an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Landesaufnahmegesetz sowie Kostentragung für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Personen	21.090.900 €	77.499.300 €
	Zuweisungen auf Grund des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern		19.000.000 €
	Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (inklusive Notunterkünfte für Kommunen)	5.628.700 €	60.127.400 €
	Leistungen nach dem Asylbewerbungsgesetz	21.091.000 €	17.831.000 €
	Gesamtausgaben	**56.811.500 €**	**185.555.800 €**

Tabelle 59: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Saarland

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Saarland	Willkommenspreis des Saarlandes	5.000 €	
	Förderung der Integration und Betreuung von Flüchtlingen	401.000 €	421.000 €
	Förderung der Integration für Menschen mit Migrationshintergrund	610.600 €	629.000 €
	Förderung des Ehrenamts im Zusammenhang mit der Betreuung von Flüchtlingen		200.000 €
	Ehrung und Anerkennung von Vereinen mit herausragenden Integrationsleistungen für Menschen mit MH	5.000 €	
	Erstattung der Kosten für den Schulunterricht und die Hausaufgabenhilfe von Migrantenkindern	68.000 €	68.000 €
	Schülerstipendium START Saar	5.000 €	5.000 €
	Erstattung der sächlichen Ausgaben der Flüchtlingsklassen in der Grundschule Lebach an die Stadt Lebach sowie von entsprechenden Kosten der Aussiedlerklassen	35.000 €	35.000 €
	Förderung der Zweisprachigkeit	6.000 €	6.000 €

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Saarland	Betriebskosten der Landesaufnahmestelle	7.771.800 €	12.247.500 €
	Aufwendungen für die Kleiderkammer des DRK	69.000 €	69.000 €
	Gesamtausgaben	8.976.400 €	13.840.500 €

Tabelle 60: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Sachsen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Sachsen	Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen mit MH (TG. 77)	350.000 €	1.641.000 €
	Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern und zur sozialen Betreuung von Asylbewerbern und Migranten (TG. 51)	300.000 €	9.464.800 €
	Landesprogramm "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz"	1.010.000 €	4.260.000 €
	Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Handelns bei jungen Menschen: Zuschüsse für Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vorbeugung antidemokratischen Handelns	100.000 €	
	Ausgaben für die Unterbringung der Asylbewerber und anderen ausländischen Flüchtlingen (TG. 63)	29.500.000 €	146.280.000 €
	Beförderungskosten von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen	681.000 €	900.000 €
	Erstattung von Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	8.500.000 €	8.500.000 €
	Zuschüsse an Kommunen für Infrastrukturinvestitionen		20.500.000 €
	Zuweisung zur Unterstützung der Gemeinden bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Rahmen der Programme der Stadtentwicklung		1.000.000 €
	Dresden - Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber		15.000.000 €
	Leipzig - Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber		8.000.000 €
	Schneeberg - Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber		500.000 €
	Chemnitz - Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber		6.000.000 €
	Gesamtausgaben	**40.441.000 €**	**222.045.800 €**

© efms 2016

Tabelle 61: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Sachsen-Anhalt

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Sachsen-Anhalt	Maßnahmen zur Verbesserung der Integration im Land Sachsen-Anhalt	850.000 €	1.717.500 €
	Verbesserung der Situation von MigrantInnen durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung	342.500 €	1.045.500 €
	Verbesserung der Situation von AusländerInnen durch Beratung, Betreuung und integrative Maßnahmen	342.500 €	
	Förderung von Maßnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte zur Verbesserung der kommunalen Integrationsarbeit (insbesondere zur Einrichtung von Koordinierungsstellen für Integration)	590.000 €	
	Gemeinwesenorientierte Integrationsprojekte	250.000 €	
	Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt	150.000 €	50.000 €
	Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten	6.388.500 €	51.555.400 €
	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		1.015.000 €
	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Erziehungshilfen (für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)	6.500.000 €	14.500.000 €
	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		40.000 €
	Zuschüsse an freie Träger im Bereich der Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch die Führung von Vormundschaften	47.390 €	48.101 €
	Gesamtausgaben	**15.460.890 €**	**69.971.501 €**

Tabelle 62: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Schleswig-Holstein

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Schleswig - Holstein	Gesundheitsförderung von MigrantInnen	45.000 €	45.000 €
	Integration von MigrantInnen	2.202.000 €	24.248.200 €
	Zuschüsse zur Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus	13.600 €	13.600 €

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Schleswig - Holstein	Zuschüsse für die religiösen und kulturellen Angelegenheiten der jüdischen Landesverbände	500.000 €	500.000 €
	Förderung von Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein, zur Attraktivitätssteigerung des Dualen Systems, Regionale Ausbildungsbetreuung	590.000 €	590.000 €
	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerblichen Wirtschaft und der interregionalen Zusammenarbeit: Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Fach-/Führungskräfte	20.000 €	
	Förderung von Ganztagsangeboten an neuen gebundenen Ganztagsschulen in sozialen Brennpunkten mit hoher Migrationsquote	380.100 €	
	Deutsch als Zweitsprache	370.000 €	2.570.000 €
	Unterstützung für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge		40.000 €
	Sicherung der Unterrichtsversorgung aufgrund gestiegener Schülerzahlen (schulpflichtige Flüchtlinge)		5.000 €
	Aufnahme und Verteilung von MigrantInnen	48.370.500 €	12.746.500 €
	Landesamt für Ausländerangelegenheiten	1.373.500 €	4.930.600 €
	Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung Minderjähriger ohne gewöhnlichen Aufenthalt und an unbegleitete minderjährige Flüchtlingen und Asylbewerber	11.820.500 €	25.547.900 €
	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen BeamtInnen (Mehrbedarf aufgrund der hohen Anzahl von Asylverfahren)	3.830.300 €	4.160.300 €
	Kosten für Sachverständige und Dolmetscher in Asylverfahren	94.500 €	94.500 €
	Sozialgesetzliche Leistungen: Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge)		20.877.600 €
	Unterkunft für Asylsuchende in Boostedt		300.000 €
	Unterkünfte für Asylsuchende in Neumünster, Haart und Boostedt		2.300.000 €
	Unterkunft für Asylsuchende in Neumünster, Haart		9.500.000 €
	Gesamtausgaben	**69.610.000 €**	**108.469.200 €**

© efms 2016

Tabelle 63: Auflistung der integrationspolitischen Ausgaben 2014/2015 – Thüringen

	Titel	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015
Thüringen	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)		4.238.000 €
	Zuschüsse an Sportvereine und -verbände: Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in Sportvereinen		50.000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben & Ausgaben für den Schuldendienst: Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen	41.000 €	40.000 €
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse: Ausländervereinsarbeit	90.000 €	140.000 €
	Förderung von Schülern mit MH / Förderung von Kindern nichtdeutscher Herkunft	40.000 €	110.000 €
	Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	3.900.000 €	3.900.800 €
	Ausländer-, Asyl und Aussiedlerangelegenheiten, Integration; Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge	20.325.100 €	79.005.000 €
	Gesamtausgaben	**24.396.100 €**	**87.483.800 €**

8.4 Auflistung der Maßnahmen[800]

8.4.1 Kultur und öffentliche Präsenz

Baden-Württemberg

- Arbeitskreis „Interkulturelle Kulturarbeit“ und Landesfachtagungen zur Interkulturellen Kulturarbeit (Forum der Kulturen Stuttgart e.V.)
  URL: http://www.forum-der-kulturen.de/angebote/arbeitskreis-interkulturelle-kulturarbeit-baden-wuerttemberg/
- Projekt „Community 2.1 – Kein Platz für Vorurteile“ (Jugendstiftung Baden-Württemberg)
  URL: http://www.jugendstiftung.de/index.php?id=107
- **Förderprogramm zur interkulturellen Qualifizierung von Kultureinrichtungen** (Forum der Kulturen Stuttgart e.V.)
  URL: http://www.forum-der-kulturen.de/angebote/interkulturelle-qualifizierungen/
- Gesellschaft für Dialog Baden-Württemberg (Gesellschaft für Dialog Baden-Württemberg)
  URL: http://www.gfd-bw.de/
- **Innovationsfonds Kunst** (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg)
  URL: http://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/kunst-kultur/kulturfoerderung/innovationsfonds-kunst/
- Runder Tisch Islam (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
- URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Runder+Tisch+Islam

Bayern

- **Künste, die die Welt bedeuten** (Stadtkultur. Netzwerk Bayerischer Städte)
  URL: http://www.stadtkultur-bayern.de/index.php/kultur-und-schule

Berlin

- Ballhaus Naunynstraße (Ballhaus Naunynstraße)
  URL: http://www.ballhausnaunynstrasse.de/
- Berlin interkulturell (Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen, Landesverband Berlin e.V.)
  URL: http://www.berlin-interkulturell.de/cms/index.php/Willkommen.html
- Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V. (Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V.)
  URL: http://www.casalatinoamericana.de/
- Interkulturelles Jugend- und Familienzentrum Schalasch (Club Dialog e.V.)
  URL: http://schalasch.de/

[800] Maßnahmen, die als Schlüsselaktivität des Landes gewertet wurden, werden mit Fettdruck hervorgehoben.

© efms 2016

- Islamforum Berlin (Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, muslimische Akademie in Deutschland)
  URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/islamforum-berlin/
- MAXIME Berlin (Violence Prevention Network)
  URL: http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/maximeberlin
- Miphgasch/Begegnung e.V. – Verein zur Förderung interkultureller und internationaler Begegnungen zwischen jungen Menschen und Familien (Miphgasch/Begegnung e.V.)
  URL: http://www.miphgasch.de/der-verein/
- **Projektförderung für interkulturelle Projekte** (Senatskanzlei kulturelle Angelegenheiten Berlin)
  URL: http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramme/interkulturelle-projekte/artikel.82020.php
- **Werkstatt der Kulturen** (Brauerei Wissmannstraße e.V.)
  URL: http://www.werkstatt-der-kulturen.de/

Brandenburg

- **Projekt „Total real. Angekommen in Brandenburg“** (Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.)
  URL: http://www.gesichtzeigen.de/total-real-angekommen-in-brandenburg/
- **Zuwendungen für laufende Zwecke an Initiativen und Vereine, die für interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wirken** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  URL: http://www.mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/07_Ministerium-fuer-Arbeit-Soziales-Gesundheit-Frauen-und-Familie_2015-16.pdf

Bremen

- **Integration durch Kunst e.V.** (Integration durch Kunst e.V.)
  URL: http://www.integrationdurchkunst.de/
- Projekt „Karibu! Willkommen in Afrika“ (Überseemuseum Bremen)
  URL: http://www.soziales.bremen.de/sport/detail.php?gsid=bremen69.c.22720.de#Karibu

Hamburg

- **Eigenarten – interkulturelles Festival Hamburg** (peeng e.V.)
  URL: http://www.festival-eigenarten.de/start/
- **Förderrichtlinie für interkulturelle Projekte** (Kulturbehörde Freie und Hansestadt Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/contentblob/2731518/data/interkulturell-foerderrichtlinien.pdf
- Interkulturelles Forum Hamburg (peeng e.V.)
  URL: http://www.hamburg-interkulturell.de/

[801] Nordrhein-Westfalen

- Dialog forum islam (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/vielfalts-broschuere-des-dialog-forum-islam
- **Förderprogramm „Künste im interkulturellen Dialog“** (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW)
  URL: https://www.mfkjks.nrw/tags/kuenste-im-interkulturellen-dialog
- **Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben** (Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Interkulturelle_Zentren/index.php

Rheinland-Pfalz

- Forum für interkulturellen Dialog RLP e.V. (Forum für interkulturellen Dialog RLP e.V.)
  URL: http://www.fid-rlp.de/
- GRRRRR.eu – Kulturportal der Großregion für junge Leute (GRRRRR.eu)
  URL: http://www.grrrrr.eu/en/
- Plurio.net – das Kulturportal der Großregion (plurio.net)
  URL: http://www.plurio.net/de/1/start,0/kultur-in-der-grossregion.html
- Runder Tisch Islam (Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration)
  URL: https://mifkjf.rlp.de/de/ministerium/beauftragter-fuer-migration-und-integration/runder-tisch-islam/
- Unsere Großregion – Ein Kulturkalender für Kinder (Ministerium für Bildung und Kultur Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/SID-981134B2-5F12558A/101469.htm
- **Verein Kulturraum Großregion** (Kulturadministrationen des Großherzogtums Luxemburg, des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz, Lothringen, der Region Wallonien mit der Französischen Gemeinschaft und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens)
  URL: http://www.kulturraumgr.eu/de

Saarland

- GRRRRR.eu – Kulturportal der Großregion für junge Leute (GRRRRR.eu)
  URL: http://www.grrrrr.eu/en/
- Plurio.net – das Kulturportal der Großregion (plurio.net)
  URL: http://www.plurio.net/de/1/start,0/kultur-in-der-grossregion.html
- Saarländisches Filmbüro (saarländisches Filmbüro e.V.)
  URL: http://www.saarland.de/SID-28A19B53-B4B95711/4408.htm
- Unsere Großregion – Ein Kulturkalender für Kinder (Ministerium für Bildung und Kultur Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/SID-981134B2-5F12558A/101469.htm

[801] Für die Länder Hessen, Mecklenburg-Vorpommern sowie Niedersachsen wurden in der Dimension Kultur und öffentliche Präsenz keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

© efms 2016

- **Verein Kulturraum Großregion** (Kulturadministrationen des Großherzogtums Luxemburg, des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz, Lothringen, der Region Wallonien mit der Französischen Gemeinschaft und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens)
  URL: http://www.kulturraumgr.eu/de

Sachsen

- Interkulturelles Lernen in der Kindertagesstätte (Arbeit und Leben Sachsen e.V.)
  URL: http://www.arbeitundleben.eu/interkulturelles-lernen-in-der-kindertagesstatte/
- Mit Fremdheit umgehen lernen (Daetz-Stiftung)
  URL: http://www.daetz-stiftung.org/front_content.php?idcat=26&idart=65&lang=1
- Projekt „Was glaubst du denn? Interreligiöse Begegnungen erleben“ (Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V.)
  URL: http://zeok.de/bildung/projekte/
- Projekt „Was glaubst du denn? Über Religionen ins Gespräch kommen“ (Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V.)
  URL: http://zeok.de/bildung/projekte/

Sachsen-Anhalt

- Polnische Kulturtage „Kultura Polska“ (Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.)
  URL: http://www.dpg-sachsen-anhalt.de/md_projekte/md_kultura_polska_allgemein/index.html
- Projektwerkstatt für Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt – lagfa)
  URL: http://www.lagfa-lsa.de/schabbat-schalom.html
- Zuschüsse für „interkulturelle Begegnung und Verständigung“ (Ministerium für Arbeit und Soziales)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/service/foerderung/

[802]Thüringen

- **Referenten- und Kulturmittlerbörse** (Zentrum für Integration und Migration
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/zentrum/content/service.htm

[802] Für Schleswig-Holstein wurden in der Dimension Kultur und öffentliche Präsenz keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

8.4.2 Bildung und Erziehung

Baden-Württemberg

- Projekt „Azubi statt ungelernt – mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden“ (Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg)
  URL: https://www.esf-bw.de/esf/fileadmin/user_upload/downloads/Wirtschaftsministerium/Standardisierte_Projekte/Aufruf_Azubi_statt_ungelernt.pdf
- Förderung von Maßnahmen der außerschulischen und außerunterrichtlichen (schulbegleitenden) Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe (HSL-Richtlinie) (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg)
  URL: https://www.l-bank.de/lbank/download/dokument/210404.pdf
- Interkulturelle Bildung – Schwerpunkt Sprachförderung (Pädagogische Hochschule Ludwigsburg)
  URL: http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kontaktstudium-interkulturelle-bildung-schwerpunkt-sprachfoerderung/
- Interkulturelle Elternmentoren (Elternstiftung Baden-Württemberg)
  URL: http://www.elternstiftung.de/index.php?id=interkulturelle_mentoren0
- **Netzwerk für interkulturelles Lernen und Arbeiten an Schulen (NikLAS)** (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg)
  URL: http://www.schule-bw.de/entwicklung/schulentw/niklas/
- Landesarbeitsgemeinschaft Migrantenökonomie (ikubiz, ifm Universität Mannheim)
  URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Landesarbeitsgemeinschaft+Migrantenoekonomie
- Muttersprachlicher Zusatzunterricht (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg)
  URL: http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/Startseite/schulebw/Sprachfoerderung
- Schulbezogene Maßnahmen der Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund durch Jugendarbeit und Vereine (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg)
  URL: http://www.statistik-bw.de/shp/2015-16/
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule (Eltern-Lehrer-Tandems) (Elternstiftung Baden-Württemberg)
  URL: http://www.elternstiftung.de/index.php?id=tandems

Bayern

- Außerschulische Hausaufgabenhilfe mit Schwerpunkt Deutschförderung (Hausaufgabenhilfe-Richtlinie HR) (Bayerisches Ministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration)
  URL: http://www.stmas.bayern.de/integration/foerderung/ah/index.php

© efms 2016

- Beraterinnen und Berater Migration (Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)
  URL: http://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/foerderung/sprachfoerderung.html
- Deutschförderung an bayerischen Grund- und Haupt-/Mittelschulen: Besondere Fördermaßnahmen für Schüler mit MH (Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)
  URL: http://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/foerderung/sprachfoerderung.html
- Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkinder (Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)
  Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst: *Haushaltsplan 2015/2016*. München, S. 34.
  URL: http://www.stmflh.bayern.de/haushalt/staatshaushalt_2015/haushaltsplan/Epl05.pdf
- **Modellprojekt „WERTvoll MITeinandern – Interkulturelle Bildung für ein gelingendes Zusammenleben“** (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V., Via Bayern – Verband für interkulturelle Arbeit e.V.)
  URL: http://www.via-bayern.de/misc/uploads/2013/09/Kurzkonzept_WertvollMiteinander.pdf
- Mütter lernen Deutsch an der Schule ihrer Kinder (Bayerisches Staatsministerium für Bildung, Kultus, Wissenschaft und Kunst)
  URL: http://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/foerderung/sprachfoerderung.html

Berlin

- **Projekt „Ausbildung in Sicht“** (SPI Consult Bildung. Beruf. Kompetenz)
  URL: http://www.spiconsult.de/inhalt/foerdern/ausbildung-in-sicht.html
- Projekt „BEFaN – mit und füreinander“ (Bildung-Eltern-Familie) (Interkulturelle pädagogische Gesellschaft Mitra e.V.)
  URL: http://www.mitra-ev.de/de/projekte/610.html
- **Berlin braucht dich!** (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten e.V.)
  URL: http://www.berlin-braucht-dich.de/index/
- Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund (Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund)
  URL: https://www.berlin.de/sen/bildung/fachkraefte/lehrerausbildung/vielfalt-bildet-berlin/
- Demokratie lernen in der Einwanderungsgesellschaft (RAA Berlin)
  URL: http://web.archive.org/web/20141102141654/http://www.raa-berlin.de/Neu2011/Demokratie%20lernen%20in%20der%20Einwand.html
- Einsatz Berlin – Perspektiven für junge Menschen bei der Feuerwehr (Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Feuerwehr Berlin, Handwerkskammer Berlin)
  URL: http://www.bgz-berlin.de/files/flyer-einsatz-berlin.pdf

- Ferienschulen für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung)
  URL: https://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/foerderung/sprachfoerderung/fachinfo/konzept_hinweise.pdf?start&ts=1423653633&file=konzept_hinweise.pdf
- Girls Studio (Treff- und Informationsort (TIO) e.V.)
  URL: http://www.tio-berlin.de/girls-studio/
- Kooperationsvereinbarung zwischen Polizei Berlin und Türkischer Gemeinde zu Berlin (Türkische Gemeinde zu Berlin)
  URL: http://www.tgb-berlin.de/index.php?option=com_content&view=article&id=113&Itemid=61
- **Lehrgang „Ausbildungsvorbereitung öffentlicher Dienst – Polizei und Verwaltung“ für junge Heranwachsende mit Migrationshintergrund** (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Polizei Berlin, Verwaltungsakademie Berlin)
  URL: http://www.bwk-lehrgang-polizei.de/angebote.html
- MigraMentor (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin – Koordination des Berliner Netzwerks für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund)
  URL: http://www.migramentor.de/
- TIO-Qualifizierungsangebot (Treff- und Informationsort (TIO) e.V.)
  URL: http://www.tio-berlin.de/qualifizierungsprojekt/
- Zweisprachige deutsch-türkische Alphabetisierung und Erziehung (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin
  URL: https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/sprachen/

Brandenburg

- Angebote im Bereich der interkulturellen Schulentwicklung/schulischen Eingliederung von fremdsprachigen Kindern (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/projekteprogramme/schulischeeingliederungintegration/tabid/2785/default.aspx
- Deutsch-Polnische Schulprojekte (Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg)
  Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: *Haushaltsplan 2015/2016.* Potsdam, S. 147.
  URL: http://www.mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/05_Ministerium-fuer-Bildung-Jugend-und-Sport_2015-16.pdf
- FremdsprachenassistentInnen aus Polen (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg)
  URL: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/internationales/kooperation-brandenburg-polen/fremdsprachenassistenten-polen/
- Integration junger Flüchtlinge in die Berufsausbildung und Qualifizierung (Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg: *Haushaltsplan 2015/2016*. Potsdam, S. 59.
  URL: http://www.mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/07_Ministerium-fuer-Arbeit-Soziales-Gesundheit-Frauen-und-Familie_2015-16.pdf

© efms 2016

- **Kita interkulturell 2015** (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/projekteprogramme/kitainterkulturell2015/tabid/2807/default.aspx
- Muttersprachlicher Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/ProjekteProgramme/MuttersprachlicherUnterricht/tabid/980/Default.aspx

Bremen

- Ausbildung für junge Flüchtlinge/Zukunftschance Ausbildung (Freie Hansestadt Bremen)
  URL: http://www.ausbildung.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de
- Projekt „EeneMeeneKiste – Interkulturelles Kinderbuchprojekt“ (EeneMeeneKiste)
  URL: http://www.eene-meene-kiste.de/
- FIT Eltern – Familienorientiertes Integrationstraining (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Bremen)
  URL: http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.5434.de
- Bremer Förderprojekt für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an der Universität Bremen (Universität Bremen)
  URL: http://www.fb12.uni-bremen.de/de/interkulturelle-bildung/aktuelles/stellenangebote/foerderunterricht.html
- JMD – Vorkurse für Migrantengrundschüler (AWO Landesverband Bremen e.V.)
  URL: http://www.awo-bremen.de/sites/default/files/Brosch%C3%BCre_Migration_2012-10.pdf
- **Kom.In Kompetenzzentrum Interkulturalität in der Schule** (Landesinstitut für Schule Bremen)
  URL: http://www.lis.bremen.de/fortbildung/interkulturalitaet-48127
- **Kooperationsspielkreise** (Migrantinnenrat Bremen e.V., DRK, KiTa Bremen)
  URL: http://www.drk-bremen.de/angebote/familie-und-jugend/fuer-kinder/koop-spielkreise/?mobile=1
- Mama lernt Deutsch (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen)
  URL: http://www.pbwbremen.de/index.php/deutsch-lernen/mama-lernt-deutsch
- MiCoach - Das UniCoachingProjekt zur Studienorientierung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der gymnasialen Oberstufe (Universität Bremen)
  URL: http://www.fb12.uni-bremen.de/index.php?id=2759&L=0
- Muttersprachlicher Unterricht (Senatorin für Kinder und Bildung)
  URL: https://www.bildung.bremen.de/migrantenfoerderung-4554#4
- Netzwerk der Pädagoginnen und Pädagogen mit Zuwanderungsgeschichte (Senatorin für Kinder und Bildung)
  URL: https://www.bildung.bremen.de/netzwerk_der_paedagoginnen_und_paedagogen_mit_zuwanderungsgeschichte-15879

- PafüM – Patenschaften für Migranten (AWO Landesverband Bremen e.V.)
  URL: http://www.awo-bremen.de/sites/default/files/Brosch%C3%BCre_Migration_2012-10.pdf
- Sprachpartnerschaften – Ehrenamtliche helfen jungen Migrantinnen und Migranten (Caritasverband für das Dekanat Bremen-Nord e.V.)
  URL: http://www.caritas-bremen-nord.de/02c_jugendmig.html
- Vorkurse für Seiteneinsteiger (Senatorin für Kinder und Bildung Bremen)
  URL: https://www.bildung.bremen.de/migrantenfoerderung-4554
- Weiterentwicklung der Türkischunterrichts: Türkisch als Abiturfach, als Fach im Referendariat (Schulzentrum Rübekamp/Walle)
  URL: https://www.bildung.bremen.de/berichte_und_entwicklungsplaene-4450

Hamburg

- **Beratungsstelle interkulturelle Erziehung** (Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung)
  URL: http://li.hamburg.de/bie/
- Bilinguale Klassen (Behörde für Schule und Berufsbildung, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg)
  URL: http://li.hamburg.de/bilinguale-klassen/
- Chancen am FLUCHTort Hamburg (passage – gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration MBH)
  URL: http://www.passage-hamburg.de/betriebe/miz/chancen-fluchtort.html
- Dachkampagne „Wir sind Hamburg! Bist du dabei?“ (Senat der Freien und Hansestadt Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/bist-du-dabei/2385460/kampag/
- Fortbildungen zu Interkulturellen Kompetenz und Beratung (BQM - Beratung Qualifizierung Migration)
  URL: http://www.bqm-hamburg.de/bqm/pages/index/p/565
- Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung)
  URL: http://li.hamburg.de/netzwerk/
- Herkunftssprachlicher Unterricht (Behörde für Schule und Berufsbildung)
  URL:
  http://li.hamburg.de/contentblob/3850332/4e8d6e997fb6b815c02511f3fe40af48/data/download-pdf-neues-aufgabenprofil-fuer-herkunftssprachliche-lehrkraefte.pdf
- Junge Vorbilder (verikom - Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.)
  URL: http://www.verikom.de/projekte/junge_vorbilder/
- Kita-Plus-Programm (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/kita-plus/

© efms 2016

- Netzwerk „Fluchtort Hamburg Plus“ (passage gGmbH)
  URL: http://www.fluchtort-ham-burg.de/72/?tx_news_pi1[news]=1&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=f0cc684906958c727f63b84e2b5bdbcc
- Qualifizierung zur Interkulturellen Koordination an Schulen (BQM - Beratung Qualifizierung Migration)
  URL: http://www.bqm-hamburg.de/bqm/pages/index/p/563
- Stipendium des FORUM – Young Migrant Talents (FORUM- Young Migrant Talents e.V. Elbinstitut Hamburg)
  URL: http://www.young-migrant-talents.org/spenden.html
- Stipendienprogramm der Stiftung für Migranten (Hamburger Stiftung für Migranten)
  URL: http://www.stiftung-fuer-migranten.de/

Hessen

- Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund (Hessisches Kultusministerium)
  Hessisches Kultusministerium: *Landeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015.* Wiesbaden, S. 144f.
  URL: https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/einzelplan_04_-_hessisches_kultusministerium_pdf-dokument_1.430_kb.pdf
- **Frühstart – Deutsch und interkulturelle Bildung im Kindergarten** (Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V., Gölkel Stiftung)
  URL: http://www.fruehstart-hessen.de/frames2.php
- Hausaufgabenhilfe (Diakonie Hessen)
  URL: http://www.diakonie-hessen.de/ueber-uns/arbeitsfelder/flucht-interkulturelle-arbeit-migration/hausaufgabenhilfe.html
- HSU – Herkunftssprachlicher Unterricht (hessisches Kultusministerium)
  URL: http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/Handlungsfelder_und_Projekte/Sprachfoerderung/~blo/Muttersprachliche_Angebote/
- InteGREATer e.V. (InteGREATer e.V.)
  URL: http://www.integreater.de/
- Schule und kulturelle Vielfalt – Netzwerk für Lehrkräfte in Hessen (hessisches Kultusministerium)
  URL: https://kultusministerium.hessen.de/lehrer/schule-und-kulturelle-vielfalt
- Sprachförderung im Kindergartenalter (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  Hessisches Ministerium für Soziales und Integration: *Landeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015.* Wiesbaden, S. 199
  URL: https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/einzelplan_08_-_hessisches_ministerium_fuer_soziales_und_integration_pdf-dokument_2.017_kb.pdf

Mecklenburg-Vorpommern

- **Fachberatungsstelle „Deutsch als Zweitsprache an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern: Sprachförderung – Sprachbildung – Schulentwicklung“** (RAA Mecklenburg Vorpommern e.V.)
  URL: http://www.daz-mv.de/fachberatung/

Niedersachsen

- Bilingualer Unterricht (Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung)
  URL: http://www.nibis.de/nibis.php?menid=617
- **EFi – Elternarbeit, Frühe Hilfen und Migrationsfamilien** (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)
  URL: http://www.familien-mit-zukunft.de/index.cfm?54FA99C1C2975CC8A296FDB969A246C9
- **Fachberatung Interkulturelle Bildung bei der niedersächsischen Landesschulbehörde** (niedersächsische Landesschulbehörde)
  URL: https://www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de/bu/schulen/schulentwicklung/ikb
- Feriensprachcamps für Kinder und Jugendliche (Institut für Bildung und Erziehung gGmbH)
  URL: http://lotto-sport-stiftung.de/projektbeispiele/feriensprachcamps-fuer-kinder-und-jugendliche/
- **Modellprojekt „Mehrsprachig erfolgreich sein“** (Landesverband der VHS Niedersachsen, Niedersächsisches Kultusministerium)
  URL: http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1820&article_id=137424&_psmand=8
- **MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen** (Arbeitsgemeinschaft Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge – amfn e.V.)
  URL: http://www.men-nds.de/
- Migranetz – Netzwerk niedersächsischer Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte (niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung)
  URL: http://www.nline.nibis.de/migranetz/menue/nibis.phtml?menid=44
- Projekt „Interkulturelle Elternmoderatoren zur Berufsorientierung – Elmo“ (Bildungsnetzwerk der niedersächsischen Wirtschaft gGmbH)
  URL: http://www.elternmoderatoren.de/em/content/deutsch
- Spezifische Fördermaßnahmen zur Sprachförderung im Kindergarten – Unterstützung durch zusätzliches Personal (Niedersächsisches Ministerium für Kultus)
  URL: http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=2016&article_id=6149&_psmand=8

© efms 2016

Nordrhein-Westfalen

- **Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe** (AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.)
  URL: http://integration-chancen.de/
- Elternnetzwerk NRW (Elternnetzwerk NRW)
  URL: http://www.elternnetzwerk-nrw.de/
- Griffbereit (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/griffbereit-1
- Herkunftssprachlicher Unterricht (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Unterricht/Lernbereiche-und-Faecher/Herkunftssprachlicher-Unterricht/
- Informationskampagne für Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund in NRW Mein Beruf, meine Zukunft. Mit Ausbildung zum Erfolg (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/informationskampagne-mein-beruf-meine-zukunft-mit-ausbildung-zum-erfolg
- **Integrationsstellen an Schulen** (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL:
  http://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Integration/Schulentwicklung/Personale-Ebene/Integrationsstellen/
- Koala (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/koala-1
- Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/netzwerk-lehrkraefte-mit-zuwanderungsgeschichte-0
- Potenziale NRW (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/potenziale-0
- Rucksack KiTa/Schule (Kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/rucksack-1
- Bildungsberatung (kommunale Integrationszentren NRW)
  URL: http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/bildungsberatung
- **Zukunft durch Ausbildung – Aktionsplan Ausbildung für türkeistämmige Jugendliche** (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: https://www.mais.nrw/aktionsplan-tuerkeistaemmige-jugendliche

Rheinland-Pfalz

- Feriensprachkurse (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur)
  URL: http://migration.bildung-rp.de/feriensprachkurse.html

© efms 2016

- Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch Weiterbildun (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen)
  URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=8607
- **Frühstart** (Hertie-Stiftung)
  URL: http://www.fruehstart-rlp.de/startseite/
- Herkunftssprachlicher Unterricht (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur)
  URL: http://migration.bildung-rp.de/herkunftssprachen-unterricht-hsu.html
- Qualifizierte Hausaufgabenhilfe/Zuweisungen für Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur)
- URL: http://migration.bildung-rp.de/qualifizierte-hausaufgabenhilfe.html
- Vielfalt in der Polizei (Institut zur Förderung von Bildung und Integration)
  URL: http://www.inbi-mainz.de/projekte/vielfalt-in-der-polizei-vip/
- Zuweisungen an Kindergärten: Zuweisungen zu den Kräften zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen)
  Quelle: Rheinland-Pfalz Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen: *Haushaltsplan 2014/2015*. München, S. 78.
  URL: https://fm.rlp.de/fileadmin/fm/PDF-Datei/Finanzen/Landeshaushalt/Haushalt_2014_2015/EP_07.pdf

Saarland

- Erstattung der Kosten für den Schulunterricht und die Hausaufgabenhilfe für Migrantenkinder (Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Saarland)
  Saarländisches Ministerium für Bildung und Kultur: *Haushaltsplan des Saarlandes für das Rechnungsjahr 2015*. Saarbrücken, S. 22.
  URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2011/ Einzelplan_06.pdf
- Förderprogramm „Mama lernt deutsch“, Folgeprogramm „Niedrigschwellige Deutsch-Kurse für Zuwanderer“ (Ministerium für Bildung und Kultur Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/91121.htm
- Förderung der Zweisprachigkeit (Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Saarland)
  Saarländisches Ministerium für Bildung und Kultur: *Haushaltsplan des Saarlandes für das Rechnungsjahr 2015*. Saarbrücken, S. 26.
  URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2011/ Einzelplan_06.pdf
- „Migra-Mentoren“ im Rahmen der Initiative „Ausbildung Jetzt“ (Jobcenter im Regionalverband Saarbrücken, HWK, IHK)
  URL: http://www.saarland.de/SID-4D1232E4-EAB54B4D/454.htm
- Projekt „PaduA – Partizipation durch Ausbildung“ (Zentrum für Bildung und Beruf Saar gGmbH)
  URL: http://www.kosa-net.de/index.php?article_id=213

© efms 2016

- **SIGNAL – Sprachbildung und soziale Integration für Migrantenkinder und Eltern in Kindergarten und Grundschule** (Landesinstitut für Pädagogik und Medien, Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Saarland)
  URL: http://signal-saarland.de/
- **Sofortprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern** (Ministerium für Bildung und Kultur)
  URL: http://www.saarland.de/133072.htm
- Sommerschule für Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund (Ministerium für Bildung und Kultur Saarland, DRK Landesverband Saarland)
  URL: https://lpm.uni-sb.de/typo3/index.php?id=4116

Sachsen

- Betreuungslehrer (Staatsministerium für Kultus)
  URL: http://www.schule.sachsen.de/1752.htm
- Interkulturelles Lernen in der Kindertagesstätte (Arbeit und Leben Sachsen e.V.)
  URL: http://www.arbeitundleben.eu/interkulturelles-lernen-in-der-kindertagesstatte/
- Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Staatsministerium für Kultus)
  Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Kultus: *Haushaltsplan 2015/2016*.
  URL: http://www.mf.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MF/Dokumente/HP_15-16/Einzelplan_07_Kultusministerium.pdf
- Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten (Staatsministerium für Kultus)
  URL: http://www.schule.sachsen.de/2328.htm
- **WillkommensKitas** (Regionalstelle Sachsen der deutschen Kinder- und Jugendstiftung)
  URL: https://www.dkjs.de/themen/alle-programme/willkommenskitas/
- Workshop „Demokratie stark machen“ – mediengestützte Bildungsangebote zur Beförderung interkultureller und demokratischer Kompetenzen (Landesfilmdienst Sachsen e.V.)
  URL: http://www.landesfilmdienst-sachsen.de/Material/demokratiestark/workshop_demokratie_infos.pdf

Sachsen-Anhalt

- **Servicestelle „Interkulturelles Lernen in Kita und Schule“** (Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.lamsa.de/migration/de/7117,,/Themen-und-Projekte/Servicestelle-Interkulturelles-Lernen-i/Projektbeschreibung.html

[803]Thüringen

- Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund/Förderung von Kindern nichtdeutscher Herkunft (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  URL: http://www.thueringen.de/mam/th5/tfm/haushalt/2015/04_bp.pdf

[803] Für Schleswig-Holstein wurden in der Dimension Kultur und öffentliche Präsenz keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

- **Projekt „Transfer und Bildung – Trabi 2020“** (Zentrum für Integration und Migration)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/trabi.htm

8.4.3 Medien

Baden-Württemberg

- Aufbau einer Datenbank zu Sprachkenntnissen und der interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter (SWR)
  Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (2013): *Mitarbeiterbefragung zum Migrationshintergrund*. SWR
- Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (SWR)
  Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (2013): *Mitarbeiterbefragung zum Migrationshintergrund*. SWR
- Gewinnung von Auszubildenden mit MH (SWR)
  Die Bundesregierung(2012): *Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen*. Berlin, S. 318 ff.
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Integrationsbeauftragter (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/swr-integration-und-vielfalt-im-suedwestrundfunk/-/id=233334/did=7541000/nid=233334/x2086o/index.html
- Interne Seminarangebote zu Migration und Medien für Auszubildende (SWR)
  URL: https://heimatkunde.boell.de/2007/08/01/vom-gastarbeiterfunk-die-mitte-des-programms , Abschnitt Aus- und Fortbildung
- Internetplattform SWR international (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/swr-integration-und-vielfalt-im-suedwestrundfunk/-/id=233334/did=7541000/nid=233334/x2086o/index.html
- **Medienforum Migration** (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/medienforum-migration-migration-und-medien/-/id=233334/did=14020332/nid=233334/1rjdt7o/index.html
- **„Medien! Elternmentoren**“ (Medien und Filmgesellschaft Baden-Württemberg, Landesanstalt für Kommunikation, Landesmedienzentrum)
  URL: https://www.kindermedienland-bw.de/de/startseite/das-kindermedienland/presse/pressemitteilung/pid/programm-medien-elternmentoren-wird-fortgefuehrt/
- **News for Refugees** (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/refugees/-/id=16250052/pd8jk2/
- Träger des Netzwerks Integrationsforschung Baden-Württemberg (Netzwerk IF) (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/ein-netzwerk-fuer-die-integrationsforschung/-/id=233334/did=9906768/nid=233334/x0sw5y/index.html

Bayern

- AG zur Charta der Vielfalt (BR)
  Quelle: Information auf Anfrage erhalten

© efms 2016

- Beauftragte/r für Minderheiten (BR)
  Quelle: Information auf Anfrage erhalten
- Förderung der interkulturellen Kompetenz der Programmschaffenden (BR)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Interkulturelles Modul für die Journalistenausbildung (BR)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Interkulturelles Ressort (BR)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Interkulturelle Tagung „Integriert! Und nun? Wege und Irrwege des interkulturellen Zusammenlebens“ (BR)
  URL: http://www.br.de/interkulturell/tagung-interkulturell-sammelseite-100.html
- Internetplattform BR interkulturell (BR)
  URL: http://www.br.de/interkulturell/interkulturell-100.html

Berlin

- **AMIKO – der rbb-Medienpreis für Vielfalt** (RBB)
  URL: https://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/rbb-zielvorgaben-2015-2016.pdf
- Beteiligung am Radiosender Funkhaus Europa (RBB)
  URL: http://www.funkhauseuropa.de/ueberuns/index.html
- Diversity Workshops (RBB)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Integrationsberichte (RBB)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- **„Medienvielfalt anders – Junge Migrantinnen in den Journalismus“** (RBB)
  Quelle: Information auf Anfrage erhalten
- Netzwerk Vielfalt (RBB)
  URL: http://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/zielvorgaben_2013_2014.pdf

Brandenburg

- **AMIKO – der rbb-Medienpreis für Vielfalt** (RBB)
  URL: https://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/rbb-zielvorgaben-2015-2016.pdf

- Beteiligung am Radiosender Funkhaus Europa (RBB)
  URL: http://www.funkhauseuropa.de/ueberuns/index.html
- Diversity Workshops (RBB)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Integrationsberichte (RBB)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- **„Medienvielfalt anders – Junge Migrantinnen in den Journalismus“** (RBB)
  Quelle: Information auf Anfrage erhalten
- Netzwerk Vielfalt (RBB)
  URL: http://www.rbb-onli-ne.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/die_zielvorgaben_des.file.html/zielvorgaben_2013_2014.pdf

Bremen

- Arbeitsgemeinschaft „Interkulturelle Vielfalt“ (Radio Bremen)
  URL: http://www.radiobremen.de/unternehmen/presse/unternehmen/charta100.html
- Beteiligung am Radiosender Funkhaus Europa (Radio Bremen)
  URL: http://www.funkhauseuropa.de/ueberuns/index.html

Hamburg

- Arbeitsgruppe „Charta der Vielfalt“ (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-1.html
- Interkulturelle Seminare (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html
- **Kooperation mit Bildungseinrichtungen zur Akquirierung junger Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html

[804]Mecklenburg-Vorpommern

- Arbeitsgruppe „Charta der Vielfalt“ (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-1.html
- Interkulturelle Seminare (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html
- **Kooperation mit Bildungseinrichtungen zur Akquirierung junger Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html

[804] Für Hessen (Hessischer Rundfunk) wurden in der Dimension Medien keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

© efms 2016

Niedersachsen

- Arbeitsgruppe „Charta der Vielfalt“ (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-1.html
- Interkulturelle Seminare (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html
- **Kooperation mit Bildungseinrichtungen zur Akquirierung junger Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html

Nordrhein-Westfalen

- Ausbildungsmodul „Interkulturelle Kompetenz“ (WDR)
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Beteiligung am Radiosender Funkhaus Europa (WDR)
  URL: http://www.funkhauseuropa.de/ueberuns/index.html
- Diversity-Beirat (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/profil/kulturelle-vielfalt-integration/beirat_integration102.html
- Integrationsbeauftragter – Beauftragter für Integration und kulturelle Vielfalt des WDR (WDR)
  URL:
  http://www1.wdr.de/unternehmen/profil/integration/der_integrationsbeauftragte100.html
- Jährlicher Integrationsbericht des WDR (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/gremien/rundfunkrat/pressemitteilung212.html
- Mitarbeiterbefragung zu kultureller Vielfalt (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/gremien/rundfunkrat/pressemitteilung212.html
- **Newsletter „Integration und kulturelle Vielfalt im WDR“** (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/integration_newsletter100.html
- Partnerschaft „Vielfalt verbindet“ zwischen NRW-Landesregierung und WDR (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/gremien/rundfunkrat/pressemitteilung212.html
- **Themenseite Flüchtlinge in NRW** (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge/fluechtlinge374.html
- **Talentwerkstatt „WDR Grenzenlos“** (WDR)
  URL: http://www1.wdr.de/unternehmen/karriere/talentwerkstatt/wdr-grenzenlos100.html
- Weiterbildungsbaustein „Vielfalt in der Führung“
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile

© efms 2016

Rheinland-Pfalz

- Aufbau einer Datenbank zu den Sprachkenntnissen und der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter (SWR)
  Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (2013): *Mitarbeiterbefragung zum Migrationshintergrund*. SWR
- Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (SWR)
  Bunt und vielsprachig – Diversity im SWR (2013): *Mitarbeiterbefragung zum Migrationshintergrund*. SWR
- Gewinnung von Auszubildenden mit MH (SWR)
  Die Bundesregierung (2012): *Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen*. Berlin, S. 318 ff.
  URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Integrationsbeauftragter (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/swr-integration-und-vielfalt-im-suedwestrundfunk/-/id=233334/did=7541000/nid=233334/x2086o/index.html
- Interne Seminarangebote zu Migration und Medien für Auszubildende (SWR)
  URL: https://heimatkunde.boell.de/2007/08/01/vom-gastarbeiterfunk-die-mitte-des-programms , Abschnitt Aus- und Fortbildung
- Internetplattform SWR international (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/swr-integration-und-vielfalt-im-suedwestrundfunk/-/id=233334/did=7541000/nid=233334/x2086o/index.html
- **Medienforum Migration** (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/medienforum-migration-migration-und-medien/-/id=233334/did=14020332/nid=233334/1rjdt7o/index.html
- **News for Refugees** (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/refugees/-/id=16250052/pd8jk2/
- Träger des Netzwerks Integrationsforschung Baden-Württemberg (Netzwerk IF) (SWR)
  URL: http://www.swr.de/international/ein-netzwerk-fuer-die-integrationsforschung/-/id=233334/did=9906768/nid=233334/x0sw5y/index.html

[805]Schleswig-Holstein

- Arbeitsgruppe „Charta der Vielfalt“ (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-1.html
- Interkulturelle Seminare (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html
- **Kooperation mit Bildungseinrichtungen zur Akquirierung junger Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** (NDR)
  URL: http://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/charta107_page-2.html

[805] Für das Saarland (SR), Sachsen (MDR), Sachsen-Anhalt (MDR) sowie Thüringen (MDR) wurden in der Dimension Medien keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

© efms 2016

8.4.4 Rechtsstatus und Einbürgerung

Baden-Württemberg

- BIQ – Beratung, Information, Qualifizierung (Diakonisches Werk im Ortenaukreis, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Freundeskreis Asyl Karlsruhe, Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten)
  URL: http://biq.fluechtlingsrat-bw.de/
- Einbürgerungskampagne des Landes Baden-Württemberg – MeindeutscherPass (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
  URL: http://www.mein-deutscher-pass.de/startseite.html
- Fonds „Kleinprojekte mit und für Flüchtlinge“ (Diakonisches Werk Württemberg)
  URL: https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/Infos_Fonds_Kleinprojekte_mit_und_f%C3%BCr_Fl%C3%BCchtlinge.pdf
- Flüchtlingshilfe-bw (Staatsministerium Baden-Württemberg)
  URL: http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/start/
- **Förderprogramm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“** (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
  URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Programm+Chancen+gestalten
- Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe“ (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg)
  URL: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderaufrufe/
- **Förderprogramm „Junge Flüchtlinge“** (Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg)
  URL: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Kinder-Jugendliche/ZPJ_Ausschreibung_Modellprojekte_Junge-Fluechtlinge.pdf
- Förderprogramm „Willkommen in Baden-Württemberg! Engagiert für Flüchtlinge und Asylsuchende“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg, Baden-Württemberg Stiftung)
  URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/willkommen-in-baden-wuerttemberg-engagiert-fuer-fluechtlinge-und-asylsuchende/
- Geschäftsstelle der Ombudsstelle in der Flüchtlingsaufnahme (Ministerium für Integration des Landes Baden-Württemberg)
  Quelle: Ministerium für Integration des Landes Baden-Württemberg für Kultus: *Haushaltsplan 2015/2016*.
  URL: http://www.statistik-bw.de/shp/2015-16/
- **IntegrationsOffensive Baden-Württemberg** (Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg)
  URL: http://www.integrationsoffensive.de/

- Initiative „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (deutscher Kinderschutzbund Baden-Württemberg, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt, der Paritätische Baden-Württemberg)
  URL: http://www.migration.paritaet.org/start/artikel/news/broschuere-umf-aufenthalt-fuer-alle-die-situation-unbegleiteter-minderjaehriger-fluechtlinge-in-1/
- Integration von ausländischen und spätausgesiedelten Jugendlichen (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg)
  URL: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Foerderaufrufe/Foerderaufruf_Zukunftsplan-Jugend_au%C3%9Ferschulische-Jugendbildung.pdf
- Interkulturelle Öffnung als Motor für Integration in und durch den Sport (Landessportverband Baden-Württemberg)
  URL: http://www.lsvbw.de/sportwelten/ids/integrationsarbeit-in-fachverbaenden/
- Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge
  Quelle: Information auf Anfrage erhalten
- **Pädagogische Freizeitangebote für Kinder mit Fluchterfahrung** (Stiftung Kinderland Baden-Württemberg, Heidehofe Stiftung)
  URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/stiftung-kinderland-baden-wuerttemberg/paedagogische-freizeitangebote-fuer-kinder-mit-fluchterfahrung/
- Sport mit Flüchtlingen – Schaffung von Teilnahmemöglichkeiten (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, Landessportverband Baden-Württemberg)
  URL: http://www.lsvbw.de/sportwelten/ids/sport-mit-fluechtlingen/
- **Vielfalt gefällt – 60 Orte der Integration** (Baden-Württemberg Stiftung)
  URL:
  http://www.bwstiftung.de/fileadmin/Mediendatenbank_DE/BW_Stiftung/Programme_Dateien/Gesellschaft_u_Kultur/Integration/Vielfalt_gefaellt/Programmflyer_Vielfalt_gefaellt.pdf

Bayern

- Aktionsprogramm „Flüchtlinge werden Freunde!“ (bayerischer Jugendring)
  URL: http://www.fluechtlinge-werden-freunde.de/
- Ehrenamtskoordinatoren/-innen im Asylbereich auf kommunaler- und Landkreisebene (bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration)
  URL: http://www.stmas.bayern.de//presse/pm1507-147.php
- Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber in Bayern (bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration)
  URL:
  http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integration/Sonstiges/konzept-kurse-asylbewerber.pdf?__blob=publicationFile
- Sprache schafft Chancen: Ehrenamtliche Sprachförderung für Asylbewerber (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen)
  URL: http://www.lagfa-bayern.de/projekte-der-lagfa/sprache-schafft-chancen/
- VOR ORT (bayerischer Flüchtlingsrat)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/vor-ort.html

© efms 2016

Berlin

- AKINDA – Netzwerk Einzelvormundschaften (Xenion e.V.)
  URL: http://xenion.org/angebote/akinda/
- Beratungsstelle bei der Berliner Integrationsbeauftragten (Die Beauftragte für Integration und Migration)
  URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/service/beratung/
- **Beratungsstelle „Wohnungen für Flüchtlinge – Beratung und Vermittlung“** (evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk)
  URL: http://www.ejf.de/einrichtungen/migrations-und-fluechtlingsarbeit/fluechtlingsberatung-berlin.html
- Flüchtlingsarbeit (AWO Landesverband Berlin e.V.)
  URL: https://www.awoberlin.de/Fluechtlinge-846106.html
- **Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration** (Partizipations- und Integrationsprogramm) (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen)
  URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektfoerderung/
- Förderung der Vielfalt (Diversity) der Ausländerbehörde Berlin (Ausländerbehörde Berlin)
  URL: www.berlin.de/labo/_assets/zuwanderung/aus-und-fortbildungskonzept.pdf
- Kampagne „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass.“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen)
  URL: http://www.einbuergerung-jetzt.de/
- Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.)
  URL: http://www.kub-berlin.org/
- KoPa – Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.)
  URL: http://tbb-berlin.de/Projekte/kopa
- **Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und –lotsen** (Beauftragte des Senats für Integration und Migration)
  URL: https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslots-innen/
- Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter/-innen und Roma (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.)
  URL: http://www.caritas-berlin.de/beratungundhilfe/berlin/migration/beratung-und-bildung-fuer-roma
- **Modellvorhaben „Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge II“** (Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste)
  URL: http://www.migrationsdienste.org/projekte/abgeschlossene-projekte/fluechtlinge.html
- Netzwerk „Deutschkurse für alle!“ (Netzwerk Deutschkurse für alle)
  URL: http://www.netzwerk-deutschkurse-fuer-alle.de/wer-wir-sind/
- Projekt für „Integration und Partizipation aufgenommener syrischer Flüchtlinge in Berlin“ (KommMit – für Migranten und Flüchtlinge e.V.)
  URL: http://www.bbzberlin.de/kontakt/24-syrien.html

© efms 2016

- Projekt PBF - Beruforientierung für Flüchtlingsfrauen (Kurdistan Kultur und Hilfsverein e.V.)
  URL: https://www.kkh-ev.de/seite/221148/projekt-fl%C3%BCchtlingsfrauen.html
- Servicestelle zur Förderung der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen (SFIP) (Club Dialog e.V.)
  URL: http://www.club-dialog.de/de/servicestelle-zur-foerderung-der-integration-und-partizipation-von-menschen-mit
- **Sofortmaßnahmen Flüchtlinge** (Senat der Stadt Berlin)
  URL: http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2015/meldung.350676.php
- Soziale Beratung von XENION – psychosoziale Hilfe für politisch Verfolgte e.V. (Xenion e.V.)
  URL: http://xenion.org/angebote/soziale%20beratung/
- BoP-Tickets – Partizipation für Flüchtlinge (Macromedia Hochschule Berlin)
  URL: http://www.macromedia-fachhochschule.de/news-details/datum/2015/2//fast-500-tickets-und-ein-fest-wie-macromedia-studierende-fluechtlingen-helfen.html
- Zentrale Betreuung ausländischer Minderjähriger - Maßnahmen für alleinstehende und minderjährige Asylbewerber/innen (Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft)
  Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft: *Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2014/2015.* Berlin, S. 212.
  URL: https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/downloads/artikel.80885.php
- Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (Zentrum Überleben)
  URL: http://www.migrationsdienste.org/

Brandenburg

- Angebote im Bereich der interkulturellen Schulentwicklung/schulischen Eingliederung von fremdsprachigen Kindern (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/projekteprogramme/schulischeeingliederungintegration/tabid/2785/default.aspx
- **Deutschkurse für Flüchtlinge** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg)
  URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.359557.de
- **Fachunterstützung und Supervision für das Personal der Flüchtlingssozialarbeit** (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg – FaZIT)
  URL: http://fazit-brb.de/site/assets/files/1020/jahresbericht_2014.pdf
- Förderung der überregionalen migrationsspezifischen sozialen Beratung für ausländische Flüchtlinge (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg)
  Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: *Haushaltsplan 2015/2016.* Potsdam, S. 120.
  URL: http://www.mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/07_Ministerium-fuer-Arbeit-Soziales-Gesundheit-Frauen-und-Familie_2015-16.pdf

© efms 2016

- Integration junger Flüchtlinge in die Berufsausbildung und Qualifizierung (Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg: *Haushaltsplan 2015/2016*. Potsdam, S. 59.
  URL: http://www.mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/07_Ministerium-fuer-Arbeit-Soziales-Gesundheit-Frauen-und-Familie_2015-16.pdf
- Kita interkulturell 2015 (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/projekteprogramme/kitainterkulturell2015/tabid/2807/default.aspx
- Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg (Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg)
  URL: http://kooperation-für-flüchtlinge-in-brandenburg.de/
- Service-Portal: Asyl in Brandenburg (Landesregierung Brandenburg)
  URL: http://asyl-brandenburg.de/
- Spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.411462.de
- SprInt – Sprach- und Integrationsmittler (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg – FaZIT
  URL: http://static.fazit-brb.de/sprint-brandenburg.html
- Unterstützung der Akteure in der Integrations-/Flüchtlingssozialarbeit durch trägerübergreifende, landesweite Fortbildungsangebote: Fachzirkel (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg – FaZIT)
  URL: http://fazit-brb.de/site/assets/files/1020/jahresbericht_2014.pdf
- Zentrales Einbürgerungsfest (Landtag und Landesregierung Brandenburg)
  URL: http://www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/veranstaltungen_2016/veranstaltungen_2015/zentrales_einbuergerungsfest_des_landes_brandenburg_2015/zentrales_einbuergerungsfest_des_landes_brandenburg_2015/699196?_referer=700348
- Zuwendungen an lokale Initiativen zum Aufbau einer Willkommenskultur (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.432004.de

Bremen

- Beratung für Flüchtlinge und Migranten der Flüchtlingsinitiative Bremen (Flüchtlingsinitiative Bremen)
  URL: http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/
- BremerLeseLust e.V. – Flüchtlingshilfe (Bremer Stadtbibliothek, Bremische Bürgerschaft, Bremer Literaturstiftung, Bürgerstiftung Bremen, Handelskammer Bremen)
  URL: http://www.leselust.bremen.de/index2010.php?nav=3&sub1=0&sub2=0&menu_id=22
- FIT – Migration: Familienorientiertes Integrationstraining (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
  URL: http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.5427.de

- Flüchtlingshilfe/Zuwandererbetreuung des ASB (ASB Bremen)
  URL: http://www.asb-bremen.de/unsere-dienstleistungen/zuwandererbetreuung/
- Fluchtraum Bremen e.V. (Fluchtraum e.V.)
  URL: http://www.fluchtraum-bremen.de/
- **Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil** (Senatskanzlei Bremen)
  URL: http://www.bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2014/fonds-fuer-projekte-zur-teilhabe-von-fluechtlingen-im-stadtteil
- Gemeinsam in Bremen (Behörde der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)
  URL: http://www.gemeinsam-in-bremen.de/
- Maßnahmen zur Integration von NeuzuwanderInnen (Behörde der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)
  Freie Hansestadt Bremen: *Landeshaushalt*. Bremen, S. 296.
  URL: http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen53.c.1692.de
- Maßnahmen der nachholenden Integration (Behörde der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)
  Freie Hansestadt Bremen: *Landeshaushalt*. Bremen, S. 296.
  URL: http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen53.c.1692.de
- PafüM – Patenschaften für Migranten (AWO Landesverband Bremen e.V.)
  URL: http://www.awo-bremen.de/sites/default/files/Brosch%C3%BCre_Migration_2012-10.pdf
- Projekt „Zukunftschance Ausbildung“ – berufliche Perspektive für Flüchtlinge (Senatorin für Finanzen, Handerwerkskammer und Handelskammer Bremen)
  URL: http://senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.165323.de&asl=bremen02.c.732.de
- **Projektförderung von Migrantenselbsthilfeorganisationen und interkultureller Integrationsprojekte** (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
  URL: http://www.soziales.bremen.de/soziales/zuwanderungsangelegenheiten/projektfoerderung_von_migrantenselbsthilfeorganisationen_und_interkultureller_integrationsprojekte-2978
- Rechtshilfefonds für Flüchtlinge der bremischen evangelischen Kirche (Zuflucht – ökumenische Ausländerarbeit e.V.)
  URL: http://www.zuflucht-bremen.de/?page_id=30
- Sozialfonds für Flüchtlinge (Zuflucht – ökumenische Ausländerarbeit e.V.)
  URL: http://www.zuflucht-bremen.de/?page_id=28
- Sprachpartnerschaften – Ehrenamtliche helfen jungen Migrantinnen und Migranten (Caritasverband für das Dekanat Bremen-Nord e.V.)
  URL: http://www.caritas-bremen-nord.de/02c_jugendmig.html
- Sprinter – Sprach- und Integrationsmittler (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
  URL: http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=148790

© efms 2016

Hamburg

- Amnesty for Women (Amnesty for Women)
  URL: http://www.amnestyforwomen.de/
- Chancen am FLUCHTort Hamburg (passage - gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration)
  URL: http://www.passage-hamburg.de/betriebe/miz/chancen-fluchtort.html
- Clearingstelle für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge/Clearingstelle zur Betreuung von Kindern ohne Aufenthaltsstatus (Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH)
  URL: http://www.fz-hh.de/de/projekte/clearingstelle.php
- Deutschkurse für Flüchtlinge (Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH)
  URL: http://www.fz-hh.de/de/projekte/deutschkurse.php#
- **Einbürgerungskampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause."** Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg)
  URL: http://einbuergerung.hamburg.de/
- Fluchtort Hamburg Plus (passage - gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration)
  URL: http://www.fluchtort-hamburg.de/
- Fluchtpunkt (Evangelisch-lutherischen Kirche Nordelbien)
  URL: http://www.fluchtpunkt-hh.de/scroll/aktuelles_neuigkeiten.php
- **Hamburger Orientierungsprogramm: Perspektiven im Einwanderungsland – HO:PE** (Flüchtlingszentrum)
  URL: http://www.fz-hh.de/de/projekte/HOPE.php
- Kursportal „Integrationskurse für Zuwanderer in Hamburg" (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg)
  URL: http://hamburg.kursportal.info/search?q=integrationskurs
- Rechtsberatung für Flüchtlinge (Caritasverband für Hamburg e.V.)
  URL: http://www.caritas-hamburg.de/91759.html
- **Sprache im Alltag** (Ehrenamtsprojekt) (Sprachbrücke Hamburg e.V.)
  URL: http://www.sprachbruecke-hamburg.de/#
- Vernetzung Flucht Migration Hamburg (passage - gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration)
  URL: http://www.vernetzung-migration-hamburg.de/
- Welcome Center (Hansestadt Hamburg)
  URL: http://welcome.hamburg.de/
- W.I.R. – work and integration for refugees (Flüchtlingszentrum Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/fluechtlinge/4626458/work-and-integration-for-refugees/
- Willkommens- und Anerkennungslotsen (Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten-
  URL: http://www.asm-hh.de/projekte/index_anerkennungslotsen.htm

© efms 2016

Hessen

- Beratung in Rechtsfragen/Flüchtlingssozialarbeit der Diakonie Hessen (Diakonie Hessen)
  URL: http://www.diakonie-hessen.de/ueber-uns/arbeitsfelder/flucht-interkulturelle-arbeit-migration/beratung-in-rechtsfragen.html
- **Modellprojekte zur Willkommenskultur** (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  URL: http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/~bwo/Foerderprogramm_WIR/
- Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Integrationslotsinnen und –lotsen (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  URL:
  http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/Foerderprogramm_WIR/~bwr/Integrationslotsen_/
- Sprachförderung (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  URL: http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/Handlungsfelder_und_Projekte/~bku/Sprachfoerderung/
- Welcome Center – Work in Hessen (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit)
  URL: http://www.work-in-hessen.de/dynasite.cfm?dsmid=17829
- Willkommenskultur für Flüchtlinge – EKHN Flüchtlingsfonds unterstützt Gemeinden, Dekanate und diakonische Einrichtungen (Diakonie Hessen)
  URL: http://www.ekhn.de/service/angebote/diakonie-und-unterstuetzung/hilfe-fuer-fluechtlinge.html

Mecklenburg-Vorpommern

- Human Places II – Faire Zugangschancen für Flüchtlinge durch qualifizierte Beratung und Begleitung sowie Sensibilisierung der Bevölkerung (Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-mv.de/projekte/abgeschlossene-projekte/human-places/

Niedersachsen

- **AMBA – Aufnahmemanagement und Beratung von Asylsuchenden in Niedersachsen** (Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Caritas, Diakonie, IBIS e.V., kargah e.V., vnb e.V.)
  URL: http://www.nds-fluerat.org/projekte/netzwerkprojekt-amba/
- **Pilotprojekt zur Willkommenskultur in Ausländerbehörden** (Institut für sozialpädagogische Forschung)
  URL: http://www.ms.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/berichte_und_projekte/cornelia-rundt-wir-werden-zugewanderte-kuenftig-mit-mehr-freundlichkeitund-besserem-service-empfangen--123614.html
- Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Integrationslotsen (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration)
  URL:
  http://www.ms.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=26524&article_id=131276&_psmand=17

© efms 2016

- **Zuwendungen zur Förderung der Integrationsberatung von Menschen mit Migrationshintergrund** (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration)
  URL:
  http://www.soziales.niedersachsen.de/soziales_gesundheit/integration_migration/intgrationsberatung/106703.html
- **Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe** (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration)
  URL: http://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/soziales_gesundheit/ migration_und_teilhabe/koordinierungsstellen_migration_und_teilhabe/koordinierungsstellen-fuer-migration-und-teilhabe-125282.html

Nordrhein-Westfalen

- **Aktionsbüro Einbürgerung** (ABE) (IFAK e.V.)
  URL: http://einbuergern.de/de/#
- Förderkonzeption „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“ (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe/Konzept-Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe-2015-02-03-_3_.pdf
- Förderung Interkultureller Zentren (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Interkulturelle_Zentren/index.php
- Förderung niedrigschwelliger Integrationsvorhaben (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Interkulturelle_Zentren/index.php
- Flüchtlingshilfe NRW (Landesregierung NRW)
  URL: https://www.land.nrw/de/fluechtlingshilfe
- Einbürgerungskampagne „Ja, ich will. Einbürgerung jetzt.“ (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: https://www.mais.nrw/einbuergerung
- **Landesprogramm „Integrationsagenturen“** (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: https://www.mais.nrw/integrationsagenturen
- **Landesprogramm „Soziale Beratung von Flüchtlingen“** (Bezirksregierung Arnsberg)
  URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/ inhaltsverzeichnis.html?get=a99f63c3b64a492c4f09e2d5d37bd371;views;document&doc=11026
- Pilotprogramm Integrationslotsen (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Pilotprogramm-Integrationslotsen/index.php
- „spin – sport interkulturell“ (Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.)
  URL: https://www.lsb-nrw.de/medien/news/presse-center/artikel/news/integrationsprojekt-spin-sport-interkulturell/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]= detail&cHash=fd3b3c455300ecd058037902e321e629

- **„Zusammenkommen und verstehen“ – Soforthilfe zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen** (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.lum.nrw.de/Foerderprogramme/Soforthilfe-_Zusammenkommen-und-Verstehen_/Aufruf-Zusammenkommen-und-Verstehen-akt1.pdf

Rheinland-Pfalz

- Einbürgerungskampagne „Ja zur Einbürgerung“ (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz)
  URL: http://einbuergerung.rlp.de/de/startseite/
- Koordinierungsstelle „Ehrenamtliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz im Flüchtlingsbereich“ (Pfarramt für Ausländerarbeit in Bad Kreuznach)
  URL: http://www.aktiv-fuer-fluechtlinge-rlp.de/ehrenamt.html
- Koordinierungsstelle Sprach- und Orientierungskurse für Flüchtlinge des Landes Rheinland-Pfalz (katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz)
  URL: http://www.koordinierungsstelle.com/
- **Pilotprojekt „virtueller Dolmetscherpool“** (Hochschule Karlsruhe)
  URL: https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/virtueller-dolmetscherpool/
- Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen Trier und Ingelheim/Flüchtlingsarbeit der Diakonie in Rheinland-Pfalz (Diakonisches Werk der evangelischen Kirchenkreise Trier und Simmern-Trarbach gGmbH)
  URL: http://ekkt.ekir.de/trier/index.php?id=2472
- „WIR – Willkommen in Rheinland-Pfalz“ (katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz)
  URL: http://willkommen-in-rheinland-pfalz.jimdo.com/

Saarland

- **Arbeitsgruppe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen** (saarländisches Ministerium für Inneres und Sport)
  URL: http://www.saarland.de/6767_120399.htm
- BASiS-Begleitung Asylbewerbern und Asylbewerberinnen als Starthilfe im Saarland („Asylbegleiter“) (DRK Landesverband Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_integration/Flyer_Basis_2014_bearb.pdf
- Förderprogramm „Mama lernt deutsch“ jetzt als „Niedrigschwellige Deutsch-Kurse für Zuwanderer“ (Verband der VHS Saarland, katholische Erwachsenenbildung, Landesarbeitsgemeinschaft Saar)
  URL: http://www.saarland.de/91121.htm
- Integrationslotsin (DRK Landesverband Saarland)
  URL: http://lv-saarland.drk.de/angebote/migration-und-suchdienst/migration-und-integration/il.html
- Integrations- und Migrationslotsen (Caritas)
  URL: http://www.saarland.de/123180.htm

© efms 2016

- Koordinierungsstelle Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlands)
  URL: http://www.saarland.de/integration.htm
- Online-Portal „Das Saarland hilft“ (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlands)
  URL: https://www.das-saarland-hilft.de/
- Projekt „Soziale Beratung von Asylbewerber/innen und Aufbau und Betreuung einer Begegnungsstätte in der Landesaufnahmestelle“ (DRK Landesverband Saarland)
  URL: http://lv-saarland.drk.de/aktuelles/newsdetails/archiv/2014/november/25/ meldung/524-25112014-drk-erfuellt-humanitaeren-auftrag-in-lebach.html
- Projektstelle „Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“ (Diakonisches Werk an der Saar)
  URL: http://diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=7621
- Psychosoziale Orientierung, realistische Einschätzung der Lebensperspektiven, therapeutische Kurzinterventionen, Unterstützung und Stabilisierung in der Aufnahmesituation (PORTUS) (DRK Landesverband Saarland e.V.)
  URL: http://lv-saarland.drk.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Migration/Jahresr%C3%BCckblick_2012_Endversion.pdf
- Richtlinie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten zur Unterstützung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den saarländischen Gemeinden sowie zur interkulturellen Öffnung für das Jahr 2015 (Land Saarland)
  URL: http://www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_637.pdf
- Sieben-Punkte-Plan für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen/Aktionsprogramm „Zuwanderung“ (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/134654.htm
- Sofortprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern an saarländischen Schulen (Ministerium für Bildung und Kultur Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/133072.htm
- Willkommensportal (Land Saarland)
  URL: http://willkommen.saarland/

Sachsen

- AKZESS – Ausländische FachKräfte – Zuwanderung effizient und sensibel steuern (Staatsministerium des Innern)
  URL: http://www.zuwanderung.sachsen.de/akzess/
- Einbürgerungsfest (der sächsische Staatsminister des Innern und der sächsisches Ausländerbeauftragte)
  URL: http://sab.landtag.sachsen.de/de/aktuelles-presse/veranstaltungen/14658.cshtml
- „**Heim-TÜV“ zur menschwürdigen Unterbringung von Asylsuchenden** (sächsischer Ausländerbeauftragte)
  URL: https://sab.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/Handreichung_HEIM-TUEV_A4_16052013.pdf

- Projekt „Förderung der Integration von Flüchtlingen durch Sport“ (Landessportbund Sachsen)
  URL: https://www.sport-fuer-sachsen.de/foerderung_der_integration_von_fluechtlingen_durch_sport.html
- **Richtlinie Soziale Betreuung Flüchtlinge** (Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz)
  URL: http://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/197088?page=11
- Serviceportal: Willkommen in Sachsen! (sächsische Staatskanzlei)
  URL: http://www.willkommen.sachsen.de/
- Sprachkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber (Staatsministerium für Kultus)
  Staatsministerium für Kultus. Haushaltsplan 2015/2016, S. 69.
  URL: http://www.finanzen.sachsen.de/download/HHP_15_16_Einzelplan_05.pdf
- WillkommensKitas (Regionalstelle Sachsen der deutschen Kinder- und Jugendstiftung)
  URL: https://www.dkjs.de/themen/alle-programme/willkommenskitas/

Sachsen-Anhalt

- Arbeitsgemeinschaft „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ (Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.djo-sachsen-anhalt.de/index.php/integrationsarbeit-in-der-djo-sachsen-anhalt/arbeitsgemeinschaft-%E2%80%9Ekinder-und-jugendliche-mit-migrationshintergrund%E2%80%9C.html
- Asylverfahrensberatungsstelle (Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.)
  URL: http://www.caritas-magdeburg.de/67245.html
- Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Sachsen-Anhalt (Caritas-Trägergesellschaft St. Mauritius gGmbH)
  URL: http://www.caritas.de/adressen/clearingstelle-f.-unbegleitete-minderjaehrige-flue/kinder-und-jugendhilfeeinrichtung/39112-magdeburg/107002
- Einbürgerungsfest: „Einbürgerungsfest, lebendig, vielfältig, sei dabei!“ (Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen Anhalt)
  URL: http://www.einbuergerung.sachsen-anhalt.de/die-kampagne/aktuelles/
- Einbürgerungslotsen (Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen)
  URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6899,,/index.html
- Engagementfonds „Willkommenskultur“ des Landes Sachsen-Anhalt (Land Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.lagfa-lsa.de/projekte/engagiert-fuer-demokratie/fortbildungsprogramm-in-vereinen.html?id=195:engagementfonds-fuer-willkommenskultur-wird-ausgereicht
- Integrationsportal Sachsen-Anhalt (Land Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/
- Interkulturelle Brückenbauer (Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6901,,/Themen-und-Projekte/Interkulturelle-Brueckenbauer/Projektbeschreibung.html

© efms 2016

- **Koordinierungsstellen für die kommunale Integrationsarbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten** (Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/netzwerke/koordinierungsstellen/
- Landesweite Koordinierungsstelle „engagierte Nachbarschaft – Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt“ (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen)
  URL: http://lagfa-lsa.de/projekte/engagiert-fuer-demokratie/netzwerkstelle-willkommenskultur.html
- Projektwerkstatt für Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/netzwerke/migrantenorganisationen/
- **Projekt zur Erstorientierung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt** (Ministerium für Inneres und Sport)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/Projekt_Erstorientierung_ZASt_Internet.pdf
- Rechte und Angebote für Flüchtlinge stärken (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-lsa.de/category/ueber-uns/wer-wir-sindwho-we-arequi-sommes-nous/eff/
- **Respekt für Religion – Gemeinsam für kulturelle und religiöse Vielfalt in Sachsen-Anhalt** (katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V.)
  URL: http://keb-sachsen-anhalt.de/kebprojekte/respekt-fuer-religion/
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen (Integrationslotsen-Richtlinie) (Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
  URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html%3Fget%3Da99f63c3b64a492c4f09e2d5d37bd371%3Bviews%3Bdocument%26doc%3D11828%26typ%3DRL?get=a99f63c3b64a492c4f09e2d5d37bd371;views;document&doc=12813
- **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Flüchtlingshilfe sowie zur interkulturellen Offnung** (Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/service/foerderung/
- **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der Willkommenskultur sowie zur Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung in Bezug auf die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen** (Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/service/foerderung/
- Vormundschaften für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (refugium e.V.)
  URL: http://www.refugium-ev.de/
- Welcome Center Sachsen-Anhalt (FörderService GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.welcomecenter-sachsen-anhalt.de/home.html

- Willkommen sein in Sachsen-Anhalt. Berufliche Kompetenzen erkennen und nutzen (Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.presse.sachsen-anhalt.de/index.php?cmd=get&id=873240&identifier=00ffe00ce773d5994664204198fc0339
- Zuschüsse für die „Förderung lokaler Willkommenskultur für Flüchtlinge und Neuzuwandernde“ (Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt)
  Ministerium für Arbeit und Soziales. Nachtrag zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015/2016, S. 11.
  URL: http://www.mf.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MF/Dokumente/NHH_1516/Einzelplan_05_Ministerium_fuer_Arbeit_und_Soziales_des_Landes_Sachsen-Anhalt.pdf

Schleswig-Holstein

- Aktive Teilhabe in Schleswig-Holstein (ATSH) (Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.)
  URL: http://www.tgsh.de/index.php?page=projects&lang=de&id=0000000028
- **AWO Teilhabeprojekt** (AWO Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.schleswig-flensburg.de/media/custom/2120_187_1.PDF?1383648299
- Etablierung einer Willkommenskultur in Kommunen (Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein)
  Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein: *Landeshaushaltsplan Schleswig-Holstein. Haushaltsjahr 2015.* Kiel, S. 58.
  URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haushalt_landeshaushalt/Downloads/HH2015/epl04.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Frische Brise (lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.)
  URL: http://www.lifeline-frsh.de/357/projekt-frische-brise-2016
- „Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein!“ und „Mehr Land in Sicht“ – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein!“ (Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig Holstein, Flüchtlingsrat Schleswig Holstein)
  URL: http://www.landinsicht-sh.de/
- Projekt „klarSchiff“ – Klären Unterstützen Beistehen Fördern (lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.)
  URL: http://www.lifeline-frsh.de/content/53/53/vergangene-projekte/projekt-klarschiff-2011-2014
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen (Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
  URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/integration/downloads/riliKoordinierungsstellen.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- Sport für alle – mit Flüchtlingen (Landessportverband Schleswig-Holstein e.V.)
  URL: https://www.lsv-sh.de/index.php?id=780

© efms 2016

- **Sprachförderungs- und Integrationsvertrag** (Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände)
  URL: http://www.lag-sh.de/sprachf%C3%B6rderungs-und-integrationsvertrag-schleswig-holstein/

Thüringen

- BLEIBdran (IBS – Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement)
  URL: http://www.ibs-thueringen.de/projekte/ivaf-netzwerk-bleibdran/
- CoRa: contra Rassismus – pro Migration und Asyl) (DGB Thüringen e.V., Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-thr.de/projekte/cora
- Dolmetscherbörse (Zentrum für Integration und Migration)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/boerse_dolmetscher.htm
- Fachdienst für Integration Thüringen (Internationale Bund e.V.)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/fd_th.htm
- Integrationsbegleiterbörse (Zentrum für Integration und Migration)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/zentrum/content/ehrenamt.htm
- Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in Sportvereinen (Landessportbund Thüringen)
  URL: http://www.thueringen.de/th2/tmbjs/aktuell/medienservice/mi/86201/
- Qualifizierung in der Flüchtlingsarbeit mit Schwerpunkt Flüchtlinge in den Kommunen (DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-thr.de/node/168
- SprIntpool Thüringen – Vermittlungsservice für Sprach- und Integrationsmittler in Thüringen (IBS gGmbH)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/netzwerk/akteur/ibs-sprint.htm
- Thüringer Initiative Willkommenskultur (Thüringer Initiative Willkommenskultur)
  URL: http://www.thueringer-initiative-willkommenskultur.de/
- Welcome Center Thuringia (Thüringer Agentur Für Fachkräftegewinnung ThaFF)
  URL: http://www.thaff-thueringen.de/
- Wer wenn nicht wir? – Qualifizierung, Beratung und Information in der Willkommensarbeit für Flüchtlinge (Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-thr.de/node/195

© efms 2016

8.4.5 politische Repräsentanz[806]

Baden-Württemberg

- Teamwork gefragt! Beteiligung von Personen aus anderen Kulturen in der Gemeinde (Allianz für Beteiligung e.V.)
  URL: http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/teamwork-gefragt/

Bayern

- Empowerment & Partizipation – Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen in Bayern (AGABY – Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns)
  URL: http://www.agaby.de/Empowerment-Partizipation.547.0.html
- **Kommunale Integrationslandschaften: Modell partizipativer Strukturen in Bayern** (AGABY – Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns)
  URL: http://www.agaby.de/Integrations-landschaften.762.0.html

Brandenburg

- Empowerment und Partizipation für Drittstaatenangehörige II (RAA Brandenburg
  URL: http://www.raa-brandenburg.de/ProjekteProgramme/EmPaII/tabid/2441/Default.aspx

Niedersachsen

- Ehrenamtliche Integrationsbeiräte (Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung
  URL: http://lotto-sport-stiftung.de/projektbeispiele/ehrenamtliche-integrationsbeiraete/

Nordrhein-Westfalen

- Qualifizierungsreihe „Die Politik in unserer Stadt mitgestalten“ (Landeszentrale für politische Bildung, Landesintegrationsrat NRW, Landesverband der VHS NRW)
  URL: https://www.mais.nrw/pressemitteilung/schulungsreihe-zur-staerkung-der-politischen-teilhabe-von-zugewanderten-geht-den

Rheinland-Pfalz

- **Vielfalt und Kompetenz vor Ort - Politische Partizipation von Migrant_innen erfolgreich gestalten** (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz)
  URL: http://www.agarp.de/html/documents/BAMF_Handreichung_Projektdarstellung.pdf
- Wege in eine demokratische Vielfalt – Qualifizierung und Empowerment für Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz)
  URL: http://agarp.de/html/documents/agarp_Demokratische-Vielfalt_Einbruchfalz_V10.pdf

[806] Für Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen wurden in der Dimension politische Repräsentanz keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

© efms 2016

Sachsen

- Projekt „Zusammen sind wir stärker!“ (Landesverband Integrationsnetzwerk Sachsen e.V.)
  URL: http://ins-verband.de/archiv-2013/projekt-zusammen-sind-wir-staerker-2012-2015

Schleswig-Holstein

- AWO Teilhabeprojekt (AWO Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.schleswig-flensburg.de/media/custom/2120_187_1.PDF?1383648299
- Servicestelle für Partizipationsgremien in Schleswig-Holstein (AWO Schleswig-Holstein)
  URL: http://www.awo-sh.de/de/item/3360-servicestelle-fuer-die-partizipationsgremien-in-schleswig-holstein.html

8.4.6 Wohlfahrt und Gesundheit

Baden-Württemberg

- Fachstellen für Interkulturelle Orientierung (Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V.)
  URL: http://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/Ber_Liste_ Beratungs-stellen_Migranten_Maerz2015.pdf
- Gesundheitsfonds für Flüchtlinge ohne legalen Aufenthaltsstatus (DRK Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.)
  URL: http://drk-baden.de/angebote/hilfen-in-der-not/gesundheitsfonds/
- **Islamische Krankenhausseelsorge** (Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e.V.)
  URL: http://www.mannheimer-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id=148%3Aislamische-seelsorge-sued-bw&catid=1%3Aaktuelle-nachrichten&Itemid=53

Bayern

- „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Bayern“ (MiMi Bayern) (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=36

Berlin

- Afrikaherz (VIA Verband für interkulturelle Arbeit – Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.via-in-berlin.de/projekte/projekt-afrikaherz/
- Arbeitskreis Migration und Gesundheit (Gesundheit Berlin-Brandenburg, Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit Friedrichshain-Kreuzberg)
  URL: http://www.gesundheitbb.de/Migration-und-Gesundheit.1355.0.html
- Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge – Ermittlung und Feststellung (Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste)
  URL: http://www.migrationsdienste.org/projekte/abgeschlossene-projekte/bns2.html

- **Fachstelle Migration und Behinderung** (AWO Landesverband Berlin e.V.)
  URL: https://www.awoberlin.de/Fachstelle-Migration-und-Behinderung-867182.html
- Gemeindedolmetscherdienst Berlin (Gesundheit Berlin-Brandenburg)
  URL: http://www.gemeindedolmetschdienst-berlin.de/
- Interkulturelle Suchthilfe (ADV-NOKTA gGmbH)
  URL: http://www.nokta-suchthilfe.de/index.php?id=angebot
- **Kompetenz Zentrum Interkulturelle Offnung der Altenhilfe** (AWO Friedrichshain-Kreuzberg e.V., Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.)
  URL: http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/start/willkommen/
- Malteser Migranten Medizin Berlin (Malteser Hilfsdienst e.V.)
  URL: http://www.malteser-migranten-medizin.de/startseite.html
- Medibüro – Vermittlung anonymer und kostenloser medizinischer Behandlung unabhängig vom Aufenthaltsstatus (Flüchtlingsrat Berlin)
  URL: http://www.medibuero.de/
- MINA – Leben in Vielfalt e.V. (MINA.-Leben in Vielfalt e.V.)
  URL: http://mina-berlin.eu/
- Netzwerkstelle HIV AIDS und Migration (VIA Verband für interkulturelle Arbeit – Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.via-in-berlin.de/projekte/netzwerkstelle-hiv-und-migration/
- Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales)
  URL: http://www.parlament-berlin.de/ados/17/Haupt/vorgang/h17-1059.A-v.pdf
- **Organisations- und Qualitätsentwicklung zur interkulturellen Offnung sozialer Dienste und Einrichtungen Berlins** (Diakonie Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz)
  URL: http://www.diakonie-portal.de/arbeitsbereiche/existenzsicherung-integration/projekte/organisations-und-qualitaetsentwicklung-zur
- Projekt Gesundheitstage (Akarsu e.V.)
  URL: https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/praxisdatenbank/recherche/akarsu/
- Sifahane – Beratung für Gesundheit und Migration (AWO Berlin Kreisverband Südost)
  URL: http://www.awo-südost.de/sifahane
- Veranstaltungen zum Thema Migrantinnen und Gesundheit (Feministisches Frauen Gesundheitszentrum Berlin e.V.)
  URL: https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/praxisdatenbank/migrantinnen-und-gesundheit/

Brandenburg

- Anstoß III – Schulung von muttersprachlichen MultiplikatorInnen in der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe (FaZIT)
  URL: http://fazit-brb.de/site/assets/files/1020/jahresbericht_2014.pdf

© efms 2016

- Gesundheitskarawane – Muttersprachliche Informationen zur Gesundheitsvorsorge (FaZIT)
  URL: http://fazit-brb.de/site/assets/files/1020/jahresbericht_2014.pdf
- Sprach- und Kulturmittlung beim Arzt- und Krankenhausbesuch (SprInt – Sprach- und Integrationsmittler) (FaZIT)
  URL: http://fazit-brb.de/projekte/abgeschlossene-projekte/sprint-brandenburg/

Bremen

- Dolmetscherdienst für Migranten (Gesundheitsamt Bremen)
  URL: http://www.gesundheitsamt.bremen.de/detail.php?gsid=bremen125.c.14771.de
- **Gesundheitsprogramm für Flüchtlinge – „Bremer Modell“** (Gesundheitsamt Bremen)
  URL:
  http://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen125.c.1933.de
- Humanitäre Sprechstunde (Gesundheitsamt Bremen, Verein für innere Mission in Bremen)
  URL:
  http://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen125.c.3655.de
- **Interkulturelles Gesundheitsnetzwerk Bremen** (Gesundheitsamt Bremen)
  URL: http://www.ignbremen.de/index.php
- **Köprü – Kontaktstelle für ältere Migrantinnen und Migranten in Bremen** (Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.)
  URL: http://www.zis-tdi.de/de-kopru.php

Hamburg

- Clearingstelle zur medizinischen Versorgung von Ausländern (Flüchtlingszentrum Hamburg)
  URL: http://www.fz-hh.de/de/projekte/clearingstelle_mv.php
- Flüchtlingsseelsorge des Caritasverbands Hamburg e.V. (Caritasverband für Hamburg e.V.)
  URL: http://www.caritas-hamburg.de/91448.html
- „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Hamburg“ (MiMi) (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.mimi-hamburg.de/mimi-hamburg.html
- Modellprojekt „Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung für Migranten in Hamburg“ (AOK Rheinland/Hamburg, Der Paritätische Hamburg)
  URL: http://www.dag-shg.de/data/Dokumentationen/2010/DAGSHG-Jahrestagung-10-AG2-Klukon.pdf

Hessen

- **MigrantInnen – barrierefrei zur Integration** (Paritätisches Bildungswerk Bundesverband)
  URL: http://www.barrierefrei-zur-integration.de/
- „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Hessen“ (MiMi) (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.barrierefrei-zur-integration.de/

- Rheuma-Projekt „Bewegungsprogramm/Funktionstraining zur Behandlung rheumatischer Erkrankungen speziell für Migranten“ (Rheuma-Liga Hessen e.V., Türkisch Deutsche Gesundheitsstiftung e.V.)
  URL: http://www.tdgstiftung.de/projekte/gesundheitsprojekte/19-rheuma.html

[807]**Niedersachsen**

- Interkulturelle Schulungen im Gesundheitswesen und Veranstaltungen zur interkulturellen Öffnung von Gesundheitseinrichtungen (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen)
  URL: http://www.gesundheit-nds.de/index.php/arbeitsschwerpunkte-lvg/migration-und-gesundheit/217-interkulturelle-oeffnung
- Internetportal „Gesundheit für Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen“ (GeMiNie) (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen)
  URL: http://mige.ix-tech.de/index.php?id=239
- MAP Migranten AIDS Projekt (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=32&Itemid=29
- Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Niedersachsen – MiMi (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=33&Itemid=34
- Newsletter „Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen“ (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen)
  URL: http://www.gesundheit-nds.de/index.php/medien/newsletter

Nordrhein-Westfalen

- **Demenz-Servicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte** (AWO Bezirk westliches Westfalen/Unterbezirk Gelsenkirchen-Bottrop)
  URL: http://www.demenz-service-migration.de/
- Integrationsprojekt für Ärztinnen und Ärzte in NRW (Otto Benecke Stiftung e.V.)
  URL: http://www.obs-ev.de/fileadmin/user_upload/AErzteprojekt_NRW/PDF/Flyer_AErzteprojekt_NRW.pdf
- Modellprojekt „Gesundheitsselbsthilfe NRW und Migration“ (Der Paritätische, Kreisgruppe Essen)
  URL: http://www.sozialeprojekte.de/content/e334/e891/

Rheinland-Pfalz

- Interkulturelle Schulungen der AWO Rheinland (AWO Bezirksverband Rheinland e.V.)
  URL: http://www.awo-rheinland.de/fileadmin/user_upload/pdf/Interkulturelle_Schulungen.pdf

[807] Für Mecklenburg-Vorpommern wurden in der Dimension Wohlfahrt und Gesundheit keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

© efms 2016

- **Pilotprojekt „Gesundheitswesen stärken durch Vielfalt der Fachkräfte“** (Arbeit & Leben gGmbH, Institut zur Förderung von Bildung und Integration)
  URL: http://vorsprungvielfalt.net/category/gevi/

Saarland

- Internetportal Migration und Gesundheit im Saarland (MiGeSaar) (Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland)
  URL: https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/praxisdatenbank/recherche/internetportal-migration-und-gesundheit-migesaar/
- Psychosoziale Orientierung, Realistische Einschätzung der Lebensperspektiven, Therapeutische Kurzinterventionen, Unterstützung und Stabilisierung in der Aufnahmesituation (PORTUS) (DRK Landesverband Saarland e.V)
  URL: http://lv-saarland.drk.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Migration/Jahresr%C3%BCckblick_2012_Endversion.pdf

[808]Schleswig-Holstein

- Arbeitskreis Migration und Gesundheit (Ärztekammer Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.aeksh.de/ueber-uns/hauptamt/arbeitskreis-migration-und-gesundheit
- EFF – Kooperationsprojekt zur psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen in Schleswig-Holstsein (Paritätischer Schleswig-Holstein, Zentrum für integrative Psychiatrie)
  URL:
  http://www.frsh.de/uploads/media/Flyer_Traumaprojekt_Prarit%C3%A4tSH_2014.pdf
- Kooperationsprojekt Interkulturelle Öffnung: „Öffnung der psychosozialen und psychologischen Regelversorgung für MigrantInnen in Schleswig-Holstein“ (Paritätischer Schleswig-Holstein, Brücke Schleswig Holstein)
  URL: https://www.bruecke-sh.de/beitrag/anhang/Arbeitshilfe_Projekt.pdf
- „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheitslotsen in Schleswig-Holstein“ (MiMi) (Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.)
  URL: http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=42&Itemid=42
- Selbsthilfe – neue Wege zwischen Gesundheit und Migration (AOK-Nordwest)
  URL: https://nordwest.aok.de/inhalt/neues-selbsthilfeprojekt-in-schleswig-holstein-will-1/

Thüringen

- Krankenhilfe für ausländische Flüchtlinge (Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz)

  Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: *Landeshaushaltsplan 2015.* Erfurt, S. 35.
  URL: http://www.thueringen.de/mam/th5/tfm/haushalt/2015/05_bp.pdf

[808] Für Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden in der Dimension Wohlfahrt und Gesundheit keine Maßnahmen identifiziert, die den Kriterien der Studie entsprechen.

8.4.7 Erwerbsleben

Baden-Württemberg

- **Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen** (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
  URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Programm+Chancen+gestalten
- **E-Learning-Kurs zur interkulturellen Kompetenz** (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)
  URL: http://www.elearning-politik.de/start_elearning.html
- Informations/-Online-Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
  URL: http://www.vielfalt-macht-karriere.de/home.html
- **Interkulturelle Kompetenzen – Qualifizierung für die Landesverwaltung** (Ministerium für Integration Baden-Württemberg)
  URL: http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Teilhabe/Landesverwaltung
- Kulturen integrieren – Initiative zur interkulturellen Öffnung baden-württembergischer Kommunen (VHS Verband Baden-Württemberg e.V.)
  URL: https://www.vhs-bw.de/interkulturelle-trainings/index.html
- Social-Media-Kampagne „Frag Dimitri“ (Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg)
  URL: http://www.frag-dimitri.de/

Bayern

- **Initiative „Work in Bavaria“** (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie)
  URL: http://www.work-in-bavaria.de/ueber-die-initiative/
- **Richtlinie Aktivierung und Grundqualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen mit Migrationshintergrund** (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration)
  URL: http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=12534

Berlin

- Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen e.V. (Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V.)
  URL: https://www.kkh-ev.de/seite/221148/projekt-fl%C3%BCchtlingsfrauen.html
- BQN – Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin (BQN Berlin e.V.)
  URL: http://www.bqn-berlin.de/
- Diversity-Training zum Schwerpunkt ethnische Herkunft/Hautfarbe (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, LADS-Akademie)
  URL: https://www.berlin.de/lb/ads/sensibilisierung/lads-akademie/diversity-trainings/

© efms 2016

- Existenzgründung für Immigrantinnen (Initiative selbstständiger Immigrantinnen e.V.)
  URL: http://www.isi-ev.de/
- Beratung und Unterstützung von Zuwanderern bei Selbstständigkeit und Existenzgründung (GUWBI – Gesellschaft für urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V.)
  URL: http://www.guwbi.de/
- Kampagne „Mach Berlin zu deinem Job“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen)
  URL: http://www.mach-berlin-zu-deinem-job.de/
- Netzwerk ethnische Ökonomie (GUWBI e.V.)
  URL: http://www.guwbi.de/projekte/netzwerk-etnische-oekonomie
- **NIAnova – Niedrigschwellige Integration und Aktivierung** (Reistrommel e.V.)
  URL: http://www.reistrommel-ev.de/projekte/bildung-und-teilhabe
- Online Kampagne „Anerkennung in Berlin“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Industrie- und Handelskammer Berlin)
  URL: http://www.anerkennung-berlin.de/
- Pilotprojekt „anonymisierte Bewerbungsverfahren“ (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung)
  URL: https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/anonymisierte-bewerbungsverfahren/berliner-pilotprojekt/
- TIO e.V. – Weiterbildungsberatung (TIO e.V.)
  URL: http://www.tio-berlin.de/weiterbildungsberatung/
- **Vielfalt in der Verwaltung – VIVE** (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, Eine Welt der Vielfalt Berlin e.V.)
  URL: http://www.ewdv-berlin.de/projekte/vive-vielfalt-in-der-verwaltung-2013-2015.aspx

Brandenburg

- Handeln statt wegsehen – Initiative gegen Rassismuss, Antisemitismus und Rechtsextremismus (Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.handeln-statt-wegsehen.de/
- **Startbahn Brandenburg – Lotsendienst zur Beratung und Begleitung von Existenzgründerinnen und –gründern für MigrantInnen** (social impact gGmbH)
  URL: http://lotsendienst.socialimpact.eu/
- Weiterbildung von Migranten zur Fachkraft für Sozialarbeit (Otto-Benecke-Stiftung e.V.)
  URL: http://www.obs-ev.de/fileadmin/user_upload/akademikerprogramm_und_aqua/pdf/Infoblaetter_Projekte/Infoblatt_Sozialarbeit.pdf

Bremen

- BRÜCKEN-Kurs (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen)
  URL: http://www.pbwbremen.de/index.php/beruf-migrantinnen/bruecken-kurs
- „Du bist der Schlüssel – Für deine Zukunft und deine Stadt“ (Aus- und Fortbildungszentrum Bremen)
  URL: http://www.ausbildung.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de

Hamburg

- Angebote für Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund/Beratung und Vermittlung in der eigenen Sprache (AWO Landesverband Hamburg e.V.)
  URL: http://www.awo-hamburg.org/angebote-fuer-migranten.htm
- Servicestelle zur Arbeitnehmerfreizügigkeit (Arbeit und Leben Hamburg)
  URL: https://hamburg.arbeitundleben.de/arbeitnehmerfreiz%C3%BCgigkeit
- **„BQM – Beratung Qualifizierung Migration" – Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten** (BQM)
  URL: http://www.bqm-hamburg.de/bqm
- **Chancen am FLUCHTort Hamburg** (passage gGmbH)
  URL: http://www.passage-hamburg.de/betriebe/miz/chancen-fluchtort.html
- Existenzgründungsberatung für Migranten (AWO Landesverband Hamburg e.V.)
  URL: http://www.awo-hamburg.org/existenzgruendungsberatung-fuer-migranten.htm
- **Fachstelle Migration und Vielfalt (**Arbeit und Leben Hamburg)
  URL: https://hamburg.arbeitundleben.de/beratung_weiterbildung/migration
- Interkulturell sensible Einstellungsverfahren (BQM)
  URL: http://www.bqm-hamburg.de/bqm/pages/index/p/553
- **Netzwerk „Fluchtort Hamburg Plus"** (passage gGmbH)
  URL: http://www.passage-hamburg.de/betriebe/miz/fluchtort.html
- Projekt „Zentrale Anlaufstelle Anerkennung" (Diakonie Hamburg)
  URL: https://www.diakonie-hamburg.de/de/visitenkarte/zaa/
- „Qualifizierung und Existenzgründungsberatung für Arbeitssuchende und Migranten" (Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten)
  URL: http://www.asm-hh.de/download/jahresbericht2014.pdf
- **Stipendienprogramm zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse** (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Diakonisches Werk Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/wirtschaft/anerkennung-abschluesse/
- Willkommens- und Anerkennungslotsen (Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten)
  URL: http://www.asm-hh.de/projekte/index_anerkennungslotsen.htm
- **W.I.R. work and integration for refugees** (Flüchtlingszentrum Hamburg)URL:
  http://www.hamburg.de/fluechtlinge/4626458/work-and-integration-for-refugees/
- 4 Friends (SBB Kompetenz gGmbH)
  L: http://www.sbb-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dateien/PDFs/Fuer_Unternehmen/4friends_2013-03.pdf

Hessen

- „MiQua – Qualifizierungsberatungsstelle für beschäftigte MigrantInnen" (berami – berufliche Integration e.V., DiKOM – Agentur für Diversity Management und Interkulturelle Kompetenz e.V.)
  URL: http://www.dikom-frankfurt.de/index.php?p=53

© efms 2016

Mecklenburg-Vorpommern

- „Berufliche Beratung“ (migra e.V.)
  URL: http://www.migra-mv.de/projekte.html
- Betriebliches BeratungsTeam (Dau Wat e.V.)
  URL: http://www.bbtmv.de/
- IFDM Integrationsfachdienst Migration (migra e.V.)
  URL: http://www.migra-mv.de/projekte/ifdm-integrationsfachdienst-migration.html

Niedersachsen

- Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Landesverwaltung (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)
  URL:
  http://www.ms.niedersachsen.de/themen/integration/interkulturelle_oeffnung_landesverwaltung/interkulturelle-oeffnung-der-landesverwaltung-112193.html
- IQ Netzwerk Niedersachsen (RKD Nord GmbH)
  URL: http://www.migrationsportal.de/

Nordrhein-Westfalen

- Ärzteprojekt NRW, Integrationsprojekt für Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein-Westfalen (Otto Benecke Stiftung e.V.)
  URL: http://www.obs-ev.de/projekte/abgeschlossene-projekte/aerzteprojekt-nrw/
- Basissprachkurse zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.lum.nrw.de/Aktuelle_Meldungen/Basissprachkurse-zur-Arbeitsmarktintegration-von-Fluechtlingen/150910-ESF-Projektaufruf-_Basissprachkurse-zur-Arbeitsmarktintegration-von-Fluechtlingen_.pdf
- Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: https://www.mais.nrw/interkulturelle-offnung
- Netzwerke und Kooperationen auf kommunaler Ebene effektiv nutzen (Kompetenzzentrum für Integration)
  URL:
  http://www.kfi.nrw.de/Termine/Veranstaltungen_des_KfI/Rueckblick_Tagungen___Seminare/Fachtagungen_2015/index.php
- **XENOS Integrationsprojekt „Weitblick durch Einblick: Perspektivenwechsel fördert Integration“** (Multikulturelles Forum e.V.)
  URL: http://www.multikulti-forum.de/arbeit/perspektivwechsel

Rheinland-Pfalz

- Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz)
  URL: http://agarp.de/documents/Kriterien_zur_Foerderung.pdf

- **Netzwerk für „Nachqualifizierung in der Pfalz“** (NQ-Pfalz) (Handwerkskammer Pfalz)
  URL: http://www.nachqualifizierung-pfalz.de/
- Pilotprojekt „anonymisierte Bewerbungsverfahren“ (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz)
  URL: https://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Dokumentation_Chancengleich_bewerben.pdf
- Projektverbund „Vorsprung durch Vielfalt“ (Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH)
  URL: https://vorsprungvielfalt.net/tag/vielfalt/

Saarland

- Landesintegrationsbegleitung (LIB) (DRK Landesverband Saarland e.V.)
  URL: http://lv-saarland.drk.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Migration/Jahresr%C3%BCckblick_2012_Endversion.pdf
- **Modellprojekt „Train2Job“** (Diakonisches Werk an der Saar)
  URL: http://www.saarland.de/6767_111202.htm
- **Sieben-Punkte-Plan für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen/Aktionsprogramm „Zuwanderung“** (Ministerium für Arbeit, Wirtschaft, Energie und Verkehr Saarland)
  URL: http://www.saarland.de/134654.htm

Sachsen

- AKZESS – Ausländische FachKräfte – Zuwanderung effizient und sensibel steuern (sächsisches Staatsministerium des Innern)
  URL: http://www.zuwanderung.sachsen.de/akzess/

Sachsen-Anhalt

- Netzwerk Interkulturelle Bildung (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt, DAA-Bildung schafft Zukunft, Netzwerk Interkulturelle Bildung/Interkulturelle Öffnung)
  URL: http://www.daa-halberstadt.de/nc/ueber-die-daa/presseinformationen/detailansicht/nachricht/netzwerk-interkulturelle-bildung-interkulturelle-oeffnung.html
- „PFIFF – Portal für interessierte und flexible Fachkräfte“ (Förderservice GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, isw Institut für Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung gGmbH, MA&T Organisationsentwicklung GmbH)
  URL: https://job-server.net/pt/pfiff2/printartjj.php3?id=12&sid=pfiff2
- Servicestelle Interkulturelle Orientierung/Öffnung – Fortbildungs- und Beratungsservice für Verwaltungen (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.)
  URL: http://servicestelle-interkulturelle-orientierung-und-oeffnung.de/
- Willkommen sein in Sachsen-Anhalt. Berufliche Kompetenzen erkennen und nutzen (Ministerium für Inneres und Sport)
  URL: http://www.presse.sachsen-anhalt.de/index.php?cmd=get&id=873240&identifier=00ffe00ce773d5994664204198fc0339

© efms 2016

Schleswig-Holstein

- **„Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein!“ & das Folgeprojekt „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein!“** (Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein)
  URL: http://www.landinsicht-sh.de/startseite.html
- Seminare: „Interkulturelles Personalmanagement: Vielfalt als Chance“ und „Interkulturelle Kompetenz in der beruflichen Praxis“ (KOMMA – Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement)
  URL: http://komma-sh.de/fortbildung/KOMMA-Seminarprogramm2016.pdf
- Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten und Auszubildenden durch Weiterbildung mit dem Schwerpunkt „Interkulturelle Kompetenz“ (Landesregierung Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/ausbildung_landsh/Downloads/bericht_moderneVerwaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Thüringen

- **BLEIBdran – Berufliche Perspektiven für Flüchtlinge in Thüringen** (IBS – Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement gGmbH)
  URL: http://www.ibs-thueringen.de/projekte/ivaf-netzwerk-bleibdran/

8.4.8 Sicherheit und Prävention

Baden-Württemberg

- Anonymes Hinweisaufnahmesystem (Landeskriminalamt Baden-Württemberg)
  URL: http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ein-jahr-anonymes-hinweisaufnahmesystem/
- Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG-Rex) (Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.)
  URL: https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/LKA/Seiten/BIG-Rex.aspx
- Einrichtung einer gemeinsamen Informations- und Analysestelle (GIAS) vom Landesamt für Verfassungsschutz und dem Landeskriminalamt (Landesamt für Verfassungsschutz, Landeskriminalamt Baden-Württemberg)
  URL: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/polizei/kriminalitaetsbekaempfung/politisch-motivierte-kriminalitaet/
- Elektronische Lernanwendung „Rechtsextremismus“ (Landeskriminalamt Baden-Württemberg)
  URL: http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/BERICHT_zu_Bez%C3%BCgen_des_NSU_nach_BW.pdf
- Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) (LAG Mobile Jugendarbeit, Streetwork Baden-Württemberg e.V.)
  URL: http://www.demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/aktuelles/artikel/22524/

- Fachstelle Mobile Beratung (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung Familie, Frauen und Senioren)
  URL: http://www.demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/beratung-gegen-rechtsextremismus/
- Kostenfreie Informationsveranstaltungen zum Rechtsextremismus des LfV BW (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg)
  URL: http://verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/Faltblatt%2BEinleger_2014/Informationsangebot_Rechtsextemismus.pdf
- Landesweite Initiative „Polizei und Moscheevereine“ (Landeskriminalamt Baden-Württemberg)
  URL: https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/LKA/Documents/2013_Politisch_motivierte_Kriminalitaet.pdf
- Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit (Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung e.V.)
  URL: http://www.demokratiezentrum-bw.de/partner/landesnetzwerk-fuer-menschenrechte/
- **Lokal vernetzen – demokratisch handeln** (Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung e.V., Landeszentrale für politische Bildung)
  URL: http://www.demokratiezentrum-bw.de/wissen-information/foerdermoeglichkeiten/?tx_jnfinanzierung_jnfinanzierung[id]=30794&tx_jnfinanzierung_jnfinanzierung[action]=show&tx_jnfinanzierung_jnfinanzierung[controller]=Default&cHash=3ad1256f761ddafbeae41f9b1a27a662
- Opferberatung (Leuchtlinie – Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Baden-Württemberg, Türkische Gemeinde Baden-Württemberg)
  URL: http://www.demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/opferberatung/
- Präventionskonzept gegen Extremismus für Kommunen (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg)
  URL: http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/ Datenquelle/stories/public_files/rextsextremismus/Mehr_Schein_als_Sein.pdf
- Schritte gegen Tritte (evangelisches Jugendwerk Württemberg)
  URL: http://www.ejwue.de/aktuell/news/schritte-gegen-tritte/
- **Team mex – Mit Zivilcourage gegen Extremismus** (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: http://www.team-mex.de/3114.html
- Vernetzungs- und Anlaufstelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.)
  URL: http://www.lago-bw.de/vernetzungsstelle-gegen-rechtsextremismus.html

© efms 2016

Bayern

- Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen (evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum)
  URL: http://bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/
- Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) (Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/
- Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus – bayerisches Aussteigerprogramm (bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/erste-hilfe/aussteiger/informationsstelle-gegen-extremismus-bayerisches-aussteigerprogramm
- Bayern gegen Rechtsextremismus (bayerische Landeszentrale für politische Bildung, bayerische Informationsstelle gegen Extremismus)
  URL: https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/
- B.U.D. – Beratung, Unterstützung, Dokumentation. Für Opfer rechtsextremer Gewalt (bayerischer Jugendring)
  URL: https://www.lks-bayern.de/Angebot/Opferberatung?
- Elternberatung (bayerische Jugendring)
  URL: https://www.lks-bayern.de/Angebot/Elternberatung?
- Endstation Rechts. Bayern (BayernSPD, Jusos Bayern)
  URL: https://www.endstation-rechts-bayern.de/
- Fortbildungen, Vorträge und Workshops (Bayerischer Jugendring)
  URL: https://www.lks-bayern.de/Angebot/Fortbildungen,_Vortrage,_Workshops?
- Mobile Beratungsteams (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration)
  URL: https://www.lks-bayern.de/Angebot/Regional-_-__Kommunalberatung?
- Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V.
  URL: http://www.rassismusfreies-bayern.net/
- Projektstelle gegen Rechtsextremismus (Bayerisches Bündnis für Toleranz-Demokratie und Menschenwürde schützen)
  URL: http://bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/projektstelle
- Rechtsradikalismus in Bayern. Demokratie stärken – Rechtsradikalismus bekämpfen (BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung)
  URL: https://www.fes.de/inhalt/ausstellungen/rechtsradikalismus_in_bayern.htm
- Regionale Beratungsstellen (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration)
  URL: https://www.lks-bayern.de/Uber_uns/Regionale_Beratungsstellen?

Berlin

- Ansprechstelle für interkulturelle Angelegenheiten der Polizei (Landeskriminalamt Berlin)
  URL: https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/interkulturelle-aufgaben/

- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (türkischer Bund in Berlin-Brandenburg)
  URL: http://www.adnb.de/de/
- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz e.V.)
  URL: http://www.apabiz.de/
- Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin e.V. (ARiC e.V.)
  URL: http://www.aric.de/aktuelles/
- **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse** (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin)
  URL: http://www.mbr-berlin.de/angebote/fortbildung-workshops/auseinandersetzung-mit-rechtsextremismus-in-kommunalen-gremien/
- BildungsBausteine gegen Antisemitismus (Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V., Tacheles Reden)
  URL: http://www.bildungsbausteine.de/home.html
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg (Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.bildungsteam.de/
- Berliner Beratungsnetzwerk (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung)
  URL: https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/beratungsnetzwerk/
- Berlin gegen Nazis – wir sind viele (Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.)
  URL: http://berlin-gegen-nazis.de/
- Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kitas (Türkischer Bund in Berlin Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.adnb.de/de/%C3%9Cber%20uns/Netzwerk/Berliner%20Netzwerk%20gegen%20Diskriminierung%20in%20Schule%20und%20Kitas/
- Berliner Oberstufenzentren (OSZ) für Demokratie und Vielfalt (DEVI e.V.)
  URL: http://osz-gegen-rechts.de/index.php?id=8
- Berliner Ratschlag für Demokratie (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung)
  URL: http://www.berlinerratschlagfuerdemokratie.de/
- CROSSROADS (Violence Prevention Network)
  URL: http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/crossroads
- Demokratie lernen in der Einwanderungsgesellschaft (RAA Berlin)
  URL: http://web.archive.org/web/20141102141654/http://www.raa-berlin.de/Neu2011/Demokratie%20lernen%20in%20der%20Einwand.html
- **Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus** (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung)
  URL: https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesprogramm/
- ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie & Rechtsextremismus (pad gGmbH)
  URL: http://www.licht-blicke.org/elternstaerken2/?page_id=8

© efms 2016

- Handeln statt wegsehen – Initiative gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus (Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.mbr-berlin.de/debatten-und-projekte/initiative-handeln-statt-wegsehen/
- **Hör mir zu! Für Demokratie und Vielfalt – gegen Islam- & Muslimfeindlichkeit in der beruflichen Bildung** (DEVI e.V.)
  URL: http://osz-gegen-rechts.de/index.php?id=138
- **Jugend-Demokratiefonds Berlin – Stark gemacht! Jugend nimmt Einfluss** (Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft)
  URL: http://www.stark-gemacht.de/de/index.php
- „ju:ann" Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Amadeu Antonio Stiftung)
  URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/juan-flyer2015_onlineversion.pdf
- **Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt** (ReachOut, ADB e.V., Netzwerk Selbsthilfe e.V.)
  URL: https://www.kop-berlin.de/
- **Koordinierungsstelle der Berliner Register** (ReachOut)
  URL: http://www.berliner-register.de/
- MAXIME Berlin (Violence Prevention Network)
  URL: http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/maximeberlin
- Miphgasch/Begegnung e.V. – Verein zur Förderung interkultureller und internationaler Begegnungen zwischen jungen Menschen und Familien e.V. (Miphgasch/Begegnung e.V.)
  URL: http://www.miphgasch.de/uber-uns/
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) (Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V.)
  URL: http://www.mbr-berlin.de/startseiten/was-tun-und-wie/
- Mobiles Beratungsteam Ostkreuz (Stiftung sozialpädagogisches Institut – SPI)
  URL: http://www.mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/index.php
- Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit (Inssan e.V., türkischer Bund in Berlin-Brandenburg)
  URL: http://www.netzwerkdiskriminierung.de/
- ReachOut (ARIBA e.V.)
  URL: http://www.reachoutberlin.de/
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) (Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V.)
  URL: http://www.mbr-berlin.de/aktuelles/grundung-der-recherche-und-informationsstelle-antisemitismus-rias/
- „WIR HIER! – kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrantenorganisationen im Dialog" (La Red – Vernetzung und Integration e.V)
  URL: http://www.minor-kontor.de/de/projekte/wir-hier

- Zentrum für Antisemitismusforschung: Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin)
  URL: http://www.buendnis-toleranz.de/themen/extremismus/161544/zentrum-fuer-antisemitismusforschung-arbeitsstelle-jugendgewalt-und-rechtsextremismus
- **7xjung** (Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.)
  URL: http://www.gesichtzeigen.de/angebote/7xjung-der-lernort-in-berlin/

Brandenburg

- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
  URL: http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/
- BeratenBewegen – DRAN BLEIBEN (brandenburgische Sportjugend)
  URL: http://sportjugend-bb.de/service-beratenbewegen-dranbleiben/
- BildungsBausteine gegen Antisemitismus (Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V., Tacheles Reden)
  URL: http://www.bildungsbausteine.de/
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg (Bildungsteam Berlin-Brandenburg)
  URL: http://www.bildungsteam.de/
- Büros für Demokratie und Toleranz (Mobiles Beratungsteam, RAA Brandenburg)
  URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/beratungsnetzwerk/bueros-fuer-integration-und-toleranz.html
- Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung: Mobiles Beratungsteam (Demokratie und Integration Brandenburg e.V.)
  URL: http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/
- Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (paritätisches Sozial- und Beratungszentrum)
  URL: http://kijubb.de/index.php
- Handeln statt wegsehen – Initiative gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus (Handelsverband Berlin-Brandenburg)
  URL: http://www.handeln-statt-wegsehen.de/
- Kampagne „Schöner leben ohne Nazis“ (Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit)
  URL: http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktionen-positionen/uebersicht
- **KommunalWiki gegen Extremismus** (Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg)
  URL: http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.303541.de
- Opferperspektive e.V. (Opferperspektive e.V.)
  URL: http://www.opferperspektive.de/
- Projektförderung durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ (Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg)
  URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/foerderung.html
- Steh-auf-Preis 2015 (F.C. Flick Stiftung)
  URL: http://www.stiftung-toleranz.de/steh-auf-preis/

© efms 2016

- Projekt „Straßenfußball für Toleranz“ (brandenburgische Sportjugend)
  URL: http://sportjugend-bb.de/strassenfussball/
- Verfassungsschutz des Landes Brandenburg: Informationsveranstaltungen zum Rechtsextremismus (Verfassungsschutz Brandenburg)
  URL: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.351176.de
- **Zukunftsdialog** (Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, demos-brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung)
  URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/koordinierungsstelle/zukunftsdialoge.html

Bremen

- Bremen ist bunt! Wir leben Vielfalt! (Stadt Bremen)
  URL: https://www.bremen.de/bremen-tut-was
- Dialog zwischen dem Landesverfassungsschutz und muslimischen Gemeinden (Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: http://www.verfassungsschutz.bremen.de/sixcms/media.php/13/Verf-Bericht-2014.pdf
- Hilfen für Eltern und Angehörige von rechtstextrem orientierten Jugendlichen (VAJA e.V., LidiceHaus)
  URL: http://web.archive.org/web/20061229123407/http://www.vaja-bremen.de/_pdf/ hilfe-fuer-eltern-von-rechten-jugendlichen.pdf
- Integrationsbeauftragter der Polizei Bremen (Polizei Bremen)
  URL: http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/unternehmen/dateien/Mentoring/Tandems_2010_2011/Tandem-12_MentorIn.pdf
- LidiceHaus
  URL: http://lidicehaus.de/de/
- Pro aktiv gegen rechts – mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)
  URL: http://www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.730.de
- RESET (VAJA e.V.)
  URL: http://vaja-bremen.de/teams/reset/
- Trainings/Workshops zur interkulturellen Kompetenz im Polizeidienst (Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen)
  URL:
  https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0ahUKEwiM-c_A3ZDMAhXDWSwKHc6MCkoQFggrMAE&url=http%3A%2F%2Fwww.hfoev.bremen.de%2Fsixcms%2Fmedia.php%2F13%2FProgramm%25202014%2520Intranet.pdf&usg=AFQjCNFzuFqj5aJEhruezLHWPq_nEGt3Cg&cad=rja
- Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliquen (VAJA e.V.)
  URL: http://vaja-bremen.de/teams/team-rechte-cliquen/

- Vorträge zum Thema Rechtsextremismus des Landesamtes für Verfassungsschutz (Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL:
  http://www.verfassungsschutz.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen77.c.3552.de

Hamburg

- Antidiskriminierung und Multiplikatorenarbeit (verikom e.V.)
  URL: http://www.verikom.de/erwachsene/antidiskriminierung-und-multiplikatorinnenarbeit/
- Antidiskriminierungsberatung amira (verikom e.V.)
  URL: http://www.verikom.de/projekte/amira-antidiskriminierungsberatung-fur-migrantinnen-und-migranten/
- Empower – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Arbeit und Leben Hamburg e.V.))
  URL: https://hamburg.arbeitundleben.de/empower
- Hamburg bekennt Farbe – Für Demokratie, Toleranz und Vielfalt! (Bündnis Hamburg bekennt Farbe)
  URL: http://www.hamburg.de/hamburg-bekennt-farbe/
- Kurswechsel (CJD Eutin)
  URL: http://www.cjd-eutin.eu/kurse/hamburg/kurswechsel-ausstiegsarbeit-rechts/
- **Landesprogramm „Hamburg-Stadt mit Courage. Zur Förderung demokratische Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“** (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration)
  URL: http://www.hamburg.de/landesprogramm/
- **Monitoring – Bericht über die rechten Strukturen in Hamburg sowie Initiativen dagegen** (Arbeit und Leben Hamburg e.V.)
  URL: http://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt/downloads
- Offen für alle – geschlossen gegen Rechtsextremismus: Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (Arbeit und Leben Hamburg e.V., DGB Jugend Nord, Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus)
  URL: https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D162928867.pdf
- Verantwortung übernehmen im Norden (Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, Rat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern,, DGB Nord, Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=18

Hessen

- **Migrationsbeauftragte der Polizei und Landesmigrationsbeauftragter der hessischen Polizei** (hessische Polizei)
  URL: https://www.polizei.hessen.de/Praevention/Ansprechpartner-in-Hessen/Migrationsbeauftragte/

© efms 2016

- **Arbeitskreis Sicherheit für Alle (AK SifA) und Multiplikatorenprojekt „Präventionsbeauftragte“** (hessische Polizei)
  URL: https://www.polizei.hessen.de/icc/internetzentral/nav/b35/b3570ee1-825a-f6f8-6373-a91bbcb63046&uCon=d6e70db6-6cff-3f31-c647-f134ef798e7b&uTem=5dd7059f-c5be-52f8-8de0-1121c7f5087f.htm
- Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=hilfe-fur-opfer
- Beratung von Schule und Vereinen/Verbänden (beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=angebote_schulen
- Elternberatung (beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=hilfe-fur-eltern
- Fair Play Forum des Hessischen Fußballs (hessischer Fußballverband e.V.)
  URL: http://www.fairplay-hessen.de/
- Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus (IKARus) (hessisches Landeskriminalamt)
  URL: http://ikarus-hessen.de/
- Interkultureller Arbeitskreis der hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung)
  URL: https://hfpv.hessen.de/irj/VFH_Internet?cid=b119398538bfb48923b105f93ad2542f
- Jugendverbände aktiv gegen rechts (hessischer Jugendring, hessische Jugendverbände)
  URL: http://www.hessischer-jugendring.de/themen/auseinandersetzung-mit-rechtsextremismus.html
- **Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX)** (Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: https://lfv.hessen.de/kompetenzzentrum-rechtsextremismus-korex
- **Pro aktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern** (Beratungsnetzwerk.hessen)
  URL: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=pro-aktive-beratung
- Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg (Rote Linie)
  URL: http://www.rote-linie.net/

Mecklenburg-Vorpommern

- **Betriebliches BeratungsTeam** (Dau Wat e.V.)
  URL: http://www.bbtmv.de/
- Klappe gegen Rassismus – Der Film-Ideenwettbewerb (RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.)
  URL: http://www.raa-mv.de/de/content/klappe-gegen-rassismus-der-film-ideenwettbewerb
- **Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“** (Landeszentrale für politische Bildung)
  URL: http://www.lpb-mv.de/cms2/LfpB_prod/LfpB/de/dut/Landesprogramm_Demokratie_und_Toleranz_gemeinsam_staerken!/index.jsp

- Lobbi – Landesweite Opferberatung Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (Lobbi e.V.)
  URL: http://www.lobbi-mv.de/
- Regionalzentren für demokratische Kultur (Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern)
  URL: http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT_prod/DuT/de/mdb/Regionalzentren_fuer_demokratische_Kultur/index.jsp
- Verantwortung übernehmen im Norden (Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, Rat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern,, DGB Nord, Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=18
- WIR. Erfolg braucht Vielfalt (Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e.V.)
  URL: http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de/

Niedersachsen

- Aktion Neustart (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport)
  URL: http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=90784&_psmand=33
- AussteigerhilfeRechts (Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.aussteigerhilferechts.de/
- Bildung PRO Demokratie – Umgang mit Diversität, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Leibniz Universität Hannover, Zentrum demokratische Bildung Wolfsburg)
  URL: https://www.diversitas.uni-hannover.de/11191.html
- Demokratiebewusstsein an Schulen stärken – Rechtsextremismus entgegen treten (Niedersächsisches Kultusministerium)
  URL: http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php? navigation_id=33276&article_id=116783&_psmand=8
- Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ (Verfassungsschutz Niedersachsen)
  URL: http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php? navigation_id=12264&article_id=119601&_psmand=30
- Informationsveranstaltungen des Verfassungsschutzes zum Rechtsextremismus (Niedersächsischer Verfassungsschutz)
  URL: http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php? navigation_id=12260&article_id=117350&_psmand=30
- Informations- & Aufklärungsarbeit der Polizei (Landeskriminalamt Niedersachsen)
  URL: http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/uploads/media/Gesamtkonzeption_Rechtsextremismus_16.01.2012_02.pdf

© efms 2016

- PARC – Prävention durch Aufklärung gegen Rechtsextremismus und für Courage (Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=125
- **Qualifizierung zur „Fachkraft für Opferberatung im Handlungsfeld rechtsextremer Gewalt“** (Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/nimap?XA=Details&XID=253
- **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus und für Demokratie und Toleranz (Richtlinie Demokratie und Toleranz)** (Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie)
  URL:
  http://www.soziales.niedersachsen.de/soziales_gesundheit/integration_migration/demokratie_und_toleranz/demokratie-und-toleranz-106701.html
- Verantwortung übernehmen im Norden (Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, Rat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern,, DGB Nord, Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=18

Nordrhein-Westfalen

- Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC-NRW e.V.)
  URL: http://www.aric-nrw.de/
- **Aussteigerprogramm Rechtsextremismus des Landes NRW** (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/ Dokumente/Evaluationsbericht_APR_NRW.pdf
- Back Up – Comeback (Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.)
  URL: http://www.backup-comeback.de/
- Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe (AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.)
  URL: http://www.integration-chancen.de/
- Courage zeigen! Gegen Gewalt und Antisemitismus. Ein modulbasiertes Angebot für Schule in NRW (Landeszentrale für politische Bildung, Buber-Rosenzweig-Stiftung)
  URL: https://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/couragezeigen/3.pdf
- Projekt „Empört euch, engagiert euch!“ gegen Alltagsrassismus und extreme Rechte (DGB Jugend NRW)
  URL: http://www.nrweltoffen.de/projekte/empoert_euch/index.php
- Förderung von Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf: „Integrationsprojekt im Wohnbereich“ (Planerladen e.V.)
  URL: http://www.integrationsprojekt.net/

- Hallo!Schalom!Selam!Privjet! Gemeinsam gegen Vorurteile (Multikulturelles Forum e.V.)
  URL: http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5522/hallo-schalom-selam-privjet-gemeinsam-gegen-vorurteile-ergebnisse-und-handlungse.html
- HelpLine Aktiv gegen Rechts (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/helpline.html
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)
  URL: http://www.ida-nrw.de/
- **KommunalWiki gegen Extremismus** (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/praevention_koordination.pdf
- Kontaktbeamte für muslimische Institutionen (KMI) (Polizei NRW)
  URL: http://www.polizei-dein-partner.de/service/praevention-kompakt.html?tx_contagged[source]=default&tx_contagged[uid]=229&cHash=1bcf95704a2f44ddca8800f32f9d5313
- Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport in Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.nrweltoffen.de/landesaktivitaeten/Landesnetzwerk/index.php
- Leben ohne Rassismus – Rechtshilfe für Betroffene von Rassismus (Stiftung gemeinsam Handeln Paritätischer Stifterverbund NRW)
  URL: http://www.nrwgegendiskriminierung.de/de/service/stiftung-leben-ohne-rassismus/
- Landesweites Netzwerk „Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendliche in NRW“ (IDA-NRW)
  URL: http://www.ida-nrw.de/beratung-von-eltern/
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.mobile-beratung-nrw.de/
- NinA NRW – Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene (RE/init e.V.)
  URL: http://www.reinit.de/projekte/nina/
- Präventionstage 2014 und 2015: „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ (Landeszentrale für politische Bildung NRW)
  URL: https://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/veranstaltungsprogramme/2015/flyerpraeventionstage2014_2015.pdf
- Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit (Integrationsagenturen Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.nrwgegendiskriminierung.de/de/servicestellen/
- Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen (katholische Landesarbeitsgemeinschaft, Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.)
  URL: http://www.nrweltoffen.de/projekte/VIR_MIK_AKRuhr/index.php

© efms 2016

Rheinland-Pfalz

- Beratungsknoten (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz)
  URL: http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de/planspiel/index.html
- Elterninitiative gegen Rechts (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung des Landes Rheinland-Pfalz)
  URL: http://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/kinder-jugend-und-familie/projekte-gegen-extremismus/elterninitiative-gegen-rechts/
- Komplex – Kommunikationsplattform Rechtsextremismus (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung des Landes Rheinland-Pfalz)
  URL: https://secure.komplex-rlp.de/index.phtml?PHPSESSID=3959795b66a5ca2252fbebe9384944e0&
- Maps – Medial AktionsProjekte gegen Rechtsextremismus (Institut für Medienpädagogik, Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V., Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)
  URL: http://lsjv.rlp.de/fileadmin/lsjv/Dateien/Aufgaben/Kinder_Jugend_Familie/LHA_Info/2014/3_LJA_Info_2014_Juni.pdf
- Opferberatung Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)
  URL: http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de/opferberatung/
- **Planspiel Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen** (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)
  URL: http://www.jugend.rlp.de/fileadmin/downloads/Newsletter/ Flyer_Demonstrationen_rechtsextremer_Gruppierungen.pdf
- **Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus** (Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz)
  URL: https://gegen-rechtsextremismus.rlp.de/de/die-praeventionsagentur/
- (R)AUSwege aus dem Extremismus (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)
  URL: http://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/kinder-jugend-und-familie/projekte-gegen-extremismus/rauswege/

Saarland

- Arbeitsstelle Migration und Fremdenfeindlichkeit (AWO Landesverband Saarland e.V., Multikultur e.V.)
  URL: http://www.saarland.de/15670.htm?p=126990.xml
- Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und Gewalt (saarländisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  URL: http://www.saarland.de/dokumente/thema_familie_und_frauen/Beratungsflyer_Zickzackfalz_10-14.pdf
- Fachstelle „Netzwerk gegen Rechtsextremismus – für Demokratie“ (Adolf-Bender-Zentrum)
  URL: http://www.adolfbender.de/index.php?id=218
- Landesinstitut für präventives Handeln – Arbeitsbereich Kriminalprävention: Integration, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus (Landesinstitut für präventives Handeln)
  URL: http://www.saarland.de/SID-8EC076F8-CAB030DE/51312.htm

- Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus (Adolf-Bender-Zentrum)
  URL: http://www.adolfbender.de/index.php?id=487

Sachsen

- Aktion Zivilcourage e.V. (Aktion Zivilcourage e.V.)
  URL: http://www.aktion-zivilcourage.de/Start.42/
- Ansprechstelle Migration/Integration der Polizei Sachsen (Polizei Sachsen)
  URL: https://www.polizei.sachsen.de/de/23258.htm
- Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in Sachsen (Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen)
  URL: http://www.kirche-fuer-demokratie.de/
- Arbeitsgruppe „Stärkung demokratischer Grundwerte“ (Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz)
  URL: http://www.lpr.sachsen.de/11170.htm
- **Projekt „Diskriminierung – (k)ein Thema der migrationsbezogenen Beratung in Sachsen?“** (Antidiskriminierungsbüro Sachsen)
  URL: http://www.adb-sachsen.de/Diskriminierung_und_Migrationsberatung.html
- Einrichtung einer gemeinsamen Informations- und Analysestelle vom LKA Sachsen und LfV Sachsen (Landekriminalamt Sachsen, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen)
- URL: http://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/168677
- Fachstelle Jugendhilfe – Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus (Kulturbüro Sachsen e.V.)
  URL: http://kulturbuero-sachsen.de/index.php/arbeitsbereiche/fachcoaching.html
- Fechten für Zivilcourage und gegen Rassismus (sächsischer Fechtverband e.V., Landesverband für politisch-kulturelle Bildung)
  URL: http://www.fechten-sachsen.de/index.php?page=rassismus
- „Grenzen überwinden“ – Ein Bildungsprojekt zu den Themen Migration, Flucht und Rassismus (Ausländerrat Dresden e.V.)
  URL: http://www.auslaenderrat-dresden.de/seite/97897/schulische-projekttage.html
- Projekt „Im Sport verein(t) für Demokratie“ (Landessportbund Sachsen e.V.)
  URL: https://www.sport-fuer-sachsen.de/im-sport-vereint-fuer-demokratie-a-2622.html
- Initiative „Handeln bevor es brennt“ (Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V.)
  URL: http://www.handeln-bevor-es-brennt.de/projektinformationen/
- Interkulturelles Lernen in der Kindertagesstätte (Arbeit und Leben Sachsen e.V.)
  URL: http://www.arbeitundleben.eu/interkulturelles-lernen-in-der-kindertagesstatte/
- Projekt „KOMMENT – Kommunales Mentoring“ (Violence Prevention Network)
  URL: http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/komment-kommunales-mentoring
- Kulturbüro Sachsen e.V. (Kulturbüro Sachsen e.V.)
  URL: http://www.kulturbuero-sachsen.de/

© efms 2016

- **Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“** (Landespräventionsrat Sachsen)
  URL: http://www.lpr.sachsen.de/11016.htm
- **Landesprogramm zum „begleiteten Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene“** (Landespräventionsrat Sachsen)
  URL: http://www.aussteigerprogramm-sachsen.de/
- Lehrerfortbildung zum Thema „Prävention des Rechtsextremismus“ (Polizei Sachsen)
  URL: https://www.polizei.sachsen.de/de/24911.htm
- Projekt „Mit Fremdheit umgehen lernen – ein Training für Offenheit gegenüber anderen Kulturen“ (Daetz-Stiftung)
  URL: http://www.daetz-stiftung.org/front_content.php?idcat=26&idart=65&lang=1
- **Modellprojekt: Mut vor Ort. Geschlechtserreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus** (Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Freistaat Sachsen e.V.)
  URL: http://www.agjf-sachsen.de/mut.html
- **Monitoring der RAA Sachsen** (RAA Sachsen e.V.)
  URL: https://raa-sachsen.de/index.php/monitoring.html
- Netzwerk Tolerantes Sachsen (Tolerantes Sachsen e.V.)
  URL: http://www.tolerantes-sachsen.de/
- Opferberatung der RAA Sachsen (RAA Sachsen e.V.)
  URL: https://raa-sachsen.de/
- Peer Leadership Sachsen – Training für interkulturelle Kompetenz und Demokratie (RAA Sachsen)
  URL: http://www.bag-raa.de/PeerLeaders.html
- pokuBi – Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V. (pokuBi e.V.)
  URL: http://www.pokubi-sachsen.de/startseite/
- Play fair – Film- und medienpädagogische Arbeit zur Unterstützung der Demokratieerziehung an sächsischen Schulen (Objektiv e.V.)
  URL: http://www.objektiv-dresden.de/projekte/play-fair/
- Respekt in allen Farben (Pro Jugend e.V.)
  URL: http://www.projugendev.de/index.php/projekte/sozialstunden/9-projekte/29-respekt-in-allen-farben
- Vielfalt lieben – Toleranz leben (Workshop-Reihe) (Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V.)
  URL: http://www.dg-bildungswerksachsen.org/html/vielfalt_und_toleranz.html
- Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des LfV Sachsen (Landesamt für Verfassungsschutz)
  URL: http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/281.htm#article486
- **Workshops zu rechtsmotivierter Gewalt der RAA Sachsen** (RAA Sachsen e.V.)
  URL: https://raa-sachsen.de/index.php/workshops.html

© efms 2016

Sachsen-Anhalt

- Arbeitsstelle Rechtsextremismus - AREX (Miteinander e.V.)
  URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=29&modaction=detail&modid=8
- Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten (Multikulturelles Zentrum Dessau)
  URL: http://www.opferberatung-dessau.de/index.php
- Bildungsteam des Vereins Miteinander e.V. (Miteinander e.V.)
  URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=29&modaction=detail&modid=9
- **Modellprojekt „Frei(t)Räume Erleben. Wege in einen demokratischen Alltag“** (Miteinander e.V.)
  URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=88
- Kampagne „Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt“ (Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt)
  URL: http://www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de/kampagne/
- Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus - KER (Miteinander e.V., AWO Landesverband Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=100
- **Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit** (Kultusministerium Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.mk.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/MK/Textdokumente/Landesprogramm_Demokratie_Vielfalt_Weltoffenheit.pdf
- Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt)
  URL: http://www.mobile-opferberatung.de/
- Netzwerk für Demokratie und Toleranz (Landeszentrale für politisch Bildung Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.hingucken.sachsen-anhalt.de/netzwerk-fuer-demokratie-und-toleranz-in-sachsen-anhalt/
- Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (Miteinander e.V.)
  URL: http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=29&modaction=detail&modid=16
- Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (*eine*welt haus Magdeburg)
  URL: https://rundertischsachsenanhalt.wordpress.com/

Schleswig-Holstein

- Beratung für Kommunen, für Schulen und außerschulische Jugendbildung (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://www.beranet-sh.de/
- Beratung speziell für Betroffene rechter Gewalt, Rassismus und Diskriminierung (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/berichtLandesprogramm.pdf;jsessionid=C0B24F68F8836113884AFFEE8C66DB76?__blob=publicationFile&v=1
- Demokratiepädagogik (Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein)
  URL: http://akjs-sh.de/schwerpunkte/demokratiepaedagogik

© efms 2016

- Erstberatung zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene in Schleswig-Holstein (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://www.beranet-sh.de/index.php/erstberatung.html
- Elternberatung (Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus)
  URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/ Downloads/berichtLandesprogramm.pdf;jsessionid=C0B24F68F8836113884AFFEE8C66DB76?__blob=publicationFile&v=1
- Fortbildungsveranstaltung „Umgang mit rechtsextremistischen Gefangenen“ (Ministerium des Innern des Landes Schleswig-Holstein)
  URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/landesprogrammDemokratiefoerderung.html
- **Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung** (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein)
  URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/ landesprogrammDemokratiefoerderung.html
- **Leitprojekt „Sensibilisierung der Beschäftigten für interkulturelle Vielfalt“** (Polizei- und Justizdirektion Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/ausbildung_landsh/Downloads/bericht_moderneVerwaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Verantwortung übernehmen im Norden (Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, Rat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern,, DGB Nord, Landespräventionsrat Niedersachsen)
  URL: http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=18
- Weg von Rechts (Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt - ARUG)
  URL: http://weg-von-rechts.de/

Thüringen

- Projekt „CoRa contra Rassismus – pro Migration und Asyl“ (DGB Thüringen e.V., Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)
  URL: http://www.dgb-bwt.de/projekte-aktuell.php
- Ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Bund evangelischer Jugend in Mitteldeutschland)
  URL: http://www.ezra.de/
- Fortbildungsangebote für Lehrer und Mitarbeitende der Jugendhilfe und Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen und Beratungsdiensten und Wirtschaftsverbänden etc. (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  URL: http://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/lehrerinnen/
- Fortbildungsangebote für Polizei, Justiz und Verwaltungen (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  URL: http://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/mitarbeitende-der-polizei/
- Fortbildungsangebote für Verantwortliche in der Politik (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  URL: http://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/verantwortliche-in-der-politik/

- **Projekt „Kompetente Parlamente"** (MOBIT e.V.)
  URL: http://www.kompetente-parlamente.de/
- MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus (MOBIT e.V.)
  URL: http://www.mobit.org/
- NIP - Nazis in Parlamenten - Thüringen (MOBIT e.V.)
- URL: http://www.nip-thueringen.de/
- Sport zeigt Gesicht! Verein(t) für Respekt und Menschenwürde/gemeinsam couragiert handeln (Landessportbund Thüringen, Sportjugend Thüringen)
  URL: http://cms.thueringen-sport.de/cms/front_content.php?idcat=314
- Thüringer Beratungsdienst Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt (drubel 11 e.V.)
  URL: http://www.ausstieg-aus-gewalt.de/
- Thüringer Demokratiepreis (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  URL: http://denkbunt-thueringen.de/landesprogramm/demokratiepreis/
- **Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk bunt)** (Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit)
  URL: http://denkbunt-thueringen.de/landesprogramm/

8.4.9 Bürgerschaftliches Engagement

Baden-Württemberg

- BIQ – Beratung, Information, Qualifizierung (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.)
  URL: http://biq.fluechtlingsrat-bw.de/
- Ehrenamtliche Dolmetscher für Baden-Württemberg (Baden-Württemberg Stiftung)
  URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/ehrenamtliche-dolmetscher-fuer-baden-wuerttemberg/
- Flüchtlingshilfe-bw.de (em-faktor)
  URL: http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/start/
- **Förderprogramm „Wir sind dabei – Integration durch soziales Engagement"**(Baden-Württemberg Stiftung)
  URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/wir-sind-dabei-integration-durch-soziales-engagement/#page-header
- **Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe** (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg)
  URL: https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/neues-foerderprogramm-fuer-lokale-buendnisse-der-fluechtlingshilfe-1/
- Interkulturelle Elternmentoren (Elternstiftung Baden-Württemberg)
  URL: http://www.elternstiftung.de/index.php?id=interkulturelle_mentoren0
- Projekt „Interkulturelle Öffnung als Motor für Integration in und durch den Sport" (Landessportverband Baden-Württemberg)
  URL: http://www.lsvbw.de/sportwelten/ids/integrationsarbeit-in-fachverbaenden/

© efms 2016

- **MEMO – Management & Empowerment in Migrantenorganisationen** (Forum der Kulturen Stuttgart e.V.)
  URL: http://memo-bw.de/
- Projektgruppe Interkulturelle Prüfkommission (Baden-Württemberg Stiftung)
  URL: http://bw.bundjugend.de/wir-sind-dabei/
- Projekt „Sport mit Flüchtlingen – Schaffung von Teilnahmemöglichkeiten“ (Landessportverband Baden-Württemberg)
  URL: http://www.lsvbw.de/sportwelten/ids/sport-mit-fluechtlingen/
- Teamwork gefragt! Beteiligung von Personen aus anderen Kulturen in der Gemeinde (Allianz für Beteiligung e.V.)
  URL: http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/teamwork-gefragt/
- **Willkommen in Baden-Württemberg! Engagiert für Flüchtlinge und Asylsuchende** (Baden-Württemberg Stiftung)
  URL: http://www.bwstiftung.de/gesellschaft-kultur/programme/integration/willkommen-in-baden-wuerttemberg-engagiert-fuer-fluechtlinge-und-asylsuchende/

Bayern

- **Ehrenamtskoordinator/-innen im Asylbereich auf kommunaler- und Landkreisebene** (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration)
  URL: http://www.stmas.bayern.de//presse/pm1507-147.php
- **Empowerment & Partizipation – Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen in Bayern** (AGABY)
  URL: http://www.agaby.de/Empowerment-Partizipation.547.98.html
- Fachprogramm Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Bayerischer Jugendring)
  URL: http://www.bjr.de/themen/integration-und-inklusion/integration-von-menschen-mit-migrationshintergrund/fachprogramm-integration.html
- Got together – Partizipation, Integration und interkulturelle Öffnung (Bayerischer Jugendring, Bayerisches rotes Kreuz, Bund der Alevitischen Jugend in Bayern)
  URL: http://bdaj.de/einfuehrung-2/
- **Projekt „Sprache schafft Chancen: Ehrenamtliche Sprachförderung für Asylbewerber“** (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen)
  URL: http://www.lagfa-bayern.de/projekte-der-lagfa/sprache-schafft-chancen/
- Projekt „VOR ORT – Information, Beratung und Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Asylarbeit“ (Bayerischer Flüchtlingsrat)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/vor-ort.html

Berlin

- AKINDA – Netzwerk Einzelvormundschaften (XENION e.V.)
  URL: http://xenion.org/angebote/akinda/

- **Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant_innenorganisationen in Berlin (IKMO)** (Verband für interkulturelle Arbeit, Türkischer Bund in Berlin Brandenburg, Club Dialog e.V.)
  URL: http://tbb-berlin.de/Projekte/ikmo
- „Just in Time" – Jugendliche und Studierende als Integrationsmentoren (Zukunft Bauen e.V., Panke-Haus Familienförderzentrum)
  URL: http://www.panke-haus.de/attachments/article/159/JuSt-In-tiMe.pdf
- KoPa – Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.)
  URL: http://tbb-berlin.de/Projekte/kopa
- **Projekt „Partizipation – Bildung – Integration"** (Landesjugendring Berlin, Landesjugendring Hamburg)
  URL: http://www.ljrberlin.de/landesjugendring/projekte/partizipation-%E2%80%93-bildung-%E2%80%93-integration
- Partizipieren und Praktizieren – work in progress (Agit Polska e.V.)
  URL: http://agit-polska.de/wp/?p=922
- Servicestelle zur Förderung der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen –SFIP (Club Dialog e.V.)
  URL: http://www.club-dialog.de/de/servicestelle-zur-foerderung-der-integration-und-partizipation-von-menschen-mit
- Starkes Netzwerk – starke Vereine: So vernetzt kann Berlin sein (move GLOBAL e.V.)
  URL: http://www.moveglobal.de/wp-content/uploads/2014/07/Starke-Vereine+Flyer-3.pdf
- The BoP-Ticket – Booklet of Participation (Board of Participation e.V.)
  URL: http://boardofparticipation.de/projekte/bop-tickets
- VIA – Servicestelle Interkulturelle Projektarbeit und Empowerment von MSO (Verband für Interkulturelle Arbeit)
  URL: http://www.via-in-berlin.de/projekte/via-servicestelle-mso/

Brandenburg

- Projekt „EmPA II – Empowerment und Partizipation für Drittstaatenangehörige II" (RAA Brandenburg)
  URL: http://www.projekt-empa.de/DasProjekt/tabid/1146/Default.aspx
- Schulungen für ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagierte Bürgerinnen und Bürger (FaZIT – Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz)
  URL: http://fazit-brb.de/projekte/schulungen-fuers-ehrenamt/
- Service-Portal: Asyl in Brandenburg (Landesregierung Brandenburg)
  URL: http://asyl-brandenburg.de/
- Unterstützung ehrenamtlicher Willkommensinitiativen (Landesamt für Soziales und Versorgung, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg)
  URL: http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.432004.de

© efms 2016

Bremen

- Fluchtraum Bremen e.V. (Fluchtraum e.V.)
  URL: http://www.fluchtraum-bremen.de/
- Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil (Senatskanzlei Bremen)
  URL: http://www.bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2014/fonds-fuer-projekte-zur-teilhabe-von-fluechtlingen-im-stadtteil
- Gemeinsam in Bremen (Gemeinsam in Bremen)
  URL: http://www.gemeinsam-in-bremen.de/
- PafüM – Patenschaften für Migranten (AWO Landesverband Bremen e.V.)
  URL: http://www.awo-bremen.de/sites/default/files/Brosch%C3%BCre_Migration_2012-10.pdf
- Projekt „Ich will mehr“ (AWO Landesverband Bremen e.V.)
  URL: http://www.awo-bremen.de/sites/default/files/Brosch%C3%BCre_Migration_2012-10.pdf
- Projektförderung von Migrantenselbsthilfeorganisationen und interkultureller Integrationsprojekte (Bremer Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
  URL: http://www.soziales.bremen.de/soziales/zuwanderungsangelegenheiten/projektfoerderung_von_migrantenselbsthilfeorganisationen_und_interkultureller_integrationsprojekte-2978
- Sprachpartnerschaften – Ehrenamtliche helfen jungen Migrantinnen und Migranten (Caritasverband für das Dekanat Bremen-Nord e.V.)
  URL: http://www.deutsche-kindergeldstiftung.org/sprachpartnerschaften.html

Hamburg

- Einbürgerungslotsen (Sozialbehörde Hamburg)
  URL: http://www.hamburg.de/integration/2929796/einbuergerungslotsen/
- Projekt „Fachberatung und Qualifizierung für Migranten(selbst)organisationen“ (der Paritätische Landesverband Hamburg e.V.)
  URL: http://www.paritaet-hamburg.de/verband/einrichtungen-und-projekte/migrantenselbstorganisationen.html
- Mentorprojekt „Yoldas“ (Bürger Stiftung Hamburg)
  URL: http://www.buergerstiftung-hamburg.de/yoldas/
- **Projekt „Partizipation – Bildung – Integration“** (Landesjugendring Berlin, Landesjugendring Hamburg)
  URL: http://www.ljr-hh.de/fileadmin/user_upload/i-oe/Projekt_interkulturelle_OEffnung2.pdf
- Koordinierungsstelle für Paten- und Mentorenprojekte in Hamburg (Hamburger Stiftung für Migranten)
  URL: http://www.stiftung-fuer-migranten.de/index.php/projekte/patenschaftsprojekte.html
- Sprache im Alltag (Ehrenamtsprojekt) (Sprachbrücke- Hamburg e.V.)
  URL: http://www.sprachbruecke-hamburg.de/

Hessen

- Projekt „Auf- und Ausbau eines Netzes der Multiplikatoren zum Zweck der Verstärkung der Integrationsarbeit mit russlanddeutschen Spätaussiedlern“ (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.)
  URL: http://lmdr.de/auf-und-ausbau-eines-netzes-der-multiplikatoren-zum-zweck-der-verstarkung-der-integrationsarbeit-mit-russlanddeutschen-spataussiedlern-hessen/
- Coachingprojekt für Migrantenjugendselbstorganisationen „vielfältig, engagiert und qualifiziert“ (Hessischer Jugendring)
  URL: http://www.hessischer-jugendring.de/themen/interkulturelle-oeffnung.html
- Hessisches Integrationslotsennetzwerk (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  URL:
  http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaacbww
- InteGREATer e.V. (InteGREATer e.V.)
  URL: http://www.integreater.de/
- Projekt „Mach mit im Sport. Mehr Migrant/innen ins Ehrenamt“ (agah Landesausländerbeirat)
  URL: http://www.agah-hessen.de/projekte/mach-mit-im-sport/
- **Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Integrationslotsinnen und –lotsen** (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)
  URL: http://www.integrationskompass.de/hmdj/home/Foerderprogramm_WIR/~bwr/ Integrationslotsen_/
- Willkommenskultur für Flüchtlinge – EKHN Flüchtlingsfonds unterstützt Gemeinden, Dekanate und diakonische Einrichtungen (Diakonie Hessen)
  URL: http://www.diakonie-hessen.de/ueber-uns/arbeitsfelder/flucht-interkulturelle-arbeit-migration/fluechtlingsaufnahme-resettlement.html

Mecklenburg-Vorpommern

- Projekt „Human Places II – Faire Zugangschancen für Flüchtlinge durch qualifizierte Beratung und Begleitung sowie Sensibilisierung der Bevölkerung“ (Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-mv.de/projekte/abgeschlossene-projekte/human-places/
- Projekt „MigrantInnen in der einen Welt“ (FABRO e.V., MIGRANTEN Mecklenburg-Vorpommern)
  URL: http://www.fabro-interkulturell.de/staerkung.html
- Netzwerk der Migrantenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern (FABRO e.V.)
  URL: http://www.migranet-mv.de/index.php?option=com_content&
  view=article&id=47&Itemid=27

© efms 2016

Niedersachsen

- Fortbildungen 2015 – Programm zur organisatorischen und fachlichen Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen in Niedersachsen (Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen)
  URL:
  http://www.amfn.de/images/stories/2015/fortbildungen/20150219_amfn_fy_a5_8.pdf
- **Projekt „neXTkultur: Migration, Partizipation, Integration, Kooperation“** (Landesjugendring Niedersachsen)
  URL: http://www.ljr.de/neXTkultur.nextkultur.0.html
- **Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Integrationslotsen – Richtlinie Integrationslotsinnen und Integrationslotsen** (Land Niedersachsen)
  URL:
  http://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/soziales_gesundheit/migration_und_teilhabe/intgrationslotsen/integrationslotsen-106702.html

Nordrhein-Westfalen

- Bildungsmaßnahmen zur Qualifizierung des sozialen Ehrenamts und von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern in Migrantenselbstorganisationen (der Paritätische Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.)
  URL: http://www.paritaet-nrw.org/content/angebote_fuer_buerger__innen/migrantinnenselbsthilfe/fortbildungen/index_ger.html
- Flüchtlingshilfe NRW (Landesregierung Nordrhein-Westfalen)
  URL: https://www.land.nrw/de/fluechtlingshilfe
- **Förderkonzeption „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“** (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.lum.nrw.de/Foerderprogramme/Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe/Konzept-Ehrenamt-in-der-Fluechtlingshilfe-2015-02-03-_3_.pdf
- Projekt „Jumpin.NRW Chancen und Perspektiven für Jugendliche mit Migrationsgeschichte“ (Otto Benecke Stiftung e.V.)
  URL: http://www.obs-ev.de/projekte/jumpinnrw/
- **Konzept zur Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW – Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten** (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.lum.nrw.de/Foerderprogramme/MSO/2015/2015-10-05-Foerderkonzept-MSO-Stand-Oktober-2015.pdf
- **Pilotprogramm Integrationslotsen** (Land Nordrhein-Westfalen)
  URL: http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Pilotprogramm-Integrationslotsen/index.php
- Projekt „Spin – sport interkulturell“ (Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.)
  URL: https://www.lsb-nrw.de/medien/news/presse-center/artikel/news/integrationsprojekt-spin-sport-interkulturell/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=fd3b3c455300ecd058037902e321e629

Rheinland-Pfalz

- Koordinierungsstelle „ehrenamtliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz im Flüchtlingsbereich“ (Pfarramt für Ausländerarbeit im Kirchenkreis An Nahe und Glan)
  URL: http://www.aktiv-fuer-fluechtlinge-rlp.de/wer-sind-wir.html
- Projekt „Praxisentwicklung der interkulturellen Offenen Jugendarbeit in Häusern der offenen Tür bzw. Offenen Treffs“ (ism Mainz gGmbH)
  URL: http://www.offene-jugendarbeit-diversity.de/projektbeschreibung/informationen.html
- Projekt „Wege in eine demokratische Vielfalt – Qualifizierung und Empowerment für Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz“ (agarp - Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz)
  URL: http://agarp.de/html/0003_projekte/0003_projekte_demokratische_Vielfalt.html

Saarland

- Koordinierungsstelle Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes)
  URL: http://www.saarland.de/integration.htm
- Landesintegrationsbegleitung (LIB) – Fachdienste der nachholenden Integration (LIB)
  URL: http://www.saarland.de/123437.htm
- Online-Portal „Das Saarland hilft“ (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes)
  URL: http://www.saarland.de/SID-830FAD43-048069BA/135354.htm
- Projektstelle „Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“ (Diakonisches Werk an der Saar)
  URL: http://diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=7621
- **Richtlinie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten zur Unterstützung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den saarländischen Gemeinden sowie zur interkulturellen Offnung für das Jahr 2015** (saarländisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie)
  URL: http://www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_637.pdf

Sachsen

- Projekt „Integration von Flüchtlingen durch Sport“ (Landessportbund Sachsen)
  URL: https://www.sport-fuer-sachsen.de/foerderung_der_integration_von_fluechtlingen_durch_sport-a-8483.html
- Stärkung der Migrantenselbstorganisationen (sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz)
  Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz: *Haushaltsplan 2015/2016*, S. 181.
  URL: http://www.finanzen.sachsen.de/download/HHP_15_16_Einzelplan_08.pdf

© efms 2016

Sachsen-Anhalt

- Arbeitsgemeinschaft „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ (Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen, deutsche Jugend in Europa Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.)
  URL: http://djo-sachsen-anhalt.de/index.php/integrationsarbeit-in-der-djo-sachsen-anhalt/arbeitsgemeinschaft-%E2%80%9Ekinder-und-jugendliche-mit-migrationshintergrund%E2%80%9C.html
- Projekt „Einbürgerungslotsen in Sachsen-Anhalt“ (Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen)
  URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6899,,/Themen-und-Projekte/Einbuergerungslotsen/Projektbeschreibung.html
- Engagementfonds „Willkommenskultur“ des Landes Sachsen-Anhalt (LAGFA Sachsen-Anhalt e.V., Die Integrationsbeauftragte Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.lagfa-lsa.de/projektumsetzung-netzwerkstelle-willkommenskultur1.html
- Projekt „Interkulturelle Brückenbauer“ (Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.lamsa.de/migration/de/6901,,/Themen-und-Projekte/Interkulturelle-Brueckenbauer/Projektbeschreibung.html
- **Landesweite Koordinierungsstelle „engagierte Nachbarschaft – Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt“** (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen)
  URL: http://www.lagfa-lsa.de/projekte/engagiert-fuer-demokratie/netzwerkstelle-willkommenskultur.html
- **Projektwerkstatt für Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt** (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen)
  URL: http://www.agsa.de/ruckblick/823-die-projektwerkstatt-der-migrantenorganisationen-in-sachsen-anhalt-startet-in-die-naechste-runde.html
- **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen – Integrationslotsen-Richtlinie** (Land Sachsen-Anhalt)
  URL: http://www.integriert-in-sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/MBl-2015_748.pdf
- Vormundschaften für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (refugium e.V.)
  URL: http://www.refugium-ev.de/

Schleswig-Holstein

- AWO Teilhabeprojekt (AWO Schleswig-Holstein)
  URL: https://www.schleswig-flensburg.de/media/custom/2120_187_1.PDF?1383648299
- Projekt „Frische Brise“ (lifeline e.V.)
  URL: http://www.lifeline-frsh.de/357/projekt-frische-brise-2016
- Sport für alle – mit Flüchtlingen (Landessportverband Schleswig-Holstein e.V.)
  URL: https://www.lsv-sh.de/index.php?id=780

© efms 2016

Thüringen

- Integrationsbegleiter (Zentrum für Integration und Migration)
  URL: http://www.integration-migration-thueringen.de/zentrum/content/ehrenamt.htm
- Projekt „Qualifizierung in der Flüchtlingsarbeit mit Schwerpunkt Flüchtlinge in den Kommunen“ (DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Flüchtlingsrat Thüringen e.V)
  URL: http://www.fluechtlingsrat-thr.de/node/168
- Zuschüsse an Sportvereine und –verbände: Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in Sportvereinen (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport)
  Quelle: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: *Haushaltsplan 2015*, S. 189.
  URL: http://www.thueringen.de/mam/th5/tfm/haushalt/2015/04_bp.pdf

© efms 2016

Verfasser

Susanne Bartig:

Methodisches Vorgehen, Kapitel 3.1, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.10, 3.12, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16

Wolfgang Bosswick:

Einleitung, Konzeptioneller Ansatz, Kapitel 3.1, 3.2, 3.7, 3.11, Typologie, Fazit

An der Erstellung des Vielfaltsmonitors waren mehrere studentische Mitarbeiter beteiligt. Ein besonderer Dank gilt den studentischen Mitarbeitern

Haller, Teresa

Herter, Sebastian

Schmitt, Melanie und

Uca, Nevin.